27. 4. 43

Deutsches Archiv für Landes- u. Volksforschung

Herausgegeben von E. Meynen/Berlin

in Verbindung mit

A. Brackmann/Berlin – H. Hassinger/Wien
Fr. Metz/Freiburg i. Br. – A. Rein/Hamburg
Br. Schier/Leipzig und R. Wittram/Posen

VI. Jahrgang Heft 4 Dezember 1942

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung

Schriftleitung: Prof. Dr. E. Meynen, Berlin C 2, Burgstr. 28 IV — Fernspr. 42 40 28

Manuskriptsendungen und Anfragen werden an die Schriftleitung erbeten. Nachdruck der Beiträge ist nur mit Genehmigung des Verlages und der Schriftleitung gestattet

VI. Jahrgang · Heft 4 · Dezember 1942

Jährlich erscheinen 4 Hefte im Gesamtumfang von etwa 700 Seiten mit Kartenbeilagen und Bildern auf Kunstdruckpapier. Preis des Jahrganges 20,— RM., des einzelnen Heftes 6,— RM. Postscheckkonto des Verlages: Leipzig 226

Inhalt von Heft 4:

Seite

W. Müller-Wille-Münster: Das Rheinische Schiefergebirge und seine kulturgeographische Struktur und Stellung. Mit 10 Textabbildungen und 8 Karten 537

E. Keyser-Danzig: Die Niederlande und das Weichselland. Mit 3 Textkarten 592

F. Koschier-Krainburg: Oberkrain, deutscher Kulturboden 618

E. Sander-Berlin: Die Juden und das deutsche Heerwesen: I. Von den Anfängen bis zum Aufkommen des Hofjudentums 632

K. Martin-Freiburg i. Br.: Die savoyische Einwanderung in das alemannische Süddeutschland 647

E. Zühlke-E. Michaelsen-Hamburg: Der Anteil der Deutschstämmigen im Offizierkorps der Vereinigten Staaten. Vorgelegt von A. Rein 659

K. Klaftenegger-Wien: Ungarisches Zeitschriftenwesen von heute 666

J. von Hehn, z. Z. im Felde: Der Kampf gegen den Bolschewismus an der baltischen Ostfront im Jahre 1918/19 696

R. Gradmann-Tübingen: Nachtrag zu dem Aufsatz „Hackbau und Kulturpflanzen" 703

Neues Schrifttum

Die slowakischen Städte im Mittelalter (Václav Mencl, Středověká města na Slovensku — Die mittelalterlichen Städte in der Slowakei, Preßburg 1938), besprochen von H. Brauner, Breslau, z. Z. im Felde 705

Sachsen-Thüringen im Hussitensturm (Codex diplomaticus Saxoniae. Urkunden der Markgrafen von Meißen und Landgrafen von Thüringen 1419—1427, Leipzig und Dresden 1941), besprochen von R. Naumann, Dresden-Hellerau 710

Vértesboglár (A. Tafferner, Budapest 1941), besprochen von J. Weidlein, Szarvas 711

Deutschtum im Schatten des Ostens (A. Eichler, Dresden 1942), besprochen von R. A. Klostermann, Berlin 712

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

cz. 558.7
40011

Das Rheinische Schiefergebirge und seine kulturgeographische Struktur und Stellung*

Besiedlung, Anbausysteme, Siedelformen, Haus- und Hofanlagen

Von Wilhelm Müller-Wille, Münster

Mit 10 Abbildungen und 8 Karten

Das Rheinische Schiefergebirge ist mit seinen bekannten Großlandschaften Hunsrück[1], Eifel, Hochardennen und Niederardennen links des Rheines, Taunus, Westerwald, Gladenbacher Bergland[2] und Süderbergland[3] rechts des Rheines ein Glied der deutschen Mittelgebirgsschwelle, die im Westen unter das Pariser Becken taucht. Auf den ersten Blick erscheint das Bergland mit seinen bewaldeten, paßlosen Höhenschwellen, die durchweg von Südwesten nach Nordosten streichen und 700—800 m hoch liegen, als natürliche Scheide zwischen Nieder- und Oberdeutschland. Andererseits wird das Bergland von den markanten Talungen des Rheins und der Maas gequert, und diese auffallenden Tiefenlinien erscheinen bei einer oberflächlichen Betrachtung als natürliche Verbindungs- und Vermittlungslinien, durch die Formen aus dem Norden und Süden ins Bergland vorstoßen können, so daß das Rheinische Schiefergebirge zugleich ein Kampfgebiet zwischen ober- und niederdeutschen Formen darstellt.

Eine solche, nur vom Relief und Gewässernetz ausgehende Betrachtungsweise liegt einer älteren, historisch-politischen Darstellung von J. G. Kohl[4] zugrunde. Nach ihm steht das Rheinische Schiefergebirge vornehmlich unter dem Einfluß von Niederdeutschland. „Vom Taunus, Hunsrück nach den Niederrheinischen Ebenen abwärts", so formuliert er[5], „kann man eine allmähliche Abnahme der Höhe

* Der vorliegende Aufsatz ist eine erweiterte Fassung des im Dezember 1941 vor der Philosophischen Fakultät der Universität Münster gehaltenen Habilitationsvortrages: „Die kulturgeographische Stellung des Rheinischen Schiefergebirges."

[1] Zum Hunsrück rechnet man heute auch den westlichen Teil, den sog. Hochwald.

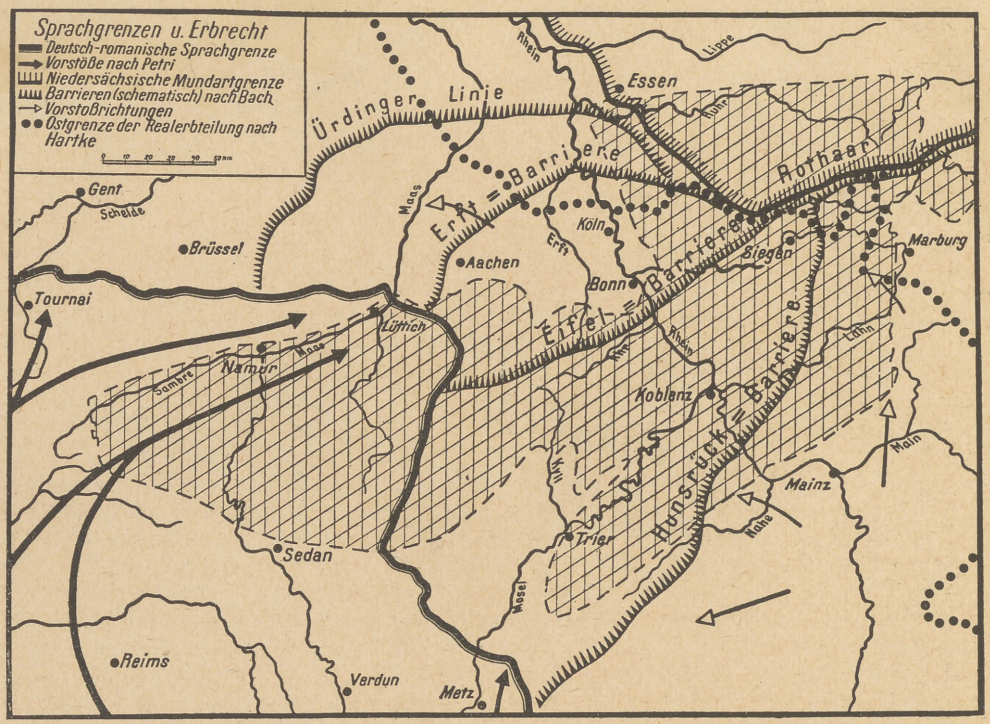
[2] Das Gladenbacher Bergland umfaßt die zwischen Dill und Lahnbogen gelegene östliche Abdachung des Rheinischen Schiefergebirges. Die Auffassung, diesen östlich der Dill gelegenen Teil des Berglandes zum Westerwald zu rechnen (Gustav Braun, Deutschland, 1. Aufl. 1916, 2. Aufl. Berlin 1933—1936), erscheint mir aus traditionellen, orographischen, geologischen und kulturgeographischen Gründen verfehlt. Entscheidend für den Aufbau des Gladenbacher Berglandes ist die stark gestörte Lagerung des Untergrundes und das Vorherrschen von paläozoischen Ergußgesteinen (besonders Diabasen). Das prägt sich orographisch in einem starken Wechsel der Geländeformen aus: hier langgestreckte Diabashöhen, dort ein Gewirr von einzelnen Kuppen, die, meist von demselben widerstandsfähigen Gestein gekrönt, durch Querverwerfungen gegeneinander verschoben sind. Damit ist zugleich ein Gesichtspunkt für die Abgrenzung gegen das Süderbergland gegeben. Die Grenze ist hier mit der Simmersbacher Senke anzusetzen, die von Haiger über Manderbach durch das Diepholztal und von Eibelskirchen zur unteren Perf verläuft und bei Wallau auf die Lahn stößt. Die von W. Stab (Zur Siedlungsgeographie des Marburger Berglandes, Diss. Marburg 1936) vorgeschlagene Bezeichnung „Marburger Bergland", mit der nur ein Teil des Gladenbacher Berglandes und zugleich die aus Buntsandstein aufgebauten Höhen links und rechts der Lahn umfaßt werden, halte ich für verfehlt. Vielmehr möchte ich dem älteren Vorschlag von W. Dienemann (Das Oberhessische Buntsandsteingebiet, Jahrb. d. Kgl. Preuß. Geol. Landesanstalt 1913, Bd. 34, Teil II, H. 2) folgen und den Namen „Marburger Bergland" nur auf das lahnnahe Buntsandsteingebiet beschränken.

[3] Unter Süderbergland verstehe ich den rechtsrheinisch nördlich der Sieg, des Hellerbaches und der Simmersbacher Senke gelegenen Block des Rheinischen Schiefergebirges. Es umfaßt also das Bergische Land, das Sauerland (= Einzugsgebiet von Lenne und Ober- und Mittelruhr), das Waldecker Upland, das Medebacher Vorland, das Wittgensteiner Land und das Siegerland.

[4] J. G. Kohl, Der Rhein. 2 Bde. Leipzig 1852.

[5] J. G. Kohl, Der Rhein. Bd. I, 402.

und Mächtigkeit der Gebirgszüge wahrnehmen. Infolgedessen haben sich auch alle politischen, moralischen und ethnischen Verhältnisse des Mittelrheins und der ihm angehörigen Länder zur Linken und zur Rechten in der Regel mehr dem Niederrhein als dem Oberrhein zugeneigt." So entspricht auch die Ausdehnung der preußischen Macht, die vom Niederrhein aus „ihre Grenzen bis ans Binger Loch aufwärts vorgeschoben hat" nach Ansicht von Kohl ganz der natürlichen Reliefgestalt. Für ihn liegt die entscheidende Grenze zwischen Nieder- und Oberdeutschland am Südrand des Rheinischen Schiefergebirges; und diese Auffassung spiegelt sich auch in der Bezeichnung „Niederrheinisches Bergland" wider, die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts vielfach angewandt wurde.



Karte 1. Sprachgrenzen und Erbrecht
im Bereich des Rheinischen Schiefergebirges (nach Fr. Petri, A. Bach und H. Hartke)

Dagegen hat die von Wenker und Wrede angeregte und von Frings[6] seit dem Weltkrieg 1914 bis 1918 energisch betriebene Sprachraumforschung immer mehr die eigenartige „Zwischenlage" des Rheinischen Schiefergebirges erkannt. Nach ihnen liegt das Ursprungsgebiet der neueren Formen in Oberdeutschland. Durch die Verkehrsader des Rheinstroms begünstigt, stießen die „Kulturströmungen" von Südosten nach Nordwesten vor, verdrängten und überwältigten ältere Formen, stärker im Süden, weniger stark im Norden des Berglandes. So liegen die wichtigsten Sprachgrenzen quer zum Rhein und verlaufen links des Flusses als Hunsrück-, Eifel- und Erftbarriere fast im variskischen Streichen des Gebirges, während sie sich rechtsrheinisch im Rothaarkamm vereinigen und so den bekannten „Rheinischen Sprachfächer" bilden (vgl. Karte 1). Das starke Ausbiegen der Hunsrückbarriere rechts des Rheines ist dabei auf die Wirkung der Hessischen Senken zurückzuführen, die als bedeutende Verkehrsgebiete noch mehr als die rheinischen Berglandschaften dem Einfluß Oberdeutschlands erlagen und das angrenzende Bergland beeinflussen konnten. Mit dieser Auffassung rückte das Rheinische Schiefergebirge aus dem Bereich des niederdeutschen Kulturraumes heraus, das „Niederrheinische Bergland" wurde zum „Mittelrheinischen Bergland", eine Bezeichnung, die sich auch aus der hydrographischen Gliederung des Rheinstromes ergab.

[6] H. Aubin, Th. Frings und J. Müller, Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden. Bonn 1926.

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU

Die von der Sprachgeographie entwickelten Auffassungen hat auch die rheinische Kulturraumforschung unter Führung von F. Steinbach[7] weitgehend übernommen. Auch sie hat jene aus Oberdeutschland kommenden Kulturströmungen bei andern Formenkreisen nachzuweisen versucht. Doch Steinbach und seine Mitarbeiter[8] beschränkten sich dabei nicht nur auf das Rheinische Schiefergebirge östlich der deutsch-französischen Sprachgrenze, sondern sie griffen mit ihren Untersuchungen über diese Grenze hinaus. Damit rückten sie nicht nur wieder die natürlich zusammenhängenden Landschaften des gesamten Rheinischen Schiefergebirges in den Mittelpunkt der Betrachtung, sondern sie erkannten auch die ebenso bedeutenden Kulturbewegungen, die von Westen und Südwesten her den rheinischen Raum ergriffen haben und sein kulturelles Antlitz formten. Diese Bewegungen führten u. a. zur Entstehung der fast nord-südlich verlaufenden Sprachgrenze und bestimmten das für Wirtschaft und Siedlung so entscheidende Erbrecht (vgl. Abb. 1).

Es kann nicht meine Aufgabe sein, die von der historisch-politischen, sprachgeographischen und kulturräumlichen Forschung gewonnenen Ergebnisse hier im einzelnen darzulegen und kritisch zu beleuchten. Vielmehr soll im folgenden der Versuch gemacht werden, die Stellung des Rheinischen Schiefergebirges und seiner Großlandschaften nach kulturgeographischen, d. h. nach kulturlandschaftlichen Erscheinungen ausfindig zu machen. Dabei verstehen wir unter Kulturlandschaft im Gegensatz zur Naturlandschaft, die sich aus Relief, Klima, Boden und natürlicher Vegetation ableiten läßt, die vom Menschen beeinflußte und gestaltete sichtbare Landschaft. Unter den kulturlandschaftlichen Formenkreisen ist am bedeutendsten die bäuerliche Siedlung mit ihren Ortsformen und Hofanlagen, mit ihren Wirtschaftsflächen und Nutzungssystemen. So steht auch die **Siedellandschaft** im Vordergrund der vorliegenden Studie, ihr Formenschatz soll nach Alter, Entstehung und Entwicklung untersucht werden. Dabei wird es unbedingt notwendig sein, sich mit den von der Kulturraumlehre entwickelten Ergebnissen — soweit diese sich auf Siedlungserscheinungen beziehen — auseinanderzusetzen. Wir können uns aber nicht nur mit der Feststellung von Kulturströmungen allein begnügen, auch genügt nicht die „isolierende", auf ein Formenelement abzielende Betrachtungsweise, wie sie der Kulturraumlehre eigen ist. Vielmehr müssen wir, da für uns die Landschaft als Gesamtkomplex im Vordergrund steht, die Kulturströmungen und die kulturlandschaftlichen Erscheinungen in ihren funktionalen Zusammenhängen und in ihrer landschaftlichen Gebundenheit erkennen. Wir betrachten also die einzelne Erscheinung ökologisch, d. h. als Teil und Glied im Haushalt einer größeren Einheit. Damit erst werden wir auch die natürlichen Faktoren (Relief, Klima, Boden und Vegetation) in ihrer Bedeutung für die historische Entwicklung und für die räumliche Verteilung kulturlandschaftlicher Erscheinungen richtig erfassen können. Doch sind dabei die natürlichen Faktoren nicht, wie man allzuhäufig meint, als Ursachen kultureller Erscheinungen zu werten, sondern sie sind in erster Linie nur „Ordner" des kulturlandschaftlichen Gefüges, soweit dieses in einer räumlichen Differenzierung seinen Niederschlag findet. Mit andern Worten: die in einer bestimmten Kulturepoche lebenden Menschen schaffen und verursachen kulturelle Erscheinungen. Sobald diese Teile der Landschaft werden und sich in den Raum einfügen, unterstehen sie den ordnenden Einflüssen natürlicher Gegebenheiten. Sie versagen oder sie bewähren sich. Es fragt sich nur, welche natürliche Erscheinung für das kulturlandschaftliche Verbreitungsbild entscheidend ist.

1. Die Besiedlung

Jede entwicklungsgeschichtlich ausgerichtete kulturgeographische Darstellung muß von dem Alter der Siedellandschaften ausgehen; denn nur dann, wenn der Siedelgang geklärt ist, lassen sich die anderen kulturgeographischen Erscheinungen (Anbausysteme, Ortsformen und Gehöftanlagen) in ihrer räumlichen Lagerung und in ihrem zeitlichen Werdegang einwandfrei einbauen und erklären. In dieser Hinsicht ist die in Oberdeutschland von Gradmann[9] in klas-

[7] Fr. Steinbach, Studien zur westdeutschen Stammes- und Volksgeschichte. Schriften des Instituts f. Grenz- und Auslandsdeutschtum an der Universität Marburg, Heft 5. Jena 1926.

[8] Fr. Petri, Germanisches Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich. 2 Bde. Bonn 1937; B. Hupperts, Räume und Schichten bäuerlicher Kulturformen in Deutschland. Bonn 1939.

[9] R. Gradmann, Süddeutschland. 2 Bde. Stuttgart 1931.

sischer Weise durchgeführte Gegenüberstellung von Altsiedelräumen einerseits und jungbesiedelten Rodelandschaften andererseits beispielhaft und richtungweisend. Den zeitlich wichtigen Trennungsstrich bildet nach ihm — und die meisten Siedlungsforscher haben sich dem angeschlossen — die Landnahme. Sie beschränkte sich durchweg auf die seit der Jungsteinzeit besiedelten Landschaften und fand etwa um 500 n. Chr. ihren Abschluß. Seit dieser Zeit öffnete eine umfassende Rodung auch die bisher von der Besiedlung gemiedenen Waldgebiete und schuf in mehreren Etappen die jungen Rodelandschaften. — Die von Gradmann aufgestellte einfache Zweiteilung gilt grundsätzlich auch für das mittelrheinische Bergland und die umrahmenden Landschaften. Doch wird sich zeigen, daß es in unserm Falle günstiger ist, die beiden Hauptsiedelperioden zu unterteilen und nach dem Alter der Besiedlung fünf Arten von Siedellandschaften zu unterscheiden. So sind die seit dem Neolithikum besiedelten „älteren" Altsiedelgebiete abzusetzen gegen die seit der Bronzezeit bewohnten Altsiedelräume, und von ihnen sind wiederum die seit der Eisenzeit besiedelten „jüngeren" Altsiedellandschaften zu trennen. Und ebenso sind die frühmittelalterlichen Rodegebiete (von 500—800) von den im Hochmittelalter erschlossenen Landstrichen (850—1300) zu sondern. Dadurch wird der Besiedlungsgang als solcher in seinen räumlichen Ausmaßen nach Ursprung und Richtung offensichtlicher, und man kann auch die kulturgeographischen und -historischen Ursachen und die in den natürlichen Gegebenheiten liegenden ordnenden Kräfte deutlicher erfassen.

Für die Altersbestimmung einer Siedellandschaft wurden Bodenfunde und Ortsnamen benutzt. Wohl reichen die bisherigen Bodenfunde nicht aus, um ein ganz einwandfreies Bild zu erzielen und eine exakte Abgrenzung der drei Altsiedellandschaften zu erreichen. Hier werden sich in Zukunft bei zunehmender Zahl der Funde noch manche Verbesserungen ergeben. Auch gegen die Verwendbarkeit der Ortsnamen sind manche Bedenken erhoben worden, und es ist zweifellos richtig, daß man dem einzeln auftretenden Namen nicht eine unbedingte Beweiskraft zusprechen will. Aber bei unserer Betrachtung kommt es nicht auf den einzelnen Ort, sondern auf die Landschaft an. So war bei dem Entwurf der Karte nicht der einzelne Name, sondern die Vergesellschaftung, das gruppenweise Auftreten von Namen der gleichen Periode entscheidend. Erst die „große Zahl" gab in ihrer landschaftlichen Gebundenheit den Ausschlag für die zeitliche Einordnung der jeweiligen Siedellandschaft. Ohne mich auf das Für und Wider näher einzulassen[10], seien hier die wichtigsten Ortsnamen der einzelnen Perioden zusammengestellt. Es sind charakteristisch

1. für die Altsiedellandschaften: -acum (ich), -lar, -stedt, -ede, -ingen, -heim, -dorf (z. Teil), -trup, -donk, -sel, -seli, -el, -sels;

2. für die älteren Rodegebiete von 500—800: -inghausen, -inghofen, -hausen, -hofen, -stätten (z. Teil, -felden (z. Teil), -weiler, -weil, -ohl, -mad, -mede, -ey, -ei, -becke, -mecke, -mart, -mert, -bracht;

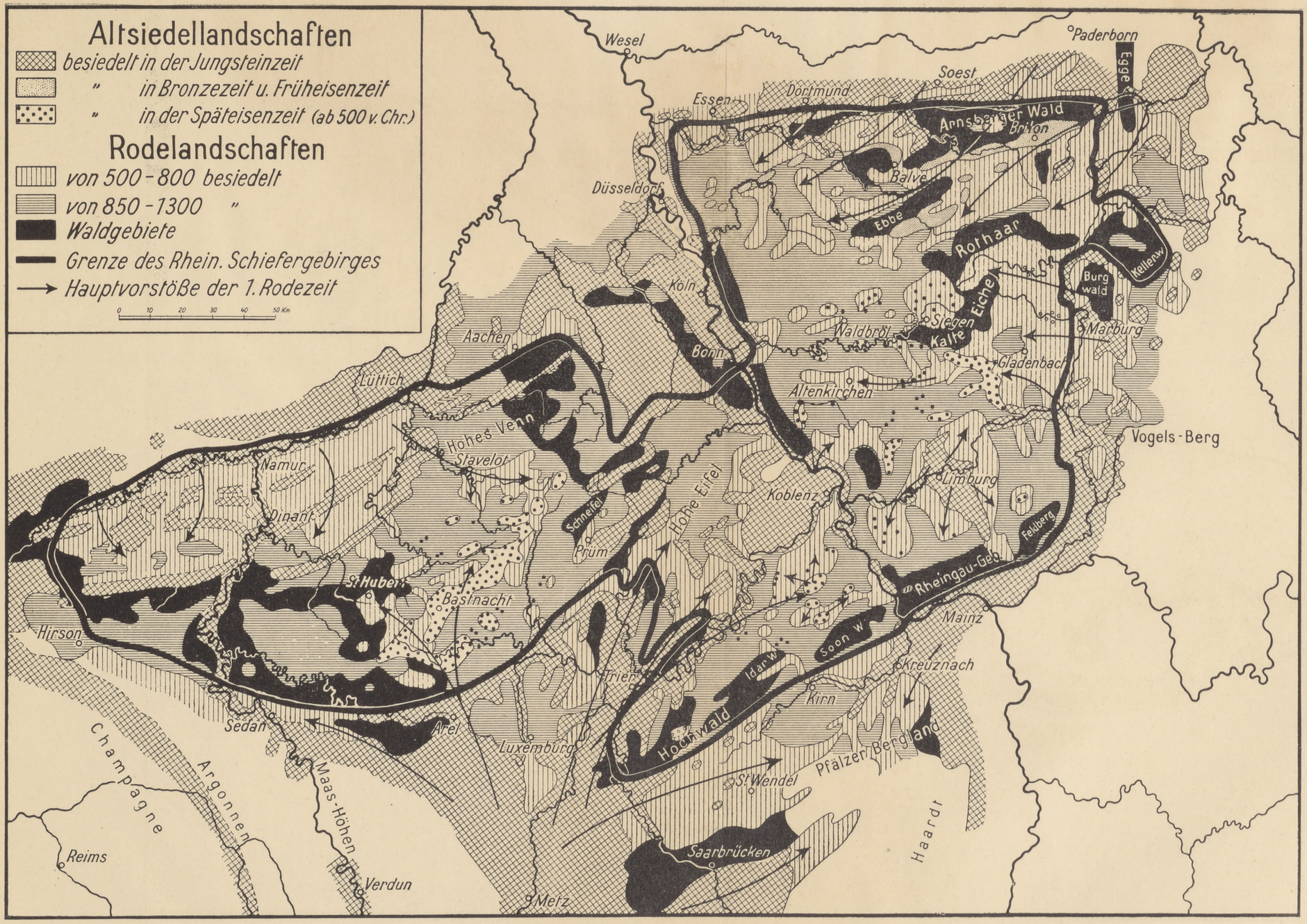
3. für die jüngeren Rodegebiete (von 850—1300): -hagen, -hain, -rath, -rod, -scheid, -siepen, -bruch, -brock, -horst, -stein, -heide, -berg, -ingerode.

Die auf Grund der angeführten Kriterien ermittelten Siedellandschaften sind in Karte 2 dargestellt. Diese Karte gibt nicht wie bei Schlüter die Verteilung von Wald und offenem Land wieder, sondern nur das jeweilig besiedelte Land im Gegensatz zu den unbewohnten Landstrichen. Sie sagt also nichts aus über die Nutzflächen, denn auch in besiedelten Landschaften ist wohl in den älteren Perioden mit größeren Waldbeständen zu rechnen.

a) Die Altsiedellandschaften

Karte 2 zeigt die altbekannte Tatsache, daß das Rheinische Schiefergebirge im Norden, Süden und Westen von großen Altsiedelräumen flankiert wird, die durchweg seit dem Neolithikum

[10] Vgl. Ad. Bach, Die Siedlungsnamen des Taunusgebietes in ihrer Bedeutung für die Siedlungsgeschichte. Rheinische Siedlungsgeschichte. Veröff. d. Instituts f. geschichtl. Landeskunde der Rheinlande a. d. Universität Bonn, 1. Bonn 1927. — Fr. Steinbach, Studien zur westdeutschen Stammes- und Volksgeschichte, 1926. — W. Kaspers, Untersuchungen zu den rheinischen -ingen-Orten. Zeitschr. f. Ortsnamenkunde, 8, 1932. — E. Christmann, Die Ursachen der auffallenden Gruppierung der Siedlungsnamen auf -heim und -ingen in der Pfalz. Zeitschr. f. ON.-Forschung, Bd. 12, Heft 2, 1936. — Edward Schröder, Die Ortsnamen Hessens und seine Besiedlung. „Deutsche Namenkunde", Göttingen 1938. — H. Jellinghaus, Die westfälischen Ortsnamen nach ihren Grundwörtern. 3. Aufl. Osnabrück 1923. — W. Schrader, Das Weilernamen-Problem. Geogr. Anzeiger, 1937.



Karte 2. Die Besiedlung
des Rheinischen Schiefergebirges und seiner Nachbarlandschaften (Entworfen von W. Müller-Wille)

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

besiedelt sind[11]. Als fast geschlossener Streifen zieht sich im Norden die mit Löß bedeckte Bördenzone von der Paderborner Hochfläche im Osten bis zur Pikardie im Westen, nur unterbrochen durch das spät besiedelte Aachener Kreidegebiet und die nördlich anschließenden junggerodeten Landschaften der Maasschotter. In der Niederrheinischen Bucht erweitert sich dieser Altsiedlungssaum und stößt hier keilartig entlang dem Rhein durch die Kölner Bucht und über die Jülicher und Dürener Börde und das Nidegger Triasdreieck weit in das Bergland vor. Hier, im klimatisch günstigen Leegebiet des Hohen Venns mit seinen gemäßigten Temperaturen und Niederschlägen entwickelte sich seit dem Neolithikum eine Altsiedellandschaft, die alle über den Bördensaum entlang dem Gebirgsrand verlaufenden Bewegungen und Verkehrsströmungen in sich hineinzog und -zieht, und die zugleich — infolge ihrer in das Gebirge vorgerückten Lage — die Funktion eines Spende- und Kernraumes für das mittelrheinische Bergland übernehmen konnte und kann.

Am Südrand des Rheinischen Schiefergebirges fehlt ein solch geschlossener altbesiedelter Saum. Hier sind vielmehr drei große Altsiedellandschaften zu unterscheiden. An erster Stelle ist dabei das Obermosselland, das spätere Lothringen, zu nennen. Sein Hauptzentrum liegt um Metz, doch schickt es, begünstigt durch die siedlungsfreundlichen Muschelkalkplatten, Ausläufer nach Nordosten in die Luxemburger Bucht und nach Osten nördlich und südlich des Warndts gegen das Saar-Nahe-Bergland. Seine Abgrenzung nach Westen gegen die Altsiedlungslandschaft der oberen Maas ist nach dem mir bekannten Stand der Forschung unscharf und unklar. Doch scheint mit dem Gebiet um Sedan stets eine enge Verbindung bestanden zu haben, und dieses war durch einzelne Siedlungsinseln direkt an die Obermosellande angeschlossen. Zum mindesten tendieren die Obermaaslande mit Verdun als Mittelpunkt in der Folgezeit stets nach Osten zur Mosel hin. Dagegen scheiden die Höhen des Argonner Waldes die oberen Mosellande deutlich von dem Altsiedelraum der Champagne, deren kalkige Böden schon im Neolithikum anbautreibende Siedler anzog. Beide Landschaften gehörten im Vollneolithikum zum sog. westlichen, genauer zum „ostfranzösischen" Kulturkreis, der sich durch Einzelgräber, große Steinkisten und Monolithe deutlich gegen die bandkeramische Kürbisbecherkultur in Oberdeutschland und gegen die nordische Megalithkultur abhebt[12]. (Neuerdings sind einige bandkeramische Spuren bei Trier gefunden worden[13].) Trotz dieser Gleichheit ist die Bedeutung der beiden Altlandschaften für das Rheinische Bergland sehr verschieden. Das ergibt sich schon aus ihrem Umriß und aus ihrer Lage zum Bergland. Für die Champagne ist das Bergland nur eine Grenzlandschaft, die sie nur punkthaft im Nordosten berührt. Ihre Beziehungen sind mehr nach Westen ins Pariser Becken gerichtet, zu dessen Schichtstufenlandschaft sie auch gehört. Dagegen keilt das Obermosselland ins Bergland hinein, verzahnt sich mit ihm und schlägt somit Breschen in den Gebirgswall, durch die vom Altland aus Anregungen weitergegeben werden können. So gleicht das Obermosselland in seinem Umriß und hinsichtlich seiner Bedeutung für das Bergland ganz dem Spenderaum der Niederrheinischen Bucht, während der Champagne wie der Pikardie eine abseitige Stellung eigen ist. — Ähnlich bedeutungslos erscheint nach seiner Begrenzung auch das dritte Altsiedelgebiet des Mainzer Beckens, das durch das Saar-Nahe-Bergland von den Obermosellanden getrennt wird. Dieses klimatisch sehr begünstigte „Trockengebiet" gehört ganz zu der großen Altsiedellandschaft der Oberrheinischen Tiefebene. Seine eigentliche Fortsetzung bildet die Wetterau, die nach Norden in die Hessischen Senken weist. Dagegen grenzt es gegen das mittelrheinische Bergland in einer fast südwest-nordöstlichen Linie, und die Kreuznacher Bucht zieht fast parallel zum Hunsrück und Soonwald naheaufwärts bis Kirn. Damit steht dieser seit dem Vollneolithikum besiedelte Altraum auf Grund seines Umrisses in einem bemerkenswerten Gegensatz zum Obermosselland und zur Niederrheinischen Bucht. Diese „fressen" sich gewissermaßen in das Bergland hinein, dagegen wird der Mainzer Raum durch die Höhen des Hunsrücks und des Taunus gegen das

---

[11] K. Schumacher, Siedelungs- und Kulturgeschichte der Rheinlande von der Urzeit bis in das Mittelalter. 3 Bde. Mainz 1921—1925.

[12] E. Wahle, Deutsche Vorzeit. Leipzig 1932.

[13] J. Steinhausen, Archäologische Siedlungskunde des Trierer Landes. Hrsg. vom Rheinischen Landesmuseum Trier. Trier 1936.

Bergland abgeriegelt und weicht nach Nordosten und Südwesten aus. Nur das Mittelrheintal bildet eine schmale Pforte.

Während sich die Altsiedellandschaften der nördlichen Börden und der Champagne an der Westflanke des Rheinischen Schiefergebirges in der Pikardie vereinigen und ohne weiteres in das Pariser Becken führen, fehlen im Osten, im Bereich des Hessischen Berg- und Hügellandes solch große Altsiedlungslandschaften. Seit dem Neolithikum sind nur die zahlreichen kleinen Becken und Senken, die zum Teil mit Löß ausgefüllt sind, und die randlich gelegenen Zechsteinplatten besiedelt. Erst an der Nordostflanke entwickelte sich nördlich des Kellerwaldes im sog. Diemelbezirk und besonders in der Warburger Börde eine größere Altsiedlungslandschaft. Auch hier sind es bandkeramische Funde [14], die darauf hinweisen, daß seit dem Neolithikum der Anbau bekannt und der Mensch zur Seßhaftigkeit übergegangen war.

Gegenüber den genannten altbesiedelten Außengebieten erscheint das Rheinische Schiefergebirge auf den ersten Blick als junge Rodelandschaft, und das würde auch ganz dem heute noch vorherrschenden Waldreichtum entsprechen. Doch ist dieser Auffassung bei genauerem Studium nur bedingt zuzustimmen. Es lassen sich nämlich innerhalb des Berglandes eine ganze Reihe von Altsiedlungsgebieten aussondern, die, wenn man so sagen darf, Kernräume zweiter Ordnung darstellen.

In dieser Hinsicht sind zunächst die großen Flußtäler hervorzuheben. So weisen die zum Teil sehr breiten Längstalungen der Sambre-Maas [15] und der Ruhr-Möhne [16] in manchen Abschnitten eine Besiedlung seit dem Neolithikum auf. Das gleiche gilt von dem Quertal der Maas bis Dinant und besonders vom Rheintal. Ebenso reich an vorgeschichtlichen Funden und „dunklen" Namen ist das Moseltal. Dagegen besitzen die Täler der Lahn und der Sieg sowie die untere Ahr nur wenige Ortsnamen aus der Vor-Landnahmezeit, immerhin sind auch hier kleine Inseln alter Besiedlung zu vermuten, die zum Teil bis ins Neolithikum zurückreichen mögen. Bemerkenswert ist, daß besonders die an der Ostseite des Berglandes gelegenen Täler der Dill, der oberen Lahn und der Eder trotz ihrer geringen Breite und der nur wenig entwickelten Terrassen seit der Eisenzeit besiedelt sind.

Sind somit die größeren Flußtäler Ansatzpunkte einer mehr oder minder alten Besiedlung und damit wichtige Einfallwege in das Bergland, so wird ihre Bedeutung doch noch übertroffen von den altbesiedelten Becken und Ausräumen innerhalb des Berglandes. Das bedeutendste unter ihnen ist das Neuwieder Becken mit dem Maifeld, das, zum Teil mit Löß bedeckt und ausgestattet mit einem anbaugünstigen Klima, seit dem Neolithikum ständig von einer getreidebautreibenden Bevölkerung besetzt war [17]. Es ist ganz und gar mit dem Mainzer Becken zu vergleichen, mit dem es durch das Rheintal verbunden ist. Dagegen wird es nach Osten durch die Montabaurer Höhen abgeriegelt, und nur wiedaufwärts konnte es seinen Einfluß in den Vorderen Westerwald hinein geltend machen. Nach Norden steht es hingegen durch das Rheintal mit der Kölner Bucht und nach Westen über die Mosel und das Maifeld mit dem Obermosselland in Verbindung. Hier schaltet sich zudem noch der Wittlicher Ausraum ein, der parallel zur Mosel verläuft und in gewisser Weise einen Ausläufer der Luxemburger Bucht darstellt. Nicht so bedeutsam erscheint wegen seiner Höhenlage das Limburger Becken an der Lahn, eingeengt durch die Höhen des Westerwaldes und des Taunus. Doch ist es ebenfalls mit Löß bedeckt und besitzt, gelegen im Regenschatten des Vorderen Westerwaldes und der Montabaurer Höhe, ebenso günstige klimatische Anbaubedingungen wie das Neuwieder Becken. Im Gegensatz zum Wittlicher Ausraum, die in variskischer Südwest-Nordost-Richtung angelegt ist, erstreckt sich das Limburger Becken in rheinischer Richtung und greift über die Idsteiner Senke nach Süden vor, ohne die Wetterau zu erreichen. Nach Westen und Osten sind die Beziehungen ungleich schwerer herzustellen, und so ist das Limburger Becken, das

[14] H. Hoffmann, Stand und Aufgaben der vor- und frühgeschichtlichen Forschung in Westfalen. Westfäl. Forschungen I und II, 1938—1939.

[15] M. A. Arnould, La Préhistoire. In: „Grande Encyclopédie de la Belgique et du Congo." Bruxelles 1938 (mit Fundkarte).

[16] H. Hoffmann, Stand und Aufgaben der vor- und frühgeschichtlichen Forschung in Westfalen. 1938—1939.

[17] K. Schumacher, Siedelungs- und Kulturgeschichte der Rheinlande. 1921—1925.

ebenfalls seit dem Neolithikum ständig besiedelt war, im Grunde genommen der natürliche Sammelraum aller vom Westerwald und vom Taunus kommenden Verkehrswege und damit zugleich der wichtigste Spenderaum für diese Nachbarlandschaften.

Die dritte Gruppe altbesiedelter Landschaften innerhalb des Berglandes bilden die Massenkalkmulden mit ihren wärmeren Böden. Ihre Verteilung ist sehr merkwürdig und für die kulturlandschaftliche Stellung der einzelnen Großlandschaften von entscheidender Bedeutung. Am bekanntesten sind die Massenkalkmulden der Eifel[18], die sich — acht an der Zahl — in einer rheinisch gerichteten Störungszone von Süden nach Norden hintereinander anordnen und damit in siedlungsgeographischer Hinsicht das Obermoselland mit der Niederrheinischen Bucht verbinden. Trotz ihrer Höhenlage ist der Niederschlag nicht sehr bedeutend. Im Regenschatten des Hohen Venns und des Schneifel-Weißensteinblocks gelegen, erhalten sie im Durchschnitt eine jährliche Niederschlagsmenge von 800 mm. Bodenverhältnisse und klimatische Gunst veranlaßten auch eine frühe Besiedlung der Eifelkalkgebiete. Manches spricht dafür, daß diese Landschaften schon seit dem Neolithikum von einer ackerbautreibenden Bevölkerung besiedelt wurden. Den Kalkmulden ist es zu danken, daß die Eifel, obgleich sie die zentrale Landschaft des Rheinischen Schiefergebirges darstellt, zu einem Durchgangsland, zu einer breiten Pforte innerhalb des Berglandes wurde. Die Einflüsse und Völkerbewegungen kamen dabei entweder von Norden, von der Niederrheinischen Bucht (Einbruch der Germanen) oder von Süden, vom Obermoselland (Einbruch der Glockenbecherleute und Kelten).

In einer Besprechung der oben erwähnten Arbeit von Schüttler, die W. Kersten in „Bonner Jahrbücher", Heft 145[18a] veröffentlicht hat und die ich erst nach Abschluß meiner Darstellung einsehen konnte, bezweifelt Kersten auf Grund der ihm bekannten vorgeschichtlichen Funde die Verkehrsstellung der Eifelkalkmulden „als Verbindungslinie zwischen der Kölner und Trierer Bucht". Zunächst hebt er hervor, daß „die Ringwälle — für solche Fragen so lange keine Beweiskraft besitzen, bis sie nicht auf Alter und Zweckbestimmung durch Grabung untersucht sind. Als ‚Fluchtburgen' dürfen sie jedenfalls in den wenigsten Fällen angesehen werden. Ebensowenig gilt heute noch die Meinung, daß es sich hier um keltische Burgen gegen vordringende Germanen handelt." Zum andern lehrt der stilistische Vergleich der Gefäßverzierungen, daß während der neolithischen, der bandkeramischen Siedlungsperiode das Zentrum im Neuwieder Becken lag. Von hier aus wurde einmal das Trierer Land, zum andern das nördliche Eifelvorland, die Niederrheinische Bucht, besiedelt. „Sichere Spuren einer Verbindung über das Gebirge gibt es in dieser Zeit nicht. Der geringe Fundbestand an rheinischer Becherkultur (reine Glockenbecherkultur ist überhaupt nicht vorhanden) erlaubt keine Rückschlüsse." Auch für die Urnenfelderzeit läßt sich keine Verbindung durch die Eifel nachweisen. „Die älteste Urnenfelderkultur ist zwar vom Trierer Land aus ziemlich weit ins Gebirge gelangt[18b]. Auch in den Kreisen Euskirchen und Düren gibt es ältere Urnenfelderkultur. Sie entwickelt sich aber in beiden durch eine weite, fundleere Lücke voneinander getrennten Gebieten verschieden. Die zweite Stufe der Urnenfelderkultur fehlt nämlich fast ganz im Trierer Gebiet. Im nördlichen Eifelvorland ist sie dagegen ebenso vertreten wie im Kerngebiet, dem Neuwieder Becken. Die ungleiche Ausprägung ist am ehesten so zu erklären, daß das Trierer Land über das Maifeld und die südlichen Kalkmulden, das obere Kylltal und das fruchtbare Bitburger Land, das nördliche Eifelvorland über das Rheintal unter Umgehung des Gebirges mit dem Neuwieder Becken in Verbindung steht." Auch in den späteren Jahrhunderten (im 8. und 5. Jahrhundert v. Chr.) ist wohl eine Ausweitung der Siedelflächen zu beobachten, aber auch hier wird die Eifel nicht als Durchgangsland benutzt. Der Meinung von Schüttler, „die Kalkgebiete sind als Verkehrslinie in diesen älteren Zeiten kaum weniger bedeutend als das Rheintal, entsprechen die Bodenfunde also vorab nicht".

Erst die römische Zeit schuf die Fernverbindung über die Eifel hinweg. Aber schon für die fränkische Inbesitznahme spielt nach Kersten diese Querverbindung keine entscheidende Rolle. „Eine ins einzelne gehende Untersuchung", so meint er, „hätte vielleicht erweisen können, daß die fränkische Besiedlung wie die vorgeschichtliche verläuft: der südliche Teil gehört zum Trierer Siedlungsbereich, der nördliche etwa zu dem des Dürener Landes. Die römische Fernverbindung ist nicht aufgegeben, sie braucht aber keine allzu große Rolle gespielt zu haben,"[18c] Diese Auffassung scheint auch durch die Verteilung der Orts-

[18] Ad. Schüttler, Kulturgeographie der mitteldevonischen Eifelkalkgebiete. Beitr. z. Landeskunde der Rheinlande, 3. Reihe, 1. Bonn 1939.

[18a] Bonn 1942, S. 170.

[18b] Nördlichster Fundplatz Berndorf, Kreis Daun: W. Kimmig, Trier. Zeitschr. 13, 1938, S. 157ff.

[18c] W. Kersten, a. a. O., S. 171.

namen bestätigt zu werden[18d]. So liegen zwei Drittel aller -heim-Orte nördlich der Dollendorfer Mulde. In ihr, die genau in der Mitte sich einschaltet, findet sich kein einziger Ort mit der Endung -heim. Das letzte Drittel liegt vielmehr in den südlichen Mulden von Hillesheim und Prüm. Umgekehrt fehlen -ingen-Orte in den nördlichen Mulden, in der Dollendorfer ist einer vorhanden, während die südlichen Kalkmulden allein 5 -ingen-Orte aufweisen (Gerolsteiner Mulde 3, Prümer Mulde 2). Entweder hat die fränkische Besiedlung — wie Kersten andeutet — von Norden und von Südwesten in die Eifel hineingegriffen oder -ingen ist jünger als -heim, oder es wäre an Ortsnamenausgleich zu denken.

Die beiden andern massenkalkreichen Gebiete sind die Niederardennen und das Sauerland. In beiden Landschaften ordnen sich aber im Gegensatz zur Eifel die Kalkmulden ganz und gar dem variskischen Streichen ein, es fehlt eine nordsüdlich verlaufende Störungszone. In den bis 300 m aufsteigenden Niederardennen sind die Massenkalkmulden lange schmale Bänder, die im Westen und in der Mitte, im sog. Dinanter Synklinorium in mehreren Streifen entwickelt sind, sich nach Osten hin allmählich auflösen, bis nördlich des Hohen Venns nur ein einziges schmales Band übrigbleibt. In ihrer Lagerung begünstigen sie daher jene kulturgeschichtlichen Bewegungen, die parallel zum Gebirgsrand verlaufen und von Südwesten nach Nordosten oder umgekehrt vorstoßen. Wir werden deshalb auch beobachten können, daß die Niederardennen kulturgeographisch stets dem nordwärts gelegenen Raum der Bördezone zugeordnet sind und von ihm ihre Anregungen empfangen. Wie in der Kalkeifel, so läßt sich auch in den Niederardennen eine ständige Besiedlung schon seit dem Neolithikum nachweisen, und manches spricht dafür, daß hier ebenfalls der Boden und das Klima die beiden wichtigsten Faktoren für die Auswahl der Altsiedelräume sind (Spelzanbau!)[19].

Im Süderbergland, in jenem zwischen Sieg und Ruhr gelegenen nordöstlichen Block des Rheinischen Schiefergebirges häufen sich die Kalklandschaften mehr im östlichen Teilgebiet, im sog. Sauerland. Im Bergischen Land sind die Massenkalkflächen bei Bergisch-Gladbach, im Velberter Sattel und im mittleren Wuppertal nur unbedeutend; umfangreicher sind die Massenkalkvorkommen um den Balver Wald, in der Balver Massenkalkplatte, in der Attendorner Doppelmulde (Kreis Olpe) und im Briloner Sattel. Dazu kommen jene frühbesiedelten kulmischen Kalkstreifen, die u. a. im Hellefelder Ausraum und im Waldecker Upland entwickelt sind. Im Verein mit dem breiten Flußtal der Ruhr sind also im Sauerland die altbesiedelten Landschaften fächerförmig angeordnet: sie konvergieren in der Briloner Hochfläche. Da diese zudem in unmittelbarer Nachbarschaft altbesiedelter Landschaften (Paderborner Hochfläche, Korbacher Hochfläche, Warburger Börde) liegt, bildet sie eine der großen Zugangspforten zu dem Sauerland, durch die von Osten bzw. Nordosten kommende Einflüsse sich um das paßlose Rothaargebirge herum ins nördliche Süderbergland vorschieben können, ehe sie auf die stark beregnete Landschaft des Bergischen Landes stoßen. Zugleich ist — und das wird meistens weniger beachtet — das Sauerland trotz seiner Höhenlage klimatisch für den Anbau von Getreide günstiger als das Bergische Land. In letzterem fallen weit mehr Niederschläge (bis 1200 mm), während die Mulden und Ausräume des Sauerlandes im Lee der von Südwesten kommenden Winde liegen, so daß z. B. das Attendorner Muldengebiet trotz seiner zentralen Lage ein relatives „Trockengebiet" darstellt. Dennoch ist die Leewirkung im Sauerland nicht so bedeutend wie in der Eifel, die Niederschläge sind höher (900 mm), und der mäßigende Einfluß des Meeres macht sich infolge der vorgeschobenen Lage nach Nordwesten stärker bemerkbar. Damit waren und sind hier dem Getreideanbau engere Grenzen gezogen als in der Eifel und in den Niederardennen; das Wintergetreide tritt gegenüber dem Sommergetreide, vor allem dem Hafer, erheblich zurück. Das war in früheren Jahrhunderten noch mehr der Fall. Heute haben widerstandsfähigere Sorten die Wintergetreidegrenze weiter ins Bergland hinaufgeschoben. Wie später noch genauer ausgeführt wird, hängt mit dieser Erscheinung auch wohl die spätere Besiedlung der Kalkgebiete im Sauerland zusammen. Neolithische Funde sind mir nicht bekannt. Nach allem, was die Vorgeschichtsforschung im Süderbergland bis heute zutage fördern konnte, ist erst mit einer ständigen Besiedlung seit der

[18d] Vgl. Exkursionsbericht „Eifel, Luxemburg, Hunsrück, Saargebiet" des Geogr. Instituts der Universität Münster 1937. Manuskript.

[19] M. A. Arnould, La Préhistoire. Brüssel 1938.

Bronzezeit und vor allem seit der Eisenzeit zu rechnen [20]. Auf der Karte habe ich deshalb die Kalkgebiete des Süderberglandes als bronze-früheisenzeitlich besiedelte Räume herausgehoben.

Die bisher genannten Altsiedelräume sind bis auf die sauerländischen Kalkgebiete durchweg seit dem Neolithikum besiedelt und zwar von einer Bevölkerung, die den Anbau von Halmfrüchten kannte und damit zu einer seßhaften Siedlungsweise übergegangen war. Daneben finden sich im Rheinischen Schiefergebirge noch eine Reihe von Landstrichen, die zwar auch nach den Ortsnamen zu den Altsiedelräumen zu rechnen sind, die aber durchweg erst in der Eisenzeit, und zwar vornehmlich seit dem Beginn der Latèneperiode (um 500 v. Chr.) besetzt wurden. Es sind Altsiedellandschaften 2., oder wenn man die bronzezeitliche Ausweitung der Siedelräume noch berücksichtigt, 3. Ordnung.

In erster Linie sind hier einige Hochflächenlandschaften zu nennen. Am auffallendsten ist in dieser Hinsicht der Bastnacht-St.-Vither-Riedel, der die Wasserscheide zwischen Maas und Mosel trägt. Als ein von der jungen Erosion wenig angegriffener Rest der alten Rumpffläche zieht sich dieser Plateauriedel von Bastnacht (Bastogne) über St. Vith bis an das stark zerfaltete Gebiet der oberen Rur. Seine Ebenheit begünstigte zweifellos die Anlage einer Verkehrsstraße, und so ist es nicht verwunderlich, daß dieser Landstrich auch von der bedeutenden Römerstraße Reims—Köln benutzt wurde. Ebenso war hier infolge der Ebenflächigkeit auch eine Anlage von Feldern (Pflugbau!) möglich, doch hemmte vor allem das Klima den Anbau anspruchsvoller Getreidepflanzen. Nach allem, was wir heute von der Wirtschaft der ersten Siedler wissen, ist anzunehmen, daß sie in erster Linie Viehzüchter waren und den Anbau nur im Nebenbetrieb durchführten [21]. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse auf dem seit der Eisenzeit stärker besiedelten Vorderen Hunsrück, auf dem Taunus und auf dem Hochwesterwald [22]. Gerade hier waren es Viehzüchter, die die erste Besiedlung durchführten, während auf dem Vorderen Hunsrück infolge seiner geringeren Niederschläge und seiner geringen Graswüchsigkeit eine mehr ackerbautreibende Bevölkerung in der Mehrener Zeit ihr Dasein fristete. Ein letztes bemerkenswertes Altsiedlungsgebiet ist das Siegerland [23]. Seit der Latènezeit ist hier ebenfalls eine ständige Besiedlung nachzuweisen, die vor allem auf die Höhen hinaufgriff. (So sind z. B. auf der Kalteiche vorgeschichtliche Ackerfelder festgestellt worden.) Auch hier handelt es sich trotz des angedeuteten Anbaus um Viehzüchter, die zugleich — wie Böttger wahrscheinlich macht — als „Iserschmitten" dem Erzbergbau nachgingen.

Seit der Eisenzeit ist also innerhalb des Rheinischen Schiefergebirges eine beachtliche Ausweitung des Siedelraumes zu beobachten. Dabei stieß die Besiedlung nicht — wie man annehmen sollte — von den Tiefenlinien aus allmählich über die mittelhohen Landschaften in die höheren Regionen vor, sondern die mittleren Höhenstufen wurden vielfach übersprungen und die hochgelegenen, reliefmäßig günstigen, aber klimatisch ungünstigen Landschaften zuerst besiedelt.

Angesichts der Verteilung der Altsiedellandschaften innerhalb und außerhalb des Rheinischen Schiefergebirges erhebt sich die Frage nach den Ursachen dieser räumlichen Differenzierung. Bekanntlich stehen sich heute in der Forschung zwei Theorien gegenüber, die in Oberdeutschland entwickelte „Steppenheidetheorie" von R. Gradmann [24], und die in Niederdeutschland ausgebaute „Eichenwald-" oder „Waldweidetheorie", die von Tüxen [25] angeregt, von

[20] H. Hoffmann, Stand und Aufgaben der vor- und frühgeschichtlichen Forschung in Westfalen. 1938/39.

[21] J. Schmithüsen, Das Luxemburger Land. Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 34. Leipzig 1940.

[22] K. Schumacher, Siedelungs- und Kulturgeschichte der Rheinlande von der Urzeit bis in das Mittelalter. 1921—1925.

[23] H. Böttger, Gang der frühesten Besiedlung des Siegerlandes. Westfalen. Jg. 1934, Heft 2.

[24] R. Gradmann, Das Pflanzenleben der Schwäbischen Alb. 1. Aufl. 1898, 3. Aufl. 1936. — Die Steppenheidetheorie. Geogr. Zeitschr. 1933. — Beziehungen zwischen Pflanzengeographie und Siedlungsgeschichte. Geogr. Zeitschr., 12, 1906. — Die ländlichen Siedlungsformen Württembergs, P. M. 1910. — Das ländliche Siedlungswesen im Königreich Württemberg. Forsch. z. deutsch. Landes- und Volkskunde, 21, Stuttgart 1913. 2. Aufl. Stuttgart 1926.

[25] R. Tüxen, Die Grundlagen der Urlandschaftsforschung. Ein Beitrag zur Erforschung der Geschichte der anthropogenen Beeinflussung der Vegetation Mitteleuropas. Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte, 5, 1931.

Nietsch[26] umfassend ausgebaut und von Barenscheer[27] in einer Spezialuntersuchung zum ersten Male angewandt wurde. Es fragt sich, ob eine dieser Anschauungen dem von uns aufgezeigten räumlichen Gefüge der Altsiedellandschaften eine sinngemäße Deutung geben kann.

Gradmann führt die frühe Inbesitznahme der seit dem Neolithikum besiedelten Landschaften auf ihre Armut an Wald bzw. auf ihre Waldlosigkeit zurück. Der damalige Mensch konnte nach ihm mit den ihm zur Verfügung stehenden primitiven Werkzeugen den Wald nicht roden (Der Wald Feind des Menschen!). So mußte er seine Nutzflächen, soweit sie mit Getreide bestellt wurden, auf Flächen anlegen, die von Natur aus waldarm, waldlicht oder waldlos waren. Als Beweis für die ehemalige Waldarmut bzw. Waldlosigkeit führt Gradmann pontische, dealpine und mediterrane Pflanzen an, die seine sog. „Steppenheide" zusammensetzen. Sie finden sich heute noch an sonnigen steilen Hängen und auf Kalkfelsen, und ihre geographische — nicht topographische — Verbreitung deckt sich in Oberdeutschland tatsächlich weitgehend mit den Altsiedellandschaften. Gradmann deutet die Pflanzen als Relikte einer Gesellschaft, die einst in einer trockenwarmen Periode über ihren jetzigen Standort hinaus größere Flächen einnahmen und den Wald in zahllosen Lichtungen durchsetzte. Will man diese Theorie für die neolithischen Altsiedellandschaften des Rheinischen Schiefergebirges und seiner umrahmenden Gebiete anwenden, dann muß man zunächst von der heutigen Verbreitung der kontinentalen Heiden, zu der auch die Steppenheide von Gradmann gehört, ausgehen. Überprüft man unter diesem Gesichtspunkt die bisherigen pflanzenkundlichen und -soziologischen Arbeiten, so ergibt sich, daß zwar eine Reihe von südlich-kontinentalen Florenelementen über das Rheinische Schiefergebirge hinweg bis zu einer Linie Maastricht—Wesel—Coesfeld—Rheine vorkommen, daß aber zugleich ihre Zahl von Südosten nach Nordwesten abnimmt und die von ihnen zusammengesetzten Pflanzengesellschaften immer mehr verarmen.

Am klarsten haben bisher Paffen[28] und Schwier[29] — wenn auch mit verschiedenen Methoden — diese Verhältnisse herausgearbeitet. „Echte kontinentale Steppenheiden", so liest man bei Paffen, „wie sie vor allem durch Gradmann (1936)[30] von der Schwäbischen Alb und neuerdings durch Gauckler[31] (1938) nach pflanzensoziologischen Methoden von der Fränkischen Alb beschrieben wurden, fehlen unserem engeren Untersuchungsgebiet gänzlich. Bestenfalls finden sich ihre letzten nordwestlichen Ausstrahlungen am Südrand des linksrheinischen Schiefergebirges: im unteren Nahe- und südlichsten Mittelrheingebiet. Gradmanns Felsfacies der Steppenheide bzw. Gauckler's Festuca glauca-Dianthus gratianopolitanus-Assoziation (1938) scheint hier — auch nach Angaben Wiemanns vom Rotenfels und Westrich — ihre äußersten Standorte zu besitzen, wenn auch nur sporadisch in einer sehr verarmten Variante . . . An vereinzelten Stellen des unteren Nahe- und südlichen Mittelrheintales scheint auch die Hauptgesellschaft der Schwäbischen und Fränkischen Alb, die Carex humilis-Anemone pulsatilla-Assoziation Gauckler's (1938) noch natürliche Standorte zu besitzen . . . Immerhin sind die meisten Charakterarten der Schwäbischen und Fränkischen Alb hier noch vorhanden, erreichen jedoch zum Teil mit andern Südlich-Kontinentalen ihre äußersten nordwestlichen Posten. So von den Charakterarten: Alsine Jaquini, Silene Otites, Potentilla arenaria, Arabis auriculata; von den Verbandscharakterarten: Peucedanum oroselinum, Potentilla opaca, Medicago minima." — Diese echten Steppenheiden sind somit nur dem Mainzer Gebiet und seinen Ausläufern, der Kreuznacher Bucht im Südwesten und der Wetterau im Norden, eigen. Doch scheinen sie auch im Rheintal aufwärts über das Neuwieder Becken hinaus bis an die Ahrmündung noch sporadisch vorzukommen.

Im Osten des Rheinischen Schiefergebirges hat Schwier ihre Grenze genauer verfolgt. Nach ihm ist die an extremere kontinentalere Klimaverhältnisse angepaßte „Steppe mitteldeutschen Typs" nur bis zu einer Linie verbreitet, die „etwa von Braunschweig her über die Gegend von Wernigerode und Nord-

---

[26] H. Nietsch, Steppenheide oder Eichenwald? Weimar 1935. — Wald und Siedlung im vorgeschichtlichen Mitteleuropa. Mannus-Bücherei 64, Leipzig 1939.

[27] Fr. Barenscheer, Siedlungskundliches aus der südlichen Lüneburger Heide. Niedersächsischer Heimatbund, e. V., Heft 20. Oldenburg 1939.

[28] K. H. Paffen, Heidevegetation und Ödlandwirtschaft der Eifel. Beiträge zur Landeskunde der Rheinlande, 3. Reihe, Heft 3. Bonn 1940.

[29] H. Schwier, Die Vorsteppe im östlichen Westfalen. 5. Ber. des Naturw. Ver. f. Bielefeld und Umgegend, Bielefeld 1928.

[30] R. Gradmann, Pflanzenleben der Schwäbischen Alb. 1936.

[31] K. Gauckler, Steppenheide und Steppenheidewald der Fränkischen Alb in pflanzensoziologischer, ökologischer und geographischer Betrachtung. Ber. d. Bayer. Bot. Ges. München, 23, 1928.

hausen und etwas westlich von Mühlhausen und Gotha ungefähr auf Meiningen" zuläuft. Diese beiden Verbreitungsgebiete decken sich weitgehend mit den von Troll[32] in einer Übersichtskarte angegebenen Steppenheidevorkommen. Folgen wir ihm und den Angaben von Hueck[33], dann sind steppenheideähnliche Pflanzengesellschaften, vielleicht mit stärkerem mediterranen Einschlag, noch zu finden in den Obermosellanden und entlang dem Moseltal bis ins Neuwieder Becken.

Somit erscheint die echte Steppenheide heute nur in den südlichen Randlandschaften des Rheinischen Schiefergebirges, im Obermoselland, im Mainzer Becken, in der Kreuznacher Bucht und der Wetterau, und innerhalb des Berglandes nur im Neuwieder Becken, im Mittelrheintal und Moseltal. In allen anderen Altsiedellandschaften fehlt sie.

Trotzdem kommen hier — wie schon angedeutet — noch eine Reihe südlich-kontinentaler Pflanzen vor, aber ihre Zahl nimmt nicht nur allmählich nach Nordwesten ab, sondern sie bilden auch Pflanzengesellschaften, die genetisch anders geartet sind, den Trockenrasen (Xerobrometum) und Halbtrockenrasen (Mesobrometum).

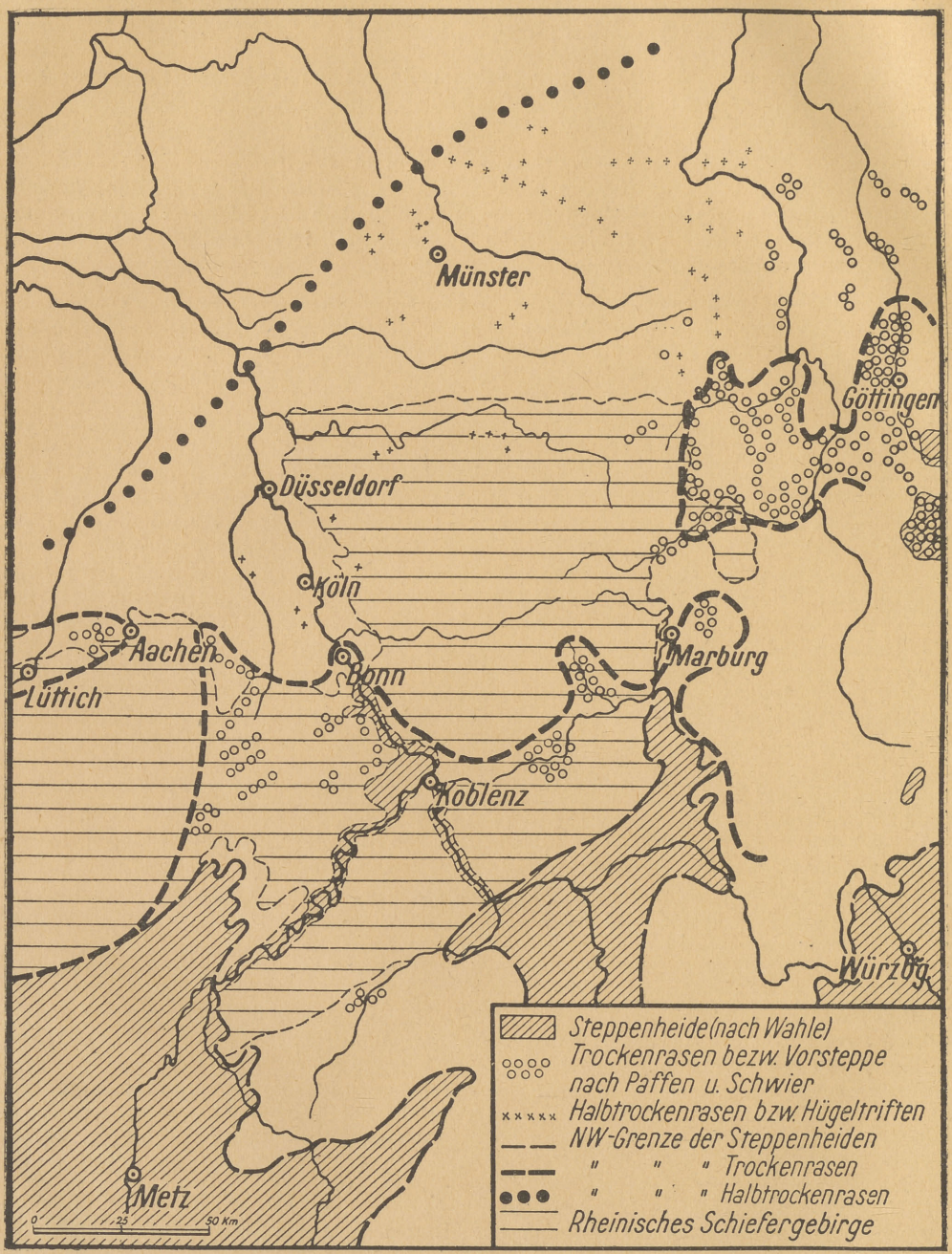
Das Xerobrometum ist nach Paffen floristisch der echten Steppenheide noch sehr ähnlich, doch nicht mehr mit ihr identisch. Ein Großteil der südlich kontinentalen Steppenheidepflanzen verdanken nämlich hier ihr Dasein der rodenden und wirtschaftenden Tätigkeit des Menschen. Dazu werden dem Xerobrometum durch Mahd und Beweidung eine große Zahl kulturbedingter Elemente beigefügt, die der echten Steppenheide fehlen. Das ist in erster Linie Bromus erectus (aufrechte Trespe) selbst, der wahrscheinlich nie an ganz ursprünglichen Standorten zu finden ist. Nach Paffen besitzen die Xerobrometen in der Eifel ihre größte Verbreitung in den altbesiedelten Landschaften, auf den Kalk- und Dolomitböden der mitteldevonischen Mulden, ferner auf den oberdevonischen, karbonischen Böden und den Kreidekalken der Aachener Gegend sowie dem Muschelkalk der Mechernicher und Bitburger Triasbucht. Doch findet man sie — wenn auch oft nur in Fragmenten — auf den Vulkanböden der Ost-, Mittel- und Südeifel, auf Basalten und Basalttuffen. Auch fehlt diese Gesellschaft nicht auf Tonschieferböden — aber nur in trockenwarmen Tälern. Aus diesen Angaben ergibt sich eine Verbreitungsgrenze, die im Norden weitgehend mit dem Nordabfall der Eifel (Linie südlich Zülpich — nördl. Münstereifel) zusammenfällt, im Westen hingegen nur die Westenden der Kalkmulden miteinander verbindet und die stark beregneten Gebiete des Hohen Venns und der Schneifel sowie des Isleks ausschließt.

Für das rechtsrheinische Gebiet liegen nur Angaben von Schwier vor, dessen sog. „Vorsteppe" in etwa dem Xerobrometum der Pflanzensoziologen gleichzusetzen ist. Nach ihm ist die „Vorsteppe" gut entwickelt im Ringgau, im Gebiet der unteren Werra und der oberen Leine und im Muschelkalkgebiet zwischen Warburg und Kassel. Hier liegt ein ausgesprochenes Kerngebiet der „Vorsteppe" (zwischen Waldeck—Wildungen und Fritzlar—Gudensberg), von dem aus auf mehreren Wegen die „Vorsteppe" ins Diemelgebiet hineinzieht und zwar über den Zechsteinstreifen von Wildungen bis Marsberg, zum andern durchs Twistetal nach Warburg und von dort sogar entlang der Muschelkalkschwelle östlich des Eggehauptkammes bis 5 km nördlich von Willebadessen, zum dritten von Gudensberg bis Zierenberg, wo sich der Weg gabelt und die „Vorsteppe" einmal entlang dem Eßtal und zum andern durch das Warmetal ins Diemeltal gelangt. So ergibt sich ein ziemlich geschlossenes Verbreitungsgebiet, dessen West- bzw. Nordgrenze in etwa mit der Linie Frankenberg—Korbach—Marsberg—Willebadessen—Scherfede—Deisel—Daseburg—Körbecke—Muddenhagen—Herstelle angegeben werden kann. Danach fehlt also — und das ist für unsere Fragestellung wichtig — die „Vorsteppe" im Süderbergland. Eine Ausnahme macht nur die Briloner Hochfläche, wo ein verarmtes Xerobrometum nach Schwier noch zu finden ist. Damit gleicht diese Massenkalkfläche, in 400—500 m Höhe gelegen, als einzige florengeographisch den Massenkalkmulden der Eifel. In den andern sauerländischen Kalkgebieten scheint nach den bisherigen Feststellungen das Xerobrometum zu fehlen, und das würde auch den hier waltenden klimatischen Verhältnissen entsprechen. Südlich der Sieg begegnen uns Xerobrometen noch im Limburger Becken und an den Hängen des Lahn- und Dilltales. Wie weit Xerobrometen in den Kalkgebieten der Niederardennen vorhanden sind, konnte ich bisher nicht feststellen, doch halte ich ihr Vorkommen in Analogie zu den Eifeler Kalkmulden für möglich.

Immerhin zeigt diese Übersicht, daß den seit dem Neolithikum besiedelten Binnenlandschaften, insbesonders den Kalkmulden des Rheinischen Schiefergebirges eine Pflanzengesellschaft eigen ist, die der Steppenheide verwandte Pflanzen südlich-kontinentaler Herkunft umfaßt. Nur ist

[32] C. Troll und H. Gams, Pflanzenwelt und Vorbedingungen der Pflanzenwirtschaft. „Der Rhein" Bd. 1, 2. Teil, 2. Buch, 1931.

[33] K. Hueck, Die natürliche Vegetation. In: Atlas des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa. Leipzig.



Karte 3. Steppenheide, Trockenrasen und Halbtrockenrasen in Westdeutschland

diese Gesellschaft ärmer, sie ist eine „Vorsteppe", und zum andern verdankt sie, wenn nicht ihre Entstehung, so doch ihre größere Ausbreitung den Eingriffen des Menschen. Angesichts dieser Tatsache fällt es schwer, diese Gesellschaft als Relikt im Sinne Gradmanns aufzufassen und ihr eine landschaftsbestimmende Rolle in einer trockenwarmen Klimaperiode zuzuweisen.

Das gilt noch mehr von dem dritten kontinentalen Heidetyp, dem Halbtrockenrasen oder Mesobrometum.

Diese Gesellschaft ist sehr arm an pontischen und mediterranen Florenelementen. Die Mesobrometen Paffens entsprechen ganz den Hügeltriften Schwiers. Ihre Nordwestgrenze erreicht diese Gesellschaft nach den mir bisher bekanntgewordenen Feststellungen mit der Linie Maastricht—Duisburg bzw. Wesel—Coesfeld—Rheine—Dümmer See. Ihre Entstehung führt man heute ebenfalls auf die Einwirkung von Mahd und Weidgang zurück. Wie die Abb. 3 zeigt, sind ihre Standorte topographisch sehr beschränkt und stehen in keiner Beziehung zu den Altsiedelräumen des Niederdeutschen Flachlandes.

Dieser allgemeine Überblick lehrt also eindeutig, daß das Rheinische Schiefergebirge florengeographisch eine bemerkenswerte Zwischenlage einnimmt. Es liegt gewissermaßen zwischen der „Steppenheide"grenze Luxemburg—Mainz und der „Hügeltrift"grenze Maastricht—Rheine (vgl. Karte 3). Für die südlichen Altsiedelräume würde also der Anwendung der Steppenheidetheorie wenig entgegenstehen, dagegen erheben sich für die weiter nordwärts gelegenen Binnenlandschaften einige Bedenken. Hier deckt sich zwar die geographische Verbreitung der Xerobrometen noch weitgehend mit den Altsiedelräumen, aber diese Gesellschaft ist — darin sind sich die meisten Forscher einig — schon stark kulturbedingt und kann wohl kaum noch als Relikt aufgefaßt werden. Und noch weiter nordwestwärts, im Niederdeutschen Flachland, entfällt auch die geographische Kongruenz von Halbtrockenrasengebieten und Altsiedellandschaften.

Aus dieser pflanzengeographischen Situation heraus ist es verständlich, daß in Niederdeutschland Gradmanns Theorie zuerst abgelehnt und eine andere Auffassung entwickelt wurde.

Man ging dabei von den Ergebnissen der pflanzensoziologischen und bodenkundlichen Forschung aus. Beide glauben nachgewiesen zu haben, daß in den Altsiedelräumen Niederdeutschlands beim Seßhaftwerden des Menschen der Wald die entscheidende Formation war. Der Mensch mußte also, bevor er sein Feld bestellte, den Wald roden. Welche Waldgesellschaften er nun im einzelnen in Angriff nahm, hing davon ab, welchen Wert diese innerhalb der bäuerlichen Wirtschaft besaßen. Nach Ansicht niederdeutscher Forscher war dabei ausschlaggebend die Viehwirtschaft mit ihren Ansprüchen. Für das Vieh, vor allem für das Schwein, suchte man eine hochwertige Waldweide, sie war gegeben in dem eckerichreichen feuchten Eichenhainbuchenwald. Erst in zweiter Linie nahm man bei der Anlage der Siedlung Rücksicht auf den Ackerbau, der die trockenen Lagen des sog. trockenen Eichenhainbuchenwaldes bevorzugte. Es wurden also in erster Linie jene Gebiete altbesiedelt, die Eichenhainbuchenwälder besaßen.

Vergleicht man unter diesem Gesichtspunkt die Altsiedelräume um und im Rheinischen Schiefergebirge mit der Verbreitung der natürlichen Vegetationsgesellschaften, wie sie z. B. Hueck[34] entworfen hat, dann decken sich zweifellos eine ganze Reihe von Altsiedellandschaften mit den Eichenhainbuchengebieten. Eine Ausnahme machen nur die Kalkmulden, die sich aber durch einen artenreichen Buchenwald von den Schiefergebieten mit ihren ärmeren Buchenwaldbeständen unterscheiden[35]. Auffällig ist nur, daß in den meisten Altsiedellandschaften die feuchte Abart des Eichenhainbuchenwaldes fehlt, die gerade in Niederdeutschland für die Besiedlung eine so wichtige Rolle spielen soll. Immerhin ist es unter diesen Umständen nicht verwunderlich, daß jüngere, niederdeutsch beeinflußte Forscher, wie z. B. Schmithüsen[36] in seiner umfassenden Arbeit über das Luxemburger Land und auch Schüttler[37] in seiner Darstellung über die Kalkmulden der Eifel, den Besiedlungsgang aufs engste mit den Waldgesellschaften in Zusammenhang bringen, ohne daß sie sich auf die oben wiedergegebene These festlegen.

So erscheint also auch in der Deutung der Altsiedellandschaften und in der methodischen Einstellung der Siedlungsforscher das Rheinische Schiefergebirge in einer bemerkenswerten

[34] K. Hueck, Die natürliche Vegetation. In: Atlas des deutschen Lebensraumes.
[35] Schüttler, Kulturgeographie der mitteldevonischen Eifelkalkgebiete. 1939.
[36] Schmithüsen, Das Luxemburger Land. 1940.
[37] Schüttler, Kulturgeographie der mitteldevonischen Kalkgebiete. 1939.

Zwischenlage: hier die oberdeutsche Steppenheidetheorie: Steppenheiderelikte, waldarmes bzw. waldloses Gebiet; keine Rodung, leichte Anlage von Anbauflächen, deshalb altbesiedelt, und dort die niederdeutsche Waldweidetheorie: Eichenhainbuchenwald, reich an Eckerich, Viehwirtschaft wichtigster Nutzungszweig, deshalb altbesiedelt; Anbau sekundär, Rodung im Waldland notwendig.

Angesichts dieser verschiedenen Auffassung scheint es fast unmöglich, für die räumliche Anordnung der Altsiedellandschaften ein einheitliches Ordnungsprinzip aufzufinden. Und doch seien hier einige Tatsachen — auf die schon ab und zu von anderer Seite hingewiesen wurde — zusammenfassend angeführt, die uns vielleicht einer Lösung des Problems näherbringen.

Erstens ist die Auffassung, daß eine Rodung, d. h. ein Beseitigen von Bäumen und ein allmähliches Ausroden von Wurzelstöcken mit den primitiven Werkzeugen unmöglich sei, in dieser schroffen Form abzulehnen. Versuche, die Jacob-Friesen[38] durchführte, haben gezeigt, daß mit einem Steinbeil ein mittelkräftiger Baum binnen kurzer Zeit gefällt werden kann. Daß man im Neolithikum Baumstämme zu Balken verarbeiten konnte, beweisen unter anderem auch die neueren Ausgrabungen sehr stattlicher bandkeramischer Gehöft- und Hausanlagen mit ihren beachtenswerten Pfosten und Ständern[39]. Roden, d. h. ein Vernichten des Baumbestandes, war also schon im Neolithikum möglich. Auch der Viehverbiß darf beim Lichten des Waldes nicht unterschätzt werden. Zudem war ein vollständiges Ausroden der Wurzelstöcke für die erste Anlage eines Feldes gar nicht notwendig, denn allem Anschein nach war das erste Feldgerät neben der Hacke (besonders im bandkeramischen Kulturkreis) ein primitiver Haken- und Grabstockpflug, ein sog. Rührpflug, der zum Auflockern und Aufritzen des Bodens benutzt wurde, ohne daß vollständig gerodet war. Man vergleiche in dieser Hinsicht nur den Hainpflug bei der Brandwirtschaft in den Siegerländer Haubergen. Beachtet man diese Umstände, dann ist die von Ratzel aufgestellte und von Gradmann übernommene These von „dem Wald als Feind des primitiven Feldbauern" in ihrer schroffen Formulierung nicht mehr haltbar.

Zweitens waren für die Auswahl des Siedelplatzes, soweit wir es mit seßhaften Anbauern zu tun haben, in erster Linie die Erfordernisse des Feldbaus entscheidend. Wohl kannten die ersten neusteinzeitlichen Anbauer die Viehhaltung: Schwein, Ziege, Schaf und Rind sind für die damalige Zeit allenthalben nachgewiesen. Aber das Vieh konnte auch — und das ist den niederdeutschen Forschern entgegenzuhalten — jene Weideplätze aufsuchen, die weit von der Siedlung entfernt lagen, während die Anbauflächen ständig von den Siedlern beaufsichtigt werden mußten. Schon daraus ergibt sich, daß die Anbaufläche auch weitgehend den Siedel- und Wohnplatz bestimmte. Ob nun innerhalb des bäuerlichen Betriebes die Viehwirtschaft oder der Anbau an erster Stelle stand, ist damit nicht entschieden, denn uns interessiert nicht die betriebliche Stellung der einzelnen Nutzweisen, sondern ihre Beziehung zur Wahl des Siedelplatzes, ihre siedlungsgeographische Bedeutung. Und da zeigen Spezialuntersuchungen in Niederdeutschland immer wieder, daß für die Anlage der Siedlung die Ackerfläche, der sog. Esch, ausschlaggebend war. Mit andern Worten, „eschgünstige", d. h. ackerbaugünstige Landschaften sind auch die ersten Siedellandschaften.

Diese allgemeine Formulierung darf aber — und das hat man m. E. bisher zu wenig berücksichtigt — nur in ihrer zeitlichen Bedingtheit angewandt werden. „Ackerland" ist nach den angebauten Pflanzen nicht zu allen Zeiten das gleiche. Das Wort „Esch" zeigt uns noch am besten seine urtümliche Bedeutung. Esch = got. atisk heißt nichts anderes als „Getreideland". Nach der Art des Getreides kann man aber drei Perioden unterscheiden. Im Neolithikum kannte man nur Emmer und Spelzweizen und die Sommergerste. Erst in der Bronzezeit tauchte der Hafer auf, und in der Eisenzeit (etwa ab 500 v. Chr.) erschien der Roggen[40]. Für die Auswahl der Altsiedelräume des Neolithikums sind m. E. entscheidend die Ansprüche der damaligen Getreidearten Emmer, Einkorn, Gerste und Spelz. Sie

[38] K. H. Jacob-Friesen, Einführung in Niedersachsens Urgeschichte. 2. Aufl. Hildesheim-Leipzig 1934.

[39] H. Hoffmann, Hausgrundrisse aus der Vor- und Frühgeschichte Westfalens. Westf. Forschungen, Bd. 3, 1940.

[40] J. Becker-Dillingen, Handbuch des Getreidebaus. Berlin 1927. — Quellen und Urkunden zur Geschichte des deutschen Bauern. I. Vorzeit bis Ende der Karolingerzeit. Berlin 1935.

stammen bekanntlich aus dem pontisch-kleinasiatischen Gebiet und sind gewissermaßen als pontische Florenelemente anzusprechen. Ihre Ausbreitung ist aber nicht von natürlichen Faktoren allein abhängig, sondern in erster Linie ein Werk des Menschen. Auf zwei Wegen gelangten sie vermutlich nach Europa: über die Donauländer mit den Bandkeramikern (vor allem Einkorn, Gerste und Spelz) und über das Mittelmeer nach Spanien und Westfrankreich in den westlichen Kulturkreis[41]. Von hier aus kamen die Getreidearten nach Nordeuropa, nach Dänemark und Südschweden und eroberten sich von dort den gesamten megalithischen Kulturkreis Nordwestdeutschlands[42].

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß in Oberdeutschland zunächst die relativ trockenen Becken und Senken besiedelt wurden und die stark beregneten, nur für den Hafer bzw. Roggenanbau geeigneten Höhen gemieden wurden[43]. Dagegen war in der atlantischen Klimaregion das allgemeine Großklima dem Anbau entgegen. Hier suchte man seine hemmenden Einwirkungen dadurch zu umgehen, daß man die Anbaufläche auf trockene und wärmere Böden legte. Das sind in den Geestlandschaften die leichten Sandbodenwellen mit durchlässigem Untergrund, ferner die lockeren Löß- und Flottsandböden und die Karbonatböden. In der feuchten Klimaregion vertreten also diese Bodenarten gewissermaßen lokal das „kontinentalere" Klima.

Im Rheinischen Schiefergebirge und seinen Randgebieten findet diese „Getreide"-Theorie ihre Bestätigung. So sind die Kalkmulden der Niederardennen und der Eifel altbesiedelt, weil hier der Spelz noch ein gutes Fortkommen fand. Noch heute wird diese Pflanze hier angebaut. Im Sauerland war dagegen der Niederschlag auch in den Kalkmulden noch zu hoch, so daß hier erst mit der Kenntnis des Hafers eine Besiedlung während der Bronzezeit einsetzen konnte. In allen andern Altlandschaften (Flußtäler, Becken, Senken) war auf Grund des Klimas und des Bodens (Löß) dagegen die Anlage von Sommergerste-, Spelz- und Weizenfeldern möglich. Hier gediehen die drei Getreidearten ohne weiteres. Mit dem Aufkommen von Hafer und Roggen war dann — wie schon oben angedeutet wurde — eine weitere Ausdehnung des Siedellandes möglich. Die Ausweitung macht sich vor allem in jenen Klima- und Bodenregionen bemerkbar, die diesen beiden Nutzpflanzen am besten entsprechen. Schon Engelbrecht hat in seiner Studie über die Herkunft des Roggens[44] darauf hingewiesen, daß mit seinem Einwandern nach Niederdeutschland sich hier die Bevölkerungszahl erheblich gehoben haben muß, wodurch sich die ungeheuer starke Auswanderung der westgermanischen Völker seit 500 v. Chr. erklären lasse. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat damals zugleich eine starke Rodetätigkeit eingesetzt. Es wurden zahlreiche neue Siedlungen angesetzt und das Siedelland erheblich erweitert. Doch fehlen darüber bisher irgendwelche Beobachtungen und Untersuchungen, und es wäre zweifellos sehr lohnend, diesem Problem mit Hilfe der Bodenfunde genauer nachzugehen. Hingegen sehen wir hinsichtlich dieser Vorgänge im Rheinischen Schiefergebirge klarer. Die Eroberung und Besiedlung des Süderberglandes (Kalkmulden) seit der Bronzezeit und die Rodung der Hochflächenlandschaften (Bastnacht-St.-Vither-Riedel, Hunsrück, Taunus, Hochwesterwald) und des Siegerlandes hängen aufs engste damit zusammen, daß ein Anbau von Getreide — es kommt nur der Hafer in Frage — hier möglich war. Daß auch in diesen Landschaften der Anbau für die Auswahl des Siedelgeländes ausschlaggebend war, erkennt man daraus, daß man möglichst die ebenen Rumpfflächenreste auswählte, denn nur auf ihnen war der Pflugbau gut durchzuführen. Erst in zweiter Linie sind die Erfordernisse der Viehwirtschaft zu beachten, die betrieblich zwar dominierte, aber für die Auswahl des Siedelplatzes nur sekundäre Bedeutung hatte. Immerhin ist ihr für die Eisenzeit wohl eine größere Rolle zuzubilligen als in der neolithischen Zeit. Darauf deutet z. B. die Auswahl des Hochwesterwaldes hin. Hier soll nämlich nach einigen kursorischen Feststellungen von Büker[45] im natürlichen Zustand ein

[41] Vgl. dazu Wahle, Deutsche Vorzeit, 1932, und Hoffmann, Stand und Aufgaben der vor- und frühgeschichtlichen Forschung in Westfalen. 1938/39.

[42] Vgl. J. Blüthgen, Dänische Beiträge zur Vorgeschichtsforschung. Geogr. Anzeiger, 42, 1941.

[43] Vgl. Karte der Sommergerste bei Th. H. Engelbrecht, Die Feldfrüchte des Deutschen Reiches in ihrer geographischen Verbreitung. Arb. d. Deutsch. Landwirtschaftsgesellschaft, Heft 557. Berlin 1928.

[44] Th. H. Engelbrecht, Über die Entstehung des Kulturroggens. Festschrift Eduard Hahn zum 60. Geburtstag. Stuttgart 1917.

[45] Rich. Büker, Beiträge zur Vegetationskunde des südwestfälischen Berglandes, Manuskript.

feuchter Eichenhainbuchenwald stocken, der die besten Bedingungen für die Viehweide bietet. Im Siegerland ist dagegen für die frühe Besiedlung noch ein anderer Faktor, das Vorkommen von Eisenerzen, verantwortlich zu machen. Der erste Siedler war hier Viehzüchter und „Isserschmitt" in einer Person, doch fehlte auch nicht der Anbau von Hafer[46].

Die Betrachtung der Altsiedellandschaften des Rheinischen Schiefergebirges lehrt also zweierlei. Erstens ist das mittelrheinische Bergland nicht ein spät erschlossenes Rodungsgebiet, sondern es wird von mehreren altbesiedelten Landstrichen durchsetzt. Neben den Flußtallandschaften, Becken und Senken heben sich besonders die neolithisch und bronzezeitlich besiedelten Kalkmulden und die eisenzeitlich besetzten Hochflächenlandschaften heraus. Zweitens läßt sich die Lage dieser Altsiedelräume weder mit der niederdeutschen noch mit der oberdeutschen Siedlungstheorie befriedigend erklären. Maßgebend erscheinen die Ansprüche der jeweiligen Getreidearten an Klima und Boden. So sind Sommergerste, Weizen und Spelz die entscheidenden Ordner für die Lagerung der neolithischen Altlandschaften. Mit dem Aufkommen von Hafer und Roggen konnten auch die höhergelegenen, feuchten und bodenarmen Landschaften besiedelt werden. Zugleich gewann dabei die Viehwirtschaft mit ihren Erfordernissen einigen Einfluß, während das Vordringen in das Siegerland sich zum Teil aus dem Bedarf an Eisenerzen erklärt.

b) Die Rodelandschaften

Nach der oben gegebenen Auffassung ist die Bezeichnung „Rodelandschaft" allein für die im Früh- und Hochmittelalter erschlossenen Landschaften eigentlich nicht mehr angebracht, denn auch für die Altlandschaften rechne ich mit einer Rodetätigkeit. Im Gegensatz zu den Altsiedellandschaften müßte man sinngemäß von „Jungsiedellandschaften" sprechen, doch hat sich der Begriff „Rodelandschaft" seit den Untersuchungen von Gradmann so eingebürgert, daß ich ihn auch hier beibehalten will. Dazu kommt, daß die Eroberung der Altsiedellandschaften sich über einen 3—4000 Jahre langen Zeitabschnitt erstreckt, während die mittelalterliche Rodetätigkeit nur 800 Jahre umfaßt. In dieser kurzen Periode wurde unverhältnismäßig mehr gerodet, so daß sie mit Recht den Namen „Rodezeit" trägt.

Zwei Epochen lassen sich trennen, die erste beginnt gleich nach der Landnahmezeit und endet etwa bei 850, sie umfaßt die Regierungszeit der Merowinger und Karolinger, das Frühmittelalter. Die zweite setzt um 950 mit den Ottonen wieder ein und dauert bis 1350. Sie bildet die hochmittelalterliche Rodezeit. Wohl ist die Grenze fließend, doch lassen sich nach den Ortsnamen beide Perioden heute einigermaßen deutlich gegeneinander absetzen.

Von 500 v. Chr. bis 500 n. Chr. vollzog sich die Landnahme der über den Rhein vordringenden germanischen Völker in einer nach Südwesten vorstoßenden Bewegung, zeitweilig etwas unterbrochen durch die Aufrichtung der Rheingrenze während der Römerzeit, in der aber doch noch manche Völkerschaften von rechts des Rheines auf die linke Seite verpflanzt wurden. Die Germanen besetzten während dieser gesamten Zeit durchweg die altbesiedelten Landschaften. Das gilt nach der Verteilung der Reihengräber auch für die Franken, die innerhalb des linksrheinischen Schiefergebirges nur die Kalklandschaften der Niederardennen und der Eifel, den Bastnacht-St.-Vither-Riedel und den Vorderen Hunsrück besiedelten. Sie mieden die Schiefer-Eifel, den Hochwald und die Hochardennen. Allem Anschein haben sich, wenn man den Ortsnamen trauen darf, einige Reste der galloromanischen Bevölkerung während der Landnahmezeit nach hier geflüchtet (Famenne)[47].

---

[46] Böttger, Gang der frühesten Besiedlung des Siegerlandes. 1934.

[47] F. Petri, Germanisches Volkserbe, 1937, hält zwar eine vollständige Germanisierung der Ardennen für möglich, doch sind seine Ausführungen gerade für diese Landschaft nur sehr spärlich, und die meisten angeführten Ortsnamen und Flurnamen entstammen einer späteren Zeit (vgl. Gamillschegg, Besprechung in der Deutschen Literaturzeitung). Auch bei der Sprachgrenze ist es m. E. notwendig, bei ihrer Entstehung zwischen Alt- und Jungsiedellandschaften zu unterscheiden. In den Altsiedellandschaften, die meistens auch von großen Verkehrsstraßen durchzogen werden, wirken sich Kulturströmungen am stärksten aus. Dagegen hängen in den Jungsiedellandschaften manche Kulturerscheinungen eng mit der Rodung zusammen, und sie werden in erster Linie durch den Siedler bestimmt. Mit andern Worten, in den Jungsiedellandschaften halten sich Völker- und Stammesgrenzen länger, in den Altsiedellandschaften unterliegen sie stetigen Veränderungen und Wandlungen (vgl. den Abschnitt über die Hausformen S. 573).

Erst mit der Aufrichtung des merovingisch-karolingischen Reiches setzt — wie die rheinische Kulturraumforschung nachgewiesen hat — in der Besiedlungsgeschichte eine rückläufige Bewegung ein. Durch Zusammenfassung des germanischen Bauerntums, das bis an die Loire vorstieß und das Pariser Becken besiedelte, in einem straff organisierten, auf römische Vorbilder zurückgehenden Staatswesen und durch Einführung der christlichen Weltanschauung, die neben der kriegerischen Tätigkeit auch die friedliche bäuerliche Arbeit hoch bewertete, entstand im Westen des Rheinischen Schiefergebirges ein massives Bollwerk, das nicht nur die aus Nordosten heranziehenden Germanenzüge abwehren konnte, sondern seinerseits zum Angriff überging und nach Nordosten über den Rhein vorstieß. Diese durch die Franken herbeigeführte Wende ist allgemein bekannt. Ebenso bekannt ist auch die mit den Merowingern einsetzende bewußte und umfassende Rodetätigkeit, die sich auf die großen Klöster (St. Hubert, Stavelot-Malmedy, Echternach und Prüm) stützte. Diese von Westen nach Osten vorgreifende Rodetätigkeit hat jüngst Huppertz[48] in einem kurzen Aufsatz beschrieben. Nach ihm entspricht ihr auch die räumliche Verteilung der Ortsnamen. Westlich des Rheins, so betont er, finden sich vornehmlich die Namen der frühmittelalterlichen Periode -weil, -weiler u. a.; rechts des Rheins häufen sich dagegen die Ortsnamen der jüngeren Periode (-schied, -scheid, -roth und -siepen). Diese von der rheinischen Kulturraumforschung entwickelte Ansicht trifft in ihren Grundzügen zweifellos zu, doch zeigen sich im einzelnen manche beachtliche Abweichungen.

Die **frühmittelalterliche** Rodetätigkeit ging in zwei Formen vor sich. Einmal wurden in den Altlandschaften zwischen den alten Siedelplätzen Tochtersiedlungen angelegt und dadurch die Nährfläche vergrößert. Aber immer blieben diese Ausbauten im Rahmen der Altsiedellandschaft. Zum andern erschloß man neue Landstriche und ging dabei über die Grenze der Altlandschaft hinaus. Es entstand somit ein neuer Kulturlandschaftstyp, die Rodelandschaft.

Der Ausbau der Altlandschaften ist in seinen Ausmaßen heute nur schwer zu fassen. Viele der angelegten Ortschaften sind später wieder verschwunden. Ohne eine systematische Wüstungsforschung ist hier wenig zu machen. Ganz allgemein läßt sich nur sagen, daß der Ausbau in den am Rande des Rheinischen Schiefergebirges gelegenen Altlandschaften, im Mainzer Becken, in den Obermoselländen, in der Champagne, der Pikardie, im Hennegau und in Brabant sowie in der Niederrheinischen Bucht gleich nach 500 einsetzte. Dabei hat allem Anschein nach dieser Vorgang in den westlichen Landschaften, im Pariser Becken, vor allem in der Beauce, begonnen und von hier aus die benachbarten Altlandschaften ergriffen. Ob dabei die neuen Ansiedler aus den schon oben vorhandenen Altsiedlungen kamen oder ob landschaftsfremde Siedler angesetzt wurden, entzieht sich unserer bisherigen Kenntnis. Auch rechts des Rheines scheint ein Ausbau der Altsiedelräume stattgefunden zu haben, ohne daß heute genauere Angaben zu machen sind.

Weit besser hingegen sind auf Grund der Ortsnamen die frühmittelalterlichen Rodelandschaften zu umgrenzen. Abgesehen von vereinzelten kleineren Inseln heben sich linksrheinisch folgende frühmittelalterliche Rodegebiete heraus. Südlich des Hunsrücks wird das Saar-Nahebergland mit den maßgebenden Orten Tholey, St. Wendel und Birkenfeld erobert, und südlich der 550 m hohen Melaphyrplatte dringt die Rodung über Kusel und Lauterecken entlang des Glans vor und stellt somit eine Verbindung zwischen dem Obermoselland im Westen und dem Mainzer Becken im Osten her. Wie die Wachstumsspitzen zeigen, wurde allem Anschein nach das Saar-Nahebergland von Westen her erschlossen, nur das am Glan gelegene Land wurde von der Kreuznacher Bucht erobert. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Eifel. Hier wurde von 500—850 n. Chr. besonders stark im Dauner Gebiet zwischen der Wittlicher Senke und den Gerolsteiner und Prümer Kalkmulden gerodet. Auch hier scheint der Anstoß von dem Obermoselland mit den vorgeschobenen Rodeklöstern Echternach und Prüm ausgegangen zu sein. Die neu angelegte Rodelandschaft der Voreifel verband diesen aktiven Raum einerseits mit dem Altsiedelgebiet der zentralen Eifel und andererseits moselabwärts mit dem des Neuwieder Beckens. Sie schuf damit die Voraussetzung für die spätere politische und kulturelle Beeinflussung dieser beiden Landschaften durch das Obermoselland (Erzbistum Trier!).

Auch die Rodegebiete des Vorderen Hunsrücks und der Hochardennen verdanken ihre Anregungen dem Obermoselland, dem Trier-Metzer Raum. So ist der mit zahlreichen Altsied-

[48] B. Huppertz, Der rheinische Bauer als Siedler. Rheinische Heimatpflege, X, 1938.

BIBLIOTEKA ELBLĄSKA ZBIORY ZABYTKOWE

lungen ausgestattete Vordere Hunsrück gegen die Kreuznacher Bucht durch den Soonwald und gegen das Rheintal durch die starke Zertalung getrennt, eine Verbindung besteht nur zu dem Neuwieder Becken (dessen Bewohner aber hinsichtlich der Rodung nur eine geringe Aktivität entfalteten), und ferner zum altbesiedelten Moseltal und damit zum Trierer Raum. Aber auch diese Verbindung ist nicht zu überschätzen. Wohl kann man die starke frühmittelalterliche Rodetätigkeit im Vorderen Hunsrück auf von Westen kommende Anregungen zurückführen, doch hat wohl der Hunsrück selbst die neuen Siedler gestellt. Und darin offenbart sich am besten die eigenwillige Stellung dieser Hochflächenlandschaft.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Hochardennen. Die Ausgangslandschaft für die Neusiedlung ist wohl die Bastnacht-St.-Vither-Hochfläche gewesen. An sie lehnen sich eine Reihe von Rodesiedlungen an. Nur das nach Westen vorgeschobene Rodungsgebiet von St. Hubert scheint auch Siedler aus den Niederardennen herangezogen zu haben. Seine Anlage ist aber nicht von den Niederardennen her zu verstehen, sondern von den Obermosellanden aus. Genau so wie die Pfalzen Longlier und Mellier vorgeschobene Posten der im Metzer Raum beheimateten Karolinger darstellen, so ist auch die Gründung von St. Hubert als Außenposten des Luxemburger Raumes zu werten. Dagegen ist die Lage des älteren Stavelot-Malmedy (650 n. Chr.) nicht in Verbindung mit den Obermosellanden zu bringen. Schon die Lage an der Amel und der Warche deutet auf eine Beziehung zur Ourthe und damit zur mittleren Maas, zum Lütticher Raum und den Niederardennen. Von ihm aus gesehen ist Stavelot-Malmedy ein östlicher, tief ins Hohe Venn hineingeschobener Vorposten. Nur so läßt sich auch verstehen, daß seine Siedler Wallonen sind, die entweder aus dem Lütticher Raum oder — was ich eher anzunehmen geneigt bin — aus den Fluchtsiedlungen der Famenne kamen. Bis auf die Zertalungslandschaft von Stavelot-Malmedy stehen also die frühmittelalterlichen Rodelandschaften der Hochardennen zumindest kulturell ganz unter dem Einfluß des Obermosellandes, eine Tatsache, die für die Ausgestaltung anderer kulturgeographischer Erscheinungen (Hausbau) von höchster Bedeutung ist.

Erst die Niederardennen sind den Ausstrahlungen dieses Raumes entzogen. Hier geht die frühmittelalterliche Rodung aus von den Kalkmulden und von dem nördlich angrenzenden altbesiedelten Längstal der Maas und der Sambre. Interessanterweise wurden bei diesem frühmittelalterlichen Rodevorgang gerade die westlich gelegenen Landschaften aufgespart, die als Waldgebiete die Niederardennen gegen die Altsiedellandschaft der Pikardie absperren.

Zusammenfassend läßt sich also für das linksrheinische Gebiet feststellen, daß die stärksten Anregungen für die Anlage der frühmittelalterlichen Rodesiedlungen vom Obermoselland ausgehen, in zweiter Linie vom mittleren Maasgebiet. Demgegenüber ist die von dem Mainzer Gebiet, dem Neuwieder Becken und der Niederrheinischen Bucht veranlaßte Rodetätigkeit verhältnismäßig gering und unbedeutend.

Läßt sich somit linksrheinisch immerhin noch eine Westost-Bewegung, abgeändert durch die Lage der Altlandschaften, feststellen, so gilt dieses Prinzip für das rechtsrheinische Schiefergebirge in keiner Weise. Drei große, frühmittelalterliche Rodegebiete heben sich hier ab. Sie liegen nicht, wie man annehmen möchte, am Rhein, sondern am Ost- und Nordrand des Rheinischen Schiefergebirges.

Ein bedeutendes Rodegebiet ist das Sauerland: von 500—800 wurde es bis zur Wasserscheide gegen das Bergische Land erschlossen. Das gleiche gilt östlich des Rothaargebirges für das Waldecker Upland und das Medebacher Vorland. Ortsnamenzusammenhänge (besonders die Bildungen auf -inghausen)[49] deuten darauf hin, daß die Siedler aus dem Norden und Nordosten kamen, soweit nicht die eigene Bevölkerung beteiligt war. Zum Bergischen Land hin griff die Rodung teilweise über die Wasserscheide hinaus, und es wurden auch die breiten Flachmulden von Wipperfürth und das Hattinger Hügelland besetzt. Auch der Arnsberger Wald bildete damals gegen Norden keine Barriere. Hier finden sich nämlich in dem heutigen Waldgebiet zahlreiche Ortschaften auf -inghausen, die später wieder verschwanden[50]. Somit war die Westfälische Bucht mit ihrer Börde am Nordrand des Berglandes außergewöhnlich aktiv, und

[49] Vgl. Jellinghaus, Die westfälischen Ortsnamen. 1923.

[50] Fr. Viegener, Die Waldmastgenossenschaften der Stadt Rüthen. Münster 1927.

damals entstand wohl die Bezeichnung Süderland = Südland im Gegensatz zu dem westfälischen „Nordland" nördlich des Teutoburger Waldes. Als Siedelgrenze nach Süden galt wohl der Kellerwald und die Rothaarschwelle.

Das zweite Rodegebiet umfaßt das Gladenbacher Bergland, den Osthang des Hochwesterwaldes und das Wittgensteiner Land. Diese Landschaften wurden zweifellos von Osten, von den chattisch-hessischen Altsiedellandschaften erobert. Hier wird der Ortsnamenbestand durch die Gruppe der -hausen-Namen charakterisiert. Bezeichnend ist für die Ostwest-Bewegung der Rodung auch der Name Westerwald, der nur von einem östlich gelegenen Standort aus geprägt sein kann [51].

Das dritte frühmittelalterliche Rodegebiet liegt um das Limburger Becken und die Idsteiner Senke. Hier ist zweifellos die Rodetätigkeit von der Bevölkerung des Limburger Beckens ausgegangen. Sie war relativ aktiver als diejenige des benachbarten Neuwieder Beckens. Durch die frühmittelalterliche Rodung gewann das Limburger Becken Anschluß an das Gießener Altsiedelgebiet. Ebenso näherte es sich dem Neuwieder Becken, während der Anschluß zum Mainzer Raum nur geringe Fortschritte machte.

Mit dem Limburger Becken ist in etwa das ebenfalls im Bergland gelegene Siegerland zu vergleichen. Hier wurde der Siedelraum erheblich ausgeweitet. Wie weit hier eine eigenständige Entwicklung oder ein Einfluß von außen vorliegt, läßt sich schwer entscheiden. Die späteren territorialen Verhältnisse deuten darauf hin, daß Beziehungen nach Norden, nach Südosten und nach Westen hin bestanden haben [52].

Unabhängig von diesen großen Rodegebieten finden sich kleine Rodelandschaften in der Waldbröler Mulde, auf der Altenkirchener Hochfläche und nördlich der Montabaurer Höhe. Nur hier macht sich der Einfluß des Neuwieder Beckens bemerkbar, während das Altenkirchener Gebiet wohl zum Hochwesterwald tendierte und die Waldbröler Mulde ihre Anregungen von Westen und Nordosten erhielt.

Die Entwicklung der frühmittelalterlichen Rodelandschaften im Rheinischen Schiefergebirge zeigt also nicht die einfache Ostbewegung, wie sie die Kulturraumlehre festgestellt hat, sondern es treffen sich zwei entgegengesetzte Strömungen, während sich die rheinnahen Landschaften sehr passiv verhalten. Wie erklärt sich diese Erscheinung? Zwei Ursachengruppen kommen hier zusammen. Zunächst ist die kulturhistorische Situation zu beachten. Wie schon betont, ist es das Verdienst des merowingisch-karolingischen Staatswesens, überhaupt die verstärkte Rodung und den Ausbau des Landes in Gang gebracht zu haben. Ursache war wohl in erster Linie der Bevölkerungsdruck. Dieser scheint besonders stark in den westlich des Rheinischen Schiefergebirges gelegenen Landschaften gewesen zu sein. Denn wie die Funde ausweisen, ist gerade ein großer Teil der Franken nach Westen abgewandert, so daß die dem Rhein nahe gelegenen Landschaften (z. B. das Niederrheingebiet), weitgehend entvölkert wurden [53]. Dem entspricht auch die Tatsache, daß das Machtzentrum des Merowinger Reiches in Neustrien, im Pariser Becken, lag. Erst mit den Karolingern rückte das politisch aktive Zentrum wieder näher an die Rheinlinie heran. Lüttich, Echternach, Metz, die belgischen Niederardennen und die oberen Mosellande wurden die politisch wichtigen Zentren Austriens. Sie waren damit auch zugleich die aktivsten Landschaften in der Eroberung und Erschließung des Rheinischen Schiefergebirges. Ein zweites Bevölkerungsüberschußgebiet war Niederdeutschland östlich des Rheines. Hier waren die Völkerbewegungen noch nicht zum Abschluß gekommen [54]. Besonders das Küstenvolk der Chauken, die späteren Sachsen, drückten, nachdem sie schon eine ganze Reihe Siedler nach England

[51] W. Müller-Wille, Der Westerwald. Geogr. Zeitschr., 43, 1937. Der Name Westerwald tauchte 1048 erstmalig auf in einer Grenzbeschreibung des Dekanats Haiger im Dilltal. Er umfaßte damals den Hochwesterwald.

[52] Th. Kraus, Das Siegerland, ein Industriegebiet im rheinischen Schiefergebirge. Forschg. z. dtsch. Landes- und Volkskunde, 28. Stuttgart 1931. — Ludw. Bald, Das Fürstentum Nassau. Siegen, Territorialgeschichte des Siegerlandes. Marburg 1939.

[53] Petri, Germanisches Volkserbe. 1937.

[54] Herm. Schroller und Siegfr. Lehmann hrsg., Fünftausend Jahre niedersächsische Stammeskunde. Hildesheim-Leipzig 1936. Darin: Schroller, Die Sachsen.

abgegeben hatten, stark nach Süden. Ein Ausweichen der Bevölkerung über den Rhein war nicht möglich, hier hielten die Franken Wacht, und so mußten die bedrängten Völkerschaften notgedrungen rodend ins Bergland vorrücken. Diese Rodung ergriff ganz Niederdeutschland, und wir erleben neben der von den Altfranken eingeleiteten Rodetätigkeit eine zweite bedeutende Rodetätigkeit in den altsächsisch beeinflußten Landschaften Niederdeutschlands, die in ihren Ausmaßen viel zu wenig bekannt ist.

Es sind also zwei große Rodebewegungen, die bis 800 Niederdeutschland und die südlich angrenzenden Berglandschaften beherrschten, die von Südwesten und Westen kommende **altfränkische** und die von Norden und Nordosten ausgehende **altsächsische** Rodebewegung. Beide sind erwachsen aus einem Bevölkerungsdruck. Während aber die Altfranken unter dem Einfluß des Christentums und unter der Führung der Rodeklöster die Rodung planvoll und bewußt in Angriff nahmen, war sie für die altsächsischen Völkerschaften eine von außen aufgezwungene Notlösung, hervorgerufen durch den nicht zu überwindenden fränkischen Wall am Rhein.

Neben diesen Faktoren, die nur aus der kulturhistorischen Situation verständlich sind, spielen für die räumliche Anordnung der alten Rodelandschaften auch natürliche Faktoren eine Rolle. Es wurden die relativ ebenen und relativ wenig beregneten Landschaften aufgesucht. So mied man die zum Teil stark zertalten und vor allem niederschlagsreichen Landschaften der westlichen Ardennen, des Hohen Venns, des Isleks und Öslings, ferner das Ahrgebirge und den Hochwald, den Hohen Taunus, den Vorderen Westerwald und das Bergische Land.

Diese Landschaften wurden erst in der zweiten, **hochmittelalterlichen** Rodeperiode erschlossen, die ab 950 einsetzte. Sie hat, kulturhistorisch gesehen, ein ganz anderes Gesicht. Eine von Niederdeutschland ausgehende Rodebewegung macht sich im Rheinischen Schiefergebirge nicht bemerkbar. Seit Otto dem Großen war diesem Raum und seinen Menschen durch die Ostkolonisation eine ganz andere Aufgabe gestellt: denn jenseits der Elbe hatte man neues Land gewonnen, das besiedelt werden mußte. Die nach Südwesten gerichtete Bewegung der Altsachsen wurde also von einer Ostbewegung abgelöst, d. h. der weitere Ausbau des niederdeutschen Flachlandes unterblieb: eine hochmittelalterliche Rodeperiode großen Stils ist hier so gut wie unbekannt. Das wirkte sich auch im Rheinischen Schiefergebirge aus. Die von den Westfalen und Engern im Frühmittelalter besiedelten Landschaften des Süderberglandes wurden wohl etwas ausgebaut, aber nicht mehr über ihre Grenzen hinaus erweitert. Die hochmittelalterliche Erschließung des Schiefergebirges war somit Aufgabe der einzelnen rheinischen Landschaften.

An ihr beteiligten sich neben den alten aktiven Landschaften mit ihren frühmittelalterlichen Rodegebieten auch die rheinnahen Landschaften, die Niederrheinische Bucht und das Neuwieder Becken in hervorragender Weise. Damit hatten die Rheinachse und die ihr benachbarten Landschaften im Hochmittelalter in siedlungshistorischer Hinsicht endlich die ihnen zukommende Stellung errungen. Zu ihnen gesellen sich rechtsrheinisch das Limburger Becken, der Hochwesterwald und das Siegerland. Dagegen gingen vom Mainzer Becken auch im Hochmittelalter nur wenig Anregungen — soweit es sich um Neurodungen handelt — aus. Ebenso wandten sich Wetterau und Hessische Senken in ihrer Rodetätigkeit vom Schiefergebirge ab und richteten ihr Augenmerk in erster Linie auf die östlich gelegenen Landschaften [55]. Die von der Kulturraumforschung festgestellte Westost-Bewegung machte sich also im Rheinischen Schiefergebirge erst in der hochmittelalterlichen Rodeperiode richtig bemerkbar, nachdem die beiden wichtigsten Konkurrenten der frühmittelalterlichen Rodezeit, die Westfalen und Engern im Norden und die Chatten-Hessen im Osten einen andern Aufgabenbereich gefunden hatten.

Doch auch diese Bewegung wurde in den einzelnen Landschaften durch die Lage der Kernräume erheblich abgewandelt. Zudem folgte die hochmittelalterliche Besiedlung weitgehend den Flußtälern und richtete sich somit nach den Flußeinzugsbereichen. Nur bei den Hochlandschaften stieg die Besiedlung, von den Wasserscheiden ausgehend, nach allen Seiten talabwärts und eroberte so die tiefergelegenen Gebirgsstufen.

[55] Vgl. in dieser Hinsicht die Bedeutung Fuldas als Rodekloster.

Linksrheinisch wurden die Hochardennen bis auf die westlichen Waldgebiete weitgehend erschlossen. Dabei ging allem Anschein nach die Rodetätigkeit von dem Bastnacht-St.-Vither-Plateau und seinen vorgeschobenen frühmittelalterlichen Vorposten (St. Hubert) aus. Zum andern stieß sie von den Randgebieten ins Bergland vor. So wurden Islek und Ösling über die Flußeinzugsbereiche der Prüm und Sauer erobert, und von Nordwesten rückte die Besiedlung über Ourthe, Amblève und Weser (Vesdre) vor. — Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Eifel. Hier bildeten einmal die Kalkmulden der zentralen Eifel die Ausgangspunkte für die Besiedlung der Schiefer-Landschaften, zum andern ging die Rodebewegung von der Niederrheinischen Bucht aus, von der über die Rur das Monschauer Ländchen und das Hohe Venn und über die Ahr das Ahrbergland besiedelt wurden. Und ebenso schickten das Neuwieder Becken, die Trierer Bucht und die Wittlicher Senke einige Rodeflächen ins Eifel-Bergland hinein. — Im Hunsrück wurde während des Hochmittelalters besonders der westliche Teil, der Hochwald, besiedelt. Von der Mosel aus drang die Besiedlung über die Dhron und die andern Nebenbäche südwärts bis an den Idarwald. Im östlichen Vorderen Hunsrück rückte hingegen die Rodung von den Hochflächen talabwärts nach Osten, Westen und Süden. Hier traf sie sich mit der aus dem Mainzer Raum ins Nahebergland vorrückenden Besiedlung, die durch die Pforte zwischen Idarwald und Sonnwald nach Norden in den Hunsrück vorgriff.

Rechts des Rheines wurde während des Hochmittelalters im Süderbergland besonders das Bergische Land besiedelt. Ausschlaggebend war dafür allem Anschein nach — wenn wir die späteren Beziehungen territorialer und kirchlicher Art beachten — die Kölner Bucht. Zugleich drang die Besiedlung von der Siegburger Bucht aus in die Siegtallandschaft und den Vorderen Westerwald vor. Letzterer wurde zudem vom unteren Mittelrheintal (Linzer Höhe) und vom Neuwieder Becken aus über die Wied und das Saynbachtal erobert (hier zumindest bis zur Montabaurer Höhe). Doch während im Süderbergland der Einfluß der Kölner Bucht sich fast im ganzen Bergischen Land bis zur Wasserscheide hin durchsetzte, vermochte das untere Mittelrheintal und das Neuwieder Becken im Vorderen Westerwald nur geringfügige Teile zu erobern. Ihnen standen nämlich weiter östlich das Limburger Becken, der Hochwesterwald und das Siegerland entgegen, von denen die Rodung in mehr oder minder großem Umfange ins unerschlossene Bergland vorrückte. Besonders aktiv war das Limburger Becken mit seinen frühmittelalterlichen Rodegebieten. Von ihm aus wurde der Taunus fast ganz und der Untere Westerwald zum größten Teil besiedelt. Diese Altlandschaft bewahrte also auch in der hochmittelalterlichen Rodezeit ihre überragende Bedeutung.

2. Die Anbausysteme

Im allgemeinen verbindet man mit der Betrachtung der Siedelräume nach ihrem Alter zugleich eine Darstellung der Siedel- und Ortsformen entsprechend den Erkenntnissen, die Gradmann in Oberdeutschland gewonnen hat. Nach ihm besitzen die Altsiedellandschaften Haufendörfer mit Gewannfluren, die in ihrer Anlage auf die genossenschaftlich organisierte Landnahme zurückgehen sollen. Den Rodelandschaften sind hingegen Weiler und Einzelhöfe mit Blockfluren eigen. Diese Auffassung läßt sich für das Rheinische Schiefergebirge nicht aufrechterhalten, wie schon ein flüchtiger Vergleich der Karten 6 (Ortsform) und 2 (Besiedlung) zeigt. Vielmehr sind für die Gestaltung der Siedelformen, der Orts- und auch der Flurformen, die landwirtschaftlichen Betriebs- und Nutzungsverhältnisse, insbesondere die Anbausysteme, von entscheidender Bedeutung.

Um sie zu erfassen, gehe ich von den Zuständen um 1800 aus, die etwa das Endergebnis der mittelalterlichen Entwicklung darstellen, ehe mit der verstärkten Einführung von Hack- und Blattfrüchten sich die landwirtschaftlichen Nutzungssysteme grundsätzlich änderten. Für den Entwurf der Karte (S. 559) wurden neben Angaben aus einem weitschichtigen Schrifttum auch urkundliches Material, das besonders für das rechtsrheinische Schiefergebirge von mir eingesehen werden konnte, verwertet[56].

Bei den Anbausystemen des Innenfeldes lassen sich fünf Gruppen unterscheiden: die Einfeldsysteme, die freien Körnerfolgen, die Felderfolgen, die Zelgensysteme und die Wechselsysteme. Die ersten vier Formen gehören zu den Dauersystemen, da bei ihnen permanentes

[56] Vgl. W. Müller-Wille, Die Akten der Katastralabschätzung 1822—1835. Westfälische Forschungen, III, 1, 1940.

Ackerland besteht, das jahraus, jahrein gepflügt und besät wird und im Höchstfalle nur ein Jahr brachliegen bleibt[57].

Das Einfeldsystem ist dadurch charakterisiert, daß auf demselben Acker ohne irgendeine geregelte Unterbrechung stets nur eine Getreideart angebaut wird. Es handelt sich also um ein Einkornsystem, das aber, um es gleich vorweg zu nehmen, selten in einer derartig extremen Form angewandt wurde, vielmehr gab es gewisse Abarten, bei denen eine Getreidepflanze, und zwar vornehmlich der Winterroggen vorherrschte. Bemerkenswert ist vor allem das Fehlen einer genau festgelegten Brache. Jeder kann sie einfügen, wann es ihm paßt. Damit entfällt auch die gemeinsame Brachweide, man treibt das Vieh nur zur Nachweide auf die Stoppelfelder. Eine derartig einseitige Nutzung konnte nur bei einer geeigneten starken Düngung aufrechterhalten werden. Der Strohdung reichte nicht aus, und so suchte man durch Grassoden, Heideplaggen usw. die Düngermenge zu vergrößern. Dieses sog. Plaggenstechen findet sich zwar auch bei andern Feldsystemen, es erhielt aber in den Einfeldgebieten seine höchste Ausprägung. Es besteht kein Zweifel, daß hier Düngung und Feldsystem eng zusammenhängen, d. h. die Frage nach dem Alter des Einfeldsystems ist zugleich eine Frage nach dem Alter der Plaggendüngung.

Eng verwandt mit dem Roggeneinfeldsystem ist die freie Körnerfolge, der sog. Erzkörnerbau, im Sinne von Schwerz[58]. Der Wechsel der Getreidearten ist bei diesem Feldsystem sehr willkürlich. Häufig läßt man zwei bis drei Jahre Winterung auf Winterung folgen, um dann Sommergetreide anzubauen. Ebenso schiebt man nach Belieben in mehr oder minder großen Abständen Brache ein. Gerade in dieser Regellosigkeit liegt eine große Verwandtschaft mit dem Einfeldsystem. Hier wie dort fehlt der Brachzwang und damit die Brachweide. Hier wie dort wird das Feld dauernd genutzt. Eine solch einseitige und ungeregelte Bewirtschaftung verlangt naturgemäß entweder entsprechende gute Böden oder größere Düngermengen.

Beachtet man die Stellung des Anbaus innerhalb des gesamten Betriebes, so steht er bei den Einfeldsystemen und auch bei den freien Körnerfolgen durchweg an zweiter Stelle hinter der Viehwirtschaft. Der Bauer ist also hier ein Vieh- und Ackerbauer.

Weit klarer und übersichtlicher ist der Aufbau der geregelten Getreidefolgen. In Anlehnung an einen älteren agrarhistorischen Begriff möchte ich diese dritte Gruppe als Feldersysteme bezeichnen. Bei ihnen ist der Umlauf und die Folge der einzelnen Fruchtarten weitgehend festgelegt, so daß die jeweiligen Unterformen nach der Länge der Rotationen als Drei-, Vier-, Fünffelderfolgen leicht unterschieden werden können. Um 1800 findet sich dieses Feldsystem, dem Brach- und Flurzwang in der ausgeprägten Form fehlt, nur in wenigen Landschaften, und hier mischt es sich mit dem vierten ihm sehr nahe verwandten Feldsystem, dem Zelgensystem. Dieses Anbausystem zeichnet sich dadurch aus, daß es nicht individuell gehandhabt wird, sondern daß jeder bäuerliche Betrieb nur innerhalb der dörflichen Gemeinschaft, die gewissermaßen eine große genossenschaftlich organisierte Produktionsgemeinschaft darstellt, seine landwirtschaftliche Tätigkeit ausüben kann. Das wichtigste Kennzeichen dieses Feldsystems ist der Flur- oder Zelgzwang. Dieser besteht dort, wo 1. auf einer Ackerflur von allen Bewirtschaftern die gleiche Fruchtfolge innegehalten wird, 2. die Zeiten der Bewirtschaftung gemeinsam geregelt werden, 3. ein Brach- und Nachweidezwang besteht, 4. an Stelle eines dauernd offenen Wegenetzes nur zeitweilig offene Dung- und Erntefahrten vorhanden sind und damit 5. die gesamte, so genutzte Ackerflur, ungeachtet der besitzrechtlichen Aufgliederung, in so viele Fruchtartbezirke (Zelgen, Flure, Felder, Schläge usw.) geteilt ist, als ein Umlauf an Jahren zählt.

Bei den Felder- und Zelgensystemen steht der Ackerbau im Betriebsganzen an erster Stelle, doch wird der Viehwirtschaft durch die Brachweide ein Teil des Ackerlandes als Futtergrundlage eingeräumt — eine für die Entstehung dieses Feldsystems beachtliche Tatsache. Immerhin ist hier der Bauer in erster Linie ein Acker- bzw. Getreidebauer.

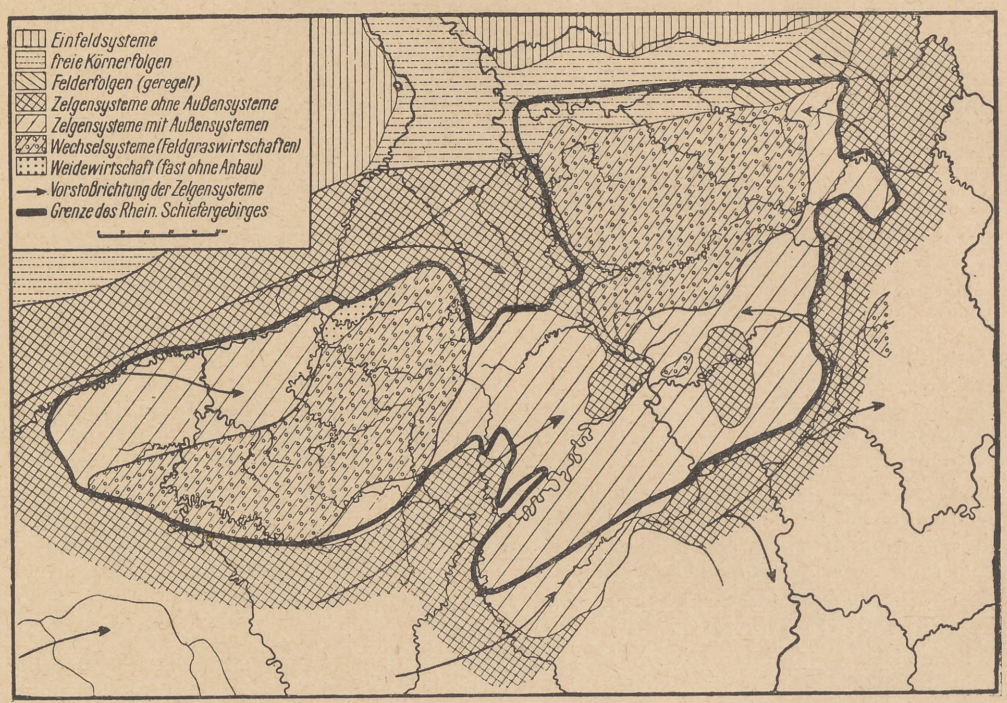
Wie schon betont, gehören die bisher genannten Feldsysteme zu den Dauersystemen mit permanentem Ackerland. Demgegenüber wird bei den Wechselsystemen auf einem Stück Land nur einige Jahre Ackerbau betrieben, dann bleibt es als Weide, Wiese, Wald oder Ödland liegen. Es wechseln also auf derselben Fläche im Laufe einer Periode nicht nur die Nutzpflanzen, sondern — und das gibt ihnen den Namen — die Nutzungsarten miteinander ab.

Drei Formen lassen sich herausstellen: 1. die Feldgraswirtschaft (Dreeschsystem), bei der sich der dreesch liegende Acker allmählich wieder mit Gras überzieht und dann als Wiese oder Weide genutzt wird,

[57] W. Müller-Wille, Der Feldbau in Westfalen im 19. Jahrhundert. Westfälische Forschungen I, 3, 1938.

[58] J. N. v. Schwerz, Beschreibung der Landwirtschaft in Westfalen und dem anschließenden Rheinpreußen. 2 Bde. Stuttgart 1836.

2. das Feldweidesystem, das mit der Dreeschwirtschaft eng verwandt ist, nur daß in diesem Falle die einseitige Weidenutzung im Vordergrund steht, wobei das Weideland meistens kaum gepflegt wird und häufig zu Wildland entartet (extensives Feldweidesystem), 3. die Feldwaldwirtschaft, bei der nach dem Anbau sich allmählich wieder Gestrüpp und junger Wald entwickelt und meistens die Wurzelstöcke des Waldes nicht entfernt werden. Bei den beiden letzten Formen wird durchweg mit Asche gedüngt; es sind Feldbrandwirtschaften, die unter den in der Eifel üblichen Namen „Schiffelwirtschaft" und „Rottwirtschaft" bekanntgeworden sind. Beide Systeme sind zugleich die wichtigsten Nutzungsweisen des Außenfeldes, während das mehr oder minder geregelte Dreeschsystem auch die Innenfelder besetzte.



Karte 4. Die Feldsysteme
des Rheinischen Schiefergebirges und seiner Nachbarlandschaften um 1800
(Entworfen von W. Müller-Wille)

Die Verbreitung der Anbausysteme um 1800 zeigt ein sehr großzügiges Bild (vgl. Karte 4), für das in erster Linie Klima und Boden verantwortlich zu machen sind. Das extreme Roggen-Einfeldsystem und die Körnerfolgen beherrschen die Landschaften des atlantischen Klimabereichs innerhalb des Niederdeutschen Flachlandes. Dabei ist das Einfeldsystem das Anbausystem der sandigen Böden vom Kempenland im Westen bis zur Lüneburger Heide im Osten. Es sind jene Landschaften, deren naturlandschaftlicher Zustand durch die rostfarbenen Waldböden und die Pflanzengemeinschaft des Eichen-Birkenwaldes gekennzeichnet wird. Dagegen waren die Körnerfolgen auf den schwereren Böden des Niederrhein-Gebietes und der westfälischen Lößlandschaften nördlich des Süderberglandes bekannt. Im Bergland fanden sie sich um 1800 nur im Mettmanner Lößgebiet und im Schwerter Becken. Außerhalb dieses Verbreitungsgebietes war das Einfeldsystem nur noch am Rande des Bergischen Landes, in dem Wald- und Heidestreifen auf der Mittelterrasse, üblich[59]. Auch in den

[59] H. Knübel, Der Wald- und Heidestreifen am Ostrande der niederrheinischen Bucht. Diss. Köln 1935.

flandrischen Lehmlandschaften scheinen im 18. Jahrhundert die Felder durchweg in einer freien Körnerfolge bestellt worden zu sein [60].

Das Feldgrassystem ist hingegen als Innenfeldsystem typisch für die niederschlagsreichen Gebiete der Hochardennen und des Süderberglandes, für den Vorder- und Hochwesterwald. In diesen Landschaften ist die Vegetationsperiode infolge der Temperaturabnahme und der frühzeitig und reichlich einsetzenden Herbst- und Winterregen derartig verkürzt, daß Wintergetreide nur sehr schwer eingebracht werden kann und meistens auswintert. Deshalb dominiert das Sommergetreide, vor allem Hafer. Diese Nutzpflanze ist aber nicht mit sich selbst verträglich; ihr Ertrag nimmt rasch ab, wenn sie mehrere Jahre hintereinander dasselbe Feld besetzt. Schon aus diesem Grunde ist es notwendig, bei einem ständigen Haferanbau mehrere Jahre Brache einzuschieben. Selbst im Siegerland, wo heute eine sehr intensive Wirtschaft betrieben wird und Roggen an erster Stelle steht, kannte man um 1800 nur das Feldgrassystem [61].

Demgegenüber beherrschte das Zelgensystem die relativ trockenen Landschaften jeglicher Höhenlage: Niederardennen, Eifel, Hunsrück, Taunus, Gladenbacher Bergland und Unterwesterwald. Es sind also jene Landschaften, die den Anbau von Sommer- und Wintergetreide (in höheren Lagen vertrat Spelz dabei den Roggen) gestatteten. Während das Zelgensystem im Bergland aber durchweg auf das Innenfeld beschränkt war und ein Großteil der Gemarkung den extensiveren Anbausystemen, den Brandwirtschaften, überlassen wurde, war in den peripheren Altsiedellandschaften und in den inneren Becken (Neuwied und Limburg) das Zelgensystem allein vorherrschend. Wohl gab es hier und dort kleine extensiv genutzte Außenländereien, doch traten diese gegenüber den zelgengebundenen Ackerflächen erheblich zurück.

Die Verbreitung der Innenfeldsysteme gibt uns somit Aufschluß über die agrargeographische Stellung des Rheinischen Schiefergebirges. Um sie noch mehr zu verdeutlichen, habe ich versucht, die Verbreitung der wichtigsten Feldsysteme für die Zeit von 1800 in einem größeren Raume aufzuzeigen [62] (vgl. Karte 5). Danach gehört das Rheinische Schiefergebirge nicht mehr zur niederdeutschen Anbauregion mit ihren Einfeld- und Körnerfolgen, sondern es ist mit seinen Feldsystemen der großen, von Nordwestfrankreich bis Ostdeutschland hinziehenden mittel- und oberdeutschen Zelgensystem-Region einzuordnen, in der in den höheren Lagen die „Gebirgswirtschaften" der Wechselsysteme inselartig vorkommen. Zugleich lehrt diese Karte, daß *als Ordner dieser agrargeographischen Differenzierung in erster Linie das Klima zu gelten hat.*

Mit dieser Erkenntnis der klimatischen Abhängigkeit ist aber keineswegs die agrargeographische Stellung des Rheinischen Schiefergebirges genügend umrissen. Ebenso wichtig ist es, *Ausgangspunkt* und *Entwicklungsrichtung* der Feldsysteme aufzuzeigen und gebende und empfangende Landschaften zu erkennen. In dieser Hinsicht stehen wir noch ganz am Anfang der Forschung. Trotzdem soll im folgenden eine entwicklungsgeschichtliche Auffassung vorgetragen werden, für die zwar nicht immer vollgültige Beweise vorzubringen sind, die aber als Arbeitshypothese Fragestellungen und mögliche Lösungen aufzeigen kann, die bei weiteren Forschungen zu beachten wären. Als Ziel schwebte mir dabei vor, die Entwicklung und Ausbreitung der Feldsysteme mit der Besiedlung, d. h. mit der räumlichen Ausweitung der Siedellandschaften in Zusammenhang zu bringen, denn „Land nehmen" und „Land roden" heißt zugleich „Land bebauen".

Über die Anbauverhältnisse in den besiedelten Landschaften der *Landnahmezeit* wissen wir nur sehr wenig. Zweifellos waren den damaligen Siedlern die heutigen Getreidearten schon seit der Eisenzeit allgemein bekannt, und der Gebrauch des Räder- und Wendepfluges bei den

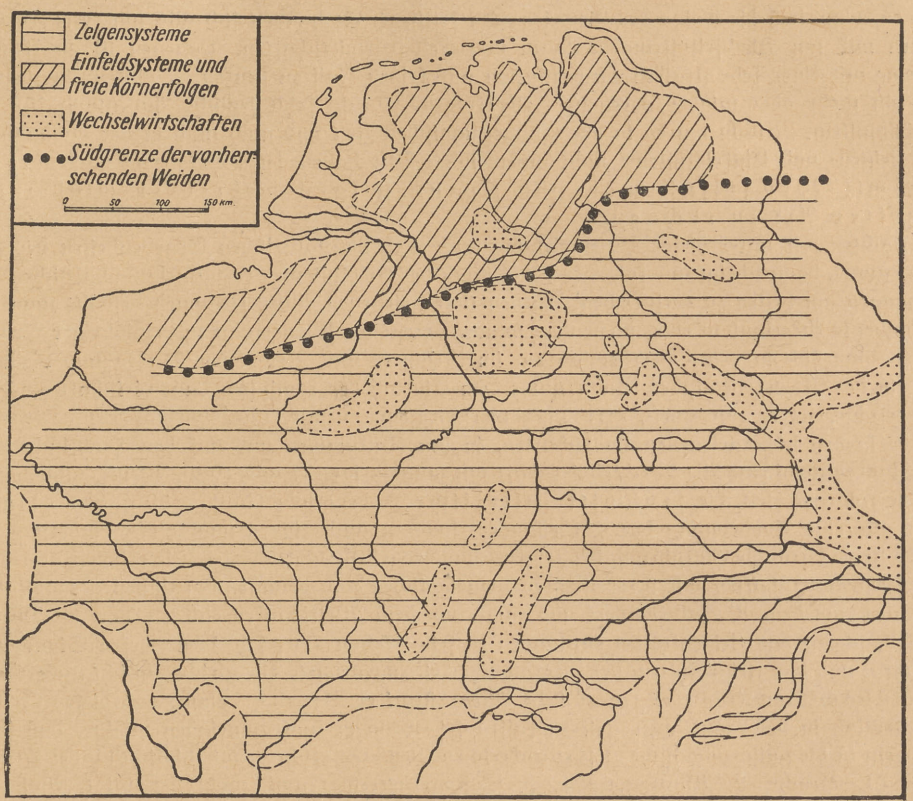
---

[60] J. Frost, Agrarverfassung und Landwirtschaft in Belgien, Ber. über Land- und Forstw. im Ausland, Stück 18, Berlin 1909, und Alfr. v. Chlapowo Chlapowski, Die belgische Landwirtschaft im 19. Jahrhundert, Münchener Volkswirtschaftliche Studien, hrsg. von L. Brentano und W. Lotz, 37. Stück, Stuttgart 1900.

[61] K. Fr. Schenck, Statistik des Kreises Siegen. 2. Aufl. Siegen 1839.

[62] Die Karte wurde entworfen nach Angaben bei Roger Dion, Essai sur la formation du paysage rural français, Tours 1934; R. Gradmann, Süddeutschland, 1931 (enthält eine Reihe von Karten); Eug. Paravicini; Die Bodennutzungssysteme der Schweiz in ihrer Verbreitung und Bedingtheit, Peterm. Mitt., Erg.-Heft Nr. 200, Gotha 1928 und Müller-Wille, Feldbau in Westfalen, 1939.

Germanen deutet auf einen hohen Stand der Ackerwirtschaft hin. Trotzdem dürfen wir uns keine übertriebenen Vorstellungen von der Intensität der Bewirtschaftung machen. Schon mit der Düngung war es sehr schwierig bestellt. Die Viehwirtschaft basierte damals in erster Linie auf dem Weidegang (der Waldweide). Stallfütterung (mit Laub und Heu) war wohl nur in den Wintermonaten üblich. So lieferte die Viehhaltung nur wenig Dung, der keineswegs ausreichte, um ein Feld jedes Jahr zu düngen [63]. Daß Mangel an Viehdünger bestand,



Karte 5. Die Feldsysteme
in Nordostfrankreich und im westelbischen Deutschland um 1800 (nach R. Dion, R. Gradmann, Eug. Paravicini und W. Müller-Wille)

beweist u. a. die Anwendung der Branddüngung auf den Innenfeldern bis ins frühe und hohe Mittelalter hinein. Sie wurde sogar auf den kleinen Eschen Niederdeutschlands angewandt [64]. Der Getreidebau war somit nur möglich unter Einschaltung einer Brache, die den Boden auffrischte und zugleich der Unkrautbekämpfung diente. Nach diesen wirtschaftlichen Gegebenheiten mußte sich auch die Fruchtfolge richten. Die einzige literarische Stelle, die uns darüber etwas Auskunft gibt, findet sich bei Tacitus „Germania, Kap. 26".

Agri pro numero cultorum ab universis in vices occupantur, quos mox inter se secundum dignationem partiuntur; facilitatem partiendi camporum spatia praestant, arva per annos mutant et superest ager. Nach der Übersetzung von Woyte (Reclam Nr. 726, 1925): Das zum Ackerbau bestimmte Land wird in einem Umfange, der der Anzahl der Bebauer entspricht, von diesen allen in Besitz

[63] Vgl. W. Giere, Grundfragen der Siedlungsforschung in Nordosteuropa. Veröff. d. Geogr. Instituts der Albertus-Universität zu Königsberg, Neue Folge, Nr. 6, 1938.

[64] G. Niemeier, Die Altersbestimmung der Plaggenböden als kulturgeographisches Problem Geogr. Anzeiger 1939, Heft 9/10.

genommen und alsbald unter Berücksichtigung des Ranges und der Würde der einzelnen aufgeteilt. Die weite Ausdehnung der Feldmark (besser: der für den Ausbau der Flur zur Verfügung stehenden Ödländereien = camporum[65]) erleichtert diese Teilung. Jahr für Jahr bebaut der einzelne ein anderes Stück seines Feldes und läßt immer noch Land brachliegen.

Steinbach hat diese vielumstrittene Stelle einer eingehenden Interpretation unterzogen[66]. Er kommt zu dem Schluß, daß mit der sehr allgemeinen Formulierung „arva per annos mutant et superest ager" Feldsysteme mit ein- und mehrjähriger Brache gemeint sein können, ohne daß die Folge der Getreidearten festliegt. Es handelt sich also um freie Körnerfolgen und um Wechselsysteme in Form von Feldgraswirtschaften. Dagegen ist an Zelgensysteme mit einer sehr straffen Organisation auf keinen Fall zu denken. Höchstens handelt es sich um mehr oder minder geregelte Felderfolgen. Ebenso fehlt jegliche Andeutung für das Einfeldsystem. Mithin waren in der frühgermanischen Zeit und auch noch in der Landnahmezeit Zelgen- und Einfeldsysteme nicht ausgebildet. Wir haben in der Landnahmezeit nur mit Wechselsystemen und Körnerfolgen mehr oder minder geregelter Art zu rechnen.

Beachten wir unter dieser Voraussetzung auch noch die natürlichen Gegebenheiten der Altsiedelräume, dann scheint mir folgende Verteilung der Feldsysteme den naturlandschaftlichen Bedingungen am besten zu entsprechen. In den tiefergelegenen Altsiedelräumen bestellte man das permanente Ackerland in einer mehr oder minder geregelten Körnerfolge mit einjähriger Brache. Dabei mag sich in den Oberrheinlanden, im Mainzer und Neuwieder Becken und vielleicht auch in der Niederrheinischen Bucht unter dem Einfluß der römischen Landwirtschaft eine Art Felderfolge, sei es mit zwei-, drei- oder vierjährigem Turnus, ausgebildet haben. Hingegen wurde in den höhergelegenen Landschaften, in den Kalkmulden und auf den Hochflächen des Berglandes wohl eine Art Wechselwirtschaft mit langjähriger Brache (bzw. Weide) angewandt.

Die folgende Zeit, die frühmittelalterliche Rodeperiode (500—850 n. Chr.), brachte nicht nur eine Ausdehnung des Siedellandes, sondern auch eine grundsätzliche Änderung der Feldsysteme durch die Einführung der zelgengebundenen Wirtschaftsweise. Die ersten Nachrichten von Zelgenwirtschaften mit ihrer straffen gemeindlichen und genossenschaftlichen Organisation stammen aus dem 8. Jahrhundert und zwar aus dem Westfrankenreich[67]. Hier, im Pariser Becken, scheint das Zelgensystem entstanden zu sein. Schon Dopsch[68] hat diesen Standpunkt vertreten und das Zelgensystem der Merowingerzeit zugeordnet. Die gleiche Ansicht äußert auch Steinbach, und selbst der französische Agrarhistoriker Bloch[69] betont, daß dieses System erst deutlich in der fränkischen Zeit zu fassen sei, wenn er auch annehmen möchte, daß seine Wurzeln in die galloromanische Zeit zurückreichen. Letzteres erscheint mir hinsichtlich der Fruchtfolge (1. Brache, 2. Wintergetreide, 3. Sommergetreide) auch wohl berechtigt. Auch den zwei- bzw. vierjährigen Turnus der sog. Zweifelderwirtschaft (1. Winterung, 2. Brache, 3. Sommerung, 4. Brache) in Oberelsaß, in der Pfalz, im Neuwieder Becken und in der Kölner Bucht möchte ich auf römische Einflüsse zurückführen. Aber nicht diese geregelte Fruchtfolge, die Dreier- oder Zweierfolge, ist das Entscheidende am Zelgensystem, sondern die genossenschaftliche Regelung aller landwirtschaftlicher Arbeiten, die straffe Organisation einer bäuerlichen Arbeitsgenossenschaft. Diese Tatsache wird m. E. viel zu wenig beachtet, so daß man dem Wesen dieses neuen Agrarsystems bisher nur in einzelnen Zügen gerecht wurde. Bäuerliche Genossenschaften finden sich auch anderswo (z. B. in Norddeutschland die „Eschgenossenschaften"), doch sind es meistens sehr lockere Verbände. Dagegen sind die Zelgengenossenschaften straff organisiert, jegliche Tätigkeit unterliegt ihrer Führung und Aufsicht.

[65] Nach Fr. Steinbach, Geschichtliche Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. Rheinisches Archiv, 20. Bonn 1932.

[66] Steinbach, Geschichtliche Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung. 1932.

[67] Fr. Steinbach, Geschichtliche Siedlungsformen in der Rheinprovinz. Aufgaben der Siedlungsgeschichte in der Rheinprovinz. Zeitschr. des Rhein. Ver. f. Denkmalspflege u. Heimatschutz, 30, 1937.

[68] A. Dopsch, Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung in der Zeit von Cäsar bis auf Karl den Großen. 2. Aufl., 2 Bde. Wien 1923/24.

[69] M. Bloch, Les caractères originaux de l'histoire rurale française. Instituttet for Sammenlignen de Kulturforskning Serié B, Skrifter XIX. Oslo 1931.

Nicht nur die Feldarbeiten, sondern auch die Bewirtschaftung der Wiesen, Weiden und Wälder wird von ihnen geregelt.

Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß Mielke[70] diese straffe Organisation auf die militärisch-politische Organisation des fränkischen Staates zurückführt und in dem Zelgensystem eine Übertragung militärischer Formen auf den Agrarbetrieb sehen möchte. Steinbach[71] macht hingegen für die Entstehung des Zelgensystems das Erbrecht verantwortlich. Die Zersplitterung des Besitzes durch die Realerbteilung habe die verschiedenen Betriebsinhaber allmählich gezwungen, beim Anbau die nebeneinanderliegenden Parzellen anzugleichen und zeitweilig offene Überfahrten (Dung- und Erntewege) einzurichten. Das Zelgensystem wäre somit eine Notlösung. — Diese Erklärung hat manches für sich, dennoch befriedigt sie nicht, wenn man die ungeheuer starke Ausbreitung dieses Feldsystems auch über das Realerbteilungsgebiet hinaus beachtet. Entscheidender ist m. E. ein anderer Umstand, der bisher wenig beachtet wurde, aber zum Verständnis der Ausbreitung beitragen kann: das ist die Stellung der Viehhaltung innerhalb des Betriebes.

Die Franken kamen aus dem niederdeutschen atlantischen Klimabereich. Hier war zwar auch der Anbau für die Auswahl des Siedelplatzes maßgebend, dennoch stand die Viehhaltung innerhalb des gesamten Betriebes an erster Stelle. Das war auch möglich, da bei dem hohen Grundwasserstand genügend Weideflächen zur Verfügung standen. Diese betriebliche Vorrangstellung der Viehwirtschaft kommt auch darin zum Ausdruck, daß bei allen altfränkischen Siedlungen eine hausnahe Weide angelegt wurde, und daß man jene Gebiete mied, wo Weideflächen fehlten[72]. Mit dem Vorstoß nach Südwesten und Süden überschritten die Franken die atlantische Weidegrenze (vgl. Karte 5), man kam in die weidearmen Gebiete der Altlandschaften, wo der Getreidebau, der Ackerbau an erster Stelle stand, das Ackerland erhebliche Flächen einnahm und die Waldweide sehr beschränkt war. Nun war einerseits der Ackerbau zur Ernährung der starken Bevölkerung unbedingt notwendig, andererseits wollte und konnte man die in der ehemaligen Heimat übliche starke Viehhaltung nicht einschränken. Es war deshalb notwendig, für das Vieh neue Futterflächen zu gewinnen. So wurden neben dem Wald auch die Wiesen und Ackerländereien zeitweilig zum Weidegang herangezogen, es entstanden die zahlreichen Weideservituten, die gerade für die Zelgenwirtschaften charakteristisch sind. Diese Ausdehnung der Viehweide auf das Ackerland bedeutete in gewisser Weise eine Intensivierung, die sich später noch einmal wiederholt, als durch den Anbau von Futterpflanzen das Dreifelderbrachsystem zu einer verbesserten Dreifelderwirtschaft umgeformt wurde. Weidgang auf Feldern, besonders auf Brachfeldern, erforderte zugleich Schutz des Saatlandes, d. h. man mußte bei einem individuellen, ungeregelten Anbau jede einzelne bestellte Parzelle umhegen. Dieses Einzeleinzäunen war aber kostspielig; zudem war ein parzellenweiser Weidgang unwirtschaftlich. Er erforderte für das Austreiben und Einholen des Viehs viele Arbeitskräfte. Diese Nachteile konnte man vermeiden, wenn mehrere Nachbarn sich zusammentaten, einen Hirten dingten und mehrere beieinanderliegende Parzellen für eine bestimmte Zeit zum Weidgang freigaben. Das konnte wiederum nur erreicht werden, wenn sich die Besitzer in ihrer ganzen Betriebsweise aufeinander einstellten und sich dem „Flurzwang" unterwarfen. Damit entfiel die Notwendigkeit, jede Parzelle einzuzäunen. An Stelle einer „Heckenlandschaft" entwickelte sich somit beim Zelgensystem die Kulturlandschaft des „offenen Feldes" des „open field"[73].

So ist das Zelgensystem eine „koloniale" Betriebsform, die von den viehzuchttreibenden Franken entwickelt wurde, als sie die atlantische Klimaregion verließen und in die kontinentaleren, für den Getreide- und Ackerbau besser geeigneten mitteleuropäischen Becken und Senken vorstießen.

Vom Pariser Becken aus hat sich diese Betriebsform — als solche können wir sie ansprechen — sehr rasch nach Osten ausgedehnt. Um 800 findet sie sich in den belgischen Lößlandschaften, in der Niederrheinischen Bucht, in den Obermosellanden, im Mainzer Becken und

[70] R. Mielke, Siedlungskunde des deutschen Volkes und ihre Beziehungen zu Menschen und Landschaft. München 1927. 2. Aufl. 1936. — Der deutsche Bauer und sein Dorf in Vergangenheit und Gegenwart, Weimar 1934.

[71] Fr. Steinbach, Gewanndorf und Einzelhof. Historische Aufsätze. Festschrift für Aloys Schulte. Düsseldorf 1927.

[72] A. Steeger und F. Rütten, Studien zur Siedlungsgeschichte des Niederrheinischen Tieflandes. I u. II. Rhein. Vierteljahrsblätter, 1937, Jg. 2.

[73] Vgl. R. Dion, Essai sur la formation du paysage rural. 1934.

der Wetterau, im Neuwieder und Limburger Becken. Ob das Zelgensystem auch in die höhergelegenen und die neu gerodeten Landschaften des Rheinischen Schiefergebirges vorgetragen wurde, erscheint mir fraglich. In den Hochardennen hielt sich sicherlich die Wechselwirtschaft mit der Branddüngung, auch in den Niederardennen und in der Eifel scheint sich das Wechselsystem bei dem Waldreichtum gehalten zu haben. Zumindest weisen Nachrichten des Klosters Prüm darauf hin, daß die Brandwechselwirtschaft hier in der Rodeperiode angewandt wurde [74]. Auch im Vorderen Hunsrück ist wohl bis 850 das Wechselsystem allgemein üblich gewesen. Im rechtsrheinischen Schiefergebirge liegen die Verhältnisse ähnlich. Im Süderbergland war bis 1800 noch in fast allen Landschaften — auch in der Attendorner Kalkmulde — ein Wechselsystem zum Teil mit Brandwirtschaft bekannt. Nur im Schwerter Becken, im Menderer Vorland und am Ostrand, bei Brilon und im Medebacher Vorland, scheinen Körnerfolgen und etwas geregelte Felderfolgen sich auf dem Innenfeld durchgesetzt zu haben. Das gleiche gilt auch wohl für das Gladenbacher Bergland. Überhaupt neige ich zu der Auffassung, daß bei der Rodetätigkeit erst die Brandwechselwirtschaft angewandt wurde, ehe man zu einem höheren Nutzungssystem überging.

Erst im Hochmittelalter (950—1350) bildete sich jene räumliche Verteilung der Feldsysteme aus, die wir zu Ende des 18. Jahrhunderts noch vorfinden. So entwickelte sich in Niederdeutschland seit dem 10. Jahrhundert das Einfeldsystem mit dem einseitigen Anbau von Winterroggen. Das war nur möglich, nachdem man immer mehr zur Plaggendüngung überging, die zwar schon früher angewandt wurde, aber jetzt erst zur wesentlichen Grundlage des gesamten landwirtschaftlichen Betriebes wurde. Das Einfeldsystem benötigte ungeheure Mengen von Plaggen, die nur aus den Gemeinheiten gewonnen werden konnten. So ist verständlich, daß die Altbauern in diesen Landschaften sich gegen jegliches Ansetzen neuer Siedler sperrten. Das mag neben anderen Faktoren (vgl. S. 556) auch dazu beigetragen haben, daß in den niederdeutschen Sandgebieten im Hochmittelalter so wenig gerodet wurde. Wie schon ausgeführt, eroberte sich das Einfeldsystem nur die Sandlandschaften. In den Lößgebieten des Hellweges hielt sich die freie Körnerfolge. So hat auch das Rheinische Schiefergebirge kaum teil an diesen niederdeutschen Feldsystemen, vielmehr setzten sich innerhalb des Berglandes die von Südwesten kommenden Tendenzen immer mehr durch. Das Zelgensystem eroberte die Niederardennen, die Eifel, den Hunsrück, Taunus und Unterwesterwald. Teilweise drang es auch auf den Hochwesterwald, wo vor dem 30jährigen Krieg ein Zelgensystem bestanden haben soll [75]. Auch das Gladenbacher Bergland erhielt jetzt das Zelgensystem. Überhaupt rückte diese Form über die Hessischen Senken nach Norden in das Gebiet der Körnerfolgen vor, eroberte die Warburger Börde und den größten Teil des Weserberglandes und den nördlich anschließenden, im Lee des Berglandes gelegenen Lößstreifen von Hannover bis Braunschweig. Von den Hessischen Senken aus gewann das Zelgensystem auch das Medebacher Vorland und sogar die Briloner Hochfläche. Bis 1800 war es hier und auf der Paderborner Hochfläche noch im Vordringen. Das beweist u. a. die Ausbildung strenggeregelter Fruchtfolgen, die allgemein zum Zelgensystem führten.

Dagegen hielten sich die Wechselsysteme, wenn auch in modifizierter Form, in den Hochardennen, im Bergischen Land und Sauerland, im Vorderwesterwald sowie im Siegerland. Hier wollte man noch um 1800 unter der hessischen Regierung das Dreizelgensystem einführen, doch waren diese Bemühungen ohne Erfolg [76].

Im großen gesehen stand die hochmittelalterliche agrare Entwicklung im Zeichen der Intensivierung des Ackerbaus, d. h. der Getreideanbau wurde gesteigert, so daß man geradezu von einer „Vergetreidung" sprechen kann. Sie wirkte sich im Schiefergebirge darin aus, daß auf den Innenfeldern die Wechselwirtschaften verdrängt und durch geregelte Feldgraswirtschaften oder in den relativ trockenen Landschaften durch Zelgensysteme ersetzt wurden. Hier war also, und das muß man stets im Auge behalten, das Feldland in zwei

---

[74] J. Schmithüsen, Der Niederwald des linksrheinischen Schiefergebirges. Beiträge zur Landeskunde der Rheinlande, Reihe 2, Heft 4. Bonn 1934.

[75] H. Ganser, Die Erschließung des Hohen Westerwaldes. Diss. Bonn 1916.

[76] Schenck, Statistik des Kreises Siegen. 1839.

Nutzungsbezirke gegliedert, in das intensiv bebaute Innenfeld und das extensiv bewirtschaftete Außenfeld. Dagegen wurde in den peripheren Altlandschaften (Nördliche Lößzone, Obermoselland, Mainzer Becken, Wetterau, Neuwieder und Limburger Becken) das gesamte Ackerland in das Zelgensystem eingeschlossen. Zugleich suchte man hier den Getreideanbau dadurch zu steigern, daß man das Ackerland immer mehr ausdehnte. Der Wald verschwand immer mehr, an seine Stelle trat in den Altsiedelräumen die „Kultursteppe". Dieser Entwicklung kam die natürliche Ausstattung mit guten Böden und relativ trockenwarmem Klima entgegen. So hat sich die „Vergetreidung" vornehmlich nur in Oberdeutschland in den „Steppenheide"-Landschaften ausgewirkt. Nach Nordwesten und Norden nimmt hingegen ihre Intensität mit Annäherung an die atlantische Klimaregion allmählich ab. Wo diese „Vergetreidung" ihren Ursprung hat, ist schwer festzustellen. Nach der räumlichen Auswirkung und Lagerung kann man in der „Vergetreidung" eine wirtschaftliche Kulturraum-Bewegung sehen, die in Oberdeutschland und Ostfrankreich ansetzt und deren Wanderstraßen nach Norden und Nordwesten mit den Einfallstraßen wärmeliebender Florenelemente zusammenfällt. Doch kann diese Bewegung auch in allen geeigneten Landschaften zu gleicher Zeit und in gleicher Weise entstanden sein, wahrscheinlich unter dem Druck zunehmender Bevölkerung.

Überprüft man abschließend die agrargeographische Stellung des Rheinischen Schiefergebirges von der Landnahmezeit bis 1800, dann ist zunächst hervorzuheben, daß ausgesprochen niederdeutsche Feldsysteme im Schiefergebirge so gut wie ganz fehlen. Vielmehr kommen die entscheidenden neuen Formen der Zelgensysteme in der ersten Rodeperiode aus dem Südwesten, aus dem Pariser Becken. Sie erobern über den Lößsaum die Niederardennen und die Kölner Bucht, über Oberlothringen die Eifel, den Hunsrück und das Neuwieder Becken, über das Mainzer und Limburger Becken sowie die Hessischen Senken den Taunus, den Unterwesterwald, das Gladenbacher Bergland und das Medebacher Vorland. Dagegen halten sich die Wechselsysteme als Reliktformen in Gestalt der Feldgraswirtschaft und der Brandwirtschaft als Außenfeldsysteme in fast allen Berglandschaften und als Innenfeldsysteme in den stärker beregneten Landschaften der Hochardennen, des Vorder- und Hochwesterwaldes, des Bergischen Landes und des Sauer- und Siegerlandes. Damit ergibt sich eine agrargeographische Gliederung von Westen nach Osten, die sich weitgehend den klimatischen Verhältnissen anpaßt. Die letzte agrargeographisch bedeutende Veränderung im Hochmittelalter bildet die „Vergetreidung" der Altsiedelräume. Sie kann nach ihrer Lagerung auf oberdeutsche Einflüsse zurückgeführt werden und erfaßt nur die durch kontinentale Florenelemente ausgezeichneten bodenmäßig und klimatisch begünstigten Becken und Senken, um gegen die atlantische Klimaregion allmählich abzuflauen.

3. Die Siedelformen

Über das Rheinische Schiefergebirge und seine angrenzenden Landschaften besitzen wir eine ganze Reihe siedlungskundlicher Arbeiten[77]). Sie befassen sich jedoch meistens mit den Ortsformen, während die Flurformen nur erst in einigen wenigen Landschaften genauer untersucht wurden. Wenn sich deshalb im folgenden meine Ausführungen vornehmlich auf die Ortsformen beschränken bzw. von ihnen als dem ersten, leichter erkennbaren Merkmal ausgehen, so habe ich trotzdem die umfassendere Bezeichnung „Siedelformen" beibehalten, denn trotz der Lückenhaftigkeit des Materials mußte ich doch hier und da auf die flurgeographischen Verhältnisse, d. h. auf die besitzrechtlichen Liniensysteme näher eingehen, ohne daß eine Vollständigkeit erreicht werden konnte. Zudem schließe ich auch die betrieblichen und wirt-

[77] An neueren wichtigen Arbeiten sind zu nennen: A. Hömberg, Siedlungsgeschichte des oberen Sauerlandes, Geschichtl. Arbeiten zur westf. Landesforschung, Bd. III, Münster 1938; H. Schepke, Flurform, Siedlungsform und Hausform im Siegtalgebiet in ihren Wandlungen seit dem 18. Jh., Beiträge zur Landeskunde der Rheinlande, 2. Reihe, Heft 3, Bonn 1934; Ad. Schüttler, Kulturgeographie der mitteldevonischen Eifelkalkgebiete, 1939; O. Lucas, Das Olper Land, Arbeiten der Geogr. Kommission im Provinzialinstitut f. westf. Landes- und Volkskunde, 4, 1940; W. Hücker, Ländliche Siedlungen zwischen Hellweg und Arden, Geschichtl. Arbeiten zur westf. Landesforschung, Bd. II, Veröff. der Hist. Komm. im Provinzialinstitut f. westf. Landes- und Volkskunde, 22, 1939.

schaftlichen Erscheinungen, d. h. die wirtschaftsgeographische Struktur der Feldfluren stark in die vorliegende Betrachtung ein, und somit steht stets „Ort" und „Flur", d. h. die ganze Siedlung, im Mittelpunkt der Darstellung.

Nach Ortsgrundriß, Größe und besitzrechtlicher Flureinteilung habe ich folgende Siedelformen unterschieden (vgl. Karte 6).

Die kleinste Siedelform ist der Einzelhof (1). Seine Hofgebäude liegen inmitten des meist zusammenhängenden Landbesitzes, der lediglich aus wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten in einzelne Blöcke (= Wirtschaftsparzellen) untergeteilt ist. Das meist alleinstehende Gehöft wird nur von der bäuerlichen Familie und ihrem Anhang (Gesinde usw.) bewohnt.

Die nächstgrößere Siedeleinheit bildet der Weiler (2). Er besteht aus einer Gruppe von Höfen, deren Zahl zwischen 2 und 15 schwanken kann und die sich unregelmäßig zusammenscharen. Von der „dörflichen" Siedlung unterscheidet sich der Weiler meist schon durch seine geringe Größe, seine Funktion und durch seine Flurgestaltung. Der Besitz der einzelnen Höfe liegt entweder relativ geschlossen in großen Einzelblöcken oder er verteilt sich auf wenige Flurabschnitte (Gemengelage), wobei die blockige Form der Besitzparzellen beibehalten wird (Blockflur).

Im Gegensatz zu diesen „Blockflur"-Siedlungen besitzen die „dörflichen" Siedlungen in unserm Untersuchungsgebiet Streifenparzellen. Diese können lang oder kurz, breit oder schmal sein, stets aber werden sie zu einer größeren Einheit, zu einem „Gewann", zusammengefaßt. Das Gewann in diesem Sinne ist also in erster Linie eine „pflugtechnische" Einheit, denn alle Parzellen innerhalb eines Gewannes werden in einer Richtung gepflügt, seine Grenzen bilden dort, wo der Pflug gewendet wird, das sog. „Angewande" oder der „Anwender" und dort, wo der Pflug an dem benachbarten Parzellenverband entlangzieht, der „Anrainer" oder „Rain". Nach der Form der Gewanne und der Parzellen, besonders in der Kernflur, und nach der Größe der Siedlungen lassen sich nach dem heutigen Stand der Forschung folgende Formen herausstellen[78].

Das geschlossene Großdorf (3) entspricht der „stadtähnlichen Dorfanlage" von Huppertz[79]. Es stellt eine Weiterentwicklung des geschlossenen Haufendorfes dar. Bezeichnend ist das dichte Aneinanderrücken der einzelnen Häuser: Bau schließt sich oft an Bau. Wegen dieser gedrängten Bauweise und der großen Zahl der Häuser ist die Einwohnerzahl dieser Dörfer meistens außergewöhnlich hoch. Die Dorfflur ist sehr groß, besteht zum großen Teil aus Ackerland und setzt sich aus einer großen Zahl von oft kleinparzellierten Gewannen zusammen.

Das geschlossene Kleindorf (4) unterscheidet sich zunächst in der Größe und in einer etwas lockeren Bebauung vom Großdorf. Die Gehöfte stehen unregelmäßig zueinander. Doch sind die ehemaligen Räume zwischen den Höfen vielfach von kleinen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden besetzt und zu Wegen verschmälert. So steht auch hier zuweilen Haus an Haus. Die Feldflur zeigt ebenfalls Gewanngliederung, doch ist diese Gewanneinteilung am besten ausgeprägt in den Außenfluren, während das innere, dorfnahe Feld Blöcke mit mehr oder minder unregelmäßiger Parzellierung (Blockgemenge) aufweist.

Die dritte „dörfliche" Siedlungsform ist der Drubbel. Rein äußerlich kann man ihn als Weiler, als lockeres Dorf, ja sogar als geschlossenes Kleindorf und Großdorf ansprechen. Nach seiner Flurgestalt muß er aber von den genannten Formen grundsätzlich unterschieden werden. Die Kernflur des Drubbels — ich wähle bewußt diese niederdeutsche Bezeichnung — ist die Langstreifenflur, der „Esch", der schon häufig beschrieben wurde. Die Langstreifenflur stellt zugleich die „Altflur" dar, die um 1800 durchweg im Besitz der Altbauern war. Zu dieser Flur gehört als Ortsform der einfache lockere Drubbel (5) mit seinen wenigen Bauernhöfen (6—10). Die Ackerflur beschränkt sich nur auf den Esch, weitere Ausbauten haben nur in geringem Maße stattgefunden und sind durchweg in blockigen Kämpen erfolgt[80].

Eine zweite Unterform ist der kleine geschlossene Drubbel (6). Hier legen sich an die Kernflur, an die Langstreifenflur, durchweg eine Reihe von Kurzgewannen, das Ackerland greift also über die Altflur hinaus. Zugleich sind die Lücken des lockeren Drubbels durch Anbauten und Neubauten ausgefüllt. Der Ortsgrundriß ist verdichtet. Aus dem lockeren „weilerartigen" Drubbel wurde ein geschlossener „dorfartiger" Drubbel. In seiner äußeren Form entspricht ein solch verdichteter Drubbel dem Kleindorf.

---

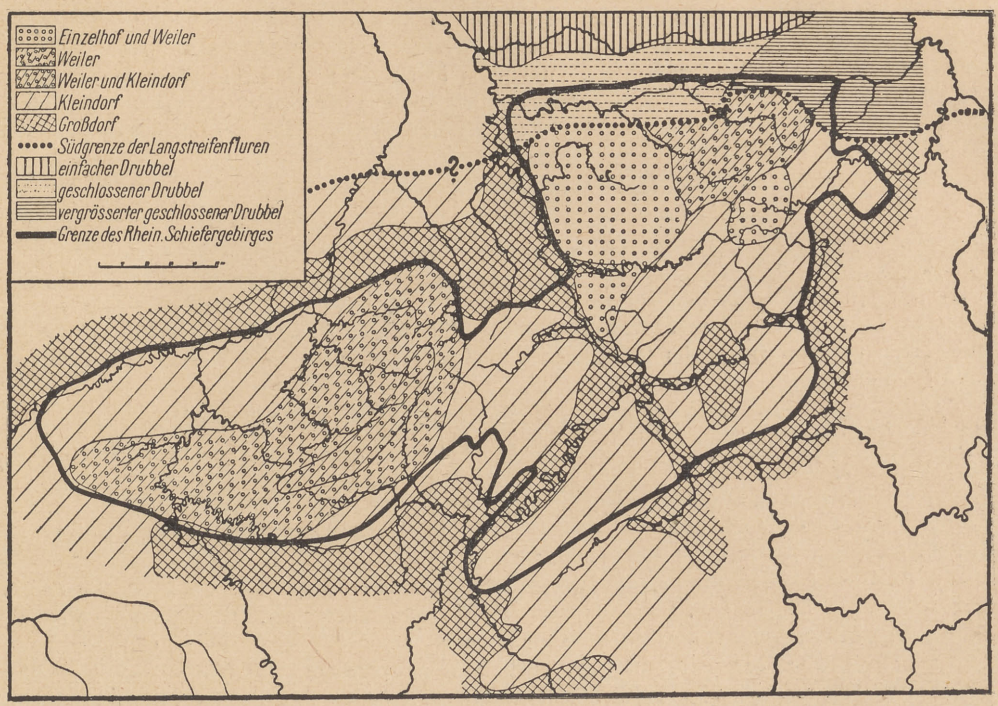
[78] Steinbach, Geschichtliche Siedlungsformen. 1937. — A. Hömberg, Entstehung der westdeutschen Flurformen. Blockgemengflur, Streifenflur, Gewannflur. Berlin 1935.

[79] Huppertz, Räume und Schichten bäuerlicher Kulturformen. 1939.

[80] H. Riepenhausen, Die bäuerliche Siedlung des Ravensberger Landes bis 1770. Arb. d. Geogr. Komm. im Prov.-Inst. f. westf. Landes- und Volkskunde, 1. Münster 1938. — H. Rothert, Die Besiedlung des Kreises Bersenbrück. Veröff. d. Hist. Komm. f. die Provinz Westfalen. Quakenbrück 1924. — R. Martiny, Hof und Dorf in Altwestfalen. Forschg. z. dtsch. Landes- und Volkskunde, 24. Stuttgart 1926.

Als letzte Unterform kann der große geschlossene Drubbel (7) gelten. Bei ihm ist nicht nur die Ortsform verdichtet, sondern auch die Ortsfläche vergrößert: die Zahl der Altbauern, der „Langstreifenbesitzer", beträgt das Zwei-, Drei- und Vierfache eines gewöhnlichen Drubbels. Dementsprechend übertrifft auch seine Feldflur mit Lang- und Kurzstreifengewannen die Feldfluren der anderen Drubbel erheblich an Fläche und Umfang.

Die Verteilung der angeführten sieben Siedelformen veranschaulicht in einer groben Übersicht Karte 6. Danach fehlen die niederdeutschen Drubbel so gut wie ganz im Rheinischen Schiefergebirge. Im Süderbergland finden sie sich nach Angaben von Hömberg [81] nur in den



Karte 6. Die Siedelformen
des Rheinischen Schiefergebirges und seiner Nachbarlandschaften um 1800
(Entworfen von W. Müller-Wille)

nördlichen Randlandschaften, im Schwerter Becken, im Mendener Hügelland bis Iserlohn—Balve, im Ruhrtal bis Neheim, und vielleicht noch auf der Briloner Hochfläche. Doch ist ihr Vorkommen hier im einzelnen noch nachzuprüfen. Klar sind diese Formen bisher nachzuweisen in den Siedlungen des Hellwegs, der Paderborner Hochfläche und der Warburger Börde. Hier stecken im Kern der Fluren (auch bei Wüstungen) echte Langstreifengewanne („Esche"), die Altbauern gehören [82]. In allen genannten Landschaften sind diese Kernfluren durch Kurzgewanne erweitert; und so findet man am Hellweg geschlossene kleine Drubbel, die nach Osten hin an Größe zunehmen. Auf der Paderborner Hochfläche und in der Warburger Börde sind es sogar geschlossene große Drubbel, die sich durch Einbeziehung von Wüstungen vergrößert haben. Es setzt sich hier also über die Flurformengrenze, die Hömberg [83] angab und die

[81] Hömberg, Entstehung der westdeutschen Flurformen. 1935.

[82] O. Timmermann, Landschaftswandel einer Gemarkung der Soester Börde seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Westf. Forschg. II, 1939. — F. Walter, Flurkarte und Siedlungsgeschichte. Westfalen. Hefte f. Gesch., Kunst und Volkskunde, 22, 1937.

[83] Hömberg, Entstehung der westdeutschen Flurformen. 1935.

Huppertz[84] kartographisch festlegte, die Ortsform des Großdorfes von Hessen aus ins Weserbergland fort. Wieweit Langstreifenfluren mit dazugehörigen Drubbeln im Niederrheingebiet und darüber hinaus nach Westen, im Kempenland, vorkommen, kann bisher nur vermutet werden. Für unsere Fragestellung ist zunächst wichtig, daß das Rheinische Schiefergebirge bis auf die oben genannten kleinen Landstriche die niederdeutschen Siedelformen nicht besitzt. Vielmehr sind für seine Landschaften Groß- und Kleindörfer, Weiler und Einzelhöfe in dem oben beschriebenen Sinne charakteristisch. Es handelt sich also um Formen, die auch in Oberdeutschland nach den Untersuchungen von Gradmann immer wieder vorkommen.

Dabei besetzen die Großdörfer die südlich gelegenen Altlandschaften: Oberlothringen, Mainzer Becken, Wetterau, und wenn auch schon in kleinerer Form, die Hessischen Senken, das Limburger und Neuwieder Becken und die Weinbautäler der Mosel und des Mittelrheins. Die geschlossenen Kleindörfer beherrschen hingegen das Siedlungsbild der nördlichen Bördenlandschaften von der Pikardie bis zur Niederrheinischen Bucht, zum Teil durchsetzt von Gutsbetrieben. Ferner finden sich Kleindörfer in den Niederardennen, in der Eifel, im Hunsrück und im Nahebergland, weiterhin im Taunus, Unterwesterwald, zum Teil im Hochwesterwald und Siegerland, ferner im Gladenbacher Bergland, Medebacher Vorland und auf der Briloner Hochfläche.

Dagegen sind Weiler bestimmend für die Hochardennen (nur auf dem Bastnacht-St.-Vither-Riedel scheinen sie größer zu sein und sich Kleindörfern zu nähern) und für das gesamte Sauerland. Doch mischen sie sich im Bergischen Land, Vorderen Westerwald und Wittgensteiner Land (Rothaargebirge) mit Einzelhöfen[85].

Vergleichen wir diese großzügige räumliche Lagerung der Siedelformen mit andern geographischen Erscheinungen, dann besteht eine auffällige Ähnlichkeit mit der agrargeographischen Differenzierung und somit auch mit der klimatischen und pflanzengeographischen Gliederung des Untersuchungsgebietes. Es fragt sich, ob diese räumliche Kongruenz auch wirklich ursächlich-funktionalen Beziehungen entspricht.

Am stärksten hat sich bisher mit den Siedelformen des Rheinischen Schiefergebirges die von Steinbach angeregte Kulturraumforschung auseinandergesetzt. Steinbach selbst gab in seinen beiden Erstlingsarbeiten[86] schon die entscheidenden neuen Gesichtspunkte, indem er die von der oberdeutschen Forschung gewonnenen Ergebnisse auf ihre Anwendbarkeit für unser Gebiet prüfte. Bekanntlich vertritt Gradmann für Oberdeutschland noch weitgehend die Meitzensche Auffassung von der Konstanz der Siedelformen. Er sieht trotz einiger Abweichungen im Dorf mit Gewannflur die germanische Altsiedelform, die während der Landnahmezeit in den Altsiedelräumen angelegt wurde; Weiler und Einzelhof sind hingegen jüngere Ausbauformen der Rodezeit und mithin charakteristisch für die mittelalterliche Rodelandschaften. Diese Auffassung lehnt Steinbach für das Rheinland ab. Er ersetzt dabei die statische Betrachtungsweise durch eine entwicklungsgeschichtliche.

Nach Steinbach wurden in der Landnahmezeit Einzelhöfe und kleine Weiler angelegt, deren Fluren unter Anlehnung an die natürliche Gliederung des Geländes und bei einer gewissen Übernahme vorhandener Einteilungen in den eroberten Gebieten in mehr oder weniger regelmäßige Blöcke geteilt waren. Am Anfang der germanischen Siedelperiode bestanden also in den Altlandschaften Einzelhöfe und Weiler mit Einzelblock- und Blockgemengfluren. Diese Siedelformen wurden auch während der folgenden Rodeperioden in die neuen Siedelgebiete übertragen. Das ursprüngliche Siedelbild war also eintönig und sehr gleichförmig, die Primärformen der Alt- und Jungsiedellandschaften gleichen sich weitgehend.

Doch setzte schon — wir folgen hier zunächst Steinbach und Huppertz[87] — in der ersten Rodeperiode (500—850) eine „Entmischung", eine Änderung der Siedelformen ein und zwar — wie vor allem Hup-

[84] Huppertz, Räume und Schichten bäuerlicher Kulturformen. 1939.

[85] H. Uekötter, Die Bevölkerungsbewegung in Westfalen und Lippe, 1818—1933. Arb. d. Geogr. Kommission im Prov.-Inst. f. westf. Landes- und Volkskunde, 5. Münster 1941. — Lucas, Olper Land. 1940. — Steinbach, Beiträge zur Bergischen Agrargeschichte. Rhein. Archiv. I, Bonn 1922.

[86] Steinbach, Beiträge . . . 1922.

[87] Huppertz, Räume und Schichten bäuerlicher Kulturformen. 1939.

pertz dargetan hat — unter dem Einfluß von drei Kulturströmungen. Die erste siedlungsumformende Bewegung kam aus dem Westen. Sie geht aus vom westfränkischen Reich und ist schon spürbar seit dem 7. Jahrhundert. Unter dem Einfluß grundherrlicher und erbrechtlicher Verhältnisse kommt es zu einem Zusammensiedeln; Einzelhöfe und Weiler verschwinden bzw. werden verdichtet, es entstehen Kleindörfer mit gewannartig parzellierten Blöcken. Diese erste „Verdorfungstendenz" macht sich bis Hessen und Thüringen bemerkbar.

Die zweite, weit stärkere Verdorfungsbewegung strahlt von Oberdeutschland aus. Sie führt zur Bildung von Großdörfern. Huppertz spricht sogar von einer „Verstädterungsbewegung". Seit 1200 soll dieser Vorgang zu beobachten sein. Diese Ausstrahlung städtischer Kultur- und Lebensformen ändert nicht nur die Erbgewohnheiten und das Verhältnis zum Boden, sondern auch die gesamte Wohn- und Bauweise. Das Anwachsen der Dörfer ist nicht nur auf die natürliche Bevölkerungszunahme allein zurückzuführen, sondern sie ist auch durch den Zuzug aus wüstgelegten Ortschaften bedingt. Beeinflußt wird diese Entwicklung von der mittelmeerischen Stadtkultur, die in hohem Maße auf Oberdeutschland einwirkt, während nach Niederdeutschland zu ein Abflauen der Tendenz zu beobachten ist. So wirkte sich die Verstädterung nur in den südlichen Landschaften aus, in Oberlothringen, im Mainzer Becken, in der Wetterau und in den Hessischen Senken. Ins Bergland drangen verstädterte Dorfformen nur noch vor entlang dem Mittelrhein und der Mosel und eroberten das Neuwieder und Limburger Becken, ja sogar einige Teile der Niederrheinischen Bucht.

Hier im Norden stieß diese Kulturströmung auf eine dritte siedlungsformende Bewegung, die aus dem niederrheinisch-flandrischen Raum seit dem 12. Jahrhundert vornehmlich nach Osten vorgestoßen sein soll und das Einzelhofsystem bevorzugte. Erwägungen wirtschaftlicher Art und der altgermanische Hang zur Einzelsiedlung sollen dabei ausschlaggebend gewesen sein. Diese „Einzelhof"-Bewegung hat sich — wenn wir Steinbach folgen — noch in der Niederrheinischen Bucht und vor allem im Bergischen Land spürbar ausgewirkt.

In dieses allgemeine, von der Kulturraumforschung entworfene Entwicklungsbild hat man auch die flurgeographischen Verhältnisse einzubauen versucht.

So hängt nach Ansicht von Steinbach mit der „Verdorfung" aufs engste die Ausbildung des „Gewannsystems" zusammen. Es war für das Zelgensystem, das zugleich eingeführt wurde, die am besten geeignete besitzrechtliche Flureinteilung. Auch der Verlauf der Grenzlinie zwischen den S-förmigen Langstreifen und den kleinen unregelmäßigen Streifchen und Blöckchen, zwischen Drubbel und Dorf, wird von Huppertz[88] auf einen Einbruch westlicher Besitz- und Kulturformen in das ältere Streifenflurgebiet zurückgeführt, der zeitlich mit der ersten Verdorfungswelle aus dem Westfrankenreich zusammenfällt. Zwar hatte Hömberg, der auf diese flurgeographische Grenze zuerst aufmerksam machte, die verschiedenartige Gestalt der Besitzparzellen auf vorgeschichtliche Pflugformen (Streifenflur: Scharpflug; Blockgemenge: Hakenpflug) zurückführen wollen; doch Huppertz lehnt diese Auffassung ab. Er sieht vielmehr in dem heutigen Grenzverlauf „eine Rückzugslinie, die in zahlreichen Einzelerscheinungen der deutschen Agrarverfassung und der Verbreitung von Formenelementen bäuerlicher Kultur ihre Entsprechungen hat". Diese Interpretation macht es aber notwendig, die oben wiedergegebene Auffassung über die primären Flurformen der Landnahmezeit zu revidieren. Wenn nämlich die Langstreifengrenze eine Rückzugslinie darstellt, dann müssen zumindestens in den Altsiedellandschaften des Rheinischen Schiefergebirges ehemals Langstreifen vorhanden gewesen sein und nicht — wie Steinbach ursprünglich annahm — nur Block- bzw. Blockgemengefluren. Langstreifen wurden aber bisher nirgends nachgewiesen. Dennoch hält es Steinbach in seinem neuesten Referat über die „Geschichtlichen Siedlungsformen" 1937 nicht für ausgeschlossen, daß auch in den Rheinlanden unter den Gewannen des Mittelalters noch Spuren der altertümlichen langen Streifenflur sichtbar gemacht werden können. Er selbst schließt sich in der zeitlichen Entstehung Huppertz weitgehend an, doch möchte er die Flureinteilung wiederum auf Pflugformen zurückführen. Er nimmt deshalb an, daß die Franken den sog. Kehrpflug entwickelt hätten, der die Umschaltung des lose angebrachten Streichbrettes am Ende der Furche ermöglicht und somit die Vorteile beider Pflugformen, des niedersächsischen Beetpfluges mit dem festen Streichbrett und des Hakenpfluges mit seiner Wendigkeit, in sich vereinigt.

Die von der Kulturraumforschung entwickelte Auffassung enthält zweifellos viele wertvolle Erkenntnisse. Dennoch kommt bei einer solchen Betrachtung die landschaftliche Gebundenheit der einzelnen Formen und ihr funktionaler Zusammenhang untereinander zu kurz. Allzuleicht verschwindet hinter dieser Vorstellungswelt, die auf Grund von Karten mit Kulturströmungen und Kulturschichten arbeitet, das Bild und das Kräftefeld der Landschaft mit ihrer

[88] Huppertz, Zum gegenwärtigen Stand der westdeutschen Flurformenforschung. Rhein. Vierteljahrsblätter, 6, 1936.

mannigfaltigen Ausstattung, mit den sich bunt überschneidenden natürlichen und kulturgeographischen Erscheinungskreisen, mit Relief, Klima, Boden und Vegetation, mit der topographischen Anordnung der Siedlungen, der sozialen Struktur der Bevölkerung und mit ihren mannigfachen Nutzflächen und Nutzungssystemen. Es fehlt der Kulturraumforschung sozusagen der Einbau in das landschaftliche Gefüge.

Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt die Verteilung der Siedelformen, so ist, wie schon erwähnt, eine Übereinstimmung mit den agrargeographischen Verhältnissen und mit den klimatischen und pflanzengeographischen Gegebenheiten in den einzelnen Landschaften nicht zu leugnen. Wie läßt sich diese Übereinstimmung deuten, und wie ist sie mit der historischen Entwicklung in Einklang zu bringen?

Auch hier müssen wir von den Verhältnissen in den Altsiedellandschaften während der Landnahmezeit ausgehen. Nach allgemein geltender Ansicht bestanden damals im westfälischen Bereich durchweg kleine Drubbel mit Langstreifenfluren [89]. Sie waren auch bestimmend in der ersten großen Rodeperiode, soweit sie sich in den niederdeutschen Sand- und Lößgebieten vollzog [90]. Doch muß dieses von der bisherigen Forschung erarbeitete einfache altsächsische Siedelbild noch in einigen Punkten nachgeprüft werden. Denn in jüngeren Arbeiten mehren sich immer mehr die Hinweise auf alte, mindestens altsächsische Einzelhöfe, die verstreut zwischen den Drubbeln liegen [91]. Solche alten Einzelhöfe scheinen sich in Niederungsgebieten zu häufen, wo die für den Anbau in Frage kommenden Sandbodenwellen sehr klein sind und nur für einen Hof ausreichen. Unter diesen Umständen scheint mir die Auffassung von Steeger [92], der am Niederrhein eine große Zahl von altfränkischen Einzelhöfen festgestellt hat, vieles für sich zu haben. Die von Hömberg angegebene Grenze der Langstreifenfluren müßte in diesem Gebiet einmal genau nachgeprüft werden. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß gerade das Niederrheingebiet, das altfränkische Siedelgebiet, mehr Einzelhöfe besaß als die angrenzenden westfälischen Sand- und Lößgebiete. Diese altfränkische, aus den Bodenverhältnissen abzuleitende Flur- und Siedelform wurde dann von den Franken in die kolonisierten und besetzten Altlandschaften des Schiefergebirges und in die westlich und südlich anschließenden Altlandschaften mitgenommen. Ich möchte deshalb vorläufig der anfangs von Steinbach geäußerten These zustimmen und für die fränkisch besiedelten Altlandschaften Einzelhöfe und Weiler mit Einzelblock- und Blockgemengfluren annehmen. — Welche Formen in den von Chatten besiedelten Hessischen Senken bestanden haben, bleibt nach den bisherigen Forschungen ungewiß. In Niederhessen nördlich der Linie Kellerwald—Kassel und in der Warburger Börde sollen nach Hömberg Langstreifen in der Kernflur vorhanden sein.

In der folgenden ersten Rodeperiode (bis 850), die weiter ins Bergland hineingriff, wurden ebenfalls Einzelhöfe und Weiler mit Blockfluren angelegt. Das gilt auch für das westfälisch besiedelte Sauerland, wie neuere Untersuchungen eindeutig beweisen [93]. Aller Wahrscheinlichkeit nach waren hier die ersten Ansiedlungen ganz allgemein Einzelhöfe. Das läßt sich nicht nur aus den Ortsnamen ableiten, sondern wurde für den Ardey von Hücker [94] auf Grund seiner Hofesuntersuchungen einwandfrei nachgewiesen. Aus den Einzelhöfen entstanden dann durch Teilungen Weiler, doch blieb die Blockflur in ihrer Gestalt gewahrt.

Auch in der zweiten Rodeperiode vollzog sich der Ausbau grundsätzlich in Form von Einzelhöfen und Weilern, und die Flur wurde in Blöcken allmählich aus dem Wald gerodet.

So waren also im Rheinischen Schiefergebirge zu allen drei Zeiten, zur Landnahmezeit, in der ersten und in der zweiten Rodeperiode die Erstanlagen der Siedlungen in ihren Orts- und Flurformen ähnlich, ja sogar gleich. Es bestand zwischen den primären Siedel-

[89] Martiny, Hof und Dorf in Altwestfalen. 1926.

[90] Riepenhausen, Ravensberger Land. 1938.

[91] U. Roshop, Die Entwicklung des ländlichen Siedlungs- und Flurbildes in der Grafschaft Diepholz. Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 39. Hildesheim-Leipzig 1932. — Vgl. auch H. Hoffmann, Hausgrundrisse aus der Vor- und Frühgeschichte Westfalens. 1940.

[92] Steeger und Rütten, Studien zur Siedlungsgeschichte des Niederrheinischen Tieflandes. 1932.

[93] Lucas, Olper Land. 1940. — Hömberg: Siedlungsgeschichte des oberen Sauerlandes. 1938.

[94] Hücker, Ländliche Siedlungen zwischen Ardey und Hellweg. 1939.

formen der drei Perioden kein prinzipieller Unterschied. Das heutige Siedelbild in seiner Differenzierung ist also nicht auf die Verschiedenartigkeit der Erstanlagen zurückzuführen, sie ist also nicht — wie Gradmann will — durch das Alter bedingt. Die heutigen Siedelformen sind nicht Primärformen. Vielmehr sind sie umgewandelte Sekundärformen, und zwar haben sich diese Änderungen in einigen Landschaften in stärkerem Umfange, in anderen in geringerem Maße durchgesetzt.

Für diese Wandlungen, die sich in den von der Kulturraumlehre aufgezeigten Perioden vollzogen haben, sind nun neben andern begleitenden Faktoren (Erbrecht) am entscheidendsten die landwirtschaftlichen Betriebssysteme. Ihre Entwicklungen spiegeln zugleich am besten die Möglichkeiten wider, die in den verschiedenen Landschaften auf Grund ihrer natürlichen Beschaffenheit vorhanden sind. Schon deshalb müssen wir erwarten, daß in den landwirtschaftlich ungünstigen Landschaften, deren Möglichkeiten beschränkt sind, sich die primären Siedelformen nur wenig wandelten, daß dagegen das Siedelbild in den klimatisch und bodenmäßig bevorzugten Gebieten mit ihren weiter gespannten Möglichkeiten stark geändert wurde.

Man hat schon des öfteren darauf hingewiesen, daß von den wirtschaftlichen Verhältnissen die Siedelformen abhängig seien. So soll z. B. die Viehwirtschaft den Einzelhof, der Ackerbau das Dorf als Siedelform begünstigen, ja sogar hervorrufen. Mit dieser allgemeinen Formulierung wird m. E. aber nur wenig erreicht. Ackerbau kann eben in ganz verschiedenen Formen vor sich gehen, und auch die Viehwirtschaft kann in sehr verschiedenen Weisen ausgeübt werden. Zudem sind für die Form der Siedlung, für das Wohnen und Hausen, nicht — wie es den Anschein haben könnte — allein die wirtschaftlichen Erscheinungen eines Betriebssystems maßgebend, sondern letzten Endes die sozialen Seiten, seine Auswirkungen auf die bäuerlichen Lebens- und Gesellschaftsformen.

Vergleichen wir unter diesem Gesichtspunkt die Betriebssysteme, so lassen sich drei Gruppen unterscheiden. Bei den Zelgensystemen besteht eine ausgesprochene Tendenz zur „Verdorfung", zur Konzentration der Betriebe auf einen kleinen Raum. Ich habe schon wiederholt darauf hingewiesen, daß das Wesen dieser Betriebsweise in der genossenschaftlichen Organisation liegt. Das macht eine dauernde Verständigung der Teilnehmer notwendig, und diese kann am besten dann erreicht werden, wenn man möglichst nahe beieinander wohnt. Zudem bietet dieses enge Zusammenrücken gerade im Hinblick auf die gemeinsame Weidenutzung manche Vorteile. An der gemeinsamen Weidewirtschaft sind alle Betriebe interessiert, denn so erreicht man, daß der einzelne Betrieb sein Vieh auf allen Nutzflächen weiden lassen kann und daß dem einzelnen Betrieb erheblich viel Arbeit erspart wird, da sich bei einer größeren Zahl von Rindern und Kleintieren die Anstellung eines Hirten rentiert. Weil nun jeden Morgen das Großvieh zusammengeholt und jeden Abend in seine Stallungen zurückgeführt werden muß, ist es wiederum notwendig, daß die Teilnehmer an der gemeinsamen Hude möglichst nahe beieinander siedeln[95]. Für die Lebensform der in dieser „Betriebsgenossenschaft" zusammengeschlossenen Bauern ist also das Entscheidende die dauernde Bereitschaft zur Verständigung mit den Nachbarn und damit das Gefühl, ohne die anderen und ohne die Gesamtheit nicht entscheiden zu können. Man fühlt sich als Glied einer dörflichen Gemeinschaft, man kann und will sich nicht abschließen, sondern man führt seinen Betrieb in dauernder Anlehnung an den Nachbar. Das Zelgensystem ist also nicht nur ein wirtschaftliches System, sondern mit ihm und in ihm entwickelt sich eine bestimmte bäuerliche Lebensform und Lebensweise, die nicht zur Absonderung, sondern geradezu zum Zusammenschluß und zum Zusammenwohnen führt.

[95] Daß die Gemeinweide für das Zusammensiedeln von großer Bedeutung ist, bestätigt ein Bericht aus dem vorigen Jahrhundert für den Kreis Brilon (Die statistischen Verhältnisse des Kreises Brilon. Hrsg. von Frhr. v. Padberg. Brilon 1865). Darin heißt es: „Erstens verhindert die Bodenbeschaffenheit des Kreises ein zerstreutes Wohnen . . . Ferner müssen vorzugsweise in früheren Jahren und auch jetzt noch überall da, wo die Hudebefreiung noch nicht durchgeführt ist, die Einzelbewohner der Beteiligung an der allerorts bestandenen Gemeindehude entsagen oder ist ihnen dieselbe doch sehr erschwert . . ."

Wie weit im einzelnen das Bestreben zum Zusammensiedeln wirklich gedieh, hing schließlich von der Stellung des Zelgensystems und des mit ihm eng verbundenen Getreidebaus innerhalb des einzelnen Betriebes ab. Lag das Gewicht einseitig auf dem zelgengebundenen Ackerbau und der Brachweide, dann entstanden größere Dörfer; beschränkte es sich nur auf kleinere Flurabschnitte, auf das Innenfeld, dann konnte der einzelne Betrieb noch mit Hilfe der andern Nutzflächen, des Außenfeldes und des Wildlandes, ausweichen. So ist also die Größe der im Zelgensystem bewirtschafteten Flur und ihr Verhältnis zu den andern Nutzflächen ein äußerliches Kriterium für den Grad der „Verdorfung".

Eine weitere Bindung des einzelnen Betriebes an die Siedlungsgemeinschaft ergab sich noch aus der Gestaltung der besitzrechtlichen Flurverhältnisse. Die Entwicklung des Gewannsystems mit seiner Gemengelage hing — wie hier im einzelnen nicht verfolgt werden kann — eng mit dem Zelgensystem und mit der Ausdehnung des Getreidelandes zusammen. Die gemeinsame Rodung und nachträgliche Verteilung bzw. Verlosung der neugewonnenen Ackerländereien wurde nach und nach zum Prinzip erhoben, denn nur so konnte eine gleichmäßige Gemengelage der einzelnen Betriebsflächen in den einzelnen Zelgen gewährleistet werden. Dieses Prinzip wurde nach und nach so allgemeingültig, daß selbst die Wildländereien bei einer ein- bzw. mehrjährigen Nutzung in Gewanne aufgegliedert wurden, und nur so erklärt es sich, daß gerade die im 16. und 17. Jahrhundert zu Dauerland umgewandelten Außenfelder das ausgeprägteste Gewannsystem aufweisen [96]. Die Gemengelage erforderte wiederum Regelung der Dung- und Erntefahrten und somit eine dauernde Verständigung und gemeinsame Ordnung.

Dagegen *ist bei den Wechselwirtschaften, den extensiven wie den intensiveren, der einzelne Betrieb in seiner Arbeitsweise unabhängiger.* Für den Weidgang des Viehs stehen ihm genügend Flächen zur Verfügung, er braucht nicht die Nachbarparzellen. Auch in der Wahl der Bestellung ist er unabhängig vom Nachbarn, dessen dreeschliegenden Acker er ohne viel Verständigung jederzeit überfahren kann. Dieser ungebundenen Wirtschaft kommt auch die Flureinteilung entgegen. Die Blöcke sind meistens leicht durch Wege zu erreichen, sie können zudem nach Wunsch des einzelnen in Wirtschaftsparzellen gegliedert und ihre Bestellung in einem Turnus vorgenommen werden, der ganz dem Belieben des einzelnen überlassen ist. Entwickelt sich trotzdem durch Erbteilung ein schmalparzelliertes Blockgemengsystem, so gestatten auch hier, wie oben schon angedeutet, die dreeschliegenden Acker eine Überfahrt ohne straffe Regelung. Der Zwang zu einer dauernden Verständigung und Rücksichtnahme entfällt also, der einzelne Betrieb kann individueller geführt werden. Ausbauten werden somit leichter gestattet. Die Siedelweise ist gelockerter.

Zwischen diesen beiden, in ihren sozialen und siedlungsmäßigen Auswirkungen entgegengesetzten Betriebsformen stehen *die freien Körnerfolgen und Einfeldsysteme.* Hier ist das Wechselland zwar durch Dauerland ersetzt; die jahraus, jahrein ackerbaulich genutzten Parzellen liegen beieinander, und eine gewisse Verständigung — zumindest über Wegebenutzung (Ernte- und Dungfahrten) — ist schon notwendig. *Aber diese Verständigung bezieht sich noch nicht auf den ganzen Betrieb.* Die Weideflächen reichen noch für den Viehstapel aus, so daß Acker und Wiesen noch nicht so stark zum Weidgang herangezogen werden müssen. Zudem besitzt der einzelne Betrieb seine eigenen hausnahen Weideflächen, die nur seiner Bewirtschaftung unterliegen. Der bäuerliche Zusammenschluß ist hier wohl vorhanden, aber er ist noch locker. Damit ist auch das Siedelbild mannigfaltiger: bald strebt es zur Geschlossenheit, bald neigt es zur Vereinzelung. Manchmal erinnert es an Weiler und Kleindörfer, manchmal an verstreute Einzelsiedlungen. Immer aber bleibt es in seinem Wesen ein „Drubbel", eine Siedelform, die der locker verbundenen Bauernschaft entspricht und die in sich Tendenzen zur Vereinzelung mit Tendenzen zum Zusammenschluß harmonisch vereinigt. Darin beruht zum Teil die Schwierigkeit, die nordwestdeutschen Siedlungen in ein formales Schema zu pressen, das nur mit dem Gegensatz „Einzelhof" und „Dorf" zu operieren gewohnt ist.

So besteht meines Erachtens ein enger Zusammenhang zwischen den bäuerlichen Betriebssystemen, den bäuerlichen Lebensformen und den bäuerlichen Siedlungsweisen. Nur aus diesem

[96] Müller-Wille, Die Ackerfluren im Landesteil Birkenfeld. Beiträge zur Landeskunde des Rheinlandes, 2. Reihe, Heft 5. Bonn 1937.

innigen Zusammenhang heraus läßt sich die Entwicklung und Verbreitung der Siedelformen im Rheinischen Schiefergebirge und in seinen Randgebieten in ihren Grundzügen verständlich machen.

Der erste Anstoß zur „Verdorfung" ging parallel mit der von Westen kommenden Einführung des Zelgensystems. Es eroberte schon bis 850 n. Chr. die Altsiedellandschaften. Die Folge war ein Aufgeben, ein „Wüstwerden" einzelner Ortschaften (kleiner Weiler und Einzelhöfe), die ihre Gebäude verlegten, aber ihre Felder im Verband größerer Siedlungen weiter bestellten: Kleindörfer entstanden.

In der zweiten Rodungsperiode (950—1350) eroberte dann das Zelgensystem allmählich das Innenfeld der Rodesiedlungen des Rheinischen Schiefergebirges, wobei es sich in seiner Ausbreitung weitgehend den klimatischen Gegebenheiten anpaßte. Auch hier wurden zahlreiche kleine Ortschaften wüstgelegt, und an ihre Stelle traten Kleindörfer. Während aber im Bergland das Zelgensystem sich nur auf das Innenfeld beschränkte und das Außenfeld wechselwirtschaftlich genutzt wurde, breitete sich in den Altsiedellandschaften das Zelgensystem über das gesamte Ackerland aus, das sich zudem unter dem Einfluß der „Vergetreidung" immer mehr ausdehnte und die andern Nutzflächen verdrängte. Ein zweiter Wüstungsprozeß setzte ein. Es entstanden Großdörfer. Zugleich eroberte das Zelgensystem über die hessischen Senken das Weserbergland und verdrängte hier die freien Körnerfolgen. Das Ackerland vergrößerte sich, die lockeren Drubbel verschwanden zum Teil, und die übriggebliebenen verdichteten sich zu mehr oder minder großen, geschlossenen „Dörfern". Ihre Fluren weisen heute zwar das Gewannsystem auf, doch lassen sich mit feineren Untersuchungsmethoden allenthalben unschwer die ältesten Kernfluren, die Langstreifen, nachweisen [97]. — Darüber hinaus ergriff dieser Prozeß auch Teile des Süderberglandes: das Medebacher Vorland und das Briloner Massenkalkgebiet.

Dagegen hielten sich in den niederschlagsreichen Berglandschaften, im Süderbergland und in den Hochardennen, die Wechselwirtschaften und mit ihnen die kleinen Weiler und Einzelhöfe. Hier sind deshalb auch, abgesehen von Fehlsiedlungen, Wüstungen selten.

So ist das Bild der Siedlungsformen innerhalb des mittelrheinischen Berglandes nicht — wie oberdeutsche Forscher wollen — auf den Besiedlungsgang zurückzuführen, sondern *es hat sich nachträglich entwickelt, und zwar in erster Linie unter dem Einfluß der bäuerlichen Betriebssysteme*. Diese aber sind in ihrer geographischen Anordnung aufs engste mit den klimatischen und pflanzengeographischen Gegebenheiten verbunden, und so ist für beide, für die *agrargeographische und die siedlungsgeographische Stellung und Differenzierung des Rheinischen Schiefergebirges der entscheidende Raumordner das Klima*.

4. Bäuerliche Haus- und Hofformen

Trotz zahlreicher guter Einzelarbeiten sind wir über die Formen der bäuerlichen Hofanlagen und Einzelbauten und ihre geographische Verbreitung innerhalb des Rheinischen Berglandes nur sehr ungenau unterrichtet [98]. Das liegt zum großen Teil daran, daß die zahlreichen Disziplinen, die sich für das Bauernhaus interessieren, in der Problemstellung und damit in der Auswahl des zu Beobachtenden weitgehend voneinander abweichen. So kann auch die vorliegende Karte (Karte 8), die eine Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse darstellt, nicht den Anspruch auf unbedingte Richtigkeit und Vollständigkeit erheben. Sie ist weit mehr als die andern Abbildungen als Versuch zu werten; das gilt dementsprechend auch für die Schlußfolgerungen. Trotzdem hielt ich es für notwendig, auch die Hofanlagen und Bauformen zu behandeln, um die der kulturgeographischen Forschung eigene funktional-ökologische Betrachtungsweise auch für diesen landschaftlich bedeutsamen Erscheinungskreis auf ihre Anwendbarkeit zu prüfen.

Jede hauskundliche Betrachtung muß in unserm Gebiet von den beiden wichtigsten Bauformen, dem *Kehlbalkendachhaus* (Längshaus = Hallenhaus) und dem *Pfetten-*

---

[97] E. Obst und H. Spreitzer, Wege und Ergebnisse der Flurforschung im Gebiet der großen Haufendörfer. Peterm. Mitt., 1939.

[98] Vgl. die Aufsatzsammlung: Rheinisches Bauernhaus und -gehöft. Rheinische Heimatpflege, 7. Jg., 1935, Heft 2.

dachhaus (Querhaus = Ernhaus) ausgehen. Ihre äußere Gestalt (Aufschluß) und ihr inneres Gefüge werden — wie neuere Forschungen immer wieder dargetan haben — vor allem durch das Gerüst, durch die Konstruktion des Dachstuhles und durch sein Verhältnis zu den tragenden Säulen entscheidend bestimmt.

Beim Kehlbalkendach werden die Dachbalken, die Sparren, paarweise gegeneinander gelehnt und in der Querachse durch darüber gelegte dünne Hölzer versteift, die gleichzeitig die Dachhaut tragen (Abb. 1a). Um das Durchbiegen unter der Last der Dachhaut zu verhindern, werden Spreizhölzer angebracht, die man Kehlbalken nennt. Das für die Raumgestaltung Entscheidende bei dieser Konstruktion ist das Fehlen von Mittelständern, von firsttragenden Stützen. Die tragenden Ständer sind auf die Seiten beschränkt. Der Innenraum wird so zu einer großen freien Halle, die von der Giebelseite her durch eine große Einfahrt erschlossen werden kann, und in der man sich, ohne daß stützende Ständer den Weg verbauen, frei bewegen kann. Nach diesem beherrschenden Raum haben Trier und Schepers[99] diese Bauform als Hallenhaus bezeichnet. Es ist mit ihren Worten „gekennzeichnet durch die freie Raummitte zwischen den zwei Reihen der Säulen, es zeigt in aller Regel Längsaufschluß; die freie, weder vom Gerüst noch von der Nutzung verstellte Längshalle ist sein Arbeitsraum (Deele)".

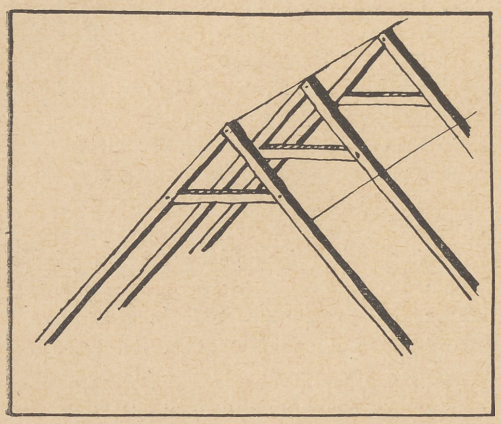


Abb. 1a. Kehlbalkenzimmerung

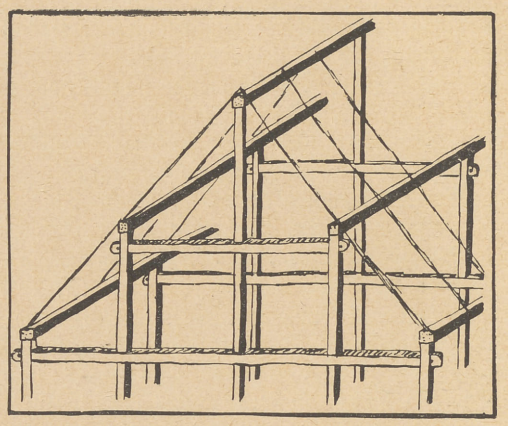


Abb. 1b. Pfettenzimmerung

Das Hallenhaus ist nach seiner ehemaligen und jetzigen Verbreitung eine typisch niederdeutsche Form (Niedersachsenhaus); nur an einigen Stellen umfaßt sein Verbreitungsgebiet Landschaften des Rheinischen Schiefergebirges. So findet man es im gesamten Sauerland und im Niederbergischen Land. Die von Peßler[100] erstmalig festgestellte Südgrenze beginnt in dem uns interessierenden Abschnitt nördlich des Habichtswaldes, verläuft über Waldeck nördlich des Kellerwaldes zur Rothaarschwelle, umschließt den ganzen Kreis Olpe und zieht dann, auf der Wasserscheide zwischen Bergischem Land und Sauerland einen breiten Grenzsaum bildend, nach Nordwesten, um kurz vor Gevelsberg abzuschwenken und über Düsseldorf nach Westen zu verlaufen.

Die Wände des Hallenhauses sind durchweg im Fachwerk gearbeitet, nur im Süderbergland fand sich vorübergehend (vom 16.—18. Jahrhundert) eine Steinbauinsel nördlich und südlich des Homerts und der Ebbe. Sie ist seit 1800 im Rückgehen begriffen. Doch deutet alles darauf hin, daß vor 1600 auch hier Fachwerk allgemein üblich war[101].

Nach der Art, wie die Funktionen des Wohnens, des Aufstallens und des Bergens vereinigt werden, lassen sich zwei Hauptformen des Hallenhauses herausstellen. Sie unterscheiden sich,

[99] J. Trier und J. Schepers, Das Bauernhaus im Reich und in den Niederlanden. Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, V, 1, 1941.

[100] W. Peßler, Das altsächsische Bauernhaus in seiner geographischen Verbreitung. Braunschweig 1906.

[101] M. Rörig, Haus und Wohnen in einem sauerländischen Dorf. Schriften der Volkskundl. Komm. im Prov.-Institut f. westf. Landes- und Volkskunde. Heft 5. Münster 1940.

wie Trier und Schepers[102] nachwiesen, auch in ihrem Gerüst. Die nachweislich ältere Form ist das Ankerbalkenhaus (Abb. 2a), das in seiner Urform ein Wohnstallhaus darstellt, während die Ernte außerhalb des Hauses geborgen wird. Ihm fehlt der lastentragende Dachraum.

Die beiden sparrentragenden Ständerreihen werden durch einen Querbalken miteinander verbunden, der unter dem Längsbalken liegt und der, an beiden Enden verschmälert, durch die Säulen gesteckt und mit Pflöcken außerhalb befestigt wird. Diese Schwächung an den beiden Enden weist also deutlich darauf hin, daß dem Querbalken ursprünglich keine tragende Rolle zugedacht war, er sollte nur die Ständerreihen „verankern". Dem entspricht es auch, daß auf ihm anfänglich keine Bodenbretter liegen und der Blick ungehindert durch die Halle bis zum Dach schweifen kann. Dieser Hallenhaustyp findet sich heute nur westlich einer Linie Düsseldorf—Coesfeld—Lingen—Oldenburg, also außerhalb unseres Untersuchungsgebietes. Er mußte hier jedoch angeführt werden, um die späteren Ausführungen verständlich zu machen.

Dagegen vereinigt das „Dachbalkenhaus" in sich drei Funktionen: Wohnung, Stallung, Bergung (vgl. Abb. 2b).

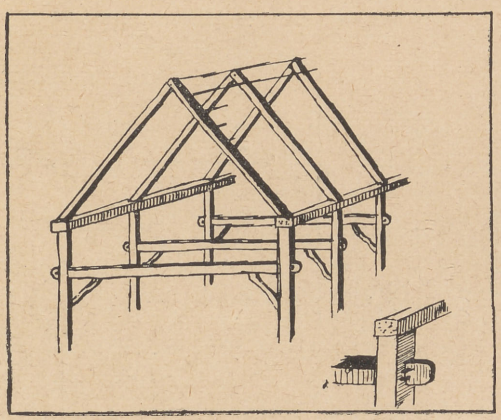


Abb. 2a. Kehlbalkendach mit Anker- (Zapf-) Balken-Zimmerung

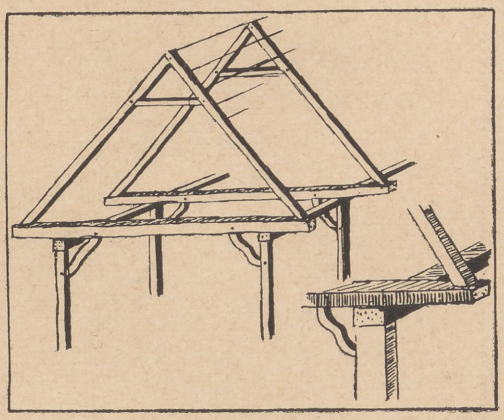


Abb. 2b. Kehlbalkendach mit Dachbalkenzimmerung

Bei ihm liegt der Querbalken über der Längsverbindung, und an seinen Enden setzen die Sparren auf, „sei es unter Vermittlung einer eigenen Sparrenschwelle, sei es, wie bei andern Lösungen, ohne Sparrenschwelle mit unmittelbarem Aufsitz der Sparren auf den Balkenköpfen"[103]. Der Querbalken hat nicht nur die Aufgabe, die Last des Daches zu tragen („Dachbalken"), sondern zugleich den Dachinhalt, die Ernte. Das wird vor allem ersichtlich aus dem Überstand der Balken. „Weil das Gewicht der Gespärre und der gesamten Dachhaut auf den überstehenden Dachbalkenenden lastet, kommen die Dachbalken in eine gespannte Lage. Sie federn in der Mitte etwas nach oben. Um so mehr sind sie geeignet, das Gewicht der Ernte zu tragen. Erntegewicht und Dachgewicht sitzen an verschiedenen Hebelarmen. Der weite Überstand . . . gehört also zur hohen Entwicklung eines lastentragendes Daches und damit zur Erfüllung des Einheitsgedankens[104]."

Dieses Dachbalkenhaus findet sich heute im Sauerland und im Niederbergischen. Sein Kern- und Ursprungsgebiet liegt nach Trier südlich und nördlich der Diemel, in Niederhessen und in der Warburger Börde, eine geschichtlich nachweisbare Tatsache, die vielleicht, wie ich später noch ausführen werde, mit Hilfe unserer entwicklungsgeschichtlich ausgerichteten funktional-ökologischen Betrachtungsweise gedeutet werden kann.

Neben diesen beiden Hauptformen treten die andern Unterschiede erheblich zurück. Doch sei hier noch ein Hoftyp angeführt, der mir auf meinen Wanderungen im Waldecker Upland

---

[102] J. Trier, Das Gefüge des bäuerlichen Hauses im Deutschen Nordwesten. Westf. Forschg., I, 1938.

[103] J. Trier, ebenda S. 38.

[104] J. Trier, ebenda S. 38.

und im Astengebirge begegnete. Es handelt sich auch um ein Dachbalkenhaus, doch fiel es schon äußerlich dadurch auf, daß es nicht eine langgestreckte, sondern eine mehr „kubische" Form hat. Zudem ist es durchweg zweistöckig (was im Sauerland aber keine Seltenheit ist). Eigenartig ist dagegen die Lage der Stallräume. Sie befinden sich im „Kellergeschoß" und darüber liegen die Wohnräume entlang der zum Flur verengten Deele und über ihnen die Kammergefache, dann erst folgt der Dachraum. Dieses Einheitshaus ist also ein „Stockbau", der durchweg am Hang steht (vgl. Abb. 3). Seine Verbreitung ließ sich bisher noch nicht feststellen. —

Die zweite, für das Rheinische Schiefergebirge wichtige Bauformengruppe bildet das Pfettendachhaus oder Ernhaus (vgl. Abb. 1b, S. 574).

Beim Pfettendach wird der First durch den Firstbalken oder die Pfette gehalten, die ihrerseits auf Säulen ruht. Außerdem werden rechts und links vom Firstbalken noch je eine parallele Pfette angebracht, die ebenso von senkrechten Ständern getragen werden. So wird das Dach von Säulenreihen gestützt, die den Innenraum störend durchsetzen, ein freier Hallenraum ist nicht herzustellen. Ebenso ist ein Längsaufschluß von der Giebelseite her unzweckmäßig, da die firsttragenden Säulen eine Durchfahrt bzw. einen Durchgang hindern. Queraufschluß von der Traufseite ist deshalb das Normale. Dem entspricht auch Größe und Lage des Feuerraumes, des Ur- und Hauptraumes, der zugleich Hausflur ist.

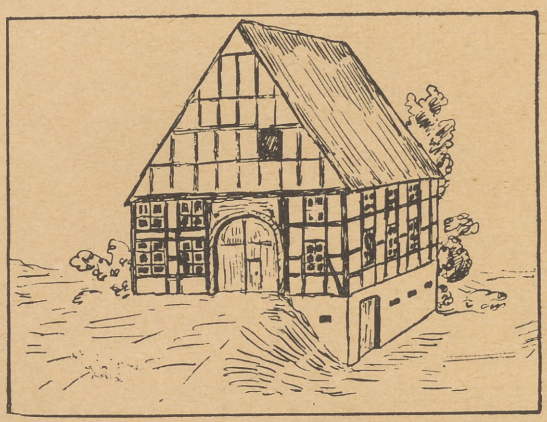


Abb. 3. Stockbau (mit Dachbalkenzimmerung) und Untergeschoßstall

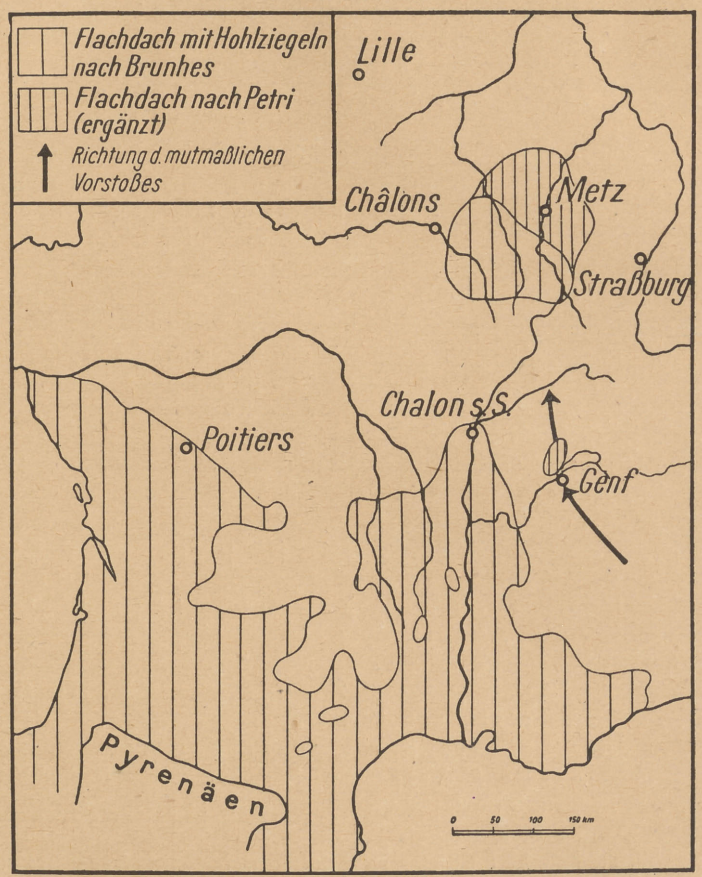
Er erstreckt sich als sog. „Ern" quer durch das Haus, und man betritt ihn im Queraufschluß von der Traufseite her. Deshalb hat Trier[105] diese Bauform als „Ernhaus" bezeichnet.

Die angeführte Pfettendach-Konstruktion besteht nicht mehr in der hier aufgezeigten extremen Form[106]. Manche Umwandlungen sind erfolgt, aber das für uns Entscheidende ist geblieben, der Queraufschluß von der Traufseite und — was für eine funktionale Betrachtung noch wichtiger ist — die geringe Entwicklung eines erntebergenden Dachraumes. Das Ernhaus ist in seiner Urform ebenfalls ein Wohnstallhaus. Auch in seinem Bereich hat der Ankerbalken, der sich hier ebenfalls zwecks Verbindung der Säulen, der Wandständer, findet, nichts an dieser Funktion geändert, und ebensowenig hat das Eindringen der Dachbalkenkonstruktion, deren räumliches Ausmaß wir aber noch nicht überschauen, diese doppelte Funktion grundsätzlich ändern können. Es erhebt sich also die Frage, in welcher Weise im Ernhausgebiet die drei wirtschaftlichen Funktionen des Wohnens, des Aufstallens und des Bergens baulich ihre Lösung fanden, und wie die Hofanlage gestaltet wurde. Bevor ich darauf eingehe, seien noch drei bauformenkundliche Erscheinungen angeführt, durch die zugleich wichtige Grenzlinien innerhalb des Ernhausgebietes aufgezeigt werden.

Beachtet man die Dachform, so stellt man fest, daß im Rheinischen Schiefergebirge durchweg Steilhangdächer vorkommen. Nur im Südwesten, in Oberlothringen, findet sich das

[105] J. Trier und J. Schepers, Das Bauernhaus im Reich und in den Niederlanden. 1941.
[106] B. Schier, Hauslandschaften und Kulturbewegungen im östlichen Mitteleuropa. Reichenberg 1932.

Flachhangdach. Sein Verbreitungsgebiet läßt sich nicht genau umreißen. Durchweg deckt es sich mit dem Verbreitungsgebiet der Hohlziegel und greift nach den neuesten Feststellungen von Petri[107] noch randlich in das Gebiet der Ardennen ein (Libremont). Bekanntlich herrscht das flache Hangdach in Südeuropa einschließlich Südfrankreich, in den Westalpen, im bayrischen Alpenvorland (Holzziegel) und in einer großen Insel in Oberlothringen (vgl. Karte 7). So kann man diese Bauform nach ihrer Verbreitung als südländisch, ja als mediterran bezeichnen,



Karte 7. Die Verbreitung des Flachdaches in Westeuropa (nach J. Brunhes und Fr. Petri)

vor allem dann, wenn sie mit Hohlziegeln vereint auftritt. — Es ist offensichtlich, daß bei diesem Flachdach der erntebergende Raum noch mehr eingeengt wird als beim Steildach. Wenn man also hier den Einheitsgedanken beim Bau des Hauses verwirklichen will, dann kann man den Dachboden nur nach unten hin vergrößern. Man muß also den Dachboden und die ihn tragenden Dachbalken in die Seitenwände verlagern. So entstand jener Speicherraum, der nicht nur durch das schräge Dach abgeschirmt, sondern auch noch von senkrechten Wänden eingeschlossen wird. In sie sind die bekannten „Speicherluken" angebracht, die keinem „Lothringer Haus" fehlen (Abb. 4a, S. 579). Leider ist die Verbreitung der „Speicherluken" nicht kartographisch festgelegt. Aus den wenigen Angaben, die mir vorliegen, ist zu schließen, daß die Speicherluken, oder anders ausgedrückt, die gesenkten Dachböden heute über das

[107] Petri, Germanisches Volkserbe. 1937.

Verbreitungsgebiet des Flachdaches nach Nordosten hinausgreifen. Ihre letzten Ausläufer finden sich in den südlichen Eifelkalkmulden bei Wallersheim in der Prümer und bei Nohn in der Hillesheimer Kalkmulde [108]. Rein beschreibend kann man darin einen Vorstoß aus Südwesten sehen, der den Landschaften der Trier-Luxemburger Triasbucht folgt.

Weit besser sind wir über die dritte bauformenkundlich wichtige Erscheinung, über die Beschaffenheit des *Wandmaterials*, orientiert. Zwei Werkarten sind zu unterscheiden, der Fachwerkbau und der Steinbau.

Bei letzterem handelt es sich nicht um einen regelrechten Steinbau, der im Idealfall zu einem Kuppelbau führen würde, sondern um eine „Versteinung von außen" her. Das innere Gerüst des Hauses wird noch nicht davon betroffen. Vielfach setzt der Bruchsteinbau (um solchen handelt es sich hier) im Untergeschoß an und erobert dann nachträglich das noch in Fachwerk ausgeführte Obergeschoß. Man könnte demnach zwischen Steinbau und Fachwerk noch manche Übergänge feststellen.

Nach seiner großräumigen Verbreitung kann man den Steinbau (bzw. die Versteinung der Außenwände) als eine westlich-mediterrane Erscheinung ansprechen. Innerhalb unseres Gebietes verläuft die nordöstliche Grenze halbkreisförmig um das Hohlziegelgebiet. Sie umfaßt das westliche Saar-Nahebergland, den westlichen Hunsrück (hier gibt es im Hochwald noch zwei Fachwerkinseln), die südwestliche Eifel (ohne Moseltal) etwa bis zur Linie Endertbach—Jünkerath und die Ardennen bis zur Linie St. Vith—Boutrange (Wasserscheide zwischen Our und Amel). Vor diesem Hauptverbreitungsgebiet liegen noch drei Steinbauinseln: im nördlichen Maifeld (Pellenzsenke: Basalt) in der Sötenicher Kalkmulde und im Nideggener Triasgebiet.

Überschaut man die räumliche Lagerung der drei Erscheinungen (Hohlziegel mit Flachdach, eingesenkter Dachboden, Steinbau) mit den Augen des Kulturraumforschers, dann denkt man unwillkürlich an Kulturströmungen, die, angeregt durch Beziehungen zu den Mittelmeerländern, allmählich von Oberlothringen aus umformend ins Bergland vorgegriffen haben. In diesem Sinne hat auch *Steinbach* [109] die staffelförmige Anordnung der hier genannten drei Erscheinungen zu deuten versucht. Der mediterrane Kulturvorstoß, dessen Anfänge nach Petri [110] möglicherweise schon in die vorrömische Zeit fällt, setzt sich nach Steinbach erst richtig im Mittelalter durch im Zuge der großen, nach Norden führenden Fernstraßen und Fernverkehrswege. Dabei gehen die Strömungen nicht durch das Rhonegebiet, sondern über Savoyen und entlang dem Genfer See (vgl. Karte 7). Über den Oberlothringer Raum haben sich dann diese mittelmeerischen Einflüsse, wenn auch abgeschwächt, noch ausgewirkt auf die Bauweise der Hochardennen, der südlichen Eifel und des westlichen Hunsrücks. Und so ist, wenn wir Steinbach folgen, in der *mittelalterlichen Hausgestaltung wiederum das Obermoselland der bedeutendste Spenderaum für das westliche und südwestliche Rheinische Schiefergebirge*. Zwischen ihm und den Nachbarlandschaften bestehen noch im Mittelalter Beziehungen, die in der frühmittelalterlichen Rodeperiode auffallende Parallelen besitzen.

Neben diesen baukundlich wichtigen Einzelerscheinungen, die dazu dienen, das Nachbarschaftsverhältnis der einzelnen Kulturlandschaften nach Umfang und Art zu verdeutlichen, sind für eine physiognomisch-funktionale Betrachtung ebenso wichtig die Hofanlagen, die Art und Weise, wie die drei Aufgaben des Wohnens, des Aufstallens und des Speicherns baulich gelöst werden. In dieser Hinsicht stehen sich innerhalb des Ernhausgebietes zwei Typen gegenüber: das Vielhaus- und das Einhaussystem.

Beim *Vielhaussystem*, beim sog. *Gehöft*, lassen sich drei Hofformen trennen, der Vierseiter, Dreiseiter und Zweiseiter [111].

Beim einfachen Zweiseiter oder Hakenhof ist die eine Seite des Hofplatzes besetzt vom Wohnstallhaus. Rechtwinklig dazu steht die Scheune mit dem Tennenraum, dem Wagenschuppen und den Bergungs- und Speicherräumen. Wohl werden auch im Wohnstallhaus Feldfrüchte, Stroh und Heu aufbewahrt (besonders über dem Viehstall), doch fällt bei normalen Betrieben der abseits vom Wohnstall-

[108] *Schüttler*, Eifelkalkgebiete. 1939.

[109] Fr. *Steinbach*, Das Bauernhaus der westdeutschen Grenzlande. Rheinische Vierteljahrsblätter, Jg. 1, 1931.

[110] *Petri*, Germanisches Volkserbe. 1937.

[111] W. *Müller-Wille*, Haus- und Gehöftformen in Mitteleuropa. Geogr. Zeitschr., 1939.

haus stehenden Scheune hauptsächlich die Aufgabe des Bergens zu. — Beim Dreiseiter ist diese räumliche Trennung der Funktionen noch ausgeprägter. Hier ist zwar auch noch meistens ein Wohnstallhaus vorhanden, doch fällt den beiden Nebengebäuden eindeutig die Hauptlast der Speicherung und des Aufbewahrens zu. Teilweise wird sogar ein Teil des Viehs (meistens Schweine) in einem Nebengebäude untergebracht. Die Trennung des Wohnstallhauses bahnt sich hier schon an. Sie ist beim Vierseiter oder beim sog. dreiseitigen „Torhof" meistens vollständig durchgeführt. Das Wohnhaus ist vom Stallhaus und vom Speicherhaus deutlich getrennt, die drei Funktionen verteilen sich auf drei Gebäude, während das vierte als Geräte- und Wagenschuppen dient. Diese räumliche Aufteilung bringt es mit sich, daß der von den Gebäuden umgebene Hofplatz zum zentralen Raum der Hofanlage wird. Er ist der Arbeits- und Durchgangsplatz, von dem aus alle Gebäude erreicht werden können. Im Gegensatz zum Einheitshaus spielt sich hier ein Großteil der bäuerlichen Tätigkeit nicht unter dem Dache, sondern im Freien ab.

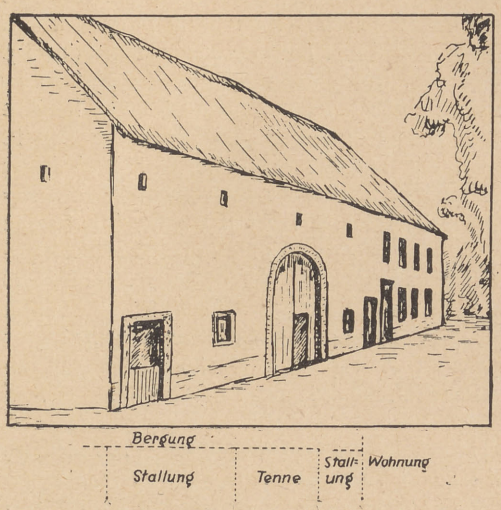


Abb. 4a. Langbau (Quereinhaus) mit Speicherluken

Abb. 4b. Mittelstallbauten mit vorspringendem First (einfaches ebenerdiges Quereinhaus)

Die Verbreitung der Formen ist heute im einzelnen schwer zu fassen, da innerhalb eines Dorfes mit den Betriebsgrößen die Formen vom Hakenhof bis zum Vierseiter wechseln können. Dennoch läßt sich in etwa die Verteilung bei Beachtung „der großen Zahl" wie folgt wiedergeben. Drei- und Vierseiter sind am häufigsten im Mainzer Becken, der Wetterau und in den Hessischen Senken, ferner im Neuwieder und Limburger Becken sowie in der Niederrheinischen Bucht und in dem belgischen Lößvorland. Sie finden sich hier sogar (bei den großen Pachtbetrieben) in den Niederardennen. Darüber hinaus ist das „Gehöft" auch vorherrschend in der Champagne und der Pikardie. Zweiseiter sind hingegen charakteristisch für die relativ trockenen Berglandschaften der nordöstlichen Eifel (des Ahrgebietes), des Gladenbacher Berglandes, des Taunus (bis auf den Westen) und des Vorderen Hunsrücks. Hier handelt es sich jedoch um sehr junge Formen, die in das Einheitshausgebiet eingesprengt sind [112].

In allen andern Landschaften des Ernhausgebietes dominiert das Einheitshaus, das wie das niederdeutsche Dachbalkenhaus die drei Funktionen in einem Bau vereinigt. In der Ausgestaltung der drei Gebäudeteile und in ihrem Verhältnis zueinander bestehen aber einige bemerkenswerte Unterschiede, die man nicht vernachlässigen sollte. Der sog. „Lothringer Typ" zeichnet sich rein äußerlich schon durch seine lange Erstreckung aus (Abb. 4a). Er ist oft dreimal so lang als breit. Wohnteil, Stall und Tenne liegen nebeneinander unter einem durchlaufenden First. Als Speicherraum dient der Dachboden über Wohnteil und Stallungen. Die Ernte wird von

[112] Vgl. E. Bierau, Die Bauernhausformen zwischen Mosel, Nahe und Rhein, Diss. Frankfurt 1933, und H. Trupp, Das Bauernhaus im westlichen Taunus, Rhein-Mainische Forschungen, 22, 1939.

der Tenne aus hinaufgeschafft. Dieser Speicherraum ist durch das schon erwähnte „Tieferlegen" der Dachbalken erheblich vergrößert, und das ist entscheidend. Das „Speicherluken-Langhaus" mit Queraufschluß kann nämlich, wenn man seine Funktionen beachtet, den Ansprüchen der Viehwirtschaft und auch den Ansprüchen einer intensiven Getreidewirtschaft genügen. Es entspricht somit dem niederdeutschen Dachbalkenhaus. Im Gegensatz zum Gehöft vollzieht sich der Arbeitsvorgang nicht auf dem Hofplatz, sondern entlang dem Hause und im Hause selbst unter dem allseitig bergenden Dach. Die Verbreitung dieses Typs ist im einzelnen noch nicht genau faßbar. Er scheint vornehmlich der Luxemburger Triasbucht eigen zu sein und sporadisch darüber hinaus in der Kalkeifel und am Rande des westlichen Hunsrücks vorzukommen.

Im Hunsrück und in der Südwesteifel wird das Speicherluken-Langhaus abgelöst von einem einfachen Langhaustyp ohne Speicherluken. Es handelt sich hier auch um einen oft zweistöckigen Langbau, der Wohnteil, Stall und Scheune unter einem Dach zusammenfaßt. Häufig erkennt man das Zusammenfügen dieser drei Bestandteile noch daran, daß der First nicht durchläuft, sondern „verspringt" (vgl. Abb. 4b). Nach der durchgängigen Anordnung der Wirtschaftsteile handelt es sich meistens um einen „Mitterstallbau", das Wohnstallhaus ist das Primäre und wurde durch die Scheune ergänzt. Im Gegensatz zum Lothringer Typ ist hier aber der Speicherraum kleiner und beengter, der Langbau entspricht somit nach seiner Raumgröße weniger einer intensiven Getreidewirtschaft als vielmehr der vorwiegenden Viehwirtschaft. Dieses „quergeteilte Langhaus ohne Speicherluken" findet sich rechtsrheinisch am besten erhalten im Westerwald und in etwas veränderter Form im Bergischen Land, Siegerland und im Wittgensteiner Land. Es ist bekannt als „fränkisches Gebirgshaus". Als solches begegnet es uns auch noch im Vorderen Taunus. Auch in Niederhessen ist dieser Typ häufig zwischen den Zwei- und Dreiseitern, ja darüber hinaus kann man diese Form heute sogar schon im Waldecker Upland (Bontkirchen) feststellen. Hier handelt es sich um junge Umbauten ehemaliger Hallenhäuser, die nach der Umgestaltung rein äußerlich den quergeteilten Langhäusern entsprechen.

Beide bisher genannten Formen sind „ebenerdig erschlossene Einheitshäuser"[113]. Von ihnen sind zwei andere Typen zu trennen, bei denen die drei Wirtschaftsteile nicht nebeneinanderliegen, sondern eines von ihnen über bzw. unter den andern beiden angebracht ist. Schmithüsen[114] hat eine solche Form als „Hochscheunenhaus" aus dem Islek und Ösling beschrieben (Abb. 5a).

„Die Scheune befindet sich im Obergeschoß über den Ställen, seltener über Stall und Wohnteil. Das Haus steht meistens an einem Hang so, daß sich die im Erdgeschoß liegenden Eingänge zu Wohnung und Ställen auf der hangabwärts gekehrten vorderen Traufseite befinden, während an der bergwärts gewandten Rückseite ein großes Tor in das Obergeschoß hineinführt. Wo der Höhenunterschied des Hanges zwischen Vorder- und Rückseite des Hauses nicht ausreicht, um eine unmittelbare Einfahrt vom Hang in das Obergeschoß zu ermöglichen, hat man eine, mit Mauern abgestützte schiefe Erdrampe, die den Toreingang mit dem Erdboden verbindet. Der Erntewagen fährt über diese Rampe in das Haus hinein auf die über den Ställen befindliche Tenne. Die Ernte kann zur Unterbringung in den großen Speicherraum einfach vom Wagen hinuntergestoßen werden." Der Tennenboden wird von starken Balken gestützt, das Dach ist außergewöhnlich fest gearbeitet. „Es kann eine große Schneelast ohne Gefahr tragen." Zugleich schützt die Hochscheune Ställe und Wohnraum vor der winterlichen Kälte und stellt einen guten, von Feuchtigkeit geschützten Speicherraum dar. Nach seiner Funktion ist das Hochscheunenhaus für Ackerbau und Viehwirtschaft geeignet.

Nach seiner Verbreitung ist es — wie Schmithüsen hervorhebt — an stark zerfaltes Gelände und klimatisch ungünstige, schneereiche und winterkalte Landschaften angepaßt. Nach Schmithüsen soll dieses Haus auch in der Osteifel, im stark zerfalten Gelände südlich der Ahr, vorkommen. Trefois[115] verzeichnet es für die Hochardennen als „häufig" und bemerkt dazu, daß dieses Gebiet die größte Zahl an Frosttagen hat (120—140 Frosttage im Jahr). Für ihn ist das ein Hinweis, daß klimatische Faktoren für die Verbreitung entscheidend sind. Dem

[113] J. Schmithüsen, Das Luxemburger Land. 1940.

[114] J. Schmithüsen, ebenda.

[115] Cl. Trefois, Der Hausbau am Westrand des germanischen Siedlungsraumes. „Haus und Hof im nordischen Raum", 2. Bd. Leipzig 1937, S. 43.

würde auch entsprechen, daß dieser Typ auch in anderen Berglandschaften, in der Gegend des Limoussin, Auvergne und Vivrais und im Schwarzwald, in der Schweiz und im schlesischen Gebirge vorkommt[116]. Im rechtsrheinischen Schiefergebirge ist mir bisher ein solcher Typ unbekannt. Dafür findet sich im Rothaarbergland (im Wittgensteiner Land) und im Hochwesterwald (bei Salzberg) häufig ein Haustyp, der an das bekannte „Wohnstallhaus" des Arbeiterbauern im Saargebiet erinnert. In unserm Falle handelt es sich jedoch um ein regelrechtes Bauernhaus. Es ist nicht nur ein Wohnstallhaus, sondern stets mit einer Scheune und Tenne verbunden. Im Gegensatz zum „Quereinheitshaus mit Obergeschoßscheune" = Hochscheunenhaus könnte man es als „Quereinheitshaus mit Untergeschoßstall" = Tiefstallhaus bezeichnen, wenn letztere Bezeichnung nicht zu Irrtümern Anlaß geben würde. Wie Abb. 5a zeigt, liegt der Stall, ausgeführt aus Bruchsteinen, unter dem Wohnteil, das durch eine Treppe zu erreichen ist. Liegt das Haus am Hang, dann ist der Stall sogar im Kellergeschoß. Der

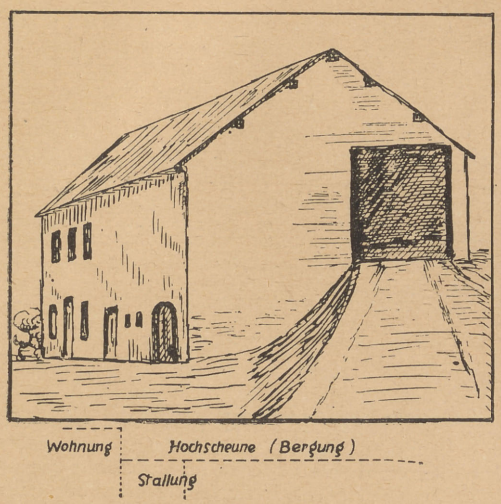


Abb. 5a. Hochscheunenhaus

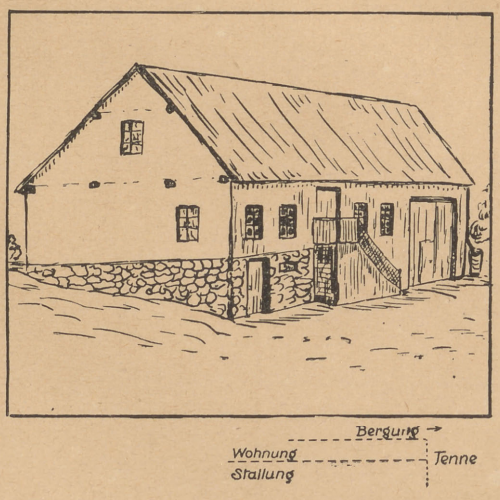


Abb. 5b. Verkürztes Quereinhaus und Untergeschoßstall

Speicherraum ist hier sehr klein, denn ihm fehlen ja die sonst über dem Stall gelegenen Bodenräume. So ist dieses Haus nicht für einen Getreidebauern geeignet, sondern mehr für einen auf Viehwirtschaft eingestellten Betrieb. Zugleich paßt es vorzüglich in klimatisch ungünstige Gebiete. Die Wärme des Viehstalls kommt dem Wohnteil zugute, und zugleich wird der Viehstall vom Wohnteil gedeckt.

Beide „Gebirgs"-Hausformen sind auch physiognomisch daran zu erkennen, daß sie im Vergleich zum Mitterstall-Langhaus verkürzt sind und gedrungener erscheinen. Diese „Verkürzung" der Bauformen mit zunehmender Höhe, die wir auch schon beim Hallenhaus feststellen konnten, läßt sich — nach der Karte von Trefois[117] zu schließen — auch in den Hochardennen beobachten. Er verzeichnet nämlich für dieses Gebiet neben dem gewöhnlichen „Langhaus" das „kubikförmige Haus" und stellt es in Gegensatz zu dem „länglichen, massiven Lothringischen Haustyp". Leider fehlt eine genauere Beschreibung. Doch spricht manches dafür, daß dieses Haus dem fast quadratischen Haus des Hohen Venns entspricht, das hier nur in Fachwerk konstruiert und oft ein tief herabgezogenes Dach besitzt.

Dieser kurzer Überblick über die Hofanlagen beweist, daß allein in der Bestandsaufnahme noch manche Lücken bestehen und daß damit auch der Deutung viele Schwierigkeiten entgegenstehen. Trotzdem sei kurz auf die Erklärung der Formen eingegangen.

---

[116] Hochscheunenhäuser finden sich auch in Ostkarelien. Die Scheune liegt hier über dem Stall und wird durch eine Rampe erreicht. (Mündl. Bericht von Dr. Leo Aario, Helsinki.)

[117] El. Trefois, Der Hausbau am Westrand des germanischen Siedlungsraumes. 1937 (Karte).

Vor kurzem hat Hupperţ[118] sich in einer großzügigen Zusammenschau mit den wichtigsten Hofanlagen befaßt. Er vertritt die Auffassung, daß die räumliche Verteilung des niederdeutschen Hallenhauses, des mitteldeutschen Gehöftes und des südwestlichen quergeteilten Einheitshauses mit der räumlichen Lagerung neolithischer Kulturkreise zusammenhängt.

Das Gehöft entspricht nach ihm dem bandkeramischen Kulturkreis, der damals zwar Wohngruben besaß, die aber gerade in ihrer Trennung von Wohn- und Wirtschaftsräumen die spätere Gehöftgliederung andeuten. Das Hallenhaus ist dem durch die nordische Megalithkultur beeinflußten niederdeutschen Raum eigen, während das Quereinhaus dem westlichen, genauer gesagt dem westisch beeinflußten ostfranzösischen Kulturraum entspricht. Die im Neolithikum zuerst faßbaren bäuerlichen Kulturkreise haben sich in der allmählich sich entwickelnden Bauweise immer wieder durchgesetzt und damit die räumliche Verteilung — nicht den Bautyp — bedingt.

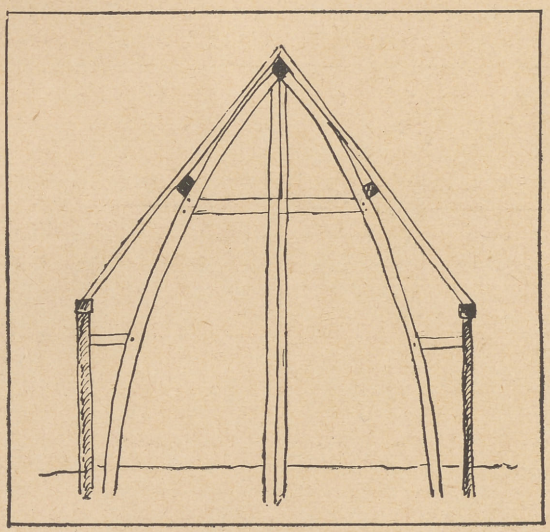


Abb. 6. Mittelständer-Konstruktion

Diese Auffassung ist aber sehr angreifbar. So haben z. B. Bandkeramiker auch in der Soester und Warburger Börde gesiedelt, hier fehlt aber heute das Gehöft. Ferner sind die Bandkeramiker in Brabant nur bis Lüttich gelangt. Das Gehöft findet sich heute aber tief in Frankreich hinein, also in einem Gebiet, das bekanntlich ganz zum westlichen Kulturkreis gehörte. Zudem haben die Bandkeramiker nicht nur in Wohngruben, sondern auch in stattlichen Häusern gewohnt, die als Gehöft und als Quereinhaus angelegt waren (vgl. die Ausgrabungen in Köln-Lindenthal und Deiringsen-Ruploh[119]). Unter diesen Umständen sind m. E. nicht nur die Bauformen, sondern auch die Grenzen der „Hausgebiete" zweifellos jüngeren Datums.

Überhaupt scheint es mir notwendig, die seit der Landnahmezeit stattgefundenen kulturlandschaftlichen Wandlungen (Ausbau der Siedellandschaften, Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaftsweisen) mit dem Werdegang und der Ausbreitung der Hofanlagen und Bauformen zu verknüpfen.

Über die Hof- und Hausformen der Landnahmezeit wissen wir sehr wenig. Nur so viel kann man sagen, daß die Franken, Chatten und Altsachsen den Fachwerkbau kannten. Nur in den Obermosellanden scheint der seit der Römerzeit übliche Steinbau mit Hohlziegeln auch die Bauweise der einwandernden Germanen beeinflußt zu haben. Hier hat sich eine „Steinbauinsel" über die Völkerwanderungszeit hinweggerettet. Wie hingegen die Konstruktion des Hauses und des Dachstuhles war, ist sehr fraglich. Nach Ansicht der westfälischen Vorgeschichts-

[118] Hupperţ, Räume und Schichten bäuerlicher Kulturformen. 1939.
[119] H. Hoffmann, Hausgrundrisse aus der Vor- und Frühgeschichte Westfalens. 1940.

und Sprachforscher[120] kannten die niederdeutschen Völker noch nicht — entgegen den Annahmen von Petri[121] — das Sparrendach, sondern das „Mittelständerhaus" mit der Firstpfette und der Firstsäule (vgl. Abb. 6).

Erst um 800, also *nach der ersten Rodeperiode*, sind die beiden wichtigen Grundformen, das Hallenhaus = Sparrendachhaus in Niederdeutschland und das Ernhaus = Pfettendachhaus in Mitteldeutschland, festzustellen (vgl. Karte bei Trier)[122]. Wie Schier[123] nachwies — und die Wortforschungen von Trier haben diese Auffassung weitgehend bestätigt —, wurde das Sparrendach und damit das Hallenhaus in Niederdeutschland erfunden und zwar zwischen 450 und 800 n. Chr. Die nach England auswandernden Angeln und Sachsen kennen es noch nicht, dagegen ist es schon dem Verfasser des „Heliand", der in der Abtei Werden zu Beginn des 9. Jahrhunderts lebte, bekannt. Dieses Sparrendachhaus mit Ankerbalken — denn um dieses primitive Wohnstallhaus handelt es sich — wurde in der ersten Rodeperiode von den niederdeutschen Siedlern nach Niederhessen und ins Sauerland getragen. *Die heutige Bauformengrenze (zwischen Hallenhaus und Ernhaus) im Bergland ist also in der ersten Rodeperiode entstanden, sie ist eine während der Rodezeit gebildete Vorstoßgrenze, eine Siedler- und Stammesgrenze.*

Mit dieser Auffassung scheine ich ganz auf den älteren Standpunkt zurückzukehren, nach dem Haustypen und Haustypengrenzen stammesbedingt sind. Bekanntlich vertritt ja im Gegensatz dazu Steinbach[124] die Auffassung, daß niederdeutsche und mitteldeutsche Hausformen, als Hallen- und Ernhäuser ehemals vermengt, im ganzen altdeutschen Bereich vorkamen (Beispiele für das Vorkommen sog. giebelseitig erschlossener Bauformen südlich der heutigen „Niedersachsenhaus"-Grenze geben Steinbach, Schmithüsen[125] und Petri[126]). Dann hätte ein „Entmischungsprozeß" eingesetzt, demzufolge oberdeutsche Formen die niederdeutschen nach Norden verdrängten. Die heutige „Niedersachsenhaus"-Grenze ist nach Steinbach also eine „Rückzugslinie". Er und ebenso Petri setzen die Vermengung in die Landnahmezeit. Auch Schmithüsen möchte die „giebelseitig erschlossenen" Formen in Luxemburg auf die Einflüsse während der Landnahmezeit zurückführen. Dem entspricht aber nun in keiner Weise die Entstehungszeit des Sparrendaches. Gegenüber Petri ist festzuhalten, daß die Bezeichnung „esparre", ein germanisches Lehnwort, das in der Völkerwanderungszeit schon ins Französische eingedrungen ist, nichts aussagt. Wort und Sache sind — wie der Sprachwissenschaftler Trier mir mündlich gegenüber immer wieder betonte — hier unbedingt auseinanderzuhalten. Auch die von van Giffen zutage geförderten Baufunde auf der Warf von Ezinge sprechen nicht eindeutig für ein Sparrendach, sondern nach Trier (mündlich) für eine Art „Rofen"- oder Firstpfettendach. Dementsprechend sind auch alle vorgeschichtlichen Baufunde in Westfalen so gedeutet worden.

Wenn somit die Entstehungszeit des Sparrendaches (mit Ankerbalken) für 400—800 n. Chr. festzusetzen ist, so spricht das nun nicht von vornherein gegen ein weiteres Ausdehnen nach Süden. Auch Trier[127] nimmt eine nachträgliche Vermengung von Ernhaus und Hallenhaus an. Sie kann aber nur nach der Landnahmezeit erfolgt sein. Es erheben sich dabei zwei Fragen: 1. nach dem Ausmaß der Vermengung (darüber wissen wir nichts) und 2. nach der Art und Lage der „Austauschwege". So halte ich es für möglich, daß durch die *altbesiedelten* Hessischen Senken niederdeutsche Formen nach Oberdeutschland vorgerückt sind. Ebenso wird die am Nordrand des Rheinischen Schiefergebirges verlaufende Bördenzone eine wichtige Wanderstraße nach Südwesten, nach Flandern und sogar nach Nordfrankreich gewesen sein. Und ebenso können niederdeutsche Formen rheinaufwärts und über die Kalkmulden der Eifel hinweg ins Lothringer Gebiet vorgestoßen sein. Dagegen brachten von 500—800 in *die damals gerodeten Berglandschaften* nur die Siedler diese neuen Formen. Da nun das Sauerland von 500—800 von Norden und Nordosten her erschlossen wurde, wird der Siedler auch die damals entstandene Form des Sparrendaches mitgebracht haben. Sie drang in der späteren Zeit nicht weiter ins Bergland vor, weil auch der sauerländische Siedler nicht mehr an der hochmittelalterlichen Rodetätigkeit teilnahm. Um also den Grenzverlauf richtig beurteilen zu können, muß man das *Verhältnis der Grenze zu*

---

[120] Hoffmann, Hausgrundrisse. 1940. — J. Trier, First. Über die Stellung des Zauns im Denken der Vorzeit. Nachrichten von der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, Bd. III, Nr. 4, 1940.

[121] Petri, Germanisches Volkserbe. 1937.

[122] J. Trier und J. Schepers, Das Bauernhaus im Reich und in den Niederlanden. 1941.

[123] Schier, Hauslandschaften und Kulturbewegungen. 1932.

[124] Steinbach, Studien zur westdeutschen Stammes- und Volksgeschichte. Jena 1926.

[125] Schmithüsen, Luxemburger Land. 1940.

[126] Petri, Germanisches Volkserbe. 1937.

[127] Trier (mündliche Mitteilung).

den Siedellandschaften und zum Besiedlungsgang kennen. So kann jene Grenze, die Altlandschaften quert (z. B. im Diemelbezirk), eine durch Kulturströmungen bedingte Rückzugsgrenze sein. Im gerodeten Bergland kann dagegen dieselbe Hausbaugrenze als Vorstoßgrenze im Zusammenhang mit der späteren Besiedlung gedeutet werden[128].

Im Gebiet des Ernhauses, das um 800 n. Chr. als Wohnstallhaus allen damaligen Siedellandschaften des Rheinischen Schiefergebirges südlich der Hallenhausgrenze gemein war, scheint sich um diese Zeit schon eine landschaftliche Differenzierung angebahnt zu haben. So hatte Oberlothringen den Steinbau bewahrt, der sich aber nur auf dieses Altsiedelgebiet beschränkte. Die von ihm aus gerodeten Waldlandschaften wandten dagegen den Fachwerkbau an. Das beweist u. a. die Tatsache, daß noch bei der Eroberung des Hochwaldes im Hochmittelalter Fachwerk verwendet wurde, das sich hier in Relikten bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Ferner wissen wir, daß im Saar-Nahebergland noch vor 1500 Fachwerk üblich war. Es wurde erst seit dem 16. Jahrhundert auf Grund landesherrlicher Verfügungen durch Steinbau ersetzt[129]. Auch spricht für die Anwendung des Fachwerkes in den früh- und hochmittelalterlichen Rodelandschaften der große Holzreichtum dieser Waldgebiete. So lag um 800 die Steinbaugrenze allem Anschein nach weiter im Südwesten außerhalb des Rheinischen Schiefergebirges.

Der zweite Unterschied, der sich schon um 800 anbahnte, bezog sich auf den Ein- bzw. Anbau der Tenne, der Scheune und der Speicherräume. In den damaligen Getreidegebieten mit Zelgensystemen (Kölner Bucht, belgisches Lößvorland, Mainzer Becken, Neuwieder und Limburger Becken) bildeten sich, wahrscheinlich unter dem Einfluß der Klostergüter und Pfalzhöfe, Vielhaussysteme aus. Die relative Trockenheit und klimatische Gunst war hier einer „aushäusigen" Bergung nicht entgegen. Zudem war der Bodenraum des Wohnstallhauses zu klein für die Erträge. So erweiterte man das Ernhaus ohne eine neue technische Erfindung durch Errichten eines selbständigen Scheunen- und Tennengebäudes. Dagegen senkte man im Steinbaugebiet von Oberlothringen, wo das Bedürfnis nach einem größeren Speicherraum ebenfalls bestand, den Dachboden. Das war ebenfalls leicht möglich, da der Steinbau eine Verlagerung der Dachbalken ohne viele technische Neuerungen erlaubte. — In den neugerodeten Berglandschaften war hingegen der Getreidebau bis 800 noch unbedeutend. Trotzdem mußte auch hier Getreide, Heu und Stroh geborgen werden. Dort, wo das Ernhaus vorkam, war das leicht möglich durch eine Erweiterung des Baues in die Länge, durch Anfügen der Tenne entstand der Mitterstallbau. Dabei genügte als Speicherraum der Boden über den Stallungen. Dagegen war im Hallenhausgebiet des Sauerlandes bei dem damaligen Ankerbalkenhaus eine „aushäusige" Lagerung noch notwendig. Hier begnügte man sich mit sog. „Haferkästen", die mit den Speicherhäusern („Spiekern") Nordeuropas zu vergleichen sind[130]. Das Haupthaus blieb in erster Linie ein Wohnstallhaus.

Die hochmittelalterliche Entwicklung hat diese in den Ansätzen vorhandene Differenzierung der Formen und der Räume immer mehr ausgebaut. Im Hallenhausgebiet entstand damals — wie Forschungen des Münsterschen „Hauskundlichen Kreises" nachweisen konnten — an Stelle des Wohnstallhauses mit seiner Ankerbalkenkonstruktion das Dachbalkenhaus[131]. Es vereinigte unter einem Dach Wohnung, Stallung und Bergung.

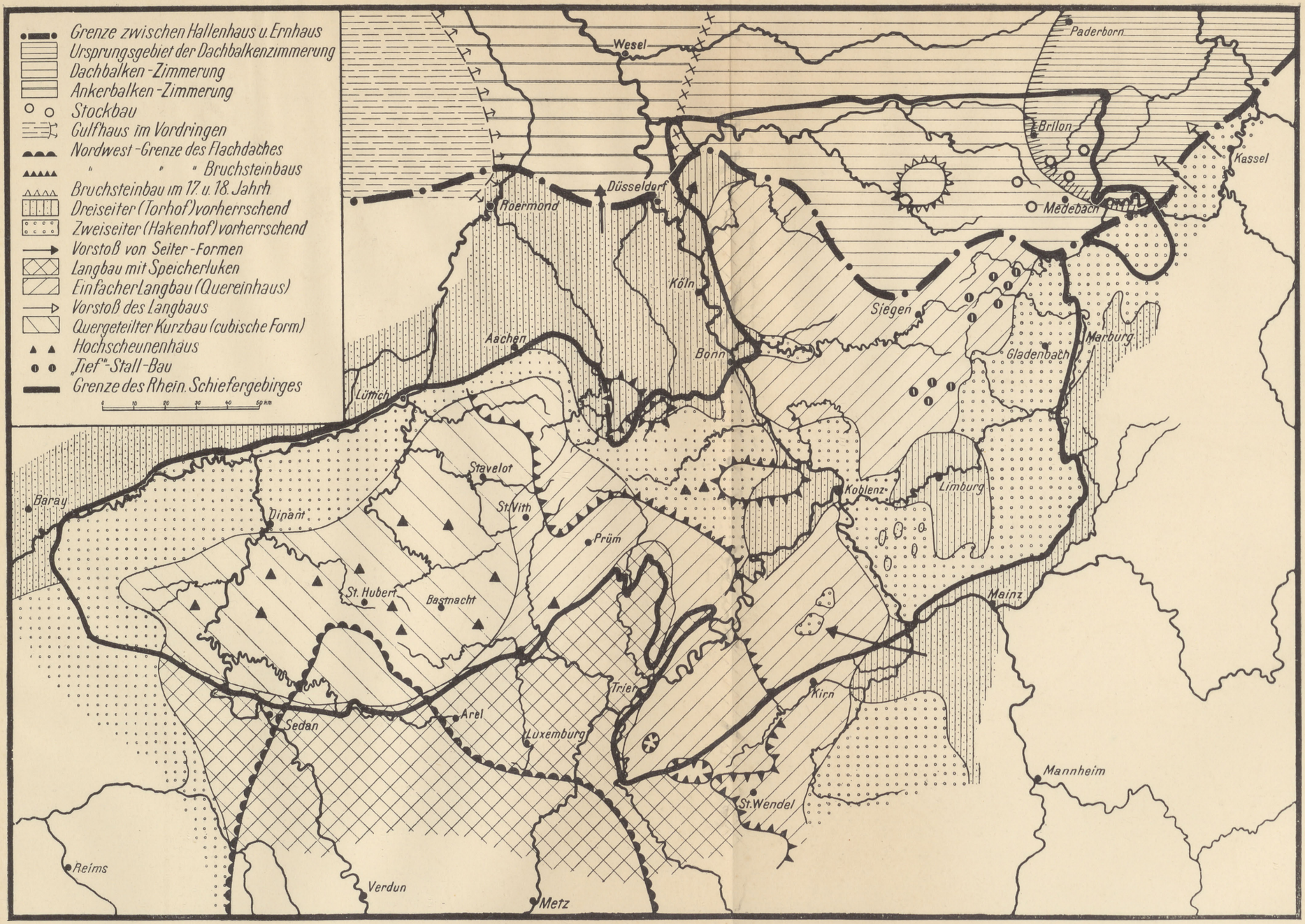
Sein Ursprungsgebiet liegt am Nordostrande im Oberwesergebiet. Zeitlich fällt die Entstehung des Dachbalkenhauses zusammen mit der Einführung des Zelgensystems, der Ausdehnung des Anbaus und der Verdorfung. Aller Wahrscheinlichkeit nach besteht auch ein ursächlicher Zusammenhang. Das Zelgensystem brachte — wie ausgeführt wurde — ein Zusammensiedeln, die Vergetreidung erzwang Ausdehnung des Ackerlandes und damit eine Vergrößerung der Erntemengen. Für sie mußten neue Bergungsräume geschaffen werden. Da aber infolge des Zusammensiedelns in geschlossenen Haufendörfern der Hofraum verengt war,

[128] J. Schepers, Hausformen im Ruhrgebiet. Westf. Forschungen, 2, 1939.

[129] W. Müller-Wille, Haus- und Gehöftformen in Mitteleuropa, 1936. Verfüg. von Baden-Zweibrücken für Herrstein im Birkenfelder Land 1586, daß „die gebel und wendt mit Steinen aufgeführt werden".

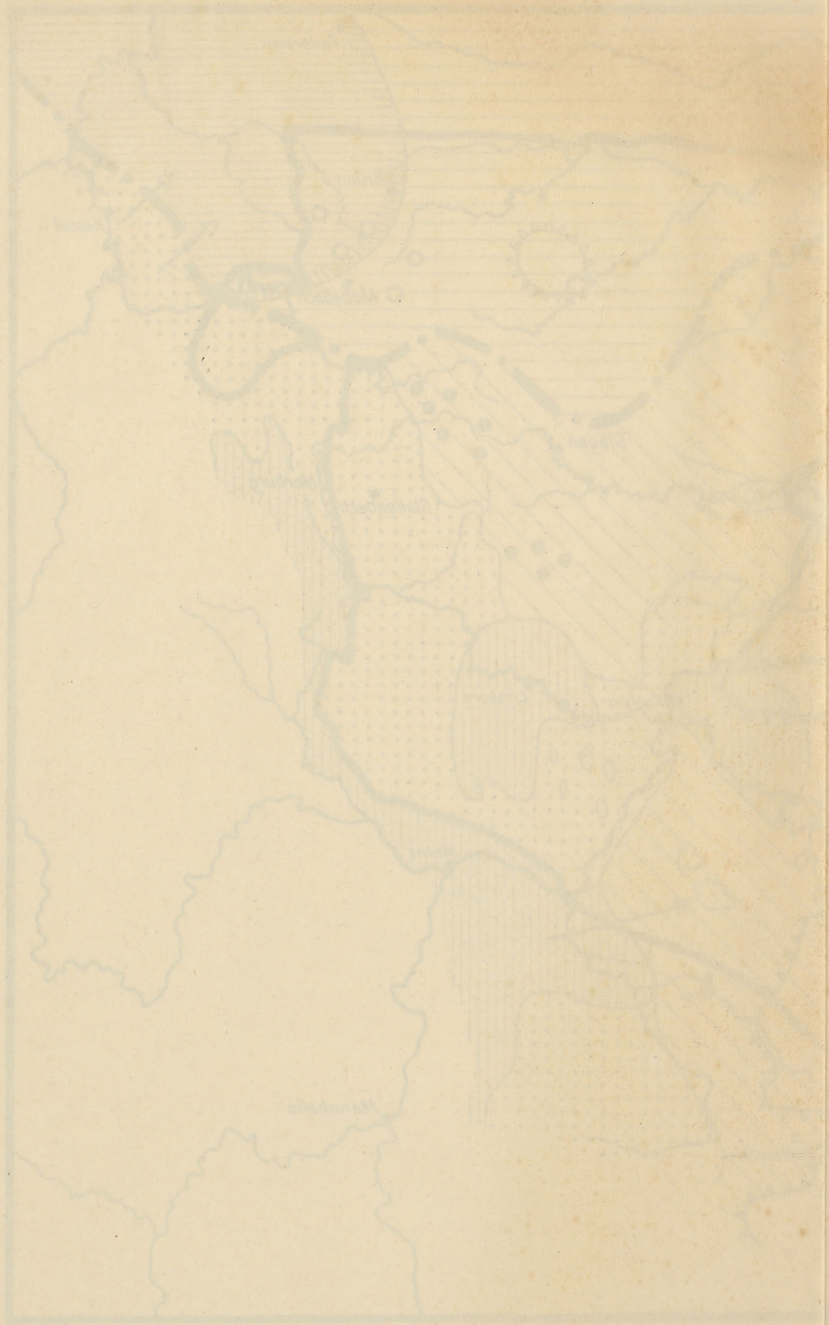
[130] Schier, Hauslandschaften. 1932.

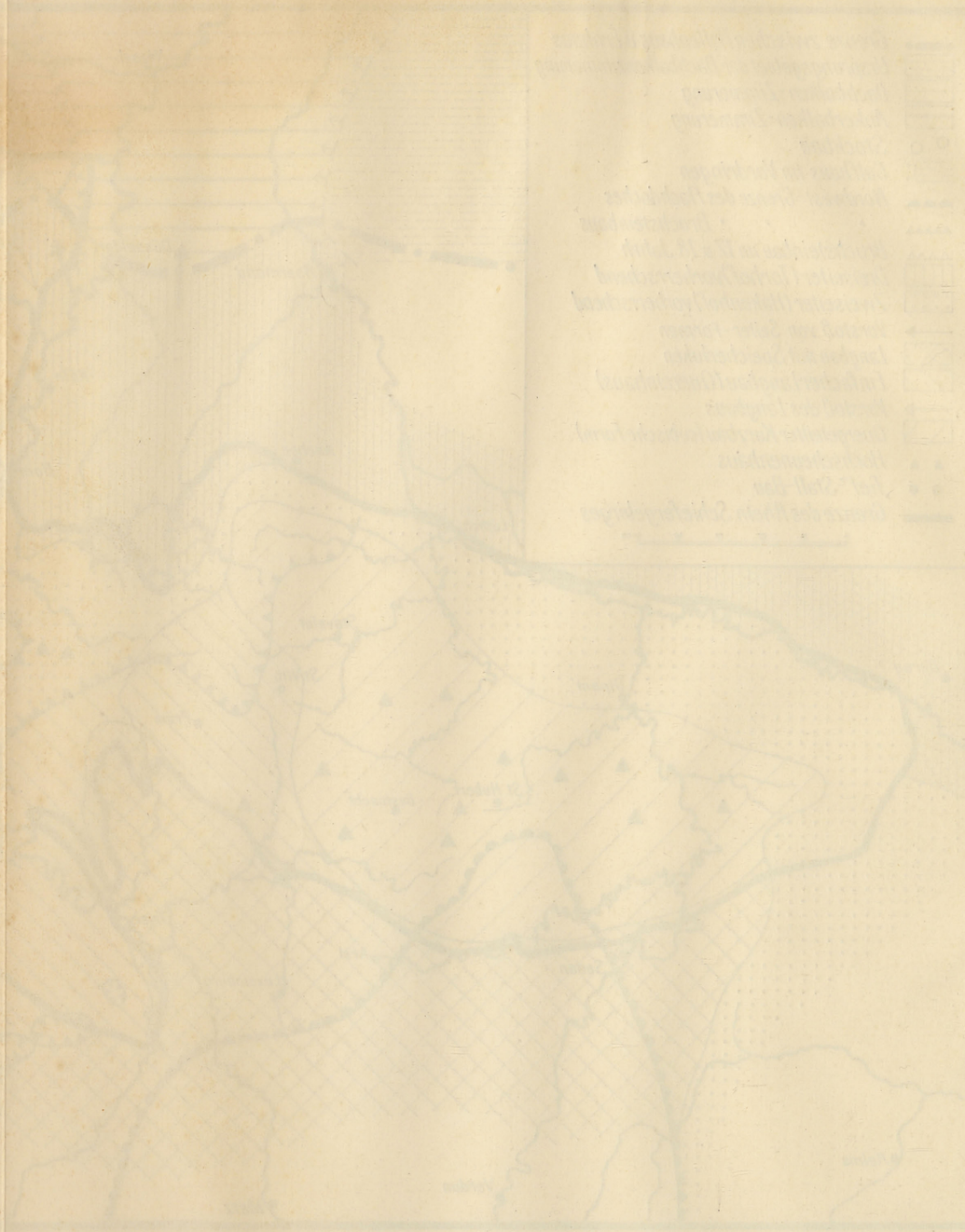
[131] J. Trier, Das Gefüge des bäuerlichen Hauses im deutschen Nordwesten. 1938.



Karte 8. Die bäuerlichen Haus- und Hofformen
des Rheinischen Schiefergebirges und seiner Nachbarlandschaften (Entworfen von W. Müller-Wille)

Verlag von S. Hirzel in Leipzig





konnte man nicht zur „Gehöftbildung" übergehen, man konnte nur „nach oben", d. h. den Dachboden, ausbauen. Der Ankerbalken war zu schwach, um große Lasten zu tragen. Man erfand die Dachbalkenkonstruktion. Sie entwickelte sich also in jener niederdeutschen Landschaft, die in ihrem Agrar- und Siedlungssystem am stärksten von Mitteldeutschland überformt wurde. Von hier gewann dieses Einheitshaus rasch die westlich anschließenden Landschaften und vor allem das Süderbergland, denn hier kam es einem durch die klimatischen Verhältnisse veranlaßten Bedürfnis entgegen, denn nur im Einheitshaus, bei der Vereinigung aller Funktionen unter einem Dach, ließ sich das Wirtschaften in dem rauhen, regenreichen Klima einigermaßen erträglich gestalten.

Im Ernhausgebiet, wo ebenfalls der Getreidebau mit den Zelgensystemen auch die relativ trockenen Berglandschaften eroberte, schrumpfte das ursprüngliche Einheitshausgebiet immer mehr ein. In den Altsiedellandschaften der Hessischen Senken, in der Wetterau, im Limburger und Neuwieder Becken sowie in der Niederrheinischen Bucht und dem belgischen Lößstreifen gewannen die Gehöftanlagen bei steigendem Anbau und größeren Erträgen immer mehr an Bedeutung. An Stelle von Zweiseitern entwickelten sich Drei-, ja sogar Vierseiter. Dieser Prozeß hat sich unter dem Einfluß der Vergetreidung bis in die jüngste Zeit fortgesetzt. Er ergriff auch die benachbarten Berglandschaften (Taunus, Unterwesterwald, Gladenbacher Bergland, Nordosteifel, Vorderer Hunsrück). Doch bildeten sich in diesen Landschaften entsprechend den geringeren Erträgen nur Zweiseiter aus.

In den höhergelegenen und stark beregneten, für den Getreideanbau ungünstigen Landschaften des rechtsrheinischen Schiefergebirges hielt sich hingegen das Einheitshaus im Hochwesterwald, im Rothaarbergland, im Siegerland und im Bergischen Land. Obgleich diese Hausform erst vielfach von den Siedlern der hochmittelalterlichen Rodeperiode in diese Landschaften gebracht wurde und sie in ihrer Ausgestaltung sehr stattliche Formen annehmen kann, ist sie doch gegenüber den Gehöften als Reliktform aufzufassen. Wie bei den Feldsystemen und Flurformen, so ist in diesen Landschaften auch bei den Bauformen und Hofanlagen nur eine geringe Entwicklung zu beobachten. Die Möglichkeiten, die die natürlichen Verhältnisse boten und bieten, sind zu eng umgrenzt, als daß sich, aufbauend auf die bäuerliche Wirtschaftsweise, eine reiche Formenwelt entfalten konnte. Im großen gesehen, spiegelt innerhalb des rechtsrheinischen Schiefergebirges die Verbreitung der Hofanlagen mit ihrem Gegensatz Einhaussystem und Vielhaussystem weitgehend die Verteilung der Feldsysteme und damit die klimatische Differenzierung wider. Grob gesprochen ist den Zelgen-, den Getreidebausystemen, das Vielhaussystem eigen, den Feldgraswirtschaften das Einhaussystem. Beide sind somit Anpassungsformen an die wirtschaftlichen und natürlichen Gegebenheiten. In der gleichen Weise ist auch das „verkürzte" Einheitshaus mit dem Stall im Untergeschoß zu deuten. Es nimmt gewissermaßen die höchste, klimatisch ungünstigste Stufe des Berglandes ein. Wann es sich ausgebildet hat, läßt sich noch nicht genauer bestimmen.

Im linksrheinischen Schiefergebirge liegen die Verhältnisse nicht so einfach. Das Einhaussystem ist nicht nur den Hochardennen, sondern auch den feldbaulich weiterentwickelten Landschaften eigen. Darin und in der weiteren Verbreitung der Steinbauweise ist wohl in erster Linie ein kultureller Zusammenhang zu erblicken, der von der ersten Rodeperiode an über das Mittelalter hinweg bis in die jüngste Zeit sich immer wieder für diese Landschaften offenbart. Trotzdem lassen sich auch hier die heute bestehenden Formen weitgehend als Anpassungen deuten. So ist die Ausdehnung des Steinbaus, die im Hochmittelalter beginnt und bis ins 17. und 18. Jahrhundert zu beobachten ist, nicht nur auf kulturelle Beeinflussung allein zurückzuführen, sondern zum Teil auch als Folgeerscheinung eines forstlichen Betriebssystems zu deuten. Die Niederwaldwirtschaft hat gerade in den linksrheinischen Gebieten fast alle Waldungen erobert. Die Folge war Mangel an Bauholz. Ihm begegnete man durch die Einführung des Bruchsteinbaues. Und das war wiederum deshalb möglich, weil das Baumaterial in greifbarer Nähe war und man die Steinbautechnik in dem benachbarten Obermoselland schon seit langem kannte.

Auch das zeitweilige Auftreten der Steinbauweise nördlich und südlich der Ebbe im Süderbergland möchte ich schließlich als Folge der Niederwaldwirtschaft (Köhlerei) ansehen, die sich gerade im Homert und in der Ebbe verheerend auf den Bauholzbestand auswirkte. Im benachbarten Siegerland bestand hingegen trotz der Niederwaldwirtschaft kein Bauholzmangel, denn die Forstwirtschaft war nicht

nur geregelter (Hauberg), sondern es gab auch sehr stattliche Hochwaldungen, die durchweg dem Landesherrn gehörten. So möchte ich das „inselhafte" Vorkommen der Steinbauweise im Süderbergland nicht — wie Rörig es will — auf einen westlichen Kultureinfluß zurückführen, sondern als selbständige lokale Erscheinung, als Anpassung an wirtschaftliche Notwendigkeiten deuten. Dem entspricht auch, daß der Steinbau hier mit dem Aufkommen einer besseren Hochwaldwirtschaft seit 1800 wieder zurückging.

Dagegen sind die drei vorgeschobenen Steinbauinseln linksrheinisch um Nideggen, Sötenich und in der Pellenz wohl als Vorposten der nach Nordosten vorrückenden Bruchsteinbauweise aufzufassen. Daß sie sich zunächst hier ausbildeten, ist wohl darauf zurückzuführen, daß gutes Steinbaumaterial vorhanden ist und daß alle drei Gebiete waldarm sind. So stehen also hinter der Nordostbewegung des Bruchsteinbaus (beim bäuerlichen Haus) nicht nur aus Verkehrsbeziehungen abzuleitende Kulturströmungen, sondern sie gehen Hand in Hand mit kulturlandschaftlichen Änderungen (Waldverwüstungen), die der Mensch durch seine Wirtschaftsweise hervorgerufen hat.

Auch in der verschiedenen Ausgestaltung des Einheitshauses lassen sich Anpassungen an natürliche und wirtschaftliche Gegebenheiten erkennen. Das „Speicherlukenhaus" blieb auch in der spätmittelalterlichen Siedelperiode das Bauernhaus des Ackerbaugebietes Oberlothringens und der „Gutlandschaften" der Luxemburger Bucht. Dagegen entwickelten die ertragsärmeren, auf Ackerbau und Viehwirtschaft eingestellten Hochflächenlandschaften des Hunsrücks und der Südwesteifel das einfache Mitterstallhaus mit seiner „Langform" (zunächst wohl als einstöckigen, später als zweistöckigen Bau). In den stark beregneten, winterkalten Höhengebieten strebte der Bauer hingegen eine „Verkürzung" der Bauform zum Schutz von Menschen und Vieh an und entwickelte hier das „kubische" und „quadratische" Einhaus und das Hochscheunenhaus. Bei der letzteren Form ist an einen großen Kulturzusammenhang zwischen den in Frankreich und Deutschland vorkommenden Verbreitungsgebieten wohl nicht zu denken. Vielmehr handelt es sich um lokal ausgebildete Anpassungsformen, die nur innerhalb des jeweiligen Berglandes in Beziehung stehen.

Überprüft man abschließend die raumordnenden Faktoren, die für die Gestaltung und Verbreitung der Bauernhausformen entscheidend waren, so ist festzustellen, daß sich siedlungsgeschichtliche, wirtschaftliche, natürliche (klimatische) und kulturräumliche Kräfte in einem bunten Wechselspiel überschneiden. Weit mehr als bei den andern kulturlandschaftlichen Erscheinungen ist das Bauernhaus als Werk des Menschen von Faktoren abhängig, die im Menschen und seiner Kultur selbst liegen. So ist es in erster Linie Ausdruck für die kulturräumliche Stellung des Siedlers und kann am besten die kulturgeographischen Beziehungen der Landschaften untereinander aufzeigen. Daneben ist aber das Haus mit seinen Funktionen und in der Anordnung seiner Wohn- und Wirtschaftsteile ein Erzeugnis wirtschaftlicher Überlegungen und technischen Könnens. Es ist somit auch in Anpassung an wirtschaftliche Forderungen und natürliche Gegebenheiten geschaffen. Wie, in welcher Form und in welcher Technik jedoch der Mensch diese Aufgaben löst, wie er also letzten Endes antwortet, das liegt ausschließlich bei ihm und seinen Fähigkeiten. Hier weiterzuforschen, kann nicht unsere Aufgabe sein. Vielmehr müssen wir uns damit begnügen, die Formen in ihrer landschaftlichen Gebundenheit zu sehen und jene möglichen raumordnenden Faktoren in ihrer Gesamtheit aufzuzeigen, die das Bild und die Verbreitung der Formen verständlicher machen können.

5. Schluß und Ergebnisse

Vier wichtige Erscheinungskreise der bäuerlichen Siedel- und Kulturlandschaft haben wir in den Bereich unserer Betrachtung einbezogen, um die vergangene und gegenwärtige kulturgeographische Struktur des Rheinischen Schiefergebirges und seine Stellung zu den umgebenden Nachbarlandschaften zu umreißen. Ausgehend von dem Besiedlungsgang, wurde versucht, die bäuerlichen Betriebssysteme (besonders die Anbausysteme), die Orts- und Fluranlagen sowie die Haus- und Hofbauten nach ihrer Form, ihrer zeitlich-räumlichen Entwicklung und nach ihrem funktionalen Zusammenhang auf analytischem Wege zu erfassen und zugleich die Faktoren, die für die Verbreitung und Entstehung maßgebend sind, aufzuzeigen. Damit setzen wir

uns abschließend in den Stand, die ordnenden und tragenden Kräfte in ihrer Gesamtheit zu überschauen, ihre Wirkungen in der zeitlichen Folge und räumlichen Anordnung zu überblicken und eine knappe Charakteristik der bäuerlichen Großlandschaften innerhalb des Rheinischen Schiefergebirges zu vermitteln.

1. Obgleich sich die erste kulturlandschaftliche Differenzierung des Rheinischen Schiefergebirges schon im Neolithikum mit der Besiedlung der Becken, Senken, Flußtäler und Kalkflächen offenbart und diese räumliche Gliederung, erweitert und vertieft durch die bronzezeitliche und eisenzeitliche Inbesitznahme einiger Hochflächenlandschaften, bis auf den heutigen Tag fortwirkt, so ist dennoch für die gegenwärtige kulturlandschaftliche Gestaltung grundlegend die Durchsetzung der Altsiedellandschaften mit westgermanischen Völkerschaften während der Landnahmezeit. Mit den Altfranken, Altsachsen und Althessen (Chatten) beginnt im Grunde genommen die Entwicklung der heutigen bäuerlichen Kulturlandschaft als physiognomisch-funktionale Erscheinung.

Am stärksten und nachhaltigsten und auch in der räumlichen Auswirkung am bedeutendsten ist der altfränkische Einfluß. Er entwickelt seine neuen, für die bäuerliche Wirtschaftslandschaft entscheidenden Formen — z. T. an römische Kulturgegebenheiten anknüpfend — westlich des Rheinischen Schiefergebirges im Pariser Becken. Von hier aus dringen sie nach Osten vor. In der Rodetätigkeit, der früh- und spätmittelalterlichen Erschließung des Berglandes, in der Gestaltung der Feldsysteme, in dem besitzrechtlichen Liniensystem der Fluren, in dem Aufbau der Ortsformen und in der Anlage der Haus- und Hofformen, allenthalben zeigen sich die von den Altfranken in ihrem Kolonisationsgebiet entwickelten neuen Kulturformen. Sie sind so überlegen und zukunftsträchtig, daß sie auch die althessische (chattische) Kulturlandschaft mühelos überwinden, ja sogar über das Weserbergland in das altsächsische Siedelgebiet vorstoßen, und hier — z. B. in den Siedel- und Hausanlagen — neue Formen auslösen. Bei den Althessen zeigt sich nur in der ersten Rodeperiode bei der Eroberung von Westerwald, Taunus und Gladenbacher Bergland eine gewisse Selbständigkeit und kulturlandschaftsformende Aktivität. Dagegen ist der Einfluß der Altsachsen, wenn er sich auch nur auf einen kleinen Abschnitt des Süderberglandes beschränkt, weit eigenwilliger und durchgreifender. Obgleich auch ihre Kraft im Hochmittelalter erheblich erlahmt, so ist doch ihre frühmittelalterliche Rodetätigkeit nicht nur als solche in den Ortsnamen, sondern auch noch durch das ganze Mittelalter hindurch bis auf den heutigen Tag in der Formung der bäuerlichen Hausanlagen spürbar.

2. Die Überlegenheit der altfränkischen Bauernkultur erklärt sich daraus, daß es den Altfranken gelang, in ihrem neuen Siedelgebiet jenes für Siedlung und Flurbild gleich wichtige, genossenschaftlich organisierte Betriebssystem zu entwickeln, das als Zelgensystem einen vielseitigen Getreideanbau mit einer möglichst großen Viehhaltung verband. Der altfränkische Bauer löste sich damit zwar von seinem einstigen, im atlantischen Klimabereich gewachsenen Wirtschaftssystem (vorwiegend Viehwirtschaft), doch gab er dessen Vorteile nicht auf, sondern verknüpfte sie mit einem intensiveren Getreidebau. Trotz der straffen Organisation barg die neue bäuerliche Betriebsweise in sich manche Ausweichmöglichkeiten, sie war vielseitig, den landwirtschaftlichen Gegebenheiten des mitteleuropäischen Bereiches mit seinen mehr kontinentaleren Klimazügen angepaßt und konnte auch bei steigender Bevölkerung erhöhten Ansprüchen genügen. Das Zelgensystem war bei der damaligen Kultur- und Wirtschaftsstufe tatsächlich allen anderen Systemen überlegen, und daraus erklärt sich seine große Ausdehnungskraft. Über ein Jahrtausend hat es sich gehalten, die bäuerliche Wirtschaftsweise und die bäuerliche Lebensform, die Flur und die Siedlung entscheidend beeinflußt und bestimmt und für lange Zeit die bäuerliche Kulturlandschaft geprägt. Trotz mancher Zutaten späterer Jahrhunderte haben die Altfranken den Grund gelegt für die Gestaltung und den Formenschatz der mittel- und oberdeutschen bäuerlichen Kulturlandschaft.

3. Dagegen verharrte das altsächsische Bauerntum im niederdeutschen Tiefland entweder in alten Formen (Vorherrschaft der Viehwirtschaft), oder es entwickelte solche Anbausysteme und Betriebsweisen (Einfeldsystem, Plaggendüngung), die so eng an das ge-

mäßigte maritime Klima und an den kargen Boden angepaßt waren, daß sie in ihrer Einseitigkeit und extremen Anpassung nicht über den klimatisch und edaphisch fest umrissenen Landschaftsbezirk hinausdringen konnten. So mußte sich die Auseinandersetzung zwischen den „Altfranken" und den „Altsachsen" um die Gestaltung der bäuerlichen Kulturlandschaften Westdeutschlands besonders im Hinblick auf die bedeutsamen agrargeographischen Erscheinungen allmählich auf eine Linie einspielen, die zugleich eine natürliche Klima- und Bodengrenze zwischen dem atlantischen und mitteleuropäischen Bereich darstellt. Diese Linie liegt am Nordrand des Rheinischen Schiefergebirges. Als Klimascheide umfaßt sie vom mittelrheinischen Bergland nur das Hohe Venn und das Süderbergland. Doch entwickelten sich in beiden Landschaften auf Grund des Höhenklimas „Gebirgswirtschaften", die nichts mit niederdeutschen Formen gemein haben. Im großen gesehen deckt sich die Klimascheide pflanzengeographisch mit der Verbreitungsgrenze von Erica tetralix, die als wichtiges atlantisches Florenelement am besten den küstennahen Klimabereich Westdeutschlands umreißt. Somit ist die These von Kohl, der die Grenze zwischen Nieder- und Oberdeutschland an den Südrand des Rheinischen Schiefergebirges legen will, bei Beachtung der agrar- und siedlungsgeographischen Erscheinungen nicht haltbar. Niederdeutsche Formen fehlen dem Bergland. Eindeutig gehört das Rheinische Schiefergebirge zur mittel- und oberdeutschen Agrar- und Siedlungsregion.

4. Trotz dieser großräumigen Zuordnung läßt sich bei Berücksichtigung aller kulturlandschaftlichen Erscheinungen für die kulturgeographische Struktur und Stellung des mittelrheinischen Berglandes keine einheitliche Formel finden. Vielmehr ergibt sich die Eigenart dieser natürlichen Landeinheit aus der naturlandschaftlichen Ausstattung seiner Großlandschaften und aus ihrem Verhältnis zu den benachbarten Altlandschaften und der in ihnen zutage tretenden Spendekräfte. In dieser Hinsicht ist an erster Stelle der Metzer Raum zu nennen. Über ihn stießen die von Westen und Südwesten kommenden Kulturbewegungen am stärksten in das Bergland vor. Von ihm aus gingen durch das Früh- und Hochmittelalter bis in die Neuzeit die entscheidendsten Einflüsse kulturlandschaftlicher Art, die sich in den Hochardennen, der Südwesteifel, dem Hunsrück und dem Saar-Nahebergland auswirkten (Rodung, Feldsystem, Verdorfung, Hausform). Mit diesem Kernraum ist in etwa die Niederrheinische Bucht zu vergleichen. Sie war in der Landnahmezeit die große Einfallspforte der altfränkischen Völkerschaften. Doch dann blieb ihre Wirkung in der ersten frühmittelalterlichen Rodeperiode verhältnismäßig gering. Erst im Hochmittelalter wurden von ihr aus die Nordeifel und das Bergische Land im großen Umfange erobert und — soweit es die natürlichen Verhältnisse erlaubten — mit den in der Niederrheinischen Bucht heimischen Formen des Feldbaus und der Haus- und Hofanlagen ausgestattet. Auffällig bedeutungslos ist dagegen die große Altlandschaft des Mainzer Beckens. Seine Einflüsse machen sich nur über die Hessischen Senken bemerkbar, und zum Teil übernehmen seine Funktionen die intermontanen Becken von Neuwied und Limburg. Von ihnen aus werden Taunus, Westerwald und Gladenbacher Bergland erobert und in ihrem hauskundlichen und feldbaulichen Formenschatz bestimmt, soweit sie nicht eigenständige Formen entwickeln. Fast belanglos sind auch — wenn wir die unmittelbare Wirkung auf die kulturlandschaftliche Ausgestaltung beachten — für das Rheinische Schiefergebirge die westlich gelegenen Altlandschaften der Champagne und der Pikardie. Sie geben vielmehr die aus dem Pariser Becken kommenden Anregungen entweder an den schon erwähnten Metzer Raum oder an die belgische Bördenlandschaft weiter. Letztere hat weitgehend die zum Teil altbesiedelten Niederardennen beeinflußt, sowohl in der frühmittelalterlichen Rodung wie in der Entwicklung des Feldbaus, der Siedelformen und Hofanlagen. Dagegen beschränkte sich die Einwirkung der westfälischen Bördenlandschaft nur auf die frühmittelalterliche Erschließung des Sauerlandes und auf die Gestaltung der dortigen Hof- und Hausformen, während in der Betriebsweise und im Aufbau der Ortschaften diese Berglandschaft Wege ging, die für große Teile des Rheinischen Schiefergebirges typisch sind.

5. Für die räumliche Anordnung der kulturlandschaftlichen Erscheinungen innerhalb des Berglandes ist neben den schon erwähnten Lagebeziehungen in erster Linie die naturlandschaftliche Ausstattung verantwortlich zu machen. Dabei steht das Klima

als wichtigster Raumordner an erster Stelle, besonders dann, wenn wir die agrargeographische und siedlungsgeographische Struktur beachten. Die klimatische Differenzierung ist hinwiederum abhängig von der Exposition (Auslage) zu den maßgebenden West- und Südwestwinden und von der Höhenlage. An die wenig beregneten Niederardennen schließen sich die niederschlagsreichen, schneereichen und kalten Hochardennen, dann folgen die verhältnismäßig trockenen Landstriche von Eifel, Hunsrück und Taunus. Dagegen steigen im Süderbergland, im Vorder- (Rhein-) und Hochwesterwald die Niederschlage wieder erheblich an; die Temperaturen sind gemäßigter; Herbst, Winter und Frühling frost- und schneereicher. Erst am Ostrand des Berglandes werden diese klimatisch benachteiligten Landschaften wieder abgelöst von den Leegebieten des Gladenbacher Berglandes und des Medebacher Vorlandes, die mit ihren geringen Niederschlägen und den zahlreichen Sonnentagen allmählich zu den „Trockenlandschaften" der Hessischen Senken überleiten. — Diese durch die Exposition bedingte klimatische Differenzierung wird in etwa durch die Höhenlage verstärkt, die vor allem die Wärmeverhältnisse beeinflußt. Und so lassen sich die kulturlandschaftlich wichtigen Stau- und Föhngebiete zum Teil auch in Höhenstufen einordnen, nur daß die begrenzenden Höhenlinien nicht immer scharf angegeben werden können. Zugleich gewinnen wir mit dieser Einreihung und Stufung auch einen Einblick in die Möglichkeiten, die den Landschaften auf Grund ihrer natürlichen Ausstattung innewohnen. Die obere Höhenstufe umfaßt klimatisch gesehen die Hochardennen, das Süderbergland und den Vorder- und Hochwesterwald. Es sind Landschaften mit sehr beschränkten Möglichkeiten (Haferanbaugebiete), und hier haben sich die zum Teil erst im Hochmittelalter angelegten Primärformen bis auf den heutigen Tag erhalten. Die mittlere Höhenstufe umschließt Niederardennen, Eifel, Hunsrück, Taunus, Unterwesterwald, Gladenbacher Bergland und Medebacher Vorland. Sie sind klimatisch Leegebiete und besitzen damit landbaulich trotz ihrer oft beträchtlichen Höhenlage einen größeren Spielraum (Roggen-Hafer-Gebiete) und — wie gezeigt werden konnte — gewisse Entwicklungsmöglichkeiten. Primärformen sind deshalb seltener und durchweg im Laufe der geschichtlichen Entwicklung umgeformt und umgewandelt. Noch umfangreicher und durchgreifender sind die kulturlandschaftlichen Veränderungen in den Landschaften der unteren Höhenstufe. Zu ihr gehören die breiten Talungen von Rhein, Maas und Mosel, die beiden Becken bei Limburg und Neuwied, das Maifeld und der Wittlicher Ausraum. Es sind Landschaften, die nicht nur klimatisch und pflanzengeographisch (Weinbaustufe) eine Sonderstellung einnehmen, sondern auch durch den zum Teil vorkommenden Löß bodenmäßig sehr begünstigt sind. So sind sie zwar in siedlungsgeographischer Hinsicht Altlandschaften, aber ihr kulturlandschaftlicher Formenschatz hat eben auf Grund der mannigfaltigeren Möglichkeiten die stärksten Umwandlungen durchgemacht. Diese Landschaften sind für Neuformungen zugänglicher, und damit werden sie zugleich Kern- und Spenderäume des Berglandes.

Am deutlichsten tritt diese klimatische Differenzierung bei den agrargeographischen Erscheinungen hervor, mit denen aufs engste die Siedelformen, die Ortsanlagen und Flurgestaltungen zusammenhängen. Aber auch bei den Haus- und Hofformen ließ sich die raumordnende Wirkung des Klimas verfolgen, wenn sie auch hier durch andere Faktoren geschwächt und überdeckt wird. Damit sind für das kulturlandschaftliche Raumgefüge des Rheinischen Schiefergebirges nicht so sehr die quer zum Rhein verlaufenden Höhenschwellen maßgebend — wie es z. B. die sprachgeographische Forschung für ihre Objekte nachgewiesen hat —, sondern die oft nord-südlich ziehenden **klimatischen** Grenzlinien.

Erst in zweiter Linie sind für die kulturlandschaftliche Differenzierung Oberflächenformen und Bodenverhältnisse als raumordnende Faktoren zu nennen. Ihre Wirksamkeit tritt innerhalb eines bestimmten Klimabezirkes am deutlichsten bei der Auswahl der Siedelflächen, beim Siedelgang, hervor. So konnte gezeigt werden, daß die alten Siedelräume sich eng an die Löß- und Kalklandschaften anschließen, aber nur insoweit, als nicht das Klima dem Anbau der damaligen Getreidearten entgegenstand. Erst nachdem alle Getreidearten bekannt waren, konnte man das gesamte Bergland besiedeln. Doch wählte man zunächst (während der Eisenzeit) die reliefmäßig begünstigten Hochflächenlandschaften — wenn nicht, wie beim Siegerland, der Reichtum an Erzen zu einer frühen Besiedlung reizte. Die

weitere früh- und hochmittelalterliche Erschließung vollzog sich dann wieder unter dem ordnenden Einfluß des Klimas und — was noch entscheidender war — auf Grund der Lagebeziehung zu den jeweilig aktiven Landschaften.

6. So leitet sich die kulturgeographische Struktur und Stellung des Rheinischen Schiefergebirges ab aus einem bunten Geflecht verschiedenster Kräfte, die sowohl in der naturlandschaftlichen Ausstattung des Berglandes ihren Ursprung haben wie von außen in das Bergland hineingetragen wurden. Aus ihnen ergibt sich auch die kulturgeographische Struktur und Stellung der einzelnen Großlandschaften, die sich in folgender Weise kurz charakterisieren lassen.

Innerhalb der unteren Höhenstufe sind neben den schmalen Bändern der Flußtalungen als selbständige kulturlandschaftliche Einheiten herauszuheben das Neuwieder Becken mit dem Maifeld und das Limburger Becken (der Wittlicher Ausraum gehört eigentlich schon zur Trierer Bucht). Beide sind verkehrsgeographisch Sammelräume innerhalb des Berglandes, klimatisch relativ trockenwarme Bezirke, bodenmäßig anbaugünstige Löß- und Bimssandgebiete. Siedlungsgeographisch gehören sie zu den Altlandschaften erster Ordnung. Ihre Siedel- und Hofformen und die besitzrechtliche und wirtschaftsgeographische Gestaltung der Flur- und Wirtschaftsflächen sind sehr einheitlich und gleichförmig ohne bemerkenswerte Differenzierungen. Dagegen ist ihr Verhältnis zu den Nachbarlandschaften sehr verschieden. Das Neuwieder Becken und das Maifeld waren wohl zu allen Zeiten wichtige Durchgangsgebiete, aber die von ihnen ausgehende Rodetätigkeit war in der frühmittelalterlichen Periode verhältnismäßig unbedeutend. Erst im Hochmittelalter gewann das Becken Einfluß auf die benachbarten Berglandschaften. Hingegen spielte das zwar abseitig vom Rhein gelegene Limburger Becken bei der siedlungsgeographischen Erschließung der umrahmenden Schiefergebirgslandschaften zu allen Zeiten eine hervorragende Rolle. Von ihm aus wurden auch die Feldsysteme und die Haus- und Hofanlagen der Berglandschaften beeinflußt und mitgeformt. Trotz dieser Verschiedenheit sind beide Landschaften als innermontane Kern- und Spenderäume zu werten und stehen damit in einem deutlichen Gegensatz zu den eigentlichen Schieferlandschaften des Berglandes.

Unter ihnen ist die zentrale Landschaft, die Eifel, auf Grund ihrer naturlandschaftlichen Ausstattung und Lage ein äußerst differenziertes Gebilde. Im Lee der Hochardennen gelegen, durchzogen von früh besiedelten und verkehrsgünstigen Kalkmulden, flankiert von den Altlandschaften der Trierer Bucht der Wittlicher Senke und des Moseltals im Süden, des Neuwieder Beckens und des Rheintals im Osten und der Niederrheinischen Bucht im Norden, ist sie das Kampfgebiet der von drei Seiten einströmenden Einflüsse. Im großen gesehen, ist die Eifel die breite Pforte innerhalb des Rheinischen Schiefergebirges.

Ihrem Gegenstück rechtsrheinisch, dem Westerwald, fehlt ein solcher Reichtum an Spannungen. Gegen den Rhein und das Neuwieder Becken ist er durch Waldbarrieren und tief zertalte Sperrlandschaften abgeriegelt, und auch die Beziehung zur Kölner Bucht ist sehr beschränkt. Dafür wendet er sein Gesicht nach Süden zum Limburger Becken und nach Osten zum Dilltal. Von dort rückte in erster Linie die Besiedlung vor, und von dort wurden die Feldsysteme, Siedelformen und Hofanlagen beeinflußt, ohne daß die bodenständigen Formen, besonders im Hoch- und Vorderwesterwald, ganz überwältigt und verdrängt wurden. So ist die Kulturlandschaft des Westerwaldes trotz mancher Differenzierung doch ausgeglichener und einheitlicher als die der Eifel.

Noch einförmiger ist die kulturgeographische Struktur des Gladenbacher Berglandes. Schon seine natürliche Ausstattung weist wenig räumliche Unterschiede aus. Im Lee gelegen, ist das Klima relativ trocken und warm; der Boden, hervorgegangen aus dem Verwitterungsprodukt der Schiefertone und Diabase, ist auffällig gleichartig. Dazu kommt, daß es auf Grund seiner Lage einseitig nach Osten, zu den Hessischen Senken, ausgerichtet ist. Von dort kam die Besiedlung, und von dort her stießen die neueren Formen des Feldbaus, der Siedel- und Flurgestaltung ins Bergland vor. So ist das Gladenbacher Bergland ausgesprochen hessisch (chattisch) überformt und mit Recht als Hinterland der Hessischen Senken zu werten.

Ebenso eindeutig liegen die Verhältnisse in den beiden südlichen Flankenlandschaften, im Hunsrück und Taunus. Gegen den Mainzer Raum sind sie durch waldbedeckte Höhenschwellen weitgehend abgeschirmt, und so unterlag der Hunsrück bis auf einige Erscheinungen

im Osten ganz den Einflüssen des Metzer und Trierer Raumes, während der Taunus über das Limburger Becken von den Hessischen Senken entscheidend beeinflußt wurde. Das kulturlandschaftliche Gefüge beider Landschaften ist in seinen Grundzügen sehr ausgeglichen und fast ohne bemerkenswerte Differenzierungen. Es sind — wenn man so sagen will — ruhende, ja schlafende Kulturlandschaften mit sehr einheitlichen Entwicklungstendenzen.

Nicht so einfach ist dagegen die kulturgeographische Stellung der beiden nördlichen Flügellandschaften, der Ardennen und des Süderberglandes zu umreißen. Beide besitzen auf Grund ihrer klimatischen Gegebenheiten (reicher Niederschlag, geringe Temperaturen, verkürzte Vegetationsperiode) ausgesprochen montane Formen, zu denen sich auf Grund ihrer Lage zu den aktiven Räumen in mehr oder minder großem Umfange Erscheinungen gesellen, die eine beachtliche Differenzierung hervorrufen.

In den Ardennen ist eine Zweiteilung für fast alle Erscheinungen durchgängig festzustellen. Die Niederardennen, altbesiedelt und früh gerodet, schwimmen ganz und gar im Schlepptau der vorgelagerten belgischen Bördenlandschaft. Dagegen haben die Hochardennen auf Grund ihrer natürlichen Enge eine eigene Kulturlandschaft entwickelt, nur hinsichtlich des Rodeganges und mit ihren Hofanlagen gehören sie in den Einflußbereich des Metzer Raumes, während sie nach Westen gegen das Pariser Becken durch große Wälder abgeschirmt werden.

Das Süderbergland wurde hingegen von vier Seiten her beeinflußt, und so ist es, begünstigt durch markante Wasserscheiden im Rothaar und zwischen dem Ruhr- und Rheinsystem, die zugleich bedeutsame klimatische Scheiden darstellen, eine Vierteilung charakteristisch in das rheinisch, d. h. fränkisch beeinflußte Bergische Land, das niederdeutsch, d. h. altsächsisch durchsetzte Sauerland, das hessisch überformte Wittgensteiner und Medebacher Land und das selbständige und sehr eigenwillige Siegerland.

Die Niederlande und das Weichselland

Von Erich Keyser, Danzig

Mit 3 Karten

Die Niederlande und das Weichselland liegen an den entgegengesetzten Grenzen des niederdeutschen Flachlandes. Wie im Westen der Rhein, bildet im Osten die Weichsel ein breites Mündungsdelta. Wie dort die Zuidersee und die Friesischen Inseln der Küste des Festlandes vorgelagert sind, wird das Preußenland durch das Frische Haff und die Frische Nehrung von der Ostsee getrennt. Wie der Rhein südwestlich von dem Gewässernetz der Schelde begleitet wird, ist der Weichsel im Nordosten der Pregel mit seinen Nebenflüssen zugeordnet; und wie der Rhein weither aus den Alpen entspringt, entquillt die Weichsel den Karpaten. Beide Ströme sind die Lebensadern des deutschen Volksbodens im Westen und im Osten, beide sind zu Schicksalsströmen des deutschen Volkes geworden.

Es hat auf seinen Lebenswegen zu ihnen beiden hingefunden und ihre kulturelle Entfaltung lange zu gleicher Zeit und mit den gleichen völkischen Kräften bestimmt. Es sind nicht nur die Indogermanen aus ihrer Urheimat im Nordlande am Unterlauf der Elbe und auf der jütischen Halbinsel westwärts bis zum Rhein und ostwärts bis zur Weichsel vorgerückt; es haben nicht nur die Germanen zu Beginn des germanischen Altertums, etwa 6—7 Jahrhunderte vor Beginn unserer Zeitrechnung, die gleiche Richtung eingeschlagen, sondern es hat, was viel wichtiger ist, zwei Jahrtausende darnach die Bevölkerung des Weichsellandes den Mündungen des Rheines und die Bevölkerung der Niederlande den Mündungen der Weichsel sich zugewandt. Indem sie die Nordsee und die Ostsee durchfuhren, haben sie in gewaltigem Bogen die zwischen ihnen liegenden Landschaften umgangen und eine Gemeinschaft des Blutes, des Glaubens und der Leistung hergestellt, von der ihre näheren und weiteren Nachbarn zwischen dem Rhein und der Weichsel ausgeschlossen geblieben sind. Wenn schließlich die Stürme des gegenwärtigen Weltkrieges im Abstande von wenigen Monaten Westpreußen nicht weniger als Flandern und Holland ergriffen haben, kommt in diesem Ereignis von neuem die Schicksalsgleichheit zum Ausdruck, welche diese Gebiete seit mehr als 700 Jahren in Glück und Unglück wiederholt miteinander verbunden hat. Es ist der Zweck dieser Ausführungen, jene Schicksalsgleichheit, die manche Jahrzehnte vergessen war, den Mitlebenden in derselben Weise in Erinnerung zu bringen, wie sie den vorausgegangenen Geschlechtern durch mannigfaches Erlebnis zur Gewißheit geworden war.

Die Verknüpfung der Niederlande mit dem Weichsellande wurde durch das Bedürfnis nach wechselseitigem, wirtschaftlichem Warenaustausch verursacht. Handel und Verkehr riefen Ein- und Auswanderung hervor. Kaufmännische Erwägung und geschäftlicher Vorteil haben die Beziehungen zwischen den Menschen angebahnt und vorwiegend bestimmt. Nicht der Überschwang des Gefühls, sondern nüchterne Überlegung und freiwilliger Entschluß haben auch späterhin den Umgang zwischen Niederländern und Weichselländern gekennzeichnet. Ihre Beziehungen zueinander setzten am Ende des 13. Jahrhunderts ein.

Die Niederlande, das Gebiet zu beiden Seiten der Rheinmündungen, waren damals unter mehrere große Landesherrschaften aufgeteilt; sie gehörten zwar zum größten Teil dem Deutschen Reiche an; doch schon frühzeitig machte sich von Süden der politische Einfluß Frankreichs und von Westen die wirtschaftliche Nachbarschaft Englands geltend. Die Niederlande waren somit in die wiederholten Auseinandersetzungen zwischen diesen Staaten einbezogen; auch wurden sie immer wieder durch innere Unruhen erschüttert, die durch die sozialen Gegensätze ihrer Bevölkerung hervorgerufen waren; war doch diese nicht einmal gleichen Stammes. Während die Friesen die Küsten besetzt hielten, breiteten sich östlich der Zuidersee Niedersachsen und weiter südlich fränkische Gruppen aus. Die Bevölkerung Brabants und Flanderns war den Be-

Karte 1. Niederländische Hansestädte

Entworfen von E. Keyser, Forschungsstelle für westpreußische Landesgeschichte

wohnern der mittelrheinischen Landschaft verwandt; die Wallonen bildeten den äußersten Vorposten des südlich anschließenden Romanentums. Die Erzbischöfe von Köln und Reims teilten sich in die kirchliche Oberhoheit; das Bistum Lüttich war Inhaber der Landesherrschaft längs der unteren Maas, das Bistum Utrecht nahm eine ähnliche Stellung, weniger um die alte Bischofsstadt Utrecht, als zwischen der Yssel und der Ems ein. Das alte Herzogtum Nieder-Lothringen hatte sich in mehrere Herzogtümer und Grafschaften aufgelöst. Die Grafen von Holland, deren einer Wilhelm 1247 die deutsche Königskrone erlangt hat, kämpften mit Flandern um die Inseln an den Mündungen von Maas und Schelde; sie zogen 1323 Seeland an sich heran; seit 1354 war ihre Herrschaft im Erbwege bayerischen Herzögen zugefallen. Die Grafen von Geldern, an Yssel und Waal begütert, waren 1339 zu Herzögen erhoben worden und hatten ihre Herrschaft bedeutend erweitert, die seit dem Ende des 12. Jahrhunderts bekannten Herzöge von Brabant hatten ein Jahrhundert darauf die Herrschaft auch über Limburg angetreten. Die Grafschaft Flandern, die seit dem 13. Jahrhundert mit der Grafschaft Hennegau vereinigt war, hatte sich allmählich nordwärts bis nach Gent vorgeschoben. Die Städte Brügge, Ypern, Gent und das Land Brügge bildeten die sog. 4 Lede oder Glieder, und übten neben den Grafen, deren Burg in Gent noch heute steht, starken politischen Einfluß aus. Während die Grafen sich mehr an Frankreich anlehnten, legten die Städte und ihre Bürger, die von der Verarbeitung der englischen Wolle lebten, stärkeren Wert auf die Beziehungen zu England. An Flandern und Brabant grenzten die Grafschaften Hennegau und Namur, während im äußersten Norden Friesland seine Selbständigkeit zähe wahrte.

Als die Kaufleute der deutschen Hanse sich den Handelsbeziehungen zu den Niederlanden zuwandten, sahen sie sich somit einer Mehrzahl politischer Gewalten gegenüber; sie konnten die einen gegen die anderen ausspielen und wurden daher empfindlich getroffen, als die gesamten Gebiete an den Rheinmündungen unter die gemeinsame Herrschaft der Herzöge von Burgund gerieten. Denn nachdem Margarete von Flandern und Brabant Philipp den Kühnen († 1404) von Burgund geheiratet hatte, fiel ihr Erbe ihren Nachkommen, einem Philipp dem Guten, einem Karl dem Kühnen, seiner Tochter Maria, seinem Enkel Philipp dem Schönen und seinem Urenkel, dem deutschen Kaiser und spanischen König Karl V. zu. Aber nicht nur Brabant und Flandern wurden burgundisch, sondern auch alle übrigen Landschaften gerieten unter die gleiche Herrschaft: Holland, Seeland und Hennegau 1433, Geldern 1473, Friesland 1524, die Herrschaft Utrecht, die Herrschaft Oberyssel und die Grafschaft Drenthe, die zum alten Territorium der Bischöfe von Utrecht gehörten, 1528 und 1536; nur das Territorium des Bistums Lüttich blieb als politische Einheit bestehen.

Es kennzeichnet die enge Verbundenheit der damaligen Bevölkerung des Niederrheinlandes mit dem deutschen Gesamtvolke, daß sie an seinem Marsch gen Osten tatkräftig und sogar beispielgebend teilgenommen hat[1]. An der Weser und der unteren Elbe, am Fläming im Süden der Mark Brandenburg, sowie in Schlesien ließen sich niederländische Siedler nieder; sie fanden den Weg auch an die Weichsel. Aus den übervölkerten Gebieten Nieder- und Mitteldeutschlands zogen deutsche Bauern, deutsche Handwerker, deutsche Kaufleute, Gutsbesitzer und Geistliche von der unteren Elbe aus über Holstein, Mecklenburg und Pommern nach dem Herzogtum Pommerellen mit der Hauptstadt Danzig; andere hatten ostwärts die Kurmark und das Wartheland berührt; eine dritte Welle war von Thüringen über die Saale und das damalige Land Meißen nach Schlesien vorgerückt und hatte sich von dort gleichfalls über das Wartheland dem Weichselknie bei Thorn genähert. Diesen Wegen war auch der Deutsche Orden gefolgt, als er von dem Herzog Konrad von Masowien zum Schutze des Kulmer Landes gegen die Prußen herbeigerufen worden war; hatten doch in den Gebieten zwischen der Drewenz, Weichsel und Ossa seit langem häufige Grenzkämpfe zwischen Prußen und Polen stattgefunden. Seit dem Ende des 12. Jahrhunderts hatte die christliche Mission in dem deutschen Zisterzienserkloster Oliva (1178) bei Danzig im nördlichen Pommerellen und durch die Bemühungen des Bischofs Christian im Kulmer Lande Wurzel gefaßt. Im Bereich der Fürsten von Danzig, Dirschau und Schwetz waren deutsche Städte wie Danzig und Dirschau erwachsen, deutsche

[1] W. Reese, Die Niederlande und das deutsche Reich (1941), S. 192. Zum Schrifttum vgl. auch: J. Theunisz, Bibliographie over de oostlandkolonisatie (1942), 20 S. = Volksche Wacht, Sondernr. 1.

Klöster wie Oliva und Pelplin, deutsche Güter und Dörfer. Auf dem rechten Ufer der Weichsel breitete der Deutsche Orden seit 1226 seine glanzvolle Staatsgründung die Weichsel abwärts aus; er schloß längs der Nogat und der Küste des Frischen Haffes das Land der Prußen ein, unterwarf sie seiner Herrschaft und führte sie dem Christenglauben zu; nach dem Absterben der Herzöge von Pommerellen hatte er seit 1308 das gesamte Weichselland zu beiden Seiten des Stromes unter seiner politischen Leitung vereinigt.

Der Überschuß an Getreide, der Holzreichtum der Waldungen, Honig, Wachs und Pelzwerk ihrer Tierwelt wurden alsbald zur begehrten Handelsware des Westens. Tuche und Salz, Metall- und Kolonialwaren wurden im Austausch eingeführt. Die Kaufleute der deutschen Hanse, die sich zu gleicher Zeit aus kleineren Städtebünden und Handelsvereinigungen zu einem, die ganze Ostsee umfassenden Verbande entwickelte, waren die Träger dieses ost-westlichen Warenaustausches. Lübeck hatte, in der Mitte der Verkehrsstraße gelegen, zunächst die unumstrittene Führung. Sein Recht galt in den Küstenstädten, seine Sippen stellten ihre Ratsherren. Dieser Vorrang der Travestadt wurde erst erschüttert, als die Schiffer die Fahrt durch den Sund und um das Skagerrak meistern lernten; denn seitdem bedurfte es nicht mehr der Umladung der Güter von der Trave zur Elbemündung, auf der die Mittlerrolle Lübecks begründet war. Diese Umlandfahrt ermöglichte die ununterbrochene Verfrachtung gerade von Massengütern, wie sie das aus dem Weichsellande ausgeführte Holz und Getreide waren, vom Osten nach dem fernen Westen. Sie erleichterte ihren Bezug gerade für die Bewohner der Niederlande, die ihrer bei dem Anwachsen ihrer Bevölkerung zunehmend dringend bedurften. So ergaben sich Notwendigkeit und Möglichkeit einer unmittelbaren Verbindung zwischen Danzig und Brügge unter Ausschaltung Lübecks. Der Bund der Preußen und der Flamen wurde durch den gemeinsamen Gegensatz gegen Lübeck und die anderen „wendischen" Städte gefestigt. Da Danzig im 14. Jahrhundert mehr und mehr zum wichtigsten Sammelort der aus dem fernen Osten, aus Polen, Litauen, Lettland, Rußland und Finnland herbeiströmenden landwirtschaftlichen und forstlichen Erzeugnisse wurde, Brügge seinerseits zum Weltmarkt West- und Südeuropas wurde, bot das Einvernehmen zwischen den Kaufleuten und den Ratsherren der beiden Städte die beste Gewähr für die größtmögliche Ausdehnung der damaligen europäischen Handelsbeziehungen. Sie erstreckten sich schließlich von Reval bis zur Bai von Bourgneuf südlich der Mündung der Loire und traten seit der Mitte des 14. Jahrhunderts achtunggebietend hervor.

Der ost-westliche Handel zwischen Weichsel und Rhein war zwar schon einige Jahrzehnte zuvor aufgenommen worden; doch läßt die zunächst dürftige Überlieferung seinen Umfang nicht genauer erkennen. Immerhin sind die Städte Thorn und Kulm bereits am Ende des 13. Jahrhunderts an den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen in Flandern beteiligt gewesen. Als den dortigen deutschen Kaufleuten Schwierigkeiten gemacht wurden, erklärte sich der Rat von Thorn 1280 damit einverstanden, daß der Rat von Lübeck auch für seine Bürger sich verwandte, doch wollte er mit Rücksicht auf seinen Landesherrn, den Deutschen Orden, in kriegerische Verwicklungen nicht hineingezogen werden. Zum Jahre 1295 wird die Schiffahrt von Elbing nach Flandern bekundet. Für die Jahre 1300 und 1312 wird ein Holzhandel von den preußischen Städten nach Harderwyck bezeugt; im Jahre 1306 wurde aus Danzig nach Brügge Holz zum Bau des dortigen Belfrieds geschickt. Tuche und Salz, die schon vorher in das Weichselland eingeführt wurden, scheinen durch Lübeck vermittelt worden zu sein.

In der Folge vermehrte sich der Bedarf der Niederlande an den Gütern des Ostens und damit die Bedeutung der preußischen Städte für ihren Bezug. Graf Wilhelm IV. von Holland und Hennegau erteilte den preußischen Kaufleuten in den Jahren 1340 und 1341 wichtige Vergünstigungen für ihren Handel in Dordrecht und auf der Maas und reiste selbst im Jahre 1344 nach dem Preußenland, um an einem Heerzuge des Ordens gegen die Litauer teilzunehmen [2]. Er hielt sich in Marienburg, Königsberg und Danzig auf und kam im nächsten Jahre wieder. Das Geld für die Erstattung seiner Unkosten wurde ihm z. T. von einem Elbinger Kaufmann vorgeschossen. Auf dem hansischen Kontor zu Brügge, dessen Satzungen 1347

[2] Berichte über diese Reise, in: Scriptores rer. Preuss., I, S. 742.

bestätigt wurden, schlossen sich die preußischen und westfälischen Kaufleute zu einem „Drittel" zusammen; an seiner Leitung waren neben Dortmund und Soest die Städte Elbing und Thorn beteiligt. Das Preußenland stellte einen der 4 Vertreter des „gemeinen deutschen Kaufmannes" und wirkte auch an der weiteren Einrichtung des Kontors auf den Hansetagen der Jahre 1356 und 1358 maßgebend mit [3]. Seit dem Jahre 1360 nahm auch der Deutsche Orden unmittelbar an dem flämischen Handel teil, um dort besonders Tuche für die Bekleidung der Angehörigen des Ordens einzukaufen sowie Bernstein und Korn abzusetzen. Gleich den Kaufleuten der Städte unterhielt er in Brügge lange Zeit eigene Handelsvertreter, sog. Lieger, die unter der Aufsicht der Großschäffer von Marienburg und Königsberg standen.

Die Beziehungen des Deutschen Ordens zu den Niederlanden gehen schon auf die ersten Jahre seines Bestehens zurück. Bereits in dem Lager vor Damiette schenkte Graf Adolf von Berg 1218 einen Hof bei Geldern. Zahlreiche Ritter, Bürger und Bauern in Holland, Seeland und Friesland folgten diesem Beispiel. Graf Wilhelm II. von Holland, der spätere deutsche König, sein Sohn Floris V. und die Bischöfe von Utrecht fügten Ländereien und Besitzrechte hinzu. Schon 1231 wurde die Komturei Utrecht gegründet. Komtureien und Häuser in Schelluinen, Nesse, Bunne, Ootmarsum, Oldenzaal, Schoten, Rhenen, Dieren, Middelburg, Tiel, Doesburg und Schoonhoven, Zollprivilegien und Kirchenpatronate schlossen sich an. Es war kein fest abgerundetes Territorium, das der Orden noch im Laufe des 13. Jahrhunderts erwarb; aber gerade die Verteilung seiner Güter auf den gesamten Bereich der nördlichen Niederlande vermittelte ihm weitreichende Beziehungen. Nicht wenige Adlige traten in seine Reihen ein, andere verbanden sich ihm durch Wohltaten; er selbst blieb über die Vorgänge an den Rheinmündungen dauernd genau unterrichtet. Zeitweise stand die Komturei Utrecht mit der Komturei Alt-Bliesen bei Aachen in engerem Einvernehmen; später führte die Einbeziehung der Ballei in die territorialen Auseinandersetzungen in den Niederlanden zu einer immer stärkeren Loslösung vom Gesamtorden; jedoch erst in den Jahren 1528—1536 ging die Ballei dem Orden durch Übergang des Utrechter Landes an Burgund endgültig verloren [4].

Der zunehmende Eigenhandel des Ordens minderte den Handelsgewinn seiner Städte und wurde daher von ihnen scheel angesehen; sie hatten jedoch auf der anderen Seite den Vorteil, daß ihr Landesherr seine weitreichenden politischen Beziehungen auch für die Rechte seiner Bürger in Flandern und Holland einsetzte. Es war dies um so notwendiger, als der dortige Handel in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts durch innere Unruhen und den Krieg zwischen Frankreich und England häufig gestört wurde. In den Kämpfen zwischen den Bürgern der flämischen Städte und ihren Grafen, in die sich Frankreich einmischte, konnte es nicht ausbleiben, daß wiederholt Schiffe und Handelsgüter festgehalten und Personen geschädigt wurden. Warensendungen wurden beschlagnahmt und vernichtet, die Schadensforderungen wurden abgelehnt oder nur zögernd bewilligt, da keine der Parteien an den Übergriffen schuld sein wollte. Die deutsche Hanse sah sich daher zu Gegenmaßnahmen gezwungen; sie verfügte Handelssperren und ließ flämisches und holländisches Gut in ihren Häfen festhalten. Die Hansetage waren erfüllt von den Klagen über diese Mißstände und den Beratungen, wie ihnen abgeholfen werden könnte. Dabei hielten sich die preußischen Städte oft auf Veranlassung des Hochmeisters, der seine Untertanen gesondert vertreten wollte, von dem Vorgehen der übrigen Städte zurück. Solche Zustände führten zu häufigen Streitigkeiten innerhalb der Hanse selbst und zum Scheitern gemeinsamer hansischer Unternehmungen. Die Berichte, die aus jenen Jahrzehnten erhalten sind, bekunden viel Eigensucht und Sondertümelei, sie bezeugen echt niederdeutschen Starrsinn, Rechthaberei und Dünkel; sie offenbaren aber auch, welch großer Wert von allen Beteiligten den Handelsbeziehungen zwischen den Niederlanden und dem Ordensstaate beigemessen wurde.

[3] Johann von Nogarden aus Elbing war 1356, Radeke Frauendorp aus Elbing war 1363 und 1367 Altermann.

[4] Joh. Voigt, Geschichte des Deutschen Ritterordens in seinen zwölf Balleien in Deutschland, 1857. W. Reese, Gesamtdeutsche und territoriale Zusammenhänge in der Geschichte des Deutschen Ritterordens der Niederlande, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 83 (1937), S. 223.

Karte 2. Besitzungen des Deutschen Ordens in den Niederlanden
Entworfen von E. Keyser, Forschungsstelle für westpreußische Landesgeschichte

Da insbesondere Flandern auf die Zufuhr von Lebensmitteln aus der Ostsee und die Ausfuhr von gewerblichen Erzeugnissen dorthin angewiesen war, wenn es nicht Hungersnot und Arbeitslosigkeit erdulden wollte, konnte der hansische Kaufmann immer wieder seine Rechte ertrotzen. Eine für Flandern gefährliche Waffe bot ihm mehrmals der Entschluß, das Kontor von Brügge nach dem gastlicheren Dordrecht zu verlegen; waren doch die Grafen von Holland, bei ihrem Gegensatz zu den Grafen von Flandern, bereit, in ihren Städten den Hansen lockende Vorrechte einzuräumen. Lübeck ist daher wiederholt für eine solche Verlegung des Kontors eingetreten; die preußischen Städte versuchten sie meistens zu verhindern, weil ihre größeren, mit Massengütern beladenen Schiffe wohl den Swin aufwärts fahren, aber die flachen holländischen Häfen nur schwer anlaufen konnten[5]. Während Lübeck ein Eindringen der holländischen Schiffahrt in die Ostsee zu verhindern suchte, waren die preußischen Städte, besonders Danzig, ihr nicht abgeneigt; denn da ihre eigenen Flotten die von den Holländern verlangten Getreidemengen nicht befördern konnten, war es ihnen recht, wenn diese ihren Bedarf selbst holen kamen und damit den preußischen Kaufleuten weiteren beträchtlichen Gewinn einbrachten. Der Orden und seine Städte traten daher auch gegen die von Lübeck gewünschte Sperre der Sundschiffahrt auf. Der Hochmeister verlangte sogar, daß bei allgemeinen Handelssperren ihm insoweit eine Ausnahme zugebilligt würde, als er seinen eigenen Unterhalt und Kriegsbedarf eindecken konnte. Es kam bei solchen Gelegenheiten dahin, daß der Orden, obwohl seine Lieger Mitglieder des Brügger Kontors waren, an die hansischen Beschlüsse sich nicht kehrte und daher von den Hansen ausgesperrt wurde. Aus dem gleichen Grunde der Befriedigung des unmittelbaren Bedarfs war ein Teil der Städte in den nördlichen Niederlanden um die ständige Aufrechterhaltung der Schiffahrt nach dem Osten besorgt; mehrere von ihnen gehörten sogar selbst der Hanse an. Auf dem Hansetage in Elbing waren im Jahre 1367 Gesandte von Amsterdam, Dordrecht, Elborg, Harderwyk, Kampen, Stavoren und Zierikzee anwesend; sie verpflichteten sich zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Könige von Dänemark und Norwegen. Dieses Einvernehmen wurde jedoch gerade dadurch gestört, daß die holländischen Städte bald darauf auf die Förderung ihrer eigenen Reederei bedacht waren; sie widerstrebten zunehmend den Handelsrechten der Preußen in ihrem Lande. Die Verhandlungen über die Erwerbung eines Handelsprivilegs für alle hansischen oder auch nur für die preußischen Städte wurden viele Jahrzehnte hingeschleppt. Auch wurde die Schiffahrt um die Wende zum 15. Jahrhundert durch Seeräuberei an den friesischen Inseln gefährdet. In den südlichen Niederlanden trat fast zu gleicher Zeit dadurch ein Wandel ein, daß Artois und Flandern seit 1384 unter die Herrschaft des Herzogs Philipps des Kühnen von Burgund gerieten und damit der Hanse eine stärkere politische Macht entgegentrat. Die Litauer-Reisen des Herzogs Wilhelm VI. von Holland 1386/87 und die fünf Fahrten des Herzogs Wilhelm von Geldern in den Jahren 1383—1400 festigten dagegen die Beziehungen der dortigen Ritterschaft zum Deutschen Orden.

Der Umfang des niederländisch-preußischen Handels geht aus den Abrechnungen der Ordensschäffer hervor. Aus Flandern, dessen Vorort Brügge zum wichtigsten Umschlagplatz für alle Waren Süd-, West- und Osteuropas geworden war, wurden bezogen Tuche und Metallwaren, Kolonialwaren aller Art wie Pfeffer, Zucker, Rosinen, Mandeln, Reis, Nelken, Datteln, Garne aus Toskana, Weine aus Griechenland, Papier aus der Lombardei; auch wurden mancherlei Geldgeschäfte erledigt. Das Weichselland lieferte Getreide, besonders Roggen, Mehl, Holz verschiedener Art, Asche, Pech, Pelze, Wachs, Flachs, Eisen, Kupfer aus Ungarn, Heringe und Biere. Zeitweise verkauften deutsche Kaufleute in Flandern auch Wolle, die sie aus England bezogen hatten. Der Orden brachte dazu in den Verkehr den geschätzten Bernstein, über den er allein als Regal verfügte. Über Brügge wurden auch zunächst das Salz von der französischen Küste des atlantischen Ozeans sowie Wein und Südfrüchte aus Spanien und Portugal bezogen.

Es wurden sehr erhebliche Mengen von beiden Seiten umgesetzt. Der Königsberger Großschäffer des Ordens bezog in den Jahren 1390—1405 aus Brügge Waren im Werte von 50 794 Pfund Grote und lieferte Waren im Werte von 31 433 Pfund Grote, das be-

[5] Das Kontor wurde von Brügge nach Dordrecht u. a. 1358—1360 und 1388—1392 verlegt.

deutet eine jährliche durchschnittliche Ausfuhr aus den Niederlanden im Werte von 3000 Pfund und eine Einfuhr nach den Niederlanden im Werte von 2000 Pfund. Da ein Pfund Grote damals dem Wert von 3 preußischen Mark entsprach, belief sich die jährliche Ausfuhr auf 9000 preußische Mark und die Einfuhr auf 6000 preußische Mark. Da nun die Last Roggen mit 2455 kg damals etwa 10 preußische Mark kostete und gegenwärtig 100 kg Roggen mit rund 19 Reichsmark bezahlt werden, ist die Kaufkraft von 1000 preußischen Mark nach dem Roggenpreis berechnet auf 46 000 Reichsmark anzusetzen; es wurden somit am Ende des 14. Jahrhunderts allein von dem Großschäffer in Königsberg und nur im Handel mit Brügge jährlich Waren im Werte von 414 000 Reichsmark ausgeführt und im Werte von 276 000 Reichsmark eingeführt. Da die Großschäfferei nur einen Bruchteil des gesamten Handels zwischen dem Preußenlande und den Niederlanden tätigte, ist dieser auf mehrere Millionen Mark zu beziffern [6]. Im einzelnen wurden vom Orden in den Jahren 1392—1399 Tuche im Werte von 17 400 Pfund = 53 200 preußische Mark = 2 447 200 Reichsmark bezogen; die Tuche wurden hergestellt in 12 Orten in Brabant, in 6 Orten in Nordfrankreich, in 5 Orten im Hennegau und in 3 holländischen Orten. Die Ausfuhr von Bernstein belief sich in manchen Jahren auf einen Wert von 138 000 Reichsmark; in den Jahren 1390—1404 wurde Bernstein im Werte von 10 800 Pfund Grote = $1^1/_2$ Millionen Reichsmark und Wachs im Werte von 12 000 Pfund Grote = 1,6 Millionen Reichsmark ausgeführt. Die Ausfuhr an Pelzen belief sich auf Waren im Werte von 400 Pfund in den Jahren 1394 und 1396, von 800 Pfund im Jahre 1397 und sogar von 1000 Pfund = 138 000 Reichsmark im Jahre 1398.

Während im Ordensstaate an dem Handel nur die Kaufleute und die Ordensschäffer in Danzig, Elbing, Königsberg, Braunsberg, Marienburg und Thorn sich beteiligten, waren in den Niederlanden zahlreiche Orte auf Einfuhr und Ausfuhr östlicher Richtung angewiesen, in Friesland Stavoren, in Oberyssel Kampen, Zwolle, Deventer, Zutphen, in Geldern Nimwegen und Harderwijk, ferner Utrecht, in Nordholland Enkhuizen, Hoorn, Edam, Amsterdam, Haarlem, Leiden, in Südholland Haag, Delft, Rotterdam, Dordrecht, in Seeland Zierikzee, Arnemuiden, Veere, Middelburg und Vlissingen; in Flandern standen Antwerpen, Brügge, Gent allen anderen Städten voran. Da die großen preußischen Schiffe nicht immer bis nach Brügge gelangen konnten, wurden ihre Güter in Damme oder Sluys umgelegt. Die Danziger Kaufleute besuchten die Jahrmärkte in Antwerpen sowie den Oster- und Martinsmarkt zu Bergen op Zoom; sie kauften Laken in der Tuchhalle zu Brügge.

Der starke Warenverkehr zwischen den Niederlanden und dem deutschen Osten war zugleich die Folge und die Ursache für einen nicht unbeträchtlichen Austausch der Bevölkerung. Frühzeitig haben Bewohner des Weichsellandes den Weg nach Holland und Flandern eingeschlagen und sind dort nicht selten ansässig geworden; sie heirateten in einheimische Familien hinein und verloren damit z. T. den engeren, persönlichen Zusammenhang mit ihrer Heimat. In den Kreisen der deutschen Hanse tauchte daher das begründete Bedenken auf, solchen Personen die weitere Vertretung ihrer wirtschaftlichen und politischen Belange anzuvertrauen. Leider fehlen noch Untersuchungen über die Einwanderung aus dem Osten nach den Niederlanden; dagegen sind wir über die Bevölkerungsbewegung in umgekehrter Richtung gut unterrichtet. Das Bürgerbuch der Rechtstadt Danzig verzeichnet für die Jahre 1364—1399 84 Personen, die aus den Niederlanden stammten und in Danzig das Bürgerrecht erworben haben; sie waren in 34 Ortschaften und Bezirken beheimatet. Neben den Flamen standen Zuzöglinge aus

[6] E. Sattler, Handelsrechnungen des Deutschen Ordens (1887); Der Handel des Deutschen Ordens in Preußen z. Z. seiner Blüte, in: Hansische Geschichtsblätter (1877), S. 59; Das Ordensland Preußen und die Hanse bis 1370, in: Preußische Jahrbücher, 41 (1878); E. Daenell, Die Blütezeit der deutschen Hanse (1905/06); P. Simson, Geschichte der Stadt Danzig (1913—1918); F. Vollbehr, Die Holländer und die deutsche Hanse (1930); Ed. Carstenn, Geschichte der Hansestadt Elbing (1937); H. v. Rundstedt, Die Hanse und der Deutsche Orden, 1937; F. Renken, Der Handel der Königsberger Großschäfferei des Deutschen Ordens mit Flandern um 1400 (1937); Br. Kuske, Die wirtschaftliche und soziale Verflechtung zwischen Deutschland und den Niederlanden, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 1 (1937), S. 669; W. Quade, Danzigs Handelsbeziehungen zu den Niederlanden; H. Bauer-W. Millack, Danzigs Handel in Vergangenheit und Gegenwart (1925), S. 54.

Brabant, Geldern, Holland und Seeland. Die meisten kamen aus den Städten Brügge, Damme, Deventer, Kampen, Leyden, Loewen und Dordrecht, das 1367 dem Danziger Rat die Annahme eines Bürgers empfahl; die Städte nördlich des Rheines standen in jenen Jahren noch hinter den südlichen Orten zurück. Im einzelnen sind folgende Herkunftsorte der Danziger Bürgerschaft zu belegen: Aarlo 1390, Amersfort 1367, Amsterdam 1364, Anen 1390, Brabant 1370, 97, Brügge 1378, 81, 83, 88, Damme 1371, 71, 79, 80, 84, Deventer 1366, 76, 81, Dordrecht 1371, Geldern 1364, 73, 83, Goor 1378, Harderwyck 1376, 78, Harsolte 1364, Hattem 1383, Herzogenbusch 1385, Kampen 1365, 78, Leyden 1382, 94, Loewen 1376, 98, Middelburg 1364, Niel 1371, Nimwegen 1364, 78, Ommen 1364, 74, 81, 81, 83, 88, Oudewater 1373, Poperinghe 1383, Runen 1371, Seeland 1366, 72, 80, Sluys 1364, Stockem 1364, Tolle 1367, Utrecht 1394, Waal 1366, Zeelhem 1374, Zutphen 1371, 95, Zwolle 1376, ferner Groenlo und Oldenzaal. In vielen Fällen sind nur die Landschaftsbezeichnungen vlaming oder hollant angegeben. Es ist bemerkenswert, daß die Zahl der Einwanderer aus den Niederlanden die Zahl der Rheinländer und der Zuzöglinge aus allen anderen west- und mitteldeutschen Gauen mit Ausnahme von Niedersachsen, den heutigen Provinzen Westfalen und Hannover, übertroffen hat. Sie machten ein Zehntel der Zuwanderung aus dem Altreich westlich der Elbe aus[7] und waren fast zu gleichen Teilen bürgerlicher und bäuerlicher Herkunft. In den letzten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts ließ der Zuzug aus den Niederlanden beträchtlich nach und hörte gegen die Mitte des 15. Jahrhunderts fast völlig auf[8]. Nach den flämischen Einwanderern war in den Jahren 1348—1356 auch eine Straße in der Neustadt Danzig unweit der Mottlau Flamengasse (platea Flamingensium) genannt.

In Elbing war die Einwanderung aus den Niederlanden bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts sehr gering; es sind nur wenige solcher Neubürger nachzuweisen; einige von ihnen waren in Kampen und Zwolle gebürtig oder wurden kurz als Friese benannt[9].

Gegen Mitte des 15. Jahrhunderts wurde der Handel von Flandern mehr nach Holland verlagert; auch nahm die Zahl der holländischen Schiffe, welche den Danziger Hafen aufsuchten, zu; im Jahre 1443 liefen 120 solcher Schiffe in die Weichselmündung ein; sie brachten nicht nur heimische Waren, sondern dienten vielfach dem zwischenstaatlichen Frachtverkehr. Nach Aussage der beteiligten holländischen Schiffer haben sie in den Jahren 1441—1447 dort die Pfundgeld genannte Zollgebühr für Waren und Schiffe in der Höhe von 4000 Pfund Grote = 552 000 Reichsmark bezahlt; der Wert der von ihnen ein- und ausgeführten Schiffe und Güter betrug danach 576 000 Pfund Grote = 79,5 Millionen Reichsmark, im Jahresdurchschnitt mithin über 14 Millionen Reichsmark. Außer diesem Schiffs- und Warenverkehr waren Holländer im Anfang des 15. Jahrhunderts auch als Wanderhändler im Weichselland tätig; sie setzten vornehmlich Gewandstoffe ab; holländische Reeder ließen auch zunehmend in Danzig Schiffe auf eigene Rechnung erbauen, was ihnen jedoch auf Betreiben der heimischen Schiffsbauer (so 1441) von den preußischen Ständen verboten wurde. Im Jahre 1447 suchten sie wieder um Erlaubnis hierzu nach; auch legten sie Wert auf die Zulassung zu der Danziger Börse im Artushof, von der sie wegen der Belästigung von Danziger Kaufleuten und Schiffern in ihrer Heimat wiederholt ausgeschlossen wurden. Da die preußischen Kaufleute durch das Vordringen der Niederländer in ihrem eigenen Handelsbereich immer stärker sich bedroht fühlten, ließen sich die Danziger im Jahre 1457 durch ihren neuen Schutzherrn, den König von Polen, ausdrücklich zusichern, daß ebensowenig wie die Nürnberger, Lombarden, Engländer und Juden, auch „kein Hollandir und Flamingk Freiheit haben soll zu kaufschlagen oder zu wohnen ohne Willen, Wissen und Vollbort der Bürgermeister, Ratmannen, Schöppen und ganzen Gemeinde".

---

[7] E. Keyser, Die Bevölkerung Danzigs und ihre Herkunft im 13. und 14. Jahrhundert. 2 Aufl. 1928.

[8] H. Strunk, Über den niederdeutschen Anteil an der Altdanziger Bevölkerung, in: Altpreußische Forschungen, 4 (1927), Heft 1, S. 41. Th. Penners, Untersuchungen über die Herkunft der Stadtbewohner im Deutsch-Ordensland Preußen bis in die Zeit um 1400 (1942).

[9] A. Semrau, Die Herkunft der Elbinger Bevölkerung von der Gründung der Stadt bis 1353, in: Mitt. des Copernicus-Vereins, 32 (1924), S. 9.

Bestimmungen dieser Art hinderten jedoch nicht den weiteren Warenaustausch; der Schiffsverkehr nahm sogar immer größere Ausmaße an, wobei der Danziger Hafen Elbing und vollends Königsberg weit überflügelte. Im Jahre 1473 fuhr eine Flotte von 50 Schiffen nach Seeland, Holland und Flandern; sie hatte viel Bier geladen; im Jahre 1481 segelten sogar 1100 große und kleine Schiffe mit Korn dorthin, weil großer Getreidemangel herrschte; es ist kein Wunder, wenn unter solchen Umständen die Ereignisse in den Niederlanden von der Danziger Bürgerschaft aufmerksam verfolgt wurden; sie waren Tagesgespräch auf dem Artushof, und sie wurden für wichtig genug empfunden, um auch in die Tagebücher und Lebenserinnerungen des Danziger Krämers Jacob Lubbe und die Chronik des Kaspar Weinreich am Ende des 15. Jahrhunderts eingetragen zu werden[10].

Der Vorrang der holländischen Reederei war bald unbestritten. Von 795 Schiffen, welche 1497 durch den Sund segelten, waren 567 in den Niederlanden beheimatet, von 1222 Schiffen des Jahres 1503 waren es 856 Schiffe. Der Verkehr richtete sich nach den Städten an der Zuidersee, nach Amsterdam und, nachdem der Swin zu versanden begann, nach Antwerpen. Der Wettbewerb zwischen den hansischen und den holländischen Städten führte zwar wiederum zu häufigen Streitigkeiten; auch unterstützte Holland den Hochmeister in seinen Kämpfen gegen die Stände und Dänemark im Kriege gegen die Hanse; trotzdem suchte gerade Danzig die Beziehungen aufrecht zu erhalten. Es soll 1533 von allen Hansestädten den stärksten Verkehr nach den Niederlanden unterhalten haben. Die Holländer sollen damals jährlich zwei- bis dreimal mit 200—300 Schiffen gekommen sein und alles Getreide aufgekauft haben, so daß der Rat Vorsorge treffen mußte, damit die Danziger selbst genügend Lebensmittel behielten. Dagegen gelang es nicht, den Handel durch ein festes Bündnis oder gar einen Friedensvertrag auf die Dauer zu sichern; man wollte sich nicht binden, und in recht kaufmännischer Gesinnung jeden sich unvermutet ergebenden Vorteil ausnutzen. Der Verkehr nach Flandern hörte um die Mitte des 16. Jahrhunderts fast völlig auf. Danzig sträubte sich zwar gegen die Verlegung des Kontors von Brügge nach Antwerpen, die 1546 erfolgte, mußte diese jedoch 1553 anerkennen; nur wollte es sich nicht an dem Bau des dortigen Hansehauses, der 1564—1569 durch Cornelius Floris erfolgte, beteiligen; es wollte ohne Bindung an ein Kontor freiem Handel sich widmen und auch vermeiden, den Kaufleuten von Antwerpen Handelsrechte bei sich selbst zugestehen zu müssen. Der Postverkehr zwischen Danzig und Amsterdam erfolgte hin und zurück in 16 Tagen.

Der Kampf der Niederlande gegen Spanien behinderte und förderte den Handel. Zwar suchten beide Parteien Danzig zu veranlassen, die Gegenseite nicht durch Getreidelieferungen zu unterstützen. Auch wandte sich die spanische Regierung gegen die Aufnahme von holländischen Flüchtlingen in die Städte des Weichsellandes. Die Verwüstungen der Feldzüge und die Unterhaltung größerer Heere riefen jedoch auch ein stärkeres Bedürfnis nach Einfuhr von Lebensmitteln hervor. Im Jahre 1558 fuhren von Danzig 370 niederländische Schiffe aus, im Jahre 1563 waren es 1120 Schiffe, im Jahre 1566 1034 Schiffe, im Jahre 1583 1070 Schiffe, im Jahre 1606 1086 Schiffe. Besonders legte Wilhelm von Oranien großen Wert auf gute Beziehungen zu der „Königin der Weichsel"; er schickte 1572 eine eigene Gesandtschaft dorthin. Auch Danzig bemühte sich, so 1615, um engere Beziehungen zu den neugebildeten Generalstaaten; fuhren doch auch damals noch mehr als 1000 Schiffe jährlich von Danzig nach den Niederlanden. Die Schiffahrt nach den nördlichen Niederlanden machte dabei zwei Drittel bis vier Fünftel des gesamten Danziger Schiffsverkehrs aus. Die wirtschaftliche Vormacht Hollands zeigte sich auch darin, daß einige Danziger Schiffe damals holländischen Reedern gehörten und Danziger Schiffe mit holländischen Matrosen bemannt waren.

Die Entdeckung Amerikas und die Zunahme des atlantischen Handels hat den ost-westeuropäischen Verkehr nicht gemindert, sondern verstärkt; erforderte er doch die Steigerung des Schiffbaues in den Niederlanden und Spanien und daher eine vermehrte Zufuhr von Schiffsbaustoffen wie Holz, Pech und Hanf; auch machte die wachsende Industrialisierung Westeuropas eine größere Zufuhr von Lebensmitteln notwendig. Der Welthandel Hollands hatte somit seinen unentbehrlichen Rückhalt an der Pflege der hergebrachten Handelsbeziehungen zu

[10] Scriptores rer. Pruss. IV.

den Ostseeländern, besonders zu Danzig. Die holländische Schiffahrt nahm daher zuvor unbekannte Ausmaße an, zumal zu gleicher Zeit die Geltung der Hansestädte durch ihre Unterwerfung durch die benachbarten Landesherren, durch kirchliche und soziale Kämpfe untergraben wurde. Nur Danzig und Hamburg, die über ein weites ertragreiches Hinterland verfügten, konnten ihre Mittlerstellung bewahren; sie nahmen zeitweise an den überseeischen Unternehmungen ihrer holländischen Geschäftsfreunde unmittelbaren Anteil; so gehörte der „Witte Hond", der 1587 nach Brasilien segelte, 2 Danzigern und 2 Holländern. Die Hanse unterhielt mit den Niederländern auch gemeinsame Brüderschaften und Konsulate in Lissabon und Sevilla.

Erst seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts ging der holländische Schiffsverkehr in Danzigs Hafen zurück. Von 3336 niederländischen Schiffen, welche im Jahre 1615 den Sund durchfuhren, kamen nur 732 aus Danzig, im Jahre 1625 waren es 284 unter 1716 Schiffen, im Jahre 1635 432 unter 2419 Schiffen, im Jahre 1644 448 unter 2009 Schiffen und im Jahre 1655 320 unter 2009 Schiffen.

Der niederländische Schiffsverkehr in den anderen Häfen des Weichsellandes, wie in Elbing, war stets ganz gering. Er betrug meist weniger als 50 Schiffe im Jahr. Dagegen nahm die Schiffahrt zwischen Königsberg und den Niederlanden seit dem letzten Viertel des 16. Jahrhunderts einen Aufschwung. Es verließen den Königsberger Hafen in westlicher Richtung 24 niederländische Schiffe im Jahre 1558, 144 Schiffe im Jahre 1565, 165 Schiffe im Jahre 1585, 477 Schiffe im Jahre 1595, 214 Schiffe im Jahre 1605, 335 Schiffe im Jahre 1610, 486 Schiffe im Jahre 1615; in den folgenden Jahrzehnten waren es 200—250 Schiffe. Während der Schiffsverkehr Königsbergs nach den Niederlanden zunächst hinter dem Danzigs beträchtlich zurückgestanden hatte, machte er somit seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts etwa die Hälfte des Danziger Verkehrs aus[11].

Der Handel mit Holland hat auch im weiteren Verlauf des 17. Jahrhunderts und im 18. Jahrhundert das Danziger Hafenbild beherrscht. Von den einkommenden Schiffen waren niederländischer Herkunft 46 v. H. im Jahre 1670, 53 v. H. im Jahre 1679, 38 v. H. im Jahre 1729 und 48 v. H. im Jahre 1752. Im letztgenannten Jahre fuhren von 1006 Schiffen, welche den Danziger Hafen verließen, 402 Schiffe nach Holland; sie waren mit der Hälfte des gesamten damaligen Ausfuhrgutes beladen, vorwiegend mit Roggen und Weizen. Da die Niederlande wohl Waren gleichen Wertes, aber viel geringeren Umfanges lieferten, kamen drei Viertel ihrer Schiffe mit Ballast ein; als solcher wurden mit Vorliebe Ziegelsteine und Dachpfannen verwandt, die bei Bauten der Danziger Häuser verwandt wurden, obwohl hinreichend eigene Ziegeleien in der Nachbarschaft vorhanden waren.

Diesem gewaltigen Warenverkehr ging wie im 14. Jahrhundert ein bedeutender Bevölkerungsaustausch zur Seite; leider sind die Einwanderungen in Danzig für die Zeit von der Mitte des 15. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts nicht genau zu übersehen, da die Bürgerbücher für diese Jahrzehnte nicht erhalten sind. Dagegen weisen einzelne Nachrichten und manche Familiennamen auf solche persönlichen und familiären Beziehungen hin. Der Einfluß der Holländer auf das wirtschaftliche und gesellige Leben geht so daraus hervor, daß unter den neugegründeten Brüderschaften des Artushofes seit 1492 eine eigene „holländische" Bank gestiftet wurde. Ihre Mitglieder stammten, wenn nicht ausschließlich, so doch lange vorwiegend aus den Niederlanden. Als ihre Herkunftsorte werden in den Brüderbüchern genannt: Groningen, Harlingen, Kampen, Deventer, Zutphen, Utrecht, Amsterdam, Zaandam, Haarlem, Hoorn, Delft, Dordrecht, Vlissingen, Antwerpen, Brügge, Brüssel, Lüttich, Geldern und Maastricht. Ein Vertrag, den 5 Kaufleute und Schiffer aus Amsterdam für die holländische Bank im Jahre 1492 über die Benutzung einer Kapelle in der Nikolaikirche geschlossen hatten, wurde 1514 durch den Rat von Amsterdam ausdrücklich bestätigt; die Kapelle wurde noch 1709 durch die Bank wiederhergestellt. Erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts verfiel die Bank; sie zählte nur noch einige Mitglieder; ihr Vermögen wurde daher 1776 der „Speicher-Armenkasse" übereignet. Die Sitze der holländischen Bank befanden sich in der Mitte des Artushofes vor der Christopher

[11] N. Bang, Tabeller over Skibsfart og Varetransport gennem Oresund 1497—1660 (1906/22); W. Vogel, Beiträge zur Statistik der deutschen Seeschiffahrt im 17. und 18. Jahrhundert. II. Danzig. In: Hansische Geschichtsblätter, 57 (1932), S. 78.

Karte 3. Die Herkunftsorte der Danziger Bürgerschaft in den Niederlanden im 13.—18. Jahrhundert
Entworfen von E. Keyser, Forschungsstelle für westpreußische Landesgeschichte

□ Stadt ○ Land
◫ ◐ Herkunftsorte von 1364 - 1455
⊟ ⊖ " " - 1558 - 1709
▨ ⊘ " " " 1710 - 1793
⊞ ⊕ 1364 - 1455 und 1558 - 1709
▩ ⊛ 1364 - 1455 und 1558 - 1709 und 1710 - 1793
▨ ⊘ 1558 - 1709 und 1710 - 1793

1 Wester Blöker
2 „Siebekarspel"
3 Medeli
4 „Sybekarsch und Bennigbrück"
5, 6, 7, 8, 9 „aus Nord-Holland"
10, 11 „aus Geldern"
12 „Juttschen"

„" Provinz ist bekannt, aber nicht genaue Ortslage

⊘ Wimmenum, Lage des Ortes nicht zu bestimmen

Bank; die Schutzheiligen ihrer Kapelle waren außer der Dreieinigkeit die Heiligen Fabian, Sebastian, Philipp und Jacob gewesen [12].

Die schon im Mittelalter begonnene Ansiedlung holländischer und flämischer Kaufleute, Seefahrer und Arbeiter hielt somit auch im 16.—18. Jahrhundert an. In den Jahren 1558—1709 erhielten in Danzig 460 Einwanderer aus den nördlichen Niederlanden und 104 aus den südlichen Niederlanden das Bürgerrecht. Die überwiegende Mehrzahl von ihnen kam schon vor 1630 nach dem Osten, aus dem Norden 322 und aus dem Süden 95. Die Jahrzehnte 1560 bis 1609 hatten den größten Zuzug. Die neuen Bürger waren in 65 Städten und 78 ländlichen Orten beheimatet. Die städtischen Einwanderer machten 74 v. H. der Gesamteinwanderung aus. Von den 564 Einwanderern aus beiden Gebieten waren 135 Kaufleute und 403 Handwerker; unter diesen überwogen die Schiffer und Seefahrer mit rund 200 Mann. Die wichtigsten Ursprungsorte waren Amsterdam, Deventer, Edam, Enkhuizen, Groningen, Haag, Kampen, Terschelling, Stavoren, Utrecht, Insel Vlieland, Zwolle sowie Antwerpen, Brüssel, Ypern. Die Landschaften Friesland, Seeland, Holland, Utrecht, Geldern und Nordbrabant stellten die meisten Auswanderer [13].

Die engen Beziehungen zu den Niederlanden veranlaßten auch zahlreiche Einwohner des Preußenlandes an der Bereisung und Besiedlung des Kaplandes mitzuwirken. Schon der Gründer der Kapkolonie, Jan van Riebeck, war 1652 von Paul Petkau aus Danzig begleitet. Er wurde mit dem Wachtdienst in der neuerbauten Festung Kapstadt betraut. Im Jahre 1657 traf dort der Danziger Segelmacher Michael Wouters ein; zum Jahre 1656 werden zwei weitere Danziger als Soldaten genannt, 1657 ferner aus Danzig Michael Bischop als Unterarzt und Pieter Hans als Oberbootsmann und aus Elbing Andreas Swart als Soldat. Auch in den folgenden Jahrzehnten begegnen immer wieder Einwanderer aus Danzig, Königsberg, Elbing und Memel im Kapland. Jacob van Reenen aus Memel, der 1721 nach Südafrika kam, wurde als Landwirt und Tierzüchter der Begründer einer noch jetzt vorhandenen bedeutsamen Familie [14].

Im 18. Jahrhundert ließ die Einwanderung aus den Niederlanden nach Danzig erheblich nach. Aus Brabant und Flandern kamen nur 2 Handwerker aus Loewen und Ypern, aus Holland 60 Personen, von denen ein Drittel aus Städten und zwei Drittel aus ländlichen Gemeinden stammten; 50 von ihnen waren Seefahrer und Schiffer. Die meisten waren beheimatet auf den Inseln Ameland, Schelling und Vlieland, in Amsterdam und Harlingen. Nach 1746 hörte die Einwanderung fast völlig auf [15].

Sehr beträchtlich wurde der Einfluß des niederländischen Kalvinismus auf die religiöse und politische Entwicklung Danzigs, wohin er durch Flüchtlinge nach 1567 gebracht wurde. Seine Anhänger bildeten in den Vorstädten Danzigs eine eigene Gemeinde und beriefen zu ihrer Leitung seit 1570 den Prediger Peter Jansen aus Delft. Als dieser nach 10 Jahren in seine Heimat zurückkehrte, trat Josua Lagus, der gleichfalls aus Holland kam, bis 1585 an seine Stelle. Er wurde 1590 durch Isebrand Balk ersetzt, der schon nach 2 Jahren ebendorthin sich wandte. Anfeindungen durch das einheimische Lutheranertum und Ausweisungen des Rats erschwerten die seelsorgerische Tätigkeit dieser Geistlichen. Immerhin blieb die niederländische Gemeinde bestehen. Über ihr Ergehen ist ein „Kerken Bouck" aus den Jahren 1596—1657 überliefert; es war von dem Ältesten der Gemeinde Cornelius Willemsen 1618 angelegt worden.

Inzwischen hatte jedoch der Kalvinismus, z. T. auch durch Einwirkung aus der Pfalz, in führenden Kreisen der städtischen Geistlichkeit und des Rates Eingang gefunden. So lehrte in diesem Sinne Peter Praetorius, der vorher in Kursachsen tätig gewesen war, seit 1576 an der Marienkirche. Seit 1578 stand ihm zur Seite Jacob Fabricius, der Sohn des Danziger

---

[12] P. Simson, Der Artushof und seine Banken, 1900.

[13] Angaben nach der noch nicht veröffentlichten Diss. von H. Ellwart über die Bevölkerung Danzigs im 16. und 17. Jahrhundert.

[14] Ed. Moritz, Die Deutschen am Kap (1938), S. 1, 3, 5ff., 12, 24, 37, 119, 121, 142, 240, 340; derselbe, Verzeichnis der zwischen 1652 und 1806 am Kap eingewanderten und eingebürgerten Deutschen, in: Mitteilungen der Deutschen Akademie (1935), S. 292 und (1936) S. 219.

[15] R. Walther, Die Danziger Bürgerschaft im 18. Jahrhundert nach Herkunft und Beruf, in: Zeitschr. des Westpreußischen Geschichtsvereins, 73 (1937), S. 65.

Ratsherrn Schmidt; er hatte in Hamburg und Basel studiert und wurde 1580 zum Rektor des Gymnasiums bestellt, das er bald zu einer Hochburg des reformierten Bekenntnisses ausgestaltete. Die dem Gymnasium verbundene Trinitatiskirche wurde damit diesem geöffnet. Das gleiche geschah an der Hospitalkirche zu St. Elisabeth und an der Pfarrkirche zu St. Peter und Paul, wo der Pfarrer Copius seit 1586 wirkte [16]. Der polnische König Stephan verbot zwar im gleichen Jahre die Aufnahme der Niederländer, da er sie als eine „Pest des Menschengeschlechts" bezeichnete; doch traten immer mehr Ratsherren, Professoren und Ärzte für den Kalvinismus ein. In den Kirchen zu St. Trinitatis und Peter und Paul wurden seit 1589 die alten, noch an die katholische Zeit erinnernden Altäre und Heiligenbilder entfernt, was z. T. den heftigsten Widerspruch der breiten, streng lutherischen Massen hervorrief. Die Geistlichkeit Danzigs war dagegen damals bereits in der Mehrzahl dem Kalvinismus gewonnen. Im Jahre 1587 gab es in der Stadt 7 lutherische und 14 kalvinistische Prediger; einige Jahre später hatten diese auch im Danziger Werder 8 und auf der Danziger Höhe 3 Gemeinden besetzt. Im Jahre 1605 gehörten dem reformierten Bekenntnis an 11 Mitglieder des rechtstädtischen und ein Mitglied des altstädtischen Rates, 8 Mitglieder des rechtstädtischen und 6 Mitglieder des altstädtischen Gerichts, ferner 35 von 80 Mitgliedern der 3. Ordnung. Zu den kalvinistischen Familien in Danzig gehörten: Bauer, von der Becke, Bergmann, Brand, Brandes, Broen, Conrad, Conradi, Cölmer, Giese, Harder, Heine, v. Horn, Kerl, Kerschenstein, Köhne v. Jaski, Liesemann, Mehlmann, Rogge, Rüdiger, Schachmann, Schaftmann, Schmidt, Schwarzwaldt, Soermann (1725 aus Gießen an de Kerk nach Danzig), Uphagen (Arnold aus der Gegend von Ypern 1592 nach Meisterswalde), Zierenberg, Zimmermann [17].

Die häufigen Lehrstreitigkeiten, besonders über das Abendmahl, zwischen den Lutheranern und den Kalvinisten hatten die Leidenschaften stark entflammt; politische und wirtschaftliche Beunruhigung blieb nicht aus. Ein Teil der Kaufleute und der Handwerker forderte daher vom polnischen König im Jahre 1605 die Entfernung der reformierten Prediger und Lehrer; da Wladislaw IV. entschied, nur Anhänger der augsburgischen Konfession sollten zu Ämtern zugelassen werden, spitzte sich der Streit auf die auch an anderen Orten eifrig erörterte Frage zu, ob die Reformierten den Schutz der Augsburger Konfession genießen durften; er wurde ihnen in Danzig endgültig erst 1652 zuerkannt; nur die beiden Kirchen, St. Elisabeth und St. Peter und Paul, blieben ihnen erhalten. Es gab neben einer „preußischen" eine „niederländische" Gemeinde. Sie hatte ihre eigenen Vorsteher, Ältesten und Diakone, eigene Finanzverwaltung und Armenpflege. Nur die Gottesdienste wurden gemeinsam abgehalten. Erst in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ist die niederländische Gemeinde eingegangen. An der Zusammensetzung der reformierten Gemeinde in Königsberg waren Niederländer und Engländer beteiligt. Von den sieben Vorstehern waren im Jahre 1646 2 holländischer Herkunft [18]. Auch in Elbing ging die Reformierte Gemeinde vornehmlich auf englische und schottische Zuwanderer zurück. Johannes Bochmann, der 1578 an die Marienkirche berufen wurde, ward als erster Kalvinist verdächtigt. Auch 100 Jahre später hatte die Gemeinde kein eigenes Gotteshaus. Als in ihrem Namen der holländische Kaufmann Coolmann 1697 die Danziger Gemeinde um Unterstützung bat, wurde dies abgeschlagen. Erst seit 1772 erhielt sie einen ständigen Prediger [19]. Die Reformierte Gemeinde in Thorn hatte keine nachweisbaren Beziehungen zu den Niederlanden [20].

Dem religiösen Einfluß der Kalvinisten entsprach die Einwirkung der holländischen Kunst auf die Entwicklung des Danziger Stadtbildes; sie wirkte sich baulich auf die benachbarten Städte des Weichsellandes, wie besonders auf Elbing, aus. Man kann daher nicht mit Unrecht

---

[16] P. Simson, Geschichte der Stadt Danzig, II, S. 257, 367, 405, 434; Ed. Schnaase, Geschichte der evangelischen Kirche Danzigs (1863); E. Pritzel, Geschichte der reformierten Gemeinde zu St. Petri-Pauli in Danzig (1940).

[17] G. Löschin, Die Bürgermeister, Ratsherren und Schöppen des Danziger Freistaates (1868), S. 25.

[18] E. Macholz, Studien zur Geschichte der Reformierten in Altpreußen (1912), S. 60.

[19] Otto Heuer, Von den Anfängen der Reformierten Gemeinde in Elbing, in: Mitteilungen des Coppernicus-Vereins 47, (1939), S. 86.

[20] Paul Arndt, Die Reformierten Geistlichen im Stadt- und Landkreis Thorn (1586—1921). Ebenda, S. 1.

von einem Zeitalter der holländischen Kunst in der Kunstgeschichte des Weichsellandes sprechen. Diese Erscheinung verlangt deshalb eine ausführlichere Würdigung und Erklärung. Die künstlerischen Beziehungen des Weichsellandes zu den Niederlanden reichen gleich dem Handel auf die Mitte des 14. Jahrhunderts zurück. Genau in den gleichen Jahrzehnten, in denen der Handel zwischen Danzig und Brügge zum ersten Male aufblühte und eine größere Zahl von Flamen nach dem Weichsellande einwanderte, ist auch die erste künstlerische Einwirkung zu beobachten. Bei dem Neubau der Marienkirche, der 1343 begonnen war und seit 1359 lebhaft durchgeführt war, wurde der Basilika ein wuchtiger Turm vorgesetzt, der unmittelbar an flämische Vorbilder erinnert. Seine massige Gestalt, die kantigen Strebepfeiler an den vier Ecken, das flache Dach sind zu vergleichen den Türmen von St. Martin in Ypern, St. Baaf in Gent, St. Nikolaus in Furnes, St. Nikolaus in Dixmuiden, St. Martin in Kassel, St. Marien in St. Omer, am meisten aber den Kirchtürmen zu Damme und Lisseweghe, welche den Danziger Schiffern auf ihrer Fahrt den Swin aufwärts nach Brügge entgegentraten. Es dürfte nicht zu bezweifeln sein, daß der Entwurf des Danziger Marienturmes auf diese flämischen Vorbilder zurückzuführen, wenn er nicht gar von einem flämischen Baumeister in den Jahren 1357—1379 ausgeführt worden ist [21].

Wie die Marienkirche in Danzig weist das Rathaus in Thorn stärkste Beziehung zur flämischen Baukunst auf. Die Außenwände und der Turmbau seines Neubaues aus dem Jahre 1399 sind den Belfrieden in Flandern, wie in Brügge, und der Tuchhalle in Ypern verwandt. Es ist mehr als ein Zufall, daß auch der Umbau des Thorner Rathauses um 1600 von Anthony van Obbergen aus Mecheln durchgeführt worden ist. Auch ist der Neubau des rechtstädtischen Rathauses in Danzig vom Ende des 15. Jahrhunderts dem Hansehause in Brügge auf das engste verwandt; dies wurde vor 1478 von Jan van de Poele erbaut [22].

Die Jahrzehnte von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts sind kunstgeschichtlich dadurch gekennzeichnet, daß in ihnen nicht allzu viele, aber besonders hervorragende Werke flämischer und holländischer Kunst nach Danzig gelangten. Die Kaufleute, die Ratsherren und Kirchenväter der Weichselstadt hatten an den Leistungen ihrer hansischen Geschäftsfreunde Geschmack gefunden und glaubten den Schmuck ihrer Heimat durch die Einfuhr niederländischer Kunstwerke noch reicher gestalten zu können, als es durch die Arbeiten der einheimischen Künstler und durch Kunstwerke böhmischer und rheinischer Herkunft möglich war. Das älteste und zugleich berühmteste der zu diesem Zweck ostwärts verschifften Kunstwerke gelangte auf besonders merkwürdige Art und im Grunde unbeabsichtigt nach dem Weichsellande. Es war das weltbekannte Gemälde des „Jüngsten Gerichtes", das der vom Mittelrhein stammende Hans Memling in Brügge 1467/68 angefertigt hatte. Es sollte nach dem Wunsch seines Auftraggebers Angelo Tani, des dortigen Vertreters des Hauses Medici, eine Kirche in Florenz zieren, wurde jedoch in dem Kriege der Hanse gegen England im Jahre 1473 von dem Danziger Kapitän Paul Benecke auf einem Schiff, das sich auf der Fahrt von Sluys nach London befand, gekapert und von den Reedern des siegreichen „groten Kraweels" der Georgenkapelle in der Danziger Marienkirche gestiftet. Es hat dort fast 500 Jahre unzählige Tausende ehrfürchtiger Betrachter zutiefst erschüttert, aber auch der Danziger Malkunst entscheidende Anregungen vermittelt. Seine eindrucksvollen Farben, der Adel des menschlichen Körpers, die seelische Ergriffenheit der Seligen und der Verdammten, die bunte und figurenreiche Darstellung der irdischen Gerichtsstätte, der Himmelspforte und des höllischen Fegefeuers haben die zuvor steife und farbenarme Danziger Malerei zu größerer Lebendigkeit angeregt. Der in Brügge ansässige Florentiner Kaufmann Portinari verlangte zwar die Rückgabe der kostbaren Kriegsbeute und erwirkte eine Handelssperre für alle hansischen Güter in Flandern; sie wurde aber durch Karl den Kühnen wieder aufgehoben; doch noch 1492 wiederholte der Florentiner seine Forderung auf Schadensersatz. Der Große Rat zu Mecheln lud die Hanse

[21] K. Gruber-E. Keyser, Die Marienkirche in Danzig (1929).

[22] C. Steinbrecht, Thorn im Mittelalter (1885); K. Gruber, Das Rathaus von Thorn, in: Deutsche Kunst- und Denkmalpflege, 14 (1940/41), S. 50; derselbe, Der niederländische Einfluß in der Baukunst des Deutschordenslandes Preußen, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 1 (1937), S. 715.

vor; aber nach langen Verhandlungen vergütete der Rat von Brügge die Ansprüche Portinaris, da die Hanse mit der weiteren Verlegung ihres Kontors nach Antwerpen drohte [23].

Kleinere Kunstgegenstände waren schon zu Beginn des 15. Jahrhunderts aus Flandern im Preußenlande eingeführt worden. So hatte der Komtur von Rehden, Georg von Wirsberg im Jahre 1411 2 Tafeln von Gold, Silber und Edelsteinen auf Kosten des Ordens dort machen lassen. Bereits vorher war in den Jahren 1402—1405 ein Bildhauer Johann von der Matten aus Flandern in Danzig tätig gewesen. Im Jahre 1496 lebte dort auch ein holländischer Brückenbauer, den der Thorner Rat für einen Brückenbau anforderte. Die Reinholdsbank des Danziger Artushofes bestellte um 1500 ein Bild in Amsterdam; es ging jedoch unterwegs auf See verloren. Dagegen gelangte der von Israel von Mecheln angefertigte Schnitzaltar in die Antoniuskapelle der Trägerzunft in der Marienkirche [24]. Die Kürschner ließen sich bereits 1440 einen Dreikönigsaltar aus Flandern kommen. Auch ist der kostbare, figurenreiche, vergoldete Schnitzaltar mit dem Marienleben, der im Jahre 1516 in Antwerpen angefertigt worden war, in der Reinholds-Kapelle noch erhalten. Aus der gleichen Zeit stammt auch ein Schnitzaltar in der Klosterkirche von Zuckau; er trägt das Merkzeichen der Lukasgilde von Antwerpen. Im Artushof wurde 1526 ein großes Marienbild aus Amsterdam aufgehängt; im Jahre 1543 ließ der Rat Tapeten aus Antwerpen kommen. Auch die „burgundische" Mode in Kleidung und Schmuck hat von Flandern und Holland aus im 15. und 16. Jahrhundert die Danziger Tracht stark beeinflußt, bis sie nach 1550 mehr und mehr von der spanischen, aber auch überwiegend von den spanischen Niederlanden übermittelten Mode abgelöst wurde [25].

Während der Stürme der Reformation ruhte der Kunsthandel. Erst der endgültige Sieg des Luthertums in Danzig im Jahre 1557 war mit der Aufstellung eines Meisterwerkes des holländischen Bronzegusses verbunden. Die Kirchenväter von St. Marien hatten 1554 den Steinmetzmeister Cornelius beauftragt, nicht nur den Sockel einer großen Taufe anzufertigen, sondern auch in Utrecht die Anfertigung des Taufbeckens und des Taufgitters in Auftrag zu geben. Hinrik Willemsson lieferte das Metall, der Kupferschläger Adrian Hynrichsen führte den Guß aus. Zwei Amsterdamer Kaufleute vermittelten die Bezahlung. Der Gießermeister Claus Adamsson brachte das Werk nach Danzig und stellte es vor der Turmkapelle der Marienkirche auf [26].

Zu der gleichen Zeit setzte mit dem Strom der kalvinistischen Flüchtlinge eine größere Einwanderung holländischer Künstler nach dem Weichsellande ein; sie fanden besonders in Danzig reiche Beschäftigung [27]. Dirk Daniels erbaute 1560 die schlanke Spitze des Rathausturmes, die neue Koggenbrücke 1563 und die erste Wasserkunst. Johann Moor aus Brabant lieferte 1561 das Glockenspiel, das noch heute seine Weisen erklingen läßt. Als Stadtbaumeister wurden angestellt Regnier aus Amsterdam, Gerhard und Friedrich Hendrisson, genannt Fromm (1567—1593) aus Haarlem. Paul von dem Dorne aus Antwerpen erbaute den Ankerschmiedeturm; er heiratete 1574 Barbara aus der vornehmen Familie von Suchten. Der aus Mecheln gebürtige Wilhelm von dem Blocke, der vorher in Königsberg tätig gewesen war, wirkte seit 1584 in Danzig und erbaute 1587/88 das Hohe Tor nach dem Vorbilde des 1553 neu hergestellten St.-Georgen-Tores in der Umwallung von Antwerpen. Sein Sohn Abraham erbaute 1612 das Langgassertor und leitete 1616/17 den Umbau der Südwand des Artushofes. Zwei weitere Söhne Wilhelms waren als Maler tätig. Abraham schuf auch 1614 in der Marienkirche das Grabmal von Simon und Judith Bahr, der Schwiegereltern des reichen Kaufherrn Johann Speimann, dessen Haus am Langen Markt nach dem Vorbild der Bürgerbauten am Markte von Brüssel von Hans Voigt aus Rostock erbaut wurde. Zu der gleichen Familie gehörten auch Aegidius von dem Blocke, sowie Isaack, der die Deckengemälde in dem

---

[23] W. Drost, Das Jüngste Gericht des Hans Memling in der Marienkirche zu Danzig (1941).

[24] Er wurde 1842 an den Deutschmeister des Deutschen Ordens verkauft und befindet sich jetzt in der Elisabethkirche in Wien. Vgl. Th. Hirsch, Die Oberpfarrkirche von St. Marien (1843), S. 396.

[25] E. Schaumann, Beiträge zu einer Geschichte der Tracht in Danzig, in: Zeitschr. des Westpreußischen Geschichtsvereins, 73 (1937), S. 7.

[26] K. Gruber-E. Keyser, Die Marienkirche in Danzig (1929), S. 63.

[27] G. Cuny, Danzigs Kunst und Kultur im 16. und 17. Jahrhundert (1910).

neuen „Roten" Saal sowie Wandgemälde in der Winterratsstube und der ehemaligen Kämmerei des rechtstädtischen Rathauses anfertigte. Sie veranschaulichen menschliche Tugenden und Laster. Ihr Mittelstück stellt den Lauf der Weichsel von den Karpaten bis zur Ostsee und im Vordergrunde den Langen Markt mit dem Artushof und dem dortigen Treiben der Kaufleute dar. Für den gleichen Saal fertigte der berühmte Architekturmaler Johann Vredeman de Vries aus Leeuwarden, der seit 1592 kurze Zeit als Stadtbaumeister angestellt war, mehrere Wandgemälde an; ihm ist auch das große Gemälde im Artushof aus dem Jahre 1594 zu verdanken, welches Orpheus beim Saitenspiel unter den Tieren zeigt. Wilhelm Bart van der Meer aus Gent errichtete den Kamin im Roten Saal des Rathauses und 1611 den prunkvollen Hochaltar in der Johanniskirche.

Von den niederländischen Künstlern, die am Ende des 16. Jahrhunderts in Danzig wirkten, ist Anthony van Obbergen, der 1543 in Mecheln geboren war, am bekanntesten geworden [28]. Nachdem er in Antwerpen tätig gewesen war und im Auftrage des dänischen Königs die Frederiksburg und die Kronborg am Sunde 1578—1585 erbaut hatte, hielt er sich seit 1586 in Danzig auf; er wurde 1594 als Stadtbaumeister verpflichtet und war tätig beim Bau der Festung Weichselmünde, des altstädtischen Rathauses 1587—1595 und des Großen Zeughauses 1600—1605. Ferner wird ihm der Bau der Peinkammer 1592/93 und der Predigerhäuser von St. Katharinen zugeschrieben; er ist 1611 in Danzig verstorben. Neben den Baumeistern waren mehrere Bildhauer und Steinmetzen aus Antwerpen, Brüssel, Nimwegen, Utrecht, Amsterdam, Haag, Enkhuysen, Hertogenbosch bei der Herstellung von Hausfassaden, Portalen und Epitaphien tätig.

Als Festungsbauingenieure wirkten Adrian Olbrantsen und Wilm Jansen Benningen aus Alkmaar an der Errichtung der Steinschleuse im Jahre 1623, welche die Einführung der Mottlau in das Stadtgebiet sicherstellte. Adam Wiebe aus Harlingen an der Zuidersee, betätigte sich seit 1616 als Mühlenbaumeister, errichtete Schöpfwerke und Wasserleitungen und fertigte eine Seilbahn an, mit der der Sand vom Bischofsberg über den Stadtgraben hinübergeführt wurde, um die Bastionen auf dem heute nach dem Meister genannten Wiebenwall aufzuschütten; diese Anlage wurde als technisches Wunderwerk in aller Welt bestaunt und in mehreren Kupferstichen festgehalten.

Die Einwirkung der holländischen Baukunst auf die Danziger Bauten geht weit über die Werke hinaus, die von holländischen Meistern selbst in Danzig geschaffen worden sind. Auch nicht nur die als Ballast mitgebrachten „Moppchen" und die blauweißen Delfter Kacheln, welche die Wände zahlreicher Dielen und Küchenräume bedeckten und vielfach noch heute schmücken, lassen den Einfluß der holländischen Bauweise erkennen. Vielmehr zeigt die Mehrzahl der öffentlichen Gebäude und der Bürgerhäuser jener Jahrzehnte das Gepräge holländischer Baugesinnung. Der Ziegelrohbau, die regelmäßige Gliederung der Straßenwand durch schmale, hohe Fenster, der Schmuck der Giebel durch Figuren, die Vorliebe für kleine Türmchen an den Ecken der Gebäude, die Anbringung des Glockenspieles auf dem rechtstädtischen Rathause und schließlich noch 1738 auf dem Turm der Katharinenkirche — es wurde von Nikolaus Derck aus Hoorn an der Zuidersee verfertigt — erinnern auf das stärkste an die Städte- und Straßenbilder, welche der Danziger Kaufmann in den Niederlanden auf seinen Reisen anzutreffen pflegte. Gewiß hat der holländische Einfluß nicht ausschließlich die damalige Danziger Bauweise bestimmt, es gibt auch Einwirkungen aus Nieder- und Mitteldeutschland; aber er hat Danzig bis heute zu der Stadt an den Küsten der Ostsee gemacht, die am stärksten ihre wirtschaftlichen und künstlerischen Beziehungen zu den Niederlanden sichtbar widerspiegelt. Es geschah in den gleichen Jahrzehnten, in denen auch der Handel am lebhaftesten blühte und, wie gezeigt, eine große Anzahl holländischer Persönlichkeiten im Rat- und Pfarramt zur Geltung gelangten.

Als Arzt und Kalendermacher wurde Dr. Wilhelm Misocaccus aus Brüssel bekannt, der seit 1571 in Danzig lebte. Franz Rhode aus Flandern wurde seit 1538 der Begründer der später

[28] G. Cuny, Hieronymus und Antonius von Obbergen, in: Mitteilungen des Westpr. Geschichtsvereins, 3 (1904), S. 51; P. Simson, Weitere Nachrichten über Hieronymus und Antonius von Obbergen, in: ebenda, 5 (1906), S. 24; J. Kaufmann, Neues über Antoni von Obbergen, ebenda, 5 (1906), S. 37; W. Drost, Danziger Malerei vom Mittelalter bis zum Ende des Barock (1938), S. 115; H. Carl, Antoni von Obbergen, in: Deutsches Archiv f. Landes- und Volksforschung, 6 (1942), S. 97 ff.

wichtigsten Danziger Druckerei. Holländer, wie Cornelius Janszen 1621, führten in Danzig auch die Seidenfärberei ein.

Infolge der polnisch-schwedischen Kriege trat in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts die baukünstlerische Tätigkeit in Danzig vor den militärischen Anforderungen in den Hintergrund; auch ihnen wurden holländische Erfahrungen dienstbar gemacht. So weilte der Generalquartiermeister der Niederlande, Peter von Perceval, 1649 und 1656/57 in Danzig, um Vorschläge für die Befestigung des Hagelsberges, des Bischofsberges, des Holmes und der Festung Weichselmünde zu machen; er verstarb 1657 während seines Danziger Aufenthaltes. In den folgenden Jahrzehnten wirkte an der Stadtplanung und -befestigung Peter Willer mit, der in seiner Jugend am Bau des Rathauses in Amsterdam beteiligt gewesen war; er lebte von 1661 bis zu seinem Tode 1700 in Danzig und hat anschauliche Stadtbilder und einen guten Stadtplan zu der Chronik Danzigs von dem Ratssekretär Reinhold Curicke 1687 geliefert.

Gleich den Kunstwerken aus Stein und Metall haben zahlreiche Gemälde im 17. und 18. Jahrhundert den Weg aus den Niederlanden nach Danzig gefunden. Sie füllten die Patrizierhäuser und bilden z. T. noch heute den Schmuck der Danziger Gemäldegalerie. Die blühende holländische Mal- und Stichkunst wirkte sich auch auf die einheimischen Künstler aus, die sich nicht selten zum Studium in Holland aufhielten oder bei holländischen Meistern in Danzig selbst in die Lehre gingen. Der bekannteste dieser Künstler war Wilhelm Hondius, der einer Familie im Haag entstammte, wo er 1601 geboren war. Er kam nach 1633 nach Danzig und fertigte zahlreiche Stiche von Bürgermeistern, Ratsherren und Geistlichen, von Bauwerken und Ehrenpforten an; auch führte er Aufträge polnischer Könige und Adliger aus; im Jahre 1652 kehrte er in seine Heimat zurück [29].

Auch zwei der wichtigsten Ansichten der Stadt Danzig aus der Blütezeit ihrer Beziehungen zu Holland verdanken dortigen künstlerischen Einflüssen ihren Ursprung. Aegidius Dickmann, ein Danziger, hielt sich 1624 in Haarlem zu seiner Ausbildung auf, nachdem er schon 1617 einen Prospekt Danzigs nach einer älteren Vorlage angefertigt hatte; auch schuf er das erste größere Kupferstichwerk mit Danziger Straßenbildern; es wurde in zweiter Auflage 1625 bei Frederik de Witt in Amsterdam verlegt. Der ältere Prospekt wurde 1618 von Peter Kaer in Amsterdam nachgestochen und dem dortigen Rat gewidmet [30].

Nicht minder wirkte sich der Einfluß der niederländischen Musik auf Danzig aus. Im Jahre 1569 wurde Johann Wanning aus Kampen als Kapellmeister an der Marienkirche angestellt und hat dieses Amt bis zu seinem Tode im Jahre 1603, auch durch die Komposition von Motetten, erfolgreich ausgeübt. Ein Schüler des bekannten Sweelinck in Amsterdam war Paul Siewert, ein Danziger, der seit 1623 Organist an der Marienkirche war. Kalvinistisch beeinflußt, brachte er wertvolle Anregungen der damaligen holländischen Musik besonders auf dem Gebiet der Orgelvariationen in seine Heimat.

Auch die wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den Niederlanden und dem Weichsellande waren sehr rege. Im 17. Jahrhundert hatten von 132 in Danzig tätigen Ärzten 52 an niederländischen Hochschulen studiert [31]. Ein Viertel der Studenten von Leiden stammte in den Jahren 1625—1643 aus West- und Ostpreußen. 700 Preußenländer besuchten die Universität Leiden allein in dem ersten Jahrhundert ihres Bestehens. Mehrere Schüler des Elbinger Gymnasiums studierten im 17. Jahrhundert in Leiden und Groningen besonders Rechtskunde [32]. Zwei Danziger sind in Holland zu Weltruhm gelangt.

Philipp Clüver, der Begründer der historischen Geographie, der als Sohn des Danziger Münzmeisters 1580 geboren war, hatte nicht nur in Leiden studiert, sondern lebte dort seit 1615 bis zu seinem Tode 1622 als Universitätsprofessor. Seine Werke über Deutschland und Italien

[29] J. E. Block, Das Kupferstich-Werk des Wilhelm Hondius (1891).

[30] E. Keyser, Der Danziger Kupferstecher Aegidius Dickmann, in: Mitteilungen des Westpr. Geschichtsvereins, 25 (1926), S. 41; derselbe, Der Prospekt der Stadt Danzig von Petrus Kaerius, in: ebenda, 28 (1929), S. 41.

[31] F. Schwarz, Danziger Ärzte im 16.—18. Jahrhundert, in: Danziger Familiengeschichtliche Beiträge, 4ff. (1939ff.).

[32] Karl Wolff, Preußische Studenten auf niederländischen Hochschulen, in: Ekkehard 15, (1939), S. 4 und 65.

im Altertum bezeugen erstaunliche Gelehrsamkeit und sind z. T. noch heute nicht völlig ersetzt. Auch Daniel Fahrenheit, ein gebürtiger Danziger, verbrachte den größten Teil seines Lebens in den Niederlanden; zunächst als Kaufmann und später als Naturforscher in Amsterdam; das von ihm hergestellte Thermometer ist in den Niederlanden und den angelsächsischen Ländern noch heute im Gebrauch [33].

Wie in dieser Weise das Danziger Stadtbild ein starkes holländisches Gepräge empfing, wurde auch die Weichsellandschaft in niederländischem Geiste umgestaltet; es geschah durch die Mennoniten. Sie bildeten einen Teil jener großen Gemeinschaft der Täufer, die schon in den ersten Jahren der Reformation in Südwestdeutschland und in der Schweiz entstanden waren. Die Täufer breiteten sich von dort ostwärts nach Böhmen und Mähren und in die Alpenländer und den Rhein abwärts nach der Pfalz und den Niederlanden aus. In den Niederlanden ist die Täuferbewegung wahrscheinlich durch Schweizer Flüchtlinge um 1522 entstanden. Gemeinden der sog. Doopsgezinden traten um 1530 in Holland, Seeland und Friesland auf. In einigen flämischen Städten huldigten Webergilden ähnlichen Anschauungen. Seit 1536 übernahm die Führung Menno Simons; er war 1496 in Witmarsum geboren und zuerst Prediger in Westfriesland gewesen. Die Einsicht in die Glaubensstärke der verfolgten Täufer in seiner Heimat veranlaßte ihn zu innerer Einkehr und zum Entschluß, sich ganz dem Glaubenskampfe zu widmen. Während die Mennoniten, wie sie in Holland seit 1544 nach ihrem Führer genannt wurden, in den meisten Gebieten der Niederlande sich nicht halten konnten, fanden sie in Ostfriesland und im Preußenlande freundliche Aufnahme. Sie minderten jedoch ihren Einfluß durch die Spaltung in eine friesische und eine flämische Richtung seit 1567.

Da zwischen den Niederlanden und dem Preußenlande seit alters enge wirtschaftliche Beziehungen bestanden, wandten sich die aus ihrer Heimat vor der spanischen Gewaltherrschaft flüchtenden Täufer auch bald nach den Hansestädten Danzig und Elbing und nach dem 1525 neugebildeten Herzogtum Preußen. Gerade hier, wo der Reiterkrieg große Verwüstungen mit sich gebracht hatte, wurde ihre Niederlassung begrüßt [34]. Nachdem Verhandlungen in Königsberg, an denen Herzog Albrecht, der letzte Hochmeister, persönlich teilgenommen hatte, vorausgegangen waren, brachten Heinrich Klausson von Alkmaar und Thomas Lorenz von St. Martin im Jahre 1527 die ersten Ansiedler nach den Dörfern Schmauch, Liebenau, Plehnen, Robitten und besonders nach Bardeyn bei Pr.-Holland, welche Stadt bereits in ihrem Namen an gleichartige Beziehungen im Mittelalter erinnerte; sie ist im Jahre 1297 von holländischen Lokatoren ausgegeben worden; doch waren die Ansiedler keine Niederländer [35]. Es waren gegen 100 Familien, die jedoch nicht seßhaft wurden und von denen manche nach Königsberg und Danzig weiterzogen. Als einige Jahre später Gerhard von Wormer wiederum zur Fahrt nach dem Preußenlande in den Niederlanden aufforderte, erfolgte ein größerer Zug wohl im Jahre 1531. Leider stellten sich in der neuen Heimat bald Schwierigkeiten ein. Die lutherische Geistlichkeit wandte sich seit 1534 aus religiösen Gründen gegen die Täufer und, da diese auch den mit der Ansiedlung verknüpften Bedingungen nicht sogleich nachkamen, drohte ihnen 1536 auch Herzog Albrecht seinen Schutz zu entziehen. Trotzdem ließen sich neue Siedler 1538/39 in den Dörfern Schönberg und Judendorf bei Pr.-Holland sowie auch in den Vorstädten von Königsberg nieder. Alle diese Unternehmungen wurden durch die Ausweisung der Siedler im Jahre 1543 bis auf geringe Reste in Schönberg und Bardeyn vernichtet. In diesen Dörfern waren einzelne Mennoniten noch 1547, 1553 und 1555 vorhanden. Auf eine erneute Ansiedlung in Weeskendorf und Graulsberg nach 1557 folgte der Abzug bis 1560. Die Ansiedlung der Mennoniten in dem Gebiet um Pr.-Holland scheiterte jedoch schließlich an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich die Einwanderer gegenübersahen, sowie an ihrem Bekenntnis und mundartlichen Gegensatz zu ihren Nachbarn. Gerade je mehr die Menno-

[33] Fr. A. Meyer, Daniel Gabriel Fahrenheit (1936).

[34] F. Szper, Nederlandsche Nederzettingen in West-Pruisen gedurende den Poolschen Tijd (1913); B. H. Unruh, Kolonisatorische Berührungen zwischen den Mennoniten und den Siedlern anderer Konfessionen im Weichselgebiet und in der Neumark, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 4 (1940), S. 254.

[35] L. Dietzow, Bemerkungen zur Geschichte einiger Ortschaften im Kreise Preußisch-Holland, in: Mitteilungen Ver. für Geschichte von Ost- und Westpreußen 17, (1942), S. 9.

niten sich dieses Gegensatzes bewußt wurden und deshalb gegen die einheimische Bevölkerung abschlossen, wurden sie von dieser mißachtet und angefeindet[36]. Das war anders im Weichsel-Nogat-Delta auf den Territorien der Städte Elbing und Danzig. In Elbing wurden holländische Einwanderer trotz des Widerstandes des ermländischen Bischofs 1531 und 1536 aufgenommen. Als ihr 1534, 1542, 1550 bezeugter Aufenthalt in der Stadt wegen des Einspruches der mit ihnen im Wettbewerb stehenden Kaufleute verboten wurde, siedelte der Elbinger Rat sie auf dem sumpfigen Gelände von Eilerwald in der Nogatniederung nach 1565 an. Seit 1585 wurden sie zum Bürgerrecht in der Stadt wieder zugelassen[37].

Auch im Gebiet um Marienburg wurden Mennoniten seit 1554 angesetzt. Zahlreiche neue, fast ausschließlich von ihnen bewohnte Dörfer entstanden um die Wende des 16. zum 17. Jahrhundert im sog. Kleinen Werder an der Nogat und besonders am Drausensee. Ihre wichtigsten Niederlassungen, in denen noch heute ihre Nachkommen ansässig sind, waren: Aschbuden (1586), Kerbswalde (1586), Bärwalde (1590), Markushof (1590), Thiensdorf (1590), Kronsnest (1609), ferner Rosenort, Neu-Dollstädt und Kampenau.

Bereits vorher hatten die Mennoniten im Gebiet der Stadt Danzig Eingang gefunden. Zunächst war zwar die Stadt bei ihrer streng lutherischen Einstellung den niederländischen Wiedertäufern abgeneigt. Der Rat wehrte sich in den Jahren 1534/35 gemeinsam mit Lübeck gegen ihre Aufnahme. Als jedoch ihre religiöse Ungefährlichkeit und ihre wirtschaftliche Brauchbarkeit bekannt geworden waren, wurden sie eifrig herbeigerufen. Die erste Gelegenheit hierzu bot die Ausweisung der Wiedertäufer aus dem Herzogtum Preußen. Hermann von Bommeln, der viele Jahre im Dienste des Herzogs Albrecht tätig gewesen war, wurde im Jahre 1547 vom Danziger Rate zur Besiedlung der Dörfer Scharfenberg und Landau und des Sperlingsdorfer Bruches herangezogen. Außer Tönnies Florissen ließen sich noch mehrere andere Auswanderer aus dem Dorfe Schönberg bei Pr.-Holland in ihnen nieder. Auch wurde im gleichen Jahre Philipp Frese, auch v. Edzema genannt, beauftragt, Ansiedler aus seiner Heimat in den Niederlanden herbeizuholen; es wurde ihnen zunächst das Dorf Reichenberg überlassen. Weitere Höfe wurden 1552 an Mitglieder des Danziger Rates zur Besiedlung in Schmerblock und Weslinken übergeben. Die Mennoniten sollten das Land urbar machen, Mühlen, Schleusen und Dämme anlegen, das Schulzenamt verwalten; sie empfingen ihre Grundstücke in Erbpacht gegen geringe Abgaben und Leistungen. Der Wehrdienst war ihnen gegen eine Geldzahlung erlassen; auch waren sie vom Scharwerk befreit. Die Siedlerrechte wurden gewöhnlich an die Gemeinschaft der Siedler, nicht an die einzelnen Personen verliehen; sie hafteten daher auch gemeinsam den Grundherren für alle Leistungen. Das Amt der Schulzen und Schöffen war nicht erblich, sondern wechselte jährlich unter den „Nachbarn". Sie halfen sich auch gegenseitig bei Brand- und Wasserschäden. Im Jahre 1613 wurden zu den „holländischen" Dörfern bei Danzig auch noch die benachbarten Ortschaften Breitfelde und Schönrohr gerechnet. Später kamen noch die Dörfer Wotzlaff (1582), Neuendorf (1582), Schönau, Sperlingsdorf und Käsemark hinzu; ferner waren im holländischen Besitz einzelne Gehöfte in den Dörfern Krampitz (1622), das dem Hl.-Geist-Hospital gehörte, in Neuenhuben, Gr.- und Kl.-Walddorf (1622), Quadendorf. Auf der Danziger Nehrung wohnten Mennoniten in Plehnendorf (1629), Pasemark (1607), Prinzlaff (1611), Freienhuben, Nickelswalde, Schönbaum, Schnakenburg (1613).

Häufig wanderten die Mennoniten von Dorf zu Dorf weiter und breiteten damit ihre Besitzungen über das gesamte Weichsel-Nogat-Delta und auch über die Weichsel-Niederungen stromaufwärts aus. In größeren Umfange wurden von ihnen die tiefliegenden Kampen am Ausfluß der Elbinger Weichsel in das Frische Haff besiedelt. Von Glabitsch (1660), Groß-Steegenerwerder (um 1650) und Poppau (1700) aus schoben sich die mennonitischen Gehöfte im 17. und 18. Jahrhundert ostwärts über die Kedingskampe, Groschkenkampe und Neukrügerkampe und in die auch zum Danziger Territorium gehörige Scharpau vor. Altebabke (1584), Brunau (1599), Beyershorst (1618) und Tiegenort erhielten starken niederländischen Einschlag. Häufig waren auch in anderen Bezirken gelegene Krüge in der Hand der Mennoniten.

[36] Br. Schumacher, Niederländische Ansiedlungen im Herzogtum Preußen zur Zeit Herzog Albrechts (1903), mit Karte.

[37] E. Kersten, Die Geschichte des Landkreises Elbing (1925), S. 199.

Anfeindungen des Danziger Rates, Überschwemmungen und die schwedisch-polnischen Kriege veranlaßten jedoch in der Mitte des 17. Jahrhunderts zahlreiche Mennoniten zur Abwanderung aus den Danziger Dörfern in das Gr.-Werder um Tiegenhof; diese Gebiete gehörten zu den Tafelgütern des polnischen Königs und wurden lange von Marienburg aus verwaltet. Da die dortigen Ländereien meist überschwemmt und unfruchtbar waren, wurden ihre Dörfer seit der Zeit um 1550 zur Neubesiedlung ausgeboten. Sie wurden zum größten Teil von den Gebrüdern Loitze übernommen, die in Danzig ansässig waren. Später traten an ihre Stelle die Herren v. Weyher als Inhaber der Ökonomie Tiegenhof. Als Bauern, Müller, Branntweinbrenner, Holz- und Getreidehändler gelangten seit dem Ende des 16. Jahrhunderts zahlreiche mennonitische Familien dort um Tiegenhagen, Tiegenort, Orloff, Pietzkendorf, Petershagen, Stobbendorf (1594), Bärwalde zu größerem Wohlstand. Sie vermochten daher in den folgenden beiden Jahrhunderten weitere Gehöfte in den südlich anstoßenden Bezirken um Neuteich, um Heubuden (vor 1676) und um Herrenhagen (1676) anzukaufen, so daß ein großer Teil des Gr.-Marienburger Werders unter ihren Einfluß gelangte und noch heute von ihren Nachkommen bewohnt wird [38].

Während somit die Mennoniten im Danziger Landgebiet sich mehr und mehr ausbreiteten, wurde ihre Aufnahme in die Stadt selbst erheblich erschwert [39]. Die Stadt suchte ihre Einwanderung zu verhindern und schrieb im Jahre 1534 nach Amsterdam, Antwerpen und anderen Orten, daß „gefährliche Auswanderer nicht befördert werden sollten". Die Täufer, deren Namen Mennoniten als Spottname seit 1572 in Elbing und seit 1573 in Danzig nachweisbar ist, mußten sich deshalb in den Vorstädten Alt-Schottland, Hoppenbruch und Schidlitz ansiedeln, die dem Bischof von Wloclawek und dem Birgitten-Kloster in Danzig unterstanden. Diese erste Danziger Gemeinde, bei der sich Menno Simons selbst in den Jahren 1547—1552 mehrmals aufgehalten hat, wurde von Dirk Philips geleitet und erfuhr einen großen Zuwachs, als die Verfolgungen Albas in den Niederlanden in den 60er Jahren einsetzten. Ein Versuch, innerhalb der Stadtmauern ansässig zu werden, wurde mit Ausweisungsbefehlen des Rats z. B. in den Jahren 1552, 1566 und 1572 beantwortet. Im Jahre 1571 verlangten die Danziger auf dem Thorner Landtage, daß „solche schädlichen, eigennützigen, verdächtigen und gotteslästerlichen Leute aus Schottland (einem Vororte Danzigs), abgeschafft werden mögen". Handelsneid und der Gegensatz der Bekenntnisse bestimmten das Verhalten der Bürgerschaft. Merkwürdig genug ist in diesem Zusammenhange, daß der katholische Bischof von Wloclawek sie aber gerade wegen ihres Gegensatzes zur lutherischen Bürgerschaft gefördert hat. Erst um die Wende des 16. und 17. Jahrhunderts gestattete der Rat die Ansiedlung der Mennoniten in den zum städtischen Territorium gehörenden Vorstädten Neugarten, Sandgrube und Petershagen; sie wurden seit 1603 auch als Grundbesitzer auf diesem Gelände in die städtischen Grundbücher eingetragen, so daß die 3. Ordnung, der vornehmlich Kaufleute und Handwerker angehörten, hiergegen noch 1635 Einspruch erhob. Im schwedisch-polnischen Krieg nach 1656 wurden die Vorstädte niedergebrannt und 21 Familien zur Flucht in die Stadt gezwungen. Erst nach dem Frieden von Oliva im Jahre 1660 erfolgte wiederum eine Ansiedlung auf den städtischen Besitzungen.

Während ihre wirtschaftliche Tüchtigkeit die eingesessene Bevölkerung zu ihren Gegnern machte, veranlaßte sie späterhin den Rat zur Duldung. Man fürchtete sogar, daß die Vertreibung der Mennoniten die „Handlung" benachteiligen würde. Ein Verzeichnis aus dem Jahre 1681 nennt 114 Haushaltungen, unter denen 24 Kaufleute und die übrigen Handwerker waren; viele von ihnen waren Färber, Bortenmacher, Zaymacher und Presser [40]. Um 1700 zählte die Gemeinde, die inzwischen in eine flämische Gemeinde in Altschottland und in eine friesische Gemeinde auf Neugarten sich gespalten hatte, etwa 1000 Seelen. Die Verluste durch die Pest

[38] H. Penner, Ansiedlung mennonitischer Niederländer im Weichsel-Mündungsgebiet von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Beginn der preußischen Zeit (Dissertation Danzig 1940); H. Nottarp, Die Mennoniten in den Marienburger Werdern (1929).

[39] H. Mannhardt, Die Danziger Mennoniten-Gemeinde (1919).

[40] Ed. Grigoleit, Danziger Mennoniten aus dem Jahre 1681, in: Danziger familiengeschichtliche Beiträge, 2 (1934), S. 124.

des Jahres 1709, an der 409 Gemeindemitglieder gestorben sein sollen, wurde durch natürliches Wachstum und erneuten Zuzug aus Holland ausgeglichen. Im Jahre 1749 zählte die flämische Gemeinde vor der Stadt 229 Familien; in der Stadt lebten nur 38 Familien, meist als Krämer, Branntweinbrenner und Bortenmacher.

Unter den städtischen Mennoniten ist am meisten Ambrosius Vermöllem aus Lier in Brabant bekannt geworden. Er wurde 1598 als Bürger aufgenommen und legte eine Branntweinbrennerei an, die später unter dem Namen „Der Lachs" weltberühmt geworden ist. Denn einer seiner Nachfolger, Isaak Wed-Ling mietete sich in der Breitgasse in dem Hause des Abtes von Oliva ein, das als Hausmarke den in Danzig damals viel verzehrten Lachs führte. Die von der Firma hergestellten Liköre: Das Dübelt Güldenwasser, Kurfürstlicher Magenbitter, Cordial, Pomeranzen u. a. haben nicht nur zehntausende Liebhaber gefunden, sondern sind auch in die klassische deutsche Literatur, wie in Lessings Lustspiel „Minna von Barnhelm" und Kleists „Zerbrochenen Krug" eingegangen. Auch das „Lobgedicht auf die gebrannten Wasser im Lachs zu Danzig", das nach 1748 mehrfach aufgelegt und vermehrt worden ist, hat als Krambambuli-Lied zum weiten Ruhm der mennonitischen Danziger Erzeugnisse beigetragen [41].

Die Erfolge der Mennoniten im Weichsel-Nogat-Delta veranlaßten auch die Verwalter der polnischen Krongüter, die aus den früheren Domänen des Deutschen Ordens entstanden waren, die Hauptleute und Starosten, holländische Bauern in den südlichen Niederungen der Weichsel bei Mewe, Neuenburg, Schwetz, Graudenz und Kulm anzusiedeln [42]. Es wurden ihnen die Ordensvorwerke Sanskau, Lubin, Brattwin, Westfalen und Tusch überlassen; aber auch in anderen Dörfern wurden sie aufgenommen; denn auch die Städte, der Adel und die katholische Kirche suchten sich ihren Fleiß und ihre Erfahrung zunutze zu machen. Die Ansiedler widmeten sich vornehmlich der Viehzucht und der Käserei, und standen in unaufhörlichem Kampfe mit dem Strom, der wiederholt die Dämme durchbrach und weite fruchtbare Weideflächen unter Wasser setzte und versandete.

In der Niederung zwischen Mewe und Marienwerder wurden Mennoniten nur in den Gebieten seßhaft, die nicht zum Herzogtum Preußen gehörten, da dieses wie bei Pr.-Holland ihre Anwesenheit nicht duldete; sie sind dort, wenn überhaupt, erst im 18. Jahrhundert zugezogen; so in Rehhof, Tragheimerweide (1724), Montauerweide, Gr.- und Kl.-Schadrau (vor 1744), Zieglershuben und Schweingrube (1740) und in mehreren anschließenden Dörfern. Einige der Einwanderer kamen aus der Tilsiter Niederung, aus der sie 1724 vertrieben waren; sie waren dort erst seit 1713 wohnhaft gewesen und kehrten nun in ihre weichselländische Heimat zurück. Als einige von ihnen kurz darauf Gelegenheit gefunden hatten, sich in Preußisch-Litauen anzusiedeln, wurden sie auch dort 1732 ausgewiesen. Sie begaben sich darauf zum größten Teil nach Holland, zum kleineren Teil wiederum nach dem Weichselland. Auch in Schulwiese, das zur Starostei Mewe gehörte, sind sie erst um 1708 eingewandert; dagegen waren sie damals auf der Insel Küche und in anderen Orten der Gr.-Falkenauer Niederung bereits längere Zeit vorhanden; so bei Mewe in Grünhof (vor 1623), Kl.-Falkenau (seit 1640), Alt-Mösland (seit 1640) bei Marienwerder in Schardau (1664), Neu-Liebenau (1607), Mewischfelde (1593), Gutsch (1614).

Die ersten Mennoniten am oberen Weichsellauf wurden von dem Hauptmann von Roggenhausen in Montau bei Neuenburg angesetzt [43]. Sie kamen aus dem Danziger Werder. In wenigen Jahren hatten sie das wüste Land urbar gemacht und den erforderlichen Wasserschutz geschaffen; im Jahre 1605 waren Holländer ansässig auch in den benachbarten Dörfern Dragaß (1592), Gruppe (1604), Gr.- (1583) und Kl.- (1593) Lubin, Gr.- und Kl.-Sanskau

---

[41] Eine ähnliche Berühmtheit hat der Machandel, der aus Wacholder bereitet wird, erlangt. Er wird in Tiegenhof in dem Weichsel-Delta in einer alten Branntweinbrennerei hergestellt, die sich seit 1776 im Besitze der Familie Stobbe befindet.

[42] Die folgenden Angaben vorwiegend nach der noch ungedruckten Dr.-Dissertation von Herbert Wiebe, Das Siedlungswerk niederländischer Mennoniten im Weichseltal zwischen Fordon und Weißenberg bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts (1942).

[43] L. Stobbe, Montau-Gruppe. Ein Gedenkblatt an die Besiedelung der Schwetz-Neuenburger Niederung durch holländische Mennoniten im Jahre 1568 (1918).

(1598) und Kommerau (um 1570—1580). Das Dorf Treul wurde durch Rodung eines Eichenwaldes von ihnen auf Veranlassung des Starosten von Neuenburg, welcher der Danziger Ratsfamilie Werden entstammte, in den Jahren 1620—1648 neu angelegt. In den gleichen Jahrzehnten wurden auch die zwischen Graudenz und Schwetz gelegenen Dörfer Dt.-Westfalen (1593), Brattwin (vor 1623), Neunhuben (vor 1664) an Holländer übergeben. Einige Höfe waren auch in Sibsau, Alt- und Neu-Marsau, Michelau, Kl.-Kommorsk um die Mitte des 17. Jahrhunderts von Mennoniten besiedelt. Sie haben sich in diesen Ortschaften durch alle wirtschaftlichen Nöte und politischen Fährnisse bis zur Gegenwart erhalten; dagegen sind mehrere südlich von Schwetz gelegene Ansiedlungen untergegangen, so Wintersdorf (Przechowken), wo schon um 1540 Mennoniten aus Groningen seßhaft geworden waren, Glugowken, Ehrenthal (Ostrowo), Christfelde, Kossowo (1722), Dt.-Konopat, Kleinsee (Jeziorken). Die meisten Mennoniten waren aus diesen Orten bereits zu Beginn der preußischen Herrschaft im Jahre 1772 fortgezogen.

Auf dem rechten Ufer der Weichsel in der Niederung von Graudenz ließen sich Mennoniten seit der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts gleichfalls in mehreren Orten nieder, so in Kl.-Wolz (1579), Gr.-Wolz (1604), in welchen beiden Dörfern jedoch nach einigen Jahrzehnten eine Vermischung zwischen lutherischen und mennonitischen Deutschen erfolgte, in Parsken (1618), Tusch (1604), Dt.-Wangerau und Gatsch (1664).

In den Dörfern der Kulmer Stadtniederung durften sich Mennoniten schon seit 1553 niederlassen, zuerst im Dorf Schönsee, ferner in Jamerau (1597), Gr. Lunau (1603) und Horst (vor 1739). Die Bauern dieser Ortschaften waren fast ausschließlich Mennoniten, deren Nachkommen noch heute in ihnen leben. Minderheiten von ihnen gab es in dem sonst katholischen Dorf Schöneich, in Grenz, Podwitz, Roßgarten (1653), Dorposch (vor 1733), Venedia, Niederausmaß, Kl.-Lunau (vor 1727), Gogolin, Steinwage. Die meisten dieser Ortschaften wurden erst im 18. Jahrhundert von Mennoniten aus den benachbarten Dörfern bezogen. In der Kulmer Amtsniederung saßen sie in Scharnese (1638), Schlonsk, Dembowitz, Borken, Althausen (vor 1667), Scharsebusch, Borowno; doch mußten sie vielfach noch im 18. Jahrhundert aus religiösen Gründen weichen.

Von der Gegend um Kulm breiteten sich die Mennoniten die Weichsel aufwärts in die Niederung zwischen Bromberg und Thorn und sogar bis gegen Warschau und auch in das Netzetal aus. Auf dem linken Ufer der Weichsel entstanden holländische Ansiedlungen bei der Stadt Schulitz auf dem Gute Weichseltal (Przylubie) (1594) und in den Dörfern Langenau (1596) und Gr.- und Kl.-Nessau (1603), Otterau, Steindorff (Makowiska), Floetenau und Salwin in den Jahren 1604/05. Auf dem Gelände von Schulitz geschah das gleiche dagegen erst in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Dabei wurden dort wie auch an anderen Orten nach dem Recht der „Holländer" auch vielfach Deutsche anderer Herkunft angesetzt. Die „Holländereien" wurden „Hauländereien"; sie unterschieden sich von den älteren deutschen Dorfgründungen dadurch, daß sie, wie ursprünglich die Niederlassungen der Mennoniten, Nachbarschaftssiedlungen waren, das Schulzenamt jährlich wechselten, die Bewohner von Scharwerk frei waren und ihre Grundstücke zu Zeitpacht auf mehrere Jahrzehnte gegen geringen Zins erhielten. Die Bevölkerung dieser Hauländereien kam zum großen Teil aus Pommern und der Mark Brandenburg [44].

Auf dem gegenüberliegenden Ufer der Weichsel zwischen dem Weichsel-Knie und Thorn wurden „Holländer" auf Stadtgelände angesetzt in Alt-Thorn seit 1574, in Gurske seit 1604, Scharnau seit 1600, auch in Pensau und Bösendorf. Da der Rat von Thorn „Wiedertäufer" nicht duldete, dürften diese „Holländer" ihr mennonitisches Bekenntnis verheimlicht haben oder lutherisch gewesen sein. Südlich von Thorn lagen die Siedlungen Schlingen seit 1562 und Schlonsk seit 1605. Auch diese „Holländer" waren nur z. T. niederländischer Herkunft [45].

[44] E. Schmidt, Geschichte des Deutschtums im Lande Posen unter polnischer Herrschaft (1904). S. 318ff.; Ph. Rudolf, Aus der Geschichte von Schulitz und den umliegenden Dörfern (1936), S. 19ff. 31ff., 50ff.

[45] R. Heuer, Die Holländer-Dörfer in der Weichsel-Niederung und Thorn, in: Mitteilungen des Coppernikus-Vereins zu Thorn, 42 (1934), S. 122; derselbe, Drei Jahrhunderte Bauernleben in der Weichsel-Niederung (1935).

Aus der Gegend von Schwetz sind im Jahre 1776 auch einige mennonitische Familien in Kazun bei Modlin seßhaft geworden. Aus verschiedenen Dörfern der Weichsel-Niederung stammten auch die Bewohner der Gemeinde Dt. Wymyschle, die um 1810 bei Plock entstand. Sehr alt waren die zeitweiligen Mennoniten-Siedlungen in Neudorf bei Brest (1563) und auf der Sachsenkämpe bei Warschau (1629).

Im Netze- und Warthetal begannen die Ansiedlungen von „Holländern" zu Anfang des 17. Jahrhunderts. Sie breiteten sich um Meseritz, Schwerin, Samter, Posen und Gnesen aus; doch rührt auch ihre Bezeichnung weniger von ihrer Abkunft als von ihrem Siedlerrecht her[46]. Die zahlreichen Holländereien im Warthelande können daher nicht für die Beziehungen zwischen den Niederlanden und dem deutschen Nordosten in Anspruch genommen werden. Erst im Jahre 1765 sind 28 mennonitische Familien aus den Gemeinden Kleinsee, Wintersdorf, Schönsee und Gruppe nach dem Netze-Bruch zwischen Driesen und Friedeberg verzogen und in Brenkenhoffswalde, Franzthal und Neu-Dessau ansässig geworden. Da sie sich später der preußischen Wehrpflicht nicht fügen wollten, zogen die meisten ihrer Nachkommen 1833 nach der Molotschna in der Ukraine. Sie hatten, wie einige der mennonitischen Siedlungen in Ostpreußen, bereits vorher lutherische Deutsche in ihre Reihen aufgenommen; andererseits gingen die Zurückbleibenden zum Luthertum über[47].

Nachdem der erste Versuch weichselländischer Mennoniten, in der Tilsiter Niederung Fuß zu fassen, an der Unduldsamkeit Friedrich Wilhelms I. gescheitert war, gelang es einigen Familien aus der Graudenzer und Kulmer Gegend unter der Regierung Friedrichs d. Gr. im Jahre 1758 in der Memel-Niederung eine neue Heimat zu finden[48].

Als das gesamte untere Weichselland im Jahre 1772 unter preußische Herrschaft gekommen war, befanden sich in den neu erworbenen Gebieten im Jahre 1776 12032 Mennoniten; im ostpreußischen Kammer-Departement um Königsberg wurden nur 167 und im litauischen Kammer-Departement um Gumbinnen 404 Mennoniten gezählt[49]. Bald darauf wurde ihre Zahl bedeutend vermindert. Denn am Ende des 18. Jahrhunderts fühlten sich viele Mennoniten im Weichsellande zur Auswanderung veranlaßt. Der Übergang des Landes an Preußen brachte ihnen erhöhte finanzielle und militärische Verpflichtungen; auch wurde ihnen der Erwerb von Grundstücken erschwert, wenn nicht untersagt. Sie ergriffen daher gerne die Gelegenheit, als die Kaiserin Katharina II. seit 1762 ihnen mehrfach eine neue Ansiedlung in Südrußland nahelegte. Erst 1787 wurde jedoch ein besonderer Ansiedlungsvertrag zwischen der russischen Regierung und den Vertretern der mennonitischen Gemeinden abgeschlossen. Darauf wanderten in den Jahren 1787—1796 423 Familien mit rund 2000 Personen nach Chortitza am Dnjepr aus, in den Jahren 1803—1809 weitere 448 Familien mit rund 2000 Personen nach Molotschnaja am Asowschen Meer. In den Jahren 1819—1835 folgten ihnen dorthin etwa 520 Familien mit rund 2000—3000 Personen. In den Jahren 1853 bis 1865 zogen 218 Familien mit rund 1550 Personen nach Samara an der Wolga. Die stärkste Auswanderung fand 1788 mit 288 Familien statt. Im Jahre 1803 sind 150, im Jahre 1804 162 und im Jahre 1820 179 Familien fortgezogen. Nach dem Jahre 1819 wurde die Auswanderung auf jährlich 200 Familien beschränkt. Die Wanderung geschah in langen Wagenzügen, richtigen Bauerntrecks mit Vieh und Schafen; auch wurden Hausrat und Möbel mitgenommen und sogar kleine Hütten abgebrochen und aufgeladen. Es wiederholte sich somit das uralte Bild der Völkerzüge aus dem Norden[50].

---

[46] E. Schmidt, a. a. O., S. 322; W. Kuhn, Die Siedlungsräume des bäuerlichen Deutschtums in Polen, in: Deutsche Monatshefte in Polen 2 (1935), S. 49; A. Breyer, Ostdeutschland als Mutterland der deutschen Siedlungen in Polen, in: ebenda, S. 48.

[47] M. Beheim-Schwarzbach, Hohenzollernsche Kolonisationen (1874), S. 388: Unruh, a. a. O., S. 269.

[48] E. Randt, Die Mennoniten in Ostpreußen und Litauen bis zum Jahre 1872 (1912).

[49] Sämtliche damals vorhandenen Mennoniten werden genannt in der Abhandlung von G. Reimer, Ein Mennoniten-Verzeichnis aus dem Jahre 1776, in: Danziger familiengeschichtliche Beiträge, Heft 5 (1940), S. 33, Heft 6 (1941), S. 31.

[50] P. Friesen, Die altevangelische-mennonitische Brüderschaft in Rußland 1789—1910 (1911); P. Karge, Die Auswanderung west- und ostpreußischer Mennoniten nach Südrußland, in: Elbinger

Aus der Ukraine sind im 19. Jahrhundert zahlreiche Mennoniten nach Turkestan und Sibirien ausgewandert; andere haben sich seit 1875 nach Kanada und von dort weiter nach Brasilien und Paraguay begeben; erst 1928 wurde am Gran-Chaco eine Siedlung Menno mit 18 Dörfern und mehr als 2000 Einwohnern begründet. In alle diese fernen Gebiete haben die westpreußischen Mennoniten ihre Familiennamen [51], die Namen ihrer Heimatdörfer und ihre westpreußisch-niederdeutsche Sprache mitgenommen. Denn bereits im Weichsellande haben die Mennoniten seit dem Ende des 18. Jahrhunderts ihre holländische und friesische Mundart gegen das einheimische Platt vertauscht. Zunächst wurden noch holländische Gesangbücher für sie in Haarlem oder auch in Altschottland bei Danzig gedruckt. Das erste hochdeutsche Gesangbuch erschien 1767 in Königsberg; die hochdeutsche Predigt wurde in der Stadt Danzig seit 1771 und im Gr.-Werder seit 1774 eingeführt. Die seit dem 16. Jahrhundert in den Weichseldörfern übliche Pflege des deutschen Schulunterrichts, der häufig gemeinsam mit den Kindern der Lutheraner erfolgte, hat diese Entwicklung gefördert; doch sind auch nicht wenige holländische Worte und Redewendungen in die westpreußische Mundart übergegangen [52].

Die Mennoniten haben überdies durch Festhalten an ihrem Brauchtum und durch strenge Inzucht, die erst in den letzten Jahrzehnten gelockert wurde, manche holländische und friesische Eigenart beibehalten und auch der übrigen deutschen Bevölkerung des Weichsellandes überliefert. Noch sind diese Zusammenhänge erst wenig erforscht. Es ist auch nicht immer leicht zu unterscheiden, ob die Form eines Volksgutes, ein Ausdruck und eine Sitte niederländischen oder allgemein niederdeutschen Ursprungs ist; es dürfte nicht zu bezweifeln sein, daß der große Einfluß, den die einwandernden Niederländer im Weichselgau seit jeher ausgeübt haben, im Grunde auf der engen Verwandtschaft zu dem niederdeutschen Stammestum beruht, das mit den Zuzöglingen aus den Gebieten zwischen dem Rhein und der Elbe nach dem Osten gelangt war. Gerade deshalb wurden die Niederländer an der Weichsel niemals als fremdartig empfunden und haben sich in der ihrer Heimat so ähnlichen und zugleich so fernen Landschaft eingelebt. Der fortgesetzte Zuzug aus den Küstenländern der Nordsee, der wechselseitige Besuch zwischen den beiden Siedlungsgebieten und das Festhalten der Mennoniten an ihrem Bekenntnis haben auf der anderen Seite den Zusammenhang mit ihrem Ursprungslande aufrechterhalten [53].

Die mennonitischen Gehöfte im Weichselland zeichnen sich durch ihre regelmäßige Anlage, ihre Sauberkeit und ihren Schmuck, durch Baumgruppen und blumenreiche Bauerngärten aus. Die Bauernhäuser zeigen an sich die seit alters im Lande üblichen Formen. Da die Mennoniten jedoch länger als alle übrigen deutschen Siedler an diesen festgehalten haben, pflegen heute die meisten Beispiele des bodenständigen Bauernhauses in mennonitischem Besitz sich zu befinden. Bekannt sind die eigenartigen Vorlaubenhäuser, die sowohl im Weichsel-Nogat-Delta zwischen Danzig, Dirschau und Elbing als weiter südlich in den Stromniederungen das Landschaftsbild be-

---

Jahrbuch, 3 (1925), S. 65 ff.; W. Mitzka, Die Mennoniten in Rußland und ihre Beziehungen zu Westpreußen, in: Staat und Volkstum, hrsg. von K. v. Loesch (1926), S. 471 ff.; A. Ehrt, Das Mennonitentum in Rußland von seiner Einwanderung bis zur Gegenwart (1932 ff.); F. Keiter, Rußlanddeutsche Bauern und ihre Stammesgenossen in Deutschland (1934); H. Quiring, Die Auswanderung der Mennoniten aus Preußen 1788—1870: Auslandsdeutsche Volksforschung, 2 (1938), S. 66.

[51] G. Reimer, Die Familiennamen der westpreußischen Mennoniten, in: Schriftenreihe des mennonitischen Geschichtsvereins, 3 (1940).

[52] Lehmann, Die Volksmundarten in der Provinz Preußen, in: Preußische Provinzialblätter 27 (1842); J. Regehr, Die langen Vokale in der niederdeutschen Mundart der Tiegenhofer Niederung, Diss. Königsberg 1902; E. Wagner, Über die Mundart der Thorner Stadtniederung, Diss. Königsberg, 1912; C. Wiens, Niederländischer Wortschatz in der Mundart der Weichselwerder, in: Zeitschr. des westpreußischen Geschichtsvereins, 56 (1916); W. Ziesemer, Aus einer Danziger Familienchronik (David Foth) 1739, in: Mitteilungen des westpreußischen Geschichtsvereins, 35 (1936), S. 45; W. Mitzka, Die Sprache der deutschen Mennoniten (1930).

[53] Als Beispiel für Reisen aus den Niederlanden nach dem Weichselland sei verwiesen auf den von H. Ch. Hulshoff mitgeteilten Bericht über die Bezoekreis van Hendrik Berent Hulshoff aan de doopsgezinde gemeenten der oude Vlamingen in Pruisen en Polen in 1719, in: Bijdragen en Mededeelingen van het Historisch Genootschap, 59 (1939), S. 32.

herrschen. Auf die Mennoniten sind auch die sog. holländischen Mühlen zurückzuführen, die der Entwässerung oder dem Kornmahlen dienen; von den schon seit der Ordenszeit üblichen Bockmühlen unterscheiden sie sich dadurch, daß nur der Kopf, der Oberteil des Mühlenhauses, mit den an diesem befestigten Flügeln gegen den Wind drehbar ist. Die Form dieser holländischen Mühlen hat sich auch weit nach Polen hin verbreitet und wurde dort geradezu als „Hollandarska" bezeichnet. Die handwerkliche Geschicklichkeit, welche die Mennoniten im Mühlenbau bezeugten, zeigte sich auch schon frühzeitig in der Anlage von Schleusen, Pumpwerken und anderen technischen Anlagen. Sie scheint ein Erbe ihrer friesischen Ahnen zu sein.

Das häusliche Leben der Mennoniten ist durch äußerste Schlichtheit und strengste Sittsamkeit gekennzeichnet. Die ihnen eigentümlichen Begabungen und Eigenschaften sind durch bewußte Erziehungsarbeit erhalten und gesteigert worden. Das Mennonitentum bildet daher innerhalb der deutschen Bevölkerung des Weichsellandes eine auch in geistiger und seelischer Hinsicht abgesonderte Gemeinschaft, deren Merkmale sich auch bei den in Südrußland ansässig gewordenen Gruppen erhalten haben.

Die Mennoniten, die im Weichsellande seßhaft geworden sind, stammten vorwiegend aus den nördlichen Gebieten der Niederlande. Von 43 Einwanderern nach dem Herzogtum Preußen aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts kamen 26 aus Holland im engeren Sinne, 3 aus Seeland, 6 aus Brabant, 2 aus Geldern und die übrigen aus Utrecht, Flandern, Oberyssel und Friesland[54]. Die in der Weichselniederung ansässigen Familien Wiebe waren beheimatet in Harlingen, die Penner in Amsterdam, Jansen in Harlingen, Emden und Brabant, Siewers in Emden, Philipps in Leeuwarden, Barchmann in Groningen.

Die hergebrachten engen Beziehungen zwischen den Niederlanden und dem Weichsellande nahmen am Anfang des 19. Jahrhunderts ein vorläufiges Ende. Die Napoleonischen Kriege haben die Bedeutung Amsterdams als größten Getreidehandelsplatz Europas vernichtet; das Vordringen Rußlands an die mittlere und obere Weichsel sperrte zu gleicher Zeit ein wichtiges Ausfuhrgebiet für die von den Niederlanden bisher benötigten Warenmengen ab. Mehr noch machte sich fortan der Besitz der südostasiatischen Kolonien geltend; aus ihnen wurden in wachsendem Umfange Rohstoffe und Lebensmittel, die zuvor der Osten Europas geliefert hatte, bezogen; dorthin wurde der Überschuß der Bevölkerung gelenkt. Ostasien trat für Holland und die Holländer an die Stelle Osteuropas. Wie in anderer Hinsicht hat die Entdeckung der überseeischen Handelswege und die Erwerbung von Kolonien nicht schon im 16. und 17. Jahrhundert, sondern vornehmlich erst im 19. Jahrhundert das Gefüge der überlieferten Handelsbeziehungen, der Wanderungen und des kulturellen Austausches grundlegend verändert.

Trotzdem ist der niederländische Einschlag in der Bevölkerung und Gesittung des Weichsellandes auch in den letzten hundert Jahren erhalten geblieben. Geblieben sind die Kunstwerke und Bauten aus dem Zeitalter der Renaissance und des Barock, welche noch immer künstlerische Begeisterung erregen und das Schaffen der Künstler anspornen; denn noch in den letzten Jahrzehnten sind in Danzig Gebäude, wie das Haus des Generalkommandos (1901), der Technischen Hochschule (1904) und des Polizeipräsidiums (1905) und vieler anderer Behörden in gleicher Art errichtet worden. Geblieben sind ferner auf dem Lande die Schöpfwerke und die Mühlen, die Deiche und die Schleusen, die Bauernhäuser mit ihren Vorlauben und ihren Gärten; geblieben sind schließlich die Nachkommen der Einwanderer aus hansischer Zeit, der kalvinistischen und mennonitischen Glaubensflüchtlinge. Sie alle sind noch immer die lebendigen Zeugen der einstigen engen wirtschaftlichen, kulturellen und stammlichen Verbindung zwischen den Mündungsgebieten des Rheins und der Weichsel.

[54] B. Schumacher, Niederländische Ansiedlungen usw. (1903), S. 187.

Oberkrain, deutscher Kulturboden

Von Franz Koschier, Krainburg

Nach der siegreichen Beendigung des Balkanfeldzuges bekam der Grenzgau Kärnten die im Jahre 1918 abgetrennten Gebiete (Mießtal, Seeland) wieder zurück. Dem Gau Kärnten aber wurde gleichzeitig eine neue, größere Aufgabe übertragen. Die alte Krainer Mark südlich der Karawanken, das heutige Oberkrain, soll nun wiederum ein fester Bestandteil des Reiches werden. Damit aber bekam der Reichsgau Kärnten den gleichen Auftrag, den das Herzogtum Kärnten vor einem Jahrtausend erhielt: Wächter und Mehrer des Reiches im Süden zu sein. Mit der An- bzw. Eingliederung von Oberkrain muß nicht nur eine Verwaltungsaufgabe gelöst werden, sondern vor allem eine völkische Rückgliederung erfolgen. Daß diese Rückvolkung eine Berechtigung hat, soll dieser kurze, geschichtliche und kulturelle Überblick beweisen.

Landschaft und Landesgeschichte

Oberkrain wird im Norden durch die Karawanken (Mittagskogel, Kahlkogel, Hochstuhl, Vertatscha, Koschutta) vom alten Gaugebiet Kärnten getrennt. Drei Höhenstraßen, Wurzenpaß, Loiblpaß und Seeberg, stellen nebst dem Eisenbahntunnel bei Rosenbach die Verbindung des Altgaues (Klagenfurt, Villach) mit seinem neuen Gebiet her. Im Westen sind es die firngekrönten Julier (Jalouc, Prisank, Razor, Spik, Skrlatica und Triglav), im Osten die schroffen Spitzen der Steiner Alpen (Storschitz, Grintouc, Skutna und Kotschna), die dieses Gebiet mit den Karawanken von drei Seiten abschließen. Ein sanftes, bewaldetes Hügelland vor Laibach bildet die neue Reichsgrenze gegen die italienische Provinz Laibach. Mitten durch dieses Berg- und Hügelland fließt die Save, deren beide Arme, Wocheiner und Wurzener Save, sich erst bei der Kreisstadt Radmannsdorf vereinigen. Während auf dem linken Ufer, außer der bei der Kreisstadt Krainburg mündenden Kanker, noch zwei größere Bäche, Neumarktler und Steiner Feistritz, zu nennen sind, kann auf dem rechten Saweufer nur die Zaier erwähnt werden, die aus dem Zusammenflusse der Pöllaner und Selzacher Zaier bei dem Städtchen Laak gebildet wird. Neben den Bergen, Flüssen und Bächen sind der Veldeser- und der Wocheiner See zu nennen, die wohl zu den schönsten Seen Kärntens und damit Deutschlands gerechnet werden dürfen. Als ein ausgesprochenes Bergland weist Oberkrain außer den Becken von Radmannsdorf, Krainburg und Stein keine nennenswerten Ebenen auf.

Es haben sich daher auch nur in diesen Beckenlandschaften größere Siedlungen entwickeln können: Krainburg, Radmannsdorf, Laak, Neumarktl, Stein. Diese erhielten bereits im frühen Mittelalter deutsche Markt- oder Stadtrechte und können durch ihr Stadtbild auch heute noch für die deutsche Vergangenheit zeugen. Die vielen Burgen und Schlösser in den Städten, auf den Hügeln und Bergen sind neben den zahlreichen Bergkirchlein ein weiterer Beweis deutscher Baugesinnung und Siedlertätigkeit.

Der Name Krainburg stammt zweifellos von „Carnium", der lateinischen Bezeichnung für Krainburg. Im Volksmunde heißt die Stadt heute noch „Kranj". Daß dieser Stamm mit „krajina" (Gegend) nichts zu tun hat, zeigt das Wort selbst, das durch Umstellung (Methatesis) aus „Karn" entstanden ist (vgl. Karl zu slow. kralj). Damit aber hängen die Namen wie Krainberg („Chrainberch", urkundlich für Wurzen), Krainegg, Kronau (urkundlich Chrainau, slowenisch Kranjska gora) und die zahlreichen Krn, Kern, Koren zusammen. Der Landschaftsname Krain, der von der Stadt (Pfalz) Krainburg ausgehend auf das ganze Land übertragen wurde, ist also verwandt mit Karnburg, Kärnten (mundartlich

Karntn), Karnische Alpen usw. und dürfte aus dem Stammesnamen der keltischen Karner, die auch in diesem Landstriche siedelten, zu erklären sein.

Nach dem Zusammenbruch der Römerherrschaft ziehen durch dieses Gebiet die Goten und die Langobarden. Daß diese längere Zeit in dieser Gegend wohnten, zeigen die Gräberfunde, darunter vor allem das große Gräberfeld in Krainburg, heute noch „lajh" genannt. Wenn auch die Hauptmasse dieser germanischen Völker stets weiterzog, so blieben doch Teile im Lande sitzen. Erst als 568 die Langobarden nach Italien abzogen, ergriffen die Slowenen im Gefolge der Awaren von diesem Lande Besitz. Der germanische Einfluß auf die körperliche und geistige Zusammensetzung der neuen Bevölkerung kann nicht geleugnet werden. Wir können also mit Sicherheit mit einer starken germanischen Besiedlung vor dem Auftreten der Slawen auch in Oberkrain rechnen. Um sich von der awarischen Herrschaft freizumachen, bittet der Slowenenführer Borut den bayrischen Herzog Tassilo um Hilfe, die ihm auch gewährt wird. Bayrische Herrschaft, Germanisierung und Christianisierung sind die Folge. Als sich Tassilo dem großen Frankenherrscher Karl beugen muß, kommt Oberkrain ins Frankenreich und nimmt in Zukunft teil an der abendländischen, deutschen Entwicklung. Vor des Reiches Grenzen werden bereits unter Karl dem Großen Vorfelder, Marken gelegt.

So können wir in dieser Zeit auch von einer Krainer Mark sprechen. Als die karolingische Ostmark in den Wirren der Madjareneinfälle zugrunde ging, war auch das Schicksal dieser Mark im Süden besiegelt. Unter den mächtigen Sachsenherrschern entsteht die zweite Krainer Mark (973 Craina marcha), die zuerst nur Oberkrain umfaßte und nach dem Zusammenschluß mit der Windischen Mark ganz Krain einschloß. Deutsche Adelsgeschlechter stehen an der Spitze. Wir hören von den Sempt-Ebersbergern, den Herren von Weimar-Orlamünde, den Andechs-Meranern, den Babenbergern, Spannheimern und Habsburgern als Herren dieser Mark. Der Sitz des Markgrafen war Krainburg, wurde aber später nach Laibach verlegt.

Die deutsche Herrschaft in diesem Gebiete hatte alsbald eine deutsche Besiedlung ermöglicht. Deutscher Adel, Bistümer und Klöster bekamen hier Königsland zu Lehen. Durch Kauf und Erbschaft wurde dieser Grundbesitz noch erweitert. So finden wir als Herren in Oberkrain in dieser Zeit:

die Ortenburger mit Gütern von der Kanker bis zum Wurzenpaß. — Lengenfeld, Kronau, Ratschach, Stein bei Vigaun, Wallersberg bei Radmannsdorf (Stammsitz);

die Spannheimer: Schloß und Stadt Laibach, Krainburg, Görtschach, Osterberg;

die Andechs-Meraner: Sitz in Stein. Güter zwischen Steiner Alpen, Save und Kanker. (Mannsburg, Gutenberg bei Neumarktl);

die Freisinger Bischöfe (Bayern): das Gebiet um Laak. Das Selzacher- und Pöllanertal. (Begrenzung Idria, Zwischenwässern und Radmannsdorf);

die Brixner Bischöfe. Mittelpunkt Veldes, Wocheinertal (vgl. Deutschgereuth).

Deutscher Adel aber saß auf den zahlreichen Burgen und Schlössern des Landes, Birnbaum, Purkstall, Kanker, Katzenstein, Krainburg, Kronau, Veldes, Flödnig, Görtschach, Göriach, Großkahlenberg, Höflein, Mannsburg, Michelstetten, Minkendorf, Zaier, Zirklach usw.

Diese Herren brachten deutsche Siedler ins Land. Vor allem taten sich dabei die Bischöfe von Freising hervor, denen bereits unter Otto II. Besitzungen um Laak zugewiesen wurden (973). Unter Heinrich II. kommen die Brixener nach Oberkrain (1004) um von Veldes aus das Land zu erschließen.

In der ersten Zeit wurde vor allem das bereits kultivierte Land in Besitz genommen. Als dies aber nicht mehr ausreichte, begannen mit einer zweiten Siedlerwelle die Rodungen. Zur Erhöhung der Rentabilität der Besitzungen wurden die großen Wälder gerodet und nach festen Plänen neue Ortschaften begründet. Das schönste Beispiel hierfür bildet das Dorf Feichting bei Krainburg (urkundlich Vitingen, slowenisch Bitnje), das bereits gegen Ende des 10. Jahrhunderts als Waldhufendorf begründet und mit bayrischen Bauern besiedelt wurde.

Allmählich aber wurden die Wälder in der Ebene lichter und es begann das Roden in den Bergen, wovon sich die Namen Reuth, Gereuth, slow. Rovte, Rute erhalten haben. Nach dem Beispiel des Patriarchen von Aquileja (Ansiedlung von Tiroler Bauern im Tolmeinischen)

brachten auch die Freisinger Bischöfe Osttiroler Siedler aus der Gegend von Innichen in das Zarzer Gebiet. Diese Bauern bekamen zur leichteren Erfüllung ihres Kultivierungsauftrages verbriefte Sonderrechte, bildeten eigene Gerichtsbezirke mit eigenen Richtern. Sie waren frei von Steuern und Abgaben und brauchten keinen Frondienst zu leisten. Die Rodungsaufgabe war ihre Pflicht.

In diese Zeit fällt neben der Besiedlung des Tolmeinischen 1254 und des Gebietes von Zarz 1283 auch die Besiedlung der Gottschee durch Bauern aus Kärnten, die unter Führung und auf Geheiß der Ortenburger diese Sprachinsel schufen.

Die Waldhufendörfer mit ihren Streifenfluren und Reihendörfern, die Gewannfluren und die stattlichen Einzelhöfe in den Bergen, aus denen oft kleinere Weiler entstanden, sind also heute noch feststellbare Tatsachen deutscher Siedlertätigkeit. Deutsch waren die besitzenden Herren (weltliche und geistliche Fürsten, Bischöfe und Klöster), deutsch der niedere Adel (Verwalter und Vertreter der meist landfremden Herren), deutsch die Kolonisten (Feld- und Forstarbeiter). So geben noch heute Land und Siedlungsform von den Menschen Kunde, die diesen Landstrich deutscher Kulturarbeit erschlossen haben.

Daß diese deutsche Besiedlung des Landes auch im Lehnwort, in den Flur-, Orts-, Familien- und Hausnamen ihren Niederschlag gefunden haben, zeigen nachstehende Beispiele:

Lehnworte:

pauer (Bauer), grunt (Grund, Boden), hmajna (Gmoan), štuk (Stuck), hueba (Hufe, Hube), ploq (Block).

Ortsnamen:

Veldes (vgl. Feld) — Aßling (vgl. Esche) — Pungart (vgl. Baumgarten) — Pustall (vgl. Burgstall) — Britof (vgl. Freithof) — Rovte (vgl. Raut) — Trata (vgl. Tratten).

Familiennamen:

Sebaher (Seebacher)
Gortnar (Gartner)
Kaltenekar (Kaltenegger)
Žontar (Schwandtner — Schwendtner)
Trojer (vgl. „troin" alp.-deutsch, Steg, Pfad)
Štalekar (Stallecker)
Trilar (Triller aus kntn „trigl" Trog)
Tolar (Thaller, Thaler)
Homan (Huebmann)

Aber nicht nur die Bauern sondern auch die Städter und die Bewohner der früh begründeten Märkte waren deutsch. Deutsches Bürgertum tritt bald in diesen Orten mit deutschen Stadtrechten auf (Laibach, Krainburg, Stein, Neumarktl, Laak). Handel und Gewerbe wurden in den Städten begründet und haben sich lange Zeit erhalten. Die Zechen (Zünfte) mit ihren Ordnungen sind heute noch neben den deutschen Schreibnamen und Bezeichnungen von Werkzeugen und Geräten ein deutlicher Beweis dafür:

Bešter (mhd. fiſter, Bäcker, Weſter)
Fajfar (Pfeifer)
Hafnar (Hafner)
Šmid (Schmied)
Šustar (Schuſter)
Burhar (Burger)
Šlibar (mhd. ſliber — Schleifer)
Rihtar (Richter)
Korbar (Korber)
Kramar (Kramer)
Cegnar (Zechner)
Tišlar (Tiſchler)
Flehar (Pfleger)
Pintar (Binder, Pinter)
Bebar (Weber)
Mežnar (Meßner)
Žnidar (mhd. ſnider — Schneider)
Šribar (mhd. ſriber — Schreiber)
Skrinjar (mhd. ſkrine — Schrein)
Štrajhar (Streicher)

Neben diesen aus den Berufen abgeleiteten Familiennamen kommen auch noch andere Namen vor, wie es nachstehende Beispiele zeigen:

Hajnrihar (Heinricher)
Šraj (Schrei)
Plajbes (Bleiweiß)
Švab (Schwab)
Hartman (Hartmann)
Partl (Bartholomäus)
Šorl (mundartl. Schurl, Georg)
Brelih (Frölich)
Bajželj (Weißel)
Rožman (Roßmann)
Švegelj (Schwegel)
Šifrer (Schiffrer)
Anderle (mundartl. Andreas)
Vilman (Willmann)

Abschließend kann über die deutsche Besiedlung festgestellt werden, daß erst dadurch der politische und kulturelle Anschluß an den deutschgeführten Westen gefunden wurde. Die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung wurde nach deutschem Muster geschaffen. Die kulturelle Gestaltung war der Ausdruck deutschen Blutes, das in immer neuen Strömen in dieses Gebiet floß.

Als um die Mitte des 13. Jahrhunderts der Reihe nach die Andechs-Meraner, die Spanheimer und die Babenberger ausstarben, kam dieses Gebiet vorübergehend an Ottokar von Böhmen, um nach der Schlacht bei Dürnkrut (1278) an die Habsburger zu fallen. Zwar wurden die Söhne Rudolfs auch mit diesem Lande belehnt, es fiel aber alsbald an die Meinhardiner, die treuen Gefolgsmänner der Habsburger. Als aber auch diese Linie ausstarb, kehrte Krain wie Kärnten im Jahre 1335 zum Verband der habsburgischen Länder zurück. Der Herr zu Krainburg wird in der Folgezeit zum Herzog von Krain. Der Stadtname geht auf das ganze Land über. Jetzt aber erleben diese Gebiete die gleiche geschichtliche Entwicklung wie die übrigen habsburgischen Länder. Schwer leidet das Volk unter den Türkenkriegen. Allüberall entstehen befestigte Lager und Wehrkirchen, mittels Brief- und Feuerzeichen wird die Schreckensnachricht von der Ankunft neuer sengender und raubender Horden weitergegeben. Viel wertvolles Blut wandert in die türkische Gefangenschaft. Kein Wunder, daß gerade diese Zeit im Liede und in der Sage ihren Niederschlag gefunden hat und die Türkenkämpfer Matthias Corvinus, Hunyadi sowie die Grenzgrafen von Cilli zu den beliebtesten Gestalten geworden sind.

Während das Grenzvolk im Kampfe mit den Türken steht, ringt das deutsche Volk um die neuen Ideen der Reformation. Luthers Lehre drang vor allem in die Hochschulen (Tübingen, Jena, Wittenberg), von wo sie durch slowenische Studenten auch in Oberkrain bekannt wurde.

Primus Truber wird hier zum Führer der slowenischen Reformation. Durch politische und finanzielle Unterstützung der deutschen Stände und des deutschen Adels, die protestantisch gesinnt waren, erscheinen in Deutschland die ersten slowenischen protestantischen Drucke (Trubers Abecedarium, der kleine Katechismus, 1550 — Dalmatins Bibelübersetzung, Gesamtwerk 1584). Durch Unterstützung eines deutschen, steirischen Edelmannes Ungnad entsteht in Urach (Württemberg) eine eigene Druckerei, der die Slowenen ihre ersten Bücher zu verdanken haben. Wie Luthers Bibelübersetzung infolge ihrer großen Verbreitung die Grundlage zu einer deutschen Schriftsprache schuf, so haben Truber und seine Mitarbeiter durch diese Schriften den Grund zu einer slowenischen Schriftsprache gelegt und damit den Zerfall der Sprache in eine Unzahl von Mundarten durch ein gemeinsames Band überbrückt.

Die Gegenreformation mit ihren berüchtigten Kommissionen zwang wertvolles Blut zur Auswanderung. In Veldes aber büßten Protestanten ihre Gesinnung mit ihrem Leben. Nach der Schlacht am Weißen Berge fiel auch hier die letzte Stütze des Protestantismus, der deutsche Adel.

Wie in Kärnten und in den übrigen deutschen Ländern, so wirkten Luthers Gedanken von der Freiheit eines Christenmenschen auch in Oberkrain auf das bäuerliche Volk. Auch hier kämpften Bauern für ihre vom Adel getretenen Menschenrechte. Sie erhoben sich und bildeten einen Bund „puntarji" — die Bündischen). Der Aufstand brach zusammen und lange Zeit zahlten die Bauern ihr Strafgeld (puntarski penez).

Von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung der politischen Lage wurde die deutsche Romantik. Herders Gedanken zur Philosophie der Geschichte der Menschheit und sein den Slawen angedichtetes Humanitätsideal wurde von diesen mit Freuden aufgegriffen (vgl. Kopitars, Patriotische Phantasien eines Slawen). Der deutschen, literarischen Strömung folgte alsbald eine tschechische, polnische, serbische, kroatische und slowenische Romantik. Wie bei den Deutschen blieb diese nicht auf das literarische Gebiet beschränkt, sondern ergriff alsbald das politische Leben. Für die Slowenen bedeutungsvoll wurde die kroatische Richtung, der sog. Illyrismus, der die erste südslawische Einigungsbestrebung darstellt. Die kurze Selbständigkeit eines Teiles dieser Länder in der Franzosenzeit, als Napoleon die Illyrischen Provinzen schuf und damit auch Oberkrain vom Schönbrunner Frieden 1809 bis zur Leip-

ziger Völkerschlacht 1813 bzw. bis zur Neuordnung durch den Wiener Kongreß 1815 unter französische Führung brachte, war ja bald beendet.

Zwar lehnten die führenden slowenischen Kreise eine illyrische Sprache und Schrift ab, dafür aber entstand eine aktive, eigene Bewegung. Der von Baron Zois geführte, um die „Krainer Biene" sich sammelnde literarische Kreis war aber politisch noch nicht reif. Allüberall entstanden in der Folgezeit Vereine, wurden Zeitungen und Zeitschriften begründet, es fehlte aber noch ein politisches Programm. Der Gedanke von einem geeinigtem Slowenien mit einer selbständigen Stellung innerhalb der Krone war noch verfrüht, die von Einspieler und Majer vertretene Einigung mit den Serben und Kroaten war nur ein Wunsch der Politiker, nicht aber des Volkes. So ging in Oberkrain auch das Jahr 1848 ohne wesentliche Erschütterung des Kaiserreiches vorüber. Nach dem Februarpatent des Jahres 1861 aber setzte eine planmäßige, politisch ausgerichtete Arbeit ein. Noch war der Adel deutsch, das Bürgertum gleichfalls oder wenigstens deutsch orientiert. Da begann vor allem die Geistlichkeit mit der Begründung von Kulturorganisationen, Lesehallen, Veranstaltung von Aufführungen (Theater, irgra), Konzerten und Unterhaltungen sowie Herausgabe von politischen Zeitungen. Die slowenische Sprache bekam alsbald Zutritt in die Schulen und in die Ämter. Auf dem Laibacher Kongreß 1870 ist bereits von einem „jugoslawischen" Programm die Rede.

Die österreichisch-ungarische Monarchie überwindet auch die Krise von 1878 (Annexion Bosniens). Nach den Balkankriegen tritt sie in den durch die Tat von Sarajewo veranlaßten Weltkrieg ein und bricht zusammen.

Auch die Oberkrainer nehmen an diesem heldenmütigen Ringen teil. 1918 aber zerfällt die Monarchie. Eine Reihe Nachfolgestaaten entsteht. Oberkrain wird mit ein Bestandteil der Provinz Slowenien, die 1918 mit Serbien und Kroatien das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) bildet. Die politische Intelligenz hat ihr Ziel erreicht. Die über ein Jahrtausend alte, nur in der Franzosenzeit kurz unterbrochene Verbindung mit dem Deutschtum wird zerrissen, die unorganische, französische Führung willig anerkannt.

Serben, Kroaten und Slowenen durch Religion, Sprache, Kultur und Schrift verschieden, bilden den neuen Staat. Daß diese grundverschiedenen Bestandteile schwer zusammenzuhalten waren, beweisen die Kämpfe und Streitigkeiten in diesem Staatskörper. Noch einmal versucht König Alexander durch autoritäre Führung den Staat zu retten, aus den drei Völkern ein neues, jugoslawisches Volk zu machen und nach außen hin das morsche Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen als ein neues, geeintes Jugoslawien vorzutäuschen, als ihn in Frankreich die Kugel traf.

Das weitere Schicksal dieses Staates war durch die Entwicklung in Deutschland vorgezeichnet. Von dem Tage an, an dem deutsche Truppen in die heimgekehrte Ostmark marschierten, stand an den Karawanken kein schwacher, durch den Friedensvertrag von St. Germain getretener und von den französischen Trabanten Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien (Kleine Entente) in Schach gehaltener Bundesstaat Österreich, sondern das durch den Willen des Führers geeinte Deutsche Reich.

Durch die Angliederung Oberkrains aber setzt nun das Reich die Politik wieder fort, die vor einem Jahrtausend in diesem Landstriche zur Landnahme geführt hat. Eine tausendjährige, nur durch ein Vierteljahrhundert französischer Einflußnahme gestörte deutsche Geschichte findet heute ihre Fortsetzung. Die Karawanken, einst Deutschlands Südgrenze, umfassen und beschützen mit den Julischen und den Steiner Alpen die schöne, ins Großdeutsche Reich heimgekehrte Krainer Mark.

Deutsches Volksgut

Flur und Siedlung: Die Flurverfassung unserer Zeit ist ein deutlicher Beweis für deutsche Siedlertätigkeit. Riesige Kolonistendörfer, wie Feichting und Safnitz, entstehen in Oberkrain. Gleichmäßig streifenartig gegliederte Feldflächen sind in den Ebenen sichtbar, an ihrem Rande von dem dazugehörigen Zeilendorfe begrenzt. Diese Siedlungsart des hohen Mittelalters findet man nicht nur zwischen Laak und Krainburg, sondern auch bei Radmannsdorf, Domschale und in den Tälern der Selzacher und Pöllaner Zaier.

Neben diesen Waldhufendörfern findet man in Oberkrain noch einen weiteren Beweis deutscher Besiedlung. Die hier noch übliche Bezeichnung „hmajna" (Gmoan-, Gman) beweist dies ebenso wie die blockartig aneinandergefügten Grundstücke, die früher gemeinsam bewirtschaftet wurden. In Gemeinschaftsarbeit (Dreifelderwirtschaft, Flurzwang) wurden weitere Gebiete menschlicher Lebensmöglichkeit erschlossen. Verschiedenartigkeit des Bodens führte nicht selten zu weit auseinanderliegenden und aus einzelnen Blöcken bestehenden Besitzteilen. Starke Gliederung und leichte Teilbarkeit (Entstehung der Keuschen mit Halb- und Drittelbesitz) sind die Nachteile dieser raumverschwendenden und zeitraubenden Gewanne. Stärker als alle Bestrebungen einer Flurbereinigung erwies sich das Gemeinschaftsgefühl. Bis in die heutige Zeit aber blieben neben dem geteilten Ackerbesitz Wald, Weide, Wiese, Alm, oft auch Wasser und Mühle, Gemeinschaftsbesitz des Dorfes.

Bei der Besprechung dieser Gewannfluren muß vor allem das Dörflein Velben (Vrba) bei Radmannsdorf erwähnt werden. Hier befindet sich das Geburtshaus des slowenischen Dichters Franz Prešchern, das als Oberkrainer Bauernhaus ein schönes Heimatmuseum darstellt. Dieses Dörflein weist aber auch einen für die rechtliche Volkskunde sehr bedeutungsvollen Dorfplatz auf. Um die alte Dorflinde gruppieren sich im Kreise 16 Bauernsteine als Zeugen einer mittelalterlichen Dingstätte. Vor einigen Jahren wurden einige von ihnen als Sockel für die am gleichem Platze errichtete Gemeindemühle verwendet. Nun aber wurde diese elektrische Mühle versetzt und der Platz in seiner ursprünglichen Form wieder hergestellt, wodurch ein deutsches Rechtsdenkmal erhalten blieb.

Diese Steine waren die Sitze der 16 Bauernhöfe, deren Besitzer sich hier zu Besprechungen trafen. Die Schreib- und Hausnamen dieses Dorfes sind besonders kennzeichnend. So finden wir einen Kralj (slow. kralj — König, abgeleitet von Karl dem Großen), einen Rajh (Reich), Faidiha, Zupan (Zupan, Bürgermeister, vgl. das Gespann), Flis (Fleiß), Ropret (Ruprecht), Šraj (Schrei, Schrey, Schreier), Boštjan (Sebastian), Mežnar (Meßner), Ažmann (Aschmann), Anderle, Fajfar (Pfeifer), Šilar (Schiller), Tolar (Thaller), Sebenehar (Seben, der Stammsitz der Brixener). Aus den Namen allein kann bereits festgestellt werden, daß wir es in diesem Dorfe mit deutschen Siedlern zu tun haben. Zweifellos wohnten in diesem Dorfe Edlinger Bauern, wie dies ja auch in Bucheim, Göriach, Dobrawa und Scheraunitz der Fall war. Die Spuren einer Dingstätte in Smokutsch und die Erwähnung der Veldeser Linde in den Urkunden sind Beweise dafür. Daß Urkunden gerade unter der Veldeser Linde getätigt wurden, ist leicht erklärlich, da Veldes der Ausgangs- und Mittelpunkt der Kolonisationstätigkeit der Bischöfe von Brixen war.

Während wir in den genannten Fällen nur mehr Berichte in Urkunden, die Dorflinde oder einzelne Bauernsteine erhalten haben, blieb die Dingstätte im Dörfchen Velben bis in unsere Tage lebendig. Hier wurde seit ältester Zeit aus der Mitte der Nachbarschaft (Allmende, Gmoan „hmajna") der Bürgermeister gewählt. Zur festgelegten Zeit trat auch die Volksversammlung zusammen, die fast stets mit der Zahlung von Zinsen und Abrechnungen verbunden war, weshalb sie den Namen „veča" (Wetschen, vgl. Wetschen-pfennig) trägt. Eine besondere Stellung hatte dabei der jährlich neugewählte Aufseher und Verwalter der Allmende. Seine Wahl wurde der Herrschaft angezeigt. Er hatte dafür keine Obliegenheiten oder Dienstgebühren zu entrichten. Dies aber gab es nur auf dem Boden der freien Bauernschaft. Bis in die heutige Zeit hat sich die Wahl des Vorstehers erhalten, der unter der Dorflinde die Abrechnung über die Erträgnisse der Hutweide und andere Angelegenheiten des Dorfes erledigt. Ein schönerer Beweis für die deutsche Besiedlung eines Gebietes kann wohl schwerlich erbracht werden.

In Oberkrain finden wir fast durchweg das Flurküchenhaus verbreitet. Die Zwiehofanlage, daneben aber die Keusche, herrschen vor. Gleiche wirtschaftliche Bedingungen (Viehzucht und Ackerbau) und klimatische Verhältnisse sind mitbestimmend für die Hausformen Oberkrains, die sich vom Unterkrainer Bauernhaus und von den Formen am Karst deutlich abheben.

Beim Hausbau können wir eine ältere und eine jüngere Bauart unterscheiden. In der älteren Zeit herrscht der Holzblockbau vor, der auch durch den Holzmauerbau vertreten ist. In der Wochein, im Gebiet der Wurzener Save und in der Veldeser Gegend finden wir noch

die schönen, großen, geräumigen Holzblockbauten mit dem überdachten Umlaufgang, den zierlich ausgeschnittenen Gangbretteln, den verzierten Holzsäulchen und zahlreichen Zierfensterchen. Das alte Legstrohdach erinnert weiterhin an die Bauart im kärntnerischen Lesach- oder Drautal oder an das Osttiroler Bauernhaus. Das kleine, blumenüberfüllte Bauerngärtlein, der Holzzaun, die sinnbildgeschmückten, steinumrahmten Haustore, die Holztristen, die maisbehangenen Wände, die vergitterten blumengeschmückten Fenster ergeben ein farbiges Bild. Ganz besonders müssen hier die rundwälzigen Blöcke der Außenwände alter Holzhäuser erwähnt werden, die sich von den sonstigen, hochentwickelten Holzbauten in den Alpen unterscheiden.

Gegen Süden zu wird dieser ursprüngliche Holzblockbau immer mehr durch den einstöckigen Mauerbau verdrängt, wie er vor allem in der Laaker Gegend und als Einzelhof auch sonst häufig auftritt. Der Grundriß aber bleibt gleich. Der Gang ist geschwunden, das Schopfdach wird durch ein Steildach ersetzt, viele, breite Fenster ergeben den Eindruck der Wohlhabenheit. Volkstümlich bemalte Fensterläden, bemalte oder unterschnittene Fensterumrahmungen, prachtvolle, schmiedeeiserne Fenstergitter zieren das Haus. Das gemauerte Bauern- oder Bürgerhaus wird somit neben dem Holzblockhaus zur beherrschenden Hausform deutscher Siedler.

Wie bereits erwähnt, bleibt der Grundriß fast im ganzen Gebiete gleich. Ein Hausflur verbindet die beiden vom Fenster durchbrochenen Längsseiten des Hauses und teilt so das Haus in zwei Teile. Im Hausflur oder in einer von ihm getrennten schwarzen Küche befindet sich die Feuerstätte, von der aus der in der Stube stehende Kachelofen geheizt wird. So bildet der Hausflur die Verbindung zu den einzelnen Teilen des Hauses. An der Straßenseite liegt der Hauptraum, als Wohn-, Schlaf- oder Eßzimmer verwendet, „hiša" genannt (vgl. die Entstehungsreihen: germ. hus — slawisch „hyša", slowenisch „hiša" kärntnerisch-deutsch „Keische" — windisch „kajža"). An diesen Hauptraum schließt sich die Kammer an, die den Großeltern als Schlafraum dient.

Auf der gegenüberliegenden Seite aber befinden sich Vorratsräume sowie die Schlafräume der Kinder. Eine Stiege führt in den oberen Teil des Hauses zum Schlafzimmer der Eltern oder erwachsenen Töchter. Mit seinen schönen Möbeln wird dieser Raum zumeist als Gästezimmer verwendet. Eine weitere Stiege führt innen oder außen in den Keller, wo die Feldfrüchte gelagert werden.

In der Hauptstube sind der Kachelofen mit seinem Bretterboden als Liegestatt, seinem Gestänge zum Trocknen der Kleider und der Wäsche und seiner Umlaufbank, der große Tisch unterm Herrgottswinkel, die früher geriebene, heute verworfene und bemalte Holzdecke sowie die mit Jahreszahlen und Monogrammen verzierten, zur Aufnahme von Glas- und Tongefäßen sowie Büchern dienenden Balken zu nennen. So zeigt auch dieser Hauptraum große Ähnlichkeit mit der kärntnerischen Bauernstube.

Sehr bezeichnend sind auch die vielen Lehnwörter, die sich heute noch in der Sprache erhalten haben und oft auf frühe Kulturentlehnung hinweisen:

völb (Wölbung)
kamra (Kammer)
štienha (Stiege)
dila (Diele, Brett)
štibelc (Stübchen)
kahla (Kachel, Ofen)
ranta (Rante, Stange)
ploh (Block)
tram (Tram, Balken)
roženkraut (Rosenkraut)
čop (Dachschopf)
leščerba (Lichtscherbe)
poden (Boden)
cimer Zimmer)
ješterh (Estrich)
pašteba (Badstube)
kašča (Kastenn, Getreide)
štanha (Stange)
hautre (Gestänge, Halter)
pant (Band)
štava (Stall)
rožmarin (Rosmarin)
leva (mhd. liuwe), Lichtschacht
raufenk (Rauchfang)
kevderc (Keller)
hanjk (Gang)
vopa (Laube)
dere (Trockenboden)
prukca (Liegestatt, Ofen)
werkštat (Werkstätte)
glajt (Gleitbalken)
cimper (Dachstuhl)
nahelč (Nelke)
šintel (Schindel, Dach)

Dem einfachen Grundriß des Hauses entspricht auch die Anordnung der übrigen Wirtschaftsräume. Vielfach befinden sich diese mit dem Wohnraum unter einem Dach wie bei der Keusche, oft aber stehen sie im rechten Winkel zum Wohnhaus oder ihm gegenüber, wodurch eine Zwiehofanlage entsteht. Der Pferde- und Rinderstall („štava" — Stall), der Futter-, Streu- und Geräteraum sowie die Dreschtenne und Scheune gehören dazu. In den meisten

Fällen ist auch eine Auffahrt vorhanden, die das Einführen der Feldfrüchte ermöglicht. Je nach dem Reichtum gibt es noch weitere Stallungen, vor allem für die Schweine und das Kleinvieh (hlev) sowie Speicherbauten und Getreidekasten.

Auf den Feldern aber stehen ringsum die Harfen, die zum Kennzeichen Oberkrains wurden. Auf den Äckern, bei den Höfen und Dörfern, auf Wegen und Straßen, oft schon mitten im Weichbild der Stadt, errichtete man sie. Das regenreiche Klima sowie eine volkstumsmäßige Gebundenheit sind wohl die Ursache dafür. Die deutschen Bezeichnungen „štant" (Stand, Tor), „pant" (Band), „rigl" (Riegel), „ranta" (rante — Stange), sollen hier erwähnt werden. Einwandige, oft zehn- und mehrtorige, mit einem Satteldach aus Holz oder Stroh sind sehr häufig, daneben aber tritt ein Pultdach als Unterstellschuppen oder Wagendurchfahrt auf. Doppelwandige, ja sogar ganze Scheunen finden sich da. Wir können in Oberkrain die Entwicklung von der einfachen Feldharfe über die Doppel- und Hofharfe bis zum richtigen Speicherhaus feststellen. Bezeichnend ist das Vorkommen der Harfen gerade in den Gebieten, die nachweislich von Deutschen besiedelt wurden und deren Siedler aus Oberkärnten und Osttirol kamen. Gerade in diesen Gebieten Kärntens aber kommen die Harfen vor, während sie hier sonst unbekannt sind.

Hausrat: Die Flureinteilung, die Anlage von Haus und Hof lassen deutlich den Zusammenhang mit der deutschen Besiedlung des Landes erkennen. Daß auch die Dinge, mit denen sich der Mensch täglich umgab und beschäftigte, diese Abhängigkeit zeigen, beweist uns gerade das Vorhandensein einer beachtenswerten Volkskunst. Holz-, Metall-, Glas-, Ton- und Gewerbearbeiten sind die Zeugen einer in Oberkrain weitverbreiteten und auf hoher Stufe stehenden Handwerks- und Heimkunst.

Von den bäuerlichen Möbeln sind da in erster Linie die Truhen („skrinja", mhd. skrine — Schrein), in denen vor allem Wertsachen, Urkunden, Kleider, Geräte, Dörrobst und Bücher aufbewahrt wurden, bekannt. Daneben kommen die Tische, Bänke, Kasten, Stühle, Mehltruhen („mentrga"), Betten und Wiegen vor. Auch das bäuerliche Gerät fehlt nicht. In erster Linie sind Spinnrad, Spinnrocken, Besteck, Salzfaß, Schüssel- und Besteckhalter, Korb- und Binderwaren und die Modelformen zu nennen. Glocken- und Wiegenbänder, Kummet, Hochzeitsschaffel und schließlich die Stirnbrettchen der bäuerlichen Bienenstöcke sind weiter anzuführen. Ritztechnik, Malerei, Kerbschnitt und Einlegearbeiten beweisen das hohe, handwerkliche Können, das wohl ein Erbstück der alten Siedler ist, wie der Hinweis auf die Tiroler „kinstlerji" beweist. Als Minnegabe und Hochzeitsgeschenk waren vor allem die Wiege, die Brauttruhe, das Spinnrad sowie die Brautwäsche reich verziert und schön gearbeitet.

Neben diesen Gegenständen aus Holz gibt es noch eine Reihe von Handschmiedekunst in Kropp und früher auch im Laaker Gebiet, wo Fenstergitter, Möbel- und Türbeschläge, Friedhofkreuze, Beleuchtungskörper und Modelformen hergestellt wurden. Die Töpferarbeiten von Kommenda und Mannsburg sowie im Selzachertal hergestellte Glasbilder, meist religiösen Inhaltes, vervollständigen die Aufzählung der bäuerlichen Gebrauchs- und Schmuckgegenstände. Von den Geweben (Tracht, Tischdecken, Wäsche, Gürtel, Haube) soll noch besonders die Rede sein.

Bei der Betrachtung der Volkskunst darf man aber nicht nur die äußere Seite, die bloße Bearbeitung des Werkstoffes berücksichtigen, sondern muß vor allem die viel wesentlichere, inhaltliche Seite heranziehen. Äußert sich doch gerade in der Art der Verzierung, im Sinnbild der durch eine gemeinsame Weltanschauung erklärliche, völkische Zusammenhang. Die bäuerlichen Möbel, das bäuerliche Gerät, die Gebildbrotformen, die Erzeugnisse weiblicher Handarbeit, die im Ätz-, Ritz- oder Wachsverfahren bemalten Ostereier, die Erzeugnisse heimischer Schmiedekunst und die Werke bäuerlicher Malerei zeigen immer wieder die schönsten Sinnbilder heimischer Volkskunst. So ist also nicht nur der werkstoffmäßige oder arbeitsmäßige Zusammenhang gewahrt geblieben, sondern auch die weltanschauliche, inhaltliche Seite mitüberliefert worden.

Allüberall finden wir die Sonnensinnbilder als Zeichen für Sonne, Jahr und Leben. Der einfache Kreis, die Strahlensonne, das Radkreuz, der Sonnenwirbel, die einfache und die Doppelspirale künden von Sonne und Licht. Auch der Lebensbaum ist überall noch erhalten geblieben. Als Dreisproß, der aus dem Herzen herauswächst, wurde er zum beliebtesten Lebens-

sinnbild. Blumen und Pflanzen (Nelke, Tulpe, Glockenblume, Rose, Lilie, Mohn, Türkenbund, Ähre und Farnkraut) treffen wir immer wieder. Zahlreich sind auch die Knoten oder Verschlingungen, mit denen sich der Mensch vor Unheil schützen wollte (vgl. die Trud, Fünfstern!).

Auch die Fruchtbarkeitssinnbilder (Malzeichen, Unendlichkeitslinie, Herz und Raute) treten häufig auf und beweisen, daß auch den Menschen dieser Landschaft das Leben ein heiliger Begriff war.

Besonders beliebt sind die Tiere, die in der Volkskunst sinnbildhaften Charakter tragen (Hahn, Adler, Pfau, Hase, Hirsch, Schlange, Pferd und Fisch). Als Behüter des Lebenswassers, das durch ein Gefäß (Herz, Vase, Korb, Kanne) dargestellt wird, sowie als Vertreter der drei Bereiche Erde, Luft, Wasser, sind die Tiere auch in der Oberkrainer Volkskunst zu finden. Daneben aber treten auch die menschlichen Gestalten aus der Mythenwelt, wie die Nornen (heilige drei Madel), die Jungfrau, das Wickelkind (das neue Jahr) und der Reiter, auf.

Später erfolgte in Oberkrain wie überall eine Gleichschaltung des Brauchtums durch die Übernahme der Kirche. Brauchtum und Brauchtumsformen wurden entweder verboten oder wenn dies nicht ging, umgeformt und der Kirche dienstbar gemacht. Zu den alten vorkirchlichen Lebenssinnbildern treten die kirchlichen Zeichen. Der Gedanke der völkischen Zeichen aber wurde unterdrückt und vergessen, so daß sie heute fast nur mehr als geometrische Muster gewertet werden. Dafür schmücken jetzt der Heilige Geist in der Gestalt der Taube, die Weinrebe, das Lamm mit der Kreuzfahne, das Herz mit Flamme oder Schwert, die Friedenstaube mit dem Ölzweig, die Monstranz, der Kelch mit der Hostie, der Palmzweig, die Engelköpfe, die Monogramme Mariens und Christi, die Gegenstände bäuerlicher Volkskunst.

Wie die Germanisierung und Christianisierung in Oberkrain zu gleicher Zeit erfolgten, so finden wir heute neben den alten germanischen Lebenssinnbildern die kirchlichen Neuschöpfungen.

Die zahlreichen Gebildbrotformen, die in der Gegend von Laak verbreitet sind, weisen die meisten Sinnbilder auf. Diese Lebzeltmodel werden heute noch für Lebzelten verwendet, die gewerbsmäßig und in den Familienhaushalten hergestellt werden. Sie werden entweder mit der bloßen Hand geformt oder mittels Holz-, Ton- oder Gipsmodel gepreßt.

Neben den Gebildbroten sollen als beliebter Gegenstand heimischer Volkskunst die Stirnbretter der bäuerlichen Liegestöcke erwähnt werden. Die Bienenzucht ist im ganzen Lande verbreitet, die Krainer Biene weltbekannt. Diese Brettchen liefern einen wertvollen Beitrag zur Oberkrainer Volkskunde. Darstellungen aus dem religiösen Leben (Altes und Neues Testament, Heiligenlegenden, kirchliche Gebräuche), aus dem bäuerlichen Alltag (Liebes- und Eheleben, böses Weib, Frau) und aus dem Treiben der einzelnen Stände (Soldat, Bauer, Fuhrmann, Jäger, Schneider), sowie aus dem Tierleben (Vogel, Taube, Schlange, Hase, Fuchs) sind sehr beliebt. Daneben aber kommen auch Bilder geschichtlichen Inhaltes vor (Pegam und Lamberger, König Matthias, Türken- und Franzosenkriege). Volksschwank und Volkswitz haben hier ihre schönste bildliche Darstellung gefunden.

Zu den Werken der Volkskunst gehören schließlich die Volkstracht und die übrigen weiblichen Handarbeiten. Die Tischdecken, die zu den Festen des Jahres oder an den Familientagen den Tisch schmücken, unterscheiden sich durch nichts von den Arbeiten in Kärnten, die ebenfalls in Flach- oder Kreuzstich in rot, schwarz, blau oder rosa verfertigt werden. Daß die Brautwäsche ebenfalls reich verziert wird, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. In diesem Zusammenhange sind auch die Klöppelspitzen zu erwähnen, die von Idria her in das Pöllanertal (Sairach) und in das Selzachertal (Eisnern) gekommen sind und neben uralten, sinnbildhaften Mustern auch moderne, städtisch beeinflußte, zeigen.

Besondere Achtung aber verdient die Tracht, die beim Manne und bei der Frau ihre bayrische Abstammung nicht verleugnen kann.

Die geblümte, samtene Weste „lajbič" mit den großen silbernen Knöpfen („knof"); die irhenen „irhaste", über die Knie reichenden Hosen, die Stiefel „štibale", die Strümpfe „štumf", das weiße Hemd „čikelj" (Kittel), der Rock, „prušteh" (Brusttuch), der reich verzierte Ledermantel für den Winter und der große, breitkrämpige Hut erinnern an Formen der Rosen- und Gailtalertracht in Kärnten.

Bis heute hat sich in der Frauentracht die alte Ordnung der Kopfbedeckung erhalten. Die Mädchen tragen die Petschen, ein weißes, schleierartiges Kopftuch, während den verheirateten Frauen die Haube „auba" vorbehalten ist (vgl. den Ausdruck unter die Haube kommen — heiraten). Die Haube ist ziemlich hoch und mit einem breiten, aus dunklem Samt bestehenden Stirnband („form" genannt), das reich mit Goldplättchen oder Goldfaden verziert ist, versehen. Der Haubenscheitel selbst besteht aus fein gefaltetem, durchsichtigem weißem Schleierstoff, der meist rot unterlegt ist. Rückwärts schließt die Haube mit breiten Seidenmaschen. Die übrige Tracht gleicht in Stoff, in der dunklen Färbung und im Schnitt den alpenländischen, deutschen Frauentrachten. Der dunkle, breite schwarzgesäumte Rock und das Leibel, der dunkelbraune, hellgefaßte Spenzer und der Metallgürtel finden sich auch in kärntnerischen Trachten wieder. Eine Reihe von Bezeichnungen sind als Lehnwörter aus dem Deutschen zugleich mit der Tracht entlehnt worden und haben dem Slowenen die Bezeichnung für nicht bekannte Formen gegeben.

avba (Haube)
šapelj (Schappel)
bavd (Falte)
niederč (Mieder)
krancelj (Kranz)
štumf (Strumpf)
punčeh (Buntschuh)
špice (Spitzen)
form (Form)
birteh (Fürtuch — Schürze)
špencar (Spenzer)
fuetar (Futter)
hirtel (Gürtel)
pantelj (Band)
unterfat (Unterpfeid, Hemd)

Das Erzähl- und Liedgut: Vermittelt uns die Betrachtung von Flur, Haus und Hof, Gerät und Hausrat eine Menge rein äußerlicher Beziehungen, so können bei Märchen und Sagen, dem Spruch- und Liedgut noch viel wichtigere, seelische Bindungen aufgezeigt werden.

Neben einigen wenigen dem Deutschen fremden Motiven haben sich gerade in der Sagen- und Märchenwelt eine Reihe germanischer sowie gemeinarischer Stoffe erhalten. Schon die Namensbezeichnung deckt auch hier so manche Zusammenhänge wieder auf. So finden wir in Oberkrain den Berggeist („perkmandelc" — Bergmännchen), hören wir von den „vlahi" (Walchen, Welschen, Venedigermandeln), dem „ſratl" (Schratl, Schratt), dem „ſkuberl" (scoup, skoub — Schaub, Schupperl — Alpdruck), erfahren wir vom „jahar", dem wilden oder nächtlichen Jäger, den „žalik žene" (salige Frauen — weiße, wilde Frauen — saelic), (vom Waldmann — wilder Mann — Bergmann) und vom Brunnengeist „tatrman", von der „pehtra" (percht, perahta — hell, glänzend, weiß) und „torka", den Seelenführerinnen und Spinnstubenfrauen, erzählt man von der „trutamora" (trut, trute Alpdruck, Unholde), vom „lintvern" (Lindwurm, Schlange) und der Schlangenkönigin (Hausnatter, gekrönte Schlange, weiße Schlange), berichtet man von den „rojenice" (Nornen) und „vile" (Elfen) und kennt man in vielen Gegenden die „ajdi" (Heidnische, Heiden — Mädchen, Altäre) sowie den „hudamos" in der Gestalt von Hundsköpfen.

Neben diesen bekannteren Motiven haben sich auch andere in den zahlreichen Tiermärchen, Legenden und Ortssagen erhalten. Der goldene Apfel, der goldgefiederte Vogel, das goldmähnige Zauberpferd sowie die goldene Flüssigkeit werden immer wieder erwähnt. Die Stief- oder Schwiegermutter, der Zauberer (coprati vgl. mhd. zoubern) und der Teufel „vrag" (vgl. germ. „varge") oder šent (vgl. lat. „sanctus") genannt, die verzauberte Jungfrau sowie Bruder und Schwester sind beliebte Motive. Weiters finden wir den Glasberg sowie das Schlaraffenland Indien („Indija"). Seltener sind die geschichtlichen Gestalten wie Pegam, Lamberger, Rauber und Stempihar als Riesen vertreten. Schließlich soll noch der bekannte „zehnte Bruder", das mit besonderen Fähigkeiten und Eigenschaften ausgestattete 10. Kind einer Familie erwähnt werden.

Außer diesen hier angeführten Beispielen ist ohne weiteres die Verwandtschaft mit der deutschen Sagen- und Märchenwelt erkennbar. Die deutsche Mutter in Kärnten und die slowenische in Oberkrain erzählen in ihrer Muttersprache den Kindern von den gleichen Gestalten.

Eine ähnliche Feststellung kann man machen, wenn man das Liedgut der beiden Landschaften miteinander vergleicht.

Zu beiden Seiten der Karawanken finden wir dem Inhalte und der Form nach zwei Arten von Liedern: eine ältere, balladenartige, und eine jüngere aus Vierzeilern bestehende. Das ältere umfaßt in erster Linie Balladen und Romanzen, geschichtliche und geistliche sowie zahlreiche Gebräuchelieder.

Altes Saggut hat sich in den Liedern vom Wassermann, Schlaraffenland und Lindenbaum erhalten. Die Schwimmersage, die Rabenmutter und das Leonorenmotiv kehren immer wieder. Amsel, Turteltaube und Kuckuck übernehmen die Vertretung für den Geliebten, Tierhochzeiten sind sehr bekannt.

Zahlreich sind auch die geschichtlichen Lieder. Doch ist eine selbständige epische Dichtung wie bei den Serben in Oberkrain nicht vorhanden. Die geschichtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung eines Heldengesanges waren weder in Kärnten noch in Oberkrain gegeben. Dafür aber entstanden eine Reihe von Einzelliedern, die geschichtliche Epochen oder Personen besingen. An erster Stelle stehen hier die Türkenkriege mit dem Nationalhelden „Kralj Matjaž". Die historischen Taten des Königs Mathias Korvinus, sowie seines Vaters Hunyadi und der Grafen von Cilli lieferten reichen Stoff zur Bildung einer Sage. Dazu aber kam über die Alpen die Kunde vom schlafenden Bergkaiser, so daß der slowenische Türkenkämpfer heute Geschichtliches und Sagenhaftes miteinander verbindet. Die Reformation, die Gegenreformation sowie die Bauernkriege finden im Liede keinen Niederschlag. Wohl aber wird der Sieger von Belgrad, General Laudon, im Liede besungen. Auch die Franzosenzeit ging fast spurlos vorüber. Größeren Eindruck machte später Vater Radetzky, der auch im Liede lebendig blieb.

Einen bedeutenden Platz nimmt das Lied im Brauchtum eines Volkes ein. Seit der ältesten Zeit sind bei allen Völkern Lied und Fest miteinander verbunden. Die Wiederkehr des Frühlings (Georgi, Frühlings-Tagundnachtgleiche) und die Sommersonnenwende stehen da an erster Stelle. Daneben aber gibt es noch eine Reihe von Gebräuchelieder, die um die Weihnachtszeit, Neujahr und Dreikönig gesungen werden (Koledalieder, vgl. die Sternsingerlieder). Schließlich haben sich auch Segenssprüche erhalten wie sie von den Kindern z. B. am unschuldigen Kindertag beim Schappen („šapati") gesprochen werden.

Mit den geistlichen Liedern (Kirchen-, Wallfahrts- und Legendenlied) wäre das ältere Liedgut aufgezählt.

Ein ganz anderes Bild zeigt das Vierzeilerlied, das eigentliche Volkslied Oberkrains. Mehr noch als bei den vorher angeführten tritt gerade bei diesem der deutsche Einfluß zutage. War bei den älteren Liedern vor allem die Motivgleichheit erwähnenswert, so gleichen die jüngeren Volkslieder in Melodie und Inhalt dem deutschen Kärntnerlied. Beim Kärntner- und beim Oberkrainerlied können wir die Entstehung vom Volkstanze („štajriš", Steirischer, Figurentanz mit Vierzeilern) ableiten. Heute wird noch der Tanz von einem Burschen mit einem Vierzeiler eröffnet („zakrimati", anfrümen, bestellen), wobei auch der Name „viža" (mhd. wîse, Weise, Melodie) erhalten blieb. Zu einer bestimmten Melodie wurden dann Vierzeiler improvisiert. Später wurden solche Vierzeiler vom Tanze losgelöst beim „Liedaufgeben" häufig in einer bestimmten Reihenfolge gesungen, wodurch unsere schönen, alpenländischen Volkslieder entstanden. Diese hängen sprachlich oft gar nicht zusammen, weisen sogar Nebensätze in den einzelnen Strophen auf, bilden aber melodisch eine harmonische Einheit.

Die Entstehung aus der Tanzmelodie ergibt die vollständige Übereinstimmung des Liedgutes zu beiden Seiten der Karawanken. An einem Beispiele soll dies noch klarer gezeigt werden:

Kärnten		Oberkrain	
Der Vata hat gsagt	⏑ | / ⏑ ⏑ | /	ljubezen je biva	⏑ | / ⏑ ⏑ | / ⏑
soll bessa hausen	⏑ | / ⏑ ⏑ | /	ljubezen še bo	⏑ | / ⏑ ⏑ | /
soll Katzen verkafen	⏑ | / ⏑ ⏑ | / ⏑	da glih tebe in mene	⏑ ⏑ | / ⏑ ⏑ | / ⏑
soll selba mausen	⏑ | / ⏑ ⏑ | /	na svetu kna bo	⏑ | / ⏑ ⏑ | /

(Die Liebe war, die Liebe wird sein,
wenn auch du und ich nicht mehr auf Erden sind)

Der Dreivierteltakt als Innentakt, der ein- oder mehrsilbige Auftakt und der charakteristische aus dem Tanze erklärliche Strophenschluß sind ein deutlicher Beweis deutscher Entlehnung.

Mit dieser Entlehnung der Form ist es aber nicht abgetan. Es tritt noch eine melodische Beeinflussung dazu.

Der bei den Slowenen sonst übliche einstimmige Gesang wird durch einen mehrstimmigen ersetzt, wie auch die Molltonart der froheren Durtonart weichen mußte. Zur Hauptstimme tritt also die Überstimme, wozu dann meistens noch ein Baß kommt. Nur die fehlenden weiteren Mittelstimmen unterscheiden das Oberkrainer Lied vom Kärntnerlied.

Auch der Inhalt erklärt sich in beiden Fällen aus der Verwendung des Liedes als Tanzlied. Das Oberkrainer Volkslied ist, wie sein Kärntner Nachbar, ein ausgesprochenes Liebeslied. Liebe und Gegenliebe, Geliebter und Geliebte sind die ewig wiederkehrenden Motive. Die Liebe mit all ihrem Suchen und Finden, Freuden und Leiden, Hoffnungen und Enttäuschungen werden darin besungen. Als Fensterl- und Hochzeitslieder, als Stände- oder Berufslieder ist uns diese Liedgattung bekannt.

Wir sehen also auch im Liedgut die große Übereinstimmung mit dem Deutschen. Diese bezieht sich nicht mehr nur auf die Form oder die Motivgleichheit, sondern im jüngeren, neueren Volkslied auch auf die Melodie.

Diese Tatsache zeigen begreiflicherweise auch die Volksmusik und der Volkstanz. In ganz Oberkrain erklingen noch die Geigen, Klarinetten, Baßgeigen oder Ziehharmonika in der alten bäuerlichen Besetzung. Fröhlich ertönen die alpenländischen Weisen, zu denen sich die Jugend der Einschicht noch in den Formen des Neubayrischen, Deutschen und Steirischen dreht. Ein reicher Schatz wird da noch zu heben sein, ein weiterer Beweis für das friedliche Zusammenleben des deutschen Siedlers und des slowenischen Nachbars wird erbracht werden können.

Volkstum und Brauchtum

Stärker noch als das Lied- und Saggut kann das Brauchtum den Beweis der Gleich- oder Verschiedenartigkeit erbringen. Gerade im Brauchtum eines Volkes haben sein Denken, Fühlen und Handeln ihren Niederschlag gefunden. Gleiche Lebensformen konnten nur entstehen, wenn Menschen gleichen Blutes, gleicher Gesittung und gleicher Geschichte zusammenlebten.

Das gesamte Jahres- und Lebensbrauchtum Oberkrains weist die Grundlagen des deutschen Brauchtums auf, das ja selbst ein altes Erbe nordischer Kulturhöhe ist. Baum, Wasser und Feuer begegnen uns immer wieder im Brauchtum, die sinnvolle Handlung mit Lied, Tanz, Spiel und Musik, das gemeinsame Mahl, gewisse Formen der Ahnenverehrung finden wir bei allen Festen. Eine kurze Übersicht wird auch hier die Vielfalt und Gemeinsamkeit des Brauchtums aufzeigen.

Das Brauchtum der Fastnacht ist in Oberkrain allüberall bekannt. Auch hier erscheint uns diese Zeit als die Zeit des Vorfrühlings, des erwachenden Lebens, des Fruchtbarwerdens in der Natur. Kerze, Fackel („bakva") und Holzstoß künden vom Werte der Sonne, des Feuers und des Lichtes. Das Blochziehen „ploh vleči", das Faschingsverbrennen, die Vermummung („maškara", Masken), die Maskenumzüge, das Weibsägen „babo žagati" sowie der Faschingtanz sind ebenfalls bekannt.

Ostern, das Fest der wiedererwachenden Natur, der Auferstehung des Lebens, des wiederkehrenden Frühlings, der Frühlings-Tagundnachtgleiche zeigt ebenfalls ein reiches Brauchtum. So brennen am Georgitag allüberall die Georgifeuer und verkünden wie die Osterfeuer den neuen Frühling.

Am Karsamstag aber rollen brennende Feuerräder ins Tal, treten Männer zum Fackelreigen, weiht die Kirche das Osterfeuer. Beim Osterwasserholen begegnen wir dem Lebenswasser, wie der Palmbesen vom Lebensbaum erzählt, wenn er als Ackerkreuz die Fruchtbarkeit der Erde erhöhen oder am Dachboden die Blitzgefahr bannen soll. Alte geheiligte Bäume, Hasel, Wacholder, Weide und Buchsbaum werden heute noch zur kirchlichen Weihe getragen, von einer fremdländischen Palme ist keine Rede.

Beliebt sind die zahlreichen Osterspiele, wie das Eierlaufen, -pecken, -haken, -rollen und -klauben. Daneben finden wir zahlreiche Kinderspiele, den Osterspaziergang und den alten Flurumgang in der heutigen Form der kirchlichen Auferstehungsprozession. Daß auch das Mahl

stark betont wird, zeigt uns der Weihkorb mit dem Osterkuchen (radförmiges Osterbrot), dem Osterschinken und den oft sinnbildgeschmückten bemalten Ostereiern.

Das Maifest sowie Pfingsten, das Fest des hohen Maien, haben sich ebenfalls noch erhalten. Der Maibaum „maja", der Brunnenschmuck, die Prangstangen zu Fronleichnam, die Pfingstzweige an den Fenstern sind noch überall gebräuchlich. Das Maibaumaufstellen sowie das Maibaumstehlen, die alten Flurumgänge (heute Bittprozessionen) sprechen heute noch von alter, sinnvoller Handlung.

Eine hohe Zeit ist die Sonnwendzeit, in der die Sonne ihren Höhepunkt erreicht hat und das Jahr sich wendet. Als kirchliches Johannisfeuer („kres, kresovati, — Ivanje") lebt dieser Brauch ebenfalls noch fort. Der Feuerstoß, die Fackeln und Feuerräder künden wieder von Licht, von der siegreichen Sonne, der der Feuersprung, das Fackelschwingen und das Scheibenschlagen als sinnvolle Handlungen gewidmet sind. Farnkraut und Margerite helfen so manches Rätsel der Zukunft lösen.

Vom Erntefest sollen vor allem der Kirtagsschmaus mit seinen besonderen Speisen (z. B. „štrukelj") mit Trunk und Tanz („raj" vgl. reie, Reigen) erwähnt werden.

Eine große Zeit ist die Weihnachts- mit der Vorweihnachtszeit, die im Brauchtum nicht wegzudenken sind. Wie bei den übrigen, bereits erwähnten Festen, so finden wir auch hier das alte völkische Erbe von der Kirche übernommen und entstellt. Die Barbarazweige, der durch deutschen Einfluß eingebürgerte Weihnachtsbaum, die Lebensrute des Krampus („parkel" Bartl, Bertl, wilder Jäger — Freischütz) und der unschuldigen Kinder erzählen vom immergrünen Lebensbaum. Die Kerzen, das Weihnachtsfeuer und das Räuchern versinnbilden wiederum Feuer, Sonne und Licht. Die Weihnachtsspiele, das Befragen des Schicksals (Bleigießen, Schuhwerfen, Tiersprechen), die Umzüge winterlicher Gestalten, das Hirtensingen, das Frauentragen und das Opfern hölzerner Tierformen (Pferde, Kühe, Schweine) zu Stefani sind wohl die bekanntesten Handlungen dieser brauchtumsreichen Zeit. Als Formen des Mahles sollen nur die drei aus verschiedenem Mehl zubereiteten Weihnachtsbrote sowie die von den Mädeln zu Dreikönig an die Burschen verschenkten Scherzel angeführt werden.

Der Lebensbaum erscheint uns als Geburtstagsbaum, den Vater und die Mutter am Geburtstag ihres Kindes pflanzen, als Hochzeitsmaien, den die Dorfgemeinschaft dem jungen Hochzeitspaare setzt, als Friedhofsbaum auf den Gräbern der Abgestorbenen.

Auch die Kränze, der Strauß oder Buschen, sowie die Braut- und Totenkronen gehören zum Sinnbild des Lebensbaumes. Welche Bedeutung das Wasser hat, ersieht man aus seiner Stellung bei Taufe, Hochzeit und Tod. Eine Fülle von Handlungen hat sich im Oberkrainer Lebensbrauchtum erhalten. Der Taufgang, das Fensterlngehen, die Werbung, der Hochzeitslader („vadati", vaduc — laden, Lader), das Valisführen („bala"), das Brautabholen, der Hochzeitszug, das Versperren des Weges („šrangati", Schranke, Sperre), die kirchliche Trauung, das Hochzeitsmahl, das Brautstehlen, das Heimführen der Braut sind ebenso bekannt wie das Hochzeitsschießen, die Schlüsselübergabe, das Kranzelabtanzen, der Hochzeitsbrief und das Ständchen „ofriht" (vgl. hoverecht). Welche Rolle das Essen im menschlichen Leben einnimmt, zeigen der Tauf-, Hochzeits- und Totenschmaus. Der Hochzeitskuchen mit seiner beachtlichen Größe und dem Flitter-, Blumen- und Bänderschmuck sowie die Armenseelenbrote und das Minnetrinken ergänzen das Mahl.

Wenn wir also das gesamte Lebens- und Jahresbrauchtum Oberkrains überblicken, so können wir die Verwandtschaft bzw. die Abhängigkeit von den deutschen Lebensformen feststellen. Dies beweist uns wiederum, daß Menschen gleicher Umgebung und gleicher oder wesensverwandter Zusammensetzung unter gleichen Lebensbedingungen auch ein gemeinsames Brauchtum entwickeln, bzw. mit den Lebensformen auch die Brauchtumsformen übernehmen können. Die große Kulturgrenze, die bereits seit fränkischer Zeit das deutsch beeinflußte Gebiet von dem später unter türkischer Herrschaft stehenden Balkan trennt, finden wir auch im Brauchtum.

*

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß dieses Land deutsche Spuren trägt von Anbeginn an. Deutsch waren die Geschichte und ihre Träger (Adel, Geistlichkeit, Bürger und Handwerker und große Teile des Bauerntums), deutsch sind die kulturellen Leistungen, die sich bis in unsere Tage erhalten haben, gleichgültig, ob es sich dabei um die großen Bauten (Burgen, Schlösser, Kirchen, Städte und Märkte) oder um die Dörfer mit ihren Fluren und Häusern handelt. Von deutschem Geist künden Lieder, Sagen und Märchen, vom deutschen Leben erzählen uns heute noch die Formen des Brauchtums.

So können wir begreifen, daß dieses Gebiet mit seinen Naturschönheiten, seiner deutschen Geschichte, seiner deutschen kulturellen Leistung und seinen der rassischen Zugehörigkeit nach vielen deutschen Menschen trotz der slowenischen Sprache wieder heimgeholt wurde ins größere, deutsche Vaterland.

Die Juden und das deutsche Heerwesen

Von Erich Sander, Berlin

I. Von den Anfängen bis zum Aufkommen des Hofjudentums

Im Verhältnis zum Heerwesen werden die Juden erstmalig in den Privilegien vom 13. September 1084, 19. Februar 1090 und 6. April 1157[1] erwähnt. Diese Gesetze gehören eng zusammen, wahrscheinlich hängen sie voneinander ab, trotzdem ist in ihnen eine Entwicklung festzustellen; welcher Art, wird unten gezeigt werden. Das Privileg des Bischofs von Speier besagt, daß die Juden dem Wachdienst, der Verteidigungspflicht und dem Mauerbaudienst zwar nachkommen müssen, aber nur innerhalb des Teiles des Mauerringes, der ihren Stadtteil begrenzt.

Schon die Tatsache, daß die Juden überhaupt Wehrleistungen übernehmen müssen, bedeutet einen Wandel in den Grundlagen der Wehrverfassung. Nach deutschem Recht sind nur die Freien wehrpflichtig, Unfreie werden nicht zur Wehrpflicht herangezogen[2]. Nun kann man unmöglich die Juden als Vollfreie betrachten. Sie stehen außerhalb der Gesellschaftsordnung und außerhalb der allgemeingültigen Gesetze. Also unterliegen sie an und für sich nicht den Wehrgesetzen. Wenn sie jetzt trotzdem diesen unterstellt werden, so kann das nicht auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht geschehen, sondern als Entgelt für den Schutz, den sie vom Stadtherrn genießen. Das ist römisches Recht[3]. Dabei ist zu bedenken, daß es sich hierbei um rassisch Fremde handelt, und wenn auch der Rassengedanke im Mittelalter keine Rolle spielt, so eine desto größere der christliche. Um so schwerwiegender ist es, daß jetzt zum ersten Male die christliche Einstellung an solch einem wichtigen Punkte verlassen wird. Der Begriff des Untertanen römischer Herkunft dringt damit in das deutsche Wehrrecht ein, nach dem alle Untertanen im Verhältnis zum Herrn gleich sind, d. h. gleiche Pflichten haben und dafür den gleichen Schutz und das gleiche Wohlwollen, ja auch die gleiche Wertung des Herrn genießen.

Wir stehen hier an einer Wende der Wehrpflicht. Bisher konnte man von einer „Pflicht" nicht sprechen. Die „Pflicht", Kriegsdienste zu tun, das Land zu verteidigen, Wachen zu leisten und am Bau der Burgen und Landwehren mitzuarbeiten, war ein Vorrecht der Freien. Sie ist ein Ausfluß des Waffen*rechtes*. „Der Entzug des Waffenrechtes war eine Strafe."[4] Es ist also nicht ganz richtig, von einer Wehr*pflicht* zu sprechen, es handelt sich vielmehr um ein Wehr*recht*. Wenn Conrad S. 49 die Wehrpflicht aus der allgemeinen Untertanenpflicht der fränkischen Reichsangehörigen gegenüber ihrem König herleitet, so schränkt er das sofort ein, indem er die Eidespflicht, durch die die Wehrpflicht eidlich festgelegt wurde, nur für die freien Untertanen in Anspruch nimmt. Nun wurde allerdings schon unter den Merowingern die römisch-gallische Bevölkerung zum Kriegsdienst herangezogen und damit für diesen Teil der germanische Grundsatz, daß nur Germanen zum Wehrdienst berechtigt sind, durchbrochen. Aber auf Juden hat sich diese Erweiterung nicht erstreckt. Im Ostreich ist die Bevölkerung völkisch einheitlich, ohne fremden Zusatz; hier konnte sich diese Neuerung also schon aus sachlichen Gründen nicht durchsetzen; es war beim germanischen Brauch geblieben. Jetzt wird der Jude in die Wehrpflicht einbezogen. Dadurch entsteht etwas Neues. Einmal ist diese Pflicht für den Juden kein Vorrecht, sondern wirklich eine Pflicht, die auf gesetzlichen Anordnungen beruht, deren Umfang genau und schriftlich festgelegt ist. Deshalb muß das erste

---

[1] Wilhelm Altmann und Ernst Bernheim, Ausgewählte Urkunden zur Erläuterung der Verfassungsgeschichte Deutschlands im Mittelalter, Berlin 1909, Nr. 78, 79, 84.

[2] Hermann Conrad, Geschichte der deutschen Wehrverfassung, Bd. I, München 1939, Sachverzeichnis unter Wehrpflicht.

[3] Theodor Mommsen, Abriß des römischen Staatsrechts, Leipzig 1893, S. 177.

[4] Conrad a. a. O., S. 8, 49, bes. 52.

Judengesetz des Bischofs Huozmann von Speier scharf bestimmen, wie weit die Wehrpflicht der Juden geht. Die germanische Wehrpflicht ist uneingeschränkt, weder zeitlich noch örtlich begrenzt. Es läßt sich also nicht leugnen, daß durch die Rücksicht auf die Juden die völkische und rechtliche Grundlage der Wehrpflicht wie auch ihre Ausdehnung umgestaltet wird. Das hat Folgen: Ablösbarkeit, Stellvertretung lassen sich nicht mehr abweisen und dringen in die deutsche Wehrordnung ein. Eine genaue Umgrenzung der Pflichten schließt sich an, während bisher die Wehrpflicht total war, d. h. den Mann mit seiner ganzen Leistungsfähigkeit erfaßte. Diese neue Art ist bezeichnend für die folgenden Jahrhunderte, beschränkt sich allerdings auf die Städte, während das Rittertum davon nicht berührt wird.

Es bleibt die Frage, weshalb geht man in den Städten von der germanischen Form der Wehrpflicht, die nur die Freien umfaßt, ab zu einer fremden, die sich auf alle Einwohner erstreckt. Auskunft erteilt das Privileg von 1084. Bischof Huozmann zieht den Weiler Speier zur Stadt. Dabei sammelt er die Juden, siedelt sie außerhalb des gemeinsamen Wohnsitzes der übrigen Bürger an und befestigt ihre Stadt. Daher ergibt sich zwangsläufig für die Juden, diese ihre Stadt, in der Christen nicht wohnen, zu verteidigen und ihre Mauern zu bewachen und instand zu halten. Der Bischof wird den soldatischen Wert der Juden nicht groß angeschlagen haben, und diese selbst werden weder von der Schanzarbeit noch vom Wachdienst oder der Verteidigungspflicht begeistert gewesen sein, deshalb verläßt sich der Bischof mehr auf seine Ministerialen und gibt den Juden nur eine gewisse Unterstützungspflicht. Ist somit der Umstand, daß die Juden die drei Pflichten übernehmen müssen, geklärt, so gibt das Privileg weiter Auskunft über die Frage, weshalb überhaupt Juden in Speier angesiedelt werden mußten. „Um die Ehre unserer Stadt 1000fach zu vermehren"; mehr scheinen aber die $3\frac{1}{2}$ Pfund Speirer Währung gelockt zu haben, die die Juden jährlich zu zahlen hatten. Das war auch in anderen Fällen der Grund. Markgraf Karl sagt das ganz offen, wenn er im Jahre 1345 die Richter von Iglau und Brünn verpflichtet, die Juden aufzunehmen, um die Lage seiner Kammer zu verbessern[5]. Bischof Johann XI. von Olmütz beurkundet am 22. Februar 1398 in Kremsier, daß er zum Nutzen seiner Kammer Juden aufgenommen hat, wie andere Untertanen[6]. Johann von Böhmen verbietet 1338, die Juden von Znaim zu behindern; denn die klare Notwendigkeit erfordere es, daß die Juden zum Nutzen der fürstlichen Kammer in ihrem Besitz und bei ihren Einkünften erhalten werden[7]. Der Übergang zur Geldwirtschaft macht sich bemerkbar. Das bedeutet für den Landesherrn, sich Geldmittel zu beschaffen. Diese sind aber in deutschen Gauen kaum wo anders zu haben, als bei den Juden; denn die Wirtschaft ist in Deutschland fast restlos auf Naturalien eingestellt. Noch im Jahre 1060 erhält der König von zwölf großen Königshöfen in Oberfranken jährlich 160 Kühe, 1280 Schweine, 224 Ferkel, 1600 Hühner, 320 Gänse, 16 000 Eier, 2880 Käse, 160 Pfund Pfeffer, 320 Pfund Wachs, 96 Fuder Wein, aber kein Geld[8]. Hinzu kommt die Liebe der Deutschen zum Boden, die die Kaufleute immer wieder zwingt, große Summen in Immobilien anzusetzen. Damit war zwar die Getreideversorgung einer Stadt gesichert, aber für den Leihverkehr fielen die so angelegten Kapitalien aus[9]. Außerdem ist die Möglichkeit, von den Juden Steuern zu erheben, die bequemste und sicherste Art, Geld zu bekommen. Der Deutsche macht Schwierigkeiten; auch ist die Frage, ob er dann alles zahlt, was versprochen worden ist. Eine Exekutivmöglichkeit gegen säumige Zahler stand dem Landesherrn oder dem Kaiser nur in sehr beschränktem Maße zu. Aber den Juden gegenüber war er völlig Herr. Von diesen bekam er stets, was er wollte, und wenn auch oft durch Schacher, aber er bekam es. Beweis für diese Behauptung ist allein schon die Tatsache, daß sehr bald der Kaiser auf die Juden Beschlag legt, und zwischen Kaiser und Landesherrn ein Kampf um das Recht, die Juden zu besteuern, entbrennt. Der Wunsch, sich in den Besitz flüssiger Gelder zu setzen, ist die Veranlassung dazu, die Juden in den Untertanenverband aufzunehmen. Bei der Kon-

[5] *B. Bretholz, Quellen zur Geschichte der Juden in Mähren vom 11. bis zum 15. Jh., Prag 1935, Nr. 45, 46.

[6] *Bretholz, S. 439. [7] *Bretholz, S. 33.

[8] Paul Sander, Die reichsstädtische Haushaltung Nürnbergs 1431—1440, Leipzig 1902, Bd. I, S. 2.

[9] Ebenda, S. 6.

stitution des Weilers zur Stadt siedelt der Bischof sie an und bringt gleichzeitig die Bürger unter dasselbe Recht, so daß in der neugegründeten Stadt nur ein Recht existiert, nach dem alle Bürger leben. Beweis dafür, daß die Wehrpflicht der Bürger nicht ein Ausfluß der allgemeinen Wehrpflicht germanischer Art ist, ist der Umstand, daß auch den christlichen Bürgern der wichtigste Teil der Wehrpflicht, nämlich die in den Kampf zu ziehen, fehlt. Nur für die oben aufgeführten drei Pflichten kommen sie in Frage, genau wie die Juden, also für den äußersten Notfall, für den eigentlichen Kampf hatte der Bischof seine Ministerialen.

Es muß hervorgehoben werden, daß die Initiative vom Stadtherrn ausgeht. Er ist es, der die Juden in die Stadt zieht. Und da ist zu fragen, ob wirklich die Staatsnotwendigkeit so dringend war. Schließlich war man ja erst im Anfang der Geldwirtschaft; es bestand durchaus die Möglichkeit, daß einmal die Bedürfnisse der Stadt nach wie vor von den Bürgern durch Naturallieferung und Hand- und Spanndienst befriedigt werden konnten, daß andererseits die deutschen Bürger die Wirtschaft recht bald so weit ausgebaut hätten, daß sie den Bedürfnissen der öffentlichen Hand Genüge geleistet hätte. Es müssen andere als rein sachliche Gründe gewesen sein, die zur Aufnahme der Juden geführt haben. Die können wir nur in dem Machtstreben der Stadtherren sehen, die zum Kampf gegen die eigenen Volksgenossen sich der Geldmittel der Fremden bedienten. Wir haben hier dieselbe Erscheinung wie fünfhundert Jahre später, wo ähnliche Bestrebungen der Territorialfürsten zur Einführung des Hofjuden führten. In beiden Fällen ist es das Bestreben, die Rechte der Untertanen zugunsten der Fürsten zu beschränken oder ganz abzuschaffen.

Die Ansiedlung der Juden tätigt der Bischof nicht als Grundherr. Wäre er das, so hätte er nicht nötig, nachzuweisen, daß er den Grund und Boden, den er den Juden zur Verfügung stellt, auf rechtliche Weise erworben habe; es können also die Forderungen an die Juden und deren Leistungen nicht auf grundherrlicher Basis beruhen; sie müssen eine andere Rechtsquelle haben. Das kann nur das Recht des Stadtherrn sein, der nach römischem Muster der absolute Herr des Landes und der Leute ist.

So ist ein Wandel in der Rechtsgrundlage der Wehrpflicht durch die Rücksicht auf die Juden eingetreten.

In dem so entstehenden Untertanenverband haben die Juden ursprünglich dieselben Pflichten wie die anderen Bürger. Hierher gehört die Verpflichtung zur Bewachung und Verteidigung der Stadt. In Köln haben sie 1106 die Bewachung und Verteidigung der porta Judaeorum, die dem Würfeltor benachbart ist; daher die Bezeichnung Judentor, Judenwichhaus, propugnaculum Judaeorum. Im Jahre 1252 haben sie in dem Kampf zwischen Stadtherr und Stadt die Mauern bewacht[10]. Noch im Jahre 1331 wird die Verpflichtung der Stadtverteidigung erwähnt[10]. In Worms stehen 1201 die Juden auf Wache; vielleicht haben sie schon 1080 die Bewachung ihres Mauerabschnittes und des Judentores gehabt[11]. Das zweite ist die Leistung von Hand- und Spanndiensten. In Hameln haben sie die Stellung von Pferden im Jahre 1320[12]. Im zweiten Straßburger Stadtrecht heißt es im § 57: Judei faciant vexillum. Sie haben also die Fahne zu stellen, vielleicht deshalb, weil sie nicht nur den Seidenhandel, sondern als Seidenweber die ganze Seidenindustrie monopolisiert hatten[13]. Ebenso haben sie die Mauern und Türme zusammen mit den anderen Bürgern in Ordnung zu halten[14].

Dem Juden liegt das Soldatisch-Kämpferische nicht, seine Einstellung zur Gemeinschaft ist negativ. Daher versuchen sie schon vom ersten Tage an, sich von der Verpflichtung des persönlichen Einsatzes in der Bewachung und der Verteidigung der Stadt wie im Mauerbau freizumachen. Die oben angedeutete Entwicklung geht mithin dahin, die persönlichen und sach-

[10] Herbert Fischer, Die verfassungsrechtliche Stellung der Juden in den deutschen Städten während des 13. Jh. Gierkes Untersuchungen Bd. 140. Breslau 1931, S. 101, 157.

[11] Fischer, Juden, S. 102, 103.

[12] Urkundenbuch der Stadt Hameln Nr. 129, 3 und 11; Nr. 189.

[13] Altmann-Bernheim, Nr. 194. J. Cohn, Die Judenpolitik der Hohenstaufen, Phil.Diss. Hamburg 1934, S. 34.

[14] Fischer, Juden, S. 203.

lichen Leistungen durch Geld abzulösen und möglichst ganz abzuschaffen. Diese Befreiung geht schrittweise und in den verschiedenen Städten in verschiedenem Ausmaße vor sich. So findet sich im Privileg Heinrichs IV. vom 19. Februar 1090 für die erwähnten Speirer Juden schon nichts mehr gesagt über die drei Pflichten. Da nun nicht anzunehmen ist, daß die Juden vom Kaiser zu Lasten herangezogen werden, die ihnen der Stadtherr zum Teil schon erlassen hatte, so muß aus dem Fehlen jeder Angabe darüber geschlossen werden, daß die Juden hiervon frei waren. Diese Annahme wird unterstützt durch den Umstand, daß auch die sachlichen Leistungen einer erheblichen Einschränkung unterliegen. 1. Fremde sollen nicht ohne ihre Zustimmung in ihre Häuser geschickt werden. Unter den hospites der Urkunde dürfte kaum etwas anderes zu verstehen sein, als Ministerialen, die in Einquartierung gelegt werden. 2. Das Stellen von Pferden für eine Reise des Königs oder Bischofs darf von den Juden nicht gefordert werden. 3. Frondienste für einen Kriegszug des Königs dürfen nicht verlangt werden. Es ist allerdings nicht gesagt, welcher Art die angaria gewesen ist; wir haben aber wohl darunter ähnliche Sachlieferungen zu verstehen, wie sie auch sonst in den Städten um diese Zeit üblich waren, neben der Verpflichtung, die Mauer zu bauen und instand zu halten. Den Juden von Köln wird im Jahre 1373 bestätigt, daß sie bei Kriegen und Fehden der Stadt keine Dienste zu leisten haben, nur die Bewachung des Tores wird ihnen übergeben[15]. Das zweite Straßburger Stadtrecht kennt nur noch finanzielle Leistungen, d. h. die Hand- und Spanndienste, die das erste noch kennt, sind inzwischen abgelöst worden. In Breslau haben sie den Wachdienst und alle anderen servitia mit jährlich 30 Mark abgelöst. Als Ablösung der Mauerbaupflicht muß auch angesehen werden, wenn sie im Jahre 1305 35 Mark zum Mauerbau beitragen oder wenn sie vom Jahre 1341 ab jährlich 60 Mark zum Festungsbau beitragen wollen[16].

Dieses Bestreben der Juden wird nun durch die wirtschaftliche und heeresgeschichtliche Entwicklung im Reich gefördert. Wirtschaftlich setzt sich die Geldwirtschaft immer mehr durch, und da der Jude der einzige ist, der über bares Geld verfügt[17], wird er schon durch diesen Umstand ein Objekt des Kampfes zwischen Kaiser, Stadt- bzw. Territorialfürst und dem Rat der Stadt. Jeder will den Juden haben, um von ihm Geld zu nehmen. Die rechtliche Grundlage ist dabei der Judenschutz; denn dafür muß der Jude zahlen. Typisch für diese ganze Art ist der Streit der Stadt Köln mit dem Erzbischof um die Judenschaft[18]. Der Erzbischof ist ursprünglich der Judenschutzherr und hat das alleinige Recht, die Juden zu besteuern. Dieses Recht will ihm der Rat nehmen. Er wirft also dem Bischof vor, er habe seine Schutzpflicht verletzt: Judei extra domos vyolenter et sine auctoritate iudiciaria tracti in domum Petri de Canin positi et incarcerati fuerunt. Durch solche Gewalttätigkeiten habe der Erzbischof seine Pflichten gröblich verletzt und infolgedessen müßten die Bürger von nun an für die Juden eintreten und das Schutzrecht übernehmen; zur Ehre der Stadt natürlich. Es spielt hier der Gedanke des Widerstandsrechtes germanischer Färbung mit, nach dem der Fürst seinen Verpflichtungen restlos nachkommen müsse, anderenfalls die Geschützten das Recht hätten, gegen ihn einzuschreiten. Da das der Jude nicht kann, müsse sich die Stadt seiner annehmen. In Wirklichkeit ist das aber ein sehr gesuchter Vorwand, der ausschlaggebende Grund ist der, daß der Rat die Steuern und Abgaben der Juden haben will. Daß der Erzbischof sich das nicht gefallen läßt, ist klar; es kommt zum Kampf, in dem die Stadt unterliegt: Nihil ad cives Colonienses pertinet de suis Judeis, tenet enim (sc. der Erzbischof) ipsos Judeos in feodo ab imperio et sicut sua interest eorum tributa recipere, ita et delicta corrigere et punire. Aber die Stadt gibt sich damit nicht zufrieden. Ein Jahr später teilt man sich die Sache, der Rat bekommt das Recht der Judenbesteuerung, aber nur zur Hälfte, den anderen Teil bekommt der Erzbischof. Jeder hat ein Interesse daran, daß der andere nicht zu viel erhält; daher wird festgelegt, wieviel die Stadt an Steuern erheben darf[19]. Weiter ist man in Köln nicht gekommen. In Mainz greift eine ähnliche Regelung dieser Angelegenheit Platz, nur mit dem Unterschied, daß hier die Stadt besser abschneidet, insofern als sie den

[15] *O. Stobbe, Die Juden in Deutschland während des Mittelalters. Braunschweig 1866, S. 93.
[16] *Stobbe a. a. O., S. 206, dort die Quellen. [17] Fischer, Juden, S. 136.
[18] Fischer, Juden, S. 70ff.; Keutgen, Urkunden, Nr. 147.
[19] Fischer, Juden, S. 110.

Löwenanteil erhält, und der Erzbischof von der Judensteuer nur 112 Mark jährlich bekommt [20]. Oft ist die Teilung der Judenschaft zwischen Stadtherrn und der Stadt friedlich geregelt worden. Jedenfalls setzen sich fast alle Städte in den Besitz des Judenschutzes, so Straßburg, Augsburg, Erfurt, Mainz [21]. Oft geht der endgültigen Übernahme durch die Stadt eine Doppelherrschaft voraus. So kann Würzburg nach einem ziemlichen Kampfe zwar das Steuerrecht erlangen, aber es darf die Steuern nur mit der Genehmigung des Bischofs festsetzen [22]. Aber auch da, wo die Städte den Judenschutz völlig in die Hand bekommen, ist das gewöhnlich nur von kurzer Dauer gewesen, weil der Territorialfürst, der Stadtherr, oft auch der Kaiser immer wieder versuchen, den Judenschutz zurück zu erlangen.

Den Grund für dieses Eintreten für die Juden will man in der Sorge für das Recht und in der Furcht vor einer Verletzung der städtischen Immunität sehen. Das ist nur zum Teil richtig. Wichtiger ist die Sorge um die Wehrfähigkeit der Stadt. Der wichtigste Ausgabeposten der Stadt und der einzige bedeutende ist der für die Stadtverteidigung, sei es Bau und Instandhaltung der Mauern, seien es sonstige militärische Zwecke. Wir sind über die Steueraufkommen in den einzelnen Städten nicht so unterrichtet, wie es wünschenswert wäre, besonders der Anteil der Judensteuern an den einzelnen Ausgaben ist in den seltensten Fällen völlig klar. Desto wertvoller sind Angaben, die beides zeigen. In Worms zahlen die Bürger zur militärischen Sicherung des Landfriedens im Jahre 1255 1000 Mark, davon die Juden 150 Mark; 1259 kosten die Söldner 400 Mark, dabei von den Juden 200 Mark und 50 Pfund; 1260 bringen die Juden für eine Fehde, die 1000 Mark gekostet hat, 400 Pfund auf [23]. In Brünn haben die Juden den vierten Teil des Geldes, das der Gemeinde zur Erhaltung der Mauern und des Grabens auferlegt wird, aufgebracht [24]. Am 29. Dezember 1342 schenkt Markgraf Karl der Stadt Ungrisch-Hradisch den jährlichen Judenzins zur Befestigung und Verbesserung der Stadt und ihrer Mauern [25]. Das sind wenige Beispiele, die zeigen sollen, daß die steuerlichen Beiträge der Juden für die militärischen Belange einer Stadt oder eines Territoriums doch recht erheblich gewesen sind. Klar ist das Bild allerdings nicht; denn es handelt sich immer nur um einzelne Posten; eine Übersicht über den Gesamthaushalt einer Gemeinde könnte allein eine restlos befriedigende Auskunft geben. Aber soviel läßt sich wohl aus den beigebrachten Belegen erkennen, daß man in wehrpolitischer Beziehung mit dem Steueraufkommen der Juden rechnen mußte und daß der Teil, der die Judensteuer hatte, dem anderen gegenüber auch militärisch im Vorteil war. Der Judenschutz ist kein Teil der Wehrhoheit, aber er ist für diese von großer Bedeutung, und so ist es kein Wunder, daß beim Kampf um diese zwischen Stadt und Stadtherrn dieser sich auch auf das Judenschutzrecht ausdehnt und jede Partei in dessen Besitz kommen will. Zum Teil lassen sich auch die Judenverfolgungen aus dieser Tatsache erklären, insofern als deren Vertreibung oder Schädigung auch den Schutzherrn wirtschaftlich und damit militärisch schädigen mußte.

Über die Höhe der jüdischen Beiträge geben die Strafgelder einen gewissen Anhalt, die der Kaiser verhängte, wenn eine Stadt oder ein Fürst die Juden ohne kaiserliche Genehmigung vertrieben hatte. Auch die Summen, für die der Kaiser seine Juden versetzte, lassen Rückschlüsse zu. So verlangt Kaiser Friedrich III. von Ulm für die Vertreibung vom Jahre 1440 13 000 Gulden [26]. Die Summe ist doch immerhin beachtlich, wenn man auch in Betracht zieht, daß der Kaiser nach oben abgerundet haben mag und die Summe zur Strafe erhöht hat. Daher ist es verständlich, daß es über das Recht der Judenbesteuerung zwischen der Stadt Regensburg und dem Herzog Otto von Niederbayern zu einer regelrechten Fehde kommen kann [27]. Das Ergebnis ist, daß die Juden dem Herzog, dem sie vom Kaiser als Entgelt für geleistete Kriegsdienste verpfändet worden waren, 2000 Pfund zahlen; so hoch mögen also die Kosten gewesen sein, die der Herzog für Kriegskosten zugunsten des Reiches gehabt hat.

[20] Ebenda, S. 155. [21] Fischer, Juden, S. 117.

[22] *M. A. Szulwas, Die Juden in Würzburg während des Mittelalters. Phil. Diss. Berlin 1934, S. 32. [23] Fischer, Juden, S. 113.

[24] *Bretholz, Quellen, Nr. 27, vom 21. September 1333.

[25] *Bretholz, Quellen, Nr. 38.

[26] *Geschichte der Juden in der Reichsstadt Augsburg, Augsburg 1803, S. 7, § 7.

[27] Fischer, Juden, S. 63.

Bei der Betrachtung über die Höhe der jüdischen Gelder ist zu berücksichtigen, daß neben den eigentlichen Judensteuern auch die Strafgelder in die Kassen des Schutzherrn fließen, die auch nicht unerheblich sind. In Mainz zahlt der Jude bei Körperverletzung 10 Pfund, der Bürger nur 7 Pfund. Das hat darin seinen Grund, daß der Jude wie die militärischen Leistungen auch alle zusätzlichen Strafen mit Geld abzulösen bestrebt ist[28]. So entstehen eine ganze Reihe zusätzlicher Zahlungen, über die das Brünner Stadtbuch eine Auskunft gibt: die Juden insgesamt zahlen 38 Mark, dazu Weinsteuer 91 Mark, ferner außerordentliche Zahlungen 36 Mark[29]. Es ist verständlich, daß diese Summen ebenfalls gewöhnlich zwischen Kaiser, Stadtherrn und Rat geteilt werden.

Bei der Beurteilung des Judenschutzes ist also von der finanziellen Seite auszugehen. Das Mittelalter war nicht so feinfühlend oder sentimental, daß sich Kaiser und Fürsten, Geistliche und Bürger verpflichtet gesehen hätten, die Juden zu schützen, nur weil sie sich nicht selbst schützen konnten. Das wäre allen ziemlich gleichgültig gewesen; aber man will ihre Steuerkraft schützen im eigensten Interesse. Wenn es also in den Landfrieden heißt, Geistliche, Frauen und Juden genießen eines besonderen Schutzes, so ist diese Zusammenstellung nicht in der besonderen Schutzbedürftigkeit begründet, sondern darin, daß alle drei unter besonderen Rechten standen. So wird auch den Städten nicht der Judenschutz vom Stadtherren übertragen, weil dieser allein nicht fähig war, ihn wirksam auszuüben, sondern umgekehrt, gegen den Willen des Stadtherrn nehmen ihn die Bürger, um dadurch in den Besitz der Schutzgelder zu kommen[30].

Nun zahlten die Juden natürlich nicht aus reiner Liebe zum deutschen Volke. Zwar hatten sie auch ein rein persönliches Interesse daran, daß die Stadt kampfkräftig blieb und Friedensstörungen jeder Art schnell beseitigte. Vielleicht kam es bei solchen Gelegenheiten auch einmal zu einer freiwilligen Spende der Juden. Denn auf jeden Fall war durch eine kriegerische Verwicklung der Handel gestört, die Sicherheit auf den Landstraßen gefährdet. Denn der Kampf wird ja häufig genug in der Form geführt, daß man den Gegner wirtschaftlich schädigte, d. h. einzelne Bürger mit ihren Warenzügen gefangensetzte. So hatte der Jude also tatsächlich ein Interesse daran, daß solche Zustände möglichst schnell beseitigt wurden; dann läßt er sich die Sache auch etwas kosten. Aber auch in solchen Fällen lehnen sie persönlichen Einsatz unter allen Umständen ab und lassen die übrigen Bürger für sich arbeiten und ihr Leben und Gut hingeben. Gewöhnlich benutzen aber die Juden die Notlage des Staates, um sich für ihre Leistungen, selbst da, wo sie davon den Vorteil haben, Sonderrechte zu sichern. Daß sie sich von allen persönlichen Leistungen befreien lassen, ist schon des öfteren gesagt. Darüber hinaus wollen sie auch die Geldzahlungen auf ein Minimum herabdrücken. So erreichen sie in den meisten Städten das Vorrecht, nur zu den Judensteuern herangezogen zu werden, von allen anderen städtischen Steuern aber verschont zu werden. Ist ein Außenstehender Judenschutzherr, so hat er ein Interesse daran, solche Bestrebungen zu unterstützen, denn er will ja allein über die Steuerkraft seiner Schützlinge verfügen; aber auch wo das nicht der Fall ist, erreichen die Juden die Befreiung von allen Bürgersteuern.

Die Bürger sind mit dieser Entwicklung nicht einverstanden. So entbrennt ein Kampf darum, wie weit die Juden zu den Leistungen nach Stadtrecht verpflichtet sind. Die Stadt versucht immer wieder, sie heranzuziehen. Das beweisen Anordnungen und Gesetze, die sich gegen die Befreiung von den persönlichen Pflichten wenden. Im Jahre 1207 befiehlt Philipp von Schwaben für Regensburg, daß clericus et iudeus . . . cum aliis civibus omne onus collectarum zu tragen haben[31]. Aber schon 1251 verlangt die Stadt von neuem, daß die statuta pro custodia et municione von den Juden in gleicher Weise wie von den anderen Bürgern beachtet werden sollen[32]. Auch Hildesheim sieht sich gezwungen, ausdrücklich anzuordnen, daß die Juden „waken und burwerken". Dasselbe geschieht in Hameln seit 1322[33]. 1278 bestimmt König Rudolf I., daß die Juden in Brünn zur Tragung der Stadtlasten

[28] Ebenda, S. 134ff.
[29] *Bretholz, Quellen, Nr. 59.
[30] Gegen Fischer, Juden, S. 151.
[31] Fischer, Juden, S. 109.
[32] Ebenda, S. 99.
[33] Urkundenbuch der Stadt Hameln, Nr. 199, 212, 355, 360ff. Zeitschrift des hist. Vereins für Niedersachsen, 1908, S. 40ff.

die bisher beobachteten Gewohnheiten nicht verletzen sollen[34]. Solche Gesetze beweisen, daß die Bürger immer wieder gegen die Drückebergerei der Juden vorzugehen versuchen, aber, wie schon gesagt, schließlich ohne Erfolg. Die Juden wenden sich an den Kaiser und erbitten von ihm Privilegien, die sie von den verhaßten Lasten, einschließlich der Steuern, befreien sollen. Da die Bürgerschaft diesen Trick kennt, sucht sie vorzubeugen. Die Judenordnung von Nürnberg (14./15. Jahrhundert) verbietet im Artikel 6, daß sie einen „brif noch freyheit" vom Kaiser gewinnen, „die wider der stat recht, freyheit, gesez, gewohnheit" seien[35]. Denn durch solche Befreiungen wird nicht nur der restliche Teil der Bürgerschaft stärker belastet. Sie müssen auch in moralischer Hinsicht als böses Beispiel wirken; denn es ist klar, daß in Zukunft auch nichtjüdische Kreise versuchen werden, die aus der Dienstpflicht entspringenden Leistungen einzuengen und auf ein Minimum zu beschränken. Jedenfalls gewöhnte die Judenschaft den Deutschen daran, daß Wehrdienst nicht selbst geleistet zu werden brauchte, sondern in eine Steuer verwandelt werden konnte. In den Städten hat sich diese neue Art dann bald nach dem Aufkommen der Zunftherrschaft durchgesetzt. Daß das möglich war und daß sich dieser Prozeß ohne Störung vollziehen konnte, dazu hat zweifellos der Umstand, daß die Städter mit den Juden in dauernder Gemeinschaft lebten, daß also die jüdische Einstellung dauernd auf die Bürger einwirken konnte, wesentlich mit beigetragen. Die Juden tragen natürlich nicht allein die Schuld, auch sachliche Gründe sprechen für die Einführung des Söldnerwesens. Aber andererseits hatten die Städte mit ihrem engen Wirkungskreis keinen Grund, von der persönlichen Wehrpflicht, die sie soeben eingeführt hatten, wieder abzugehen. Von Reichs wegen wurde dann dieses Vorrecht von den Juden auf alle Reichsstände übertragen, und man kommt zur Idee einer Reichskriegssteuer. Sachlich war es das Aufkommen des Söldnerheeres, das das Reich zwang, Geldmittel bereitzustellen. Rechtlich ist es das Vorbild der Juden, die ja schon seit langer Zeit Wehrsteuern zahlten, in Verbindung mit der Kenntnis des römischen Rechtes, das auch die Wehrpflicht in eine Steuer verwandelt hatte. Das Reichskriegssteuergesetz von 1427 erscheint so keineswegs als eine politisch-militärische Neuschöpfung, sondern ist der Schluß einer Entwicklung, die bei den Juden beginnt, die Städte erfaßt und schließlich auf das Reich als Ganzes ausgedehnt werden soll[36]. Diese Regelung schließt natürlich nicht aus, daß in höchster Not auch die Juden zur Verteidigung der Stadt beitragen. Beim Angriff der Schweden auf Prag helfen täglich 200 Juden die Feuersbrünste löschen, am Kampf selbst beteiligen sie sich nicht[37].

Zweitens wird der Wehrmoral durch folgenden Umstand das Rückgrat gebrochen. Die Juden gaben den Bürgern die Möglichkeit, ihre Waffen zu versetzen und zu beleihen. Immer wieder finden sich in den Stadtbüchern Anordnungen, die solchem Mißbrauch zu steuern suchen. Er muß also sich immer von neuem wiederholt haben. Möglich ist das aber nur, wenn man jemanden hat, der auf Waffen etwas leiht. Das sind allein die Juden, in deren Händen das gesamte Leihgeschäft liegt. Es ist klar, daß die Juden die betr. Abschnitte in den Gesetzen auch kannten; sie scheinen aber nicht davon betroffen zu sein. Wenn sich im Iglauer Stadtbuch zum Jahre 1373/74 der amtliche Vermerk findet: Lorica Prodlini obligatur Sch. pro 56 gr[38], dann ist das ein Beweis dafür, daß hier von der Behörde das Versetzen der Schutzwaffen nicht nur gestattet wird, sondern daß der Jude dabei noch einen besonderen Rechtsschutz erhält. Nach den Privilegien kann der Jude als Pfand alles annehmen, außer blutige, nasse und heilige Gewänder[39]. Diese Bemerkung findet sich fast überall. Also konnten solche Leihgeschäfte stets getätigt werden, denn der Jude ging dann unter allen Umständen straflos aus. Ihre Bedeutung für die Wehrfähigkeit einer Stadt liegt auf der Hand. Der Rat konnte es nie erreichen, daß alle Einwohner in der vorgeschriebenen Weise ausgerüstet waren, so lange die Möglichkeit bestand, die Gesetze mit Hilfe jüdischer Händler zu übertreten. Wenn sich die Stadt dagegen schützen will, so muß sie festsetzen, welche Stücke als Pfand genommen

[34] *Bretholz, Quellen, Nr. 14b.
[35] *M. Stern, Die israelitische Bevölkerung in den deutschen Städten, Kiel 1894—1896, S. 235.
[36] Conrad, Wehrverfassung, S. 133.
[37] *J. Hoexter, Quellenbuch zur jüdischen Geschichte und Literatur, 1930, Teil IV, Nr. 110.
[38] *Bretholz, Quellen, Nr. 238, Nr. 59.
[39] Privileg Ottokars II. von Böhmen für alle Länder vom 21. März 1254.

werden dürften. Nürnberg verbietet also das Beleihen von Waffen, vor allem von Armbrüsten, das von Pferden erlaubt es[40]. Am 14. März 1382 erläßt Frankfurt am Main ein ähnliches Verbot: Auch sal nyman uff keynerley harnesch ... gelt lihen oder in dheynetwisz virsetzen ... Auch sal jderman sinen harnesch han[41]. Und dann dieselbe Anordnung wenige Jahre später: daß die Juden zu Franckenfurd keinerley huzrad, harnesch oder gerede ... keuffen sollen ... oder auch keinerley harnesch, husrad oder gerede, das in zu phand gesast oder virstanden wirt, in dheinen weg uz Franckenfurd viruszern oder virkeuffen, dann sie sollen iz zu Franckenfurd viruszern und verkeuffen[42]. Unter gerede ist wohl das Heergewät zu verstehen. Man sieht auch, wie das Verbot, Waffen zu versetzen, umgangen wird, nämlich dadurch, daß sie möglichst schnell aus der Stadt herausgebracht wurden, dann konnten sie nicht gefunden werden und die angedrohte Strafe fiel aus. Das konnten aber auch nur die Juden machen, die mit ihren zahlreichen Verbindungen nach allen Städten jederzeit in der Lage waren, Waffen und andere Dinge unsichtbar werden zu lassen. So läßt der Jude Süßkind von Weinheim in Frankfurt den Panzer des Mühlbaum verschwinden; als dieser ihn zurückverlangt, soll er in Worms sein[43]. Auch sonst wird bei den Verpfändungen gern geschoben. Das beweist eine Anfrage von Ungrisch-Hradisch. Hier war ein versetzter Panzer vertauscht worden, wahrscheinlich gegen einen schlechteren, denn sonst hätte der Schuldner sich nicht so aufgeregt. Der Entscheid: Nach dem Judenprivileg soll der Jude über dem Panzer den Eid leisten, daß er an der Vertauschung keine Schuld trüge, dann besteht für ihn keine Ersatzpflicht[44]. Wie sehr durch den Unfug des Versetzens und Beleihens die Wehrkraft der Bürger geschwächt wurde, zeigt eine Übersicht über die Pfänder der Frankfurter Juden. Es werden in den Jahren 1340 bis 1379 nach den Eintragungen in die Frankfurter Gerichtsbücher als Pfänder angegeben: Schwerter, Armbrüste, Waffenröcke, Helme, Schilde, Beingewand, arma; am häufigsten aber Panzer, denn nach der Zunftordnung sollte jeder Bürger einen Harnisch besitzen; da er diesen nicht täglich brauchte, war er also das gegebene Versatzstück. In diesen Jahren sind es allein 60, die in jüdische Hände gehen und im Notfall nicht zur Stelle waren. Dazu kommen für die Jahre 1340—1342 120 verpfändete Pferde. Damit ist das Ergebnis noch nicht abgeschlossen. Es finden sich weiter als Pfand angegeben: Messer, Hauben, Mäntel, Schuhe, Handschuhe, Röcke, selbst Karren. Hierbei ist folgendes zu bedenken. Messer und Lanze sind oft die einzigen Waffen des Handwerkers; im Hause trägt er Pantoffeln, die aber zum Kampf um die Mauer nicht geeignet sind; zum Wachtdienst braucht er Schuhe und den Mantel. Fehlen diese Stücke, ist der Mann kaum zum Kampf von der Mauer herab zu gebrauchen, von einem Auszug ganz zu schweigen. Ferner sind die hier aufgeführten Angaben unvollständig; denn in sehr vielen Fällen wird das Pfand nicht genauer gekennzeichnet, so daß man nicht weiß, welche Gegenstände der Jude genommen hat; auch sind in die Gerichtsbücher keineswegs alle Geschäfte eingetragen, und von den beurkundeten ist ein gut Teil verlorengegangen. Wenn das alles in Rechnung gestellt wird, sieht das Gemälde noch dunkler aus, nicht nur in wehrtechnischer, sondern auch in moralischer Hinsicht.

Nicht ganz so schlimm wirkt sich das Verpfänden von Grundbesitz an die Juden aus. Zwar fällt bei Zahlungsunfähigkeit das Haus an den Juden. Da nun in sehr vielen Städten, zumal in späterer Zeit, die persönliche Wehrpflicht am Grundbesitz haftet, geht der bisherige Besitzer dem Aufgebot verloren, während der Jude nicht an seine Stelle tritt, weil die Privilegien den Juden vom Wehrdienst freilassen. Das sind keineswegs Einzelfälle, denn die Verschuldung des kleinen Grundbesitzes war recht erheblich[45]. Aber die Bürgerschaft hat rechtzeitig dagegen Vor-

---

[40] *Stobbe a. a. O., S. 66. *Stern, Bevölkerung, III, Nürnberg, S. 234.

[41] *Stobbe a. a. O., S. 246, Anm. 119. *Isidor Kracauer, Urkundenbuch zur Geschichte der Juden in Frankfurt a. M., Nr. 293.

[42] *Isidor Kracauer, Urkundenbuch zur Geschichte der Juden in Frankfurt a. M., 1871, Reg. 296; vgl. auch Reg. 293.

[43] *Kracauer a. a. O., Reg. 399. [44] *Bretholz, Quellen, Nr. 204, 4 zum Jahre 1368.

[45] *Artur Goldmann, Das verschollene Wiener Judenbuch, in Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Österreich, Bd. I, S. XXIV. *O. Herzog, Urkunden und Regesten zur Geschichte der Juden in der Steiermark (1475—1585), Graz, Israelitische Kulturgemeinde, 1934, Reg. 99. *Szulmas a. a. O., S. 28 ff.

sorge getroffen, indem sie anordnete, daß bei Grunderwerb durch die Juden, diese alle Lasten und Pflichten, die auf jenem lagen, übernehmen mußten[46]. Trotz dieser Sicherheitsmaßnahmen verstand es der Jude dann aber doch, sich zu drücken. Aufschlußreich ist die Urkunde aus Olmütz vom 23. März 1369. Die Juden Jakob und Abraham versprechen alle Lasten der Stadt mitzutragen. „Insbesondere bedingen sich die Räte aus, daß die Juden sich weder beim Markgrafen noch anderwärts um eine Entlastung des Hauses bemühen."[47] Das scheint der gewöhnliche Weg gewesen zu sein, denn sonst hätten die Räte nicht von vornherein dagegen Vorsorge getroffen. Doch nicht immer haben sie Erfolg gehabt, wie denn am 12. November 1383 der Bürgermeister, die übrigen geschworenen Bürger und die ganze Gemeinde der Stadt Brünn beurkunden, „daß sie auf Befehl des Markgrafen Jodok versprochen haben, dem umsichtigen Brünner Juden Mendlin und seinen Erben sein Haus am Kohlenmarkt, das einst Walter, gen. Dalek ... gehört hat, von allen Abgaben frei zu halten[48]."

Bisher ist nur von dem Verhältnis der Juden zur Wehrordnung der Stadt die Rede gewesen. Das ist verständlich, denn der Jude wohnt in der Stadt und wird wehrmäßig nur durch diese erfaßt. Die Wehrordnung des Reiches wird durch das Lehnswesen bestimmt. Es ist klar, daß sich hier jüdischer Einfluß nicht breit machen konnte, solange sich dieses in der alten Form hielt, d. h. solange der Ritter für Ausrüstung und Verpflegung persönlich verantwortlich war. Hier war für den Juden vorerst kein Platz, höchstens konnte er als Händler dem Heere folgen, mit dem doppelten Gesicht des Lieferanten für die nötigen Bedarfsartikel und des Abnehmers der Beute. In letzterer Eigenschaft scheinen sie allerdings von Bedeutung gewesen zu sein. Hier fehlen aber quellenmäßige Belege, so daß sich der Nachweis nur indirekt führen läßt. Bei den ritterlichen Spielen mußten sich die „Gefangenen" auslösen. Da es ihnen häufig an Geld fehlte, gingen sie zum Juden:

Do muosten dan zu den juden varn
si al di da gevangen warn.
man sach si setzen al zehant
vil maneger hand köstlichez pfant[49].

Nicht anders wird es im Ernstfall hergegangen sein, nur daß es sich dann nicht nur um das Auslösen von Gefangenen, sondern auch um den Verkauf anderer Beutestücke handelte. Wir müssen die Juden als die eigentlichen Träger dieses Beutehandels ansehen, weil anerkanntermaßen diese Art Geschäft nur in ihren Händen lag, andererseits der deutsche Kaufmann, in den Städten ansässig und in Gilden zusammengefaßt, gar keine Gelegenheit hatte, den Heeren als Beuteaufkäufer zu folgen. Ein deutsches Kleinhändlertum von Bedeutung gab es aber kaum. Für einen besonderen Teil der Beute läßt sich außerdem die Vorherrschaft des jüdischen Händlers nachweisen, das ist der An- und Verkauf von Kriegsgefangenen, die als Sklaven weitergeleitet werden sollten. Zwar hatten die Juden nur das Recht des Handels mit fremdländischen Sklaven, manicipia peregrina emere et infra imperium nostrum vendere[50]. Aber schon im Jahre 989 wird den Juden vorgeworfen, daß sie auch mit christlichen Gefangenen handelten, die sie vornehmlich in die islamitischen Länder verkauften: propter captivos et manicipia christianorum quos mercator Judaeus infelici auro emerat[51].

Neben dem An- und Verkauf der Beute und der Lieferung der nötigen Bedarfsartikel kommen die Juden noch in einem dritten Punkt mit dem einzelnen Krieger in Berührung, als Arzt und Arzneienhändler. Über den Sanitätsdienst in den ersten Jahrhunderten des Mittelalters sind wir nur wenig unterrichtet. Nach Tacitus, Germania Kapitel 7, sorgen bei den Germanen die Frauen für die Verwundeten: ad matres, ad coniuges vulnera ferunt. Wahrscheinlich sind auch die Priester als Ärzte tätig, das beweist der zweite Merseburger

[46] *Bretholz, Quellen, S. 220. Dortmunder Urkundenbuch I, S. 610. Paul Kirchhoff, Die Dortmunder Fehde 1388/89. Phil. Diss. Marburg 1909.

[47] *Bretholz, Quellen, S. 220. [48] *Bretholz, Quellen, S. 325.

[49] Ulrich von Lichtenstein, S. 96, Z. 3ff.

[50] de Rozière, Recueil général des formules, Paris 1859, Bd. I, Nr. 27ff.

[51] *Stobbe a. a. O., S. 200. *Julius Aronius, Regesten zur Geschichte der Juden im fränkischen und deutschen Reich bis zum Jahre 1273, Berlin 1887, Regest Nr. 137; vgl. Regest Nr. 92, 113, 116, 117, 122, 127, 141, 169, 208.

Spruch, wo Wodan der Heilkundige ist. Dadurch verbindet sich mit der Heilkunde die Anschauung des Geheimnisvollen und Göttlichen. Alles das hält sich durch das ganze Mittelalter, natürlich ins Christliche übertragen. Der Zauberspruch wandelt sich in den christlichen Wundsegen; an die Stelle des Priesters tritt der Mönch; die Frauen behalten ihre Aufgaben. Sie übernehmen nicht nur die Pflege der Kranken und Verwundeten, sondern üben jede ärztliche Funktion aus. Im Waltharilied verbindet nach dem Kampf Hildgard die Recken. Doch auch diese selbst sind der Heilkunst kundig. So untersucht im Dietrichliede Ecke sachgemäß die Wunden und verbindet sie dann [52]. In Wolfram von Eschenbachs Parzival versorgt Gurnemanz selbst den Helden, weil es besonders gut gemacht werden soll [53]. Noch bei Peter Suchenwirt helfen sich die Kämpfer gegenseitig; gäbe es ausgebildete Ärzte, würde der Dichter nicht betonen, daß beim Herausschneiden der Pfeile manches Stück Fleisch mit herausgeschnitten würde [54]. Neben die chirurgische Behandlung tritt die mittels Heilkräuter und Arzneien. Das ist alter germanischer Brauch, der sich immer wieder nachweisen läßt. Suchenwirt [55] läßt die Ohnmächtigen mit kalten Brunnen gelabt werden und mit „edlen burtzen". Das beweist, daß die Kräuter auch im militärischen Sanitätsdienst eine Rolle spielten.

Diese Art der Wundbehandlung und ihre Kenntnis ist bis ins 14. und 15. Jahrhundert bei den Kriegern und im Volke lebendig geblieben. Im 12. Jahrhundert tritt nun insofern eine Änderung ein, als die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Heilkunde wieder einsetzt. Von den ersten medizinischen Fakultäten, die erscheinen, Salerno und Montpellier, steht die eine unter sarazenischem, letztere unter jüdischem Einfluß [56]. Die Beschäftigung mit der Medizin lag den Juden. Jüdische Ärzte lassen sich schon sehr früh nachweisen. In Frankreich schon im Jahre 576, in Bayern um 800 [57]. Im kaiserlichen Gefolge finden wir den ersten jüdischen Mediziner im Jahre 1031 am Hofe Konrads II. [58]. Damit schalten sich die Juden in das Sanitätswesen ein. In dem bekannten Privileg Heinrichs IV. für die Speirer Juden erhalten sie die Erlaubnis, pigmenta (Heilkräuter oder Salben) und antidota (Gegenmittel gegen Gifte) auch an Christen zu verkaufen [59]. Dieses Privileg wird von Friedrich II. erneuert und auf die Wiener Juden ausgedehnt [60]. Doch scheinen die meisten Landesherren ihrerseits ihren Juden das Recht zu praktizieren gegeben zu haben; sonst wäre die Trierer Provinzialsynode nicht dagegen eingeschritten [61]. Bei der Wendigkeit der Juden erscheint es zweifellos, daß sie von ihrem Recht auch den Kriegern gegenüber Gebrauch gemacht haben, obwohl sich das nicht urkundlich nachweisen läßt. Hier war ja die vorteilhafteste Gelegenheit, ihre pigmenta und antidota an den Mann zu bringen, besonders, wenn sie die ganze Angelegenheit mit dem Schleier des Geheimnisvollen umgaben. Zustatten kam den Juden hierbei der Umstand, daß der Staat sich um das Sanitätswesen in keiner Weise kümmerte. Erst Fronsberger verlangt wenigstens einen Feldscher, obwohl die Ansprüche, die er hinsichtlich seines ärztlichen Könnens stellt, sehr gering sind; etwas mehr verlangt Dillich, doch erst Dionysius Klein fordert, daß ein guter Wundarzt und Medicus bei der Truppe sei [62]. Wenn, wie gezeigt, die Juden sich in der Heilpraxis schon früh breit machen, so muß angenommen werden, daß sie auch im militärischen Sanitätswesen zu finden waren, nicht nur als Ärzte, das vielleicht am wenigsten, sondern vor allem als Händler mit Arzneien, Heilmitteln und sonstigen Quacksalbereien. Das muß etwas eingebracht haben, denn sonst hätten sie sich nicht das Recht, mit diesen Dingen zu handeln, wieder und wieder bestätigen lassen. Sie haben dann damit Mißbrauch getrieben. Deshalb wendet sich die Trierer Provinzialsynode 1227 gegen diese Gewohnheit und gibt den Landesherren den Auftrag, ihren Juden zu verbieten, die Heilkunde auszuüben oder Christen Heiltränke und Arzneien zu reichen: (ut Judaeos cogant sub aliqua poena, ut non intromittant se de aliqua medicina nec aliquem potionem dent christianis) [63]. Wenige

[52] Eckelied, Strophe 63, 68. [53] Wolfram von Eschenbach, Parzival, Vers 165ff.
[54] Peter Suchenwirt, Werke, hrsg. von A. Primisser, Wien 1827, IX, 76ff.
[55] Ebenda XV, 82ff. [56] Haeser, Geschichte der Medizin, Jena 1875, Bd. I, S. 654.
[57] *Aronius, Regest 37, 80. [58] *Aronius, Regest 15.
[59] Altmann-Bernheim Nr. 79, Abschnitt 6. [60] *Aronius, Regest 151. [61] *Aronius, Regest 439.
[62] Dionysius Klein von Eßlingen, Kriegsinstitution, Stuttgart 1598, 321. H. Meynert, Gesch. des Kriegswesens, Wien 1868/69, Bd. I, S. 373.
[63] *Aronius, Regest 439.

Jahre später (1267) erläßt das Wiener Konzil für den Osten des Reiches dasselbe Verbot[64]. Daraus ergibt sich zweierlei: Einmal erkennt man die Gefahr, die in den jüdischen Quacksalbereien liegt, und zweitens ist klar, daß diese Verbote nicht geholfen haben, sondern daß die Juden nach wie vor ihren einträglichen Handel mit allerlei Mixturen fortgesetzt haben.

Eine wichtige Angelegenheit war das Recht der Juden, fremde Glaubensgenossen kürzere oder längere Zeit beherbergen zu dürfen. Es ist klar, daß bei der Vielgeschäftigkeit der Juden und ihrer Verbindung untereinander der Spionage Tor und Tür geöffnet wurde. 1568 wird ihnen der Vorwurf der Verräterei gemacht; im Jahr 1640 beschwert sich der Rat von Landsberg an der Warthe über die herumziehenden Juden, derer sich die schwedischen Offiziere in Kriegszeiten sehr zu des Landes Schaden zu bedienen gewußt hätten[65]. 1670 wird von den brandenburgischen Städten der Vorwurf erneuert. Der Kurfürst verbietet daraufhin die Aufnahme und das Beherbergen fremder Juden, aber wie neuerliche Klagen beweisen, verstehen diese es immer wieder, das Gebot zu umgehen oder Befreiung davon zu erlangen.

Das Aufkommen des Söldnerheeres hat zur Folge, daß von nun an das Geld in der Kriegführung eine ganz andere Rolle spielt und daß die Finanzierungsfrage zum wichtigsten Problem jedes Kriegszuges wird. Es ist klar, daß der Kriegsherr hierbei die Juden nicht übergehen konnte. Doch lassen sich Finanzgeschäfte der Juden für militärische Zwecke erst im 13. Jahrhundert nachweisen. Damit soll nicht gesagt sein, daß in früheren Jahrhunderten solche nicht getätigt worden seien, aber beweisen läßt es sich nicht. Diese Geschäfte werden sich bis dahin auch in engen Grenzen gehalten haben, denn in Deutschland kommt das Söldnerwesen erst nach dem Untergang der Staufer in Schwung. Die Art der Finanzierung ist verschiedenartig. Einmal in der Form der direkten Besteuerung, d. h. die durch die Judensteuer aufkommenden Gelder werden zum größten Teil für militärische Zwecke verwendet. Oder aber der Schutzherr verlangt eine einmalige Sonderabgabe für Kriegsausgaben. So wird ihnen in Breslau 1341 für zehn Jahre eine Sondersteuer von 60 Mark auferlegt[67]. 1421 sollen sie in Regensburg für die Hussitenkriege 8000 ungarische Gulden zahlen; 1422 eine zweite Hussitensteuer, 1474 zahlen sie 4000 Gulden an Friedrich III. für den Krieg gegen Burgund[68]. 1381 „schenken" die Juden in Frankfurt 500 Gulden der Stadt „zu eren buren", d. h. wohl zum Bau der kurz vorher erwähnten Ringmauer. 1384 schenkt Joselym von Marpurg 50 Gulden zu demselben Zwecke, Seligmann 10; in den folgenden Jahren die Judenschaft insgesamt je 600 Gulden[69]. 1438 erhält Nürnberg 5000 Pfund „zu Steuer zu den schweren Bauten"[70]. Eine dritte Art Geld zu bekommen ist folgende: Der Kaiser erläßt den Schuldnern der Juden ihre Schulden gegen eine Zahlung, die er einzieht. So verfährt 1385 König Wenzel. Nürnberg soll dabei einen Reingewinn von 60 000 Gulden gehabt haben, dazu kommen noch 15 000 Gulden für den Kaiser und 4000 Gulden als Geschenke an kaiserliche Gesandte[71]. Auf diese Weise werden auch Kriegskosten ersetzt oder abgegolten. Heinrich VII. erteilt im Jahre 1311 der Stadt Eßlingen als Ersatz für die Kosten, die sie im Kampf gegen Eberhard von Württemberg gehabt hat, einen zweijährigen Aufschub aller Judenschulden. Aus demselben Grunde wird Conrad von Weinsberg von seinen Judenschulden befreit. 1315 und 1316 gewinnt Eßlingen als Kriegskostenersatz eine neuerliche Schuldenbefreiung[72].

Viertens die Anleihe. Am 25. Dezember 1372 schuldet die Stadt Brünn dem Juden Pater für die expedicio an Kapital und Zinsen 62 Mark. Am 21. Februar 1373 werden verbucht: den Juden für Herrichtung der Stadtmauer 50 Mark Kapital und 8 Mark Zinsen[73]. 1477 helfen der Jude Joseph Vosell und sein Eidam dem Kaiser Friedrich III.

---

[64] *Aronius, Regest 725.

[65] *E. Wolbe, Geschichte der Juden in Berlin und in der Mark Brandenburg, Berlin 1937, S. 93, 67, 101.

[66] Fischer, Juden, S. 11. *Kracauer, U. B. Reg. 54.

[67] Archiv für die Kunde österreichischer Gesch.-Quellen 31 (1864) 64.

[68] *Stobbe a. a. O., S. 76. [69] *Kracauer, U.B.Reg. 261, 266, 267, 269, 270.

[70] Sander, Nürnberg, Bd. I, S. 364, 418.

[71] *Stobbe a. a. O., S. 58. *Kracauer, U. B. Reg. 372ff.

[72] *Stobbe a. a. O., S. 249, Anm. 126; dort Quellen und weitere Beispiele.

[73] *Bretholz, Quellen, S. 234.

mit Geld für den Krieg aus[74]. Am 1. November 1365 werden dem Simon von Selgienstadt 44 Pfund 9 Schilling als rückgezahltes Kapital und die Zinsen von weiteren 200 Pfund Kapital gezahlt, die er dem Rat von Frankfurt „zum cryge" geliehen hatte[75]. Seit 1367 leiht die Stadt Frankfurt jährlich je 1300—1500 Gulden von den Juden. Sie werden gewöhnlich in demselben Jahre zurückgezahlt, sind also eine Art Überbrückungskredit[76]. Die meisten dieser Anleihen werden für Befestigungsbauten ausgegeben, doch finden sich auch andere militärische Ausgaben. Ihre Verwendung könnte man noch genauer nachweisen, wenn die Rechnungsbücher häufiger einen Vermerk darüber hätten.

Eine weitere Beteiligung jüdischen Kapitals an der Kriegsfinanzierung ist gewissermaßen indirekt. Sie betrifft vornehmlich das Reich und die Territorialfürsten. Erkennbar ist diese Art aus der Urkunde Karls IV. vom 25. Juni 1349[77]. Danach war folgendes geschehen: Der Kaiser war durch Kriege des Reiches in Schulden von 15 200 Pfund Heller geraten, die er bei den Frankfurter Bürgern aufgenommen hatte und die er nicht bezahlen konnte. Daraufhin verpfändet er die Juden von Frankfurt mit all ihrem Hab dem Rat und den Bürgern. Bis zur Bezahlung der Schuld will der Kaiser keinerlei Geldforderung an die Juden stellen; auch zu anderen Leistungen, mit Ausnahme besonders aufgezählter, sollen sie seitens des Reiches nicht herangezogen werden. Solch Versetzen der Juden, um Schulden los zu werden, findet sich häufig. Dem Beispiele des Reiches folgen die Fürsten, die auch von sich aus ihre Juden an kapitalkräftige Städte verpfänden. Rechtlich reiht sich diese Gewohnheit in das Übertragen sonstiger Kaiser- bzw. Königsrechte an Einzelpersonen ein. Es überträgt Heinrich Raspe der Stadt Würzburg die Juden[78]; 1297 werden die Regensburger Juden an die Herzöge von Niederbayern für 2000 Pfund vergabt, als Entschädigung für aufgewendete Kriegskosten[79]. Am 25. Juni 1349 verpfändet Karl IV. die Frankfurter Juden an die Bürger für 15 200 Pfund Heller, die sie ihm für Kriegszwecke geliehen haben[80]. Im August 1345 werden die Breslauer Juden der Stadt zur Tilgung eines Darlehens von 1400 Gulden vom Kaiser überantwortet[81]. Am 22. Juni 1298 verpfändet König Adolf die Speirer Juden der Stadt, bis der Schaden, den seine Leute bei ihrer Rückkehr aus dem Elsaß in Speier angerichtet haben, wiedergutgemacht worden ist; 1315 Ersatz für Kriegskosten in Höhe von 300 Pfund Heller. Aber am 13. Januar werden alle Judensteuern dem Bischof von Speier übertragen; 1334 übermittelt Kaiser Ludwig 60 Pfund Silber von den Juden an Heinrich von Köln für ein Kapital von 600 Pfund. 1335 bekommt der Pfalzgraf bei Rheine 5200 Pfund Heller für Dienste, die er tun soll. 1339 teilen sich der Bischof und der Rat die Judeneinkünfte, ersterer bekommt 500, der Rat 300 Pfund Heller. 1346 werden sie von neuem dem Pfalzgrafen bei Rheine um 2000 Mark Silber versetzt und ihm alle Rechte, die Kaiser und Reich an die Judenschaft habe, übertragen. 1349 erhält die Stadt alles Eigentum[82]. Man sieht, die Verhältnisse sind nicht gerade klar und durchsichtig, oft genug wird kein Mensch mehr gewußt haben, wer denn nun eigentlich über die Judensteuern verfügen konnte. Das gibt dann Streit, hindert aber den Kaiser nicht, seine Juden weiter auch an Fremde zu verpfänden.

Doch nicht nur der Kaiser weiß auf diese Weise seiner Geldnot abzuhelfen, andere Fürsten gehen denselben Weg. So erhält Siegfried von Eppstein für Dienste, die er dem Mainzer Erzbischof wahrscheinlich in den Kämpfen gegen König Adolf geleistet hat und als Ersatz für den dabei erlittenen Schaden eine Anweisung über 100 Mark jährlich auf die Frankfurter Juden; dasselbe wiederholt sich fünf Jahre später (1303 bzw. 1308)[83]. Auch folgende Variation gibt es: Karl IV. leiht sich 830 Gulden von Bruno von Braunfels; Bürge ist der Rat von Frankfurt. Dieser gibt Bruno von Braunfels das Recht, falls die Schuld nicht pünktlich bezahlt wird, „die 830 uff unsern unde unsern stede schaden zun juden entnemen". Die gesamten Kosten, Kapital und Zinsen, übernimmt dann der Rat[84]. Schließlich gehört es auch in den

[74] Herzog, Steiermark, S. XLII, Reg. Nr. 27b. [75] *Kracauer, U. B., S. 225.
[76] *Kracauer, U. B. Rechenbuch, S. 227ff., 257. [77] Hoerter, Quellenbuch, Bd. III, Nr. 30
[78] *Szulwas a. a. O., S. 30. [79] Fischer, Juden, S. 28.
[80] *Kracauer, U. B. Reg. Nr. 141. [81] Archiv für Kunde österr. Gesch.-Quellen 31 (1864) S. 68.
[82] Urkunden zur Geschichte der Stadt Speier, hrsg. von Alfred Hilgard, Straßburg 1885, Nr. 201, 289, 290, 301, 302, 430, 435, 439, 458, 459, 496, 497, 519.
[83] *Kracauer, U. B. Reg. 27, 30, 31. [84] *Kracauer, U. B., S. 270, zum 4. Juli 1376.

militärischen Bereich, wenn der Erzbischof Peter von Mainz die Abgaben der Frankfurter Juden an das Domkapitel verpfändet für ein Darlehen, das ihm dieses zum Rückerwerb der Burg Beckelnheim gegeben hat [85].

Waren bisher die Juden das Mittel, aufgenommene Schulden zu bezahlen, so kann sich die Sache auch umkehren. Nach dem Friedensschlusse von 1302 hat der Erzbischof von Mainz das Judenschutzrecht über die Frankfurter Juden und damit die Verfügung über alle Einkünfte bekommen. Trotz dieser klaren Bestimmung hatte König Ludwig im Jahre 1315 den Judenzins aus Frankfurt, Oppenheim, Worms und Speier erhoben. Da er das widerrechtlich erhobene Geld nicht zurückzahlen kann, verpfändet er dem Erzbischof die Burgen Oppenheim, Odernheim usw. Dem Erzbischof gelingt es also, sein Gebiet weiter auszudehnen und sich militärisch nicht unerheblich zu verstärken dadurch, daß er auf den Judenzins verzichtet [86]. Bei den oben für Speier geschilderten, unklaren Verhältnissen ist es verständlich, daß das unrechtmäßige Erheben der Judensteuern des öfteren vorkam [87]. Das kann zu kriegerischer Auseinandersetzung führen. Als Beispiel sei die Regensburger Fehde erwähnt. König Adolf hatte dem Herzog Otto von Bayern eine Anweisung von 2000 Pfund auf die Regensburger Juden gegeben, um seine Hilfe zum Kriege gegen Frankreich zu bekommen. Da die Stadt damit nicht einverstanden ist, kommt es zum Kampf, der erst nach längeren Verhandlungen beigelegt werden kann. Bald darauf wiederholt sich dasselbe, diesmal wollte der König die Hilfe im Kampf gegen Österreich bezahlen [88].

Die bequemste Art, Geld von den Juden zu bekommen ist die, daß ihnen der Rat oder der Landesherr den Aufenthalt in dem betr. Gebiet verbietet. So geschieht es im Jahre 1384 in den schwäbischen Reichsstädten. In Augsburg werden sie so lange gefangen gehalten, bis sie 22 000 Gulden gezahlt haben. Andere Beispiele lassen sich leicht beibringen. Oft kam es natürlich auch zu wirklichen Austreibungen, besonders wenn die Juden wieder einmal zu unverschämt gewuchert hatten und das Volk sich dagegen erhob. Dann wurden die öffentlichen Schulden ohne weiteres getilgt, häufig wurden auch die privaten aufgehoben. Soviel über die Arten, durch die die Judenschaft an der Kriegsfinanzierung beteiligt ist.

Der Jude Alexander von Andernach geht nach Koblenz, weil dort König Philipp lagert, und will dort kaufen und verkaufen [89]. Hier erscheint der Jude quellenmäßig zum ersten Male als Heereslieferant. Im übrigen lassen sich in dieser Eigenschaft die Juden in der ersten Periode nur indirekt nachweisen, wenn ihnen etwa der Vorwurf gemacht wird, daß sie auch die Feinde mit Kriegsmaterial versorgten; so beschuldigt Herzog Albrecht von Österreich die Juden, sie hätten in den Jahren 1420/21 den Hussiten Waffen geliefert, „da kam ein krieg auf, da trachtet er, wie die Juden haten geschickt Waffen seinen feint, so befol er, das man solt gefangennehmen di juden in alen Gemeinden" [90]. Daraus läßt sich erschließen, daß spätestens die Juden im 15. Jahrhundert, wahrscheinlich aber früher, sich in die Lieferung von Kriegsmaterial eingeschaltet haben und daß sie dabei keinerlei Bedenken trugen, beide Teile damit zu versorgen.

Zum Schluß möge endlich auf die Tätigkeit der Juden als Beamte eingegangen werden. Das früheste Auftreten dieser Art ist wohl der Jude Jechiel, der wahrscheinlich als Münzmeister des Bischofs von Würzburg in den Jahren 1207—1223 Münzen mit seinem Namen prägen ließ [91]. Als Zöllner und Münzer findet man sie dann in dem Bericht des Bischofs Bruno von Olmütz an Gregor IX. vom 16. Dezember 1273 [92]. Erscheint zwar die Tätigkeit des Münzmeisters nur indirekt mit der Heeresordnung verknüpft zu sein, so ist doch klar, welche Bedeutung in den Zeiten des aufkommenden Söldnertums dieser Beamte auch für das Heer hatte und was es bedeutete, wenn es in die Hände von Juden gelangte. Schlimmer ist noch folgender Fall. Um 1285 erhebt Bischof Mangold von Würzburg den Ort Ippenhofen zur Stadt und setzt „zum Wohle der Stadt" den alten Juden Michelmann zum procurator et

[85] *Kracauer, U. B. Reg. 36, zum Jahr 1310. [86] *Kracauer, U. B. Reg. 40—42.
[87] *Kracauer, U. B. Reg. 34. [88] *Stobbe a. a. O., S. 68, 69.
[89] *G. Caro, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Juden im Mittelalter und in der Neuzeit, Berlin 1908, Bd. I, S. 427; Reg. 345.
[90] *Goldmann, Judenbuch, S. 125. [91] *Szulwas a. a. O., S. 33.
[92] *Bretholz, Quellen, Nr. 11.

dispensator ein, mit dem Auftrage, sich um die Befestigungen zu kümmern. Damit greift der Jude verwaltungsmäßig und als Vorgesetzter in die Wehrorganisation ein.

Ging ursprünglich die Aufnahme der Juden in die Stadtgemeinschaft und ihre rechtliche Sonderstellung vom Stadtherrn aus, so übernehmen etwa seit der Mitte des 13. Jahrhunderts die Juden die Initiative. Vor allem zu den Finanzgeschäften mit dem Staat oder dessen Führern haben sie sich immer wieder, trotz aller Nackenschläge, gedrängt. Sie waren dabei nicht wähleriſch und gaben ihr Geld jedem, vorausgesetzt, daß etwas dabei herausſprang. Hauptzweck war das Geldverdienen; daher der hohe Zinssatz auch im Verkehr mit der öffentlichen Hand. Das zweite das Streben nach Macht, um diese wieder in Geld umwandeln zu können. Daher geht ihr Bestreben dahin, sich die Staatsgewalt völlig dienstbar zu machen. Sie beteiligen sich mithin an revolutionären Bewegungen, natürlich nur mit Geld. In Worms bringen sie Gelder zum Kampf gegen den Stadtherrn auf; in Augsburg und Konstanz zahlen sie zu demselben Zwecke eine besondere Abgabe [93]. In vielen Fällen hat ihr Streben Erfolg. Vor dem Jahre 1349 nimmt der Rat von Straßburg bei den Juden eine Schuld auf mit festgesetztem Rückzahlungstermin. Über den Zinssatz erfahren wir nichts; das ist auch verhältnismäßig gleichgültig, denn wesentlicher sind zwei andere Bedingungen. Die eine sind „ordentlich gesiegelte Schutzbriefe", die andere gibt den Juden das Recht, „schwerere Zinsen" von ihren Gläubigern zu nehmen als die Christen. Das Geschäft hat sich gelohnt, denn die Juden wurden nach den Worten des Chronisten, also hochtragenden Gemütes, daß ... wer mit ihnen zu tun hatte, kaum mit ihnen übereinkommen konnte. Wir sehen schon bei diesem Beispiel, wie die Juden die Notlage des Staates benutzten, sich Vorrechte für ihre Geschäfte zu verschaffen und auf diese Weise das Vielfache hereinzuwirtschaften von dem, was sie dem Staate geliehen hatten. Als dann das Volk über die Aussaugung empört ist und sie totschlagen will, stellten sich Rat und Bürgermeister dagegen, sichern die Judengasse durch Bewaffnete, „denn sie wollten nichts wider den Schutzbrief tun, den die Juden von der Stadt hatten". Erst als durch einen Aufstand der alte Rat beseitigt wird, wird den Juden das Handwerk gelegt. Wenn nach den Berichten auch eine direkte Bestechung der betr. Ratspersonen nicht stattgefunden hat, so zeigt doch die Beschuldigung und die Erhebung der Anklage, was das Volk den Juden alles zutraute. Aber diese hatten eine Bestechung des Rates gar nicht nötig, denn sie hatten sich durch die oben erwähnten Schutzbriefe genügend Sicherheit und Rechte geschaffen [94]. Diese Angelegenheit war aber noch verhältnismäßig harmlos. Empörender ist folgende: Einzelne Bürger der Stadt Memmingen wollen Forderungen der Juden nicht befriedigen. Dagegen können die Juden nichts unternehmen. Aber der Bischof von Augsburg schuldet einem reichen Juden viel Geld. Der Bischof wird also gezwungen, zugunsten des Juden die Stadt mit dem Kirchenbann zu belegen, bis die Forderungen der Juden erfüllt sind [95]. Wenn es auch nicht immer so weit kam, so hatte die Stadt doch oft genug politische Schwierigkeiten, die durch die Geschäftspraxis der Juden hervorgerufen wurden. Die Geschäfte zwischen Adel und Juden verliefen keineswegs immer gütlich, wie das ja verständlich ist. Konnte man nicht übereinkommen, blieb die Fehde als einziger Ausweg, die sich gegen die betr. Stadt, als Schutzherrn, richtete. Dem Rat der Stadt Frankfurt wird von Herrn Bechtrem von Velweyl Fehde angesagt, weil dieser Forderungen an die Frankfurter Juden hatte, die sie gutwillig nicht regeln wollten. Noch in demselben Jahre macht Gerhard von Scharfenstein dasselbe, weil der Jude Oppenheimer ihm eine Schuld nicht bezahlen will. In den nächsten Jahren werden aus ähnlichen Gründen dem Rat noch von folgenden Herren Fehde angesagt: Werner Kalb von Reinheim, Hartmut von Drahe, Diether Hüne, Henne Schrimp von Dirmstein [96]. Der Rat mußte dann jedesmal demütig bitten und betteln, um das Äußerste zu verhüten; oft mag ihm das aber doch nicht gelungen sein.

So sind Kirche und Staat den Juden zu willen, ihnen das Aussaugen des Adels, der Bürger und Bauern zu erleichtern. Und wenn sich auch mancher Fürst und mancher Rat dagegen ge-

[93] Fischer, Juden, S. 116, zu den Jahren 1260, 1261, 1330. Urkundenbuch der Abtei St. Gallen, hrsg. von H. Wartmann, Bd. 3 (1882) S. 708, Nr. 29.

[94] Hoexter, Quellenbuch, Bd. III, S. 28, 29.

[95] *Stobbe a. a. O., S. 249, Anm. 124.

[96] *Kracauer, U. B. Reg. 360, 361, 362, 366, 367, 381, 397, 398, 405, 406, für die Jahre 1390 bis 1392.

sträubt haben mag, immer wieder mußten Kaiser und Fürsten und der Rat der Städte zu ihnen gehen, um das für Kriegsbedürfnisse nötige Geld zu bekommen. Erst als auch das deutsche Bürgertum über genügende Geldmittel verfügte, kann man daran denken, sich vom Juden frei zu machen und das nötige Geld bei Deutschen aufzunehmen.

Erstmalig erscheinen im Jahre 1386 in Frankfurt am Main 7 Bürger, die der Stadt 1300 Gulden leihen, 1389 sind es 10 mit 1970 Gulden. In den meisten Städten sind es die Handwerker, die stets gegen die Juden eingestellt waren; daher sind sie gewöhnlich die treibende Kraft der Judenverfolgungen [97]. Der Rat geht von dem Augenblick mit den Zünften, wo er durch das Hinzutreten der Handwerksmeister einen stark demokratischen, aber auch sozialistischen Einschlag erhält [98]. Kaiser und Kirche hingegen haben in den meisten Zeiten eine judenfreundliche Politik getrieben, die so weit geht, daß den Städten Acht und Bann angedroht wird, falls sie etwas gegen die Juden unternehmen sollten; auf jeden Fall aber wird eine Geldstrafe von erheblicher Höhe den Judengegnern auferlegt. So muß Graz 38 000 Pfund zahlen, weil es die Juden vertrieben hat; der Kaiser begründet das damit, daß die Juden den ungarischen Krieg finanziert hätten [99]. War aber einer Stadt ihr Vorhaben geglückt, war sie judenrein geworden, dann zeigt es sich, daß man auch ohne die Juden und ihr Geld die Bedürfnisse der Stadt befriedigen konnte. So erhebt Nürnberg durchschnittlich jährlich 56 414,1 Pfund Steuern in den Jahren 1431—1440, darunter nur 1281,9 Pfund Judensteuer. Man sieht, der Hundertsatz jüdischen Geldes ist sehr klein, er wäre noch geringer, wenn nicht darunter die Summe von 5000 Pfund wäre, die ursprünglich als Anleihe gedacht, dann von den Juden geschenkt wurde „zu Steuer zu den schweren Bauten" [101]. In Nürnberg kommt man ohne Judengeld aus. Einen wirklichen Gewinn hatte die Stadt nur durch die Maßnahmen König Wenzels. Vom Juni 1385 bis zum August 1386 gewann es dadurch 58 500 Pfund; zum Vergleich sei der Normaletat für diese beiden Jahre angeführt: 22 907 bzw. 39 452 Pfund. Im Verhältnis hierzu erscheint diese von den Juden gewonnene Summe recht erheblich; sie war so groß, daß ein großer Teil der Kosten des Städtekrieges damit gedeckt werden konnte. Das war aber etwas Einmaliges. Sonst begnügt sich Nürnberg mit der Steuerkraft seiner Bürger und tätigt Anleihen bei diesen und anderen Deutschen [102]. Ähnliche Verhältnisse finden sich bei anderen Städten. So hat Rothenburg selbst in den wirtschaftlich so schwierigen Zeiten des 30jährigen Krieges in erster Linie Anleihen bei der eigenen Bürgerschaft aufgenommen, dann bei Bürgern anderer Städte und schließlich bei kaiserlichen, schwedischen, französischen Offizieren; von jüdischer Hand läßt sich keine einzige Anleihe nachweisen. Den Vorteil hatte die Stadt, die immer einen niedrigen Zinssatz von 5 v. H., nur in Ausnahmefällen 6 v. H., zu zahlen hatte [103].

Damit ist das Ende der ersten Periode erreicht. Sie wird gekennzeichnet dadurch, daß die Initiative zur Judenaufnahme vom Stadtherrn ausgeht, der zur Festigung seiner Macht des jüdischen Kapitals bedarf. Aber kaum hatte der Jude Fuß gefaßt, da drängt er sich vor, verlangt Sonderrechte, fordert, daß der Staat sich nach seinen Belangen ausrichtet. In vielen Fällen erreicht er sein Ziel und macht den Staat ihm hörig. So übernimmt in der zweiten Hälfte dieses Zeitraumes der Jude die Führung und drängt sich in die Finanzgeschäfte mit der öffentlichen Hand. Dabei erscheint er selbst als Genossenschaft, als Judischheit, nicht als Einzelperson. Die genossenschaftliche Bindung germanischer Herkunft beherrscht so sehr das Mittelalter, daß es auch dem Artfremden nur möglich ist, in ihren Formen aufzutreten. Der Einzeljude taucht noch nicht oder höchst selten auf. Sein Erscheinen bringt uns dann in die zweite Periode des Verhältnisses Jude und Wehrordnung.

---

[97] *Kracauer, U. B. 267. [98] Archiv f. Kunde österr. Gesch.-Quellen 31 (1864) S. 74.
[99] Ebenda, S. 92. [100] Herzog, Steiermark, Reg. 154, 155, 156.
[101] Sander, Nürnberg, Bd. I, S. 364, 418.
[102] Sander, Nürnberg, Bd. II, S. 719ff.
[103] Karl Rank, Die Finanzwirtschaft der Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber während des 30jährigen Krieges. Erlanger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte. N. F., Bd. 5, Erlangen 1940, S. 114, 116.

Die savoyische Einwanderung in das alemannische Süddeutschland[1)]

Von Karl Martin, Freiburg i. Br.

Die Einwanderung aus Savoyen in den alemannischen Raum Süddeutschlands erstreckte sich auf das Elsaß, das südliche Baden, Hohenzollern, Württemberg, den bayrischen Regierungsbezirk Schwaben mit Augsburg und auf Vorarlberg. Gelegentlich wird im folgenden auch die Einwanderung in die Schweiz berücksichtigt. Es zeigt sich, daß die Einwanderung in die deutschen Gebiete mit allem, was nebenbei über die savoyische Einwanderung in die Schweiz festzustellen war, in vollem Einklang steht, sowohl zeitgeschichtlich als auch kultur- und wirtschaftsgeschichtlich.

Betrachten wir zunächst die Heimat der Savoyarden.

Unter Savoyen sind nicht nur die beiden heutigen französischen Departements Savoie und Haute-Savoie zu verstehen. Gemeint ist vielmehr das alte Königreich Savoyen, das seit 1720 den Namen Königreich Sardinien führte, im Jahre 1860 seine politische Selbständigkeit verlor und zwischen Frankreich und Italien aufgeteilt wurde.

Das Kernland bestand aus einer westlichen Hälfte, den erwähnten beiden französischen Departements, und aus einer östlichen Hälfte, die ungefähr den beiden heutigen italienischen Provinzen Aosta und Turin entsprach.

Dieser Besitz wurde im Laufe der Zeit stark erweitert. Er umfaßte im Süden seit 1388 mit nur kurzen Unterbrechungen bis 1860 die Grafschaft Nizza und reichte im Norden und Nordwesten bis zum Neuenburger See und an die Saône. Die nördlichen und nordwestlichen Erwerbungen gingen zwar wieder verloren, die nördlichen im 16. Jahrhundert an die Schweiz oder genauer gesagt an die Berner, Freiburger und Walliser, und die nordwestlichen 1601 durch den Vertrag von Lyon an Frankreich. Dafür konnte die Ostgrenze, die allmählich die Sesia erreicht hatte, im 18. Jahrhundert bis zum Langensee und zum Tessin hinausgeschoben werden.

Für uns Deutsche ist das Tal der obern Dora Baltea mit seinen Seitentälern, das nach der Stadt Aosta (Augusta Praetoria) gewöhnlich Augstal genannt wurde, und das Gebiet südlich und östlich vom Monte Rosa von besonderer Bedeutung. Diese Gegenden waren stark von Deutschen, und zwar Alemannen, besiedelt. In den Tälern, die vom Monte Rosa nach Süden und Osten ausstrahlen, liegen die deutschen Sprachinseln Gressoney, Issime, Alagna, Rima, Rimella und Macugnaga. Da auch nördlich vom Monte Rosa, im Kanton Wallis, Alemannen wohnen, konnte der Satz geprägt werden: Der göttlich lächelnde Monte Rosa ist von einer germanischen Leibwache umgeben. Das Augstal und die genannten deutschen Sprachinseln, vor allem Gressoney, das seinen deutschen Charakter am besten bewahrt hat, aber auch andere deutsche Siedlungen wie Ayas, westlich von Gressoney, und Riva, das frühere Prismello, östlich von Gressoney, die ihren deutschen Charakter völlig verloren haben, spielen bei der Auswanderung nach Deutschland eine wichtige Rolle.

---

[1] Dieser Aufsatz beruht auf einem Vortrag, der im Alemannischen Institut in Freiburg i. Br. gehalten wurde. Er bietet einen Überblick über die Einwanderung aus Savoyen nach Deutschland. Belege aus Urkunden und Akten und Einzelheiten sind in zwei Aufsätzen enthalten, die in der Zeitschrift „Schauinsland" des Breisgauvereins Schauinsland in Freiburg i. Br. erschienen sind über „Die italienische Gemeinde Gressoney am Monte Rosa und ihre Beziehungen zum Breisgau" (1935) und „Die Einwanderung aus Savoyen nach Südbaden" (1939). Ergänzungen zu dem letztgenannten Aufsatz werden voraussichtlich im nächsten Band der Zeitschrift „Schauinsland" erscheinen.

Weitere Veröffentlichungen über die savoyische Einwanderung sind in Vorbereitung.

Savoyen ist ein Hochgebirgsland mit nur wenig Landwirtschaft. Der gebirgige Boden ernährte die Bevölkerung nicht genügend und zwang sie, wie die Bewohner anderer Gebirgsgegenden, im Auslande ihr Brot zu verdienen. So entstand eine lebhafte Auswanderung zunächst in die angrenzenden Länder, nach Frankreich und in die Schweiz, dann auch nach Deutschland. Hierbei hatten die Bewohner der deutschen Siedlungen vor den andern Savoyarden einen großen Vorteil. Zwar scheint die Gleichblütigkeit mit ihren alemannischen Vettern in Süddeutschland ohne unmittelbaren Einfluß geblieben zu sein. Aber die Gleichsprachigkeit war für sie von Nutzen. Dank ihrer alemannischen Mundart, die bei ihnen Jahrhunderte hindurch erhalten blieb und zum Teil noch heute im Gebrauch ist, konnten sie sich in Süddeutschland leicht verständlich machen. Dazu kam, daß sie sich frühzeitig spezialisierten, um gegenseitigen Wettbewerb zu vermeiden. Die Bewohner von Rima und Rimella zogen meistens nach Süden und betätigten sich auf italienischem Boden als geschickte Wirte, Köche, Zuckerbäcker und Portiers, die Bewohner der andern deutschen Siedlungen wandten sich mehr nach Norden. Aus Alagna, Riva (nicht mit Rima zu verwechseln!), aus Macugnaga, auch aus Issime und Gressoney kamen die Maurer, Gipser, Steinmetzen, Stukkateure, Bildhauer und Bauunternehmer, und aus Gressoney vor allem kamen die wandernden Krämer mit ihren Kräzen auf dem Rücken.

Diese wandernden Krämer traten in der Schweiz und in Deutschland so zahlreich in Erscheinung, daß ihre Heimat, das Gressoney- oder Lystal, schon im 16. Jahrhundert das Krämertal genannt wurde. Johann Stumpf hat schon 1548 in seiner „Gemeiner Eydgenossenschaft Stetten Beschreybung" eine Karte des Wallis, auf der das Krämertal südlich vom Monte Rosa eingetragen ist. Man gewinnt sogar den Eindruck, daß infolge des zahlreichen Auftretens dieser savoyischen Krämer das Wort Savoyard schließlich nicht nur einen Mann aus Savoyen bezeichnete, sondern jeden fremden Krämer, auch wenn er aus dem Mailändischen oder Venezianischen stammte.

Die Geschichte Savoyens kennt nun zwei verschiedene Formen von Auswanderung nach Deutschland. Die eine vollzog sich in großen Gruppen, die andere nur in kleinster Gesellschaft, zwei bis drei Erwachsene mit einigen Gehilfen.

Die scharenweise Auswanderung soll hier nur gestreift werden. Sie wurde durch die Verfolgung der Waldenser und Hugenotten verursacht. Im August 1696 fiel der Herzog Viktor Amadeus II. von Savoyen mitten im Pfälzischen Erbschaftskrieg (1688 bis 1697) vom deutschen Kaiser ab und schloß mit Ludwig XIV. den Separatfrieden von Turin. Dabei verpflichtete er sich zur Austreibung der Waldenser und der Hugenotten aus seinem Lande. Die Ausgewiesenen, Exulanten genannt, fanden unter mancherlei Schwierigkeiten Aufnahme in der Schweiz und in Deutschland, u. a. im Herzogtum Württemberg und in der Markgrafschaft Baden-Durlach. In Württemberg sollen ungefähr 1700 Waldenser eingewandert sein. Sie wurden teils in Ortschaften, die durch Kriege entvölkert waren, teils in neu zu gründenden Kolonien angesiedelt. So entstanden die Dörfer Groß- und Kleinvillars bei Bretten, Dürrmenz oder Queyras mit Corres, Schönenberg und Sengach, Pinache mit Serres, Wurmberg (Lucerne genannt) mit Neubärental, Perouse bei Leonberg und Neuhengstett bei Calw. Dies geschah im Jahre 1699. Im September des gleichen Jahres kamen 58 Waldenserfamilien zu Schiff auf dem Rheine herab ins Gebiet des Markgrafen Friedrich Magnus von Baden-Durlach und wurden bei dem Dorfe Neureuth angesiedelt. Dadurch entstand das Dorf Welschneureuth. Zwei Jahre darauf erhielten Waldenser, die sich kurze Zeit bei Mörfelden im Hessischen aufgehalten hatten, in Württemberg eine neue Heimat, 18 Familien gründeten das Dorf Palmbach, 14 Familien das Dorf Untermutschelbach. Beide Dörfer lagen damals in Württemberg, sie fielen aber 1806 an Großherzog Karl Friedrich von Baden. Die neuen Siedler beschäftigten sich zuerst nur mit Landwirtschaft und machten das ihnen von der Regierung überlassene Ödland mit rühmlichem Fleiße urbar, ganz allmählich lernten sie auch Handwerke. Aber es dauerte lange, bis sie sich an unsere Bevölkerung anglichen. Deutsches Wesen gelangte erst zu völliger Herrschaft, als in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Gebrauch der französischen Sprache in Schule und Kirche verboten und die Union, d. h. die Vereinigung der lutherischen und reformierten Landeskirchen in eine einzige Landeskirche, durchgeführt wurde.

Anders gestaltete sich die Auswanderung einzelner Savoyarden mit ihren Gehilfen. Diese Auswanderer waren fast ausnahmslos katholisch und suchten daher vorzugsweise die katholischen Gebiete in Deutschland auf. Ihre Auswanderung war zunächst jahreszeitlich bedingt. Die Leute verließen im Spätjahr ihre Familien, um im Auslande Geld zu verdienen und im Sommer mit dem Erlös zu den Ihrigen zurückzukehren. Es waren in der Mehrzahl Händler mit Seidenstoffen, Tuch, Kupfer-, Zinn- und Eisengeschirr und Gewürzen. Ihre Gehilfen waren sehr oft ihre Söhne und junge Verwandte, zuweilen aber wurden junge Savoyarden zu diesem Zwecke geradezu versteigert. Diese Leute trugen ihre Waren in einem Tragkorb, einer Kräze, auf dem Rücken und wurden deshalb manchmal mit dem Schimpfnamen Buckelkrämer bedacht. Sie zogen hausierend von Dorf zu Dorf und gehörten naturgemäß zu dem fahrenden Volk, das vom 14. bis zum 18. Jahrhundert alle Straßen bevölkerte und abends in den Herbergen sein Unwesen trieb.

Gelegentlich waren Savoyarden unter dem lichtscheuen Gesindel, das besonders im 16. Jahrhundert Weg und Steg unsicher machte. Am 5. November 1540 erscheinen in Überlingen in einem „Abschied betr. die Mordbrenner" unter den Leuten, auf die man aufpassen muß, die Sophoyer und Kramer. Am 9. Mai 1552 gestanden zwei Gewaltverbrecher, die zu Rad, Vierteilen und Brand verurteilt und hingerichtet wurden, daß sie „mit drei Savoyern drei Walchen (Welsche) ob Chur zwischen dem Vogelsang hatten helfen morden". Außerdem seien einem der beiden Mörder im Auftrag eines hohen Herrn 100 Kronen versprochen worden, wenn er die Stadt Bregenz verbrenne, die in den Kriegsläuften und sonst zu dem Kaiser gehalten habe. Der Mittelsmann zwischen dem vornehmen Anstifter und dem Wegelagerer sei „ein große Perschon, ein Savoyer; der sei beschoren, hab ein gestutzten schwarzen grauen Bart, trag ein Stetzler (Degen) an der Seite, heißt Jerg aus dem Augstal". Ein anderer Augstaler, namens Christian Rigg, wurde 1605 wegen zahlreicher Diebstähle in Bregenz hingerichtet.

Andererseits wurde mancher ehrliche savoyische Handelsmann, der friedlich seines Weges zog, ein Opfer des damaligen Räuberunwesens. So wurde der Savoyer Bartholme Hafft im Jahre 1569 zwischen Bretten und Durlach beraubt und erschossen, und der Handelsmann Johann Franz Valentin Curta aus Gressoney wurde 1805 in Hüfingen in seinem Kaufladen vor den Augen seiner Familie von einem Soldaten niedergestochen.

Fielen der allgemeinen Unsicherheit immer nur einzelne Unglückliche zum Opfer, so erstand in der Feindschaft der einheimischen Handelsleute, deren Verdienst durch die fremden Krämer geschmälert wurde, eine schwere Gefahr für den ganzen Stand der Hausierer.

Schon 1516 wird über diese Ausländer geklagt: „Etlich sind, die im Land umfahrent und husierent mit ihrem Kram von Dorff zu Dorff, von Hoff zu Hoff, von Hus zu Hus, auch durch Berg und Tal. Da ist kein Hus sicher, sie durchstapfend und durchstreifend es mit ihren Knechten und Knaben, deren etlicher drey oder vier hat. Dieselben bruchent auch den Bettel, und ligent uff den armen frommen Lüten uf dem Land und verzerent keinen pfennig an kein Wirt."

Dies war am Anfang des 16. Jahrhunderts. Gegen Ende des Jahrhunderts wurden die Klagen noch heftiger und leidenschaftlicher. Im Jahre 1582 beschwerte sich der Schwäbische Kreis bei den in Augsburg versammelten Reichsständen, daß die fremden Krämer nun dem gemeinen Mann die Waren vor seine Türe brächten, ihm Zahlungsfristen bis zur Ernte und zur Herbstzeit gäben und ihn dadurch zum Einkauf von Waren verleiteten, die er nicht notwendig brauche. Könne dann der gemeine Mann im Herbste nicht zahlen, so nähmen sie ihm die Früchte und den Wein weg. Dadurch werde der arme Mann ausgezogen, das Gewerbe der einheimischen Handelsleute geschmälert, und die Fremden bereicherten sich durch ihren Wucher, ohne daß sie irgendwo Steuer und Abgaben bezahlten.

In andern Beschwerden wurde den ausländischen Händlern vorgeworfen, daß sie durch falsches Geld, falsches Maß und Gewicht und durch gefälschte Gewürze die Leute betrügen. In der Zeit des Merkantilismus kam der schwere Vorwurf hinzu, daß sie das in Deutschland erworbene Geld, wenn sie in ihre Heimat zögen, aus dem Lande führten und dadurch den gesamten Wohlstand in Deutschland untergrüben.

Solche Klagen erschollen seit dem 16. Jahrhundert in ganz Deutschland von der Schweiz bis nach Brandenburg und waren auch im 19. Jahrhundert noch nicht verstummt. Sie

trugen dazu bei, daß man in vielen Kreisen den Savoyarden mit Mißtrauen begegnete. Aus dem Schwäbischen Wörterbuch von H. Fischer ist zu ersehen, daß sie mit zweifelhaften Leuten in einen Topf geworfen wurden; 1577 heißt es: Juden, Wallen, Saphaier und dergleichen loß Gesindlen, 1696: Scheeren-Schleiffer, Puppaperer, gemeine Savoyer und dergleichen Gesind. Aber diese wandernden Savoyarden „brachten aus der harten Lebensschule des Hochgebirgs eine gestählte Arbeitskraft, Wagemut, Ausdauer und Genügsamkeit mit, Eigenschaften, die gepaart mit der angeborenen Geschäftstüchtigkeit und Anpassungsfähigkeit die Einwanderer in besonderem Maße zum Kampf um das damals recht schwere Dasein befähigten". Deshalb hatten alle Klagen, die gegen sie erhoben wurden, und alle Hindernisse, die ihnen in den Weg gelegt wurden, nur geringen Erfolg.

Im 16. Jahrhundert suchte man dem Hausierhandel der Savoyarden dadurch beizukommen, daß man ihnen das Hausieren von Dorf zu Dorf verbieten, sie zur Seßhaftigkeit zwingen und ihnen nur noch gestatten wollte, auf den Jahrmärkten zu verkaufen, so im Kanton Schwyz 1516 und in Kolmar 1547; und noch 1683 wurde dem Savoyarden Jean Du Gré aus Sallanches an der Arve in der Stadt Münster (Elsaß) bei Erteilung des Bürgerrechts zur Bedingung gemacht, daß er sein Tuch und seine andern Waren nur in der Stadt Münster feilhalte und das Hausieren in den Dörfern aufgebe.

Aber die Nötigung zur Seßhaftigkeit kam manchen Savoyarden, die zu Hause weder Weib noch Kind hatten, gerade recht. So ließen sich z. B. in dem bayrisch-schwäbischen Städtchen Füssen die drei savoyischen Krämer Sebastian Gsell und Galle Reutter (1523) und Jakob Jeger (1544), alle drei aus dem Augstal, als Bürger nieder, nachdem die drei Augstaler Hans Filzhauß, Martin Sell und Viktor de Riortis, die schon vorher in Füssen das Bürgerrecht erlangt hatten, sich für die eheliche Geburt des Galle Reutter verbürgt hatten.

Auch die Beschränkung auf die Jahrmärkte schadete den fremden Krämern nicht viel. Statt von Dorf zu Dorf zu hausieren, wanderten sie nun von Jahrmarkt zu Jahrmarkt. Daß sie aber unterwegs in den Dörfern, die sie durchziehen mußten, um zu den Jahrmärkten zu gelangen, und in den Wirtshäusern, in denen sie übernachteten, heimlich Waren verkauften, konnte nicht immer verhindert werden. Daher stand bei diesen Leuten, die von jeher eine Freude daran hatten, die Grenz- und Zollwächter zu überlisten und ihre Waren unverzollt aus ihrer Heimat in die Schweiz und nach Deutschland zu schmuggeln, der Schleichhandel bald in schönster Blüte.

Bedrohlicher wurde die Lage der handelnden Savoyarden, als die einheimischen Kaufleute sich seit dem 17. Jahrhundert zur Wahrung ihrer Interessen zusammenschlossen und nun, ganz im Gegensatz zu früher, die Niederlassung der Fremden, besonders aber die Erteilung des Bürgerrechts an sie, auf jede Weise zu verhindern suchten. Aber auch dieser Versuch, das fremde Übel auszurotten, gelang nicht immer.

Die Fremden hatten eben an dem gewöhnlichen Volk in Stadt und Land einen guten Rückhalt. Sie brachten aus dem Ausland immer wieder neue Muster, sie hatten ein scharfes Auge für die Wünsche und Bedürfnisse ihrer Kundschaft, wußten neue Bedürfnisse zu wecken und gaben ihre Waren oft auf lange Zahlungsfristen ab. Darum kauften die Leute lieber bei ihnen als bei den Einheimischen.

Die staatlichen und städtischen Behörden kamen dadurch manchmal in Verlegenheit und wußten nicht, wie sie sich den Fremden gegenüber verhalten sollten. Am 8. Dezember 1543 fragten Bürgermeister und Rat zu Lindau bei der Stadt Ravensburg an, wie es daselbst mit dem Eisenwarenhandel fremder, insbesondere Saffoyger Krämer gehalten werde, und am 14. April 1559 ersuchten Bürgermeister und Rat zu Wangen (Allgäu) die Stadt Ravensburg um Mitteilung ihrer Ordnung hinsichtlich der fremden saphoyischen Krämer. Die Antwort der Stadt Ravensburg ist nicht bekannt.

Als 110 Jahre später die Untertanen der Grafschaft Hauenstein sich bei der vorderösterreichischen Regierung in Freiburg (Breisgau) über ihre Waldvögte beschwerten, wurde auch das Verhalten der fremden Hausierer besprochen. Punkt 15 und 16 im „Vergleich" vom 5. Dezember 1670 lautet darüber: „Nachdem die Untertanen mündlich erklärten, kein Bedenken zu haben, daß die fremden Köhler, Spengler, Savoyer und dergleichen Leute bei ihnen ohne Hindernis hausieren, läßt man es bis auf weiteres dabei. Dagegen sollen die Harzer, weil sie

in den Wäldern mit Verderben des Holzes und anderem großen Schaden tuen und sonderlich denen Untertanen beschwerlich seind, abgeschafft werden." Man sieht: Die Untertanen hatten gegen die Hausierer keine Beschwerden vorzubringen, und die Regierung hatte infolgedessen keinen Anlaß zum Einschreiten. Nur gegen die Harzer, die den Waldungen starken Schaden zufügten, griff man ein. Dies traf die Savoyarden nicht schwer. In ihren Reihen war bis jetzt nur ein Harzer zu finden, der Savoyarde Jakob Bischoff, im Volksmund „der Harzer" genannt; dieser war wohlhabend, er kaufte 1625 in Pfullendorf das Haus des Joachim Benselmayer am Roßmarkt für 607 Gulden.

Im großen und ganzen waren die Behörden den Savoyarden gegenüber nachsichtig und ließen den Dingen ihren Lauf. Sie schätzten die Einnahmen aus den Abgaben und Zöllen, die sie von ihnen erhielten, und sprachen es manchmal offen aus, daß sie in dem Wettbewerb der Fremden eine willkommene Gelegenheit sähen, die hohen Preise der einheimischen Kaufleute niederzudrücken.

Nur wenn ein Savoyarde das Bürgerrecht erwerben wollte, war der Widerstand der einheimischen Handelsleute schwer zu brechen und gelegentlich unüberwindlich.

Am ehesten kam ein Savoyarde dann zu seinem Ziele, wenn er sich entschloß, eine Witwe zu heiraten, die das Geschäft ihres verstorbenen Mannes weiterführte. In solchen Fällen entschuldigte sich der Bürgermeister gegenüber den Einsprüchen der Gegner damit, daß durch die Aufnahme des Ausländers die Zahl der Geschäfte und demnach die Konkurrenz nicht vermehrt werde. In andern Fällen suchten die Bürgermeister den Rat und die Bürgerschaft dadurch zu gewinnen, daß sie den Savoyarden zu den regelmäßigen Taxen noch besondere Auflagen machten z. B. für jeden Ratsherrn eine Mahlzeit oder einen Gulden, für die Bürgerschaft einen Trunk, für das Rathaus einen 20lötigen silbernen Becher, für den Stadtdiener einen neuen Mantel u. dgl.

In manchen Fällen hatten die Savoyarden unter der Bürgerschaft einflußreiche Bekannte, gelegentlich sogar Verwandte, die ihre Aufnahme in die Zahl der Bürger durchsetzten. Öfters war die Not der Zeit ihnen behilflich, denn Städte und Dörfer steckten infolge der Kriege tief in Schulden und waren auf das Bürger-Einkaufsgeld, das 300—400 Gulden zu betragen pflegte, angewiesen.

So erlangte allmählich eine Reihe von Savoyarden in deutschen Städten und Dörfern das Bürgerrecht. Sie mußten aber zuvor ihre eheliche Geburt, Freiheit von der Leibeigenschaft, Entlassung aus dem savoyischen Staatsverband und ein angemessenes Vermögen nachweisen, einen Bürgen aus der Einwohnerschaft stellen und außer dem Einkaufsgeld einen kleinen Betrag, z. B. für einen „Feuerkübel", oder für den Armen-, Gutleut- oder Schulfonds entrichten; manchmal war auch der Besitz von Wehr und Waffen nachzuweisen.

Nicht alle Savoyarden wollten Bürger werden und einen Kaufladen eröffnen. Manche begnügten sich mit der Erlaubnis, an bestimmten Orten Warenniederlagen zu errichten und in bestimmten Bezirken Hausierhandel zu treiben. Die Abgaben dafür waren nicht hoch. Zu diesen gehörten die sozial wohl etwas tiefer stehenden vagabundi und vagabundae, die in den Kirchenbüchern öfter erwähnt werden. Man darf sie nicht als Vagabunden ansehen. Sie waren hausierende Händler nach Art unserer Schirm- und Pfannenflicker und Scherenschleifer. Auf ihren Wanderungen waren sie von ihren Frauen begleitet, die bald da bald dort niederkamen. Die Sterblichkeit ihrer Kinder war jedoch noch größer als die bekannte Kindersterblichkeit der damaligen Zeit. Interessant ist, daß der vagabundus Boncampagni aus Turin in dem Taufeintrag eines Kindes in Waldkirch (Breisgau) die dort nicht übliche Bezeichnung Nobilis hat und daß auch im Taufbuch in Merzhausen (Breisgau) sein anderes Kind als infans nobilis boncampagne ex Torino eingetragen ist; der Beruf eines Vagabundus hatte demnach wohl nichts Ehrenrühriges an sich.

Trotz mancher noch immer bestehenden heimlichen und offenen Gegnerschaft und trotz mancher Rückschläge durch Kriegsnot und Seuchengefahr gelangten die savoyischen Geschäfte und Handelsunternehmungen zur Blüte. Bald wanderten auch Savoyarden in Deutschland nicht mehr deshalb ein, weil sie in ihrer Heimat Mangel litten, sondern weil sie erkannten, daß der Handel in Deutschland eine einträgliche Beschäftigung sei.

Für die seßhaften und auch für die nomadisierenden Savoyarden war der Besuch der Jahrmärkte in den größeren Städten von großer Bedeutung. Dort trafen sie ihre Landsleute, tauschten ihre Erlebnisse und die Nachrichten aus ihrer Heimat miteinander aus und regelten ihre geschäftlichen Beziehungen durch Ein- und Verkäufe, durch Abrechnungen und Abzahlungen. Die Märkte in Zurzach (Schweiz) und die Straßburger Messe waren für die Savoyarden im Breisgau geradezu Zahlungstermine wie für die Bauern der Martinitag.

Die savoyischen Handelsleute arbeiteten mit ihren Gehilfen nicht immer allein, sondern bildeten mit Söhnen, Brüdern und andern Verwandten manchmal Handelsgesellschaften. Dies erinnert an die altgermanische Form des Sippenverbandes. Eine derartige Handelsgesellschaft befand sich im Hochrheingebiet, wo die Berula mit Mitgliedern der Familien Belmont, Lichier, Brentano, Nibola und de Casal die einflußreichen Stellen in den Gemeinden einnahmen und um 1700 fast den ganzen Handel beherrschten.

Eine ähnliche Gesellschaft bildeten die Mitglieder der aus Tignes a. d. Isère stammenden Familie Favre (Faber), die Fugger vom Bodensee, um die Mitte des 18. Jahrhunderts. In Freiburg i. Br. war 1785 die Gressoneyer Handelskompagnie Castell tätig mit der Absicht, sechs Winter und vier Sommer in Deutschland Handel zu treiben; sie wurde von der Gressoneyer Handelsgesellschaft Bathiany und Genossen abgelöst, und am Anfang des 19. Jahrhunderts folgten ihnen die Gressoneyer Thumiger und Zumstein als Leiter derartiger Gesellschaften. In Konstanz bestand von 1807—1836 in ähnlicher Weise das Groß-Seidenwarenhaus Zumstein aus Gressoney, in St. Georgen bei Freiburg i. Br. entstand 1817 die Kommanditgesellschaft Thumiger, und ähnliche Gesellschaften bildeten sich in Kempten und Wangen (Allgäu) unter den Gressoneyern Zumstein und Schwarz. Ob diese Handelsgesellschaften unsern Schwarzwäldern als Vorbilder für ihre Glasträger- und andern Handelskompagnien gedient haben, wie Gothein in seiner Geschichte des Schwarzwaldes annimmt, bedarf wohl noch näherer Untersuchung.

In diesem Zusammenhang verdienen die Einzelhandel-Reisegeschäfte, für die manche Gressoneyer im 18. und 19. Jahrhundert eine Vorliebe besaßen, ein kurzes Wort.

Einige Geschäfte bestanden bis in unser Jahrhundert hinein nur aus einem Magazin und einem Büro. Der Prinzipal arbeitete mit einigen Gehilfen, die alle aus Gressoney stammten und in seiner Familie Kost und Wohnung hatten, zusammen. Die Frau des Prinzipals sorgte für ihre Kleidung und Wäsche und betreute sie in gesunden und kranken Tagen. Jeden Montag machten sich diese Handlungsgehilfen auf den Weg in den ihnen zugewiesenen Bezirk und suchten in Dörfern und Höfen Bestellungen zu erhalten. An die Stelle der Krätze trat allmählich der Reisekoffer, an die Stelle der Waren traten oft die Muster der im Magazin lagernden Stoffe. Jeden Samstag, bei großer Ausdehnung ihres Bereichs auch nach längerer Zeit, kehrten die Reisenden mit ihren Bestellungen zurück. Dann gab es im Geschäftshause am Sonntag einen emsigen Betrieb. Die Bestellungen wurden in die Bücher eingetragen, die bestellten Stoffe von den großen Stücken abgeschnitten und verpackt, und die Rechnungen für die Kunden herausgeschrieben. Wenn die Reisenden am Montag wieder auf ihre Wanderung gingen, wurden die Pakete an die Kunden verschickt teils mit dem Frachtfuhrmann, teils mit dem Postwagen. Manchmal gingen Sammelpakete an bekannte Wirte der Umgegend, die die Verteilung und Zustellung der Pakete besorgten. Als später die Eisenbahnen gebaut wurden und in neuester Zeit die Kraftwagen ihren Siegeslauf begannen, wurden auch sie für diesen Handelsverkehr nutzbar gemacht. Ob Prinzipal oder Reisende und Lehrlinge, ob Eltern oder Kinder, ob Mann oder Frau, alle waren fleißig und sparsam und lebten nur für ihr Geschäft. Aber alle freuten sich auf die Sommermonate, sie boten Erholung und Ruhe. Denn die Landkundschaft war dann durch die landwirtschaftlichen Arbeiten in Anspruch genommen und hatte weder Zeit noch Geld zu Einkäufen. In dieser Zeit wurden die Geschäfte manchmal stillgelegt, und Herren wie Angestellte wanderten in die heimatlichen Berge zurück zu Eltern und Freunden. Das war für viele der Höhepunkt in ihrem Dasein. In der herben Schönheit der Heimat und im Zusammensein mit vertrauten Landsleuten wurden neue Kräfte gesammelt für die aufreibende Winterarbeit in der Fremde.

Nicht alle bei uns einwandernden Savoyarden waren Handelsleute.

Neben den Handelsgeschäften entstanden Handwerksbetriebe, zunächst solche, die mit dem Handel irgendwie zusammenhingen wie Müller, Metzger, Bäcker und Gerber. Sehr wichtig war der Erwerb von Wirtschaften. Dadurch wurde für die reisenden Landsleute ein Treffpunkt und Unterkunftsort geschaffen, in dem nötigenfalls Leidende sich erholen konnten. Wo es möglich war, wurde eine Posthalterei mit der Wirtschaft verbunden. Zu diesen Handwerkern und Wirten gesellten sich gleich bei Beginn der Einwanderung Maurer und Steinmetzen, und schließlich kamen auch die Zinngießer aus dem Tale der Strona, die sich westlich vom Langensee in den Ortasee ergießt.

Zu den frühesten Einwanderern gehörte die Steinmetzfamilie Saphoy, die wahrscheinlich schon im 14. Jahrhundert nach Salem (Bodensee) gelangte. Der Werkmeister Michel Saphoy arbeitete am Anfang des 15. Jahrhunderts in St. Gallen und im Münster in Salem. Ein Nachkomme, der Meister Hans der Steinmetz von Salem, führte 1480 Arbeiten in der Pfarrkirche zu Pfullendorf aus, und der Dombaumeister Hans Saphoy war 1555 in Überlingen tätig, wurde dann Stadtbaumeister in Wien und führte dort den Bau des Stephansdomes weiter. Er ist kurz vor 1593 gestorben.

Im 15. und 16. Jahrhundert erschienen aus Gressoney die Steinmetzen Antonius Brechtz, Jakob und Ulrich Burnier, Hans Ruffiner, Hans Gyrtin (vielleicht aus der künstlerisch sehr begabten Familie Curta, deren Name in Gressoney Cürta gesprochen wird), und Ulrich Bütschin. Aus dem Quellgebiet der Sesia, aus dem alten Prismello, dem heutigen Riva, kamen um dieselbe Zeit Ulrich Ruffiner und mehrere seiner Verwandten, ferner Anton Isenmann und die Brüder Peter und Ulrich Zumsteg. Von Anton Isenmann wissen wir, daß er die Heimat verließ in der Absicht, „apud exteras nationes honesto sudore sibi victum quaerere" Die Genannten fanden an verschiedenen Orten der Schweiz Arbeit und blieben dort. Aber der Maler und Architekt Josef Heintz (Hainz, Heinz) d. Ältere aus Prismello, dessen Vater und Bruder in Bern gearbeitet hatten, gelangte nach Deutschland. Er war am 11. Juni 1564 in Basel geboren, wurde 1591 Kammermaler des Kaisers Rudolf II. in Prag, heiratete 1598 die Regina Grezinger in Augsburg, machte einige Reisen nach Italien und starb am 15. Oktober 1609 in Prag. Von ihm sind Ölgemälde mythologischen und religiösen Inhalts und Gruppenbildnisse, auf denen er sich mit seiner Familie dargestellt hat, erhalten. Als Architekt entwarf er die Fassade des Siegelhauses in Augsburg und machte die Pläne für die Jesuitenkirchen in Neuburg a. d. Donau und Dillingen und für die Pfarrkirche in Haunsheim (Bayern, Rb. Schwaben). In dem Lexikon der bildenden Künstler von Thieme-Becker wird über ihn (Band 16, Seite 311) folgendermaßen geurteilt: „Wie diese Bauten durch die glückliche Verbindung der Formen italienischer Hochrenaissance mit der heimischen Spätgotik etwas Neues darstellen, so weist auch in H.s malerischem Schaffen manches über den Manierismus hinaus in eine spätere Zeit." — Sein in Augsburg geborener Sohn Josef Heintz d. Jüngere erhielt von Papst Urban VIII. die Ritterwürde, er zog mit seinen Kindern nach Italien und arbeitete mit ihnen als Maler in Venedig.

Ein Zeitgenosse des Malers und Architekten Heintz d. Ä., Franz Arparel aus Landry a. d. Isère, ließ sich in Freiburg i. Br. als Maler nieder, verheiratete sich 1602 mit Eva Albrecht, erwarb das Haus zum Hohen Kranich an der Stelle der heutigen Alten Burse und bemalte 1612 das 122,5 Quadratmeter große Fastentuch, das bis in die neueste Zeit im Freiburger Münster während der Fastenzeit zwischen Chor und Langhaus aufgehängt wurde[2].

In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts wanderte ein Wissenschaftler ein. Am 24. Mai 1479 wurde der Savoyarde Gabriel Chabot aus Chambéry, Doktor beider Rechte, als Lehrer des bürgerlichen Rechts an der Universität Freiburg angestellt. Er machte sich auf zwei Jahre hinaus verbindlich, täglich eine einstündige Vorlesung über sein Fach zu halten. Aber die Seuche des Jahres 1481 vertrieb ihn aus Freiburg nach Basel. Später hielt er sich in Tübingen auf.

In der Reformationszeit machte ein Theologe viel von sich reden. Es war der Pfarrer Claudius Allobrox, auch Claudius Sabaudus oder Claudius Alliod oder Claudius

[2] Über Fastentücher vgl. die Zeitschrift „Schauinsland" des Breisgauvereins Schauinsland, Freiburg i. Br., Jahrlauf 28 (1901), S. 129f.

Wassermann genannt. Er war Antitrinitarier, leugnete die Lehre von der Dreieinigkeit, wurde von den evangelischen Kirchen der Schweiz abgelehnt, versuchte dann bei Luther und seinen Freunden in Wittenberg sein Glück ohne Erfolg, widerrief mehrmals seine Lehre, bekannte sich aber immer wieder zu ihr, suchte in Augsburg, Konstanz, Ulm, Straßburg, Memmingen und andern oberdeutschen Städten Anhänger zu gewinnen, war mehrmals verhaftet, wurde wieder freigelassen und verschwand schließlich um 1555. Das Ende dieser schwankenden, nicht recht faßbaren Gestalt ist unbekannt.

Im 19. Jahrhundert begegnet uns zuerst Georg Carossa, der Urgroßvater des Arztes und Dichters Hans Carossa. Er hatte im Heere Napoleons als Feldarzt gedient und ließ sich 1817 in dem niederbayrischen Dorfe Hartkirchen am Inn als Chirurg nieder. Er wurde dort von seinen Mitbürgern zum Bürgermeister gewählt. Im Alter richtete er eine Tabakfabrik ein, in der er zahlreiche Arbeiter beschäftigte.

Aus der deutschen Sprachinsel Rima kam im 19. Jahrhundert die Familie Azerio nach Deutschland. Der Vater Pietro Azerio arbeitete als Stukkateur zuerst als Geselle, dann als Prinzipal und Unternehmer an verschiedenen Orten. Die Prunksäle der bayrischen Königsschlösser Herrenchiemsee und Neuschwanstein, in denen viel, dem Marmor täuschend ähnlicher Stuck verwendet ist, sind größtenteils sein Werk. Als angehender Millionär kehrte er in seine Bergheimat zurück und erbaute dort ein modern eingerichtetes Hotel, um in seinen alten Tagen eine abwechslungsreiche und unterhaltsame Beschäftigung zu haben. Seine Nachkommen führten in Deutschland sein Geschäft fort.

In ähnlicher Weise arbeitet zur Zeit die Stukkateurfamilie Baistuchi aus Rima bei uns.

Auch savoyischer Adel wanderte bald nach dem Dreißigjährigen Kriege in Deutschland ein.

Zuerst kam Martin Besenval aus Torgnon im Gebiet von Aosta. Er gelangte über Solothurn nach dem Elsaß und erwarb dort von 1646 an das Schloß Biß, die Dörfer Didenheim und Riedisheim und die Herrschaft und den Flecken Brunstatt im Sundgau. Im Jahr 1655 erhielt er das französische Adels- und Ritterdiplom, nachdem das Elsaß durch den Westfälischen Frieden französisch geworden war. Einer seiner Söhne wurde von Leopold I. in den Freiherrnstand erhoben, aber die andern Nachkommen traten, dem Schicksal des Elsasses folgend, in französische Dienste. Sie nannten sich de Besenval-Brunstatt, manchmal auch von Besenwald-Brunstatt. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts trifft man die Familie in Neapel, wo der letzte männliche Sproß 1927 starb. Die Familie hat im Sundgau ein gutes Andenken hinterlassen.

Als zweiter Adliger kam Karl Moritz von Lassollaye im Gefolge der Prinzessin Luise Christine von Savoyen, die den Markgrafen Ferdinand Maximilian von Baden-Baden 1653 heiratete und dadurch die Mutter des „Türkenlouis" geworden ist. Er war Hofkavalier der Prinzessin und alsdann markgräflich-badischer Kammerherr. Sein Geschlecht erlosch im Mannesstamm mit dem badischen Generalleutnant und Generaladjutant Carl Felix von Lassollaye, der am 31. Oktober 1864 in Karlsruhe starb. Seine Tochter Sofie Wilhelmine heiratete den Rittmeister Heinrich Henking und wurde als Witwe 1881 von Großherzog Friedrich I. von Baden in den erblichen badischen Adelsstand erhoben.

Ein dritter savoyischer Adeliger, Peter von Garnier, ließ sich bald nach 1700 in den österreichischen Erblanden nieder und wurde von Kaiser Karl VI. zum böhmischen Ritter ernannt. Unter seinen fünf Söhnen spaltete sich sein Geschlecht in eine gräfliche und zwei freiherrliche Linien. Es blüht noch heute und hat dem preußischen Staat zahlreiche Offiziere und Beamte gegeben.

Als vierte adelige Familie aus Savoyen wanderten im 18. Jahrhundert die de Garnerin, die sich nach ihrem Besitztum Montgelas nannten, in Bayern ein. Maximilian von Montgelas wurde bayrischer Minister und 1809 in den Grafenstand erhoben. Er starb am 14. Juni 1838 in München; Nachkommen leben noch heute. Er erwarb für Bayern eine starke territoriale Vergrößerung und die Königswürde, machte sich aber als Vertreter der Metternichschen Politik sehr verhaßt.

Zu den Eingewanderten gehört auch die aus savoyischem Uradel stammende Gräfin Olga von Seyßel d'Aix. Sie heiratete im Jahre 1898 den Freiherrn und Fabrikherrn Amédé von Beck aus Gressoney, der 1928 in München starb.

Der Vollständigkeit wegen sind noch die 15 savoyischen Prinzessinnen zu erwähnen, die nach Deutschland heirateten. Ihre Reihe beginnt mit den beiden Töchtern des Grafen Odo von Savoyen, von denen die ältere Bertha 1066 den erst 16jährigen deutschen König Heinrich IV. und ihre Schwester Adelheid seinen späteren Gegenkönig Rudolf von Schwaben heiratete.

Auf die savoyischen Studenten, die an deutschen Universitäten studierten, braucht nicht eingegangen zu werden. Sie können nicht als Einwanderer gelten, denn sie blieben nur kurze Zeit. Ihre Zahl ist auffallend hoch. In Freiburg i. Br. allein studierten zwischen 1493 und 1600 über 60 Savoyarden. Sie waren teils adelig, teils bürgerlich; die einen waren Theologen, die andern Laien.

Ein Versuch, die Einwanderung aus Savoyen statistisch zu erfassen, kann keine Allgemeingültigkeit beanspruchen, denn die savoyischen Forschungen sind noch nicht abgeschlossen; neue Einwanderer aus Savoyen werden immer wieder entdeckt. Einem gewissen Interesse dürfte eine Zusammenstellung in Zahlen immerhin begegnen.

Wenn man von den eingewanderten Waldensern und Hugenotten, ferner von den 15 Prinzessinnen, die nach Deutschland heirateten, und von 60 aus Savoyen stammenden Ehefrauen, die die Einwanderer mitbrachten, absieht, beträgt die Zahl der bis jetzt festgestellten savoyischen Einwanderer 524. Diese verhältnismäßig geringe Zahl entspricht dem Umstand, daß die savoyische Einwanderung im Gegensatz zu den meisten bekannten Einwanderungen nicht in größeren Gruppen erfolgte, sondern sozusagen nur tropfenweise.

Die Bedeutung dieser Einwanderung für unsere Bevölkerung wird erst ins rechte Licht gerückt, wenn man die Zahl der Nachkommen der Einwanderer berücksichtigt und auch die Nachkommen der Töchter in Erwägung zieht. Dies würde zeitraubende und schwierige Untersuchungen erfordern.

Die Nachkommenschaft eines vor rund 260 Jahren eingewanderten Savoyarden konnte an Hand einer Stammtafel einigermaßen festgestellt werden. Er hatte von zwei Frauen:

16 Kinder, 7 männl., von denen 4 Ehen bekannt sind, u. 9 weibl. mit 4 Ehen,
31 Enkel, 15 männl. mit 4 Ehen u. 16 weibl. mit 8 Ehen,
42 Urenkel, 22 männl. mit 4 Ehen u. 20 weibl. mit 10 Ehen.

Von der 4. Generation an fehlen die Nachkommen aus der 2. Ehe. Die folgenden Angaben beziehen sich daher nur auf die Nachkommen aus der 1. Ehe:

4. Generation:	15	Nachk.,	7	m. mit	3	Ehen u.	8	w. mit 1 Ehe
5. Generation:	13	„	7	m. mit	5	„ u.	6	w. „ 3 Ehen
6. Generation:	26	„	14	m. mit	8	„ u.	12	w. „ 9 „
7. Generation:	24	„	11	m. mit	3	„ u.	13	w. „ 3 „

Zusammen: 7 Generationen mit 167 Nachk., 83 m. mit 31 Ehen und 84 w. mit 38 Ehen.

Die 6. Generation steht im Alter von 42—70 Jahren, eine größere Zahl lebt noch.

Die 7. Generation steht im Alter von 6—38 Jahren, die meisten leben noch, aber nur wenige konnten sich bis jetzt verheiraten.

Die 8. Generation ist erst im Entstehen und besteht zur Zeit nur aus Kindern.

Die Gesamtzahl der direkten Nachkommen des Eingewanderten beläuft sich demnach ohne die 8. Generation und ohne die Nachkommen aus den 38 Ehen der Töchter auf 167 Personen. Diese Zahl ist eine Mindestzahl, denn es läßt sich nachweisen, daß nicht alle direkten Nachkommen des Eingewanderten erfaßt sind. Heute sind von dem einen Einwanderer wenigstens 30 direkte Abkömmlinge, die seinen Namen tragen, am Leben.

Wollte man auch die Nachkommen aus den 38 Ehen der Töchter der genannten 167 direkten Nachkommen in Erwägung ziehen, so dürfte man, eine ähnliche Fruchtbarkeit wie bei den 31 Ehen der Söhne vorausgesetzt, mehr als 200 weitere Nachkommen in Rechnung stellen; dabei wären die Nachkommen der Töchter dieser 200 Nachkommen wieder nicht berücksichtigt.

Von den genannten 524 Einwanderern aus Savoyen sind 2 im 14. Jahrhundert, 2 im 15. Jahrhundert, 44 im 16. Jahrhundert, 52 im 17. Jahrhundert vor und während des Dreißigjährigen Krieges, 175 im 17. Jahrhundert nach dem Dreißigjährigen Kriege, 183 im 18. Jahrhundert und 66 im 19. Jahrhundert eingewandert. Man sieht, daß die Einwanderung nach Deutschland unmittelbar nach dem Dreißigjährigen Krieg nicht nur, wie bekannt ist, zahlreichen Landwirten aus der Schweiz lockend erschien, sondern auch den Handelsleuten aus Savoyen.

Unter der Gesamtzahl von 524 Einwanderern mögen schätzungsweise 10—20 Durchwanderer gewesen sein, meistens Soldaten, die während eines Krieges starben oder die längere Zeit in einem Quartier lagen und heirateten. Dazu kommen ungefähr 50 Rückwanderer, die vom Heimweh getrieben, wieder in ihre Heimat zurückkehrten, um in heimischer Erde begraben zu werden.

Die Einwanderer verteilen sich auf die einzelnen alemannischen Gebiete folgendermaßen: Von der Gesamtzahl von 524 wanderten 337 in Oberbaden ein, die übrigen 187, also etwas über die Hälfte des badischen Anteils, verteilen sich auf die übrigen alemannischen Gebiete. Dieses Mißverhältnis ist rein zufällig. Wegen vieler Schwierigkeiten, die die Kriegsverhältnisse verursachen, konnten die fernerliegenden Gegenden nicht mit der gleichen Sorgfalt nach Savoyarden durchsucht werden wie das südbadische Land. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die zahlreichen Heimatforscher und die heimatkundlichen Vereinigungen der savoyischen Einwanderung ihre Aufmerksamkeit schenken und die Lücken schließen wollten. —

Die Einwanderer waren in der Mehrzahl kräftig und gesund. Von 66, deren Lebensalter zu ermitteln war, wurden 8 über 80 Jahre alt, 17 starben im Alter von 70—80 Jahren, 18 im Alter von 60—70 Jahren.

Bei 91 Familien war es möglich, die Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland festzustellen. Von diesen 91 Familien sind im Lauf der Zeit 31 erloschen, und zwar 2 nach 300 Jahren, 5 nach 200—300 Jahren, 9 nach 150—200 Jahren und 15 nach 100—150 Jahren; 60 Familien blühen noch heute und zwar: eine Familie seit über 400 Jahren, 5 seit 300 bis 400 Jahren, 13 seit 250—300 Jahren, 11 seit 200—250 Jahren und 30 seit 100 bis 200 Jahren.

Unter den 524 Eingewanderten sind 336 Ehemänner bekannt. Von 290 wird nur je eine Ehefrau erwähnt, 44 heirateten nach dem Tode ihrer Frau ein zweites Mal, manchmal nach damaliger Sitte nur wenige Wochen nach dem Tode der ersten Frau, 2 Männer heirateten dreimal. Zu den 336 Ehemännern gehörten demnach 384 Ehefrauen.

Unter diesen 384 Ehefrauen waren 24 Witfrauen; 60 Frauen wurden entweder von ihren Männern aus Savoyen mitgebracht oder sie stammten aus savoyischen Familien, die nach Deutschland eingewandert waren. Die übrigen 300 Ehefrauen waren mit 5—6 Ausnahmen alemannischen Blutes.

Nicht alle 524 Einwanderer dürfen zu den Romanen gerechnet werden. Aus den deutschen Sprachinseln am Monte Rosa kamen 48, nämlich aus Gressoney 37, aus Issime 7, aus Rima 2 und aus Riva und Alyas je einer, sie waren jedenfalls fast alle deutschblütig. Dazu sind 25 Augstaler zu rechnen, die wir größtenteils auch zu den Deutschstämmigen zählen müssen; ihre Namen weisen auf deutsche Abstammung hin, so z. B. Bach, Betzinger, Duminger (Thumiger), Fels, Filtzhauß, Frengele, Gsell, Gutgesell, Jäger, Kind, Müsser, Pick, Reutter, Rigg, Ronckh, Scheyli, Thedy (vielleicht von ahd. thiot = Volk abgeleitet, oder von dem Namen des hl. Theodul, der bei den Alemannen in den Alpenländern vom Wallis bis nach Vorarlberg verehrt wurde), Veltin, Waggin. —

Es bleibt noch die Frage zu beantworten: „*Wie haben sich die Einwanderer an die neue Heimat angewöhnt und wie ist es ihren Nachkommen ergangen?*"

Die Fremden hatten anfangs in unserer Bevölkerung keinen leichten Stand. Sie waren die „Hergelaufenen", die „Welschen". Der Familienname Welsch ist wohl damals entstanden. Man mißgönnte ihnen die Erfolge, die sie durch ihre Gewandtheit, ihren Fleiß und ihre Sparsamkeit errangen. Allmählich aber schliffen sich die Gegensätze ab.

Die Savoyarden hielten einerseits fest zusammen und unterstützten sich gegenseitig, andererseits suchten sie sich emporzuarbeiten nicht nur finanziell, sondern auch sozial. Sie strebten danach, mit den deutschen Familien gesellschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen, sie heirateten deutsche Frauen und wählten ihre Trauzeugen und Taufpaten aus angesehenen deutschen Familien. Wenn auch manche Einwanderer kaum ihren Namen schreiben konnten, als sie sich bei uns niederließen, so sorgten sie doch für die Ausbildung ihrer Kinder und schickten sie in Schulen und auf Universitäten. Es dauerte nicht lange, so waren ihre Nachkommen in städtischen und staatlichen Beamtenstellen und gehörten zu den Führern in Handel und Industrie. Erwähnt seien hier die Gressoneyer Familie Litschgi in Krozingen (Baden), die sich durch Bergwerksbetrieb am Schauinsland, Flößerei in Schwarzwaldtälern und Eisenwerke in Kollnau (bei Waldkirch im Breisgau) einen Namen machte. Ferner die aus Sallanches a. d. Arve stammende Familie Montfort, die im Wiesental die Handweberei der Heimarbeiter förderte und die Textilindustrie zur Blüte brachte, und die Gressoneyer Familie Beck in Augsburg, deren Messingfabriken durch die hervorragenden Eigenschaften ihrer Erzeugnisse auch außerhalb Deutschlands einen großen Ruf erwarben. Die Gressoneyer Familie Castell verschaffte der Bevölkerung im Elztale durch Gründung einer mechanischen Leinenweberei gute Arbeitsgelegenheit und sorgte durch das von ihr gegründete Bankhaus in Offenburg für die Bedürfnisse der Bevölkerung des Kinzigtales. Max Schwarz, ein Enkel des in Wangen (Allgäu) eingewanderten Kaufmannes Peter Schwarz aus Gressoney, schwang sich zum Direktor und Teilhaber der vereinigten Feigenkaffee Andre Hofer und Kathreiners Malzkaffeefabriken empor und erhielt 1928 den Titel Kommerzienrat. An den großen Wohltäter und Stifter Heinrich Sautier, dessen Ahnherr aus Magland a. d. Arve eingewandert war, erinnert in Freiburg i. Br. die Sautierstraße, die Erinnerung an die Gressoneyer Familien Zumstein wird durch das unter Heimatschutz stehende Zumsteinhaus in Kempten und durch die Zumsteinstraße, in Konstanz wachgehalten. Durch das Vertrauen ihrer Mitbürger wurden Josef Anton Sautier, der Urenkel des um 1680 aus Magland nach Geisingen (bei Donaueschingen) eingewanderten Handelsmannes Jodokus Ludwig Sautier, und der Bürgermeister Josef Anton Martin in Staufen (Breisgau), ein Nachkomme des aus Mégevette in Hochsavoyen um 1680 eingewanderten Claudius Franziskus Martin, in den badischen Landtag gewählt.

Mehrere Savoyarden wurden wegen ihrer Verdienste in den Adelsstand erhoben. Die Kaufmannsfamilie Fels in Konstanz, aus Somarese (südwestlich von Gressoney) schon 1515 eingewandert, erhielt von Kaiser Ferdinand I. 1557 einen Wappenbrief. Die aus der deutschen Sprachinsel Issime stammende Kaufmannsfamilie Dreyßiger wurde 1641 von Kaiser Ferdinand III. unter dem Namen „von Dreißegg" geadelt. Die Großunternehmerfamilie Litschgi, früher in Krozingen (Baden) wohnhaft, wurde 1763 in den erblichen Reichsadelsstand erhoben. Der aus einer savoyischen, um 1660 eingewanderten Familie stammende, in Herbolzheim (Baden) geborene Präsident des badischen Justizministeriums Daniel Gulat erhielt 1816 von Kaiser Franz II. den Namen „von Gulat-Wellenburg" und die Gressoneyer Fabrikantenfamilie Beck in Augsburg bekam 1840 den erblichen bayrischen Adel.

Zahlreich sind unter den Nachkommen der Savoyarden die Mitglieder der freien Berufe, darunter auch Künstler und Dichter. Ein rühmliches Beispiel dafür ist der schon erwähnte Arzt und Schriftsteller Hans Carossa, der vor kurzem zum Präsidenten der europäischen Schriftstellervereinigung ernannt wurde. Er sagt einmal von seiner aus Savoyen stammenden Großtante: „Der Genius ihrer italienischen Heimat hatte ihr allerlei kleine Talente in die Wiege gelegt; sie konnte nicht nur zeichnen, sondern auch mit Stichel, Graviernadel und Meißel umgehen und machte Verse." Solche Anlagen finden sich öfters. Der Maler und Baumeister Josef Heintz d. Ä., dessen Familie aus der früheren deutschen Sprachinsel Prismello (Riva) stammte, sowie der Maler Franz Arparel aus Landry, dem das Freiburger Fastentuch zu verdanken ist, wurden schon erwähnt, ebenso die Stukkateurfamilien Azerio und Baistuchi aus der deutschen Sprachinsel Rima. Dazu kommen noch zwei aus Gressoneyer Familien stammende Maler: der 1883 sehr jung verstorbene Guido Squindo, der in der Diez-Schule in München vorgebildet wurde und von dem Bilder in der neuen Pinakothek und in seiner Geburtsstadt Nördlingen zu sehen sind, und der Maler und Ra-

dierer Max Thedy, der Professor an der Kunstschule in Weimar wurde und bei seinem Tode 1924 eine Reihe sehr geschätzter Bilder hinterließ.

Außerhalb der deutschen Grenzen vollzog sich das Wirken der beiden Brüder Karl Friedrich und Karl Wilhelm Rosset aus Freiburg i. Br., deren Ahnherr aus Morzine in Hochsavoyen nach Freiburg kam und 1683 daselbst in die Krämerzunft zum Falkenberg aufgenommen wurde. Karl Friedrich Rosset zog nach Afrika, wurde deutscher Konsul und 1876 englischer Generalkonsul in Chartum und Generalgouverneur des Landes Dar-Fur im Sudan, sein Bruder Karl Wilhelm beteiligte sich an den Unternehmungen des Emin Pascha und machte dann in Arabien, Vorderindien, Ceylon und Hinterindien eigene Forschungsreisen, an die sich eine Vortragsreise durch Amerika anschloß.

Zum Schluß seien noch die beiden großen Feldherrn und Türkenbezwinger genannt, der Prinz Eugen von Savoyen-Carignan und Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden, der „Türkenlouis", der von seiner Mutter her savoyisches Blut in den Adern hat.

Aber es ist nicht notwendig, auf der sozialen Leiter so hoch hinaufzusteigen, um die Tüchtigkeit der eingewanderten Savoyarden herauszustellen. Als ein Beispiel für viele diene der aus kleinbürgerlichem Kreise stammende Maurer Josef Stefan Storto aus Issime (23. 9. 1833—29. 12. 1917). Er war an mehreren Eisenbahn- und Tunnelbauten, unter anderen an der Schwarzwald- und Gotthardbahn, tätig und verheiratete sich 1863 mit Luise Christiane Raab aus Diez a. d. Lahn. Er hinterließ 10 Kinder, 7 Söhne und 3 Töchter. Der älteste Sohn wurde Postbeamter in Kolmar und war nach seiner Ausweisung durch die Franzosen 1919 zuletzt Oberpostsekretär in Gießen; sein mit ihm ausgewiesener Sohn wurde Lehrer und ist jetzt wieder in Kolmar verwendet. Ein zweiter Sohn des Eingewanderten ist Steinmetz, ein dritter ist Schuhmacher, ein vierter Gefängnisaufseher, ein fünfter Rangiermeister, der sechste wurde Wagner und Schreiner, der siebente ist Justizangestellter. Die älteste Tochter heiratete einen Kanzleigehilfen, die zweite ist Krankenpflegerin in Frankfurt a. M., die dritte ist mit einem Arzt in Berlin verheiratet. Die meisten sind noch am Leben und haben Kinder und Kindeskinder. Zehn Kinder aus kleinen Verhältnissen heraus mit wenig Mitteln aufzuziehen und in geordnete Berufe zu bringen, beweist eine Lebensenergie, die rückhaltlose Bewunderung verdient.

Es kann daher kaum Widerspruch finden, wenn behauptet wird, daß wir den eingewanderten Savoyarden ein wertvolles blutmäßiges Erbe verdanken.

Der Anteil der Deutschstämmigen im Offizierkorps der Vereinigten Staaten

Vorbemerkung: Zwei Hamburger Studenten, Erwin Zühlke und Erich Michaelsen, haben während einiger Monate die Ranglisten der nordamerikanischen Armee und Marine in einer Reihe von Stichjahren untersucht mit der Fragestellung, ob zu erkennen ist, in welcher Anzahl Männer offenkundig deutscher Abstammung und zum Vergleich auch anderer fremdländischer Abstammung in diesen soldatischen Berufszweigen tätig waren. Mit den Tabellen, die hier veröffentlicht werden, ist ein erster Versuch unternommen, an diese interessante Einzelfrage über die Bedeutung des deutschen Blutes im Aufbau der Vereinigten Staaten heranzukommen. Wie sich aus den Erläuterungen zu diesen statistischen Zusammenstellungen ergibt, kann es sich hier nur um erste vorläufige Ergebnisse handeln, denn nur vom Namenbestand her wird zweifellos auch nur ein bestimmter Anteil der Männer deutscher Herkunft erfaßt. Es wären hier ausgedehntere allgemeine Untersuchungen zur Geschichte der Abwandlungen deutscher Namen in Nordamerika erforderlich. Wenn also hier ein „wissenschaftliches Halbprodukt" vorgelegt wird, so hat das seine Entschuldigung in den Kriegsverhältnissen. Trotzdem scheint es mir nützlich, diesen Anfang einer Untersuchung zu veröffentlichen*. Möchte er dazu beitragen, daß diesen wichtigen Fragen der Bedeutung des Blutes in der Geschichte der Vereinigten Staaten weiter nachgegangen wird.

Adolf Rein.

Die Untersuchungen über den deutschstämmigen und anderen fremdblütigen Anteil im Offizierkorps der nordamerikanischen Armee wurden an Hand einer Durchsicht mehrerer Jahrgänge des „Official Army Register" und der „Armylist and Directory" durchgeführt. Die Jahrgänge sind in gewissen Abständen ausgewählt worden, um einen Einblick in verschiedene Zeitabschnitte der nordamerikanischen Entwicklung zu gewinnen. In der Tabelle 1 ist eine Gesamtübersicht über die deutschstämmigen Offiziere der untersuchten Jahrgänge gegeben.

Einige Bemerkungen über das Verfahren, auf welche Weise diese Ergebnisse ermittelt wurden, seien vorausgeschickt. Die deutschstämmigen Offiziere sind in den Tabellen in drei Gruppen getrennt, und zwar: 1. in Deutschland geb., 2. deutsche Namen und 3. anglisierte Namen. Unter „in Deutschland geb." sind diejenigen Offiziere aufgeführt, die im „Official Army Register" — die „Armylist and Directory" führt keine Geburtsstaaten an — als in Germany oder Prussia, Austria, Saxony, Bavaria, Bohemia, Poland, Alsace geboren angegeben sind. Unter „deutsche Namen" sind die Offiziere genannt, deren Namen einwandfrei auf einen deutschen Ursprung schließen lassen wie z. B. Schreiner, Hermann, Meyer, Franz. Unter „anglisierte Namen" sind die Offiziere zusammengefaßt, deren offenbar ursprünglich deutsche Namen anglisiert sind, wie z. B. Shoemaker, Kline, Weaver, Schofield, Shufield, Shufeldt, Keefer, Welborne, Cruse, Wever, Snyder, Birkhimer, Schriver, Hasbrouk, Markley, Cornman, Wiffennyer, Sibley, Greenwald, Kiser, Webber, Stifer, Burgher, Stone, Wajmer, Stoner, Wiman, Wineman, Scofield u. a. Da die Feststellung, ob es sich um einen anglisierten

---

* Zum Schrifttum dieses Gegenstandes sei verwiesen auf Rosengarten, German soldiers in the wars of the United States of America. Philadelphia 1890. Ferner sei auf die bekannten allgemeinen Werke zum Deutschtum in Nordamerika von G. v. Bosse, R. Cronau, A. B. Faust, J. Goebel, W. Kaufmann, Fr. Schrader, C. Semler hingewiesen, sowie auf die Deutsch-Amerikanischen Geschichtsblätter, 1903, S. 49 ff., 1907, S. 43 ff. und German-American Annals, Bd. II, 1904, S. 506 ff. (mit einem Aufsatz über die Deutschen in den Kriegen von 1898—1914). In den Mitteilungen der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums, München 1940, 3. Heft, S. 367, finden sich einige für das Thema wichtige Angaben; vgl. auch E. Meynen, Bibliographie des Deutschtums der kolonialzeitlichen Einwanderung in Nordamerika. Leipzig 1937, S. 240 ff.

deutschen Namen oder einen Namen englischen Ursprungs handelt, nicht immer einwandfrei zu treffen ist, sind diese Namen erst nach eingehender Prüfung als solche deutschen Ursprungs gezählt worden. Daraus ergibt sich auch, daß die unter „anglisierte Namen" genannten Offiziere erheblich weniger ausmachen als die unter „deutsche Namen" genannten, wie die Tabellen deutlich zeigen. Um die Fehlerquelle, die bei dieser Untersuchung ohne Zweifel nicht auszuschalten ist, möglichst klein zu halten, sind von vornherein Namen wie Smith, Miller und Brown nicht berücksichtigt, es sei denn, daß die Namensträger als in Deutschland geboren aufgeführt sind. In Zweifelsfällen wurde auch der Vorname bei der Prüfung herangezogen, denn ein rein deutscher Vorname wie Sebastian, Konrad, Klaus usw. spricht im Zweifel dafür, daß es sich um einen anglisierten deutschen Namen handelt. War jedoch der Vorname nicht rein deutschen Ursprungs, so ist der Offizier aus den oben angeführten Gründen nicht berücksichtigt worden.

Tabelle 1. Offiziere im aktiven Dienst (active service)

Jahrgang	Gesamtzahl d. Offiziere	in Deutschland geboren	deutsche Namen	anglisierte Namen	Deutsche zusammen	Anteil d. deutsch. Offiz. v. H.
1845	878	1	84	42	127	14,46
1861	1155	2	138	69	209	18,13
1867	2858	69	321	106	496	17,32
1872	2107	48	283	124	455	21,60
1880	2146	41	279	143	463	21,11
* 1890	2178	29	232	50	297	13,63
1895	2142	22	300	122	444	20,68
* 1901	2335	12	301	47	350	14,99
1907	3843	30	462	151	643	16,73
* 1913	4571	32	545	129	706	15,44
* 1918	10437	46	1865	324	2132	20,42
1923	11422	48	1336	471	1855	16,25
* 1925	11679	42	1735	352	2129	18,22
1927	12424	keine Angaben	1544	425	1969	15,94
1932	12839	„ „	1500	413	1913	14,90
1937	12909	„ „	1225	467	1692	13,09

* Diese Jahrgänge wurden von Erwin Zühlke untersucht, die anderen von Erich Michaelsen.

Aus der Tabelle 1 ergibt sich, daß der Hundertsatz der deutschstämmigen Offiziere während der verschiedenen Jahrgänge zum Teil recht erheblich schwankt. Auffällig ist immerhin der fast gleichbleibende hohe Hundertsatz der deutschstämmigen Offiziere, über 20 v. H., in den Jahren 1872, 1880, 1895 und 1918. Der Hundertsatz von 13,63 für das Jahr 1890 steht in einem auffälligen Mißverhältnis zu den Zahlen aus den eben angeführten Jahren. Worauf im einzelnen diese Schwankung zurückzuführen ist, kann, da die Verfasser eingezogen sind, z. B. nicht ermittelt werden; irgendein Fehler wird vorgekommen sein, wie besonders die entsprechende Ziffer in Tabelle 2 vermuten läßt.

Aus der Tabelle 1 ergibt sich weiterhin, daß die Anzahl der „in Deutschland geborenen" Offiziere in den Jahren 1867, 1872 und 1880 am höchsten war, und zwar nicht nur absolut, sondern auch prozentual. Errechnet man einmal den Anteil der „in Deutschland geborenen" Offiziere im nordamerikanischen Heer und den Anteil der „in Deutschland geborenen" an dem gesamten Anteil deutschstämmiger Offiziere im nordamerikanischen Heer in den einzelnen Jahren, so ergibt sich folgende Übersicht (s. Tabelle 3).

Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß in den Jahren 1867, 1872 und 1880 der Anteil der in Deutschland geborenen Offiziere im Verhältnis zum Offizierkorps der nordamerikanischen Armee und im Verhältnis zu dem deutschstämmigen Anteil im Offizierkorps am höchsten war. Dieses Anschwellen, das in den folgenden Jahren wieder langsam abklingt, wird darauf beruhen, daß in den vorhergehenden Jahren die Zahl der deutschen Einwanderer im Rahmen der Gesamteinwanderung besonders hoch war.

Tabelle 2. Offiziere außer Dienst (retired lists)

Jahrgang	Gesamtzahl der Offiziere	in Deutschland geboren	deutsche Namen	anglisierte Namen	Deutsche zusammen	Anteil der deutschen Offiziere v. H.
1867	144		21	3	24	16,67
1872	300	7	33	14	54	18,00
1880	395	12	53	10	75	18,99
* 1890	504	16	36	8	44	8,73
1895	624	21	66	22	109	17,46
* 1901	756	28	68	31	127	16,79
1907	926	27	90	29	146	15,77
* 1913	998	19	103	30	152	15,23
* 1918	1113	24	140	43	207	18,59
1923	2234	31	234	93	359	16,02
* 1925	2238	31	287	61	379	16,93

Tabelle 3

Jahrgang	Gesamtzahl	in Deutschland geboren	Anteil in Deutschland geboren v. H.	Deutsche insgesamt	Anteil in Deutschland geboren v. H.
1845	878	1	0,11	127	0,79
1861	1155	2	0,17	209	0,97
1867	2858	69	2,45	496	13,91
1872	2107	48	2,27	455	10,55
1880	2146	41	1,91	463	8,66
* 1890	2178	29	1,33	297	9,76
* 1895	2142	22	1,02	444	4,95
* 1901	2335	12	0,50	350	3,42
1907	3843	30	0,78	643	4,67
* 1913	4571	32	0,70	706	4,53
* 1918	10437	46	0,44	2132	2,15
1923	11422	48	0,42	1855	2,59
* 1925	11679	42	0,35	2135	1,92

Interessant ist ebenfalls die Untersuchung über die Verteilung der deutschstämmigen Offiziere auf die einzelnen Dienstgrade. Dieser Gesichtspunkt ist bei dem Aufstellen der einzelnen Tabellen berücksichtigt, da die Feststellung, in welchem Rang sich die deutschstämmigen Offiziere befanden, ob sie vorwiegend in führenden Stellungen waren oder niedere Dienstgrade innehatten, sehr aufschlußreich ist. Aus jeder Einzeltabelle kann man den Anteil der deutschstämmigen Offiziere ersehen. In der zusammenfassenden Schlußaufstellung, Tabelle 4, ist das Offizierkorps, wie es im deutschen Heer üblich ist, eingeteilt in Generale, welche „General", „Major General", „Brigadier General" umfassen, Stabsoffiziere, welche aus „Colonel", „Ltn. Colonel", „Major" bestehen, Hauptleute, welche die „Captains" umfassen und Leutnante, welche 1st und 2nd Ltn. enthalten. Der Rest, also alle Offiziere bzw. Beamte im Offiziersrang, die „Officer of Staff and Department", wie es in der „Armylist and Directory" heißt, sind unter „Verbände der Truppenführung" erfaßt. Wenn auch dieser Ausdruck vielleicht nicht ganz eindeutig und scharf gewählt ist, da die Zahlmeister ebenso wie auch die Ärzte und Veterinäre darunterfallen, so ist doch diese Zusammenfassung gewählt worden, um durch Aufteilung in die einzelnen Departements das Gesamtbild nicht zu komplizieren und zu zersplittern. Aus der Tabelle 4 kann man ersehen, daß der Anteil der deutschstämmigen Offiziere an den einzelnen Dienstrangklassen innerhalb eines Jahres im wesentlichen gleich stark ist. Es läßt

Tabelle 4. Aufteilung der deutschstämmigen Offiziere nach Dienstgraden

Jahrgang	Verbände der Truppenführung			Generale			Stabsoffiziere			Hauptleute			Leutnante		
	Gesamtzahl	Deutsche	Anteil der Deutschen in v. H.	Gesamtzahl	Deutsche	Anteil der Deutschen in v. H.	Gesamtzahl	Deutsche	Anteil der Deutschen in v. H.	Gesamtzahl	Deutsche	Anteil der Deutschen in v. H.	Gesamtzahl	Deutsche	Anteil der Deutschen in v. H.
1845	298	47	15,77	3	—	—	42	5	11,90	141	19	13,47	394	56	14,22
1861	396	77	19,44	4	—	—	74	14	18,92	207	39	18,84	474	79	12,45
1867	638	109	17,07	17	3	17,64	220	38	17,27	634	108	17,03	1349	238	17,65
1872	624	127	20,35	14	4	28,57	152	32	21,05	428	98	22,89	1040	204	19,62
1880	586	111	18,94	11	2	18,18	153	36	23,53	429	96	22,37	967	218	22,54
1895	555	108	19,46	9	2	22,22	153	22	14,37	430	100	23,26	995	212	21,30
1907	898	154	17,15	23	2	8,68	290	42	14,48	880	134	15,23	1752	311	17,75
1923	3592	638	17,73	73	13	17,81	2033	336	16,03	2814	454	16,13	2904	414	14,25
1927	4000	659	16,48	75	10	13,33	2033	317	15,56	2654	388	14,66	3662	595	16,79
1932	4085	734	17,96	74	12	16,21	2075	309	14,72	2659	335	12,59	3946	523	13,25
1937	4313	653	15,12	77	12	15,58	3497	407	11,35	2444	300	12,23	2578	320	12,41

Unter „Verbände der Truppenführung" sind diejenigen Offiziere zusammengefaßt, die nach der Aufteilung der Linien-Offiziere und der besonderen Erwähnung der Generale nachbleiben. Das sind insbesondere „Officers of Staff Corps and Departments,"

Tabelle 5. Gesamtaufstellung der untersuchten Jahrgänge der USA.-Armee

Jahrgang	Gesamtanzahl	Deutsche		Engländer		Schotten		Iren		Franzosen		Spanier		Holländer		Norweger		Schweden		Italiener	
		Anzahl	Anteil in v. H.	Anzahl	Anteil in v. H.	Anzahl	Anteil in v. H.	Anzahl	Anteil in v. H.	Anzahl	Anteil in v. H.	Anzahl	Anteil in v. H.	Anzahl	Anteil in v. H.	Anzahl	Anteil in v. H.	Anzahl	Anteil in v. H.	Anzahl	Anteil in v. H.
1845	878	127	14,46	5	0,56	25	2,87	6	0,69	12	1,37	1	0,11	8	0,92	6	0,69	1	0,11	—	—
1861	1155	205	18,13	5	0,43	41	3,56	13	1,13	31	2,77	2	0,17	7	0,61	6	0,52	2	0,17	2	0,17
1867	2858	496	17,32	71	2,48	90	3,11	157	5,49	58	2,03	2	0,07	16	0,56	2	0,07	20	0,69	3	0,10
1872	2107	455	21,60	50	2,37	59	2,80	97	4,60	50	2,37	3	0,15	15	0,71	6	0,29	9	0,42	1	0,04
1880	2146	463	21,11	44	2,05	54	2,56	75	3,54	55	2,56	4	0,18	17	0,78	6	0,28	6	0,28	3	0,14
1895	2142	444	20,68	23	1,07	62	2,89	45	2,10	55	2,57	3	0,14	15	0,71	6	0,28	5	0,23	3	0,14
1907	3843	643	16,73	45	1,17	119	3,10	36	0,94	103	2,68	15	0,41	27	0,70	9	0,23	8	0,21	6	0,16
1923	11422	1855	16,25	89	0,79	387	3,39	57	0,49	273	2,39	60	0,53	82	0,72	38	0,33	54	0,47	41	0,35
1927	12424	1969	15,94	—	—	414	3,33	54	0,43	229	1,84	87	0,70	74	0,59	35	0,28	49	0,39	51	0,41
1932	12839	1913	14,10	—	—	420	3,27	51	0,39	209	1,63	95	0,74	94	0,73	63	0,48	79	0,62	48	0,37
1937	12909	1692	13,09	—	—	421	3,26	54	0,42	259	2,01	84	0,65	95	0,73	71	0,55	81	0,63	85	0,66

sich generell kein Überwiegen nach der einen oder anderen Seite feststellen, wenn man von dem außergewöhnlich hohen Anteil an den Generalen im Jahre 1872 und 1895 absieht.

Bei der Durchführung der Untersuchungen ergab sich die Frage, ob im nordamerikanischen Heer die deutschstämmigen Offiziere einen durch Generationen sich vererbenden Offiziersstand gebildet haben, wie es im preußisch-deutschen Heere der Fall ist. Diese Frage kann auf Grund der bisherigen Untersuchungen nicht endgültig beantwortet werden. Es sind zwar die Namen der deutschstämmigen Offiziere von 1845—1923 herausgeschrieben worden, und, wie die unten aufgeführten Beispiele zeigen, tauchen oft dieselben Familiennamen in verschiedenen Generationen wieder auf. Daß es sich um dieselben Familien handelt, liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, doch ein Beweis dafür läßt sich auf Grund der bisherigen Untersuchungen nicht führen. Es spricht nur eine Vermutung dafür, daß z. B. der „Major General" Stuart Heintzelman (1937) ein Nachkomme des „Captain" Samual Heintzelman (1845) ist, oder daß diese beiden Offiziere derselben Familie angehören. Zur genauen Beweisführung müßten die Untersuchungen in dieser Hinsicht eingehender geführt werden. Es müßten die einzelnen Daten, wo der betreffende Offizier geboren ist, in welchen Garnisonen er gewesen ist, wohin er sich nach Ausscheiden aus dem „active service" zurückgezogen hat, geprüft werden. Abschließend kann man sagen, daß wohl eine Vermutung dafür spricht, daß die deutschstämmigen Offiziere im nordamerikanischen Heer einen durch Generationen sich vererbenden Offiziersstand, wenigstens zum Teil, gebildet haben.

Beispiele:

1845 Captain Heintzelman, Samual,
Ass. Quaterm. Heintzelman, Paul,
1st Ltn. Wessells, Henry,
2nd Ltn. Schriver, Edmund.
1861 Major Heintzelman, Samual,
Captain Wessells, Henry.
1867 Colonel Heintzelmann, Samual,
2nd Ltn. Heintzelmann, Charles,
1st Ltn. Wessells, Henry,
Ltn. Col. Wessells, Henry,
Colonel Schriver, Edmund.
1872 1st Ltn. Heintzelmann, Charles,
Maj. Gen. Heintzelmann, Samual (retired List),
1st Ltn. Wessells, Henry,
Ltn. Col. Wessells, Henry (retired List)
Colonel Schriver, Edmund.
1880 Ass. Quarterm. Heintzelman, Charles,
Captain Wessells, Henry,
Colonel Schriver, Edmund.
1895 Major Wessells, Henry,
Colonel Schriver, Edmund.
1907 Captain Heintzelmann, Stuart,
Brig. Gen. Wessells, Henry (retired List).
1927 Brig. Gen. Heintzelman, Stuart,
Captain Wessells, Theodor.
1932 Maj. Gen. Heintzelman, Stuart,
Captain Wessells, Theodor,
1st Ltn. Schriver, Andrew jr.
1937 Major Wessells, Theodor,
1st Ltn. Schriver, Andrew.

Die Zusammenfassung des deutschstämmigen und fremdblütigen Anteils im nordamerikanischen Heer ist in der Tabelle 5 gegeben. Die Namen der Offiziere fremden, nichtdeutschen Ursprungs sind nur dann berücksichtigt, wenn sie als in dem betreffenden Staat *geboren* in den Veröffentlichungen angeführt sind; es sei denn, daß es sich um *typische Namen* han-

delt, die ohne weiteres einen Schluß auf das Ursprungsland zulassen, wie z. B. bei den Iren das O', bei den Schotten das Mc und den Holländern das van.

Die Vergrößerung des nordamerikanischen Heeres und damit seines Offizierkorps auf über das Doppelte innerhalb von 6 Jahren (1861: 1155; 1867: 2858) — es ist die Zeit des Bürgerkrieges — hat zwangsläufig eine Erhöhung des Einflusses der Eingewanderten im Offizierkorps zur Folge gehabt, wie sich auch aus der Tabelle 4 ergibt. Und zwar stieg der Hundertsatz von 27,66 v. H. (1861) auf 31,92 v. H. (1867).

Die Offiziere irischer Abstammung sind ebenso wie die Offiziere deutscher Abstammung in dieser Zeit stark angestiegen, nämlich von 1,13 v. H. auf 5,49 v. H. Daß in den Jahrgängen 1927, 1932 und 1937 keine Engländer aufgegeben sind, liegt daran, daß in den Veröffentlichungen die Geburtsstaaten der Offiziere nicht mitgeteilt werden.

Bei der Gesamtübersicht der gewonnenen Zahlen ergeben sich folgende Beobachtungen: Bei den Schotten ist der Hundertsatz im wesentlichen gleich geblieben; er schwankt zwischen 2,56 v. H. und 3,56 v. H. Die Iren sind starken Schwankungen unterworfen, die Zahlen differieren um gut 5 v. H. (5,49 v. H. im Jahre 1867 und 0,37 v. H. im Jahre 1937). Die Franzosen und Engländer erreichten ebenfalls in manchen Jahren mehr als 2 v. H. des Offizierkorps, während alle übrigen Offiziere nichtdeutschen Ursprungs 1 v. H. nicht erreicht haben.

In den Tabellen 6a und 6b wird ein Überblick über die untersuchten Jahrgänge der nordamerikanischen Luftwaffe, sofern sie dem Heere unterstellt war, gegeben. Im Gegensatz zu dem Heer ist hier der Hundertsatz der deutschstämmigen Offiziere wesentlich niedriger.

Tabelle 6a. Air-Service

Zusammenfassung des deutschstämmigen Anteils der untersuchten Jahrgänge

Jahrgang	Gesamtzahl	in Deutschland geb.	deutsche Namen	angliſierte Namen	Deutsche zusammen	Anteil der Deutschen v. H.
1923	853	3	98	21	122	14,25
1927	1031	—	134	41	175	16,97
1932	1374	—	130	37	167	12,15
1937	1448	—	107	49	156	10,70

Tabelle 6b. Zusammenfassung des deutschstämmigen und fremdblütigen Anteils der untersuchten Jahrgänge

Jahrgang	Gesamtzahl	Deutsche	Engländer	Schotten	Iren	Franzosen	Spanier	Holländer	Norweger	Schweden	Italiener	Anteil in v. H.
1923	843	128	4	36	2	21	2	5	4	4	1	23,58
1927	1031	175	—	42	5	17	2	5	5	6	—	24,90
1932	1374	167	—	51	8	21	3	6	8	8	2	19,72
1937	1448	156	—	47	7	20	6	7	9	8	3	18,18

Für die Marine konnten an Hand des „Register of the commissioned and warrant officers of the navy of the United States and of the marine corps, Washington", die Jahrgänge 1835 ,1888, 1898, 1913 und 1914 untersucht werden.

Tabelle 7. Active Service

Jahrgang	Gesamtzahl d. Offiziere	in Deutschland geboren	äeutsche Namen	anglisierte Namen	Deutschstämmige	Anteil d. Deutschstämm. v. H.
1835	1146	(2)	50	26	76	6,63
1888	1722	0,7 v. H.*	218	77	295	17,14
1898	1738	—*	243	83	328	18,89
1914	3652	(50)	517	131	—	17,79
		1,37 v. H.				
		Retired List				
1888	366	—*	53	31	84	22,98
1898	494	—*	64	27	91	18,41
1914	986	(13)	133	36	169	17,14
		1,31 v. H.				

* Keine Angaben.

Wenn man die hier zusammengestellten Zahlen, die zunächst gewonnen worden sind, überblickt, dann kann zusammenfassend gesagt werden, daß der Anteil der offensichtlich Deutschstämmigen im Offizierkorps von Heer und Marine der Vereinigten Staaten in der Zeit vom Bürgerkrieg bis zum Weltkrieg zwischen 15,41 v. H. und 22,98 v. H. betragen hat. Nach dem Weltkrieg ist der Anteil der Offiziere offenkundig deutscher Abstammung im Abnehmen begriffen.

Ungarisches Zeitschriftenwesen von heute

Von K. Klaftenegger, Wien

Das heutige Bild der ungarischen Zeitschriften ist das Ergebnis einer langen Entwicklung, deren Wurzeln tief ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Nur aus der Kenntnis der innerungarischen Geschichte und der ungarischen Geistesgeschichte im letzten Jahrhundert, besonders aber in den letzten Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg, sowie der Verhältnisse nach dem für Ungarn katastrophalen Friedensschluß von Trianon kann das volle Verständnis für die Problemgruppen und Fragen erwachsen, die heute im Mittelpunkte der bedeutenderen ungarischen Zeitschriften stehen.

1867 war für Ungarn nicht nur auf politischem Gebiete, in seinem Verhältnis zu Österreich und für seine Stellung innerhalb der Gesamtmonarchie von entscheidender Bedeutung. Dieses Jahr wurde auch für die weitere kulturpolitische Entwicklung des Landes entscheidend. Bereits in den sechziger Jahren begann der Liberalismus, der in Ungarn anfänglich völkischen Charakter hatte, und von der geistig führenden Schicht des mittleren Adels getragen und verbreitet wurde, immer mehr ins ganze Volk zu dringen und zu einem bürgerlichen Egoismus, zur politischen Unfähigkeit und seelischen Unbeweglichkeit zu verflachen. Ein charakterloser Materialismus wertete, alle seelischen Qualitäten leugnend, allein den greifbaren Gewinn. (Dieser, jeder Religiosität und jeder geistigen Einstellung bare Materialismus schuf einen geschäftsmäßigen falschen Patriotismus, die Pflege der vaterländischen Gefühle als einträgliches Geschäft.) Wenn auch die Wissenschaft Vertreter von europäischem Rufe hatte und besonders die madjarische Sprachwissenschaft an der Universität Budapest stark im Aufblühen begriffen war, fehlte es doch an einem völkischen Historiker, der dem Volke den richtigen Weg gewiesen hätte; es gab keinen Literarhistoriker, der den, für die Nation entscheidend wichtigen Verlauf der Literatur überblickt hätte, und es gab keinen Volkskundler, dessen Forschungsergebnisse die völkischen Kräfte der Nation erweckt hätten. Das nationale Leben in Ungarn wurde fast ausschließlich von der Tagespolitik und Presse gelenkt.

Im Gegensatz zum gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung des Landes in den Gründerjahren waren die gesellschaftlichen Gegensätze nur wenig ausgeglichen. Mit dem Erlöschen der ständischen Verfassung ging der mittlere Adel, der bis dahin der Träger der kulturellen Bestrebungen in Ungarn war, seiner Privilegien verlustig. Durch die Bodenreform von 48 verlor er einen Teil seines Bodens, vor allem aber die Arbeit der Fronbauern, auf welcher sein Wirtschaftssystem bis dahin aufgebaut war. Mit der folgenden Verschuldung des Adels ging auch sein geistiger Verfall Hand in Hand. Diese Schicht, die in Ungarn zur Führung berufen gewesen wäre, geriet fast ganz in eine materielle und geistige Abhängigkeit zum Kapitalismus, der sich beinahe ausschließlich in jüdischen Händen befand. Dem Ostjudentum standen während der Herrschaft des Liberalismus über Europa die Grenzen Deutschlands, Österreichs und Ungarns offen, und es überflutete vor allem letzteres, das der beste Boden zum Gedeihen fremder Volksangehöriger war. Hier genügte es, wenn ein Fremder die madjarische Sprache erlernte und seinen Namen madjarisierte, um als vollwertiger Bürger angesehen zu werden. Der verarmte madjarisierte Adel versperrte sich durch seine Vorurteile, die ihm verboten, „nichtstandesgemäße" Berufe zu ergreifen, selbst den Weg in die Wirtschaft und somit auch zum Kapitalismus. So kam es, daß zur gleichen Zeit, da die nur mittelmäßig bezahlten Komitatsposten und Staatsämter von ihm überschwemmt wurden, das Judentum in alle ertragreichen freien Berufe eindrang und Herr über die gesamte Wirtschaft und das Kapital wurde. Da in Ungarn nach dem Tode des von seiner Zeit nicht verstandenen Széchenyis und nach dem Ausscheiden Eötvös' aus dem politischen Leben keine bewußt völkischen Führerpersönlichkeiten vorhanden waren, gelang es dem Judentum immer mehr, auch in die Intelligenzschicht einzudringen. Ge-

stützt von der Zentralisationspolitik Tiszas baute es Budapest zum kapitalistischen Mittelpunkte des Landes aus und beherrschte von hier aus die gesamte geistige und materielle Produktion.

Der Zentralismus in der Regierung schloß ein Gegengewicht der Provinz und des dort verwurzelten Madjarentums aus. Die ungarischen Städte waren gegen Ende des Jahrhunderts noch immer Bauernstädte, die nur eine ganz dünne madjarische Intelligenzschicht mit wenig bürgerlichem Selbstbewußtsein besaßen. Die „Bürgerschicht" in den Provinzstädten setzt sich zu immer größeren Teilen aus begüterten Juden, aus den Resten der deutschen Bürgerschaft und den Beamten zusammen, die aus dem verarmten Adel und zum geringsten Teile aus dem Bauerntum entstammte. Die Provinzstädte konnten sich auch auf kein starkes Bauerntum stützen. Millionen von besitzlosen Landarbeitern bildeten ein sozial und geistig verwahrlostes Agrarproletariat, oder — in die Städte abwandernd — die Massen der Industriearbeiterschaft. Hier fehlte die Kraft zur Ausbildung einer völkischen Kultur, die ein Ausgleich zum jüdischen Geist gewesen wäre. Selbst wenn sich Kräfte auf dem Lande regten, erfuhren sie allein in Budapest Geltung. Ohne Beziehungen zum Kapital und zur Politik ging alles unter in der Interesselosigkeit und Verständnislosigkeit der damaligen Zeit. Die Presse, das beste Erziehungsmittel des Volkes, versagte ganz; sie befand sich in Händen der Juden.

Die Presse war im kapitalistischen Zeitalter einfach ein Geschäft, zu dem statt Charakter und Bildung nur viel Geschäftsgeist gehörte. War der Kapitalismus in jüdischer Hand, traf dies auch für die Presse zu. So war es überall in Europa, in Berlin und Wien ebenso wie in Budapest. Der Unterschied zu Budapest bestand lediglich darin, daß in Berlin und Wien die ganze Zeit auch deutsche Kulturwerte vorhanden waren und auch erhalten blieben. Die ungarische Öffentlichkeit aber erhob die jüdische Kultur von Budapest zur national madjarischen. Hier hatten sich die Juden den Forderungen des Publikums, die aus staatlichen und völkischen Illusionen, aus parteipolitischen und persönlichen Gehässigkeiten, aus dem überquellenden Optimismus des Milleniums bestanden, vollkommen anzupassen gewußt. Sie betrieben die Pflege eines falschen, oberflächlichen Patriotismus als einträgliches Geschäft. Es gab nur wenige Menschen die erkannten, daß all diese niedergeschriebenen Worte bloß madjarisch klangen, ihren wirklichen Sinn aber durch zynische, fremde, jeder Religiosität und höheren geistigen Einstellung bare Kräfte erhielten, welche sich die Erziehung des Volkes zur völkischen Instinktlosigkeit als Aufgabe gesetzt hatten. Diesem fremden Geiste standen die Schriftleitungen der Budapester Zeitungen und Zeitschriften offen. Die Leserschaft wurde einerseits durch Boulevardmethoden gewonnen, andrerseits bemühten sich die Zeitschriften ihrem Publikum, vom literarischen Genuß angefangen, über volkstümliche wissenschaftliche Beiträge bis zu Vorschlägen für die Frau, alles zu bieten, um jeden anderen Lesestoff überflüssig zu machen und dadurch um so größeren Einfluß auf die Öffentlichkeit zu gewinnen.

Es ist richtig, daß sich in Ungarn vor 1867 schöpferische völkische Kräfte regten, die in den Werken von Vörösmarty, Petőfi und Arany ihren höchsten Ausdruck fanden. Ihre Mahnrufe waren indessen um die Jahrhundertwende ebenso vergessen, wie die Lehren Széchenyis. Nur ein kleiner Kreis hatte sich um die Ungarische Akademie der Wissenschaften unter Pál Gyulai gebildet, der Schriftleiter des Organes der Akademie, der 1857 gegründeten Budapesti Szemle (Budapester Rundschau) war. Gyulai geißelte mit scharfer Kritik die Zeiterscheinungen und wies dem Schrifttum den richtigen Weg, den er in der Verfolgung des gesunden Geschmackes, im geistigen Emporheben über die zeitgebundenen, materiellen Ideen, in der Aufrichtigkeit des Gefühls, sowie im verwurzelten völkischen Wesen sah. Leider drang die Zeitschrift nicht über einen kleinen Kreis der ungefähr 3000 Anhänger hinaus, die sich aus den Besten des mittleren Adels und der bürgerlichen Intelligenz, meist aus Professoren zusammensetzten. Auf die gesamte geistige Entwicklung konnte sie indessen keinen entscheidenden Einfluß gewinnen.

Auch das Jahr 1918 erbrachte keine wesentlichen Änderungen im Gesamtbilde der ungarischen Presse. Die gegenrevolutionäre Stimmung der zwanziger Jahre hätte allerdings die nötige nationale und radikal-soziale Atmosphäre zum Aufbau einer völkisch verwurzelten Presse gegeben. Dazu wäre aber die Abrechnung mit den destruktiven jüdischen Kräften notwendig gewesen, die jedoch nicht vorgenommen wurde. Das Judentum blieb auch weiterhin, sowohl im geistigen Leben, als auch in der Presse führend. Für das Ausmaß der jüdischen Beteiligung auf diesen Gebieten mögen einige Zahlen sprechen.

Die Verhältniszahl des Judentums in der Presse gestaltete sich auf Grund amtlicher Feststellungen im letzten halben Jahrhundert folgendermaßen:

	1890	1900	1910	1920	1930
v. H.	36,8	39,7	42,4	34,3	31,6.

Diese Zahlen beruhen auf konfessioneller Basis. Demnach war also der blutsmäßige Anteil des Judentums noch größer.

Folgende amtliche Zahlen beleuchten die Verhältnisse im Jahre 1937: 1937 erschienen in Rumpfungarn 1476 Tageszeitungen und Zeitschriften, von denen sich 1114, also 80 v. H. in jüdischer Hand befanden. 21 von 37 belletristischen Blättern mit einer Auflagezahl von über 4 Millionen waren jüdisch. Die wissenschaftliche und Fachliteratur wurde von 136 Blättern vertreten, von denen 103 Juden gehörten. Von 409 Buchhandlungen in den 170 Städten des Rumpflandes hatten 366, also 90 v. H. jüdische Besitzer und nur 10 von 39 Verlagen waren christlich.

Erst die Pressepolitik des Ministerpräsidenten Julius Gömbös ebnete den Weg zu einer Reorganisation des ungarischen Journalismus. Das Ergebnis dieser Pressepolitik war die 1938 ins Leben gerufene Bewegung zur Schaffung einer Pressekammer, welcher der damalige Ministerpräsident Kálmán Darányi das vollste Verständnis entgegenbrachte. Er nahm die Verordnung zur Schaffung einer Pressekammer in das 1. Judengesetz auf und setzte ihr als Aufgabe, den nationalen Geist und die Forderungen der christlichen Moral in der Presse geltend zu machen. Der Aufstellung der Pressekammer ging indessen eine Säuberungsaktion — die Pressereform — voraus, in deren Verlauf 411 Presseorgane, darunter 230 jüdische Blätter, d. i. fast die Hälfte der Zeitschriftenpresse der Hauptstadt, ihr Erscheinen einstellen mußten. Seit der Errichtung der Pressekammer, die nach dem Abschluß der Säuberungsaktion im Frühjahr 1939 erfolgte, wurde die Pressefreiheit in Ungarn sehr stark eingeschränkt. Noch mehr Einschränkungen erforderten die Sparmaßnahmen, die der Krieg auch diesem Lande aufzwang. Heute sind daher hauptsächlich jene Zeitschriften lebensfähig, deren Erscheinen unter den gegenwärtigen Verhältnissen begründet erscheint. Nur verhältnismäßig wenige Periodica können auf eine lange Reihe von Jahrgängen zurückblicken; es handelt sich hierbei meist um rein wissenschaftliche Produkte. Neben ihnen nehmen jene Zeitschriften die vornehmste Stelle ein, die die lebenswichtigen Fragen des Madjarentums in den Mittelpunkt ihrer Erörterungen stellten. Sie sind Träger jener Erkenntnisse, die nach dem Zusammenbruch von 1918 gewonnen wurden, und sie haben meist Jahre schwerster Kämpfe um ihren Bestand hinter sich.

Die Folgen der Katastrophe von Trianon, welche Ungarn in die engen Grenzen des Rumpflandes zwängte und vielen Madjaren das Los des Minderheitengeschickes zuteil werden ließ, mußten in den Madjaren des Mutterlandes das Erkennen der realen Wirklichkeit hervorrufen. Der ersten Betäubung mußte die Frage nach den Ursachen des Zusammenbruches und die dämmernde Erkenntnis folgen, daß vor allem der Mangel an Verantwortungsbewußtsein seitens der ungarischen Gesellschaft und ihre Gleichgültigkeit gewissen Fragen gegenüber die Quelle vieler Sünden war, welche gegen das Allgemeininteresse begangen wurden. Der neue Staat sah sich vor eine Fülle von lebenswichtigen Problemen gestellt, die — wollte er seinen Bestand sichern — unbedingt gelöst werden mußten.

Zu den brennendsten Fragen, die einer dringenden Lösung harrten, gehörte in erster Linie die Bodenfrage; hier hatte die mangelhafte Bodenreform von 1920 nur Enttäuschungen und neue Unzufriedenheit, aber kein positives Ergebnis erbracht. Ein zweites Problem war die Brechung der Macht des Judentums. Nach dem Kriegsende griff eine antisemitische Welle um sich, die unter den erwerbs- und besitzlosen Schichten der Bevölkerung auch weiterhin andauerte. Die Generation, die noch in den Jahren vor dem Weltkrieg herangewachsen war, war indessen zu schwach, die jüdische städtische Kultur durch eine völkische zu ersetzen oder gar dem Judentum seine gefährlichste Waffe, den Kapitalismus zu entreißen. Erst in der jungen Generation, die nicht zuletzt unter deutschem Einfluß einheitlich durch die völkische Konzeption der Nationalität gekennzeichnet war und sich scharf von allen Vorkriegsgenerationen unterschied, wuchs neben der Erkenntnis der wahren Lage Ungarns, auch der Wille zur Erziehung möglichst breiter Schichten zu einem nationalen Selbstbewußtsein frei von allen Illusionen.

Diese Jungen steckten sich vor allem zwei Ziele. Sie sahen die Erhaltung und Festigung der Bindungen des Mutterlandes zu den außerhalb der Grenzen verbliebenen Minderheitenmadjaren als ebenso unerläßlich an, wie die Erweckung des sozialen Gefühles in der Gesellschaft Ungarns, wodurch ein schwerer, den Staat bedrohender Mangel behoben werden sollte.

In den dreißiger Jahren entstand in den Reihen dieser jungen Generation eine gesellschaftliche Bewegung, welche in nächtlichen Debatten zur Erkenntnis des Wesens der Probleme gelangte. In dieser Bewegung gab es keine falsche Romantik mehr, da ihr Elemente angehörten, die sich mit den einzelnen Fragen fachlich beschäftigten. Sie griffen als wichtigstes inneres Problem zuerst die Bodenfrage auf und zwar im Zusammenhang mit der mißlungenen Bodenreform nach dem Weltkrieg, die, statt den Großgrundbesitz besser zu verteilen, diesen teilweise in lebensunfähige Streifen zerstückelte. Aus den daraus entstehenden Übeln gelangten die jungen Schriftsteller und Soziologen zur Erkenntnis, daß eine tiefgehende, ehrliche Bodenreform unerläßlich sei. Die Bewegung gehörte keiner bestimmten politischen Richtung an, sondern blieb stets auf der geistigen Ebene. Der kleine Kreis schmolz auch bald zusammen, diejenigen aber, die ausharrten, kämpften unerschütterlich, um die Aufmerksamkeit immer breiterer Schichten der Gesellschaft auf diese Fragen zu lenken. Eine neue Wendung erhielt die Bewegung — wie schon früher angedeutet — durch den Regierungsantritt von Julius Gömbös, der vor allem anfangs großes Verständnis für sie zeigte. In dieser Zeit entstand der unter dem Namen „neue Geistesfront" bekanntgewordene Zusammenschluß jener Schriftsteller und Soziologen, welche sich in erster Linie — neben der Bodenfrage — mit Volkstumsproblemen beschäftigten. Wenn auch Gömbös so manche Erwartungen auf diesem Gebiete enttäuschte, erhielt doch damals jene literarische und soziographische Bewegung das erstemal Luft, welche heute bereits ein Faktor geworden ist, der die öffentliche Meinung tatsächlich beeinflussen und formen kann. In dieser Zeit wurde die breite Basis der Erforschung völkischer Probleme geschaffen. Diese entstand durch die Ergänzung der Tätigkeit der Soziographen, die vor einigen Jahren begann und sich hauptsächlich auf die Erforschung des Zusammenhanges zwischen Volk und Boden erstreckte, durch jene konkreten Studien, welche sich mit den Lebensverhältnissen der Landbevölkerung und deren sozialer Lage befaßten, weiters durch die statistische Aufdeckung der landwirtschaftlichen Arbeiterfrage. Erleichtert wurde die Aufgabe der neuen Generation in erster Linie durch die Reihe von Zeitschriften, die z. T. von ihr selbst geschaffen wurden, oder sich in ihren Dienst stellten.

In Ungarn gab es im Vergleich zu den westlichen Staaten und zu der eigenen Bevölkerungszahl, besonders aber zur Verhältniszahl der Intelligenzschicht, immer unverhältnismäßig viele Zeitschriften. Diese Erscheinung steht mit dem partikularistischen Gepräge des ungarischen Geisteslebens im engen Zusammenhang. Es gab immer außerordentlich viele kleine Vereinigungen, Gesellschaften, Bewegungen, Parteien, Forschungsgemeinschaften usw., welche mit dem Publikum in erster Linie durch ihre Zeitschriften in Verbindung standen. Es war daher nach der Gründung ihre erste Aufgabe, sich eine Presse zu schaffen, da sie sonst stumm geblieben wären. Der Überblick über die wichtigsten Zeitschriften gewährt also zugleich auch einen Einblick in die partikularistische, bewegte, vielseitige, aber auch zerbröckelte kulturelle Tätigkeit in Ungarn.

Eine scharfe Trennung nach Sachgebieten ist (mit Ausnahme der reinen Fachzeitschriften, deren Rahmen ganz einfach festzustellen und eng zu umgrenzen sind) oft sehr schwer, manchmal sogar unmöglich. Die einfachste Unterscheidung ist noch die nach den Erscheinungsorten. Die meisten periodischen Presseerzeugnisse erscheinen in der Hauptstadt, ihnen steht aber seit ungefähr den dreißiger Jahren eine bedeutende Provinzliteratur, sowie die Entwicklung in den nach 1918 losgetrennten, jetzt z. T. wieder rückgegliederten Gebieten gegenüber.

Es ist nicht meine Aufgabe, hier eine vollkommene Bibliographie der in Ungarn erscheinenden Zeitschriften zu geben; es sollen vielmehr die Zeitschriften als Vertreter und Zeugen der eingangs kurz aufgezeigten geistigen Entwicklung in Ungarn dargestellt werden. Dies hat selbstverständlich zur Folge, daß reine Fachzeitschriften (z. B. Az Ado [Die Steuer] = Zeitschrift für die Fragen der Finanzverwaltung, Magyar Jogi Szemle [Ungarische juridische Rundschau] usw.) von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, entweder gar nicht berücksichtigt,

oder nur ganz kurz erwähnt werden. Im folgenden sollen die Zeitschriften nach ihren Erscheinungsorten in zwei großen Gruppen vorgestellt werden:

1. in der Hauptstadt erscheinende Zeitschriften,
2. in der Provinz erscheinende Zeitschriften,
   a) Rumpfungarn,
   b) Oberland,
   c) Siebenbürgen,
   d) Südgebiet,
3. sollen die in Ungarn erscheinenden fremdsprachigen Zeitschriften besprochen werden, deren vornehmlichste Aufgabe es ist, die ungarischen wissenschaftlichen Interessen und das madjarische Gedankengut im Auslande zu vertreten und ein Bindeglied zwischen Ungarn und dem Auslande darzustellen.

1.

Die starke geistige, wirtschaftliche und politische Zentralisation in Ungarn findet auch heute noch in der großen Menge der in der Hauptstadt erscheinenden Zeitschriften als Organe ebensovieler Gesellschaften und Institutionen Ausdruck. An erster Stelle der Budapester Zeitschriften soll die Budapesti Szemle[1] genannt werden, deren bedeutende Rolle in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bereits betont wurde. Diese Zeitschrift, die auch heute noch eines der gewichtigsten Organe der Hauptstadt ist, behauptete ihren Platz seit 1857 unvermindert, wenn sie auch ihr höchstes Niveau unter Pál Gyulai erreicht hatte. Sie wird gegenwärtig von Géza Vojnovich redigiert und mit Unterstützung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften herausgegeben. Unter den Verfassern der Studien und Abhandlungen sind die zeitgemäßesten Schriftsteller und Wissenschaftler Ungarns vertreten, die meist eine Zusammenfassung und einen Überblick aus dem eigenen Arbeitsbereich geben. Die Verfasser sind fast alle Mitglieder der Akademie. Die Studien erstrecken sich auf alle Gebiete des Geisteslebens, außerdem sind fast in jedem Heft Literaturproben bedeutender ungarischer Dichter und Schriftsteller enthalten. Im Jahre 1941 standen siebenbürgische Fragen, sowie Abhandlungen über die Person, Bedeutung und das Werk Széchenyis, anläßlich des Széchenyi-Gedenktages im Vordergrund.

Die Akademie der Wissenschaften unterstützt natürlich die Veröffentlichungen aller ihrer wissenschaftlicher Abteilungen, und als berufene Förderin aller Wissenschaftszweige und wissenschaftlichen Bestrebungen auch eine Reihe von Zeitschriften außerhalb ihrer eigenen Abteilungen. Das direkte Mitteilungsblatt der Akademie ist der Akadémiai Értesitö (akademischer Anzeiger)[2], der 1839 erstmalig erschien. Dieser Anzeiger teilt von Zeit zu Zeit alle in den Akademiesitzungen behandelten Fragen mit, die zur Veröffentlichung geeignet sind, ebenso alle wichtigeren Ereignisse innerhalb des Institutes. Sein Schriftleiter ist ebenfalls Géza Vojnovich, der Generalsekretär der Akademie. In dieser Zeitschrift schreiben nur Mitglieder der Akademie über alle wissenschaftlichen Gebiete. Dieses Blatt ist daher in erster Linie geeignet, ein Bild über das wissenschaftliche Leben in Ungarn zu geben. Innerhalb des ersten Heftes nehmen die Berichte über die jährlichen Akademiesitzungen, die immer im Frühjahr stattfinden und stets umfassend von der Tätigkeit der einzelnen Abteilungen berichten, einen breiten Raum ein. Neben diesen Berichten über die Akademiesitzungen werden die Vorträge, die auf ihnen gehalten wurden, veröffentlicht. Berichte über wissenschaftliche Bewerbe, wobei über die einzelnen Arbeiten genauestens referiert wird, ermöglichen es, den Stand der jungen Forschung genau zu verfolgen. Das erste Heft wird durch die Besprechung von Verwaltungsfragen und den Haushaltsbericht abgeschlossen. Im zweiten Heft kommen noch Begrüßungsreden, Nachrufe, sowie die Liste der verstorbenen Mitglieder hinzu. Natürlich fehlen auch die Besprechungen der von der Akademie herausgegebenen Neuerscheinungen nicht. Die auf der Sitzung gehaltenen Vorträge werden z. T. auch in der Budapesti Szemle veröffentlicht. Die Sitzung 1941

[1] Nr. 158—159 Verlag: Franklin-Gesellschaft, Budapest 1941, monatlich, jährl. 3 Bde. zu 4 Heften.
[2] 1941, 50. Bd. Verlag: Franklin-Gesellschaft, Budapest.

fand im Mai statt und stand ganz unter dem Eindruck der Rückkehr Nordsiebenbürgens an Ungarn. Die Eröffnungsrede des Präsidenten Erzherzog Josef befaßte sich mit der Vergangenheit Siebenbürgens, der reformierte Bischof László Ravasz sprach über den siebenbürgischen Geist, Bálint Kolosváry über die Geistigkeit des Rechtslebens in siebenbürgischer Beziehung.

Neben der Ungarischen Akademie der Wissenschaften bestehen noch eine ganze Reihe wissenschaftlicher Gesellschaften, deren Organe ebenfalls sehr bedeutend sind. So gibt z. B. die Ungar. Histor. Gesellschaft die Zeitschrift Századok (Jahrhunderte) [3], heraus, deren Schriftleiter die Universitätsprofessoren an der Budapester Universität Sándor Domanovszky und István Hajnal, sowie der Historiker und Beamte des Staatsarchivs Imre Wellmann sind. Sie erschien seit 1867 ohne Unterbrechung zuerst in 10 Nummern jährlich, die heute in 4 Nummern zusammengefaßt sind. Seit 1933 erscheint auch ein Ergänzungsheft, das zuerst den gleichen Inhalt hatte wie die anderen Hefte, dann aber ab 1937 die vollkommene Bibliographie über die im Vorjahre erschienenen Arbeiten bezüglich der ungarischen Geschichte gibt. Die Hefte selbst beinhalten meist 3—4 Studien, welchen historische Besprechungen und Referate folgen. Die Historiker, die hier ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung zu Worte kommen, sind die bekanntesten Fachmänner in Ungarn. Die Buchbesprechungen haben meist im Auslande erschienene, historische Werke, oder bedeutende Neuerscheinungen des heimischen Büchermarktes zum Gegenstand. Ein kurzer Rückblick auf das Jahr 1940 gibt ein Bild über das Wesen der Zeitschrift. Vor allem ragen zwei Beiträge des jungen Historikers Lajos Elekes hervor, der darin 1. die Krise der rumänischen Geschichtsschreibung untersucht und von den jungen rumänischen Wissenschaftlern und ihrer Objektivität im Gegensatz zur Schule Jorgas ein besseres Verständnis zwischen beiden Völkern erhofft und 2. die Grundlage der rumänischen Entwicklung besonders in gesellschaftlicher Beziehung aufzeigt. Universitätsprofessor András Alföldi weist auf Grund archäologischer Funde die dako-rumänische Kontinuitätstheorie zurück, Dezsö Simonyi gab einen Beitrag zu den Erdburgen der Slawen, György Bónis, der längere Zeit in England weilte, gab als Ergebnis seiner dortigen Studien einen Überblick über die englische Verfassungsgeschichtsschreibung. Neben den Századok, die das Interesse breiterer Kreise erwecken, gibt es natürlich noch eine Reihe von reinen Fachzeitschriften, die sich in erster Linie an die Fachwissenschaftler wenden, so z. B. die Zeitschrift Levéltári Közlemények (Archivalische Mitteilungen) [4], die als Vierteljahrsschrift des ungarischen Staatsarchives seit 1923 der theoretischen und praktischen Ausarbeitung der Archivwissenschaft und deren Probleme, sowie der Bekanntgabe der ungarischen Archive dient. Die Schriftleitung liegt in Händen von István Szabó, einem Beamten des Staatsarchives, dem auch alle Mitarbeiter der Zeitschrift ausnahmslos angehören. Reine Fachfragen veröffentlicht auch Numizmatikai Közlöny (Numismatisches Mitteilungsblatt) [5], das Organ der numismatischen Gesellschaft, die 1901 zur wissenschaftlichen Pflege der Numismatik, sowie zur Entwicklung der heimischen Münzsammlung gegründet wurde und seit dieser Zeit auch ihre Zeitschrift in diesem Sinne herausgibt. Es sei auch noch auf die beiden genealogischen und heraldischen Fachzeitschriften Turul (Mitteilungsblatt der Ungarischen Heraldischen und Genealogischen Gesellschaft) [6] und Magyar Családtörténeti Szemle (Ungarische Familiengeschichtliche Rundschau), die unter der Schriftleitung von Kálmán Baán steht, verwiesen.

Ähnliche Bedeutung wie die Századok für den Historiker, haben die Földrajzi Közlemények (Geographische Mitteilungen) [8] als Zeitschrift der Ungarischen Geographischen Gesellschaft, für den Geographen. Sie wird von den Budapester Universitätsprofessoren Andor Kéz und Tibor Mendöl redigiert. Diese Zeitschrift erscheint seit 1873 jährlich viermal und ihre Mitarbeiter werden, ähnlich wie bei den Századok, ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung, aus dem Kreise der anerkanntesten Fachmänner herangezogen. Auch die Einteilung der Hefte

[3] 1941, 75. Jg., Druck: kgl. ung. Universitätsdruckerei, Budapest, jährl. 4 Hefte + 1 Ergänzungsheft.

[4] 1941, 19. Jg. Druck: Sárkány-Druckerei AG. Budapest, 4 × jährl.

[5] 1941, 40. Jg., Druck: Stádium Zeitungsunternehmen, Budapest.

[6] 1941, 55. Jg., Verlag: Franklin Ges.-Budapest, Schriftleiter Alfréd Csobor.

[8] 1941, 69. Jg., Verlag: Ungar. geogr. Gesellschaft, Budapest, 4 × jährl.

gleicht der der Századok. An erster Stelle stehen längere Studien, die das Ziel verfolgen, das Interesse für die Geographie in breiteren Kreisen zu erwecken, die allgemeinen geographischen Kenntnisse zu erweitern und die neueren Forschungen, besonders in Ungarn selbst, mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Ebenfalls wie die Századok erscheint seit dem Jahre 1930 als Beilage zum 3. Heft jedes Jahr eine umfassende Bibliographie über das gesamte ungarische geographische Schrifttum des vorvergangenen Jahres, sowie über die im Auslande erscheinenden, sich auf Ungarn beziehenden Abhandlungen, Kartenwerke usw. Der Jahrgang 1940 dieser Zeitschrift stand verständlicherweise unter dem Zeichen der Rückgliederung Nordsiebenbürgens an Ungarn. Besonders stechen in diesem Jahrgang zwei auch heute noch aktuelle Aufsätze von Dr. András Rónai, dem politisch-geographischen Mitarbeiter des verstorbenen ungarischen Ministerpräsidenten Pál Teleki, hervor; er bereitete mit seinen Arbeiten die verschiedenen Revisionsverhandlungen vor und ist gegenwärtig der Leiter des Ungarischen Staatswissenschaftlichen Institutes in Budapest. Der eine Beitrag behandelt die ethnographischen Verhältnisse Siebenbürgens vom statistischen und geopolitischen Standpunkt aus, und versucht auf Grund der rumänischen Volkszählung von 1930, ferner an Hand von 7 Kartenskizzen, die starke ethnographische Vermischung dieses Gebietes zu beweisen. Der zweite Aufsatz beleuchtet die natürlichen Landschaften Siebenbürgens und die durch die neue Grenze entstandene Lage. Der Verfasser illustriert auch diesmal seine Gedankengänge durch verschiedene Übersichtskarten, die visuell das bekräftigen sollen, was der Verfasser zu beweisen versucht, nämlich daß die neue Grenze die Einheit Siebenbürgens zerriß und daß sie auf die Dauer unhaltbar ist. Im Jahrgang 1941 sticht kein Beitrag wesentlich hervor, es werden einige siedlungsgeschichtliche Beiträge, sowie geologische und klimatische Abhandlungen über einzelne ungarische Landschaften veröffentlicht. Die Ungarische Geographische Gesellschaft besitzt aber auch noch ein volkstümliches Organ, das unter dem Titel A Földgömb (Der Globus)[9] erscheint, und dessen Schriftleiter Ervin Baktay, sowie ebenfalls Andor Kéz sind. Diese Monatsschrift bringt Arbeiten von allgemeiner geographischer Beziehung in volkstümlicher, leicht faßbarer, reich illustrierter Form, sowie Hinweise auf geographische Literatur von allgemeinem Interesse und schließlich Nachrichten aus der Geographischen Gesellschaft. Sie will einerseits die aktuellen und naheliegenden Probleme breiteren Kreisen näherbringen, andrerseits die vorhandenen Kenntnisse möglichst erweitern. Neben Berichten aus den befreiten Gebieten über die landschaftlichen, bevölkerungspolitischen usw. Verhältnisse, sowie Lebensbeschreibungen der einzelnen Nationalitäten, bringt sie in erzählender Form Schilderungen fremder Völker und Länder, so z. B. über die Bretagne und die Bretonen, über eine Fußreise durch Afrika usf. Als reine Fachzeitschrift ist das Mitteilungsblatt des staatlichen kartographischen Institutes in Budapest, Térképészeti Közlöny (Kartographisches Organ)[10] zu betrachten, das seit 1930 jährlich in einem Doppelheft erscheint; die Doppelhefte zweier Jahre werden zu je einem Bande zusammengefaßt. Das Hauptziel dieses Organes ist es, die wichtigeren kartographischen Arbeiten bekanntzugeben. Der amtliche Teil des Blattes berichtet von der Tätigkeit des staatlichen kartographischen Institutes; die Studien umfassen den Gegenstandsbereich, die Methoden und die Geschichte der Kartographie. Die Spalte Rundschau dient der Besprechung des in- und ausländischen Schrifttums über die Kartographie und die verwandten Bereiche. Als gesonderte Beilagen der Hefte erscheinen Unterweisungen für die Verwendung der Landkarten, volkstümliche Besprechungen usw.

Eine unentbehrliche Grundlage im modernen wissenschaftlichen Leben sind die statistischen Behelfe. Die Zeitschrift des Ungarischen Zentralstatistischen Amtes Magyar Statisztikai Szemle (Ungarische statistische Rundschau)[11], redigiert von Dezső Elekes, veröffentlicht amtliche Daten über die biologischen, landwirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse in Ungarn, über den In- und Außenhandel, den Verkehr, den Staatshaushalt, das Bank- und Kreditwesen, über die öffentlichen Arbeiten, über Versicherungen und über die Sozialpolitik des Landes, kurz über alle Erscheinungen des ungarischen öffentlichen Lebens. Die Verfasser der

[9] 1941, 12. Jg., Verlag: Ungar. geogr. Gesellschaft, Budapest, 1 × monatl.
[10] 1941, Bd. VI, Nr. 3—4, Verlag: Ungar. kartograph. Institut, Budapest, 1 × jährl. 1 Doppelheft.
[11] 1941, 19. Jg., Verlag: Kgl. ung. zentralstat. Amt, Budapest, 1 × monatl.

einzelnen Beiträge gehören zumeist dem zentralstatistischen Amte an und geben als Fachmänner zusammenfassende, mit zahlreichen Zahlenbelegen und Graphiken versehene Berichte aus ihrem eigenen Arbeitsgebiete. Die literarische Rundschau bespricht das einschlägige in- und ausländische Schrifttum, sowie die für die Bibliothek des statistischen Amtes eingelangten Bücher. Das zentralstatistische Amt gibt (neben dem stat. Jahrbuch und den stat. Mitteilungen) auch die Statisztikai Negyedévi Közlemények (Statistische Vierteljahrsschriften) [12] heraus. Veröffentlichungen die sich in französischer und deutscher Sprache mit den statistischen Fragen beschäftigen, finden wir im Journal de la société hongroise de statistique [13], der Vierteljahrsschrift der Ungarischen Statistischen Gesellschaft, Berichte über das ganze Wirtschaftsleben in der statistischen Vierteljahrsschrift des Ungarischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Magyar gazdaságkutató intézet gazdasági helzetjelentése (Wirtschaftlicher Lageberich des Ungarischen Institutes für Wirtschaftsforschung) [14]. In den Bereich der städtischen Verwaltung und Statistik führt die Zeitschrift des statistischen Amtes der Hauptstadt Városi Szemle (Städtische Rundschau) [15], deren Schriftleiter Dr. Ákos Farkas, Lajos Illyefalvy und Tibor Keledy sind. Das statistische Amt der Hauptstadt gibt auch monatlich die Budapest Székesföváros Statisztikai Havifüzetei (Statistische Monatshefte der Hauptstadt Budapest) [16], deren Schriftleiter ebenfalls Lajos Illyefalvy ist, heraus. Statistische Nachweise aus dem gesamten Gebiete der Volkswirtschaft bringt die Zeitschrift der Ungarischen Nationalökonomischen Gesellschaft, Nemzetgazdasági Szemle (Nationalökonomische Rundschau) [17], redigiert von Farkas Heller, herausgegeben auf Veranlassung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, die, wie schon weiter oben erwähnt, mehrere Zeitschriften unterstützt.

Sie setzte sich schon seit jeher für alle wissenschaftlichen Bestrebungen ein. So förderte sie z. B. im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts auch die Bewegung zur Erforschung und Verbesserung der Volkssprache und deren Zeitschrift, den Magyar Nyelvör (Madjarischer Sprachwächter) [18], der 1872 erstmalig erschien. Das Ziel dieser Zeitschrift war es, die der Regel widersprechenden Wortschöpfungen der improvisierten Sprachschöpfung, sowie durch Fremdworte mißgestaltete Formen zu beseitigen; sie wollte die Zusammenstellung einer wissenschaftlichen ungarischen Sprachlehre, die allen Anforderungen entsprechen sollte, fördern und durch eine Materialsammlung und durch die Bereinigung schwebender Fragen die Einzelheiten ergänzen. Die Tätigkeit des Nylevör hatte auch ursprünglich epochale Bedeutung; sein erfolgreicher Kampf gegen die Wortfabrikation, gegen die gewaltsame Einmischung in die organische Entwicklung der Sprache, erlahmte jedoch mit der Zeit, und die wissenschaftliche Aufgabe, die Sammel- und Erklärungsarbeit, trat in den Vordergrund, das praktische Ziel aber wurde in den Hintergrund gedrängt. Als er dann noch die Frage der Rechtschreibung getrennt von der Akademie zu behandeln begann, stellte die Akademie ihre Unterstützung ein. Als außerdem die Zeitschrift Magyar Nyelv (Madjarische Sprache) [19], redigiert von Dezső Pais, unter Mithilfe von János Melich, von der ungarischen sprachwissenschaftlichen Gesellschaft ins Leben gerufen wurde, geriet der Nyelvör gänzlich in die 2. Reihe und stellte 1940 sein Erscheinen ein. Da indessen auch der reiche wissenschaftliche Inhalt der Magyar Nyelv fast ganz im Dienste des theoretischen Zieles steht, fand sich die Akademie der Wissenschaften 1932 angeregt, eine neue Zeitschrift Magyarosan („Auf madjarische Art") [20] ins Leben zu rufen. Zur Mitarbeit wurde die Kisfaludy-, die Petőfi- und die sprachwissenschaftliche Gesellschaft herangezogen. Aber auch äußere Kräfte, vor allem Dichter, die als Sprachschöpfer

[12] 1941, 44. Jg., Verlag: Ungar. zentralstat. Amt, Budapest, 4 × jährl.
[13] 1941, 19. Jg., Verlag: Ungar. stat. Gesellschaft, Budapest, 4 × jährl.
[14] 1941, Nr. 48, 49, Verlag: Ungar. Inst. f. Wirtschaftsforschung, Budapest, erscheint fallweise, meist 2—3 Hefte jährl.
[15] 1941, 24. Jg., Verlag: Stat. Amt der Hauptstadt Budapest, 1 × jährl.
[16] 1941, 48. Jg., Verlag: Stat. Amt der Hauptstadt Budapest, 1 × monatl.
[17] 1941, 65. Jg., Verlag: Nationalökonomische Gesellschaft, Budapest, 1 × monatl.
[18] 1940, 69. Jg., Druck: Hungaria AG., Budapest, 1 × monatl.
[19] 1941, 37. Jg., Druck: Universitätsdruckerei, Budapest, 5 × jährl.
[20] 1941, 10. Jg., Druck: Sylvester AG., Budapest, 5 × jährl.

und =erneuerer Bedeutung haben (vor allem Dezsö Kosztolányi, der die expansiv führende Kraft der Spracherneuerungs=Bewegung war), wurden dazu eingeladen. Diese Zeitschrift betreibt in erster Linie praktische Sprachpflege; sie kontrolliert den Sprachgebrauch in der Wissenschaft, Schule, Literatur, in der Presse, im öffentlichen Leben, sie bemüht sich die Fremdheiten in den Worten, Redensarten, im Satzbau, in der Aussprache und Betonung zu beseitigen und die Einheit der Sprache zu bewahren. Als Beispiel für die Arbeitsmethode soll auf das Märzheft 1941 hingewiesen werden. Den ersten Platz nehmen zwei längere Studien ein. István Bence untersucht den madjarischen Satzbau und gelangt durch Vergleiche zur Feststellung, daß der madjarische Satz den gleichen Reichtum an Formen, die gleiche Biegsamkeit usf. besitzt, wie die Sätze der westlichen Kultursprachen. Lajos Kubinyi schließt aus Taufnamen in Ungarn auf die Kultur der Eltern und Kinder. Deutsche Taufnamen z. B. zeigen, daß die Eltern unter deutschem Kultureinfluß stehen usw. Vor allem sind die Taufnamen in den Adelsfamilien Gegenstand seiner Untersuchungen, woraus er auf die kulturellen Einflüsse schließt, denen diese führende Schicht Ungarns unterworfen ist. Den größeren Beiträgen folgen kleine Abhandlungen im Zusammenhang mit sprachlichen Fehlern aus dem täglichen Leben. Dieser rein praktischen Arbeit folgt die kritische Untersuchung der Sprache in der Presse, auf der Bühne usw., also ein ebenfalls praktischer Teil. Den Abschluß bilden meist Berichte über die Sitzungen der Kommission für Sprachforschung. Häufig wird auch in einer Rubrik „die Sprache unserer Schriftsteller" unter die Lupe genommen.

Die Zeitschrift Magyarosan vertritt — wenn sie auch in erster Linie Fachzeitschrift ist — bereits die Richtung der jungen Generation, die bewußt völkischen Zielen zustrebt. Diese Richtung kommt bei den soziologischen und sozialpolitischen Zeitschriften natürlich noch viel mehr zum Ausdruck.

Die älteste ungarische Zeitschrift auf dem Gebiete der Volksforschung ist das Organ der Ungarischen Ethnographischen Gesellschaft, Ethnographia Népélet, (Ethnographie, Volksleben)[21], die 1890 erstmalig unter dem Titel Ethnographia erschien. Seit 1900 wurde der Zeitschrift ein Mitteilungsblatt der ethnographischen Abteilung des Budapester Nationalmuseums unter dem Titel „Értesitö" (Anzeiger) beigeschlossen, allerdings blieben aber beide Teile selbständig. In den folgenden Jahren erschien die Zeitschrift nur sehr unregelmäßig. 1931 erhielt sie den gegenwärtigen Titel, die Zweiteilung jedoch blieb innerhalb des Blattes noch aufrecht. Erst ab 1935, als der größte Pfleger der ungarischen Ethnographie, Universitätsprofessor István Györffy, die Leitung übernahm, erhielt sie das heutige einheitliche Gepräge, und seit dieser Zeit erschien sie regelmäßig als Vierteljahrsschrift. Nach dem Tode Istváns Györffys übernahm 1940 einer seiner Schüler, der junge Wissenschaftler Béla Gunda, die Schriftleitung. Dieser hatte seine Studien in vielen ausländischen Orten veröffentlicht (in Deutschland, Amerika, Schweden, Finnland) und sich auch längere Zeit im Auslande aufgehalten. Innerhalb der Zeitschrift führte der neue Schriftleiter auch ein neues System ein, da er den Studien englische, französische und deutsche Auszüge beifügt, damit die umfassenderen Zielsetzungen der Zeitschrift festlegend. Diese Zielsetzungen sind vor allem die Veröffentlichung der Forschungen und Ergebnisse bezüglich der völkischen Kultur des Madjarentums, der Ethnographie Osteuropas und der, dem Madjarentum verwandten ugro=finnischen und Turkvölker. Die Einteilung der Hefte ist die übliche, längeren Studien folgen kleinere Mitteilungen, die literarische Rundschau, ethnographische Referate über die Arbeit in der Provinz und fallweise Mitteilungen aus dem Kreise der ethnographischen Gesellschaft. Im Jahrgang 1940 ist eine Beitragsfolge von Károly Maróty hervorzuheben, in der er die Aufgaben der ungarischen Volksforschung erörtert, weiters ein Aufsatz des gleichen Verfassers über den madjarischen Ritus und das madjarische Fest. István Balogh berichtet über die methodischen Fragen der deutschen Siedlungsforschung, Aurél Vajkai gibt einen Durchschnitt durch die heutige ethnographische Forschung, Péter Morvay untersucht die einstige Viehzucht und das Hirtenleben in der Gegend des Moores von Ecsed (Kom. Sathmar); hervorzuheben ist noch der

[21] 1941, 52. Jg., hrsg. von der Ungar. Ethnogr. Ges. Budapest; Druck: Buchdruckerei József Kertész Karcag. 4 × jährlich.

französische Aufsatz von Bernard Heller über die Sage des weißen Pferdes und die östlichen Versionen darüber. Heller, der sich mit dieser Frage schon öfter beschäftigte, versuchte in diesem Falle das verstreute Material zusammenzufassen und die noch nicht verwerteten Daten zu ergänzen. Zsigmond Szendrey beschrieb die zeremoniellen Elemente in den madjarischen Volksbräuchen und wies vor allem auf die ältesten Zeremonien zur Abwehr des Bösen, sowie auf die alten Fruchtbarkeitsbräuche hin; schließlich sei noch die von Bence Szabolcsi vorgenommene Untersuchung des mittelasiatischen Liedtypes erwähnt, in welchem Bartók und Kodály die Elemente des madjarischen Volksliedes entdeckten. Zahlreiche Studien dieser Zeitschrift erschienen in den Ungarischen Jahrbüchern Berlin.

1921 erschien als Zeitschrift der soziologischen Abteilung der ethnographischen Gesellschaft die Társadalomtudomány (Gesellschaftswissenschaft)[22], redigiert von György Szombatfalvy. Der Weltkrieg ließ in der ganzen Welt die sozialen Probleme zu katastrophalen Krisen ausreifen; auch in Ungarn wurde die gesellschaftliche Struktur zutiefst erschüttert. Eine Beschäftigung mit den daraus entstehenden brennenden Fragen war sowohl für den Politiker als auch für den Wissenschaftler unerläßlich. Volkstum, Nationalität und Rasse waren Probleme, die durch die jeweils wirkenden Kräfte in den Vordergrund geschoben wurden. Diejenigen, die die Ursache dieser sozialen Umwälzungen zum Wohle des eigenen Volkes erforschen wollten, sahen die Möglichkeit einer erfolgreichen Tätigkeit vor allem im Zusammenschluß aller auf diesem Gebiete tätigen Faktoren. Da nun die ungarische ethnographische Gesellschaft alle sozialen und politischen Fragen vom Gesichtspunkte der beschreibenden Ethnographie, der Anthropo-Geographie und der Demographie wissenschaftlich beleuchtet, sahen die Pfleger der ungarischen Soziologie, in der Zusammenarbeit mit dem betreffenden Wissenschaftszweige im Rahmen der ungarischen Ethnographischen Gesellschaft, die beste Gewähr für eine positive Arbeit. Sie gründeten daher die soziologische Fachabteilung der ethnographischen Gesellschaft. Ihr Ziel ist es, die ungarische Gesellschaft und ihre Lebensäußerungen zu untersuchen, die Ursachen schwieriger Probleme zu erforschen und die gewonnenen Erkenntnisse der Allgemeinheit bekannt zu geben, um dadurch die Entwicklung und Kultur der ganzen Nation zu fördern. Ihr Sprachrohr ist nun die Zeitschrift Társadalomtudomány, die in längeren theoretischen Abhandlungen die ungarischen Fragen erörtert, im Beobachter aber, an Hand von praktischen Beispielen aus dem In- und Auslande, den Zielen der Gesellschaft dient. Ausführliche kritische Buchbesprechungen, die Zeitschriftenschau und Mitteilungen aus der Gesellschaft, bilden den Beschluß der umfangreichen Hefte. Einige hervorstechende Beiträge aus dem Jahrgang 1941 mögen als Beispiel dienen. Zwei Aufsätze hatten ein besonders aktuelles Thema zum Gegenstand, Istvan Dékány untersuchte das heutige Verhältnis zwischen Volk, Staat und Nation und Ödön Polner setzte als Beitrag zu dieser Studie die Begriffe genauer fest. György Bónis sprach über das Einkindsystem im Grantale und seiner Beziehung zur Rechtsüberlieferung; über den strafgesetzlichen Schutz der Gesundheit der Gesellschaft veröffentlichte Lajos Zehery eine Abhandlung. Viele Beiträge innerhalb des Beobachters befaßten sich mit den sozialen Maßnahmen in den anderen europäischen Staaten, vor allem in Deutschland und Italien, weiters beschäftigte sich eine Reihe von Veröffentlichungen mit dem geistigen und kulturellen Bild Ungarns, usf. Neben der Társadalomtudomány ist es die vom Sozialpolitischen Landesinstitut (gegründet 1912) im Dezember 1939 ins Leben gerufene sozialpolitische Zeitschrift Szociális Szemle (Soziale Rundschau)[23], redigiert von Béla Erődi Harrach, welche die Aufgabe übernahm, die Öffentlichkeit von den, in erster Linie in Ungarn vorgenommenen wissenschaftlichen und praktischen Bemühungen auf sozialem Gebiete zu unterrichten. Dadurch soll vor allem die immer wieder festzustellende Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit den sozialen Fragen gegenüber beseitigt und das Verständnis für die Probleme des ganzen Volkes geweckt werden. Die Szociális Szemle sieht in der Sozialpolitik das Bestreben zur umfassenden Regelung des Lebens aller Gesellschaftsschichten und eine Organisation der wirtschaftlichen Ordnung mit dem sozialen Ziele, alle Energiequellen zugunsten der Gemeinschaft nutzbar zu machen. Diese Sozialpolitik beruht — ebenfalls nach der Zeitschrift — auf der Achtung vor

[22] 1941, 21. Jg., Druck: Stephaneum Druckerei, Budapest, 5 × jährl.
[23] 1941, 2. Jg., Verlag: Soziales Landesinspektorat, Budapest, 1 × monatl.

dem Menschen und der Arbeit, was so viel heißt, daß sie sehr oft auch Arbeiterfragen aufgreift, und diese vom Gesichtspunkte der Interessengemeinschaft der gesamten Nation aus betrachtet. Sie beschäftigt sich außer mit der staatlichen, der städtischen Sozialpolitik und der Sozialpolitik in den Betrieben, auch mit allen anderen Gebieten der Sozialpolitik, also mit der Volksbetreuung, mit dem sozialen Gesundheitswesen, der Betreuung der menschlichen Arbeitskraft, mit den Wohnungsfragen, mit der Bevölkerungspolitik usw.; sie berichtet aber auch über soziale Maßnahmen und Gesetze im Auslande, vor allem in Italien und Deutschland. Ähnlich wie die Társadalomtudomány will auch diese Zeitschrift die zersplitterten Kräfte sammeln und dadurch eine einheitliche, aber um so wirkungsvollere Arbeit zu erzielen. Als Beispiel möge gleich die erste Nummer dieser Zeitschrift angeführt werden, die im Dezember 1939 erschien. Dr. József Varga, Minister für Handel und Verkehr, gab einen Bericht über die Sozialpolitik in der Industrie, vom Bürgermeister von Budapest, Károly Szendy, erschien ein Beitrag über die sozialen Beziehungen der Politik der allgemeinen öffentlichen Versorgung, Rezsö Hilscher erklärte das Wesen der Arbeiterkammer und Arbeitskammer im allgemeinen. Über die Agrarreform in Sizilien, die zugleich ein Beispiel für die gesamte Agrarreform in Italien ist, erschien ein Beitrag von Nino Falchi. Im Beobachter wurden vor allem die sozialpolitischen Ereignisse im Auslande verfolgt, aber auch inländische Maßnahmen erwähnt. Die Bücherschau am Schlusse der Hefte bespricht nur einschlägige in- und ausländische Werke. Als dritte Zeitschrift dieser Gruppe möchte ich noch kurz Nép és Családvédelem (Volks- und Familienschutz) [24], die gesellschaftspolitische und soziale Zeitschrift des sozialen Landesinspektorates erwähnen. Schriftleiterin ist Mária Steller. Schon die Tatsache, daß diese Zeitschrift erst im Herbst 1941 ins Leben gerufen wurde, beweist die unverminderte Aktualität der sozialen Probleme in Ungarn. Die sozialen Maßnahmen berühren sehr viele Menschen und über ihnen steht stets die Frage, wie sie sich in der Praxis auswirken werden. Die Zeitschrift Nép és Családvédelem setzte es sich nun zum Ziele, alle Erfahrungen zu sammeln und alle nur möglichen Wege zu beleuchten, um falschen Maßnahmen rechtzeitig vorzubeugen. Durch die Bekanntgabe der bereits getroffenen und durchgeführten Maßnahmen aber soll eine Aufklärungsarbeit geleistet werden, die berufen ist, Spannungen, die auf diesem Gebiete so leicht eintreten, vorzubeugen. Die Beiträge befassen sich daher meist mit praktisch gegebenen Fragen, also z. B. mit der Bedeutung der Volkswohlfahrtseinrichtungen, mit der praktischen Durchführung des Volks- und Familienschutzes, mit der Kredit- und Sozialpolitik, mit der Versorgungstechnik in Ungarn, mit der sozialen Betreuung usf. In der Bücherschau werden die in- und ausländischen einschlägigen Schriften behandelt, in der Zeitschriftenschau einschlägige Artikel aus einzelnen Zeitschriften herausgegriffen und besprochen. Den Schlußteil der Hefte bildet eine Übersicht der neu erschienenen sozialen Gesetze, Verordnungen usw.

Diese soziologischen Zeitschriften sind das Ergebnis der am Anfang dieses Aufsatzes aufgezeigten gesellschaftlichen und geistigen Entwicklung, die bereits vor dem Weltkrieg einsetzte und in deren Dienst sich in erster Linie die publizistischen Zeitschriften der „jungen Generation" stellten, die ungefähr 10 Jahre nach Beendigung des Weltkrieges zu erscheinen begannen und anfangs gegen größte Verständnislosigkeit und damit auch gegen bedeutende finanzielle Schwierigkeiten ankämpfen mußten. Sie griffen all jene Probleme auf, die auf den Gebieten des nationalen Lebens vorhanden waren, beleuchteten sie und waren so für den Leser ein Wegweiser in der verwirrenden Fülle der Fragen. Die erste Zeitschrift dieser Art, die heute den vornehmsten Platz einnimmt, war die 1927 vom bedeutenden ungarischen Historiker Gyula Szekfü ins Leben gerufene Magyar Szemle (Ungarische Rundschau) [25], gegenwärtig redigiert von Universitätsprofessor Sándor Eckhardt. Diese im Prinzip konservative Zeitschrift von publizistisch wissenschaftlichem Gepräge, stellte sich von Anfang an in den Dienst der Erforschung von Volkstums-Problemen, in ihr fanden die menschlichen, sozialen und kultrellen Ansprüche der Landarbeitermassen, sowie die Forderungen einer ernsten und tiefgreifenden Bodenreform erstmalig Platz. Wie Gyula Szekfü in seinem Geleitworte sagte,

[24] 1941, 1. Jg., Verlag: Soziales Landesinspektorat, Budapest, 1 × monatl.

[25] 1941, 61. Bd., Verlag: Magyar Szemle-Gesellschaft, Druck: Athenaeum, Budapest, 1 × monatl., 2 Bde. jährl.

wollte und will die Zeitschrift keineswegs ein Gesamtbild über alle vorhandenen Probleme Ungarns geben, sondern die bedeutendsten Fragen herausgreifen, um die ungarische Öffentlichkeit, die sich Jahrzehnte hindurch in falschen Illussionen wiegte, dazu zu erziehen, die bittere Wirklichkeit der nach 1918 entstandenen Lage, die zum großen Teil durch die eigene Gleichgültigkeit entstanden war, zu erkennen. Sie erkannte auch, daß die Intelligenz nicht mehr für sich leben könne, sondern lediglich eine zentrale Basis sei, von der aus alle Schichten der Gesellschaft mit den Problemen bekannt gemacht werden müssen, damit aus der Erkenntnis dieser, ein allgemeines nationales Selbstbewußtsein geschaffen werde. Das allgemeine nationale Selbstbewußtsein aber wollte sie 1. durch die Erweckung des sozialen Gefühles, 2. durch den ständigen Hinweis auf die Zusammengehörigkeit aller Madjaren, auch jener, die außerhalb der Grenzen verblieben waren, und schließlich 3. durch die Vermittlung der ungarischen Kultur an möglichst breite Schichten des Volkes, erzielen. Daß die Zeitschrift ihren Geist bis heute bewahrte, beweist ein kurzer Rückblick auf den Band XLI, 1941. Eine ganze Reihe von Beiträgen befaßte sich mit der Minderheitenfrage. Zsombor Szász besprach den Abschnitt „Donauschwaben" im „Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums", ihn vom madjarischen Standpunkt aus beleuchtend; Jenö Kramer untersuchte die seelische Haltung der im Minderheitengeschick lebenden Völker im allgemeinen, des Madjarentums im besonderen, Gyula Szekfü veröffentlichte einen Aufsatz über die hochstehende Nationalitätenpolitik des ungarischen Staates im Mittelalter, im Gegensatz zu den umgebenden Völkern; im Zusammenhang mit dem Buche von Branislav Varsik: „Die slowakisch-madjarische ethnische Grenze in den letzten zwei Jahrhunderten", veröffentlichten István Borsody und László Gáldi Beiträge. Die wirtschaftliche Rolle Ungarns im „neuen Europa" erörterte Géza Rubletzky. Weitere Beiträge befaßten sich mit der südslawischen Frage im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch Jugoslawiens und dem russischen Krieg. Aber auch Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen wurden erörtert, ebenso wurden neue Richtungen im Unterrichtswesen, die Krise des madjarischen Schrifttums usw. besprochen. Jedes Heft enthält eine außenpolitische Rundschau, in der in rein registrierender Form die Ereignisse verzeichnet werden, weiters eine Übersicht der neuerschienenen Bücher.

Zum Unterschied von der Magyar Szemle, welche die Aufmerksamkeit der Leserschaft doch vorwiegend auf die innermadjarischen Lebensfragen lenkte, fühlten sich die Organe der an der Universität Fünfkirchen und Budapest entstandenen Minderheiteninstitute berufen, in erster Linie das kulturelle und geistige Leben der außerhalb der Grenzen des Mutterlandes lebenden Madjaren, sowie der Gastvölker zum Gegenstand eingehender Beobachtungen zu machen. Durch den Friedensvertrag von Trianon wurde auf dem Gebiete des geistigen Lebens in Ungarn eine ganz neue Lage geschaffen. Die vom Mutterlande losgetrennten drei madjarischen Minderheitenblöcke begannen ein eigenes kulturelles und geistiges Leben zu führen, das infolge der fast totalen geistigen Grenzsperre nur ganz lose mit den geistigen Strömungen des Mutterlandes in Verbindung stand. Im Mutterlande aber war die Öffentlichkeit, selbst noch in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre, nur sehr wenig an der Minderheitenfrage interessiert. 1933 übernahm es nun die Zeitschrift Láthatár (Horizont)[26], redigiert von Zoltán Csuka, der das Minderheitengeschick selbst erlebte (er stammt aus dem Südgebiet), Bindeglied zwischen dem Mutterlande und allen außerhalb der Staatsgrenzen lebenden Madjaren zu sein. Diese Zeitschrift war von Anfang an bemüht, in weitesten Kreisen der Öffentlichkeit das Bewußtsein zu erwecken, daß die Minderheitenfrage eine der wichtigsten Schicksalsfragen des Madjarentums überhaupt ist, über die jeder gebildete Madjare unterrichtet sein muß. Durch die systematische Verfolgung der Ereignisse im Leben der madjarischen Volksgruppen, durch das Aufzeigen der ungeheuerlichen Kräfteanspannungen, welche die Minderheiten-Literatur machen mußte, um im fremden Volkstum überhaupt bestehen bleiben zu können, sollte eine Minderheitenwissenschaft herausgebildet werden, die für das Madjarentum unerläßlich ist. Denn nach Ansicht des Láthatár hat das Madjarentum, als die zur Führung im Donaubecken berufene Nation, die Pflicht, sich mit diesem schwierigsten Problem seines Lebens beizeiten vertraut zu machen, um bei jeder Änderung geistig vollkommen gerüstet zu sein. Betrachtet man daher die Jahrgänge des Láthatár, dann kann man das Leben der madjarischen Volks-

[26] 1941, 9. Jg., Studium Verlags AG., Budapest, 1 × monatl.

gruppen in den sog. Nachfolgestaaten genauestens verfolgen, aber auch die nach Übersee ausgewanderten Madjaren wurden evident gehalten und ihre Rücksiedlungsmöglichkeit — besonders in letzter Zeit — öfter erwogen. Die einzelnen Hefte enthalten neben längeren Abhandlungen eine ständige Rubrik des Minderheiteninstitutes Fünfkirchen, in der in chronologischer Reihenfolge die Ereignisse aus dem Leben der madjarischen Volksgruppen in der Slowakei, in Rumänien und in Südslawien, jetzt also in Kroatien und Serbien, verzeichnet werden. Durch die Veröffentlichung von Gedichten aus dem Schaffen der Minderheitendichter erfahren diese eine bedeutende Förderung, doch veröffentlichen die Hefte auch Proben aus dem Kunstschaffen der Gastvölker, weiters enthalten sie auch Abbildungen von Trachten, Landschaften, oder auch photographische Aufnahmen von interessanten Ereignissen, die in Beziehung mit der Zeitschrift stehen (z. B. Teilnehmer der Kulturtage, der Sitzungen der Mitarbeiter des Láthatár usw.). Auch im zweiten Halbjahr 1941 standen Fragen über die zeitgemäße Nationalitätenbetrachtung, sowie über die nationalen Minderheiten im Vordergrund. Das Juliheft veröffentlichte u. a. eine Untersuchung des italienischen Einflusses auf die slowenische Kultur, einen Beitrag über die madjarische Volkstumsinsel von Pancevo und einen Überblick über das madjarische Schrifttum der Batschka, außerdem einige Gedichte, Buch- und Zeitschriftenbesprechungen, sowie einen Zeitspiegel über die wichtigsten Ereignisse auf dem Gebiete des Minderheitenlebens. Das Augustheft berichtete über die Ansiedlung der Szekler aus dem Buchenlande in der Batschka, über eine Rede des siebenbürgischen Abgeordneten Imre Mikó in Marmarosch, bezüglich der zeitgemäßen madjarischen Nationalitätenbetrachtung. Im Septemberheft sticht vor allem der Aufsatz von László Sziklay über die Frage der Assimilation im vergangenen Jahrhundert hervor, im Novemberheft wurden die Minderheitenprobleme in den westeuropäischen Staaten, die Lage der madjarischen Volksgruppe in Kroatien, die Rücksiedlung der osteuropäischen deutschen Volksgruppe, die siebenbürgischen Aufgaben der ungarischen Wissenschaft besprochen, sowie die Begriffe „Rumäne-Walache" untersucht. Im Dezemberheft wird die Reise Kossuths nach Amerika und ihr Zusammenhang zu seinem Donaukonföderationsplan untersucht, Gegenstand einer weiteren Besprechung ist die russinische Kulturkrise, sowie der Zusammenhang zwischen der ungarischen nationalen Propaganda und den ausländischen Madjaren.

Der Kampf des Láthatár um die ungarische Öffentlichkeit erfuhr eine starke Unterstützung, als im Herbst 1935 an der Fünfkirchner Universität unter der Leitung von Universitätsprofessor Ferenc Faluhelyi ein Minderheiteninstitut entstand, das sehr bald in engsten Zusammenhang mit dem Láthatár gelangte. Denn beide kämpfen um das gleiche Ziel, um die Herstellung einer geistigen und kulturellen Verbindung zwischen den Madjaren innerhalb und außerhalb der Staatsgrenzen, sowie um die Ausgestaltung einer madjarischen Minderheitenwissenschaft. Das Fünfkirchner Minderheiteninstitut erstrebt als Hochschulinstitut sein Ziel durch den Unterricht der Hochschuljugend über Minderheitenfragen auf wissenschaftlicher Grundlage, um eine „hochstehende Generation, die über die rechtliche, kulturelle, politische und wirtschaftliche Lage und die Probleme der madjarischen nationalen Minderheiten in den Nachfolgestaaten genau Bescheid weiß, heranzubilden". Die Mittel, die dem Minderheiteninstitut dabei zur Verfügung stehen, sind u. a. die Veröffentlichungen, die die Absicht verfolgen, der breiten Öffentlichkeit ein reales Bild über die Minderheitenfrage zu geben. Die wichtigste Veröffentlichung ist die Zeitschrift Kisebbségi Körlevél (Minderheitenrundbrief) [27], deren Schriftleitung in Händen von Imre Bédi liegt. Sie erschien erstmalig 1937 als Beilage der Zeitschrift Magyar Külpolitika, dann seit 1939 als zweimonatliche Beilage des Láthatár und seit Jänner 1942 als ebenfalls zweimonatlich erscheinende selbständige Zeitschrift. Als Veröffentlichung des Fünfkirchner Minderheiteninstitutes ist auch noch ein im Steindruck erscheinendes Nachrichtenblatt Kisebbségi Tudósító (Minderheiten-Anzeiger) [28] zu erwähnen, das im Rahmen des ebenfalls im Steindruck erscheinenden statistischen Mitteilungsblattes STUD (Statisztikai Tudósító = Statistischer Anzeiger) [29] herauskommt, und die Minderheitenfragen

[27] 1941, 5. Jg., Druck: Erste Kecskeméter Verlags- und Druckereigef. AG. seit 1942 Erscheinungsort Fünfkirchen, 6 × jährl.

[28] 1941, 3. Jg., Verlag: STUD. G. m. b. H., Budapest, 2—3 × wöchentl.

[29] 1941, 9. Jg., Verlag: STUD. G. m. b. H., Budapest, tägl.

in erster Linie vom statistischen Standpunkt aus beleuchtet. Der Kisebbségi Körlevél ergänzt den Láthatár. Er enthält immer Material aus erster Quelle, nämlich meist Ergebnisse der persönlichen Forschungen und Arbeiten der Mitarbeiter des Institutes, die oft sehr wertvoll sind. Weiters werden die bezüglich der Minderheiten in Ungarn und bezüglich der madjarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten erlassenen Gesetze wörtlich wiedergegeben, die Entwicklung der madjarischen Volksgruppen wird im Spiegel der Zahlen dargestellt und, was die Zeitschrift besonders wertvoll macht, ziemlich umfassende Besprechungen über die verschiedenen rückgegliederten Gebiete im Hinblick auf ihre wirtschaftliche und völkische Bedeutung für Ungarn gebracht. So gab z. B. das Januarheft 1941 ein recht eindringliches Bild der madjarischen Volksgruppe in Rumänien und über die Bedeutung ganz Siebenbürgens für Ungarn. Das Märzheft befaßte sich eingehend mit den Verhältnissen in Jugoslawien und gab außerdem einen Bericht über die vergangenen 20 Jahre des siebenbürgischen Madjarentums und die rechtliche Lage des Madjarentums in Rumänien zur Zeit des Wiener Schiedsspruchs. Das Maiheft befaßte sich mit dem Baranyadreieck, der Batschka und dem Banat und gab außerdem den Wortlaut der seit 1923 erlassenen ungarischen Schulgesetze wieder. Das Juliheft gab einen ausführlichen Bericht über den 5. vom Minderheiteninstitut veranstalteten Kulturtag, der 1941 ganz im Zeichen des Südgebietes stand und sich ausschließlich mit diesem beschäftigte. Auch das Novemberheft behandelte das Südgebiet, außerdem das ungarische Schulgesetz 1941. Daneben erschienen Berichte über die Madjaren in den Nachbarstaaten, über die Buchenlandmadjaren, über madjarische Siedlungen jenseits der Grenzen, über die völkische Zusammensetzung der ungarischen Bevölkerung, weiters Kurzberichte über Ereignisse im Zusammenhang mit der Nationalitätenfrage (Lehrgänge für Lehrer an Minderheitenschulen, Eröffnung des deutschen Gymnasiums in Fünfkirchen usw.), Bücher- und Zeitschriftenbesprechungen und schließlich zusammenfassende Berichte über die Tätigkeit des Institutes. Den Abschluß der einzelnen Hefte bildet immer eine ganz kurze deutsche Zusammenfassung des Inhaltes des vorliegenden Heftes.

Neben dem Minderheiteninstitut in Fünfkirchen bestehen auch noch an den Universitäten Budapest, Debrezin und Szegedin Minderheiteninstitute. Alle diese Institute veröffentlichen natürlich die Ergebnisse ihrer Tätigkeit, eine Zeitschrift aber besitzt, außer dem Fünfkirchner Institut, nur das Institut für Minderheitenrecht an der Universität Budapest. Der geplante Inhalt dieser Zeitschrift namens Kisebbségvédelem (Minderheitenschutz)[30] ist bereits aus ihrem Titel, sowie aus dem Namen des Institutes zu schließen. Die Zeitschrift vertritt den Standpunkt, daß die innere Konsolidation der Staaten, der internationale Friede und die harmonische Zusammenarbeit zum großen Teil von der befriedigenden Lösung der Minderheitenfrage abhängig ist, deren Bedeutung die Pariser Friedensschlüsse nicht verminderten, sondern im Gegenteil sogar noch steigerten. Die Zeitschrift Kisebbségvédelem sah es nun von Anfang an als ihre Aufgabe an, alle Staaten, in denen nationale Minderheiten leben, darauf hinzuweisen, den nationalen Minderheiten ihr in internationalen Abkommen gesichertes Recht auch wirklich zukommen zu lassen, da die Unterdrückung der Minderheiten den inneren Frieden der betreffenden Staaten stört und auch die friedliche Zusammenarbeit zwischen Staaten, wo der eine die Söhne des anderen unterdrückt, ausschließt. Die Zeitschrift wendet sich auch gegen die im Auslande über die ungarische Nationalitätenpolitik verbreiteten Gerüchte, und veröffentlicht daher alle halben Jahre ihren Stoff in fremden Sprachen. Sie wendet sich aber auch, wie alle anderen ähnlichen Organe an die heimische ungarische Gesellschaft, um in ihr das Bewußtsein der großen Bedeutung der Minderheitenfrage stets wachzuhalten und auf die Zahl der noch außerhalb der Grenzen lebenden Madjaren hinzuweisen. Diese Zeitschrift war von Anfang an eine entschiedene Vertreterin der Revisionspolitik. Einigen längeren Studien (z. B. György Ruh: Zusammenbruch des Minderheitenschutzes seitens des Völkerbundes, Iván Polzovics von Okér: Die Nationalitätenpolitik Széchenyis, Sándor Sármándy: Die madjarische Nationsidee und die Minderheitenfrage, György Ruh: Die Zahl des Madjarentums in der Slowakei, IV. 5—6, Bp. 1941), die an erster Stelle stehen, folgen Buchbesprechungen, die Rundschau über in den

[30] 1941, 4. Jg., Hungaria Lloyd Zeitungsverlagsgesellschaft, Budapest, 3 × jährl. 1 Doppelheft.

betreffenden Problemkreis gehörende Ereignisse, und schließlich die Rubrik „Minderheitengeschick", in der die Lage der madjarischen Minderheiten beleuchtet wird.

Die Magyar Külpolitika (Ungarische Außenpolitik)[31] in deren Rahmen der Kisebbsegi Körlevél zuerst erschien, ist das offizielle Blatt der ungarischen Revisionsliga. Dem Redaktionsausschuß gehören der geschäftsführende Direktor der ungarischen Revisionsliga, Dr. Endre Fall, sowie Dr. Ferenc Faluhelyi, der Leiter des Minderheiteninstitutes Fünfkirchen, an. Der verantwortliche Schriftleiter ist Dr. Ervin Szerelemhegyi. Diese Zeitschrift setzte es sich zur Aufgabe, die Grundlagen der ungarischen Außenpolitik immer wieder darzulegen und vor allem immer wieder die Gedanken des Revisionismus zu betonen und hervorzuheben. Aber nicht nur die unmittelbar Ungarn betreffenden Fragen werden beleuchtet, sondern auch alle bedeutenderen Ereignisse der Welt, also auch die Lage im Fernen Osten, um nur ein Beispiel zu nennen. 1941 beschäftigten sich naturgemäß viele Beiträge mit dem Zusammenbruch Jugoslawiens, mit dem jungen selbständigen Staate Kroatien und den aus dieser Lage für Ungarn entstehenden Fragen. Aber auch das Nationalitätenproblem Ungarns ist Gegenstand zahlreicher Aufsätze. Mit außenpolitischen Fragen beschäftigt sich auch die Külügyi Szemle (Außenpolitische Rundschau)[32] als Zeitschrift der 1920 gegründeten Ungarischen Außenpolitischen Gesellschaft, die es sich zum Ziele setzte, das ungarische Publikum außenpolitisch zu erziehen und über das Ausland richtig zu orientieren. Sie ging dabei von der Erwägung aus, daß der ungarische Staatsbürger vor dem Weltkrieg kaum Gelegenheit hatte, außenpolitisch geschult zu werden, da ja Ungarn nach außen stets von Österreich vertreten wurde. Eine gewisse Instinktlosigkeit auf diesem Gebiete war die Folge. Die Zeitschrift der Gesellschaft, redigiert von György Drucker, dem Vizepräsidenten der Außenpolitischen Gesellschaft, befaßt sich mit außenpolitischen Fragen, mit Fragen des internationalen Rechts und der Weltwirtschaft. Die Verfasser der ziemlich objektiven Beiträge sind fast ausschließlich Mitglieder der Außenpolitischen Gesellschaft. Selbstverständlich weist auch diese Zeitschrift immer wieder auf die innerungarischen Probleme hin, d. h. auch sie beschäftigt sich mit den an Ungarn rückgegliederten Gebieten, mit den politischen Beziehungen Ungarns zu den Nachbarstaaten, seiner Stellung und seinem Lebensraum in Europa. Bezeichnend ist der Beitrag von Dr. Sándor Sipoß (18. Jg. Nr. 4, Juli 1941) „Lebensraum und St. Stephansgedanke", in welchem der Verfasser darauf hinweist, daß der Lebensraum des Madjarentums das Karpatenbecken ist und daß darin die Beständigkeit der St. Stephansidee verborgen liegt. Die St. Stephansidee als Staatsidee aber bedeutet das gegenseitige Verständnis und die madjarische Führung jener Völker, die schon St. Stephan vereinigte. Den Anspruch darauf leitet der Verfasser aus dem Satz ab, den der verstorbene Graf Csáky prägte. Ihnen gebührt die Führung, weil sie „primus inter pares" waren. Ein lebendiges Bild erhält die Zeitschrift durch die verschiedenen Rundschauen. Die außenpolitische Rundschau befaßt sich mit allen wichtigeren Ereignissen der Welt, die Rundschau über internationales Recht gibt den Wortlaut von Abkommen und Ereignissen bekannt, die in dieser Beziehung von Bedeutung sind, die Rundschau über die internationale Zusammenarbeit der Völker beleuchtet vor allem die zwischenstaatlichen kulturellen Beziehungen, die Rubrik über Minderheitenfragen, die vom Minderheiteninstitut Fünfkirchen geführt wird, befaßt sich mit allen einschlägigen Fragen, wobei nicht nur die madjarischen Volksgruppen Gegenstand der Untersuchung sind; es wird z. B. auch die Frage nach dem Schicksal des Wolgadeutschtums, oder die Lage der Deutschen in Rumänien erörtert. Die Abteilung Weltwirtschaft gibt zuerst einen allgemeinen Überblick über die weltwirtschaftliche Lage und greift dann einzelne wirtschaftliche Ereignisse in den verschiedenen Ländern heraus. In der Rubrik internationale Urkundensammlung, die ebenfalls noch zu den Rundschauen gehört, erscheinen die aktuellen Abkommen und Verträge, so z. B. die verschiedenen Waffenstillstandsabkommen, politische Aufrufe, Botschaften usw. im Wortlaut. Die Besprechung des neuesten Schrifttums und Berichte aus der Außenpolitischen Gesellschaft sowie der innerhalb dieser gegründeten Balkankommission beschließen die einzelnen Hefte.

[31] 1941, 22. Jg., Budapest, 1 × monatlich.
[32] 1941, 18. Jg., Verlag: Ungar. Außenpolit. Gesellsch., Budapest, 1 × monatl.

Die historische madjarische Staatsidee und damit natürlich auch den Gedanken einer vollständigen Revision der Grenzen vertritt neben den erwähnten Zeitschriften auch das unter der Schriftleitung von István Barankovics und des Grafen Gyula Desewffy seit 1937 erscheinende Blatt Az Ország Utja (Der Weg des Landes) [33]. Es trägt den Untertitel staats- und nationalpolitische Zeitschrift, Beobachterin des wirtschaftlichen, geistigen und sozialen Lebens, und setzte sich zum Ziele, alle Zeitideen und geistigen Richtungen vom Gesichtspunkte der historischen madjarischen Staatsidee als umfassendes und beherrschendes Ziel zu untersuchen, und all seine Kräfte zur Reintegrierung der historischen madjarischen Staatsidee einzusetzen. Die historische madjarische Staatsidee aber ist — wie schon weiter oben angeführt — der madjarische Führungsanspruch im Donaubecken. Die Zeitschrift Az Ország Utja aber will den — wenigstens zur Zeit ihrer Gründung — manchmal verblaßten Missionsgedanken, der eben in der historischen Staatsidee den höchsten Ausdruck fand, im Madjarentum wieder lebendig werden lassen. Dazu heißt es im Geleitwort, daß es in der gegenwärtigen (1937) Zerrissenheit die erste Pflicht der Madjaren sei, den Donauraum wieder mit dem Glanze der madjarischen Kultur zu erfüllen, und daß der einzig gültige Grundsatz die Tatsache sein müsse, daß der Donauraum ausschließlich den Donauvölkern, sonst aber niemand anderem gehöre. Vom Gesichtspunkt des Revisionismus betrachtet die Zeitschrift in erster Linie das Volk, erst in zweiter Linie den Raum, da sie von dem Grundsatz ausgeht, daß die Gesamtheit des Raumes, der unzerstörbar ist, durch eigene Kraft und politische Klugheit zur gegebenen Zeit wiedererworben werden kann. Als historische ungarische Staatsform sieht die Zeitschrift das verfassungsgemäße Königreich an und lehnt daher den nationalsozialistischen Rassegedanken entschieden ab. „Madjare sein bedeutet eine sittliche und geistige Wirklichkeit, in deren höherer Einheit der rassische, soziale und völkische Nationalismus aufgelöst wird, und die die Kontinuität der tausendjährigen madjarischen Geistigkeit trägt." Ab 1940 wurde in die Zeitschrift, die auch bis dahin Fragen der Sozialpolitik beleuchtete, eine systematische Untersuchung der diesbezüglichen Fragen eingeführt, und zwar in der Form, daß 1. eine Bereinigung der Begriffe, 2. eine kritische Betrachtung der sozialpolitischen Tätigkeit erstrebt wird. Der zweiten Aufgabe dient neben einigen Studien die Rubrik Sozialpolitische Rundschau, welche monatlich ein zusammenhängendes Bild über die sozialpolitische Tätigkeit des Staates und der Gesellschaft gibt. Unter den Artikeln des Jahres 1941 ist die Artikelreihe von Lajos Jócsik über den Lebensraum Europas und der einzelnen Staaten, die er bereits im Oktober 1940 begann, hervorzuheben. Zuerst betrachtet er Europa, dann den Lebensraum Italiens, Frankreichs, Nord- und Südeuropas, schließlich den Ungarns. Er beleuchtet hierbei zuerst die innere Struktur und die von diesen Staaten erfaßten Räume und die Änderungen, die durch den gegenwärtigen Krieg für diese Staaten entstanden, und zwar auf vorwiegend wirtschaftlicher Grundlage. Vom gleichen Verfasser stammt auch ein Beitrag über den madjarisch slowakischen Streit bezüglich der nördlichen Sprachgrenze, wobei er das Buch Varsiks und die Entgegnung des Grafen Révay zum Gegenstand seiner Erörterungen macht. In diesen Fragenkreis gehört auch ein Beitrag von István Borsody: ungarische Antwort auf den slowakischen Revisionismus, der auch das Buch Varsiks zur Grundlage hat. Selbstverständlich veröffentlicht auch diese Zeitschrift Erörterungen über die Nationalitätenfrage, so z. B. einen Beitrag von Tamás Lengyel (April 1941), der auf die Gefahren der Assimilation hinweist. Zahlreiche Beiträge befassen sich mit weltwirtschaftlichen Fragen, wie z. B. Rohstoffwirtschaft der USA., Das französische Kolonialreich, Holländisch-Indien in der Weltpolitik usf. Im Juniheft 1941 beleuchtet Mihály Borbély die Wirtschaftspolitik im Dritten Reich und das Verhältnis der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft und ebenfalls im Juniheft beschäftigt sich ein Beitrag von Rezsö Ruisz mit der Volksernährung, Volksvermehrung und dem System der landwirtschaftlichen Produktion in Ungarn. Außer den Artikeln und der sozialpolitischen Rundschau enthalten die Hefte eine Rubrik „Freie Tribüne", in der einzelne Probleme aufgegriffen werden, zu denen sich verschiedene Leute, meist im Zusammenhang mit einem neu erschienenen Buch, einer Debatte usw. äußern. In der Bücherschau, die die Hefte beschließt, findet man kritische Besprechungen der jüngst auf dem ungarischen Büchermarkte erschienenen Bücher.

[33] 1941, 5. Jg., Druck: Athenaeum, Budapest, 1 × monatl.

In der Reihe dieser Zeitschriften muß auch das rechtsradikale, antisemitische Blatt des Imrédy-Kreises kurz erwähnt werden. Es wurde 1938 von dem ehem. Ministerpräsidenten Béla Imrédy und György Oláh ins Leben gerufen, und nahm den Kampf vor allem gegen 2 große Strömungen im ungarischen geistigen Leben auf: 1. gegen die Verjudung und 2. gegen die Veralterung. Sie folgte in ihrem Äußeren zuerst dem englischen Verwaltungsblatt Economist und erregte schon durch ihr Erscheinungsbild unter den ungarischen Zeitschriften, die einander in ihren Ausmaßen und ihrer Einteilung gleichen, großes Aufsehen. Auf dem Titelblatt erschien in großen roten Ziffern die Jahreszahl, was die Aktualität der Zeitschrift ausdrücken sollte; darunter stand als Untertitel Egyedül Vagyunk (Wir sind allein)[34], weniger als Titel, denn als Losungswort gedacht, das zeigen sollte, daß sich die Madjaren bewußt sind, zwischen den drei großen europäischen Faktoren, dem Germanentum, dem slawischen Meer und der lateinischen Kulturwelt, allein zu sein. Es gibt kein zweites Organ der rechtsradikalen Richtung in Ungarn, das so viele führende Vertreter der italienisch-deutsch orientierten Richtung vereint. Waren zuerst unter den Mitarbeitern mehr Dorfforscher wie Gyula Illyés, Péter Veress und Imre Kovács vertreten, so gelangten später die Vertreter der oberländischen Geistigkeit mit ihren neuen Gesichtspunkten und dem Mut, ihre Ansichten bezüglich der ungarischen Gesellschaft offen zu bekennen und an der geistigen Haltung Ungarns Kritik zu üben, ins Übergewicht. Seit 1942 erscheint nun diese Zeitschrift in einer neuen Gestalt, aus der bisherigen Monatsschrift wurde ein zweiwöchentlich erscheinendes Blatt, das die aktuellen und rein politischen Themen noch mehr in den Vordergrund stellte, daneben aber auch weiterhin bestrebt ist, alle völkischen Werte des Madjarentums hervorzuheben und zum Gegenstand steter Untersuchungen zu machen. Bei der Umgestaltung der Zeitschrift schwebte den Herausgebern das Bild der italienischen Zeitschrift Difesca della Razza, des französischen Gringoire und der deutschen Wochenzeitung „Das Reich" vor Augen. Als Vertreterin der ungarischen nationalsozialistischen Richtung erscheint ab 1. Februar 1942 eine neue Zeitschrift Uj Europa (Neues Europa)[35], redigiert von dem Pfeilkreuzlerabgeordneten Mátyás Matolcsy. Diese Zeitschrift steht auf streng antisemitischer Grundlage und ist ganz deutsch orientiert, was schon darin zum Ausdruck kommt, daß auch Deutsche zur Mitarbeit herangezogen werden. Sie beschäftigt sich mit den Problemen des neuen nationalsozialistischen Europas und betrachtet die madjarischen Fragen immer im Zusammenhang mit diesen. Bereits das erste Heft läßt das Wesen der Zeitschrift klar erkennen. Nach der Einführung Mátyás Matolcsy veröffentlicht es einen Beitrag des finnischen Ministerpräsidenten Risto Ryti über den kompromißlosen Kampf Finnlands gegen Rußland. Tibor Baráth, dessen „Ungarische Geschichte" Mittelpunkt einer lebhaften Debatte war, lieferte einen Beitrag über die Geschichtsschreibung des neuen Ungarn. A. E. Johann untersuchte die gemeinsamen Quellen des Liberalismus und Bolschewismus, Jenö Agárdy wies auf die künftigen Wege der Arbeitsvermittlung in Ungarn hin, George Soldan, deutscher Oberstleutnant a. D., besprach die Grundsätze der deutschen Heerführung, János Lovász untersuchte die neue Wirtschaftsordnung im Zusammenhang mit den natürlichen Wellenschlägen der Wirtschaft, István Kispál beleuchtete das Kom. Fejér, als Heimat des Großgrundbesitzes. Jedem Heft gemeinsam ist die Außenpolitische Rundschau von Béla Csizár sowie die Bücherschau.

All diese zuletzt erwähnten Zeitschriften haben, welcher Richtung sie auch angehören mögen, eines gemeinsam, den Glauben an die Sendung des Madjarentums im Karpatenraum und den Willen, für die Wiedererstehung des St. Stephansreiches mit allen Mitteln zu kämpfen. Es ist richtig, daß dieser Glaube nach dem Weltkrieg stark verblaßte und nur wenige überzeugte Anhänger hatte. Aber — und nicht zuletzt durch die Tätigkeit der ungarischen Zeitschriften — er gewann in den letzten Jahren immer mehr festen Boden, besonders seit den verschiedenen Gebietsvermehrungen. Rein äußerlich finden wir diese Tatsache in der Gründung zweier neuer Zeitschriften, in der 1941 erstmalig erschienenen Zeitschrift Kárpátmedence (Karpatenbecken) und in der deutschsprachigen Zeitschrift Donaueuropa, auf die ich noch weiter unten näher eingehen möchte, bestätigt. Im Titel bereits wird der Raum aufgezeigt, den diese Zeitschriften

[34] 1941, 5. Jg., Druck: Stádium Zeitungsunternehmen AG., Budapest, 1 × monatl.
[35] 1942, 1. Jg., Verlag: Centrum Verlagsunternehmen AG., Budapest, 1 × monatl.

in seiner Gesamtheit behandeln. Kárpátmedence[36] will den Karpatenraum wirtschaftspolitisch betrachten; der Grundsatz dieser Zeitschrift ist es, die das geistige und wirtschaftliche Leben berührenden wichtigen Fragen ständig auf der Tagesordnung zu halten und für den madjarischen Lebensraum im Karpatenbecken offen einzutreten. Besonders kennzeichnend ist der Beitrag von Péter Vida „Ein madjarisches Karpatenbecken", der im Septemberheft 1941 die praktische Möglichkeit eines madjarischen Karpatenbeckens untersucht und dabei zum Ergebnis kommt, daß die Stellung des Madjarentums nur dann gesichert sein werde, wenn es auch die biologische Kraft hat, den Wettbewerb mit den umgebenden Völkern aufzunehmen. Die Stärkung des Madjarentums sieht er 1. in der bedeutenden Steigerung der Geburtenzahl, 2. in der Rücksiedlung aller Madjaren gegeben, wobei er allerdings an die Madjaren denkt, die in den Gebieten der Urheimat der Madjaren zurückblieben, also an die verschiedenen östlichen Stämme madjarischen Ursprungs im Kaukasus, in Dagestan und am südwestlichen Abhang des Ural. Er betont auch, daß sich jetzt, da die ungarischen Truppen voraussichtlich in diese Gebiete gelangen werden, die beste Gelegenheit einer Umsiedlung dieser Volksstämme nach Ungarn ergeben würde, was eine zahlenmäßige Verstärkung des Madjarentums um rund eine Million zur Folge hätte. Die meisten Beiträge des Kárpátmedence sind — da es sich ja um eine wirtschaftliche Zeitschrift handelt — wirtschaftlichen Fragen gewidmet; weiters dient die Zeitschrift, da sie die Erstarkung des Madjarentums in jeder Weise fördern will, auch der Erörterung sozialer Probleme und der Untersuchung von sozialpolitischen Maßnahmen. Als Beispiel weise ich auf das Augustheft 1941 hin. Die an erster Stelle stehenden längeren Beiträge behandeln Fragen wie z. B. Die Erstarkung und der Schutz des Madjarentums; in diesem Beitrag befaßt sich der Abgeordnete László Gesztelyi-Nagy teils mit der Frage der Rücksiedlung der Auslandmadjaren, teils mit den sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, bodenbesitzpolitischen und allgemeinen gesundheitlichen Verhältnissen des Landes als Voraussetzung der biologischen Kräftigung des madjarischen Volkes. Die siebenbürgische Bodenfrage ist Gegenstand eines Beitrages von József Baróthy, der die Verteilung des Bodens nach Nationalitäten und jene Veränderungen untersucht, die durch die Herrschaft der Rumänen hervorgerufen wurde. Die Bedeutung der Rücksiedlung der Buchenlandmadjaren und die Frage nach dem künftigen Geschick der Amerikamadjaren untersuchen zwei weitere Beiträge; im „Ungarischen Beobachter" wird die Durchführung des Gesetzes zur Entwicklung der Landwirtschaft, die Tätigkeit der madjarischen Gewerbetreibenden im Mutterlande und im Auslande besprochen und ein Rückblick auf die wirtschaftlichen Ereignisse des vergangenen Monats gegeben. Der „Ausländische Beobachter" betrachtet die Tätigkeit der deutschen Geldinstitute im Jahre 1940, die landwirtschaftlichen Betriebe in Rußland und schließt mit der Weltwirtschaftsschau und einem Überblick über die ausländischen Wirtschaftszeitungen. Buchbesprechungen und die „Chronik", die kleine Ereignisse der Zeit herausgreift, bilden den Abschluß der Hefte.

Interessant ist die jüngste ungarische Zeitschrift, die im Januar 1942 erstmalig erschienene Magyarságtudomány (Madjarentumswissenschaft)[37], die unter Mithilfe Sándor Eckhardts von Gyula Ortutay redigiert wird. Es handelt sich bei dieser Zeitschrift um das Organ des Institutes für Madjarentumswissenschaft, das 1939 an der philosophischen Fakultät der Budapester Universität geschaffen wurde, und alle Wissenschaftszweige, welche sich mit der Madjarentumskunde befassen und unter keiner einheitlichen Führung standen, zusammenfassen will. Daher umfaßt das Institut eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Instituten, die sich zu einer gemeinsamen Arbeit bereiterklärten, ohne daß dadurch die innere Tätigkeit wesentlich gestört oder verändert wird. Es handelt sich um das anthropologische, phonetische, ostasiatische, madjarisch-literarhistorische, madjarisch-ethnologische, madjarisch-sprachwissenschaftliche, madjarisch-historische, kunsthistorische, ethnographische, innerasiatische, türkisch-philologische und madjarisch-prähistorische Institut, sowie um das historische Seminar. Die

[36] 1941, 1. Jg., Verlag: Scriptura VerlagsGes. m. b. H., Budapest, 1 × monatl.

[37] 1942, 1. Jg., Verlag: Franklin Gesellschaft, Budapest, 4 × jährl. Vor der Zeitschrift Magyarságtudomány in der heutigen Form erschien unter dem gleichen Titel und Schriftleiter bereits eine Vierteljahrsschrift, die indessen den Anforderungen des Institutes nicht entsprach.

Zeitschrift Magyarságtudomány gibt nun Ergebnisse der Forschungen aus dem Bereiche aller dieser Institute bekannt und verfolgt wie alle anderen Zeitschriften damit auch ein politisches Ziel, nämlich die Öffentlichkeit über alle völkischen Kulturwerte des Madjarentums in der Gegenwart und Vergangenheit, über seine Geschichte, über die Lebensformen der ungarischen Gesellschaft, über die Lage des Madjarentums in der ganzen Welt, über die Verhältnisse zwischen Madjarentum und den anderen Nationalitäten zu unterrichten, sowie auf das Problem des Streumadjarentums hinzuweisen, um dadurch gerade in der heutigen Zeit in allen Madjaren das Nationalbewußtsein mit allen Mitteln zu stärken. Bisher erschienen zwei umfangreiche Hefte (beide umfassen mehr als 150 Seiten). Die Beiträge des ersten Heftes geben bereits ein klares Bild über das Wesen dieser Zeitschrift. Nach den einführenden Worten von Sándor Eckhardt über die Bedeutung und die Ziele der Madjarentumswissenschaft folgte ein Aufsatz von János György über die französischen Lesestücke des anonymen Notars von Béla II.; darin wird untersucht, welchem Kulturkreis der anonyme Verfasser entstammte. Erzsébet Posonyi weist Spuren der Legenden, die um das Purgatorium des hl. Patritius in Ungarn entstanden, nach; Tibor Csorba veröffentlicht einen Beitrag über die Dichtung des Ende des 16. Jahrhunderts in Ungarn weilenden polnischen Poeten Adam Czahrowski, von Tibor Kardos stammt ein Beitrag über die Entstehung des literarischen Barock in Ungarn, Lajos Vajer bespricht die Bildnisse, die von Széchenyi hergestellt wurden, Aurél Vajkai berichtet über die Naturheilungen in den Wallfahrtsorten Transdanubiens; von Virgil Bierbauer stammt ein Bericht über die Tätigkeit des Institutes für Madjarentumswissenschaft.

Die Reihe der in Budapest erscheinenden Zeitschriften darf nicht abgeschlossen werden, ohne daß auf die bedeutendsten konfessionellen Zeitschriften und die Zeitschriften der Dichter und Schriftsteller der jungen Generation hingewiesen worden wäre.

Unter den ungarischen katholischen, literarischen Gesellschaften steht im Hinblick auf die Dauer des Bestandes und die Ausdehnung der Tätigkeit, die St. Stephansgesellschaft an erster Stelle, welche 1867, als die Katolikus Szemle (Katholische Rundschau)[38] als ihr Organ ins Leben trat, bereits seit 40 Jahren bestand. Die Gesellschaft gründete die Zeitschrift, um die Öffentlichkeit über die zeitweise auftauchenden literarischen Bewegungen, die sich mit dem Leben und der Sendung der Kirche, mit ihrer Vergangenheit und dem Schutze ihrer Rechte befassen, zu unterrichten. Die Zeitschrift, redigiert von Flóris Kühár, verfolgt die Ereignisse der kirchenpolitischen Entwicklung auf der ganzen Welt, sowie die kulturellen Bestrebungen und religiösen Probleme, welche durch die Ereignisse in Ungarn an die Tagesordnung gebracht werden. Sie befaßt sich mit allen Zweigen der Wissenschaft, in erster Linie natürlich mit der Religionslehre und Philosophie, den zweiten Platz nimmt die Geschichtsschreibung ein, was sich darin äußert, daß öfter historisch-politische Artikel veröffentlicht und die bekannteren einschlägigen Produkte des Auslandes besprochen werden. Im belletristischen Teil schenkt die Katolikus Szemle ihre Aufmerksamkeit den bildenden Künsten, dem Musikleben, dem Schauspiel, aber auch den im Auslande erscheinenden Kunstwerken. Als zweite katholische Zeitschrift soll die zweiwöchentlich erscheinende Jelenkor (Gegenwart)[39] angeführt werden, die Nachfolgerin des 1938 verbotenen, aktiven, antideutschen Organes des politischen Katholizismus Korunk Szava (Das Wort unserer Zeit). Der Schriftleiter Jenö Katona blieb der gleiche. Jelenkor ist nach außen hin nach den lateinischen Völkern, in erster Linie nach den Erscheinungen des französischen geistigen Lebens orientiert, nach innen verkündet sie die Rechtskontinuität und die Verfassungstreue. Die französische Orientierung äußert sich in der überwiegenden Zahl der Beiträge über Frankreich, die innere Orientierung kommt vor allem in den Beiträgen von József Almásy über die ungarische Staatsidee, über die christliche Grundlage des ungarischen Staates, über die geistigen Strömungen in Ungarn usf. zum Ausdruck. Eine lebendige Tageschronik, Kunst- und Theaterkritiken, sowie Gedichte katholischer Dichter, weiters Buchbesprechungen gestalten den Inhalt vielseitig.

Die protestantischen Interessen vertritt die monatlich erscheinende Protestáns Szemle (Protestantische Rundschau)[40], herausgegeben von der ungarischen Protestantischen Gesell-

[38] 1941, 55. Jg., Druck: Stephaneum Druckerei, Budapest, 1 × monatl.

[39] 1941, 3. Jg., Druck: Allgem. Druckerei u. graphisches Institut, Budapest, 2 × monatl.

[40] 1941, 50. Jg., Druck: Sylvester, literarisches u. Druckerei-Institut AG., Budapest, 1 × monatl.

schaft, redigiert von Sándor Makkai. Auch diese Zeitschrift strebt danach, neben der Behandlung konfessioneller Fragen Probleme von allgemeinem Interesse aufzugreifen. Die religiösen Fragen treten in der weltanschaulichen und gesellschaftspolitischen protestantischen Wochenschrift Magyar Ut (Madjarischer Weg)[41] fast vollkommen zurück; dieses Blatt befaßt sich vorwiegend mit sozialen und völkischen Problemen, allerdings immer vom protestantischen Gesichtspunkte aus. Im Vordergrunde stehen die Probleme des Dorfes, und viele Mitarbeiter stammen aus dem Kreise um die Zeitschriften Magyar Élet und Kelet Népe, auf die noch weiter unten verwiesen wird.

Unter den Zeitschriften, die sich selbst als gesellschaftspolitische, literarische, kritische und schöngeistige Organe bezeichnen, war der Nyugat (Westen)[42] das bedeutendste Blatt. Es wurde 1908 von den begabtesten Dichtern und Schriftstellern der damaligen Zeit, den Vertretern ganz neuer Richtungen, ins Leben gerufen. Von Anfang an kam in ihm der vielleicht genialste madjarische Lyriker Endre Ady zu Wort, der zusammen mit dem ebenfalls sehr bedeutenden Lyriker Mihály Babits 1917 die Leitung des Blattes innehatte. Das Blatt vertrat jedoch keine völkische Richtung, sondern, da es alle begabten jungen Talente um sich sammelte, war es stets etwas liberal intellektuell und blieb es auch all die Jahre hindurch. Nach dem Tode Adys lag die Leitung in Händen von Babits, dessen Mitarbeiter Dezsö Kostolányi, Zsigmond Móricz waren; in den letzten Jahren kam auch noch András Illyés hinzu. Die Zeitschrift veröffentlichte in erster Linie Gedichte, Novellen, Erzählungen, außerdem Studien in Essay-Form, wie der Essaye in Ungarn heute überhaupt eine Renaissance erlebt. Der Nyugat stellte mit der Augustnummer des Jahres 1941 sein Erscheinen nach dem plötzlich erfolgten Tode von Babits ein. Aber bereits im Oktober des gleichen Jahres erschien die von Gyula Illyés geführte Zeitschrift Magyar Csillag (Ungarischer Stern)[43], die schon in ihrem äußeren Erscheinungsbild Zeugnis ablegt, daß sie den Geist, die Tradition und die Aufgaben des Nyugat weiterführt.

Neben dieser Zeitschrift besteht seit 1935 die soziologische, kritische, literarische Monatsschrift Kelet Népe (Volk des Ostens)[44], die vom Provinzlehrer Dénes Barsi gegründet und jahrelang vom Sekretär der Kleinlandwirtepartei, Pál Szabó, redigiert wurde, was auch aus den Fragen, die behandelt wurden, klar ersichtlich war. 1939 schien es, als ob dieses Organ verschwinden würde, bis im Dezember Zsigmond Móricz die Leitung übernahm und persönlich durch zahlreiche Leitartikel, Besprechungen und Aufsätze, sowie durch die Veröffentlichung eigener Werke dazu beitrug, daß es wieder in Schwung kam. Es beschäftigt sich in erster Linie mit volkspolitischen Problemen, gibt aber daneben auch den bedeutendsten Schriftstellern Ungarns Raum. Der Kreis der Mitarbeiter ist fast der gleiche wie der des Magyar Élet (Madjarisches Leben)[45], des Organes der radikalen jungen Schriftstellergeneration, die die Ideen von Dezsö Szabó, dieses revolutionären Epikers in Ungarn, der von Anfang an eine völkische, antisemitische Richtung einschlug, vertritt. Sie verfolgt nationalpolitische, allgemein gesellschaftliche und kulturelle Fragen im völkischen Sinne. Die Mitarbeiter sind die bekanntesten Vertreter dieser Strömung. Der Dichter János Kodolányi, der Soziologe Ferenc Erdei, der Bauernschriftsteller Péter Veress, der sich ebenso wie Erdei mit gesellschaftlichen Fragen beschäftigt, der Soziologe und Schriftsteller Géza Féja, der die gesellschaftlichen Verhältnisse Ungarns untersucht, Imre Kovács, der ebenfalls soziologischer Schriftsteller ist und vor allem die Fragen der Auswanderung aufgreift, sowie László Németh, der zuerst Schularzt war und durch seinen Beruf auf viele Erscheinungen des ungarischen Lebens hingewiesen wurde, sind die Mitarbeiter.

Das katholische Gedankengut in dieser Richtung wird von den Zeitschriften Magyar Kultura (Ungarische Kultur)[46] und Vigilia[47] zum Ausdruck gebracht. Die Magyar Kul-

[41] 1941, 10. Jg., Druck: Pester Lloyd-Druckerei, Budapest, 1 × wöchentlich.
[42] 1941, 34. Jg., Druck: Hungaria AG., Budapest, 1 × monatl.
[43] 1941, 1. Jg., Druck: Hungaria AG., Budapest, 1 × monatl.
[44] 1941, 7. Jg., Druck: Pester Lloyd-Druckerei, Budapest, 1 × monatl.
[45] 1941, 6. Jg., Druck: „Jövö" Druckereigesellsch., Budapest, 1 × monatl.
[46] 1941, 20. Jg., Druck: Korder-Druckerei, Budapest, 2 × monatl.
[47] 1941, 7. Jg., Druck: Don Bosco Druckerei, Waitzen, Budapest, 1 × monatl.

tura besteht seit 1922 und wollte von Anfang an die weltlichen Ansprüche der katholischen Gesellschaft befriedigen. Berichte aus dem kulturellen Leben Ungarns, Besprechungen des neuesten Schrifttums, Theater und Filmkritiken, sowie die kritische Behandlung einzelner kultureller Fragen befähigen die Zeitschrift, sich an ein breiteres Publikum zu wenden und es in unaufdringlicher Weise in katholischer Richtung zu beeinflussen. Der katholische Geist prägt auch das Antlitz der Vigilia, die allerdings dadurch, daß sie die einzige ungarische Zeitschrift ist, die Übersetzungen in größerem Umfange veröffentlicht, größere Bedeutung gewinnt. Sie beachtet die große Literatur des Westens, sowie der osteuropäischen kleinen Völker besonders, und will die Einseitigkeit, die durch die stete Verfolgung der germanischen Schöpfungen entstand, dadurch beseitigen, daß sie sich in erster Linie den angelsächsischen und slawischen Produkten zuwendet, daneben aber dem Madjarentum auch möglichst viel vom lateinischen Geist vermittelt.

Den Abschnitt über die in der Hauptstadt erscheinenden Zeitschriften soll die Besprechung der Magyar Kulturszemle (Ungarische Kulturschau)[48] abschließen. Diese Zeitschrift, deren Schriftleiter János Bak ist, wurde 1938 aus der Überlegung heraus geschaffen, daß im Kulturleben Ungarns ein Organ fehlt, das von Monat zu Monat, frei von jeder besonderen Lenkung oder politischen Einstellung, stets objektiv und mit dem Bemühen nach möglichster Vollkommenheit, die gesamte Produktion eines bestimmten Zeitabschnittes des ungarischen Kulturlebens zusammenfaßt. Sie ist bestrebt, aus der Fülle der wissenschaftlichen und belletristischen Werke, der fast unübersehbaren Zeitschriften, aus der Masse der Theater- und Filmproduktion, den neuen Musikschöpfungen, aus den Schöpfungen der bildenden Künste, ein übersichtliches Bild zu geben. Das übersichtliche Bild der jüngsten Produktion wird durch die Behandlung der einzelnen Gruppen gegeben. In der literarischen Rundschau werden Proben aus den jüngsten Werken madjarischer Dichter und Schriftsteller veröffentlicht. Die Bücherschau untersucht die neu erschienenen wissenschaftlichen Werke, die Kriegsliteratur, das religiöse Schrifttum, Lyrik, Romane und Erzählungen mit besonderer Berücksichtigung des ungarischen Schrifttums; in der Abteilung Bildende Künste wird fast nur das ungarische Kunstschaffen berücksichtigt, ebenso gibt die Zeitschriftenschau lediglich über die ungarischen Organe eine kurze Inhaltsübersicht. Die Film- und Theaterkritiken werden meist im Rahmen eines zusammenfassenden Berichtes am Anfang der Zeitschrift gegeben.

2.

Die starke Zentralisation in Ungarn hatte ein starkes geistiges und kulturelles Übergewicht der Hauptstadt der Provinz gegenüber zur Folge, was natürlich auch in der Presse zum Ausdruck kam. Erschien eine Tageszeitung oder eine Zeitschrift in der Provinz, so bedeutete dies zugleich eine Minderwertigkeit den Budapester Produkten gegenüber. Eine Änderung trat erst nach dem Weltkrieg ein, z. T. schon durch den Weltkrieg selbst bedingt, da in diesen Jahren die Belieferung der Provinz mit Blättern aus der Hauptstadt nicht immer möglich war, und sich die Provinz daher an die eigenen Organe gewöhnte. Einen bedeutenden Aufschwung erhielt die Provinzpresse jedoch erst, als sich um die umgruppierten Universitäten Preßburg-Fünfkirchen und Klausenburg-Szegedin, sowie um die Universität Debrezin, als natürliche Mittelpunkte der drei großen Landschaftseinheiten, Kulturzentren mit literarischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Gesellschaften herausbildeten, deren Sprachrohre — ebenso wie in Budapest — auch hier die Zeitschriften waren. Diese geistigen Zentren der Provinz setzten sich die Erforschung ihrer engeren Heimat, aber immer im Zusammenhang mit den gesamtungarischen Fragen, zur Aufgabe und diesem Ziele dienen auch ihre Zeitschriften. Diese können heute, im Hinblick auf die Sorgfältigkeit der Ausgestaltung, aber auch auf die gründlichere Formulierung, bereits mit den in der Hauptstadt erscheinenden Organen wetteifern.

Die Bedeutung der Fünfkirchner Universität ging ja schon weiter oben aus dem Hinweis auf das ausgezeichnete Minderheiteninstitut hervor, das seine Zeitschrift jetzt bereits als selbständiges Organ in Fünfkirchen erscheinen läßt, und deren Mitarbeiter zum größten Teile dem Kreise der Wissenschaftler um die Fünfkirchner Universität entstammen. In Fünfkirchen erscheint auch noch die von Jenő Koltay Kastner gegründete, jetzt von József Halasy-

[48] 1941, 4. Jg., Druck: Kapisztrán Druckerei, Waitzen, Budapest, 1 × monatl.

Nagy geleitete Zeitschrift der Universität, Pannonia[49]. Dieses sehr gut ausgestattete Organ schuf die Universität in erster Linie zur Erforschung der madjarisch-italienischen, bzw. der pannonisch-italienischen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Beziehungen. In den letzten Jahren wurde sie immer mehr zu einer Zeitschrift von allgemeinem Interesse, die jedoch nach wie vor Transdanubien in den engeren Kreis ihrer Betrachtungen stellt. Die Mitarbeiter sind meist Professoren der Universitäten Budapest und Fünfkirchen. Neben dieser Zeitschrift erscheint in Fünfkirchen auch noch zweimonatlich ein Hochschulorgan Mühely (Werkstatt), dessen Studien aus dem geistesgeschichtlichen Gebiete ein interessantes Bild über die Forschungsarbeiten an den ungarischen Hochschulseminaren geben und zeigen, daß auf diesem Gebiete auch in der Provinz Hochwertiges geleistet wird.

Neben Fünfkirchen nimmt Szegedin als Heimatstadt einiger wertvoller Zeitschriften eine bedeutende Stellung ein. 1929 kam erstmalig, als Organ der Szegediner Kommission zur Erforschung des Tieflandes, mit Unterstützung der Freunde der Szegediner Universität, unter der Schriftleitung von Elemér Moór und Károly Es. Sebestyén, die Zeitschrift Népünk és Nyelvünk (Unser Volk und unsere Sprache)[50] heraus. Die Beiträge stammten meist von Professoren der Szegediner Universität, von denen einige noch auf der alten ungarischen Universität Klausenburg tätig waren. Die Zeitschrift stellte auch 1940, als mehrere Mitarbeiter an die wiedereröffnete Universität Klausenburg berufen wurden, ihr Erscheinen ein. Diese Mitarbeiter planen die Veröffentlichung einer Zeitschrift Nép és Nyelv (Volk und Sprache) in Klausenburg. In Szegedin übernahm die Aufgaben von Népünk és Nyelvünk voll und ganz die 1942 von den Freunden der Szegediner Universität herausgegebene Délvidéki Szemle (Rundschau des Südgebietes)[51], deren Ziel es ist, geistiger Führer in der gegebenen Landschaft zu sein. Aber ebensowenig wie die anderen Zeitschriften der geistigen Provinzzentren in einer partikularistischen und regionalistischen Form, sondern immer bezogen auf die Fragen Gesamtungarns. Die Zeitschrift beleuchtet, dem freien Blick aus dem Tieflande in die Batschka folgend, auch die Probleme des Südgebietes besonders sorgfältig und weist darüber hinaus, mit ihren Beiträgen über das geistige Leben der südlichen Nachbarvölker, auch auf die Fragen des Balkan hin. Als elegant ausgestattetes Organ der Szegediner Philosophen, besonders der jungen Generation an den Universitäten von Szegedin und Debrezin, erscheint seit ungefähr 1936 die Zeitschrift Szellem és Élet (Geist und Leben)[52], bei der indessen der Jahrgang nicht festzustellen ist. Diese Zeitschrift, deren Schriftleitung in Händen von György Bartók liegt, verfolgt vor allem die in- und ausländischen philosophischen Bewegungen, sowie die einschlägigen in- und ausländischen Bücher und Zeitschriften. Schließlich sei noch die Zeitschrift Széphalom („Viel Schönheit")[53] erwähnt, die Ende der zwanziger Jahre, unterstützt vom Grafen Kuno Klebelsberg, der als Kultusminister den Gedanken der geistigen Dezentralisation von Anfang an begeistert förderte, erschien. Nach dem Tode des Grafen Klebelsberg erschien sie immer unregelmäßiger, so daß die Heftnummern nicht genau festzustellen sind. Bei ihr handelt es sich um eine literarisch-kritische Zeitschrift, die, wie schon der Titel ausdrücken soll, sich mit den ästhetischen Werten der Zeit, der europäischen Kultur und des madjarischen Altertums befaßt.

Eine ähnliche Bedeutung wie die Délvidéki Szemle für das südliche Ungarn hat, hat die Debreceni Szemle (Debreziner Rundschau)[54] für Ostungarn. Diese Zeitschrift setzte es sich zum Ziele, die geistigen und kulturellen Verhältnisse Debrezins einem möglichst weiten Kreise bekanntzugeben und darüber hinaus die historischen, künstlerischen und bibliographischen Werte der im geistigen Wirkungsbereiche liegenden Städte Nyiregyháza, Sárospatak, Miskolc, Szolnok, sowie der heiduckischen Städte zu untersuchen. Dabei ist sie bestrebt, eine universal-

[49] 1941, 7. Jg., „Dunántúl", Fünfkirchner Universitäts-Verlag und Druckerei AG., Fünfkirchen, 4 × jährl.

[50] 1940, 12. Jg., Druck: Städt. Druckerei und VerlagsA.G., Szegedin, 1 × monatl.

[51] 1942, 1. Jg., Druck: Szegediner „Uj Nemzedées" Zeitungsunternehmen AG., Szegedin, 1 × monatl.

[52] 1941, Studium VerlagsAG., Budapest, Szegedin, 4 × jährl.

[53] 1941, 14. Jg., Druck: Städt. Druckerei u. VerlagsAG., Szegedin, 1 × monatl.

[54] 1941, 14. Jg., Druck: Städt. Druckerei, Debrezin, 1 × monatl.

wissenschaftliche Rundschau zu sein. Sie gibt daher in den ungeraden Monaten Beiträge über geisteswissenschaftliche, in den geraden Monaten über naturwissenschaftliche Fragen heraus. Der Hauptschriftleiter der ganzen Zeitschrift und zugleich auch der geisteswissenschaftlichen Reihe ist János Hankiß, der Schriftleiter der naturwissenschaftlichen Reihe Rezsö Milleker.

Aber nicht nur in den Universitätsstädten, sondern auch in anderen Kulturzentren der Provinz erscheinen heute allgemeine, kulturelle Zeitschriften, die auf wissenschaftlicher Höhe stehen. In Steinamanger ist es die Dunántuli Szemle (Transdanubische Rundschau)[55], herausgegeben vom Museum des Komitates Eisenburg, redigiert von Agoston Pável, die es zum Ziele hat, das umfassende Organ der westlichen Landesteile zu sein und daher die Lokalgeschichte des Komitates sowie die kulturellen Probleme Transdanubiens in den Vordergrund ihrer Untersuchungen stellt. Erwähnenswert ist bei dieser Zeitschrift, daß sie bis 1940 unter dem Titel Vasi Szemle (Eisenburger Rundschau) erschien. Die Ödenburger Vereinigung für Stadtverschönerung gibt die Soproni Szemle (Ödenburger Rundschau)[56], eine kulturhistorische Zeitschrift, die jährlich wenigstens viermal erscheint, heraus. Auch sie beschäftigt sich neben Fragen aus der Lokalgeschichte vor allem mit den westungarischen Problemen. Die in Nyiregyháza erscheinende Zeitschrift des Bessenyei-Kreises, die Szabolcsi Szemle (Szaboleser Rundschau)[57], die ähnliche Ziele verfolgt wie die zuletzt genannten Organe, ist vor allem wegen der hochstehenden und lebendigen Buchbesprechungen hervorzuheben. Ein getreues Bild jener Musikkultur, deren sich die Provinzstädte heute erfreuen, gibt die vom Benediktiner-Wissenschaftler Elemér Lovas herausgegebene Györi Szemle (Raaber Rundschau)[58], die in Raab erscheint. Ebenfalls im Komitat Raab in Pannonhalma, erscheint die vom Benediktinerorden in Pannonhalma herausgegebene Zeitschrift Pannonhalmi Szemle (Pannonhalmer Rundschau)[59], unter der Schriftleitung von Jákó Blazovich und Ernö Mihályi, die vor allem auf streng katholischer, wissenschaftlich-volkstümlicher Grundlage in erster Linie einen Überblick über das geistige Schaffen der Benediktiner gibt.

Den Mangel an kulturellen Zentren in der Provinz und die Unselbständigkeit der Provinzpresse fühlten 1918 die Madjaren in den losgetrennten Gebieten besonders bitter. Die vorhandenen, kleinen Lokalblätter konnten die Lenkung des sich selbst überlassenen Madjarentums kaum in die Hände nehmen. An ihre Stelle traten Blätter, die, vor allem im Oberlande, die aus Budapest emigrierten, meist jüdischen Elemente gründeten. So kam zuerst in Preßburg die monatlich erscheinende literarische Zeitschrift A Tüz (Das Feuer) heraus, die unter der Schriftleitung von Jenö Gömöri die aus Budapest emigrierten linksradikalen Elemente, sowie die Dichter des Oberlandes um sich versammelte und kein anderes Ziel verfolgte, als den Madjaren Gelegenheit zu geben, ihre Gedanken zu veröffentlichen. Zur selben Zeit — also in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg — begannen in den Provinzstädten kleine, konservative, dilettantistisch aufgezogene Blätter zu erscheinen. Als A Tüz einging, wandten sich die Mitarbeiter der in Arad erscheinenden Zeitschrift Genius zu. Die literarischen Erscheinungen des Oberlandes versuchte auch die Sonntagsbeilage Vasárnap (Sonntag) des Prágai Magyar Hirlap (Prager Ungarisches Nachrichtenblatt) zusammenzufassen. Unter Führung des Mittelschullehrers Lajos Scherer erschien von 1926—1932 in Preßburg eine anfänglich für Studenten bestimmte Zeitschrift A Mi Lapunk (Unsere Zeitung). In dieser Zeit war es die einzige Zeitschrift, welche sich mit madjarischer Literatur befaßte. Deshalb begannen auch madjarische Hochschüler, die sich in einer Sarló (Sichel) genannten Gruppe zusammengeschlossen hatten, ihre Ziele und Gedanken, die sich zum ersten Male um die Fragen des Dorfes drehten, in ihr darzulegen. Unter dem Einfluß der modernen madjarischen Literatur (vor allem Dezsö Szabó) waren diese Studenten nämlich in die Dörfer gezogen, um das geistige Niveau der Bauern durch Vorträge zu heben. Aus der Praxis ersahen sie jedoch, daß nicht sie das Dorf unterrichten müßten, sondern daß sie selbst von ihm lernen könnten. So wurde

[55] 1941, 8. Jg., Druck: Martineum-Buchdruckerei, Steinamanger, 8 × jährl.
[56] 1941, 5. Jg., Odenburg, 4 × jährl.
[57] 1941, 7. Jg., Nyiregyháza.
[58] 1941, 12. Jg., Druck: Baroß Druckerei Raab, 4 × jährl.
[59] 1941, 16. Jg., Druck: Sárkány-Druckerei Pannonhalma, 5 × jährl.

der Keim der Dorfforschung in Ungarn geschaffen. Denn die Studenten der Sarló-Gruppe stellten jährlich einen festen Arbeitsplan für die soziographischen und ethnographischen Arbeiten auf, die in einzelnen Gruppen durchgeführt wurden. Die Gedanken dieser Sarló-Gruppe wurden außerhalb der Zeitschrift A Mi Lapunk zeitweise auch noch in einer Art Flugschrift Vetés (Saat) veröffentlicht, in der sich auch Madjaren aus Siebenbürgen zu den verschiedenen Fragen des Dorfes äußerten. Diese Probleme nahmen auch in A Mi Lapunk bald einen so breiten Rahmen ein, daß sie für die Studenten im allgemeinen, die ja ihre Hauptbezieher waren, kein Interesse mehr hatte, bald in materielle Schwierigkeiten geriet und eingestellt werden mußte. Diese Sarló-Bewegung und ihre Organe wurden, vor allem von den konservativen Parteien, als kommunistisch bezeichnet und die Bewegung wurde auch 1932 verboten. In ihr war der Gedanke an einen umfassenden europäischen Bauernstaat lebendig und sie suchte auch die Verbindung mit der Jugend der anderen Nationalitäten, um die Grundlage für eine gemeinsame Verständigung zu schaffen. Von den Tschechen forderten sie die Erfüllung der Minderheitenrechte, und in ihrem Kreise entstand erstmalig der Gedanke an die Notwendigkeit der Errichtung eines Minderheiteninstitutes, das in Preßburg aufgestellt werden und durch seine Forschungen ebenfalls zum gegenseitigen Verständnis der Nationalitäten beitragen sollte. Die ebenfalls von dieser Gruppe der oberländischen madjarischen Jugend geforderte Nationalitätenkartei wurde von ihr für die Studentenschaft tatsächlich durchgeführt. Nach A Mi Lapunk erschien in den Jahren 1931/32 die zweiwöchentlich erscheinende Magyar Diákszemle (Ungarische Studentenrundschau), die ungefähr die gleichen Gedanken, aber in etwas vorsichtigerer Form, verkündete. Der junge Katholizismus im Oberlande gab 1932 in Kaschau erstmalig seine Zeitschrift Uj Elet (Neues Leben) [60] heraus, die als einzige bedeutende oberländische Zeitschrift auch heute noch besteht. Sie vertrat von Anfang an eine soziale Richtung, wie sie im Mutterlande beim jungen Katholizismus noch nicht zu finden war, und sie besitzt auch heute noch den Mut, die gesellschaftlichen Schwächen schonungslos aufzudecken; ferner behandelt sie auch heute noch vorwiegend die Probleme des Oberlandes, des Madjarentums in der Slowakei und das madjarisch-slowakische Verhältnis. Längeres Leben hatte auch die Zeitschrift Magyar Irás, die von 1932—1938 erschien und bestrebt war, alle literarischen Richtungen zu vereinigen; sie war etwas politisch gebunden, da sie — was allerdings nur in der Spalte der Rundschauen und Kritiken bemerkbar war — die Linke auszuschließen versuchte. Ein interessanter Versuch war im Oberlande die Errichtung des ungarisch literarischen wissenschaftlichen Institutes durch den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Masaryk in Preßburg, in dem jene Männer tätig waren, die zur aktiven madjarisch-tschechischen Zusammenarbeit bereit waren. Ihr Blatt war die literarische kritische Vierteljahrsschrift Magyar Figyelö (Ungarischer Beobachter) die — als das Institut in Geldschwierigkeiten geriet und geschlossen wurde — 1937 ihr Erscheinen einstellte. Von konservativen Kreisen unterstützt, erschien 1936/37 in Komorn eine Monatsschrift Nemzeti Kultura (Nationale Kultur) unter der Schriftleitung von Dr. Gyula Alapi, die rein wissenschaftliche Beiträge aus dem Gebiete der Geschichte und ungarischer Philologie veröffentlichte, aber ebenfalls nur kurze Lebensdauer hatte. Ein Versuch des Schriftleiters des Prágai Magyar Hirlap, Pál Szvatkó, 1932 eine Zeitschrift Uj Munka (Neue Arbeit) zu schaffen, in der sämtliche oberländische Dichter und Schriftsteller ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung zu Worte kommen sollten, scheiterte bereits nach der ersten Nummer.

Etwas anders als im Oberlande, war die Lage in Siebenbürgen, wo sich das Madjarentum auf Analogien aus der Vergangenheit stützen konnte, nachdem die Erinnerung an die ziemlich selbständige Entwicklung des geistigen Lebens in der Vergangenheit noch nicht verblaßt war. In Siebenbürgen konnte sich daher eine ganz spezifische Literatur herausbilden, die nicht nur die Literatur des Madjarentums im Oberlande und Südgebiete weit übertraf, sondern auch für das Mutterland beispielgebend ist. In der Literatur Siebenbürgens, die in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg als Provinzliteratur ebenfalls zum Schweigen verurteilt war, machte sich nach 1918 in erster Linie eine starke Reaktion gegen den Zentralismus

[60] 1941, 10. Jg., Druck u. Verlag: Druckereiunternehmen Sajó-Vidék Rosenau, Kaschau, 1 × monatl.

Budapests geltend. Diese äußerte sich vor allem darin, daß die ausgedehnte und vertiefte Entdeckung Siebenbürgens mit allen Mitteln des künstlerischen Ausdrucks gesteigert erstrebt wurde. Dies begann mit der lyrischen Dichtung, wurde mit der Novelle und dann mit dem Roman fortgesetzt und fand natürlich auch im wissenschaftlichen Leben Geltung. Vor allem wurden farbige Schilderungen aus dem Leben der Szekler gebracht, doch traten auch andere Teile Siebenbürgens, sowie das Leben in den Städten in den Mittelpunkt des Schaffens. Heute gibt es in Siebenbürgen keinen madjarischen Schriftsteller und Wissenschaftler, der nicht vom Geschicke seines Volkes mitgerissen worden wäre. Das ist eine natürliche Folge davon, daß das Madjarentum nach 1918 hier ganz auf sich allein angewiesen war und die schöpferisch tätigen Menschen keine anderen Anregungen erfahren konnten, als die aus ihrer Umgebung. Diese Tatsache erklärt das Auftreten eines gewissen regionalen Selbstbewußtseins im ungarischen Schrifttum Siebenbürgens. Mit der Entdeckung Siebenbürgens begann auch die Erforschung seiner Vergangenheit, was auch in historischen Novellen und Romanen zum Ausdruck kam, die selbst im Mutterlande Interesse erweckten. Durch die eingehende Betrachtung Siebenbürgens wurden die Wissenschaftler, Schriftsteller und Dichter, welcher Partei sie auch sonst angehören mochten, doch auf einer Ebene vereinigt. Die Erkenntnis, daß ein Minderheitenvolk auf politischem Gebiete nur wenig Möglichkeit zu einer größeren Aktivität hat, geistig jedoch eine geschlossene Einheit bilden kann, die die Voraussetzung dafür ist, daß die völkischen Werte und Traditionen bewahrt werden, führte zum Zusammenschluß aller geistigen Kräfte des Madjarentums. Die wissenschaftlichen Faktoren schlossen sich um die älteste ungarische geisteswissenschaftliche Zeitschrift Siebenbürgens: Erdélyi Muzeum (Siebenbürgisches Museum) [61] zusammen. Dieses Blatt erblickte bereits 1884 das Licht der Welt und trug damals den Titel: Veröffentlichungen der philosophischen, sprach- und geisteswissenschaftlichen Fachabteilung der siebenbürgischen Museumsgesellschaft. Der Entschluß der Museumsgesellschaft (unter Museum wurde auch eine Sammlung der geistigen Produkte verstanden), eine Zeitschrift zu gründen, entsprach nicht nur ihrem Wunsche, die Öffentlichkeit von Zeit zu Zeit von der eigenen wissenschaftlichen Tätigkeit zu unterrichten, sondern er stand auch in engster Verbindung mit der Tätigkeit der 1879 gegründeten Klausenburger Universität. Die Professoren dieser Universität hatten nämlich das Verlangen, ein wissenschaftliches Organ zu schaffen, in welchem hauptsächlich sie zu Worte kommen könnten, und sie fanden, daß eine Zeitschrift, die am Sitz der Universität erscheint, den meisten Erfolg haben würde. Diese Zeitschrift war dann das Erdélyi Muzeum, welches von der Museumsgesellschaft unter der Bedingung erhalten wurde, daß außer religiösen und tagespolitischen Fragen auch alle anderen Wissenschaftszweige darin vertreten sein sollten. Das Ziel der Zeitschrift war also die Förderung aller Wissenschaften und Wissenschaftler in Siebenbürgen. Die Zeitschrift wurde 1918 eingestellt. Die tiefgehenden politischen, kulturellen und geistigen Umwälzungen in Siebenbürgen nach 1918 stellten auch die wissenschaftlichen Bestrebungen vor neue Aufgaben, die nun, nachdem Erdélyi Muzeum nicht mehr erschien, in viel bescheidenerem Rahmen seit 1924 die Erdélyi Irodalmi Szemle (Siebenbürgische literarische Rundschau) vertrat. Als jedoch die Zeitschrift Erdélyi Muzeum 1930 wieder erstand, verschmolz die Irodalmi Szemle in diese; sie setzte ungefähr das, was sie 1884 begonnen hatte, fort: sie übernahm die Aufgabe, Mitteilungsblatt für die siebenbürgischen Arbeiten der philosophischen, naturwissenschaftlichen, medizinischen, rechts- und gesellschaftswissenschaftlichen Fachabteilungen zu sein. Durch die Veröffentlichung der innerhalb der Fachgruppen gehaltenen Vorträge förderte sie deren bescheidene Arbeit. Vor allem aber war sie bestrebt, ihren siebenbürgischen Charakter zum Ausdruck zu bringen und die Tradition der ungarischen Wissenschaft in Siebenbürgen sorgfältigst zu wahren, ferner den wissenschaftlichen Nachwuchs nach Kräften zu unterstützen. Da der Rahmen dieser Zeitschrift für die Medizin zu eng war, rechtswissenschaftliche Beiträge infolge der politischen Verhältnisse nur selten gebracht werden konnten, gehörten mehr als $^3/_4$ der Zeitschrift der Philosophie und den dazugehörigen Wissenschaftszweigen. Zum großen Teil waren die Beiträge den Vorlesungs-Sitzungen der Vereinigung entnommen, und befaßten sich mit historischen, kulturhistorischen (Kirche, Religion, Zeitschriften, Schauspiele usw.), literaturhistorischen, pädagogi-

[61] 1941, 46. Jg., Druck: Minerva, literarisches u. Druckerei-Institut AG., Klausenburg, 4 × jährl.

schen, ästhetischen, psychologischen, philosophischen, soziologischen und ethnographischen Fragen, in erster Linie im Bezug auf Siebenbürgen. In größerem Umfange als früher wurden namhafte Kunstdenkmäler besprochen und Daten der Ortsnamenforschung veröffentlicht. Um die Folgen der geistigen Grenzsperre zum Mutterlande zu mildern, gab sie umfangreichen Buch- und Zeitschriftenbesprechungen breiten Raum. Sie bemühte sich auch um die Pflege der madjarisch-rumänischen Kulturverbindungen, wobei allerdings die politischen Spannungen hemmend wirkten. Die Zeitschrift, die heute unter der Schriftleitung von Lajos György steht, bewahrte sich auch unter den jetzigen veränderten Verhältnissen ihren Charakter. Der einzige Unterschied ist lediglich der, daß ihre Arbeit jetzt nicht mehr gegen die Schwierigkeiten des Minderheitenlebens ankämpfen muß.

So wie sich fast alle siebenbürgischen Wissenschaftler um die Zeitschrift Erdélyi Muzeum zusammenschlossen, schlossen sich die bedeutendsten siebenbürgischen Schriftsteller um den Erdélyi Helikon (Siebenbürgischer Helikon) [62], der Zeitschrift der freien Vereinigung der siebenbürgischen Schriftsteller, zusammen. Im Erdélyi Helikon, der unter der Hauptschriftleitung von Graf Miklós Bánffy steht, kamen alle bedeutenden Schriftsteller und Dichter Siebenbürgens zu Wort, so der 1941 verstorbene größte siebenbürgische Lyriker Sándor Reményik, Károly Kós, Lajos Áprily, Sándor Makkai, Károly Molter, Áron Tamási, József Nyirö usw.; der Helikon behielt, ebenso wie Erdélyi Muzeum, seine Rolle auch heute, nach der Rückgliederung Nordsiebenbürgens an Ungarn. Neben dem Erdélyi Helikon als Vertreter des Transsylvanismus besteht seit 27 Jahren die am meisten gelesene literarische und künstlerische, etwas irredentistisch angehauchte Bilderzeitschrift Pásztortüz (Hirtenfeuer) [63], die, wie schon aus dem Titel ersichtlich ist, wie ein Hirte über dem madjarischen geistigen Leben Siebenbürgens wachen will. Sie veröffentlicht neben Novellen, Gedichten und Romanausschnitten auch Beiträge über die siebenbürgische Malerei, Bildhauerei und Musik, sowie zahlreiche Abbildungen, ferner eine Theater- und Filmkritik.

Die einzige literarische Zeitschrift im Weltkrieg und zugleich auch das älteste nationalpolitische Blatt Siebenbürgens, ist die Erdélyi Szemle (Siebenbürgische Rundschau), die auf eine bewegte Vergangenheit zurückblickt. Als sie ins Leben gerufen wurde, hieß sie Kolozsvári Szemle (Klausenburger Rundschau) [64] und trug den Untertitel: literarisches, gesellschaftskritisches Wochenblatt und brachte außer volkstümlichen Aufsätzen ständige Buchkritiken und Berichte über Ereignisse aus der Welt des Theaters und der Kunst. 1936 nannte sich diese Zeitschrift nur Szemle (Rundschau), mit dem Untertitel Minderheitenzeitschrift. Nachdem ihr Erscheinen einige Zeit verboten war, tauchte sie 1937 unter dem jetzigen Titel wieder auf, aber wieder in einer veränderten Form, da sie die Schicksalsfragen des siebenbürgischen Madjarentums mehr in den Vordergrund stellte, während die literarischen Ziele nicht mehr den ersten Platz einnahmen. Sie war bestrebt, im siebenbürgischen Madjarentum für alle Gebiete des öffentlichen Lebens eine einheitliche Schau auszubilden. Ihre Zielsetzungen blieben die gleichen, auch als sie, nachdem sie im Anschluß an die Rückgliederung einige Monate verschwunden war, im Herbst 1940 als viermal monatlich erscheinende Zeitung veröffentlicht wurde.

Der Keim der Dorfforscherarbeit der Sarló-Jugend im Oberlande war, wie schon angedeutet, im Mutterlande und auch in Siebenbürgen auf fruchtbaren Boden gefallen. Die madjarischen Hochschüler Siebenbürgens vertraten ihre Ideen in der Zeitschrift Erdélyi Fiatalok (Siebenbürgische Jugend), die erstmalig 1930 in Klausenburg erschien. Die siebenbürgische Jugend, die sich um diese Zeitschrift sammelte, glaubte, daß das Schicksal ihm sein Minderheitenlos auferlegte, um eine innere Umformung und Läuterung hervorzurufen. Diese Jugend, die sich bewußt war, daß sie in Zukunft ihr Volk zu führen haben werde, erstrebte die Schaffung eines Selbstbewußtseins im völkischen Sinne, ohne Rücksicht auf konfessionelle oder Klassenunterschiede. Daher befaßte sich die Zeitschrift auch mit allen Problemen des siebenbürgischen Madjarentums und suchte darüber hinaus auch den Weg einer Verständigung

[62] 1941, 13. Jg., Verlag: Erdélyi Szépmives Céh, Klausenburg, 10 × jährl.
[63] 1941, 26. Jg., Klausenburg, 2 × monatl.
[64] 1941, 26. Jg., Druck: „Fraternitas" AG., 1 × wöchentl.

mit der Jugend der im gleichen Raume lebenden Völker. Diese Zeitschrift wurde mit der Zeit aus dem Organ der Hochschülerschaft zum Organ der ganzen jungen Generation. Als Ergebnis seiner erfolgreichen Dorfforscher-Tätigkeit gab dieser Kreis die Dorfhefte der siebenbürgischen Jugend (Az Erdélyi Fiatalok Falu-Füzetei) heraus. Aus der konservativen Reformrichtung im Sinne Széchenyis erwuchs 1936 die nationalpolitische Rundschau Hitel (Kredit)[65], deren Titel dem grundlegenden, gleichnamigen Werke des Grafen Széchenyi entlehnt wurde. Das 1830 erschienene Werk des Grafen Széchenyi umfaßte nicht nur den Begriff des wirtschaftlichen Kredits, sondern es bedeutete auch „einander glauben und glauben können", dehnte sich also auch auf den Begriff des moralischen und geistigen Kredits aus. Um den Hitel sammelten sich die jungen Intellektuellen Siebenbürgens, die auf der Grundlage der Ideen Széchenyis stehen, daß nämlich das Neue aus den gegebenen Verhältnissen organisch entwickelt werden muß. Der Hitel wandte sich in erster Linie an die 20—25jährigen, die er schulen und zu einer aktiven Tätigkeit im madjarischen Minderheitenleben erziehen wollte. Aber er wandte sich auch an die älteren Madjaren, die zur Mitarbeit bereit waren, denn er wollte in möglichst breiten Kreisen eine einheitliche Einstellung zu den praktischen Kulturfragen, zu den Problemen des literarischen und wissenschaftlichen Lebens ausbilden. 1936 erhielt der Hitel seine heutige Form und erweiterte seinen Aufgabenkreis. Neben der Untersuchung der wichtigsten gesellschafts-, kultur- und wirtschaftspolitischen Fragen des Madjarentums begann er diese Gesichtspunkte auch auf das Streumadjarentum anzuwenden und die Möglichkeit einer ständigen Zusammenarbeit mit ihnen und ihr Heranziehen zur Mitarbeit zu erwägen. Auch diese Zeitschrift hatte das Ziel, die Intelligenz auf die historische Vergangenheit hinzuweisen, vor allem aber Basis für die junge Generation zu sein, von der aus sie die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit verkünden kann. Eine Änderung erfuhr der Hitel am Beginn des siebenten Jahrganges, im April 1942, als er zur wirksameren Verkündung seiner Ideen, zu einem monatlich erscheinenden Blatt umgestaltet wurde.

Kurz soll noch auf die, unter der Schriftleitung von Gábor Gál und László Dienes von 1926—1940 in Klausenburg erscheinende Zeitschrift Korunk (Unsere Zeit) verwiesen werden. Diese Zeitschrift, die auch im Oberlande viel gelesen wurde, verfolgte ungefähr bis zum Jahre 1930 eine mehr pazifisch-humanistische Richtung, wurde dann aber Organ der linksradikalen, kommunistischen Vertreter der Literatur, die eine Synthese der europäischen Kultur erstrebten. 1940 stellte das Blatt sein Erscheinen ein.

Am nachteiligsten machte sich die starke Zentralisation Budapests auf dem Gebiete der geistigen Produktion bei jenen Madjaren bemerkbar, die durch den Friedensschluß von Trianon an den neuen südslawischen Staat kamen. Die Nähe Budapests, sowie die guten Verkehrsverhältnisse hatten die Ausgestaltung einer starken Provinzpresse hier von vornherein verhindert, ebenso wie die großen Belgrader Zeitungen das Entstehen einer selbständigen serbischen Presse in der Wojwodina ausschlossen. Dazu kam noch, daß durch die späte Entstehung der meisten Gemeinden, die erst im 18.—19. Jahrhundert geschaffen wurden, die Ausbildung einer kulturellen Einheit bei der Bevölkerung verschiedenen Ursprungs sehr schwer möglich war. Ebenso war die Tatsache, daß die Madjaren meist der bäuerlichen Schicht angehörten und nur ein geringer Prozentsatz von ihnen in den Städten wohnte, kein günstiger Umstand für die Entwicklung einer bedeutenden Presse. Dies alles ist die Erklärung dafür, daß von den 45 madjarischen Presseerzeugnissen in Jugoslawien, die meist ausschließlich lokalen Charakter hatten, nur ein einziges Blatt auch über die Grenzen hinaus Bedeutung gewann. Es handelt sich hierbei um die in Neusatz erscheinende, von Károly Szirmai und Ede Draskóczy redigierte Zeitschrift Kalangya (Saatkorn)[66], die sich nach Klausenburg orientierte und das einzige repräsentative Organ des madjarischen Schrifttums in Jugoslawien war. Der Titel sollte ausdrücken, daß die Zeitschrift das Korn der literarischen Ernte der Madjaren in Jugoslawien sammelt. Neben Ausschnitten aus Werken madjarischer Dichter und Schriftsteller, ferner aus den Werken anderer schaffender Künstler, gab sie jedoch auch Beiträge über politische, wirtschaftliche und allgemein kulturelle Fragen der jugoslawischen madjarischen Minderheit.

[65] 1941, 6. Jg., Druck: Minerva AG., Klausenburg, 4 × jährl.
[66] 1941, 10. Jg., Druck: Minerva, Neusatz, 1 × monatl.

Im Heft 1941 Nr. 12 z. B. finden wir also neben Gedichten und kurzen Erzählungen, einen interessanten Beitrag über die alte madjarische Volksmusik auf der madjarischen Volksinsel in Slawonien, einen Bericht über die Entwicklung der ungarischen Presse in Jugoslawien seit 1918, eine kurze Zusammenfassung über die Probleme der Bodenfrage von Mihály Kerék, sowie einen Überblick über die Tätigkeit der Madjarischen Kulturgemeinschaft in Jugoslawien. Sie war auch die einzige Zeitschrift, welche durch die Besprechung der in Ungarn erschienenen wissenschaftlichen und literarischen Arbeiten, diese dem jugoslawischen Madjarentum näherbringen und so die geistige Verbindung aufrechterhalten wollte.

Die ungarischen Zeitschriften, deren Antlitz durch das Minderheitengeschick geprägt wurde, haben jetzt, nachdem sie dem Mutterlande angeschlossen wurden, die Aufgabe, die aus dem Zusammenleben mit den fremden Nationalitäten gewonnenen Erfahrungen möglichst vielen Madjaren mitzuteilen, um so zur Lösung einer der größten madjarischen Fragen der Gegenwart beizutragen, zur Ausgestaltung einer zeitgemäßen Haltung den Nationalitäten gegenüber.

3.

Das Mittel zur Pflege der zwischenstaatlichen geistigen und kulturellen Beziehungen, sowie zur Verbreitung der madjarischen Ziele und Ideen im Auslande, sind die fremdsprachigen Zeitschriften. Dabei kann man beobachten, daß die beiden Organe in französischer Sprache, nämlich Nouvelle Revue de Hongrie[67] und Archivum Europae Centro-Orientalis[68], sowie die englischsprachige Vierteljahrsschrift The Hungarian Quarterly[69] in ihrer Bedeutung von den zahlreichen, in den letzten Jahren geschaffenen Organen in deutscher und italienischer Sprache immer mehr zurückgedrängt werden. Dies ist der Ausdruck für die außenpolitischen Bestrebungen des ungarischen Staates, die nicht zu trennen sind von dem Verhältnis zu Italien und Deutschland. Es ist daher verständlich, daß Ungarn vor allem bestrebt ist, die Verbindungen zu diesen Staaten zu pflegen.

Die älteste, auch heute noch erscheinende, publizistische, fremdsprachige Zeitschrift Ungarns ist die Nouvelle Revue de Hongrie, die unter der Schriftleitung von Jozsef Balogh seit 33 Jahren erscheint. Sie entspricht fast völlig der Magyar Szemle, hat den gleichen Kreis von Mitarbeitern, erscheint im gleichen Verlag und veröffentlicht auch Beiträge im gleichen Stil, die z. T. schon in der Magyar Szemle erschienen. Ein Unterschied besteht lediglich darin, daß in der Nouvelle Revue kleine Erzählungen berühmter madjarischer Dichter, sowie allgemeine Überblicke über das Kunstschaffen in Ungarn veröffentlicht werden. Ähnlichen Charakter hat auch das Blatt The Hungarian Quarterly, das nur darin von der Nouvelle Revue abweicht, daß es vierteljährlich erscheint und den angelsächsischen Verhältnissen angepaßt ist. Soviel feststellbar ist, dürfte diese Zeitschrift heute nicht mehr erscheinen. Die zweite Zeitschrift mit französischem Titel, das Archivum Europae Centro-Orientalis, paßte sich den außenpolitischen Zielen Ungarns bereits ziemlich stark an, was daraus ersichtlich ist, daß die französischen Beiträge vor allem von den deutschen und auch von den italienischen Aufsätzen immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden. Die Artikel, die z. T. bereits in ungarischen Zeitschriften veröffentlicht wurden, befassen sich mit den gesamten Lebenserscheinungen Ostmitteleuropas.

Zum Ausbau der ungarisch-italienischen Beziehungen wurde 1921 die kulturpolitische Zeitschrift Corvina[70] von A. Berzeviczy ins Leben gerufen. 1938 wurde sie umgestaltet, und in der neuen Form erscheint sie bis heute, redigiert von Tibor Gerevich, Professor für Kunstgeschichte an der Universität Budapest, und von Luigi Zambra, Professor für italienische Literatur, ebenfalls an der Universität Budapest. Zu den Mitarbeitern gehören sowohl Italiener als auch Madjaren, die längere Beiträge über die aktuellen Ereignisse im

[67] 1941, 34. Jg., Druck: Athenaeum, AG., 1 × monatl.

[68] 1940, 6. Bd., Druck: Sárkány Druckerei AG., Budapest.

[69] 1941, 7. Jg., Druck: Athenaeum, Budapest, 4 × jährl. Erscheinen Ende 1941 vermutlich eingestellt.

[70] 1941, 4. Jg., Neue Serie, Verlag: Franklin-Gesellschaft, Budapest, 1 × monatl.

geistigen und wissenschaftlichen Leben beider Länder, sowie Buchbesprechungen aus dem gleichen Bereiche geben. Auf Anregung des ehemaligen ungarischen Kultusministers Bálint Hóman, neben der Corvina noch ein Organ von bleibendem Wert zu schaffen, entstand 1936 das Annuario, Studi e documenti italo-ungheresi, della R. Accademia d'ungheria di Roma[71], das berufen ist, auf rein wissenschaftlicher Grundlage zur Vertiefung der gegenseitigen Kulturbeziehungen beizutragen, somit also die publizistische Tätigkeit der Corvina, sowie der in Fünfkirchen erscheinenden Zeitschrift Pannonia zu ergänzen. Das Jahrbuch wird vom jeweiligen Leiter des Institutes herausgegeben und zählt ebenfalls sowohl Italiener als auch Madjaren zu seinen Mitarbeitern, wobei die Madjaren meist dem Verbande des Institutes angehören. Da sich das Jahrbuch bezüglich der Zeit des Erscheinens nicht festlegte, kommt es nicht in regelmäßigen Abständen heraus. Bis jetzt sind seit 1937 erst 3 Bände erschienen. Die neueste italienisch-ungarische Zeitschrift ist das Blatt Rassegna D'ungheria[72], das erst 1941 ins Leben gerufen wurde, von Pál Ruzicska redigiert wird und ähnliche Ziele verfolgt wie die deutschsprachige Zeitschrift Donaueuropa, die auch im gleichen Verlag erscheint. Es ist bestrebt, der italienischen Öffentlichkeit die politischen, sozialen und vor allem wirtschaftlichen Fragen Ungarns bekanntzugeben und auf die Rolle Ungarns als Mittelpunkt des Donauraumes hinzuweisen. Die Rassegna D'ungheria regte auch die Veröffentlichung einer Biblioteca ungherese an, die in 3 Reihen gegliedert sein soll: in eine Reihe für geographische, historische und politische, in eine Reihe für statistische, wirtschaftliche und soziale Fragen, sowie in eine kulturelle Reihe. Die Aufgabe, die ungarische Leserschaft von den aktuellen Fragen Italiens in madjarischer Sprache zu unterweisen, übernahm die ungarisch-italienische, kulturelle und wirtschaftliche Rundschau Forum[73], die seit 1940 unter der Schriftleitung von István Horváth erscheint und auch die kolonialpolitischen Fragen Italiens untersucht.

Der Vertiefung der kulturellen Verbindungen mit Deutschland dient neben dem Jahrbuch des ungarischen Institutes für Geschichtsforschung in Wien (A gróf Klebelsberg Kunó Magyar Történetkutató Intézet Évkönyve)[74], das unter der Schriftleitung von Gyula Miskolczy seit 1929 in erster Linie die ungarisch-österreichischen Beziehungen auf historischer Grundlage untersuchte, die August 1940 erstmalig erschienene Zeitschrift der deutsch-ungarischen Gesellschaft in Budapest, Ungarn[75], redigiert von Béla Pukánszky. Sie verfolgt vor allem das Ziel, durch ihre Aufsätze aus der Geschichte, dem sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben Ungarns, den deutschen Lesern ein Bild über die Bedeutung der Madjaren für den Westen, als Grenzwall gegen den Osten, sowie über ihre Sendung im Karpatenraum zu vermitteln. 1941 erschien, herausgegeben vom Imrédy-Kreis „Das schaffende Ungarn"[76], eine Zeitschrift mit dem Mitarbeiterstab des Egyedül Vagyunk; sie verfolgt auch die gleichen Ziele wie dieses Blatt und veröffentlicht in ähnlicher Aufmachung die gleichen Aufsätze, Bildberichte, Gedichte usf. Fast gleichzeitig mit Kárpátmedence erschien auch eine deutschsprachige Zeitschrift mit ähnlichen Zielsetzungen. Diese neue Zeitschrift, Donaueuropa[77], weist auch bereits im Titel auf jenen Raum hin, den sie genauer beleuchten will. Sie will den geopolitischen Anspruch der Madjaren auf den Donauraum immer wieder darlegen, um zu beweisen, daß hier allein das Madjarentum zur Führung berufen ist. Sie stellt die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund ihrer Betrachtungen, immer mit dem Bestreben, Budapest als das wirtschaftliche Zentrum, in dem alle Fäden zusammenlaufen, darzustellen.

Diese Zeitschrift, die ganz offen den madjarischen Führungsanspruch im Karpatenbecken vertritt, steht am Ende der in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts in Ungarn einsetzenden Entwicklung. Denn zu den anfänglich vereinzelten Zeitschriften, die im Interesse der Ausgestaltung einer einheitlichen öffentlichen Meinung den madjarischen Schicksalsfragen

---

[71] 1937, 2. Bd., Druck: P. Russi, Rom.
[72] 1941, 1. Jg., Verlag: Societas Carpatho Danubiana, Budapest, 1 × monatl.
[73] 1941, 2. Jg., Druck: Stádium Druckerei AG., Budapest, 1 × monatl.
[74] 1941, 11. Jg., Druck: Sárkány Druckerei, Budapest.
[75] 1941, 2. Jg., Druck: Kgl. ung. Universitätsdruckerei, Budapest, 1 × monatl.
[76] 1941, 2. Jg., Druck: Stádium Druckerei AG., Budapest, 1 × monatl.
[77] 1941, 1. Jg., Verlag: Societas Carpatho Danubiana, Budapest, 1 × monatl.

gegenüber, schwer gegen die allgemeine Gleichgültigkeit ankämpfen mußten, gesellten sich immer mehr Organe, die das gleiche Ziel erstrebten und auch immer stärkeren Widerhall fanden. Es ist richtig, daß es in Ungarn auch heute noch sehr viele Zeitschriften, als Vertreter ebensovieler wissenschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Institutionen, gibt. Im Gegensatz zu früher werden sie jedoch letztlich durch einen gemeinsamen Gedanken vereinigt, durch den Gedanken an die Errichtung eines großen Reiches im Karpatenbecken unter der wirtschaftlichen und kulturellen Führung Ungarns.

Schrifttum

Hóman Bálint und Szekfű Gyula, Magyar történet V (Ungarische Geschichte). 6. Aufl. Budapest 1939, Universitätsdruckerei.

Kerék Mihály, A magyar földkérdés (Die ungarische Bodenfrage). Budapest 1939, Universitätsdruckerei.

Szekfű Gyula, Három nemzedék (Drei Generationen). 6. Aufl. Budapest 1940, Universitätsdruckerei.

Dezsényi Béla, Vidéki Sajtónk (Unsere Provinzpresse). Kárpátmedence, II. Jg., Nr. 2, Februar 1942.

Gál István, A magyar vidék folyóiratai (Die Zeitschriften der ungarischen Provinz). Erdélyi Helikon, 12. Jg., 1940, S. 255.

Hamvas Béla, Magyar folyóiratirodalom (Ungarische Zeitschriftenliteratur). Magyar Kulturszemle, I. Jg., Nr. 3, 1938.

Kolosvári-Borcsa Mihály (Präsident der Pressekammer), Magyar Sajtó (Ungar. Presse). Radiovortrag. Uj Magyarság, 3. Januar 1942.

Ölvedi János, A magyar sajtó és a zsidóság (Die ungarische Presse und das Judentum). Nemzetőr, 6. März 1942.

Alphabetisches Verzeichnis der angeführten Zeitschriften

(Die Zahlen bedeuten die Seiten)

Akadémiai Értesitö 670
Annuario studi e documenti italo-ungheresi, della R. Accademie d'ungheria di Roma 694
Archivum Europae Centro-Orientalis 693
Budapest Székesföváros Statisztikai Havifüzetei 673
Budapesti Szemle 670
Corvina 693
Das schaffende Ungarn 694
Debreceni Szemle 687
Délvidéki Szemle 687
Donaueuropa 694
Dunántuli Szemle 688
Egyedül Vagyunk 682
Erdélyi Helikon 691
Erdélyi Muzeum 690
Ethnographia Népélet 674
A Földgömb 672
Földrajzi Közlemények 671
Forum 694
A gróf Klebelsberg Kunó Magyar Történet kutató intézet Évkönyve 694
Györgi Szemle 688
Hitel 692
Jelenkor 684
Journal de la société hongroise de statistique 673
Kalangya 692
Kárpátmedence 683
Katolikus Szemle 684
Kelet Népe 685
Kisebbségi Körlevél 678
Kisebbségi Tudósitó 678
Kisebbségvédelem 679
Kolosvári Szemle 691
Külügyi Szemle 680
Láthatár 677
Levéltári Közlemények 671
Magyar Csillag 685
Magyar Élet 685
Magyar Gazdaság Kutató Intézet Gazdasági Heljzetjelentése 673
Magyar Külpolitika 680
Magyar Kultura 685
Magyar Kulturszemle 686
Magyar Nyelv 673
Magyar Nyelvör 673
Magyar Statisztikai Szemle 672
Magyar Szemle 676
Magyar Ut 685
Magyarosan 673
Magyarságtudomány 683
Nemzetgazdasági Szemle 673
Nép és Családvédelem 676
Népünk és Nyelvünk 687
Nouvelle Revue de Hongrie 693
Numizmatikai Közlöny 671
Nyugat 685
Az Ország Útsa 681
Pannonhalmi Szemle 688
Pannonia 687
Pásztortüz 691
Protestáns Szemle 684
Rassegna D'ungheria 694
Soproni Szemle 688
Statisztikai Negyedévi Közlemények 673
STUD (Statisztikai Tudósité) 678
Szabolcsi Szemle 688
Századok 671
Szellem és Élet 681
Széphalom 687
Szociális Szemle 675
Társadalomtudomány 675
Térképészeti Közlöny 672
The Hungarian Quarterly 693
Turul 671
Uj Élet 689
Uj Europa 682
Ungarn 694
Városi Szemle 673
Vigilia 685

Der Kampf gegen den Bolschewismus an der baltischen Ostfront im Jahre 1918/19

Zur Forschung insbesondere des Jahres 1939 *

Von Jürgen von Hehn, z. Z. im Felde

Ein Jahr ist vergangen, seit das deutsche Volk in seiner Gesamtheit in hartem und erbittertem Ringen im Krieg gegen den bolschewistischen Weltfeind steht. Damit gewinnen auch jene Kämpfe vor mehr als 20 Jahren an der baltischen Front für uns nicht nur ein neues und starkes Interesse, sondern das Streben bester deutscher Männer in jenen trüben Tagen des Herbstes und Winters 1918/19 findet heute seine Erfüllung. Es mag daher gerechtfertigt erscheinen, heute noch auf die vor zwei Jahren im Zusammenhang mit der Feier des 20jährigen Gedenkens der Befreiung Rigas von den Bolschewiken am 22. Mai 1919 veröffentlichten Werke und wichtigen Forschungsergebnisse zurückzukommen, zumal sie in ihrer Bedeutung bisher viel zu wenig bekannt geworden sind.

v. Engelhardt veröffentlichte bereits 1938 die Erinnerungen seines Vaters, des Führers der Kavallerie-Abteilung Engelhardt [1]; H. Dopkewitsch bot eine sehr brauchbare Übersicht über die Presse im lettländischen Gebiet 1918/19 [2]; in der Schriftenreihe „Baltische Lande" erschienen als erste Lieferung des 4. Bandes, der die Weltkriegs- und Nachkriegszeit behandeln soll, mehrere Untersuchungen mit dem Gesamttitel „Der Bolschewismus und die baltische Front" [3]; C. Grimm legte ein Buch vor „Jahre deutscher Entscheidung im Baltikum 1918/19" [4], das die Entwicklung von der deutschen Besetzung des Landes bis in den Februar 1919 gibt [5].

Die beiden zuletzt genannten Werke haben eine ausführliche Besprechung in der Zeitschrift „Jomsburg", Jg. 5, 1941, durch B. Sielmann gefunden [6], doch bringt der Verfasser darin auch wesentliche eigene Forschungsergebnisse, die insbesondere von den Bestrebungen handeln,

---

* Dieser Forschungsbericht stellt eine Ergänzung des vom gleichen Verfasser in dieser Zeitschrift, Jg. 4, 1940, S. 620 — 640, veröffentlichten Beitrages „Zur baltischen Geschichte" dar. Vgl. insbesondere dort S. 624, Anm. 15b.

[1] E. Frhr. v. Engelhardt, Der Ritt nach Riga. Aus den Kämpfen der Baltischen Landeswehr gegen die Rote Armee 1918—1920, Berlin 1938.

[2] H. Dopkewitsch, Die Presse im lettländischen Gebiet 1918/19. In: Deutsches Archiv f. Landes- u. Volksforschung, Jg. 2, 1938, S. 737 ff.

[3] Leipzig 1939.

[4] Essen 1939.

[5] Genannt seien ferner: G. v. Krusenstjern, Als MG.-Mann im Baltenregiment, Reval 1938. (Erinnerungen in der Form von Tagebuchblättern.) — Ders., Heldengedenkbuch des Baltenregiments, Reval 1938 (enthaltend Bilder und Lebensläufe der Toten und Verwundeten des Regiments). Die Baltische Landeswehr, 2 Aufl., Riga 1939. (Die erste Auflage ist in einigem abgeändert worden.) — H. v. Rimscha, Die Staatswerdung Lettlands und das baltische Deutschtum, Riga 1939. (Da das letztgenannte Buch nur zur ersten Orientierung geeignet und in seiner Darstellung allzustark durch die politische Lage des Jahres 1938/39 und seinen Erscheinungsort bestimmt ist, kann auch von seiner Berücksichtigung an dieser Stelle abgesehen werden. Vgl. die Besprechung in: Baltische Monatshefte, Jg. 1939, S. 314.)

[6] B. Sielmann, Das Ringen um das Baltikum 1918/19. Eine Übersicht über die Forschungsergebnisse des Jahres 1939. In: Jomsburg, Jg. 5, 1941, S. 385—414. Vgl. f. d. Folg. insbesondere S. 386 bis 400.

im Ergebnis des ersten Weltkrieges die baltischen Lande politisch mit Deutschland zu verbinden [7].

Nachdem der erste Weltkrieg von den Russen offiziell als Vernichtungsfeldzug des Slawentums gegen das Germanentum proklamiert war und dann durch den großen deutschen Sieg von Tannenberg und die Einleitung der großen deutschen Ostoffensive mit dem Vormarsch nach Kurland 1915 die praktischen Voraussetzungen gegeben waren, wurde von den im Reich lebenden Balten zielbewußt darauf hingearbeitet, den Anschluß ihrer Heimat an das Reich vorzubereiten. Erstrebt wurde der Anschluß des gesamten baltischen Landes, d. h. der Ostseeprovinzen Rußlands, Kurland, Livland, Estland, an das Reich. Zu diesem Zweck wurde zunächst eine umfangreiche Werbearbeit begonnen, die vom Alldeutschen Verband aufs nachhaltigste unterstützt und gefördert wurde. Da die Reichsleitung, vertreten durch den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, für die geplante Gewinnung des baltischen Gebietes kein Verständnis zeigte, wandte man sich an die öffentliche Meinung in der Hoffnung, mit deren Hilfe die Reichsleitung umzustimmen. In Wort und Schrift wurde eine weitgehende Propaganda getrieben; eine umfangreiche Broschürenliteratur entstand damals. Im Mittelpunkt der Werbung stand der Siedlungsgedanke, zu dessen tatsächlicher Verwirklichung mit dem Angebot der kurländischen Ritterschaft vom August 1915, dem sich die Ritterschaften der Schwesterprovinzen sofort nach ihrer Befreiung von der russischen Herrschaft anschlossen, ein Drittel ihres Landbesitzes für Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen, bereits der erste Schritt getan wurde [8].

Die Wirkung dieser Werbearbeit war bis Mitte 1916, bestärkt durch die Siegeszuversicht der Jahre 1915 und 1916, ansteigend, allein als sich zeigte, daß mit einer baldigen Beendigung des Krieges nicht zu rechnen sei, vielmehr sich Kriegsmüdigkeit im Reich einstellte und ständig an Boden gewann, wurde zugleich das Interesse an der baltischen Frage immer geringer. Zwar schien ja dann das Jahr 1918 die Erfüllung der baltischen Wünsche zu bringen, indessen der Zusammenbruch vom November 1918 enttäuschte alle Hoffnungen.

Zur gleichen Zeit aber entstand für das baltische Land, das eben erst durch die deutschen Truppen von der russischen Willkürherrschaft befreit war, eine Gefahr in einem Ausmaß, wie es sie seit den Zeiten Ivans III. und Ivans IV., Grosny nicht mehr gekannt hatte. Der Bolschewismus, der vertreten durch die Räteregierung im Brest-Litowsker Friedensvertrag vom März 1918 und dem Zusatzvertrag vom August 1918 auf die baltischen Gebiete verzichtet hatte, schickte sich an, wieder an die Ostsee vorzustoßen, mit der Absicht, das baltische Gebiet als Aufmarschfeld für einen Angriff gegen das Reich als Herz Europas zu benutzen.

Damals entstanden jene kleinen deutschen Freikorps, die Baltische Landeswehr im Süden und das Baltenregiment im Norden, die dann, unterstützt von der Eisernen Division und anderen deutschen Freiwilligenverbänden, diesen ersten Angriff des Bolschewismus auf Europa vereitelten.

Im Folgenden soll nun kurz die Zeit jener Kämpfe, wie sie die oben genannten Bücher und Schriften berichten, behandelt werden.

Das Buch von v. Engelhardt gehört nicht völlig in einen wissenschaftlichen Forschungsbericht hinein, und doch darf es in einer Behandlung des Schrifttums über die Zeit des Bolschewismus und des Kampfes der Baltischen Landeswehr nicht fehlen, denn es ist in seinem Hauptteil, den Erinnerungen des Führers der Kavallerie-Abteilung Engelhardt an das Schicksal seiner Truppe, eines der schönsten erlebnismäßigen Zeugnisse jener Zeit; die Niederschrift erfolgte bald nach Abschluß des Kampfes — im Mai 1921 starb Engelhardt —, in einer Zeit also, wo auch Einzelheiten noch frisch und unverwischt im Gedächtnis waren. Damit ist der Quellenwert der Erinnerungen gekennzeichnet. Besondere Beachtung verdient der Abschnitt über den Erkundungsritt der Abteilung Engelhardt nach der Einnahme Rigas, der 150 Kilometer hinter die feindliche Front bis nach Lettien an der Ostgrenze Livlands führte. —

[7] Diesen Ausführungen hat der Verfasser wohl die in seiner bisher leider noch ungedruckten Königsberger Dissertation erzielten Forschungsergebnisse zugrunde gelegt.

[8] Vgl. zur Siedlungsfrage auch den Aufsatz von R. Stupperich, Siedlungspläne im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost (Militärverwaltung Litauen und Kurland) während des Weltkrieges. In: Jomsburg, Jg. 5, 1941, S. 348—367.

Zeitungen und Zeitschriften aus jener Zeit (1918/19) sind eine sehr reichhaltige und aufschlußreiche Quelle; ihre Zahl ist sehr groß. Es ist schwer, sich in ihnen zurechtzufinden und sie richtig zu werten und einzuordnen. Dopkewitsch faßt sie in 6 große Gruppen zusammen: deutschbaltische Zeitungen, deutsche Soldatenzeitungen, bürgerliche und sozialistische lettische Zeitungen, russische Zeitungen, kommunistische Zeitungen, kommunistische politische Zeitschriften. Jedes einzelne Blatt wird kurz charakterisiert, seine Herausgeber, Schriftleiter und Erscheinungsdauer angegeben. Eine tabellarische Übersicht ordnet zusammenfassend die Zeitungen nach Ort und Zeit ihres Erscheinens. Für jeden Forscher über diese Zeit ist damit ein wichtiges Hilfsmittel gegeben.

Die Lieferung „Der Bolschewismus und die baltische Front" des 4. Bandes der „Baltischen Lande" bringt Beiträge von K. v. Raumer, R. Wittram, A. Fletcher, B. Sielmann, H. Dopkewitsch und G. Frantz.

K. v. Raumer[9] sucht ein Bild von den Möglichkeiten zu geben, die sich für die deutsche Politik mit dem Abschluß des Friedensvertrages von Brest-Litowsk und der deutschen Truppenstellung vom Finnischen Meerbusen bis zum Schwarzen Meer und dem Kaukasus ergaben. Einerseits mußte natürlich verhindert werden, daß sich eine neue Ostfront bildete, andererseits aber trat an Deutschland die Aufgabe heran, den gewaltigen Raum einer Ordnung zuzuführen. Die bolschewistische Machtbasis wurde immer schmäler; in den Randgebieten bildeten sich Gegenregierungen; antibolschewistische Armeen drangen mit Erfolg vor. Wohl suchte die Entente auf diese Verbände Einfluß zu gewinnen und sie gegen Deutschland zusammenzuschweißen, andererseits aber gab es eine ständig wachsende Strömung, die — enttäuscht von den rein egoistischen Zielen der Entente — deutsche Ordnungshilfe wünschte und herbeisehnte. Der deutsche Botschafter Helfferich verlangte, die Berliner Regierung solle sich von den Bolschewisten distanzieren und mit den weißrussischen Gruppen Fühlung nehmen. Berlin aber strebte in völliger Unkenntnis der revolutionären Gefahren des Bolschewismus nur danach, den Zusatzvertrag zum Brester Frieden unter Dach und Fach zu bringen. Eine große Möglichkeit deutscher Ostpolitik ging vorüber. —

R. Wittram gibt einen Überblick über die politische Lage im Winter 1918/19[10]; die Verhältnisse im Baltikum ordnet er ein in die allgemeineuropäische, besonders die mitteleuropäische, Lage, wie sie sich seit dem Herbst 1918 entwickelte. Das baltische Deutschtum war von den Ereignissen, die sich im November 1918 überstürzten, überrascht worden. Der baltische Regentschaftsrat protestierte zwar am 19. November gegen die neuen lettischen und estnischen Staatsbildungen, aber die Bereitschaft, eine folgerichtige Politik der Verneinung gegen sie zu führen, war nicht vorhanden. Verhängnisvoll war die starke baltendeutsche politische Zersplitterung; zwar suchte der baltisch-deutsche Nationalausschuß eine einheitliche Linie festzulegen, aber in politischen Fragen sollte keine Majorisierung stattfinden. Ein Zeichen der gesunden Kraft, die in der baltisch-deutschen Volksgruppe wirkte, war indessen die Art, wie sie zu den Waffen griff, als der Bolschewismus in das Land einbrach. —

Zu einer deutsch-lettischen Verständigung kam es nicht; nur auf einem Teilgebiet wurde zwischen dem lettischen Volksrat und dem Nationalausschuß eine Zusammenarbeit hergestellt: ohne den Volksrat anzuerkennen, entsandte letzterer einen Deutschen als Gehilfen des Unterrichtsministers in das Kabinett.

Erfreulich ist Wittrams Versuch, die alliierte, insbesondere die englische Politik in den baltischen Landen in jener Zeit zu skizzieren; sie gehört hinein in den Fragenkomplex der Interventionspolitik in Rußland. Mit dem Waffenstillstand vom November 1918 veränderte sich die Lage. Während Frankreich noch lange eine großrussische Politik unterstützte, zeigte England schon früh Sympathie für die Selbständigkeitsbestrebungen der Letten und Esten. Bereits

[9] K. v. Raumer, Zwischen Brest-Litowsk und Compiègne: die deutsche Ostpolitik vom Sommer 1918. In: Baltische Lande, Bd. 4, Der Bolschewismus und die baltische Front 1918/19, S. 1—13. Der Beitrag stellt die Niederschrift eines in Königsberg im Februar 1939 gehaltenen Vortrages dar. Der Verfasser kündigt eine größere ausführliche Untersuchung zu diesem Thema an.

[10] R. Wittram, Zur Geschichte des Winters 1918/19. In: Baltische Lande, Bd. 4, a. a. O., S. 14 bis 44. Der Beitrag ist die erweiterte Fassung eines Vortrages, den der Verfasser im Februar 1939 in Riga hielt.

am 11. November 1918 erkannte es Lettland de facto an, also noch vor der Ausrufung der Republik. Entscheidende englische Hilfe aber blieb aus. Der militärische Schutz des Landes blieb den Deutschen vorbehalten. Die lettische Regierung sah sich sogar genötigt, gegen eine meuternde lettische Kompanie deutsche Hilfe zu erbitten. —

H. Dopkewitsch enthüllt in einem weiteren Beitrag die charakteristischen Züge der lettischen Politik in den ersten Monaten des Jahres 1919[11]. Auf Grund eingehender deutscher, lettischer und französischer Quellenstudien gearbeitet, mit häufiger Wiedergabe wichtiger Zeitzeugnisse, ist der Aufsatz geeignet, die die ganze Zeit über bestehende antideutsche Tendenz der von der provisorischen lettischen Regierung betriebenen Politik freizulegen.

Die lettische Regierung hatte sich unter dem Eindruck der unmittelbaren Gefahr, von den Bolschewisten fortgewischt zu werden, und des Ausbleibens wirksamer Hilfe von seiten der Entente am 29. Dezember 1918 zu einem Vertrag mit dem Deutschen Reich entschließen müssen, laut dem deutscherseits die Ausrüstung und Unterhaltung der einheimischen Truppen und die Aufstellung weiterer deutscher Freiwilligenverbände übernommen wurde. Sie sagte dafür den Freiwilligen nach Abschluß der Kämpfe die Gewährung des Bürgerrechts zu. Die Letten sahen in dieser reichsdeutschen Waffenhilfe aber nur ein notwendiges Übel, denn der neue lettische Staat wollte und sollte eine Barriere zwischen Rußland und Deutschland bilden. Durch die Teilnahme deutscher Truppen an der Befreiung des Landes von den Bolschewiken aber entstand für die Letten die Gefahr, daß die Deutschen den Kampf gegen die Roten auch nach Rußland hineintragen würden, dann aber ein befreites Rußland und Deutschland sich die Hand reichen könnten; damit aber wären die lettischen Hoffnungen vernichtet worden. Um dies zu verhindern, stellte sich die Regierung als vordringlichste Aufgabe, das Land möglichst rasch von den Deutschen zu befreien. Vorbedingung dafür war eine umfangreiche Propagandaarbeit für den neuen lettischen Staat bei der Entente; das geschah insbesondere auf der Pariser Friedenskonferenz.

In der in Paris erscheinenden „Revue Baltique", dem offiziösen Organ der nationalpolitischen Bestrebungen der Letten, Esten und Litauer, setzte daher alsbald ein Kampf gegen das Deutschtum ein. In die gleiche Richtung zielten zahlreiche lettische Denkschriften an die Friedenskonferenz; ferner gingen lettische Bemühungen dahin, mit Hilfe der Esten in Nordlivland eine Armee aufzustellen, die zwar auch den Kampf gegen die Bolschewisten aufnehmen, gleichzeitig aber noch anderen „speziellen Zwecken" dienen sollte, „denn wir (die Letten) waren der Überzeugung, daß an der Südfront die Deutschen mitkommen werden, und daß sie Lettland nicht im guten verlassen werden"[12].

Sogar in Libau wurde mit Hilfe der zur lettischen zeitweiligen Regierung in Opposition stehenden Sozialdemokraten der Versuch gemacht, eine gegen die Deutschen gerichtete Front aufzustellen, ja Mitte Februar begann selbst in der offiziösen lettischen Presse ein Feldzug gegen die baltischen Deutschen. Schließlich gelang es den Letten sogar, in diesen Kampf die reichsdeutsche sozialistische Presse einzuspannen.

Dopkewitsch gibt ein aufschlußreiches Bild dieses mit Erfolg und Geschick von der lettischen Regierung geleiteten Spieles, das dazu führte, daß die Deutschen oft keinen klaren Begriff hatten, wer der Gegner war, und wo er stand. Dieses politische Spiel wurde auch nach dem Libauer Putsch mit Erfolg weitergeführt, erreichte vielleicht sogar einen gewissen Höhepunkt. Im Sinne der lettischen Politik lag es natürlich auch, deutsche Erfolge an der bolschewistischen Front abzuschwächen. Wie das erreicht wurde, zeigen am deutlichsten die lettischen Pressemeldungen über die Befreiung Rigas am 22. Mai, die Dopkewitsch zum größten Teil im Wortlaut widergibt. — Späterer Forschung wird es vorbehalten sein, nun auch eine ausführliche Darstellung der baltendeutschen Politik jener Zeit zu geben. Nach der vorliegenden Arbeit nämlich fallen auch auf diese ganz neue Schlaglichter[13].

[11] H. Dopkewitsch, Zwischen Libau und Riga. Beiträge zur Geschichte der lettischen Politik im Frühjahr 1919. In: Baltische Lande, Bd. 4, a. a. O., S. 69—93.

[12] H. Dopkewitsch, Zwischen Libau und Riga, a. a. O., S. 73: Zeugenaussage von Ulmanis im Niedra-Prozeß.

[13] In gewissem Sinne das Gegenstück zu diesem Beitrag H. Dopkewitschs stellt für das estnische Problem der Aufsatz von A. Baron Taube dar, „Die Entwicklung der estnischen Eigenstaatlichkeit 1917

Major Fletcher, ehemaliger Befehlshaber der Baltischen Landeswehr, zeichnet mit einigen Strichen ein Bild vom Wesen dieser Truppe und ihren Kämpfen [14]; er macht damit erklärlich, wie es überhaupt möglich war, das Land mit den geringen militärischen Kräften dem Bolschewismus zu entreißen.

Eine knappe Übersicht über diese Kämpfe bieten die von B. Sielmann herausgegebenen Frontberichte der „Libauschen Zeitung", die mit dem 15. Januar 1919 beginnend, amtliche Meldungen brachte [15].

Eine Einordnung des Sieges von Riga in seiner Bedeutung in den Rahmen des Gesamtkampfes gegen den Bolschewismus vollzieht Major Frantz [16]. Der deutsche Vormarsch im März 1919 hatte nicht nur den Zusammenbruch der roten Windaufront herbeigeführt, sondern auch die antibolschewistischen Fronten in Litauen und Polen in Bewegung gebracht. Die Einnahme Rigas machte die lettische Sowjetarmee kampfunfähig; sie schmolz von 70 000 auf 10—15 000 zusammen. Jetzt konnte der Gedanke auftauchen, die bolschewistische Herrschaft durch einen deutschen Marsch auf Moskau zu stürzen. Daß solchen Plänen nicht nur die finanzielle, politische und wirtschaftliche Voraussetzung fehlte, sondern auch die gesicherte militärische Operationsbasis, lag an der Ohnmacht des Novemberdeutschland. —

Eine andere Bedeutung als diesem auf ausgezeichneter wissenschaftlicher Grundlage gearbeitetem Werk kommt dem Buche von Grimm zu. Es sind zwar sehr reiche, teils schwer zugängliche, teils auch bisher nicht bekannte Materialien benutzt worden [17], aber die Darstellung wird dadurch beeinträchtigt, daß der Wert eben dieser Unterlagen keinesfalls gleich ist und der Verfasser das nicht genügend beachtet. Zeugnisse von Urkundenwert und journalistische Mitteilungen werden gleichrangig herangezogen [18]. Für zahlreiche Einzelheiten fehlen entsprechende Belege. Ungenauigkeiten in der Ausdrucksweise und bei konkreten Angaben sind nicht selten. Als Ganzes gesehen, ist Grimms Buch mehr als journalistische denn als streng wissenschaftliche Arbeit zu werten.

Da es aber in vielem unsere Kenntnis jener Zeit bereichert, manches Bild eine neue Tönung erhält und manches Ereignis sich uns deutlicher darstellt, rechtfertigt sich die Einbeziehung dieses Buches in den vorliegenden Bericht, zumal jene Zeit ja noch längst nicht zur Genüge erforscht ist. — Auf die ersten Abschnitte soll nicht eingegangen werden, da hier kaum etwas Neues mitgeteilt wird. —

Das verhängnisvolle Durcheinander in der Behandlung der Ostfragen, der Mangel eines einheitlichen politischen Willens bei den für Ostfragen zuständigen Stellen führte dazu, daß die baltische Frage noch völlig ungeklärt war, als im November 1918 das Reich zusammenbrach. August Winnig, seit dem November Generalbevollmächtigter des Reiches für die baltischen Länder, bemühte sich dann, die deutsche Politik im Baltenlande auf eine neue Grundlage zu stellen; an Stelle der Macht, die nicht mehr vorhanden war, sollten freundschaftliche Verständigungen die Basis bilden. Er hinderte daher auch nicht die Ausrufung der neuen baltischen

---

bis 1920". In: Jomsburg, Jg. 3, 1939, S. 24—36. Doch gibt Taube nur eine knappe Übersicht; auch ist der Beitrag vielleicht in manchem allzustark durch die bei seiner Abfassung bestehende politische Lage bestimmt, der der Verfasser selbstredend als damaliger estländischer Staatsangehöriger Rechnung tragen mußte.

[14] A. Fletcher, Das Wesen der baltischen Kämpfe vom Frühjahr 1919. Erinnerungen an die Baltische Landeswehr. In: Baltische Lande, Bd. 4, a. a. O., S. 45—48.

[15] B. Sielmann, Die Frontberichte der „Libauschen Zeitung" (27. 1. bis 24. 5. 1919). In: Baltische Lande, Bd. 4, a. a. O., S. 49—68.

[16] G. Frantz, Die strategische Auswirkung des 22. Mai 1919 an der Gesamtfront des Bolschewismus. In: Baltische Lande, Bd. 4, a. a. O., S. 94—104.

[17] Grimm hat sehr viel im Privatbesitz befindliches Material benutzt und auch zahlreiche der noch lebenden Persönlichkeiten, die in jener Zeit eine Rolle spielten, befragt. Bedauerlich ist aber, daß er andere Personen, die damals an wichtiger Stelle standen und von denen Auskünfte unschwer zu erhalten gewesen wären, nicht um Mitteilungen gebeten hat. Diese Tatsache läßt an manchen Stellen Grimms Darstellung in einseitiger Beleuchtung erscheinen.

[18] Als Beispiel sei das von Grimm mehrfach ausgewertete Buch von G. Popoff, „Sowjetherrschaft in Europa", Bern 1935, genannt.

Republiken. Interessant ist ein Vergleich, den Grimm über den zahlenmäßigen Anhang der neuen lettischen Regierung und des Regentschaftsrats in Riga zieht. Der Vergleich geht zugunsten des letzteren aus, wobei aber zu beachten ist, daß der Regentschaftsrat seine entscheidende Stütze im Deutschtum hatte, und dieses hatte in Riga seine bei weitem stärkste Stellung. Grimms Vergleich kann also nicht als charakteristisch für die Gesamtsituation gewertet werden. Jedenfalls war die Basis der demokratischen neuen lettischen Regierung sehr schmal, denn die sehr starke und in ständigem Wachsen begriffene Gruppe der Sozialdemokraten und Marxisten stand zu ihr in Opposition.

Die im Interesse weiterer Forschung wichtigsten Abschnitte des Grimmschen Buches beginnen mit der Gründung der Landeswehr. Wir erhalten ein klares und aufschlußreiches Bild von Aufbau und Organisation der Truppe und den zahlreichen Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, ebenso von den ersten Kämpfen und Gefechten. Der verlustreiche oder erfolglose Ausgang dieser Kämpfe, die Räumung Rigas, das Bewußtsein mangelhafter Ausbildung und Ausrüstung und der ständig fortschreitende Rückzug, den die baltendeutschen Formationen als einzig zuverlässig antibolschewistische Truppe decken mußten, lösten bei der Truppe, insbesondere dem Stoßtrupp, eine schwere innere Krise aus.

Der Umschwung trat ein, als am 6. Januar 1919 Hans Baron Manteuffel die Führung des Stoßtrupps übernahm. Er verstand es, die Truppe mit Zielsicherheit und festem Wollen, vor allem aber mit Kampfesfreude zu erfüllen. Grimm sucht die Persönlichkeit Manteuffels nicht nur als militärischen, sondern auch als politischen Führer zu werten. Ob sich freilich Manteuffel in seinem politischen Wollen in einen großdeutschen revolutionären Zusammenhang einordnen läßt, will mir fraglich erscheinen. G. Baron Manteuffel schrieb allerdings 1921 über die Pläne seines Bruders: „Er suchte nach einer neuen Idee, welche der des Bolschewismus entgegenzustellen wäre, sein Streben fand Verständnis. Die Nachdenklichen, die Suchenden unter uns wurden sich immer klarer darüber, daß weder den Mächten der Gegenwart noch denen der Vergangenheit die Zukunft gehöre. Es wurde das mehr als Scherz aufzufassende Wort vom Neobolschewismus geprägt." [19] Und an anderer Stelle: „Daß aber sein (d. h. Hans Manteuffels) ganzes Wesen gewissermaßen durchglüht war von dem Neuen, wonach sich unbewußt Tausende sehnten, und er zu den wenigen gehörte, die diesem Sehnen hätten Form geben können, gab seiner Persönlichkeit das Faszinierende und Hinreißende, dessen Zauber sich niemand zu entziehen vermochte, der ihn gekannt." [20]

Die Reorganisation der Verteidigungskräfte durch die Übernahme des Kommandos der Eisernen Brigade (später Eiserne Division) seitens Major Bischoffs, der Landeswehr seitens Major Fletchers und des Generalkommandos seitens des Generals von der Goltz gaben die Voraussetzung, um im März von der Defensive zur Offensive gegen den Bolschewismus überzugehen und die rote Gefahr für Europa zu bannen. Denn der Errichtung Rätelettlands kam ja im Plan des Aufmarschs des Bolschewismus gegen das Abendland eine wichtige Rolle zu. „Die Armee Moskaus sollte, gestützt auf das Ostseegebiet, über Ostpreußen hinweg in die Flanke Mitteleuropas greifen." [21] Aufbau und Organisation der roten lettischen Armee waren auf diesen Plan ausgerichtet, Spionage und Agitation, das Vorantreiben des revolutionären Kampfes in engster Verbindung mit der militärischen Front zielten in die gleiche Richtung. Gefeit gegen diese Methoden waren zunächst nur die baltendeutschen Verbände. Innerhalb der Eisernen Division gelang es erst Bischoff, die rote Propaganda zu unterbinden bzw. wirkungslos zu machen.

Mit einem Überblick über den Stand der politischen und militärischen Lage im Februar 1919 schließt Grimms Buch. Die Befreiung des Landes vom Bolschewismus soll einer späteren Darstellung vorbehalten bleiben, wie er im Vorwort mitteilt. —

Das Ringen im Baltikum war nicht nur ein militärisches und politisches, sondern der Kampf war auch zum geistigen und ideologischen geworden. Wie schon so oft in früheren Jahrhun-

[19] E. Grimm, a. a. O., S. 338.
[20] E. Grimm, a. a. O., S. 344.
[21] E. Grimm, a. a. O., S. 298.

derten waren die baltischen Lande sowohl ein „Schlachtfeld in Fragen der höchsten Politik" als auch ein solches ideeller Auseinandersetzungen, die für das Abendland schicksalhafte Bedeutung hatten [22]. Daß die Entscheidung nur durch den Einsatz deutscher Waffen zugunsten des Abendlandes ausfiel, war in dunkler Zeit ein sichtbares Zeichen ostpolitischer deutscher Sendung und Aufgabe.

Heute aber, nachdem der Bolschewismus noch einmal die Gelegenheit, als er das Reich durch die Auseinandersetzung mit den Westmächten gebunden glaubte, benutzte, um das baltische Land an sich zu reißen, wird jener Kampf nunmehr bis zu Ende geführt und der bolschewistische Weltfeind endgültig vernichtet werden, auf daß dann der friedliche Aufbau eines neuen und einigen Europas durchgeführt und der europäische Kontinent nach seiner endgültigen Befriedung frei werde zu seinen großen weltpolitischen Aufgaben, und in der Lage sei, seine alte Vorrangstellung in der Welt für alle Zeiten zu sichern. Für das baltische Land aber wird sich als heutiges Ostland eine Entwicklung vollenden, die 1561 durch den Zusammenbruch der Ordensherrschaft unterbrochen wurde.

---

[22] Der Ausspruch, daß die baltischen Lande ein Schlachtfeld in Fragen der höchsten Politik gewesen seien, stammt vom ehemaligen russischen Generalgouverneur Graf Peter Schuwalow. Vgl.: A. v. Tobien, Die livländische Ritterschaft, Bd. 1, Riga 1925, S. 372.

Nachtrag zu dem Aufsatz: Hackbau und Kulturpflanzen

Von Robert Gradmann

Infolge äußerer Hemmnisse habe ich bei der Niederschrift meiner Ausführungen über „Hackbau und Kulturpflanzen“ [1] wichtige Arbeiten aus der allerletzten Zeit leider übersehen.

Die Prähistorische Zeitschrift Bd. 30/31 1940 enthält eine Auseinandersetzung zwischen Elisabeth Schiemann (Kritisches zur Datierung alter Getreidefunde) und Emil Werth (Das Campignien als älteste Bauernkultur Mitteleuropas). E. Schiemann lehnt alle Angaben über vorneolithischen Getreidebau in Mitteleuropa als unsicher und unwahrscheinlich ab, vertritt also genau den gleichen Standpunkt, zu dem auch ich mich bekannt habe. E. Werth dagegen hält mit ebenso überzeugenden Gründen daran fest, die Anfänge des Ackerbaus in den letzten Abschnitt des Mesolithikums, das Campignien, zu verlegen. Demnach wäre schlimmstenfalls der Zeitpunkt des Beginns etwas früher anzusetzen, als ich es getan habe. Der Lehrsatz aber, auf den für mich alles ankommt, der unvermittelte Übergang vom Sammler- und Jägertum zum höheren Ackerbau mit Pflug und Rind mit Überspringung des Hackbaustadiums, wird von E. Werth nicht etwa bestritten, im Gegenteil mit größtem Nachdruck bestätigt. Unter anderem führt er auch den berühmten Fund des Pfluges von Walle bei Aurich (Werth und Klemm in Dtsch. Landwirtsch.-Presse 1934) als Beweis dafür an, daß der früheste mitteleuropäische Ackerbau „bereits ein Pflugbau war und daß diesem in Europa jedenfalls keine primitivere Vorstufe (Hackbau) vorangegangen sein kann“ (S. 354). „Während man bisher wohl allgemein damit rechnete, daß dem Pflugbau bei uns eine Stufe des Hackbaus vorangegangen ist, wird man nunmehr den Gedanken erwägen müssen, daß der Landbau überhaupt von Anfang an in der Form des Pflugbaus bei uns Eingang gefunden hat“ (S. 356). Ich müßte Emil Werth in dieser Beziehung unbedingt die Priorität zuerkennen, wenn ich nicht selber dem Gedanken bereits 1931 (Süddeutschland 1, 117) Ausdruck gegeben hätte.

Vielleicht besteht aber auch bezüglich des Zeitpunkts überhaupt kein sachlicher Gegensatz, vielmehr kommt es nur darauf an, wo man in der prähistorischen Systematik die Grenze ansetzt. Wie E. Werth nicht unerwähnt läßt, rechnen manche hervorragende Prähistoriker (Montelius, Obermayer) das Campignien überhaupt schon zur jüngeren Steinzeit; ja er selbst bekennt sich (S. 358) zu dem Satz: „In der Tat läßt sich das Campignien, seinem ganzen Charakter nach, am besten als Frühneolithikum bezeichnen und verstehen.“ Wenn man es so auffaßt, kann die von mir gewählte Fassung sogar buchstäblich bestehen bleiben.

Etwas anders verhält es sich mit einer zweiten Arbeit von E. Schiemann, Weizenstammbäume (Botan. Jahrbücher 71, 1940). Ich bin in der schwierigen Frage der Herkunft unsrer Getreidearten der Auffassung von Franz Bertsch so weit als möglich entgegengekommen, gerade weil er im Gegensatz zu meiner Ansicht offenbar bemüht ist, mitteleuropäische Ursprünge des Getreidebaus nachzuweisen, und deshalb für mich als besonders unverdächtiger Zeuge gelten kann. Hier ist jedoch nach den tiefgründigen Ausführungen von E. Schiemann eine Berichtigung notwendig. Es bleibt zwar bei der überraschenden Tatsache, die erstmals Flaksberger 1930, nach ihm E. Schiemann, Dr. Wagner und Franz Bertsch vertreten hat: der Dinkel oder Spelz (Triticum spelta) ist auf südwestdeutschem Boden, „im Lande der Alemannen und Schwaben“ aus eingeführten Weizenformen entstanden. Wahrscheinlich kommt in erster

[1] Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, Jg. 6, 1942, S. 107 ff.

Linie der gewöhnliche Weizen oder Saatweizen [2], Triticum vulgare, in Betracht, wobei Rückkreuzung mit T. dicoccum mitgespielt haben mag. Der gewöhnliche Weizen ist demnach nicht als Nachkomme, sondern als Vorfahr des Dinkels zu betrachten. Triticum vulgare selber aber, wie auch der nahverwandte Zwergweizen (T. compactum) ist aus einer Kreuzung des Emers nicht mit dem Einkorn, sondern mit dem in Südrußland, Ungarn, der Balkanhalbinsel und Italien heimischen, sonst nur mit Getreide vorübergehend verschleppten Wildgras Triticum cylindricum (= Aegilops cylindrica) hervorgegangen. Eine Entstehung auf mitteleuropäischem Boden kann daher für T. vulgare kaum in Frage kommen und ist auch angesichts seiner starken Verbreitung namentlich in Zentralasien schon von vornherein ganz unwahrscheinlich. Meine These vom fremdländischen Ursprung des mitteleuropäischen Getreidebaus hat dadurch an Stärke nur gewonnen.

[2] Von Karl und Franz Bertsch hatte ich den Ausdruck „Landweizen" übernommen. Wie mich inzwischen Krzymowski belehrt hat, verstehen jedoch die Getreidezüchter unter „Landweizen" etwas ganz anderes, nämlich die altherkömmlichen Weizensorten im Unterschied von den durch bewußt züchterische Maßnahmen entstandenen Hochzuchtweizen.

Neues Schrifttum

Die slowakischen Städte im Mittelalter

Wenn auch vier Jahre seit dem Erscheinen der Arbeit von Mencl, Die mittelalterlichen Städte in der Slowakei [1], vergangen sind, so verlohnt es sich doch, sie eingehender zu würdigen. Sind doch in dem verflossenen Zeitraum außer einigen Aufsätzen und zwei Büchern, die sich mit der Geschichte je einer einzelnen Stadt befassen, keine weiteren Neuerscheinungen auf diesem Gebiete herausgekommen [2]. Der Verfasser hatte bereits ein Jahr vor seiner Arbeit über die slowakischen Städte ein umfangreiches Buch über die mittelalterliche Architektur des gleichen Landes geschrieben [3]. Die vorliegende Schrift entstand im Jahre 1937 auf Grund von Studien, die der Verf. mit Unterstützung des damaligen tschechoslowakischen Ministeriums für Schulwesen und Volksbildung in der Slowakei unternahm. Aus diesem Grund geriet Mencl — vielleicht unbewußt — in den Geist jener politisch bewegten Zeit hinein, der ihn dazu führte, seiner fleißigen Arbeit eine französische Zusammenfassung anzufügen. Diese Haltung führte auch dazu, daß der Verfasser nicht nur im tschechischen Text sondern auch im Register und in der französischen Zusammenfassung jede deutsche und madjarische Form der Ortsnamen vermied, obwohl doch manche slowakische und tschechische Namensprägungen erst der Zeit nach 1918 angehören (wie z. B. Bratislava für das Jahrhunderte Geltung besitzende Preßburg). Um aber unter den Namen Řezno, Špýr, Zhořelec u. a. die deutschen Städte Regensburg, Speyer, Görlitz usw. wiederzuentdecken, dazu gehört doch etwas mehr als Sprachkenntnis und slawistische Findigkeit. Mencl hätte zumindest im Register die deutschen Bezeichnungen neben die tschechischen Formen stellen können. Auch die Würdigung der deutschen Leistung, der doch das slowakische Städtewesen fast alles verdankt [4], geschieht nur in äußerst bescheidener, man könnte fast sagen vorsichtiger Form.

---

[1] Václav Mencl, Středověká města na Slovensku (Die mittelalterlichen Städte in der Slowakei). Práce Učené Společnosti Šafaříkovy v Bratislavě (Arbeiten der Gelehrten Šafařík-Gesellschaft in Preßburg). Preßburg 1938, 230 S. mit 48 Grundrißskizzen im Text und 29 Lichtbildern auf 20 beigefügten Bildtafeln.

[2] M. Jeršová, Žilinské právo na Slovensku (Das Silleiner Recht in der Slowakei). In: Sborník Matice Slovenskej XV (1937), S. 235—238. Verf. scheint die Arbeit noch nicht zu kennen. Sie zeigt die weitgehende Verbreitung des Silleiner Rechtes nicht nur in der näheren Umgebung von Sillein, sondern bis ins obere Neutratal (Priwitz) und in das Becken des Thurz.

J. Holák, Vznik mestského práva na Slovensku a jeho pramene (Die Entstehung des Stadtrechtes in der Slowakei und seine Quellen). In: Sborník Matice Slovenskej XVI—XVII (1938—1939), S. 203—226.

A. Huščava, Najstaršie výsady mesta Trnavy (Die ältesten Privilegien der Stadt Tyrnau). Tyrnau-Preßburg 1939. Die Arbeit erschien zur 700-Jahrfeier, 1238—1938, der Erhebung Tyrnaus zur freien königlichen Stadt.

Pavol Florek, Turčiansky Sv. Martin v stredoveku (Stredoveký vývin mesta) (St. Martin im Mittelalter; die mittelalterliche Entwicklung der Stadt). Hrsg. von der Matica Slovenská, 1941.

[3] Václav Mencl, Stredoveká architektúra na Slovensku (Die mittelalterliche Architektur in der Slowakei). Bd. I. Stavebné umenie na Slovensku od najstaršich čias až do konca doby románskej (Die Baukunst in der Slowakei von den ältesten Zeiten bis zum Ende der romanischen Zeit). Prag und Preschau 1937, 484 S., 100 Abb. u. Ktn. im Text, 123 Abb. auf 86 Taff.

[4] Diese Tatsache wird von der heutigen slowakischen Geschichtsschreibung keineswegs bestritten. Ich weise nur auf die „Slowakische Geschichte" (Slovenské dejiny) von Fr. Hrušovský hin (Besprechung im „Deutschen Archiv f. Landes- u. Volksforschung", 4 (1940), S. 655 ff.).

Da das Tschechische dem Großteil der deutschen Leser unbekannt sein dürfte, die französische Zusammenfassung aber gerade die wichtige Seite — die Behandlung der einzelnen Städte — außer acht läßt und nur die Hauptgedanken kurz wiederholt, sei dem Gang des Buches folgend sein Inhalt wiedergegeben.

Das I. Kapitel, „Einleitung" (S. 1—12), berichtet in Kürze über das Ziel der Arbeit, die Werden, Grundrißgestaltung und bauliche Entwicklung der mittelalterlichen slowakischen Städte darstellen will. Mencl geht weiterhin auf das sehr geringe Schrifttum zur Entstehung und rechtlichen Stellung der slowakischen Städte ein[5] und beschreibt die Quellen, die Klarheit über den Baucharakter der Städte im Mittelalter geben (alte Stadtpläne, Chroniken, geographische Beschreibungen u. a.).

Das II. Kapitel (S. 13—32) behandelt die „allgemeinen Ursachen der Städtegründungen in Ungarn". Der Verfasser stellt hierbei zunächst das Wirtschafts- und Verwaltungssystem in Ungarn der romanischen Zeit auf Grund der Arbeit von Chaloupecký dar, um in einem zweiten Abschnitt die Anfänge des feudalen Systems im alten Ungarn und die Entstehung der mittelalterlichen Stadt neueren Typs zu beleuchten. Er weist in diesem Zusammenhang auf die kolonisatorische Leistung der Deutschen hin, die für die städtischen Siedlungen neue Rechts- und Verwaltungsnormen mitbrachten. Mencl kommt dabei zu dem Eingeständnis: „Ohne den deutschen Kaufmann und Handwerker wären unsere Städte nicht; sie schufen ihre Grundlage und ihre Zielsetzung" (S. 20). Weiterhin behandelt er auf den Ergebnissen des deutschen Schrifttums aufbauend die Entstehung der Stadt in Westeuropa und in Deutschland, um dann allgemein die Stadtgründungen im mittelalterlichen Ungarn zu kennzeichnen. Die Gründung neuer Städte war auch hier ein Recht des Landesherren. Durch das Privileg wurde das Gemeinwesen aus der Gerichtsbarkeit des Gespans (comes) herausgenommen und somit zu einem selbständigen Verwaltungs- und Rechtsgebilde. Der Großteil dieser Städte in der Slowakei verdankt seine Entstehung und Blüte neben der Ansiedlung von Handwerkern dem Handel, der auf mehreren wichtigen Straßen das Land von Norden (Polen, Ostdeutschland) nach Süden (Ungarn und Siebenbürgen) durchzog und der auf weiteren Straßen nach Westen (Mähren, Böhmen, Schlesien) und Osten (Moldau) abzweigte. Daneben findet sich in der Slowakei eine Zahl Städte, die dem Gold- und Kupferbergbau ihre Entstehung und für mehrere Jahrhunderte ihre Blüte verdankten.

Das III. Kapitel (S. 33—165) über die „Entstehung und Grundrisse der einzelnen Städte in der Slowakei" bildet das Kernstück der Arbeit von Mencl. Er teilt die Städte dabei in spätromanische, früh-, hoch- und spätgotische Gründungen ein. Zu den spätromanischen zählt er die alten Marktsiedlungen, die am Fuße der Komitatsburgen Preßburg und Altsohl entstanden. In den gleichen Zeitraum gehören die bereits vor dem Tatareneinfall angelegten Handelsstädte Tyrnau und Graupen, sowie die Bergstadt Schemnitz. Von den letztgenannten drei Orten war Tyrnau sicher an der Stelle eines älteren Dorfes entstanden, während Schemnitz und Graupen als Neugründungen zu bezeichnen sind. Der weite, rechteckige Marktplatz läßt bei dem schon 1238 erwähnten Graupen eine gewisse Hinneigung zu einem Schematismus erkennen. Sicher war in diesem Falle das bergige Gelände für eine planmäßige Anlage hinderlich, wie auch der Ausbau von Schemnitz durch die Lage in einer engen Talgabel gehindert wurde. Tyrnau, in einem Privileg von 1238 bereits als freie Stadt genannt, war für mittelalterliche Verhältnisse eine überaus weiträumige Stadt. Ihr Grundriß läßt jetzt noch deutlich das Zusammenwachsen der ostwärts des Baches gelegenen Altstadt mit der westlich davon um 1300 errichteten Neustadt erkennen.

---

[5] Es sind dies außer den Arbeiten von V. Chaloupecký, Staré Slovensko (Die alte Slowakei), Preßburg 1923; Chaloupecký und R. Rauscher, Kniha žilinská (Das Silleiner Buch), Preßburg 1934; J. V. Šimák, Kronika československá (Tschechoslowakische Chronik), I. Bd., Prag 1924; die Aufsätze von A. Pleidell, A magyar várostörténet első fejezete (Ein erstes Kapitel der Geschichte der ungarischen Städte) in Századok, 1934, S. 1ff., 158ff., 276ff.; E. Malynsz, Geschichte des Bürgertums in Ungarn, Vierteljahrsschrift f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 1928, S. 356ff. Seit dem Erscheinen des Buches von Mencl kamen noch die in Anm. 2 genannten Arbeiten von Jeršová, Holák, Hušťava und Florek hinzu.

Unter den frühgotischen Städten unterscheidet Mencl drei Gruppen von Gründungen:

1. Die Marktorte bei den alten Burgen wie Neutra, Komorn, Trentschin, Preßburg und Tekov.
2. Die Marktsiedlungen Topoltschan (Topoľčany), Heiligenkreuz (Sv. Kríž nad Hronom), Pudlein und Kaschau.
3. Die Bergstädte Neusohl, Deutsch-Lipsch (Nemecká Ľupča), St. Niklaus (Lipt. Sv. Mikuláš), Göllnitz und die Siedlung beim Kloster Jassau (Jasov).

Die erste Gruppe zeigt durchweg unregelmäßige Grundrisse. Die großen Handelswege, die Lage der Siedlungen am Fuße der Komitatsburgen und auch die geographischen Gegebenheiten bestimmten die Anlage der Städte. Wesentlich anders ist dies bei der zweiten Gruppe. Hier weist das bereits vor 1271 gegründete Topoltschan eine ziemlich regelmäßige Form auf: rechteckig ist der Markt mit der Pfarrkirche darauf, während die Straßen sich im rechten Winkel schneiden. Das 1244 in der Zips gegründete Pudlein zeigt bereits den langgestreckten, unregelmäßigen Marktplatz, der eine Erweiterung der Fernstraße von Polen nach Käsmark darstellt. Die Häuserblocks zwischen dem Platz und dem Mauerring — je zwei von jeder Längsseite aus — lassen schon das Bestreben nach einer gewissen Regelmäßigkeit erkennen. Das 1249 erstmalig erwähnte Kaschau zeigt schon eine klare, planmäßige Anlage. Zwischen beiden Haupttoren erstreckt sich der lange Hauptplatz (Erweiterung der Fernstraße), auf dem sich Rathaus und Pfarrkirche befinden. Sich rechtwinklig schneidende Gassen teilen die je zwei Häuserblocks auf, die östlich und westlich des Marktes den Raum bis zum Mauerring füllen. Wesentlich anders als die Gestaltung der bisher angeführten Städte ist die der Bergstädte. Zwar finden sich auch hier Marktplätze, die in Deutsch-Lipsch, St. Niklaus und Göllnitz eine rechteckige Form besitzen, in Neusohl nur eine Erweiterung der Straße darstellen. Aber die andersartige Bestimmung der Orte und die engen Naturverhältnisse ließen einen planmäßigen Ausbau nicht zu. Dafür ist das 1276 erwähnte, sicher früher entstandene Göllnitz im schmalen, gleichnamigen Flußtal ein beredtes Beispiel.

Die Städte der hochgotischen Zeit können in zwei Gruppen zusammengefaßt werden, in Handels- und Bergstädte. Am Aufblühen der Neugründungen dieses Zeitraumes sind besonders die Herrscher aus dem Hause Anjou beteiligt. Entstanden in der vorangegangenen Arpadenzeit die städtischen Gemeinwesen an den alten Brennpunkten des wirtschaftlichen Lebens oder an den Sitzen der Verwaltung, so sind die neuen Siedlungen meist weder an vorhandene ältere Burgen oder Dörfer gebunden. Besonders stark war die Gründungswelle, die sich unter Karl Robert (1308—1342) über die Ostslowakei ergoß, wo fast zwanzig neue Städte entstanden. Aber auch die Süd- und Westslowakei sind mit Neugründungen an dieser Blüte beteiligt. In der im wesentlichen von Schlesiern kolonisierten Ostslowakei[6] handelt es sich um folgende Orte: Preschau, wo bereits 1247 eine Urkunde die Deutschen erwähnt, zeigt die Erweiterung der Fernstraße von Kaschau nach Polen zu einem langgestreckten Markt, auf dem sich die Pfarrkirche befindet. Das Straßennetz ist regelmäßig. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts wurde die Stadt beträchtlich nach Westen erweitert. Klein-Zeben (Sabinov), das an der gleichen Fernstraße gelegen, bereits seit 1324 Stadtcharakter besitzt, zeigt die gleiche Planung wie Kaschau und Preschau. Der Grundriß von Bartfeld weist schon andere Elemente auf. Der geräumige Markt, in dessen Mitte sich das Rathaus befindet, ist rechteckig. Das regelmäßige Straßennetz findet in vier Toren seinen Ausweg aus dem Mauerring. Das Städtchen Stropko (Stropkov) weist trotz seines dörflichen Charakters (nur Randbebauung) einen weiten, viereckigen Platz auf.

Von den Zipser Städten bietet Leutschau ein fast klassisches Beispiel einer geplanten Regelmäßigkeit. Der Markt ist langgestreckt und rechteckig; auf ihm haben die Pfarrkirche, das Rathaus und später noch die evangelische Predigtkirche Platz gefunden. Die Straßen schneiden sich fast durchweg im rechten Winkel. Auch der Grundriß des bereits 1292 erwähnten, 1342 zur Stadt erhobenen Alt-Lublau weist ähnliche Züge auf. Anders liegen

[6] Über die einst weiterreichende Besiedlung der Ostslowakei, namentlich durch Schlesier, s. den Aufsatz von H. Weinelt, Entdeutschter schlesischer Siedlungsboden in der Slowakei, Schlesisches Jahrbuch, 11 (1939), S. 168—175.

die Verhältnisse bei Käsmark, da es erst im 14. Jahrhundert zur Stadt erhoben wurde. Aus diesem Grunde bestimmen das alte Schloß und das frühere Dorf den Charakter des Grundrisses, so daß hier der Markt nur eine Erweiterung der von Alt-Lublau am Schloß vorbei nach Deutschendorf führenden Straße ist.

In der Südslowakei gehört zu den Gründungen der hochgotischen Zeit das 1939 an Ungarn zurückgekehrte Groß-Steffelsdorf (Rimavská Sobota, madj. Rimaszombat). Es erhielt 1334 Stadtrecht. Sein Grundriß zeichnet sich durch Klarheit und Regelmäßigkeit aus, weil in diesem Fall die Ebene die planmäßige Gründung begünstigte. In der Westslowakei zeigt das zwischen 1310 und 1312 nach Teschener Recht gegründete Sillein ebenso wie seine Tochtergründungen Kischütz Neustadt (Kysucké Nové Mesto) und das bereits im oberen Neutratal gelegene Priwitz (Prievidza)[7] die regelmäßige Form der ostdeutschen Städte[8]. Der Markt ist fast quadratisch, während die von den Ecken ausgehenden Straßen (in Sillein sind es insgesamt acht!) mit den sie schneidenden Gassen dem Gesamtbild der Stadt die schachbrettartige Form geben. Das im Thurzbecken gelegene St. Martin, das um 1340 mit Graupener Recht ausgestattet wurde[9], das bereits seit 1158 erwähnte Modern und das westslowakische Skalitz, sie zeigen in ihren Grundrissen die Entstehung aus ehemaligen Dörfern. In den ersten beiden Fällen sind die Marktplätze einfache Erweiterungen der Hauptstraße, während der Markt von Skalitz eine unregelmäßige, dreieckige Form aufweist. Das noch vor 1365 von Deutschen neben der alten Siedlung Hlohovec im Waagtal angelegte Freistadtl zeigt eine regelmäßige Gestaltung in Anlehnung an die Bürg und die ältere Siedlung.

Unter den Bergstädten zeigen nur Kremnitz (die Gründungsurkunde ist vom Jahre 1328), das im oberen Grantal gelegene Bries (als Stadt erst in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts entstanden), das 1939 an Ungarn gefallene Rosenau (seit 1320 als Stadt bestätigt) und Schmöllnitz (1327 zur Stadt erhoben) die Absicht, durch Anlage großer rechteckiger (fast quadratischer) Plätze dem Stadtbild einen regelmäßigen Charakter zu geben. Allerdings mußten sich in allen Fällen die Straßen bereits dem jeder Planmäßigkeit abholden Gelände anpassen. Die übrigen in hochgotischer Zeit entstandenen Bergstädte zeigen unregelmäßige Grundrisse. Zu ihnen gehören Königsberg (Freistadt seit der 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts), Pukanz, Zvolenská Ľupča, Lubietová, Rosenberg, Schitnich (Štítník, westlich von Rosenau) und Dobschau. Meist sind es nur Ansiedlungen längs einer in einem Bach- oder Flußtal entlangführenden Straße, die zu einem Markt erweitert wurde. Eine eigenartige Form weist das 1268 erstmalig genannte, in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts mit Marktrechten versehene Zipser Neudorf auf. Die Gestalt des Ortes ist eiförmig und wird durch einen langgestreckten Platz bestimmt, der eine Erweiterung der Fernstraße ist.

Die spätgotischen Städte umfassen nur eine kleine Gruppe von vier Gemeinwesen der Westslowakei, die in der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts entstanden sind. Zu ihr gehören das 1414 als Stadt genannte Waag-Neustadtl und das unweit gelegene, 1411 erstmalig als Stadt erwähnte Beckov, ferner das seit 1939 zum Deutschen Reich gehörende Theben an der Mündung der March in die Donau (1428 erstmalig als „oppidum" erwähnt) und das westlich der Kleinen Karpaten gelegene Städtchen Senitz, das 1419 Marktrechte und

---

[7] Die genannte Arbeit von M. Jeršová führt 16 Orte an, die in der Zeit von 1312—1397 Silleiner Recht empfangen haben. Unter ihnen befinden sich Langenfeld (Dlhé Pole) 1320, Kischütz Neustadt 1325, Kuneschhäu 1342, Varín 1354, Glaserhäu (Sklenô) 1360, Krásno und Johannisberg (Piargy) 1361, V. Bytča 1391. Priwitz bekommt seit 1379, statt des früher gebrauchten Silleiner, Graupener Recht. Ein Teil der genannten Orte (Kuneschhäu, Glaserhäu und Johannisberg) gehören heute noch zu den deutschen Sprachinseln Kremnitz-Deutsch Proben.

[8] Das Heft 3/4 der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung", 5. Jg. (1941), ist der Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten gewidmet. Darin finden sich S. 164—211 vier Aufsätze von E. Hamm, F. Timme, O. Reuther und W. Trillmich über die mittelalterlichen und ostdeutschen Städte. Wertvoll für einen Vergleich mit der Menclschen Arbeit sind die dort abgedruckten ostdeutschen Grundrisse.

[9] S. die bereits genannte Arbeit von P. Florek.

1435 Tyrnauer Recht erhielt. Diese vier Gründungen sind auf dem Boden älterer Siedlungen entstanden, die zum Teil am Fuße früherer Burgen lagen (Theben und Beckov).

Damit ist die Zahl der mittelalterlichen Städte der Slowakei abgeschlossen. In einem IV. Kapitel (S. 166—198) versucht Mencl eine „Bauanalyse der mittelalterlichen Städte in der Slowakei" zu geben. Er streift dabei die oft aufgeworfene Streitfrage, ob es sich bei den slowakischen Städten um Neugründungen oder Weiterentwicklungen bereits bestehender Siedlungen handelt. Mencl kommt dabei zu folgender Gliederung der Städte in der Slowakei (S. 167f.):

1. Die Stadt entstand auf der Grundlage eines älteren Dorfes, und zwar so, daß
   a) das Dorf vollkommen umgebaut wurde und der alte Grundriß nicht mehr zu erkennen ist (Alt-Lublau, Rosenau, Waag-Neustadtl, Pudlein, Groß-Steffelsdorf, Priwitz und vielleicht auch Bries und Altsohl;
   b) an das alte Dorf, dessen Grundriß unberührt blieb, ein neues Viertel angebaut wurde; beide wuchsen zu einer Einheit zusammen (Preßburg, Käsmark, Skalitz, Tyrnau u. a.);
   c) ein älteres Dorf, das baulich bereits ausgebaut war, Stadtrecht erhielt, so daß ein weiterer Ausbau nicht notwendig war (St. Martin, Zvolenská Ľupča, Modern, das alte Tyrnau, Pleißnitz (Plešivec), Schitnich und Ľubietová).
2. Die Stadt entstand vollkommen neu, als Neugründung oder in einer gewissen Entfernung von einem älteren Dorf. Hierzu gehören alle anderen slowakischen Städte wie Graupen, St. Niklaus, Bartfeld, Kischütz Neustadt, Neusohl, Göllnitz, Deutsch-Lipsch, Dobschau, Kremnitz, Schmöllnitz, Rosenberg und Königsberg, die reine Neugründungen sind. In der Nähe alter Siedlungen, von denen oft der Name übernommen wurde (Alt- oder Neu- vor dem Ortsnamen), entstanden Sillein, Freistadtl, Schemnitz und Leutschau.

In seinen weiteren Untersuchungen betrachtet der Verfasser die Grundrißgestaltung der Städte. Die Bergstädte zeigen fast durchweg unregelmäßige Formen, während die anderen Kolonisationsgründungen regelmäßige Grundrisse aufweisen. Eine Zusammenstellung der Formen der Plätze, der Verteilung der Flächen für Kirchen, Klöster, Spitäler, Rathaus, ein kurzes Eingehen auf den Beginn des Mauerbaus (der in der Slowakei nicht unbedingt zum Charakter einer Stadt gehört, sondern meist mit der beginnenden Türkengefahr einsetzt), auf die geographische Lage der städtischen Gemeinwesen und ihr Verhältnis zu den Flüssen schließen dieses Kapitel ab.

Den „plastischen Charakter der mittelalterlichen Stadt" behandelt das V. Kapitel (S. 199 bis 205). Mencl sieht die mittelalterliche Stadt als einheitlichen Körper, in dem „alle Bestandteile, die die Stadt bilden, ihre innere Funktion haben, die ihr Dasein bestimmt und bedingt, und dadurch einen ganz bestimmten Sinn und ein innerliches Leben erreichen" (S. 199). Soziologisch bildet sie zwar ein homogenes Gebilde, aber in künstlerischer Hinsicht kennt sie keinen Formalismus, weil „die Form eines jeden Dinges nur aus sich selbst, niemals aus seiner Beziehung zum Ganzen herausquillt" (S. 202). Die gotische Stadt kennt somit weder die griechische Einachsigkeit noch den römischen Mittelpunkt, „weil es ihr fremd ist, die Dinge zu ordnen und die Räume vom Standpunkt des Beschauers aus zu gliedern, sondern sie tut es nach ihrer inneren absoluten Funktion" (S. 203). Abschließend untersucht Mencl die Beziehungen der mittelalterlichen Stadt zum geistigen Leben jener Zeit und stellt dabei fest: „Die gotische Stadt verfällt auch nach jener Seite hin in jene sonderbare Verknüpfung von Idealismus und Naturalismus, die im späten Mittelalter eine führende Bedeutung im allgemeinen Leben erlangte" (S. 205).

Was dem besprochenen Buche einen bleibenden Wert verleiht, sind die 48 ganzseitigen Grundrißzeichnungen der im Text behandelten Städte, zu denen sich 29 — zum Teil ganzseitige — Bildtafeln alter Stadtansichten und neuerer Luftaufnahmen gesellen. Sie geben zusammen mit den Karten dem Leser ein einprägsames Bild der Stadtplanung und lassen in den Aufnahmen der Altstadtkerne den künstlerischen Gestaltungswillen des mittelalterlichen Deutschtums deutlich werden. Sie zeigen aber zugleich in bildhafter Form die Zusammenhänge mit der großen ostdeutschen Siedlungsbewegung des Mittelalters. Ein kleiner Schnitzer ist

dem Verfasser oder Setzer bei Bild 10 unterlaufen, wo es sich um Neusohl (Banská Bystrica und nicht Banská Štiavnica) handelt. Wenn man von den bereits eingangs genannten Schwächen des Buches von Mencl absieht, so bleiben doch noch genügend Seiten, die es zu einem wertvollen Beitrag für Ost- und Südosthistoriker machen.

Heinz-Brauner, Breslau, z. Z. im Felde.

Sachsen-Thüringen im Hussitensturm

Unter Kaiser Karl IV. hatte „des Reiches Herrlichkeit" den Völkern des abendländischen Christentums, also dem damaligen Europa, scheinbar noch einmal einen festen politischen Mittelpunkt dargeboten. Doch die starken Kraftströme, die das Reich auszustrahlen schien, waren in Wahrheit von partikularen deutschen Gewalten ausgegangen, von der Hanse, dem Deutschen Orden und der Hausmacht Karls IV., dem böhmischen Raum, der fester denn je dem Reiche verbunden gewesen war. Unter Karls IV. Nachfolgern offenbarte sich rasch die ganze Schwäche des Reiches, während zugleich die Nachbarvölker politisch erstarkten. Zumal die deutsche Ostpolitik wurde durch die Vereinigung Litauens mit Polen in Frage gestellt. Auch die zweifellos äußerlich glänzende Erscheinung des Luxemburgers, Sigmund, konnte den Niedergang des Reiches nicht aufhalten. Wohl versuchte Sigmund, nicht zuletzt als König von Ungarn dazu gezwungen, den immer noch strahlenden Nimbus des Reiches für eine große Ostpolitik zu benutzen[1], doch konnte er weder dem bedrohten Ordensstaat noch dem litauischen Verbündeten noch schließlich sich selber damit wesentlich helfen. In seinem eigenen Erblande Böhmen trat sogar das Werkzeug seiner gegen Polen gerichteten Ostpolitik, Witowd v. Litauen, als Thronprätendent gegen ihn auf. Zunehmend machtlos gegen den Aufstand der Tschechen, konnte er nicht einmal verhindern, daß der Hussitensturm aus dem böhmischen Raum heraus ringsum die deutschen Nachbarländer verheerte. Auch die wettinischen Lande erlitten wieder deutsches Grenzlandschicksal. Doch war der Wettiner Friedrich der Streitbare der einzige deutsche Fürst, der die Hussiten in offener Feldschlacht (bei Brüx 1421) zu schlagen vermochte. Während er 1426 auf dem Reichstag zu Nürnberg den Reichskrieg gegen die Hussiten zu organisieren versuchte, wurde das meißnisch-thüringische Aufgebot in der Mordschlacht bei Außig von hussitischer Übermacht vernichtend geschlagen. Dadurch, daß immer nur Teilaufgebote der deutschen Macht der gesamten zusammengeballten Volkskraft der Tschechen gegenübertraten, konnte bekanntlich der tschechische Mythus von der Unüberwindlichkeit der Hussiten entstehn.

Daß dieser Mythus zeitweise selbst in deutsche Geschichtsauffassung eindringen konnte, ist nicht zuletzt durch den Mangel an Quellen bedingt gewesen. Um so mehr darf man es begrüßen, wenn — noch dazu während entscheidenden Kampfes um den Osten — eine wertvolle Quellenveröffentlichung den Mangel mindern hilft. Die große sächsische Urkundenedition, die seit einem Menschenalter zu ruhen schien, hat einen neuen Band herausgebracht: Codex diplomaticus Saxoniae. Erster Hauptteil Abt. B Bd. IV: Urkunden der Markgrafen von Meißen und Landgrafen von Thüringen 1419—1427. Bearbeitet von Hubert Ermisch und Beatrix Dehne, geb. Reißig, hrsg. von Hans Beschorner. Leipzig und Dresden, B. G. Teubner 1941. XIX, 508 S. 4°. RM. 30,—.

Es ist der nunmehr endlich vorliegende Schlußband für die Urkunden der Wettiner von 1381 ab, dem von 1899—1909 drei Bände von Hubert Ermisch vorausgegangen waren. Er enthält die Urkunden für Friedrich IV., den Streitbaren, seinen Bruder Wilhelm und für Friedrich den Jüngeren von Thüringen sowie für ihre Frauen. Den Quellenstoff, davon etwa zwei Drittel bisher ungedruckten, hatte im wesentlichen noch Ermisch († 1932) aus einer großen Zahl von Archiven zusammengetragen, Beatrix Reißig und Hans Beschorner mußten ihn aber völlig neu durcharbeiten und stark kürzen. Letzteres gilt besonders von den zahlreichen Anmerkungen Ermischs. Dieser wertvolle Quellenstoff, zumal soweit er die Hussitennot umfaßt,

---

[1] Vgl. H. Schaeder, Deutsch-litauische Bündnispolitik im Mittelalter, in Dt. Vjschr. Jomsburg, Jg. 5, 1941, S. 368 ff.

wird von Beatrix Dehne-Reißig in der Festschrift zu Hans Beschorners 70. Geburtstag veröffentlicht werden. In der Editionsweise haben sich Bearbeiterin und Herausgeber an die Grundsätze Ermischs gehalten: nur die besonders wichtigen Urkunden sind im Wortlaut, jedoch unter Kürzung des Formelhaften, wiedergegeben, sonst tritt das Regest an die Stelle des ganzen Stücks. Dazu kommt weiterer Quellenstoff in den Anmerkungen als Erläuterungen oder Ergänzungen. Im Anhang wird eine Übersicht über sämtliche Urkunden der Wettiner von 1419—1427 gegeben, zugleich als Itinerar der drei Fürsten. Ein Namenweiser erschließt den Inhalt des Bandes, an die Stelle des von Ermisch verheißenen, sehr zu wünschenden Sachverzeichnisses für alle vier Bände, das der Kürzung zum Opfer fiel, ist ein kleines Glossar für die Urkundensprache des 15. Jahrhunderts getreten.

Der Inhalt der wiedergegebenen Urkunden bietet Quellenstoff naturgemäß in erster Linie für die mitteldeutsche Landesgeschichte, außer Sachsen-Thüringen auch Brandenburg, Schlesien und Nordböhmen einbegriffen. Da aber die Jahre 1419—1427 in der wettinischen Geschichte besonders bedeutsam sind durch den Hussitenkrieg und die dadurch bedingte, nicht ganz reibungslose Gewinnung der sächsischen Kurwürde, so ist der Band auch für die Reichsgeschichte und die Ostprobleme sehr ergiebig. Es ist hier nicht der Ort, die Auswertung des Bandes der Forschung vorwegzunehmen. Auch sein Umfang, 625 Nummern, verbietet es hier. Doch sei ein Hinweis auf einiges Wesentliche erlaubt. Zahlreich sind die Urkunden, aus denen die starke Mitarbeit der Wettiner auf den Reichstagen und an der Reichspolitik hervorgeht und die ihre Reichstreue beweisen. Zumal in der Hussitenfrage gibt es kein Schwanken, kein Streben nach Sonderverständigung. Allerdings war diese Haltung auch territorial bedingt durch den nordböhmischen Besitz der Wettiner. Ihre Stellung zu den Ostfragen ist zeitweise etwas unabhängiger von der des Reichsoberhaupts. Polen war für sie keine so unmittelbare Gefahr und der Deutsche Orden kein so wertvoller Bundesgenosse wie für Sigmund. Viel mehr brauchte sie der Ordensstaat als Helfer gegen Polen. Die Zahl der Urkunden des Bandes, in denen der Ordensstaat, Polen und Litauen berührt werden, ist beachtlich groß und beweist die Stärke der sächsisch-thüringischen Beziehungen zum Osten. Ein paar Beispiele: im Mai 1419 (Nr. 28) wird Friedrich IV., der Streitbare, als einer der Schiedsrichter zwischen dem Orden und Polen-Litauen vorgeschlagen; im Juli 1423 (Nr. 288) erkennt der Hochmeister an, daß Friedrich IV. dem Orden immer geholfen hat; denn im Januar 1423 (Nr. 248) hatte Friedrich IV. dem König Sigismund stärkste Waffenhilfe gegen Polen vertraglich zugesagt unter gegenseitigem Verzicht auf jeden Sonderfrieden. Auffallend gering sind in dieser Zeit die Beziehungen der Wettiner zum Norden, etwa zu Lübeck oder Pommern, sie fehlen ganz zum Baltikum. Berührungen mit dem Südosten ergaben sich durch das ungarische Königtum Sigmunds. Die Beziehungen zur Kurie waren eng und freundschaftlich, nicht zuletzt durch die Hussitenfeindschaft der Wettiner; die Hussiten werden ja in den Urkunden meist „die Ketzer" genannt. — Zusammenfassend darf man den neuen Band des Codex diplomaticus Saxoniae als eine wertvolle Bereicherung nicht allein der Quellen für die deutsche Territorialgeschichte sondern auch für die Reichsgeschichte und die deutsche Ostpolitik bezeichnen.

Rolf Naumann, Dresden-Hellerau.

Vértesboglár[1]

Zur Geschichte einer deutschen Gemeinde im Schildgebirge

Der bekannte Deutschtumsforscher, der schon seit mehreren Jahren Schriftleiter der einzigen wissenschaftlichen Zeitschrift des ungarländischen Deutschtums ist und als solcher zahlreiche Aufsätze in den Neuen Heimatblättern und den Deutschen Forschungen in Ungarn über Geschichte und Statistik des hiesigen Deutschtums veröffentlicht hat, befaßt sich in seiner Dissertation mit der Besiedlungsgeschichte seines Heimatdorfes und liefert auch wertvolle Beiträge zur Volkskunde und Wortbildung Vértesboglárs, dieses rein deutschen Dorfes im Schildgebirge.

[1] Dr. Anton Tafferner, Vértesboglár. Egz hazai német település leírása. [Beschreibung einer deutschen Siedlung in Ungarn.] Budapest 1941, 8°, 205 S.

Die Arbeit zerfällt in drei Teile, die eigentlich völlig abgerundete Abschnitte einer in Vorbereitung befindlichen Monographie darstellen. Im geschichtlichen Teil (S. 1—41) stellt er u. a. die bisherigen falschen Angaben über das Ansiedlungsjahr (1755) richtig, veröffentlicht den ersten Ansiedlungskontrakt mit dem Grafen Anton Esterházy aus 1760 und stellt wegen Mangel an exakten historischen Beweisen mit Hilfe der Namengeographie fest, daß die heutigen Familien, wie das auch die Mundartenforschung beweist, ostbairischen Ursprungs sind. Die ersten Ansiedler waren aber echte Württemberger Schwaben, die wegen Unfruchtbarkeit des Bodens weiter nach Süden wanderten und teilweise sogar im Banat eine endgültige Heimat fanden.

Es ist interessant zu wissen, daß fast alle bisher erforschten deutschen Siedlungen des südwestlichen ungarischen Mittelgebirges, wo heute reine mittelbairische uo- oder ui-Mundarten gesprochen werden, ursprünglich von Schwaben besiedelt worden waren. Diese Schwaben sind aber in den meisten Fällen spurlos verschwunden. Eine Schwabengasse gibt es auch heute noch in Sorokšár, aber nur in der Dunaharasztier bairischen Mundart hat sich eine schwäbische Spracheigentümlichkeit (št in bišt, geštern) erhalten können. In Taksony (Taks) soll sogar — wie wir von Prof. Heinrich Schmidt erfahren — ein echter schwäbischer Dialekt gesprochen werden. Die ältere schwäbische Siedlerwelle soll teils infolge der Pest (1739) ausgestorben, teils aus anderen Gründen fortgewandert sein. Die heutigen bairischen Stammesvorlandsiedlungen des ungarischen Mittelgebirges haben sich also meistens auf schon vorhandenen schwäbischen Wurzeln weiterentwickelt und das Schwäbische allmählich vollständig überwuchert.

Das Material der volkskundlichen Beiträge (S. 42—142) wurde nach drei Gesichtspunkten behandelt: was ist der heutige volkskundliche Bestand, wie ist das Vorhandene mit dem Leben der Gemeinschaft verknüpft und woher stammt es? Mit der guten Auswahl des Materials (Volkstracht, Hauptstufen des Menschenlebens, Kreislauf des Jahres, Volksglaube) bietet er einen tiefen Einblick in die Gedankenwelt und Seele des Volks, ein treues Bild von mehreren Abschnitten seines Lebens.

Die Dissertation Tafferners sollte eigentlich eine sprachwissenschaftliche Arbeit werden, die nur die Wortbildungslehre der mittelbairischen Mundart von Vértesboglár enthalten sollte. Die Wortbildungslehre ist das Stiefkind der Mundartenforschung und der deutschen Sprachwissenschaft im allgemeinen. Wir kennen auf dem Gebiete der donaudeutschen Mundartenforschung nur die sehr ausführlichen und guten Aufsätze von Karl Jakob in der Zeitschrift für deutsche Mundartenforschung, welche die Wortbildungslehre des Neuwerbaser Dialekts behandelt — meine eigenen Versuche in meiner Dissertation erheben nicht den Anspruch auf besonderen wissenschaftlichen Wert —, mit um so größerer Freude begrüßen wir die ausführliche Arbeit Tafferners, die nicht nur von der gründlichen Arbeitsweise des Verfassers zeugt, sondern auch den überaus reichen Wortschatz dieser bairischen Siedlung beleuchtet. Aus meiner hessischen Mundart (aus der mittleren Tolnau) wären bei weitem nicht so viele Beispiele anzuführen gewesen!

Nach dem bisher Gesagten muß der wissenschaftliche Wert der Arbeit nicht mehr besonders betont werden, Tafferner wollte aber auch den Volksschullehrern behilflich sein, die mit der Heimatkunde meistens nichts anzufangen wissen. Mit den zahlreichen Bildern und Zeichnungen bildet das Werk eine abwechslungsreiche, interessante Lektüre, es ist aber schade, daß er die Flurnamen, die so manches aus der heimatlichen Geschichte auch Nichtfachleuten, besonders aber den Schulkindern, näherbringen könnten, außer acht gelassen hat.

Johann Weidlein.

Deutschtum im Schatten des Ostens

Erinnerungen anzuzeigen, ist stets eine eigene Angelegenheit: Die Tatsache, daß hier dem Verfasser auf Grund seiner Lebensleistung das Recht zusteht, in einer Rückschau die Ergebnisse seiner Arbeit zu ziehen und die Kräfte zu schildern, die fördernd oder hemmend sein Leben gestaltet haben, geht vielfach über den Rahmen einer Besprechung hinaus. Der Rezensent wird in den wenigsten Fällen einen auch nur ähnlich tiefen Einblick in die Dinge besitzen und wird

sich somit meist damit begnügen müssen, die historische Rolle des Verfassers zu zeichnen, das allgemein Interessierende hervorzuheben und das ureigene Bild, das der Verfasser von seinem Leben und seinen Erkenntnissen entwirft, als Dokument persönlichster Prägung dankbar zu werten und in sich aufzunehmen.

Ähnlich steht es mit dem Lebensbericht von Adolf Eichler, der in zutreffender Symbolik den Haupttitel „Deutschtum im Schatten des Ostens" trägt[1]. Denn hier entwickelt sich vor unseren Augen ein Lebensbild, das persönlich und sachlich ganz im Osten verwurzelt liegt und die Geschichte des Deutschtums im Osten in einem längeren Zeitraum verfolgt. In einem Bericht über Heimat und Kindheit, Lehr-, Berufs- und Wanderjahre sind neben kurzgehaltenen Charakteristiken führender Lodzer Persönlichkeiten interessante Einzelbemerkungen und Ausführungen über die geistigen und religiösen Strömungen (Erweckungsbewegung) sowie über die Schulverhältnisse im alten Lodzer Deutschtum eingestreut, die z. B. auch Veranlassung geben, sich mit dem stark verdorbenen deutschen Dialekt des Lodzer Raumes zu beschäftigen. Der Verfasser klagt hier über den Mangel einer guten Betonung und einer richtigen Aussprache beim deutschen Schulunterricht und macht diesen Umstand „für die Verschleppung des häßlichen Lodzer Deutsch durch die Generationen" verantwortlich. Deutsche und polnische Schüler hätten ihr Sprachgefühl im täglichen Gebrauch des Lodzer Deutsch abgestumpft, das sich aus der Verschmelzung der schlesischen, sächsischen und deutsch-böhmischen Mundart mit polnischen Sprachbrocken bildete[2]. Das ist eine Beobachtung, die sich namentlich an Hand des älteren Schriftwechsels und Schrifttums Lodzer Kaufmannskreise immer wieder belegen läßt: Der Briefstil und zusammenhängende Darstellungen in Geschäfts- und Protokollbüchern sind teilweise so verdorben, daß man jetzt bisweilen kaum versteht, worum es sich handelt. Schuld daran trägt ohne Zweifel das Sprachgemisch in allen seinen völkischen und mundartlichen Schattierungen und der Mangel einer disziplinierten Sprachpflege. Es wird mit auch die Aufgabe unserer Zeit sein, für eine stärkere Pflege der deutschen Sprache in der Vielfältigkeit und der Feinheit ihrer Ausdrucksweise im neugewonnenen Osten Sorge zu tragen. —

Der Lebensweg hat Adolf Eichler dann sehr früh zu den Aufgaben geführt, die bestimmend für seine ganze weitere Entwicklung wurden und die ihn weit über die Grenzen einer einseitigen Ausbildung zum Vorkämpfer deutscher Belange in Volkstumsfragen und nicht zuletzt zum bewußten Lutheraner machte. Eichler war neben seiner beruflichen Tätigkeit in erster Linie Journalist im besten Sinne des Wortes, sein Schaffen war durch die dringendsten Probleme der Gegenwart vorgezeichnet. Als solcher ist er in verschiedenen Lagen zu einem auch von der Gegenseite anerkannten geistigen Führer des Lodzer Deutschtums geworden und hat in unzähligen Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätzen, in Reden und Taten, als Wissenschaftler und als Praktiker die Stellung des Deutschtums im heimatlichen Osten gegenüber zahlreichen Andersdenkenden und Kleingläubigen zu halten und auszubauen gesucht, ohne dabei in Fanatismus oder in Ungerechtigkeiten dem anderen Volkstum gegenüber zu verfallen. So erleben wir in Eichlers Darstellung, in der auch viel rein Persönliches, Stimmungs- und Landschaftsbilder, enthalten sind, die letzten Jahre vor dem Weltkrieg mit seinen aufziehenden Gewitterwolken, die gerade in dem Zusammenwirken und in den Gegensätzlichkeiten russischer, polnischer und deutscher Kräfte eine besondere Zuspitzung erfuhren. Unvergeßliche, erlebnisnahe Schilderungen aus der Zeit des Weltkrieges, in der sich Lodz-Litzmannstadt und seine deutschen Bewohner in mehrfacher Beziehung zwischen den Fronten befanden, sind aus einem inzwischen vergriffenen Kriegsbuch Eichlers[3] entnommen. Sie sind von einer eindrucksvollen Frische und Dramatik und regen immer wieder zu Vergleichen mit der heutigen Lage an, die doch in vielen Dingen auf wesentlich festerem Boden begründet liegt. Wichtig ist, daß hier mitten im Weltkrieg unter der Führung von Eichler und seinen Mitarbeitern ein Zusammenschluß aller Lodzer deutschen

[1] Vgl. Adolf Eichler, Deutschtum im Schatten des Ostens. Ein Lebensbericht. Meinhold Verlagsgesellschaft, Dresden 1942, 688 S. — Eine Würdigung von Eichlers Lebenswerk und ein Verzeichnis seiner Arbeiten enthält der Sammelband von Adolf Kargel und Eduard Kneifel, Deutschtum im Aufbruch. Vom Volkstumskampf der Deutschen im östlichen Wartheland. Leipzig, Hirzel 1942, in: Deutsche Gaue im Osten, Bd. 7.

[2] Vgl. Eichler, a. a. O., S. 27 und 101.

[3] Vgl. die Notiz bei Eichler, a. a. O., S. 127.

Aktivisten erfolgte, der im Rahmen eines neu geschaffenen, gut organisierten Deutschen Vereins die geeignete Mittelstelle zwischen der deutschen Reichsregierung, dem Generalgouverneur und der deutschen Bevölkerung mit ihren Wünschen wurde[4]. Hier wurden die Grundlagen für die zukünftige staatliche Gestaltung, für die rechtliche und faktische Sicherstellung der deutschen Volksgruppe und der deutschen evangelischen Kirche, teilweise unter unklaren und ungünstigen Verhältnissen in einer Fülle von Denkschriften, in Presse und Flugblättern herausgearbeitet und aufgestellt, die dringende Frage der Rückwanderung aus Polen erwogen, die komplizierte Kirchenfrage durch Vorschläge für eine neue Kirchenverfassung und für die Schaffung einer Freikirche zu lösen versucht.

Nach dem Umsturz und der Auflösung der deutschen Front in Polen wirkte Eichler bei den Vorbereitungen und bei der Durchführung der Abstimmung in Ostpreußen mit, wo er wieder an führender Stelle abermals in die Gestaltung der Dinge eingreifen konnte. Die Darstellung dieser Lebensepoche, in der auch der ostpreußische Mensch und die ostpreußische Landschaft zu Worte kommt, bildet ein schönes Seitenstück zu dem Buch von Max Worgitzki und zu den Erinnerungen des deutschen Reichskommissars Freiherrn v. Gayl[5]. Bei seiner Schilderung der Bestrebungen des polnisch gesinnten Generalsuperintendenten Bursche erwähnt der Verfasser (S. 463), daß ihm eine Sammlung wichtiger Akten des polnischen Masurischen Komitees in die Hände gekommen sei, die er des geschichtlichen Wertes wegen der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte übergeben habe. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn dieses „außerordentlich interessante Material" einmal überprüft und veröffentlicht würde.

Den letzten Lebensabschnitt Eichlers beschäftigte fast ausschließlich die Sorge um die rußlanddeutschen Flüchtlinge und ihre Unterbringung in Deutschland und Übersee. Hier wuchs dem Verfasser aus seiner früheren Volkstumsarbeit in Polen und seinem gelegentlichen Aufenthalt im zaristischen Rußland eine ernste, dringende Aufgabe zu, die er mit der ihm eigenen Gründlichkeit und Behutsamkeit allen Schwierigkeiten zum Trotz zu meistern suchte und wobei er in endlosen Verhandlungen und nach mancherlei Fehlschlägen bei der Verpflanzung rußlanddeutscher Familien nach Südamerika stolze Erfolge erzielen konnte. Vieles hat er durch persönliche Rücksprache auf zwei Reisen im Lande selbst erreicht. Wer sich in Erinnerung ruft, welchen Schwierigkeiten eine nicht staatlich unterstützte, regellose Auswanderung in den südamerikanischen Staaten begegnete, wird die Arbeit der rußlanddeutschen Flüchtlingsverbände und Eichlers wohl zu würdigen wissen und die bei dieser Arbeit gesammelten Erfahrungen wie die im Lebensbericht gebotenen Skizzen über das Leben der deutschen Kolonisten gebührend einschätzen.

Die kurzen Andeutungen müssen genügen, um einen Eindruck von Eichlers Lebensbericht zu vermitteln. Plastisch wird das Bild erst, wenn man sich bewußt wird, daß in diesem Lebensabriß das große politische Geschehen unserer Zeit verarbeitet ist und die zahlreichen Begegnungen des Verfassers mit seinen Mitmenschen in kurzen treffenden Bemerkungen und in längeren Schilderungen ihren Niederschlag gefunden haben. Ein weitreichendes Namens- und Sachverzeichnis erhöht die Benutzbarkeit. In seinem Vorwort (S. 5) weist Eichler darauf hin, daß seine Darstellung vielfach späteren Forschungen als Unterlage dienen könne, ja dienen müsse, weil durch die Eingriffe der polnischen Polizei alles Aktenmaterial über die deutsche Bewegung im früheren Kongreßpolen 1915—1919 abhanden gekommen sei und auch die vorhandenen Akten über die Abstimmung in Ostpreußen keine erschöpfende Auskunft gäben. Wenn auch durch die Kriegseinwirkung manches wertvolle Material verlorengegangen sein mag, wird man doch noch unter Benutzung der zahlreichen staatlichen, parteiamtlichen und privaten Archive noch ein Gesamtbild der deutschen Bewegung im ehemaligen Polen entwerfen können. Der Unterzeichnende hofft das in absehbarer Zeit zu tun.

R. A. Klostermann, Berlin.

[4] Vgl. auch einen Auszug „Die Lodzer deutschen Aktivisten und ihre Gegner. Erinnerungen und Dokumente aus der Weltkriegszeit", in: Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift im Wartheland, Heft 3/4. Posen 1941.

[5] Vgl. Max Worgitzki, Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen, Leipzig 1921, und Wilhelm Freiherr v. Gayl, Ostpreußen unter fremden Flaggen, Königsberg i. Pr. 1940.

010178
BIBLIOTEKA ELBLĄSKA
BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA TORUŃ

Anschriften der Mitarbeiter von Heft 4, 1942:

Dr. H. Brauner, Breslau, Bauschulstr. 25 — Prof. Dr. R. Gradmann, Tübingen, Neckarhalde 31 — Dr. J. v. Hehn, Berlin, z. Z. im Felde — Prof. Dr. E. Keyser, Danzig-Oliva, Schloß — Dr. K. Klaftenegger, Wien 71, Währingerstr. 39 — Dr. R. A. Klostermann, Berlin-Wilmersdorf, Günzelstr. 35 — Dr. F. Koschier, Krainburg-Oberkrain, Gau Kärnten — Geh. Hofrat Dr. K. Martin, Freiburg i. Br., Wilhelm Gustloffstr. 17 — Dozent Dr. W. Müller-Wille, Münster i. W., Hittorfstr. 46a — Oberstaatsarchivrat Dr. R. Naumann, Dresden-Hellerau, Am Sonnenhang 6 — Prof. Dr. A. Rein, Hamburg 36, Esplanade 37 — Studienrat E. Sander, Berlin-Friedenau, Sieglindestr. 4 — Prof. Dr. J. Weidlein, Szarvas (Ungarn, Komitat Békés)

Berichte zur deutschen Landeskunde

Herausgegeben von der Abteilung für Landeskunde
im Reichsamt für Landesaufnahme

Der 2. Band 1942 (4 Hefte) ist jetzt abgeschlossen

AUS DEM INHALT: Mitteilungen / Zur landeskundlichen Erforschung der deutschen Städte: Plan und Aufgabe der Reihe „Deutsche Städte" / Grundriß für die Städtebearbeitungen der Reihe „Deutsche Städte" / Siedlungsformenkarte der Sudetenländer / Stand der Bodenschätzung. Von W. Taschenmacher / Bericht über landeskundliche Arbeiten des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF. Von W. Glänzel / Das Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau und seine Sektion Landeskunde. Von E. R. Fugmann / Das Lothringische Institut für Landes- und Volksforschung. Von Chr. Hallier / Richard Lehmann zum Gedächtnis. Von E. Meynen / Arbeiten am Deutschen Sprachatlas. Von W. Mitzka / Neue Institute / Plan und Aufgaben des Reichswerkes „Landeskunde der Kreise des Deutschen Reiches" / Grundriß für die Bearbeitung der „Landeskunde der Kreise des Deutschen Reiches" / Gauatlas Niederdonau. Von H. Hassinger / Der deutsche Buchweizenanbau. Ein Nachtrag. Von C. Troll / Forschung im Schrifttum (12. Abhandlungen) — Vielseitiger und ausführlicher Referatenteil

Die Berichte erscheinen zwanglos. 4 Hefte bilden einen Band
Preis des Bandes 8,— RM. und des Einzelheftes 2,40 RM.

VERLAG VON S. HIRZEL IN LEIPZIG C 1

Volk und Lebensraum

Forschungen im Dienste der Raumordnung und Landesplanung

Herausgegeben von Konrad Meyer

Dieser umfassende Arbeitsbericht enthält eine überraschende Fülle von Einzelheiten, die jedem, dem Wissenschaftler, dem Praktiker und allen an dieser Frage teilnehmenden — einen ausgezeichneten Überblick über die Vielseitigkeit der planmäßigen Raumforschung bietet. Möge es sich um spezielle Untersuchungen von Notstandsgebieten wie der Eifel und des Oberharzes handeln, um allgemeine Fragen, wie Ursache und Auswirkung der Erbteilung, Industrieauflockerung durch die Lohngefälle, wirtschaftliche Vor- und Nachteile der Pendelwanderung oder verkehrspolitische Probleme, wie Verkehrslage und Landwirtschaft, Auflockerung und Gütertarifpolitik der Reichsbahn im Dienste des Vierjahresplanes — schon diese wenigen Beispiele kennzeichnen die Reichhaltigkeit des Inhalts.

Danziger Neueste Nachrichten, 18. 6. 1942.

589 Seiten mit Karten, Skizzen und Tabellen / Preis 14,— kart.

Reihe: Beiträge zur Raumforschung und Raumordnung, Bd. 1

KURT VOWINCKEL VERLAG

HEIDELBERG - BERLIN - MAGDEBURG

010178/1942

FORSCHUNGEN ZUR DEUTSCHEN LANDESKUNDE

NEUERSCHEINUNGEN

BAND 39: **Die geographische Verteilung des Großgrundbesitzes im östl. Pommern und ihre Ursachen**

Von Dr. Sigfrid Schneider. VIII, 90 Seiten mit 7 Kartenbeilagen und 3 Abbildungen. 1942. Kart. M. 7.—

Deutsche Landwirtschaftliche Presse 1942, Heft 23: Der Verfasser untersucht die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung zum Großgrundbesitz, sowie die allgemeine Struktur der Verteilung des Grundbesitzes und ihre natürlichen Grundlagen, nebst den Auswirkungen des Großgrundbesitzes in bevölkerungspolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Tabellen, Matrikel, Karten und Abbildungen erläutern das gründliche, lesenswerte Werk.

Raumforschung und Raumordnung 6. Jg., Heft 4/5: Die Darstellung der Entwicklung und des Zustandes der heutigen Verhältnisse ist ein wertvoller Beitrag für die künftige Gestaltung.

BAND 40: **Von der Provinz Südpreußen zum Reichsgau Wartheland**

Beiträge zur Landschaftsentwicklung in den letzten 150 Jahren in den Ostteilen der Reichsgaue Wartheland und Westpreußen. Von Dr. Walther Maas. VIII, 211 Seiten mit 9 Karten. 1942. Kart. M. 9.—

Mit den Methoden der Erdkunde, der Geschichte, der Gesellschaftswissenschaft wird das umfangreiche Fragengebiet durchleuchtet. Viele bisher unzugängliche Quellen werden erschlossen. Auf Grund jahrelanger Studien wird ein plastisches Bild des Lebens in Stadt und Land und seines Niederschlages in der Landschaft selbst gegeben. Der Wandel im Landschaftsbild war gleichzeitig ein gewaltiger sozialer Umwandlungsvorgang, der oft auch ein volkliches Gesicht hatte.

BAND 41: **Witterung und Klima in Deutschland**

Entwurf zu einer allgemeinen Klimatologie Mitteleuropas. Von Regierungsrat Dr. Hermann Flohn, Leiter der Bioklimatischen Forschungsstelle Bad Elster des Reichsamts für Wetterdienst (Luftwaffe). X, 162 Seiten mit 26 Abbildungen im Text und auf 20 Tafeln sowie 2 Faltkarten. 1942. Kart. M. 10.—

In dieser Schrift erscheint uns das Klima Deutschlands einmal nicht als eine Summe toter Statistiken einzelner Klimaelemente, wie Temperatur, Wind oder Bewölkung, sondern als die Schilderung der Wetterlagen, aus denen es sich in der lebendigen Wirklichkeit zusammensetzt und für uns alle fühlbar wird. Diese organisch-funktionelle Auffassung vom Klima als der „Summe der Witterungen" wird in historischer Reihe folgerichtig zu Ende durchdacht und in einem Grundriß ausgeführt. Die wichtigsten Großwetterlagen werden in ihrem Ablauf lebendig geschildert; wir erleben den Vorbeizug einer Westwetterzyklone ebenso wie die spätherbstlichen nebligen Hochdrucklagen mit. Mit Hilfe umfangreicher Erhebungen wird ein Bild des jährlichen mittleren Ablaufs der Witterung entworfen, das sich auf die — neben dem Jahr — einzig sinnvolle Einheit des Tages stützt. Damit werden auch all die mehr oder minder regelmäßigen „Singularitäten" der Witterung, wie Eisheiligen und Altweibersommer zusammengefaßt. In diesem idealen Witterablauf finden sich Rhythmen und zeitliche Schwankungen, die auch die alten Lostagsregeln unserer bäuerlichen Vorfahren in neuem Licht erscheinen lassen.

Weitere Bände in Vorbereitung

VERLAG VON S. HIRZEL IN LEIPZIG